

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen



— 90 —

Nro. 3. *Allegro.* Mit flinken Fingern.



Christian Heinrich Rinck
1770 - 1846

Neue Folge

89. Band

GIESSEN 2004

Mitteilungen
des
Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:
Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow und Dagmar Klein

Neue Folge
89. Band

Gießen 2004

Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der Universitätsstadt Gießen
und des Landes Hessen gedruckt.

Impressum

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Redaktion:

Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow und Dagmar Klein

Titelbild:

Porträt Johann Christian Heinrich Rinck
(1770-1846) sowie ein Notenblatt von Rinck

ISSN: 0342-1189

Druck und Bindearbeiten:

VDS-Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt a. d. Aisch

Inhalt

I.	Jürgen Dauernheim Kurzgefaßte Geschichte Oberhessens	1
II.	Matthias Gröbel Der Volksstaat Hessen vor der Annahme des Versailler Vertrages. „Für den Fall der Besetzung von Darmstadt ist für die Verwaltung des unbesetzten Gebietes des Freistaates Hessen eine staatliche Zentralverwaltung mit dem Sitz Gießen zu bilden“	35
III.	Utz Thimm Unterwegs zu einer Biographie - Bilanz des Liebig-Jubiläumsjahrs 2003	45
IV.	Ulrike Enke „Ein Liebig-Museum in Giessen“ - Der Psychiater Robert Sommer, die chemische Hexenküche und das Gießener Liebig-Museum	63
V.	Norbert Gissel Waren die „Gießener Schwarzen“ antisemitisch?	87
VI.	Sigrid Oehler-Klein und Alexander Neumann Die Militarisierung der Medizin an der Universität Gießen und ihre Beziehungen zu den Sanitätsinspektionen von Heer und Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg	95
VII.	Hans Reeh Altwege im Bereich des vom Dünsberg beherrschten Lahnbogens zwischen Marburg, Gießen und Wetzlar	189
VIII.	Heinz P. Probst Frühe Dorfkirchen in Hessen. Ein Beitrag zur Entstehung und Archäologie mittelalterlicher Kleinkirchen	213
IX.	Heinz P. Probst Schätze aus dem Gemeinde-Archiv von Hungen-Villingen	261

X.	Karl Dienst Der Gießener Stadtorganist und Großherzogliche Hof- kantor Johann Christian Heinrich Rinck (1770-1846) im oberhessischen Umfeld	267
XI.	G. Heinrich Melchior Wie sich 1767 ein Laubacher Graf für seine Gonterskirchener Untertanen einsetzte	305
XII.	Friedrich Karl Azzola Der Grabstein einer/eines Unbekannten aus dem späten 16. Jahrhundert vom Alten Friedhof in Gießen	331
XIII.	Friedrich Karl Azzola Das spätmittelalterliche Steinkreuz eines Krämers/ Gewürzkrämers und Tuchhändlers/Gewandschneiders im Lapidarium des Hohhaus-Museums zu Lauterbach	335
XIV.	Hans-Joachim Weimann „Alte Freunde“ - Johanna Hecht und die Sandgasse	345
XV.	Berichte Tagungsbericht: „Das europäische Hospital am Beginn der Neuzeit“ (Christina Vanja)	369
	Ausstellung: „Legalisierter Raub - Die fiskalische Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945“ (Dagmar Klein)	383
	125 Jahre Oberhessisches Museum (Dagmar Klein)	385
XVI.	Rezensionen	387
XVII.	Aus dem Vereinsleben (Dagmar Klein)	407
XVIII.	Presseberichterstattung	419
XIX.	Autoren des Bandes	436

Kurzgefaßte Geschichte Oberhessens

Jürgen Dauernheim

1. Einleitung

Fragt man heute Oberhessen in Oberhessen nach Oberhessen, kann es passieren, daß sie irritiert mit Gegenfragen antworten: „Ja, Oberhessen - was ist das eigentlich?“ „Gibt es denn das noch?“ „Was gehört überhaupt dazu?“ Vor allem die Errichtung des Regierungsbezirks Mittelhessen nährt Unsicherheit und Zweifel, noch in Oberhessen zu leben. In der jüngsten *Geschichte Hessens*, der von Bauer/Boehncke/Sarkowicz (2002), taucht der Begriff gar nicht mehr auf, Gleiches gilt für das 2000 herausgegebene *Hessen-Lexikon* oder das im gleichen Jahr von Karl Böhme bearbeitete *Hessen ABC*. Die *Brockhaus-Enzyklopädie* von 1971 bietet da doch noch mehr: „Oberhessen, bis 1937 Provinz des Landes Hessen nördlich vom Main, ... Hauptstadt war Gießen“, das von Rudolf Klein 1965 herausgegebene *Hessen-Lexikon* führt den Begriff gleich zweimal an: „O., Provinz im Großherzogtum und im Volksstaat Hessen. - Kreiseinteilung 1852: Alsfeld, Biedenkopf, Büdingen, Friedberg, Lauterbach, Nidda, Schotten, Vilbel, Vöhl. Hauptstadt war Gießen“. Und: „O., Provinz im Kurfürstentum Hessen. - Kreise: Marburg, Kirchhain, Frankenberg, Ziegenhain. Hauptstadt war Marburg.“¹ Ja, fragt sich der noch unwissende, aber wißbegierige Zeitgenosse verwundert, hat es denn zwei Oberhessen gegeben!? In der Tat, so war es, jedenfalls von 1604 bis 1866. Mit anderen Worten: Im Jahr 2004 könnten wir die 400-jährige Teilung Oberhessens begehen, denn überwunden wurde sie nicht. Nehmen wir dieses Jubiläum zum Anlaß, über Oberhessen und seine Geschichte nachzudenken.

Rudolf Klein umreißt exakt das Gebiet, das einst zu Oberhessen gehörte und dessen Bewohner sich zu recht als Oberhessen bezeichnen konnten und könnten. Die maximale Ausdehnung dessen, was einmal Oberhessen ausmachte, existierte staatsrechtlich von 1815 bis 1866, eben als die beiden Provinzen gleichen Namens, die großherzoglich hessen-darmstädtische und die kurhessen-kassel'sche. Die Erinnerung daran ist bei vielen aus der älteren Generation noch heute lebendig, dies zeigt sich in der Wetterau, dem Vogelsberg, dem Gießener und Marburger Raum, dem Hinterland, der Schwalm, im Ebsdorfer wie im

1 Klein, Rudolf, *Hessen-Lexikon*, Frankfurt 1965, S. 277.

Breidenbacher Grund, bis hinauf nach Battenberg, Frankenberg und Vöhl am Edersee - sogar in Wetzlar, nämlich in den heutigen Stadtteilen Herrmannstein und Naunheim. Aber das Wissen darüber schwindet, zumal unter Jüngeren. Als Gedächtnisstütze ist dieser Abriß gedacht und zugleich als Aufforderung, sich damit näher zu beschäftigen, denn die Geschichte dieser Region ist für fast 700 Jahre auch die Geschichte Oberhessens.

2. Seit wann gibt es überhaupt Oberhessen - und weshalb gleich zweimal?

Die Geschichte Oberhessens hängt mit der Vor- und Anfangsgeschichte Hessens zusammen. Hessen in seiner ersten eigenständigen staatsrechtlichen Erscheinungsform als Landgrafschaft Hessen bestand aus zwei größeren, nicht geschlossenen Territorialteilen, dem größeren Niederfürstentum um Gudensberg und Kassel, woraus später Niederhessen wurde, und dem kleineren Oberfürstentum um Marburg und Biedenkopf, woraus sich seit dem 16. Jahrhundert die Bezeichnung Oberhessen entwickelte. Beide Teilterritorien waren vor allem durch die damals eigenständige Grafschaft Ziegenhain, also die spätere Schwalm, voneinander getrennt.

Sophie von Brabant, eine Tochter der heiligen Elisabeth von Marburg - die einmal Landgräfin von Thüringen gewesen war - konnte nach dem Aussterben der Thüringer Landgrafen, der Ludowinger, im Jahre 1247 - in langwierigen, z. T. kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem mit dem damals mächtigen Mainzer Erzbischof - die beiden Teilgebiete aus dem Erbe ihrer Mutter bzw. der Thüringer Landgrafen für ihren Sohn, den späteren ersten Landgrafen von Hessen, Heinrich I., behaupten. Haupt-, besser: Residenzstadt dieses ersten hessischen staatlichen Gebildes war bis 1277 die Marburg, die am stärksten gesicherte Burganlage Oberhessens, und die sich daran anschließende Siedlung. Die herausragende Bedeutung Marburgs hing mit dessen Rolle als Wirkungsort der heiligen Elisabeth zusammen, der mit tatkräftiger Unterstützung der Thüringer und später der hessischen Landgrafen vom Deutschen Orden zwischen 1235 und 1538 zur bedeutendsten Wallfahrtsstätte der abendländischen Christenheit nach Jerusalem, Rom und Santiago de Compostella ausgebaut worden war. Die eindrucksvolle gotische Elisabeth-Kirche legt noch heute beredtes Zeugnis davon ab.

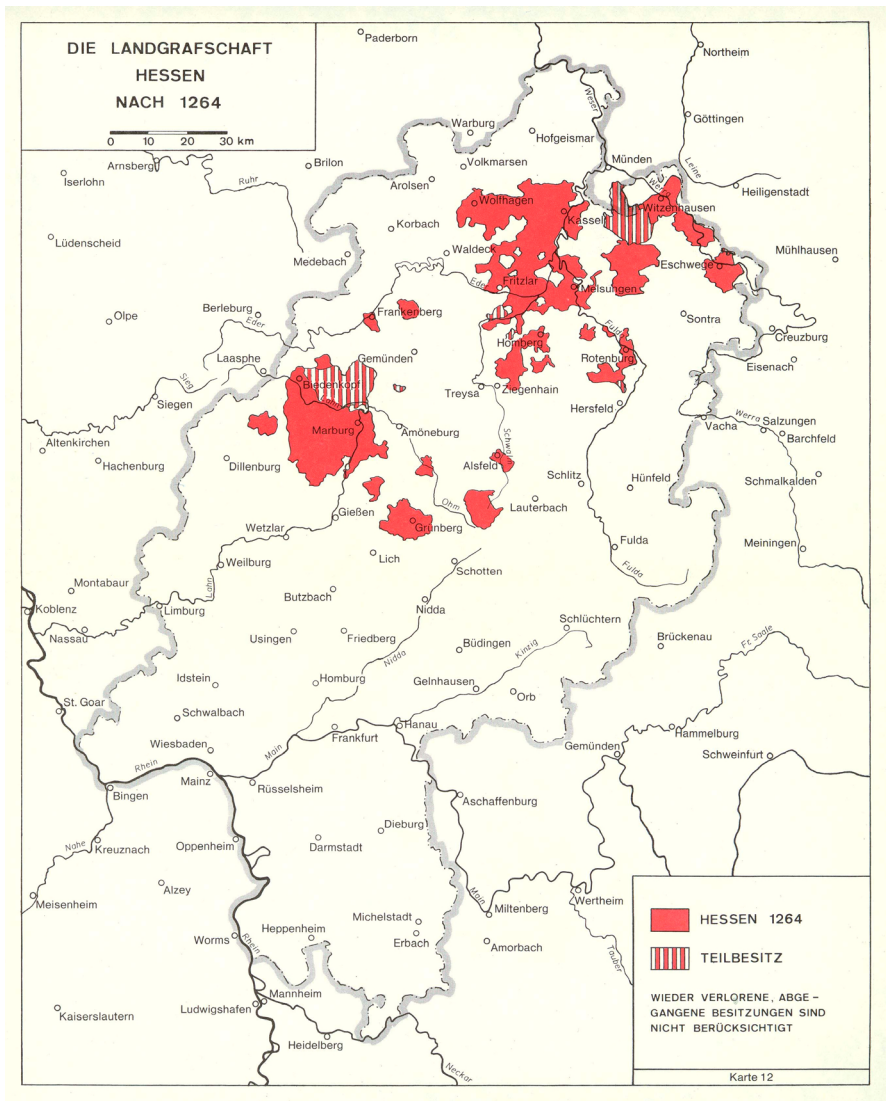
Das hessische Herrscherhaus fühlte sich, auch nach der Reformation, bis 1918 und darüber hinaus der karitativen Tradition der heiligen Elisabeth verpflichtet.

Doch schon Landgraf Heinrich I. verlegte 1277/8 die Residenz nach Kassel im Niederfürstentum, das spätere Niederhessen, weil er vor allem dort gegen den mächtigen feindlich gesinnten Mainzer Erzbischof, dessen Hauptstützpunkt die Büraburg in Fritzlar war, zu kämpfen hatte. Hauptort der Mainzer Bischöfe im späteren Oberhessen war damals die Amöneburg, gegen die schon Sophie von Brabant die nach ihr so genannte Burg auf dem Frauenberg errichten ließ - heute eine Ruine südöstlich von Marburg Richtung Ebsdorfer Grund. Wenn auch Marburg den Status der Residenz verlor, so blieb die Elisabeth-Kirche doch für längere Zeit noch die Grablege des Herrscherhauses aus dem Hause Brabant. Der Konflikt zwischen den hessischen Landgrafen und dem Mainzer Erzbischof, der zugleich Kanzler der Reiche war, sollte noch lange Hessens und damit auch Oberhessens Geschicke bestimmen.

Oberhessen oder - wie es anfangs genannt wurde - die „Lande an der Lahn“ bestanden damals aus einem geschlossenen Gebiet um das Lahnknie bei Biedenkopf und Fronhausen und dem vom Marburger Hauptland losgelösten Streubesitz um Lixfeld im Westen, Frankenberg und Frankenau im Norden, Nordeck/Allendorf an der Lumda, Homberg/Ohm, Alsfeld, Großfelda und Grünberg im Osten. Die „Nachbarn“ Oberhessens waren im Norden die Grafschaft Ziegenhain, im Osten die Reichsabteien Fulda und Hersfeld, im Westen die Grafen von Nassau, Diez, Solms und Katzenelnbogen, nordwestlich die Grafschaften Waldeck und Wittgenstein, im Süden die königsnahe Wetterau und - nicht zu vergessen - die Besitzungen des Erzbistums Mainz (s. Karte 12).

Allmählich gelang es den hessischen Landgrafen mittels Kauf, Tausch, Erbe oder Krieg Brücken zwischen den Exklaven zu schlagen und ihr Territorium zu erweitern. So erwarb Heinrich I. 1265 Gießen von Ulrich von Tübingen, das vorher gleichsam der nördliche Vorposten des Wetterauer Königslandes bildete, nun aber zum südlichen, wenn auch noch isolierten Vorposten der Landgrafschaft Hessen avancierte - denn zwischen Gießen und Marburg lagen als Mainzer Sperriegel die Burgen Staufenberg (ziegenhainisch) und Gleiberg (merenbergisch).

Insbesondere zwei Erbschaften hatten große Auswirkungen auf die Landgrafschaft und besonders Oberhessen: das Erbe der Grafschaft Ziegenhain 1450 im Norden und in der Wetterau und jenes der Grafschaft Katzenelnbogen 1479 im Süden.



Der Anfall der Grafschaften Ziegenhain und Nidda 1450 brachte die lange ersehnte Landverbindung zwischen Nieder- und Oberhessen - der Paß über den Gilser Berg war frei - und zugleich eine beträchtliche Gebietserweiterung zumal für Oberhessen: Treysa, Ziegenhain, Neukirchen, Rauschenberg, Staufenberg, also das Gebiet der Schwalm, Londorf und Nidda wurden jetzt (ober-)hessisch. Oberhessen erstreckte sich nun, wenn auch nicht zusammenhängend, von Echzell und

Bingenheim in der Wetterau bis nach Frankenberg und zur Grenzwarte „am Spies“, heute Spieskappel (Frielendorf). Allerdings teilten sich zunächst von 1308 bis 1328 und dann von 1458 bis 1493 je zwei Landgrafen die Herrschaft über die Landgrafschaft Hessen. Am Spies, der alten Grenzwarte und häufiger Ort gemeinhessischer Landtage, verlief die Grenze zwischen Niederhessen und Oberhessen. Der oberhessische Landesteil wurde für die Zeit des ausgehenden Mittelalters bis zur Zeit Philipps des Großmütigen auch als Oberfürstentum bezeichnet.

Mit dem Erbanfall der Grafschaft Katzenelnbogen 1479 rückte die Landgrafschaft weit nach Süden über den Main vor und gewann eine starke Position an Rhein und Main. Die spätere Provinz Starkenburg mit Darmstadt als Hauptort wurde erst damals hessisch.

(Ober-)Hessen faßte endgültig in der Wetterau Fuß und mit der Zeit wurde die Landgrafschaft dort zur dominierenden Macht, was nicht ohne langwierige kriegerische Händel abging. Erinnert sei nur an den „Sternerkrieg“, der von 1367 bis 1371 zwischen dem Landgrafen und dem Wetterauer Grafenverein um die Vorherrschaft in jener Region tobte.

Strategisch gesehen geriet Oberhessen nun in eine Mittellage zwischen dem nördlichen Niederhessen und dem neuen Darmstädter Teil, zu dem es aber keine direkte räumliche Verbindung hatte. Die Reichsstädte Frankfurt und Friedberg lagen ebenso dazwischen wie einzelne kleinere Territorien, etwa jene der Grafen zu Solms.

3. Philipp der Großmütige - ein Höhe- und Wendepunkt in der (ober-)hessischen Geschichte

Einen weiteren sehr wichtigen und tiefgreifenden Einschnitt mit z. T. verhängnisvollen Auswirkungen für (Ober-)Hessen brachte die Herrschaft Philipps des Großmütigen (1504 - 1567). Er zerschlug ganz zu Anfang mit seinem Sieg über Franz von Sickingen 1522 die seit langem schwelende Revolte der hessischen Reichsritterschaft, die gerade im späteren Oberhessen - besonders in der Wetterau - stark vertreten war, er zerstörte mit der Vernichtung der aufständischen Bauernheere im Bauernkrieg 1525 die Hoffnungen seiner bäuerlichen Untertanen auf eine Verbesserung ihrer Lebenslage gerade auch in Oberhessen, im Vogelsberg und der Wetterau, auf dem Lande und in den Städten - denn diese waren alle Ackerbürgerstädte. So verfestigte er die verhängnisvolle Kettung der großen Bevölkerungsmehrheit an die drückenden Abgaben- und Frondienstlasten gegenüber dem Adel. Die bäuerliche Bevölkerung aber ließ sich von dieser furchtbaren Niederlage in den folgenden Jahrhunderten - gerade auch in Oberhessen -

nicht unterkriegen und suchte sich mit teilweise erfolgreichen Klagen vor Reichsgerichten, mit Aufständen und Revolten zu wehren.

Landgraf Philipp führte in Hessen 1526 die Reformation ein, löste die Klöster auf und zog deren immobilien Besitz ein; in Marburg wandelte er Klostergebäude 1527 um in die erste protestantische (lutherische) Universität. Zu ihrer finanziellen Unterhaltung dienten die Einkünfte aus den Besitzungen anderer aufgelassener Klöster, wie etwa die des Antoniterklosters zu Grünberg; andernorts entstanden in ehemaligen Klöstern „Hohe Hospitäler“, so in Haina für Oberhessen, oder ein Stift für unverheiratete adlige Damen, wie in Wetter. Philipp beendete auch den jahrhundertealten, nunmehr aber als „katholisch“ und nicht protestantisch geltenden Heiligenkult mit Prozessionen und Pilgerfahrten um seine Stamm-Mutter, die heilige Elisabeth, wodurch Marburg massive wirtschaftliche Einbußen erlitt. Gleichwohl hielt er - wie seine protestantischen Nachfolger bis zum Ende der Monarchie und darüber hinaus - an Elisabeth als Legitimationsfigur des Hauses Hessen fest. Die Gründung der vier „Hohen Hospitäler“ läßt sich durchaus als Fortführung ihres Wirkens im protestantischen Sinne deuten. Mit dem Marburger Religionsgespräch 1529 richteten sich die Augen Europas auf die in Oberhessens Residenz auf Einladung Philipps versammelten ober- und mitteldeutschen protestantischen Reformatoren, die eine Einigung zwischen Lutheranern und Reformierten herbeiführen sollten, aber ohne Erfolg blieben, was sich bald gerade auf Oberhessen verhängnisvoll auswirken sollte. Noch gravierendere Folgen hatte allerdings Philipps letztwillige Verfügung für die Landgrafschaft und hier besonders für ihren oberhessischen Teil. Zwar galt damals auch für Hessen schon die Primogenitur, also das Erstgeburtsrecht in der männlichen Thronfolge, doch hatte sich Philipp durch seine unglückselige Doppelheirat mit Margarethe von der Saale - neben seiner rechtmäßigen ihm angetrauten Ehefrau! - in eine äußerst fatale Lage gebracht: der Führer des protestantischen Lagers desavouierte sich und seine Sache durch diese Bigamie, die nach damaligem Rechtsverständnis, niedergelegt in der „Peinlichen Gerichtsordnung“ (Carolina) Karls V., ein todeswürdiges Verbrechen darstellte. Er gefährdete dadurch auch die protestantische Sache aufs höchste. Damit nicht genug, er setzte auch die Einheit, ja die Existenz seiner geraden erst in hohem europäischem Ansehen stehenden Landgrafschaft Hessen aufs Spiel, indem er sie in seinem Testament unter seinen legitimen und illegitimen Kindern aufteilte.

4. Die Teilung der Landgrafschaft Hessen

Die Landgrafschaft Hessen zerfiel also nach Philipps Tod 1567 zunächst in vier Teile: Niederhessen, der größte Teil - etwa die Hälfte - fiel an den ältesten legitimen Sohn, Landgraf Wilhelm IV., hinfort Hessen-Kassel genannt, das nun auch die Grafschaft Ziegenhain umfaßte. Landgraf Ludwig IV. erhielt die Landgrafschaft Hessen-Marburg (Oberhessen) - etwa ein Viertel des Gesamtterritoriums - mit Marburg als Residenzstadt, aber eben ohne die Schwalm. Landgraf Georg, der Jüngste, bekam mit der Obergrafschaft Katzenelnbogen, hinfort Hessen-Darmstadt genannt, ebenfalls ein knappes Viertel, an Landgraf Philipp d. Jüngeren ging die Niedergrafschaft Katzenelnbogen, Hessen-Rheinfels genannt. Da die illegitimen Söhne 1603 schon alle gestorben waren, war das Erbe ganz an die legitimen Söhne gefallen. Nach dem Erlöschen der Linie H.-Rheinfels gingen Schotten und Homburg v. d. H. an H.-Darmstadt, und Landgraf Ludwig IV. gewann für H.-Marburg (Oberhessen) das Amt Lißberg und die Hälfte der Grafschaft Itter (Vöhl) - heute am Edersee gelegen (s. Karte 14).

Die Landgrafschaft H.-Marburg, das althessische Oberfürstentum, war in Philipps letztem Willen präzise beschrieben und umfaßte ungefähr 30 Ämter und Städte, etwa 53 400 Einwohner, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig waren,² daneben gab es eine ansehnliche Woll- und Tuchproduktion, die auch in den Export ging. Die Residenz Marburg, schon in früheren Jahren großzügig ausgebaut, erfuhr eine nachdrückliche Förderung, die große Schloßterrasse von der Stadt hinauf gehört dazu; in der Festungsstadt Gießen, in der schon Philipp der Großmütige das sogenannte neue Schloß errichtet hatte, kam nun das Zeughaus hinzu (Baumeister: Ebert Baldewein). Auch der sehenswerte barocke Elisabeth-Brunnen bei Schröck stammt aus jener Phase des Oberfürstentums.

Als Ludwig IV. 1604 kinderlos starb, hatte er testamentarisch die nördliche Hälfte seiner Landgrafschaft mit der Residenz- und Universitätsstadt Marburg seinem Neffen in Hessen-Kassel vermacht, die südliche Hälfte mit der neuen Residenz- und alten Festungsstadt Gießen aber jenem in Hessen-Darmstadt. Der Darmstädter Landgraf Ludwig V. jedoch war nicht mit einer hälftigen Teilung einverstanden und setzte alles daran, einen größeren Teil Oberhessens zu gewinnen. Darüber gerieten die beiden verbliebenen hessischen Linien derart in Streit miteinander, daß sie sich sogar bekriegten, der sogenannte Hessenkrieg von 1646 - 48 in der Endphase des Dreißigjährigen Krieges

2 Rudersdorf, Manfred, Ludwig IV., Landgraf v. Hessen-Marburg 1537 - 1604, Mainz 1991, S. 171 ff.

war der traurige Höhepunkt dieser verheerenden Erbauseinander-
setzung. Nie mehr sollte die einstige Landgrafschaft Philipps des
Großmütigen oder dessen Oberhessen vereint werden. Unglücklicher-
weise bot auch eine Klausel im Testament Ludwigs IV. der Darm-
städter Linie eine legale Handhabe gegen den Kasseler Vetter Moritz:
Landgraf Ludwig IV. - ein gläubiger orthodoxer Lutheraner - hatte
nämlich verfügt, daß der lutherische Bekenntnisstand seiner Landgraf-
schaft bei Strafe des Verlustes der Erbschaft nicht verändert werden
dürfe, Kassels Landgraf Moritz aber, der 1603 zum reformierten Be-
kenntnis übergewechselt war, wollte dieses so wie in Niederhessen
auch in seinem Teil Oberhessens durchsetzen - ein klarer Bruch des
Willens des Erblassers aus Marburg. Nicht nur, daß der ebenfalls
orthodox-lutherische Vetter Ludwig V. aus Darmstadt frohlocken
konnte, die oberhessische Bevölkerung in Moritz' Herrschaftsbereich,
vor allem auch die lutherischen Pfarrer und Universitätsprofessoren
Marburgs, lehnten sich dagegen auf, und es kam zu massiven Protest-
reaktionen, in deren Verlauf fast die gesamte lutherische Pfarrerschaft
vertrieben wurde und viele Marburger Professoren in das benachbarte
oberhessische Gießen flohen, wo Landgraf Ludwig V. 1605 nur zu
gerne eine lutherische Gegen-Universität mit einem vorgeschalteten
Pädagog gründete, die Geburtsstunde der heutigen Justus-Liebig-Uni-
versität, der ehemaligen Ludoviciana, und des Landgraf-Ludwigs-
Gymnasiums.

Im Verlaufe dieser fast fünfzigjährigen Erbstreitigkeiten zwischen
Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt um Oberhessen verbündete sich
ersteres mit den lutherischen Schweden und dem katholischen Frank-
reich, während sich H.-Darmstadt von dem kaiserlichen katholischen
Lager Hilfe erhoffte und bekam. Bezahlen aber mußte in diesem zwar
religiös begründeten, aber letztlich machtpolitischen Familienstreit vor
allem die Bevölkerung Oberhessens, die mal unter dem einen Lager,
mal unter dem anderen Lager zu leiden hatte. Lange schien es so, als
würde die Darmstädter Seite gewinnen, gelang es ihr doch, zusammen
mit den Verbündeten das gesamte Oberhessen zu erobern. Dabei wurde
auch die gerade erst in Gießen gegründete Universität wieder nach
Marburg verlegt.

Doch schließlich erreichte Amelie Elisabeth, die Witwe Landgraf Wil-
helms V. von Hessen-Kassel, im Bündnis mit Gustav Adolf die Rück-
eroberung „ihres“ oberhessischen Anteils.

Am Ende des „Hessenkrieges“, der mit jenem des Dreißigjährigen
Krieges zusammenfiel, war die Landgrafschaft Philipps des Großmü-
tigen endgültig zerteilt - jedenfalls bis 1946, das ursprüngliche Ober-

hessen, das einstige Oberfürstentum, die spätere Landgrafschaft Hessen-Marburg aber blieb es bis heute.

5. Die Teilung Oberhessens und die Entwicklung der beiden oberhessischen Teile

Nach 1648 war Hessen - wie Oberhessen - zweigeteilt, und beider Geschichte verlief weithin getrennt. Hessen-Darmstadt konnte als „Kriegsbeute“ den größeren Teil Oberhessens für sich verbuchen, zunächst die ihm laut Testament zustehende südliche Hälfte, jetzt aber ergänzt um ein Viertel der alten Kasseler Hälfte, das aus Darmstädter Sicht sogenannte „(hessische) Hinterland“ mit den Ämtern Königsberg, Blankenstein mit dem Breidenbacher Grund, Biedenkopf, Battenberg und Hatzfeld, sowie die Hälfte der Grafschaft Itter (Vöhl, Höringhausen und Eimelrod), insgesamt waren es 24 (von 48) Ämtern der Darmstädter Landgrafschaft. Hauptort dieses Darmstädter Oberhessen war die alte hessische Festungsstadt Gießen, in der es jetzt eine Regierung, Verwaltungs-, Gerichts- und Polizeibehörden gab und die auch wieder ihre Universität, genauer: die Hälfte der Marburger Bestände, erhielt und insofern von der traurigen Entwicklung profitierte. Zu fragen bliebe, ob dieser Zugewinn die großen Verluste an Menschen (bis zu 60%) und Tieren, die Zerstörungen und Verwüstung von Städten, Dörfern, Höfen und Feldern, die vor allem Oberhessen zahlen mußte, wert gewesen war.

Nachzutragen ist, daß aus dem Darmstädter Teil in jenen Jahren zwei Teilgebiete ausgegliedert waren - die kleine Landgrafschaft Hessen-Butzbach unter Landgraf Philipp III. von 1609 bis 1643 und die Landgrafschaft Hessen-Homburg (mit Unterbrechungen) von 1622 - 1866, als sie nach dem Erlöschen der Linie für wenige Monate an Darmstadt „heimfiel“, um nach dem deutschen Bruderkrieg dann ein Teil Preußens zu werden.

Das Kasseler Oberhessen, dessen lutherischer Religionsstand anerkannt worden war - allerdings mit der Möglichkeit, in diesem Landesteil auch reformierte Gemeinden zu gründen -, umfaßte das alte Zentrum Marburg mit ähnlichen Institutionen wie Gießen sowie Kirchhain, Frankenberg und nun auch wieder Ziegenhain mit Umland; die Schwalm wurde also wieder Teil Oberhessens. Dieser gesamt-oberhessische Gebietsstand blieb so im wesentlichen bis zur Zeit der napoleonischen Herrschaft in Deutschland.

Die durch die erbitterte und langwierige Auseinandersetzung um Oberhessen angeheizte Rivalität zwischen den beiden hessischen Staaten um die politische Vorherrschaft im hessischen Raum aber führte in den

folgenden Jahrhunderten zu einer wachsenden tiefen Entfremdung, die sich in Oberhessen besonders bitter auswirkte, insofern sie jahrhundertalte Verbindungen zerstörte und bisweilen bis heute nachwirkende Rivalitäten schuf, etwa die zwischen Gießen und Marburg.

Hessen-Kassels Politik war mehr „norddeutsch-preußisch“ ausgerichtet, Hessen-Darmstadts hingegen mehr „süddeutsch“, hier hielt man am Bündnis mit dem habsburgischen Kaiserhause fest - bis 1866. So konnte im 19. Jahrhundert in Hessen die Vorstellung aufkommen, die Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland verlaufe zwischen Gießen und Marburg, dies galt erst recht, als der nördliche Teil 1866 preußisch wurde. Noch heute gibt es Gießener oder Alsfelder, die nicht nach Wetzlar bzw. Ottrau gehen, weil es „preußisch“ ist.

6. Die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg

Beide (Ober-)Hessen standen nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg vor ähnlichen Problemen: Der kriegs- und pestbedingte Bevölkerungsausfall mußte nach Möglichkeit ersetzt („Peuplierung“) und die darniederliegende und vielfach zerschlagene Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Dabei wurde in den beiden hessischen Landgrafschaften teilweise ähnlich verfahren, nämlich zunehmend absolutistisch, allerdings durchaus mit unterschiedlicher Akzentsetzung.

Während der Kasseler Landgraf Karl französischen reformierten Protestanten, Hugenotten und Waldensern, Ansiedlungsmöglichkeiten bot und damit auch in seinem Oberhessen etwa ein Dutzend teilweise zunächst französischsprachige Gemeinden entstanden, z. B. um Cölbe herum - Schwabendorf, Wiesenfeld, Todenhausen, Louisendorf u. a. -, am Frauenberg oder in der Schwalm, in denen zugleich modernere landwirtschaftliche Methoden (u. a. Stallfütterung und Mastochsenhaltung) und neue Gewerbe (Tuch-, Strumpf- und Handschuhproduktion) eingeführt wurden, hatten die Darmstädter Herrscher - orthodoxe Lutheraner - wie auch ihre Bevölkerung mit der Ansiedlung von Reformierten große Probleme. Wenn es dennoch damals zu Ansiedlungen ausländischer Glaubensflüchtlinge in dem nach dem Wiener Kongreß 1815 dann zu H.- Darmstadt gehörenden Gebiet kam, war dies in den kleinen, zu jener Zeit noch selbständigen Standesherrschaften geschehen, von denen Oberhessen, besonders Wetterau und Vogelsberg, durchsetzt war. Vor allem die Isenburger und die Solmser (in Vilbel) taten sich hier hervor. Auch die pietistisch-herrenhuthische Siedlungstätigkeit im Isenburger Land im Umkreis der Ronneburg (Herrenhag) gehört in diesen Zusammenhang.

Staatshaushalt und Schuldendienst wurden von Hessen-Kassel durch die Vermietung hessischer Truppen an ausländische Mächte („Subsidien“, und „Soldatenhandel“ sind die Stichworte), z. B. an England, erfolgreich saniert, während in Hessen- Darmstadt die Staatsschulden durch eine schier grenzenlose Jagd- und Bauleidenschaft der Herrschenden, besonders der Landgrafen Ludwig VII. und Ernst Ludwig, weiter ruiniert wurden. Gerade in ihrem Oberhessen, besonders im Hinterland und im Vogelsberg, aber auch in der Wetterau wurden Jagdschlösser, ja ganze Dörfer errichtet (Neujägersdorf, Jägertal, Zwiefalten, Konradsdorf, in der Harb, Romrod, um nur einige zu nennen), um kostspieligen und aufwendigen Parforce-Jagden und - besonders in Oberhessen - „eingestellten Jagden“ zu frönen. Hierbei wurden, ohne sich durch etwaige jahreszeitlich bedingte Rücksichten einschränken zu lassen, Felder, Wälder und Fluren vernichtet, die Bauern von der Feld- und Erntearbeit weggeholt und zu Jagdfronden gezwungen, gleichwohl hatten sie die jährlichen Abgaben zu entrichten. Gegen den überhandnehmenden Wildbestand durften sich die Ärmsten nicht einmal wehren. Auch die vielen kleinen und kleinsten damals noch eigenständigen Standesherrschaften, von denen Oberhessen geprägt war, versuchten es den Landgrafen gleichzutun - und endeten oft im Bankrott. Den Darmstädter Landgrafen retteten davor nur die guten Beziehungen zum Kaiserhaus in Wien.

Die zu jener Zeit meist in Frondiensten errichteten schönen Schlösser und Parks im Vogelsberg und der Wetterau machen allerdings noch heute mit den Reiz der Region aus.

Auswanderung - lange gegen den Willen der Landesherren - blieb oft der einzige Ausweg für die Geplagten, der große Rußlandzug 1766 bildete einen ersten Höhepunkt.

Doch auch mit Prozessen gegen ihren Landesherren vor dem Reichsgericht wehrten sich Bauern, etwa die Freienseener gegen den Solms - Laubacher Grafen - und hatten zuweilen auch Erfolg.

Die Zeit bis zur Französischen Revolution war auch in Oberhessen von vielen Kriegen geprägt: Die Expansionskriege Frankreichs unter Ludwig XIV. gegen das Alte Reich zogen immer wieder auch die hessischen Lande in Mitleidenschaft, man denke nur an die verschiedenen Erbfolgekriege jener Epoche, so fielen etwa 1673 französische Truppen in die Wetterau ein. Besonders schlimm wirkte sich der Siebenjährige Krieg von 1756 - 1763 auf unsere Region aus. Deutschland war in diesem Ringen zwischen Frankreich mit Verbündeten und England mit seinen Koalitionspartner zwar nur ein Nebenkriegsschauplatz, doch Oberhessen ein wichtiges Aufmarsch- und Kampfgebiet. Hessen-Darmstadt war, der Tradition des Hauses folgend, mit Habsburg liiert,

dessen Kaiserin Maria Theresia auf Revanche gegenüber Friedrich II. von Preußen drängte, der ihr zuvor Schlesien abgenommen hatte. Sie verbündete sich daher mit Frankreich und Rußland. Hessen-Kassels Landgraf hatte sich hingegen durch Subsidienvträge an England gebunden, mit dem Preußen seit 1756 verbündet war. England gelang es nicht, Hessen - Kassel und dessen Oberhessen vor dem Einfall der Franzosen zu bewahren, das Land wurde mehrfach von ihnen besetzt und geplündert, allein Marburg wechselte 15mal während dieses Krieges den Besitzer, die Elisabethkirche entging dabei nur um Haaresbreite dem Schicksal der Hersfelder Stiftskirche, die damals in eine Ruine verwandelt wurde. Marburgs Stadt und Schloß waren danach vielfach beschädigt, und die nutzlose Befestigung des Schloßberges mußte in sechsmonatiger Fronarbeit der Landbevölkerung abgetragen werden.

Gießen wurde zwar nicht vom Feind besetzt, es hatte „nur“ die Einquartierung der fanzösischen Verbündeten zu ertragen, was aber auf eine Besatzung hinauslief, wenn sie auch keine direkten Beschädigungen verursachte. Das letzte große Gefecht des Siebenjährigen Krieges auf deutschem Boden fand am 21.9.1762 an der Brücker Mühle unterhalb der Amöneburg statt. Die Franzosen versuchten dort den Übergang über die Ohm und dann weiter den Durchbruch nach Kassel zu erzwingen - vergeblich. Ein eindrucksvolles Sandsteinmonument erinnert noch heute an den in der Mühle abgeschlossenen Waffenstillstand. Danach rückten die Franzosen ab, wobei das Hersfelder Stift in Flammen aufging. Der Krieg hatte Hessen, besonders aber Oberhessen - zumal 1761 - sehr schwere Verwüstungen zugefügt. Zu den vielfältigen Kriegslasten kamen schließlich noch Epidemien, Mißernten, Viehseuchen, erhöhter Abgabendruck und Geldentwertungen hinzu, so daß erneut sehr viele Menschen verarmten und es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer der größten Auswanderungswellen nach Rußland kam.

Um den Staatsbankrott in Hessen-Darmstadt abzuwenden, kam es zu einzelnen Reformen, die u. a. 1777 zur Einrichtung einer Ökonomischen Fakultät an der Gießener Universität führten oder die Landwirtschaft durch Wiesenmeliorationen, Kleeanbau und Einführung der Stallfütterung verbesserten - Verbesserungen, die in Hessen-Kassel die hugenottischen Zuwanderer schon mitgebracht hatten. Dort konnten dank der ständig fließenden Subsidiengelder für die kasselschen Truppen nicht nur die Verbesserung von Kultur, Städtebau und Landwirtschaft erreicht, sondern sogar noch die Steuern gesenkt werden.

Das Bild Landgraf Friedrichs II. v. H.-Kassel aber ist für die Nachwelt nachhaltig u. a. durch F. Schillers „Kabale und Liebe“ geprägt. Zu sei-

ner Entlastung ließe sich anführen, daß er nicht der einzige „Soldatenhändler“ jener Zeit war - auch an Laubachs Grafen gibt es ein Dankschreiben des Preußen-Königs für einen prächtigen langen Kerl -, der Kasseler Friedrich aber zog den meisten Gewinn für die Staatsfinanzen daraus.

Für die vielen kleinen Adelsherrschaften im oberhessischen Raum bedeuteten die Versuche, den Anschluß an die fürstliche Adelskultur nicht völlig zu verlieren - sie bauten ihre Burgen zu repräsentativen Schlössern um und genehmigten sich den damit verbundenen Prestigegewinn - häufig die völlige Verschuldung, und der Bankrott konnte oft genug nur durch die kaiserliche Debit (= Schulden)kommission aufgefangen werden. In jedem Falle aber stiegen die Belastungen der Bauern weiter.

Gegenüber den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie dann ab 1789 im revolutionären Frankreich realisiert wurden, war (Ober-)Hessen hoffnungslos veraltet, dies betraf die ständische Gesellschaft ebenso wie die feudale Agrarwirtschaft und die städtische Wirtschaft mit ihrer Zunftverfassung.

7. Die Zeit der französischen Revolution 1789 und der Herrschaft Napoleons in Oberhessen

Die Französische Revolution und besonders die napoleonische Herrschaft veränderten die politische und gesellschaftliche Situation im oberhessischen Raum in einem Maße, wie dies vorher noch nie geschehen war, auch territorial ergaben sich gravierende Änderungen.

Die ersten Kontakte zu den revolutionären Ideen beschränkten sich in Oberhessen zunächst auf einige Gebildete in den Städten, so gab es in den 1790er Jahren kleine Jakobinerzirkel in der Universitätsstadt Gießen und in der Reichsstadt Wetzlar, wo sich das Reichskammergericht befand. Die beiden hessischen Staaten kämpften selbstverständlich auf Seiten der antifranzösischen Allianz; in erste direkte Berührung mit den Revolutionstruppen geriet die Region 1790, als diese vorübergehend in die Wetterau eindringen, aber wieder zurückgedrängt werden konnten; fortan blieb Oberhessen jedoch Auf- und Durchmarschgebiet für die Armeen Preußens und Österreichs, bis es 1795 wieder mehrfach von den französischen Truppen besetzt wurde. Nach einem vorübergehenden Waffenstillstand eroberten diese 1796 die Wetterau mit deren Hauptort Friedberg. Durch den Frieden von Campo Formio zwischen Österreich und Frankreich wurde 1797 die Nidda als Demarkationslinie zwischen den Truppen festgelegt, so daß die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, besonders dessen Oberhessen, geteilt

war. Hatten Dörfer und Städte schon unter den direkten Kriegshandlungen schwer zu leiden gehabt - Beispiel: Plünderung Niddas - trieben die monatelangen Einquartierungen und hohen Kontributionen die Lebensmittelpreise immer höher und stürzten immer breitere Schichten in die Verarmung, der Lehrbetrieb an der Ludoviciana kam fast zum Erliegen. 1798 nahm Landgraf Ludwig X. notgedrungen die Neutralitätskonvention Frankreichs an, und Gießen wurde von Revolutionstruppen besetzt, die hier von 1796 bis 1799 ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 gliederte dem Hessen-Darmstädter Oberhessen in der Wetterau u. a. die Abtei Marienschloß und die Reichsstadt Friedberg ein. Das Hessen-Kasseler Oberhessen gewann nur die kurmainzischen Dörfer um Amöneburg und Neustadt hinzu. Da sich Hessen-Kassel aber, das gerade Kurfürstentum von Napoleons Gnaden geworden war, weigerte (wie auch Nassau-Oranien und Hessen-Homburg), Mitglied des Rheinbundes zu werden, büßten alle drei Staaten mit der Auslöschung ihrer staatlichen Existenz. Das kurhessische Oberhessen war danach Teil des von Napoleons Bruder Gerome regierten Königreichs Westphalen mit Kassel als Hauptstadt. Hessen-Darmstadts Landgraf Ludwig X. widersetzte sich zunächst auch wiederholt der Aufforderung Napoleons, dem Rheinbund beizutreten, folgte schließlich aber unter dem Eindruck der Besetzung seines Landes dem Beispiel Bayerns, Badens und Württembergs. Zur Belohnung erhielt er die Großherzogswürde und durfte auf der Königsbank der Rheinbündler Platz nehmen. Außerdem gewann er 1806 für sein Oberhessen noch die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die Burggrafschaft (Reichsburg) Friedberg, die Ganerbschaft Staden, die Herrschaft Ilbenstadt sowie die Territorien derer zu Solms (-Lich, -Laubach und -Rödelheim), zu Stolberg (-Gedern und -Ortenberg), der Schlitz, genannt Görtz, und der Riedesel zu Eisenbach. Diese Adligen unterstanden künftig zwar dem Großherzog von Hessen und bei Rhein als Landesherren, behielten aber als privilegierte „Standesherren“ ihren materiellen Besitz einschließlich des im Falle Solms-Laubach kurz zuvor gewonnenen Klosters Arnsburg. Aus dem territorial zerrissenen Oberfürstentum Hessen ging so die gebietsmäßig stark vergrößerte hessen-darmstädtische Provinz Oberhessen hervor. Noch nicht „geschluckt“ werden konnte Ysenburg-Büdingen, das als Teil des Fürstentums Isenburg während der napoleonischen Zeit zum Rheinbund gehörte, seine Annexion erfolgte 1813. Die Provinzhauptstadt Gießen erfuhr auch durch die Übernahme neuer Verwaltungsfunktionen eine weitere Aufwertung, und für die städtische Entwicklung (Erweiterung) als nützlich erwies sich die Niederlegung der militärisch sinnlos gewordenen Festungswälle.

Das kurhessische Oberhessen war ab 1807 Teil des Königreichs Westphalen, das als Modellstaat für die Übernahme des zentralistischen französischen Vorbildes ausersehen war und damit bei der Einführung der Gewerbefreiheit, der bürgerlichen Emanzipation der Juden, des Code Napoleon sowie der Reform der Agrarverfassung (Aufhebung von Leibeigenschaft und Frondiensten) rascher vorankam als die Nachbarstaaten. Das kurhessische Oberhessen (Marburger Land und die Schwalm) und der östliche Teil von Niederhessen (Eschwege, Hersfeld, Schmalkalden) bildeten das Werra-Departement, mit den Distrikten Marburg, Hersfeld und Eschwege, der Präfekt saß in Marburg, ebenso die oberen Gerichte. Trotz dieser in vieler Hinsicht fortschrittlicheren Regelungen, die durchaus auch vielen zugute kamen (Beamten, der Universität, Professoren, Lehrern und Soldaten) und von diesen auch geschätzt wurden, lasteten doch die Quartierforderungen und Steuergelder, Aushebungen und Truppenverpflegung schwer auf Bürgern und Stadt und vor allem den Bauern. So fanden die Franzosen keine Zustimmung bei der breiten Bevölkerung und dem seiner Privilegien verlustig gegangenen Landadel. Kurhessen bildete von 1806 an ein Zentrum des Widerstandes und bereits im Dezember 1806 und später 1809 kam es u. a. in Marburg zu Unruhen und kleineren Erhebungen, die aber scheiterten. Ihre Führer wurden hingerichtet. Eine andere französische Sanktion bestand darin, landesfürstlichen Besitz jeder Art aus Marburg abzutransportieren, darunter das Mobiliar des Schlosses. Später ließ Jérôme auch den Elisabethschrein nach Kassel holen, von wo er, nach dem Ende der napoleonischen Besatzung und fachgerecht der Kostbarkeiten beraubt, nach Marburg zurückkehrte.

Auch im Darmstädter Gebiet gab es Reformen, wenn auch zunächst mehr auf der Verwaltungsebene, wie die Provinzgliederung von 1803. Außerdem wurden die noch als althessische Relikte in Oberhessen vorhandenen Landstände samt ihrem Steuerbewilligungsrecht und der Steuerfreiheit der Ritterschaft beseitigt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Abschaffung der Leibeigenschaft und der Frondienste (1808 bzw. 1811), allerdings - und dies war besonders für Oberhessen von großem Nachteil - noch nicht in den ehemaligen Standesherrschaften. Das System der Grundherrschaft wurde dort nicht aufgehoben, vielmehr ausdrücklich als privatrechtliches Eigentum bestätigt, das nur durch finanzielle Entschädigungen abgelöst werden konnte. Da die Bauern hierzu in den meisten Fällen - besonders im armen Hinterland und Vogelsberg - nicht in der Lage waren, und die Bundesakte von 1815, also auch nach der napoleonischen Zeit(!) diese Rechte schützten, bedeutete dies vor allem für Teile von Oberhessen die Zementierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und den Anlaß für weitere Auswanderungen - jetzt zumeist nach Nordamerika - und

Revoluten im 19. Jahrhundert. Die Standesherrn behielten außerdem noch ihren privilegierten Gerichtsstand, ihre Domänen, die niederen Polizei-, Jagd- und Fischereirechte und die kirchliche Präsentationsbefugnisse, d. h. das Vorschlagsrecht für die Besetzung des betreffenden Kirchenamtes, auch Patronat genannt.

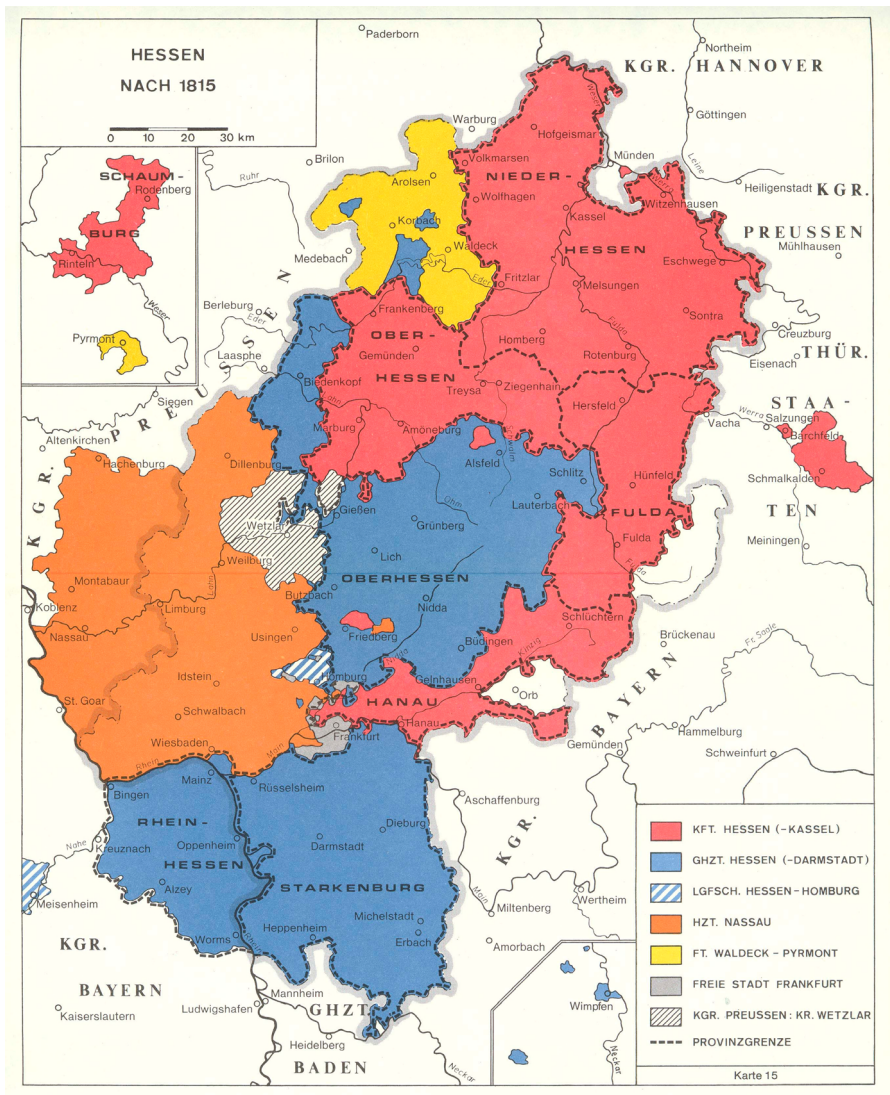
Vor allem unter den Studenten der Landesuniversität in Gießen gärte es zu jener Zeit. Schon unter Napoleons Vorherrschaft entstanden so um 1809 dort Burschenschaften um die Leitfigur Friedrich Gottlieb Welcker, Lehrer am Gießener Pädagog, der sich schon während der Rheinbundzeit für die Einheits- und Freiheitsbewegung in Deutschland einsetzte. Viele von ihnen schlossen sich 1813 den Freikorps gegen Napoleon an. Die gesellschaftlichen Fortschritte, die sich im Bereich des Königreichs Westphalen stärker ausgewirkt hatten, griffen im Darmstädter Oberhessen nicht oder erst viel später, so daß hier von Anfang an die Belastungen durch die Fremdherrschaft stärker das Bewußtsein prägten.

8. Oberhessen zwischen 1815 und 1866 und im Kaiserreich

Der Wiener Kongreß von 1815 stellte die Eigenstaatlichkeit von Hessen-Homburg und Kurhessen wieder her. Der zurückgekehrte Kurfürst Wilhelm I. beseitigte zunächst die französisch geprägten freien Verfassungs- und Verwaltungsinstitutionen, führte im wahrsten Sinne den alten Zopf in der Armee wieder ein und stufte Personal, Beamte und Soldaten zurück, sehr zum Verdruß vieler seiner Untertanen. 1820/1 folgte eine Neuorganisation der Provinzen, Marburg als Provinzhauptstadt und Sitz der Landesuniversität erhielt eine Regierung und ein Obergericht; die Kreisorganisation, die an die Stelle der alten Ämter trat, orientierte sich am preußischen Vorbild, die kurhessische Provinz Oberhessen umfaßte dabei die Kreise Marburg, Frankenberg, Kirchhain und Ziegenhain. 1827 hatte diese Provinz - die bevölkerungsschwächste der vier kurhessischen Provinzen - 107 932 Einwohner, 1849 waren es 118 370, davon lebten 9 754 in Marburg³ (s. Karte 15).

Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt verlor 1814/5 in seiner oberhessischen Provinz wieder das kurz zuvor erworbene Amt Dorheim an Kurhessen und Hessen-Homburg, das 1814 wieder eigenständig wurde, erhielt aber als Entschädigung einen Teil der nun mediatisierten isenburgischen Lande unter die eigene Oberhoheit, also Stadt und Gericht Büdingen, sowie die Gerichte Düdelsheim und Mockstadt.

3 Schultz, Uwe (Hrsg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983, S. 162.



Schloß und Kloster Marienborn kamen 1816 hinzu, außerdem wurden noch die kurhessische Hälfte des Amtes Vilbel, der homburgische Anteil an Petterweil und die solms-rödelheimsche Hälfte von Niederursel zu Teilen der Darmstädter Provinz Oberhessen. Diese erreichte zu jener Zeit ihre größte Ausdehnung und war mit 74 Quadratmeilen die flächenmäßig größte der drei großherzoglichen Provinzen, bildete aber nach wie vor kein geschlossenes Ganzes: im Norden existierten drei von einander ebenfalls isolierte Exklaven im

kurhessischen bzw. waldeckischen Territorium, nämlich der Bezirk Vöhl, die alte Herrschaft Itter (heute am Edersee gelegen), zu dem auch das Kirchspiel Eimelrod und Höringhausen gehörten; ebenso gab es im Süden die untereinander nicht verbundenen Exklaven Vilbel, Rödelheim Niederursel und Steinbach. Außerdem umschloß das Darmstädter Oberhessen zwei kurhessische Exklaven - das Amt Dorheim und das Gericht Katzenberg. Die Provinz umfaßte 1841 folgende 12 Kreise: Gießen, Biedenkopf, Alsfeld, Lauterbach, Schlitz, Grünberg, Schotten, Hungen, Friedberg, Nidda, Büdingen und Vilbel, für den Bezirk Vöhl galt eine Sonderregelung.

Zu den beiden anderen Darmstädter Provinzen, Starkenburg und Rheinhessen, bestand nach wie vor keine direkte Landverbindung, was sich auch bis zum Schluß nicht ändern sollte.

1828 lebten in dieser Provinz 271 642 Einwohner (von 718 373 des Großherzogtums insgesamt), davon waren 251 260 evangelisch, 12 699 katholisch, 354 Mennoniten und 7 329 Juden.⁴ Gießen war Provinzhauptstadt mit Regierungskollegium und oberem Gericht, außerdem Sitz der Landesuniversität und eines Landesgymnasiums, Büdingen hatte das zweite und Friedberg eine lateinische Vorbereitungsschule.

9. Die bäuerliche Bevölkerung - ihre Lage, ihre Probleme

Die bäuerliche Bevölkerung machte durch die Jahrhunderte den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung in beiden hessischen Staaten aus, erst recht in Oberhessen, und die Landwirtschaft war der klar dominierende Wirtschaftszweig. In der Wetterau, dem Amöneburger Becken, im Ebsdorfer Grund, der Rabenau oder in der Schwalm waren die Bedingungen hierfür auch sehr günstig, anders im Vogelsberg und dem Hinterland, dort kam die ländliche Bevölkerung nicht ohne zusätzliche Nebengewerbe (Flachsanzbau und Verarbeitung in Heimarbeit - hessisches Leinen war lange ein Exportprodukt) über die Runden. Die oberhessische Landwirtschaft krankte, zumal im Vogelsberg und Hinterland, an schlechten Böden, Mängeln in der Viehzucht, technischer Rückständigkeit und besonders an Besitzzersplitterung, die durch die Realteilung verursacht war. Diese Schwierigkeiten waren durch die Entfeudalisierung, also die sogenannte Bauernbefreiung, nicht beseitigt, in vielen Fällen sogar noch verschärft worden, mußten doch die Bauern ihre Freiheit erst durch hohe Ablösesummen - in Kurhessen 1832 das 20fache der jährlichen Abgabesumme, im Großherzogtum das

4 Vgl. Wagner, G. W. J., Statistisch-topographisch-historische Beschreibung des Großherzogtums Hessen, 4 Bde., Darmstadt 1830/1, Bd. 4, S. 63 bzw. 69 - 75.

18fache - von den Grundherren erkaufen, wodurch vor allem in den Armutsgebieten viele Bauern aufgeben mußten, da sie diese Summen nicht aufbringen konnten. Kamen dann noch Preisverfall oder Mißernten und Hungersnöte hinzu, wie es im 19. Jahrhundert mehrfach der Fall war, mußten sie sich als Knechte und Mägde auf den Gütern oder bei größeren Bauern verdingen, als Saisonarbeiter in der Erntezeit aus dem Hinterland in die Wetterau ziehen oder - wie schon so oft - zu meist nach Amerika auswandern.

Besonders rückständig waren dabei in Oberhessen die sogenannten Standesherrschaften, also die einstigen Territorien der Freiherren, Grafen oder Fürsten von Solms, Schlitz, Riedesel, Ysenburg, Stolberg, Schweinsberg, Rau usw., denn die Reformmaßnahmen des Großherzogtums der 1820er Jahre blieben in diesen Gebieten wirkungslos. So gab es sogar im sogenannten „Schenk’schen Eigen“, also Argenstein mit Ochsenburg, Roth und Wenkbach an der Lahn südlich von Marburg, noch Leibeigenschaft. Für die Bauern jener Regionen führte die Mediatisierung gar noch zu einer Doppelbelastung, mußten sie doch neben den neuen Landessteuern auch noch die alten Feudalabgaben entrichten, die in den landesherrlichen Gebieten schon viel früher aufgehoben und abgelöst worden waren. Für die Ablösung dieser Feudalrechte fehlte den Klein- und Kleinstbauern aufgrund gesunkener Agrarpreise und steigender Abgaben das Geld. Immer wieder kam es daher in den Adelsgebieten der Wetterau zu Unruhen, man denke nur an das „Blutbad von Södel“ 1830, auch Friedrich Ludwig Weidigs und Georg Büchners „Hessischer Landbote“ (1834) ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Doch erst das Erschrecken der Herrschaften über die Bauernunruhen 1848, die vor allem in den Standesgebieten, aber auch im Kurhessisch-Hanauischen und großherzoglichen Gebiet aufflamnten, führten zu einer Änderung der schon lange überfälligen Verhältnisse. Nur brutaler Einsatz von Militär konnte verhindern, daß die riedeselschen Schlösser oder andere gestürmt wurden. Die Ablösesummen wurden nun nicht von den Bauern, sondern aus der großherzoglichen Staatskasse, also vom Steuerzahler, gezahlt. Spannend ist es, diese Unruhen und Revolten zu verfolgen, aber zur Revolution kam es in Oberhessen nicht.

Die Entschädigungsgelder für die adeligen Standesherrschaften wurden von diesen zumeist dazu verwandt, das durch den Ruin zahlreicher Bauern oder von Ausreisewilligen freigewordene Land aufzukaufen, so stiegen sie zu den größten Grundeigentümern in der Wetterau und im Vogelsberg auf. Der einst feudale Landedelmann wurde so zum Großgrundbesitzer, der von Pachtgeldern lebte.

10. Politische Unruhen in Oberhessen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Doch die wirtschaftliche, soziale und politische Rückständigkeit in Oberhessen rief nicht nur bei der Landbevölkerung Unruhe, ja Aufruhr hervor, eine radikale Gegenbewegung aus dem bürgerlichen Lager formierte sich unter Studenten der Universität Gießen, die gegen das auf „Restauration“, „Legitimität“ und „Solidarität“ beruhende System des Deutschen Bundes opponierte. Hier bildete sich mit den „Gießener Schwarzen“ um Karl Follen eine Gruppe, die zum radikalsten Flügel der seit 1818 zusammengeschlossenen deutschen Burschenschaften gehörte. Die jungen Männer hatten zumeist schon in Freikorps gegen Napoleon gekämpft und erstrebten nun einen gewaltsamen Sturz der Fürsten und die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik, für die K. Follen eine weitreichende Verfassung entworfen hatte. Ihrer Agitation ist zu verdanken, daß die Volksbewegung der „wilden (d. h. verbotenen) Landtage“ (1818/9) entstand. Ein Schüler Follens war Karl Ludwig Sand, der den Lustspielautor Kotzebue 1819 ermordete und damit Österreichs Fürst Metternich den willkommenen Anlaß zu den berichtigten „Karlsbader Beschlüssen“ von 1819 bot, die u. a. zum Verbot der Burschenschaften führten. Karl Follen, der nichts mit dem Attentat auf Kotzebue zu tun hatte, mußte nach Amerika fliehen, wo er sich später u. a. in der Antisklaverei-Bewegung engagierte.

Gießens Studenten, die aus dem ganzen Großherzogtum kamen, waren führend beteiligt bei der Gründung der deutschen Burschenschaften 1815, beim Wartburgfest 1817, den geheimen Bündnissen und Treffen in den 1820ern (Wilde Landtage), dem Hambacher Fest 1832 und dem bewaffneten Aufstandsversuch in der Hauptstadt des Deutschen Bundes, dem sogen. „Frankfurter Wachensturm“ 1833. In den 1840er Jahren bildeten die Studenten knapp 10% der damals 7224 Einwohner Giessens.

Den Höhepunkt des politischen Radikalismus in Oberhessen bildete wohl die 1834 nach Straßburger Vorbild gegründete „Gesellschaft für Menschenrechte“ um Georg Büchner und den Butzbacher Rektor Friedrich Ludwig Weidig, die beide gemeinsam auch den „Hessischen Landboten“ - die eindrucksvollste politische Flugschrift der deutschen Literatur - 1834 herausbrachten. Sie scheiterten an der mangelnden Resonanz jener, für die sie sich einsetzten, der Landbevölkerung; den Verfolgungen konnte sich Büchner noch rechtzeitig durch Flucht nach Straßburg entziehen, Friedrich Ludwig Weidig wurde durch den jahrelangen Verhörterror des Gießener Hofgerichtsrats Georgi 1837 in den Freitod getrieben. Die Nachdrucker der 2. („Marburger“) Auflage blieben bis 1848 in kurhessischen Kerkern.

Im Marburger Land hatte es 1830 keine großen Unruhen gegeben wie in Kassel oder Hanau, doch entwarf hier der Staatsrechtler Sylvester Jordan als Abgeordneter der Universität 1830 die ältesten kurhessischen Grundrechte und trug maßgeblich zur Entstehung der kurhessischen Verfassung bei. Nach einem Hochverratsprozeß wurde er ab 1839 im Marburger Schloß, das die Franzosen schon in ein Gefängnis umgewandelt hatten, bis 1845 inhaftiert. Vor der Revolution von 1848 wurde er dann eine der großen Symbolfiguren des deutschen Liberalismus, die auch auf den jungen Wilhelm Liebknecht aus Gießen tiefen Eindruck machte.

In Gießen war zu jener Zeit Zoologieprofessor Carl Vogt („Affenvogt“) die dominierende Persönlichkeit der politischen Szene des unruhigen städtischen Bürgertums. Vogt, ein Neffe der Brüder Follen, galt als Republikaner, der mit August Becker - dem „roten Becker“ - zusammen eine Zeitung herausgab, wurde Oberst der Gießener Bürgergarde, des bewaffneten Organs des städtischen Bürgertums, und vertrat Gießen später in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Ende 1848 schlossen sich alle Bürgerwehren Gießens, Wetzlars, Butzbachs, später auch Marburgs, Lichs und Laubachs zusammen, um der bedrohten Revolution zu helfen - doch sie konnten ihre Niederlage nicht abwenden. Vogt mußte in die Schweiz fliehen und wurde in Genf berühmter Wissenschaftler und aktiver Schweizer Nationalrat. Auch in Oberhessen hatte - wieder einmal - die Reaktion gesiegt.

11. Wirtschaftliche Entwicklung - Industrialisierung in Oberhessen

Ein Blick auf die Ausgangslage Oberhessens von 1815 zeigt, daß die wirtschaftliche Struktur sehr rückständig war und daher erhebliche Anpassungsprozesse bewältigt werden mußten, was nicht nur für die hier eindeutig dominierende Landwirtschaft galt, sondern genauso für die ländlichen Nebengewerbe und das Handwerk, großgewerbliche Produktion gab es damals fast gar nicht. Die Textilmanufakturen hatten unter der Kontinentalsperre gelitten und danach unter der billigeren englischen Konkurrenz. Etwas besser sah es im Eisengewerbe aus.

Die oberhessischen Städte waren um 1834/5 noch beschauliche Ackerbürgerstädte, d. h. auch die Gewerbetreibenden waren zur Lebenssicherung auf eigene landwirtschaftliche Tätigkeit angewiesen - eine genaue Unterscheidung zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren war damals noch gar nicht möglich.

Die traditionellen Wirtschaftssektoren dieser vorindustriellen Welt mußten wegen fehlender Alternativen zunächst sogar noch große Teile

des wachsenden Arbeitskräftepotentials aufnehmen, was zur Abwertung der einzelnen Stelle führte, zur Verminderung des Lohn-Einkommens und zu verstärkter Verelendung. In Kurhessen etwa erwirtschafteten nur 10% der Höfe ein ausreichendes Einkommen! Die Realteilung führte zu immer kleineren Nutzflächen. Mehrere europäische Agrarkrisen verschärften die Situation, zumal in den ertragsschwachen, kargen Mittelgebirgsregionen von Hinterland und Vogelsberg. Die dort betriebenen Nebenerwerbsmöglichkeiten Flachsspinnerei und Leinwand-Weberei gerieten - wie das alteingesessene hessische Wollgewerbe - in die Krise. Die nachlassende Massenkaufkraft trieb auch viele Handwerker in den Ruin, und vielen blieb der soziale Abstieg nicht erspart. Die ausgeprägten vorindustriellen Verelendungstendenzen nennt man Pauperismus, verursacht durch die infolge des Bevölkerungswachstums ausgelöste zunehmende Kluft zwischen dem Angebot an Arbeitskräften und jenem an Arbeitsplätzen. Viele aus Hinterland und Vogelsberg wurden zu Saisonwanderern in besser gestellte Gegenden wie etwa die Wetterau, wo man zur Erntezeit die aus dem Hinterland oder dem Fuldaer Gebiet stammenden „Hessedrescher“ antreffen konnte. Andere suchten ihr Heil in der Auswanderung, wobei dies im 19. Jahrhundert lange von Regierungsseite aus- und nachdrücklich unterstützt wurde, um des Problems der Übervölkerung Herr zu werden. Industrialisierung schied in den Augen der kurhessischen, großherzoglichen und meist auch standesherrlichen Obrigkeiten als Alternativlösung aus, da man - gewarnt durch das englische Beispiel - Proletarisierung und politische Unruhen fürchtete. „Mit Auswanderung hindert oder stört oder dämpft man Revolutionen“, meinte beispielsweise Fürst Metternich. Ergebnis war, daß die Bevölkerungsverluste in Oberhessen und dort gerade in den Krisengebieten am stärksten waren: Zwischen 1846 und 1864 sank die Einwohnerzahl von 310 141 auf 289 559. Ganze Dörfer zogen nach Amerika, z. B. Wernings bei Wennings im Vogelsberg. Im kurhessischen Frankenberg sank die Bevölkerung gar um 16%.

Nicht zuletzt hinderte auch die Vielzahl klein- und kleinräumlicher Zollschranken - man denke an die En- oder Exklaven - gerade in der Region Oberhessen einen wirtschaftlichen Aufschwung. Das sollte sich erst nach 1866 bzw. 1871 merklich ändern, vor allem unter preußischer Regie, wobei dem Eisenbahnbau eine wichtige raumerschließende Rolle zukam.

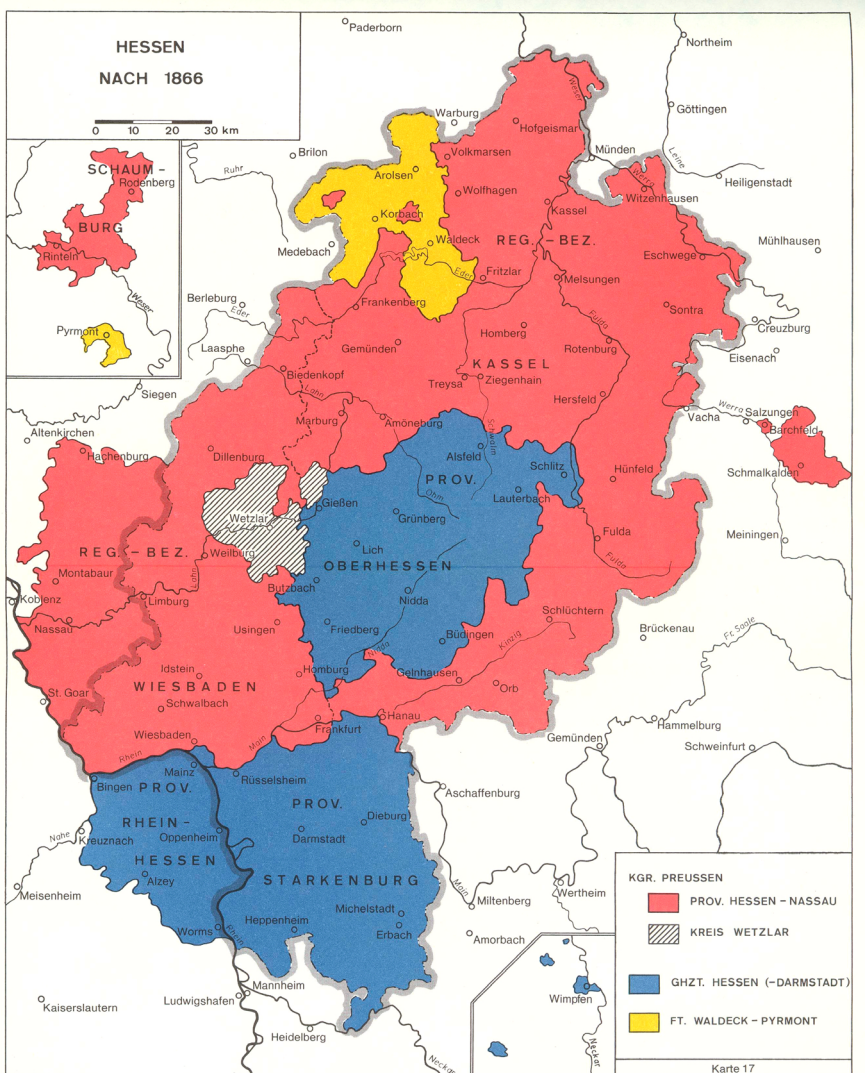
Ansätze einer Industrialisierung gab es durchaus auch im Oberhessischen, so besonders in der Eisenindustrie, die hier an eine lange Tradition in der Eisenverarbeitung anknüpfen konnte. Zu erwähnen ist Formschneider Soldan aus Frankenberg, der schon 1528 in der Neuschmiede des Klosters Haina wirkte, oder die Ludwigshütte in Bie-

denkopf, ein bedeutendes Hammer- und Schmelzwerk im 19. Jahrhundert, besonders aber gilt dies für die Unternehmerfamilie Buderus, die aus kleinsten Anfängen in der einst laubach'schen Friedrichshütte, in Hirzenhain, Lollar und vor allem dann im preußischen Wetzlar ein Unternehmen von Weltruf schuf. Auch die in Gießen und der Lindener Mark abgebauten Brauneisen- oder Manganerzvorkommen waren bedeutsam, daneben kann noch die Braunkohleförderung erwähnt werden, die später in Wölfersheim verstromt wurde. In Gießen sind außerdem vor allem die Tabak- (Gail und andere), die Textilindustrie und die Gail'sche Tonwarenfabrik hervorzuheben. Butzbach entwickelte sich zum industriellen Standort in der Wetterau, Schlitz und Lauterbach hatten klangvolle Namen in der Leinwand- und Damastherstellung, wie überhaupt Textilherstellung und -verarbeitung im Oberhessischen von alters her eine bedeutsame Rolle spielten. Doch gilt es festzuhalten, daß sich Oberhessen nie zu einer Industrieregion entwickelte. Gleichwohl trugen die Ansätze, der Eisenbahnbau und der wirtschaftliche Aufschwung in den sogenannten Gründerjahren des Kaiserreichs wesentlich zu einem Rückgang der Auswanderung bei, wenn sie auch nie ganz zum Versiegen kam. Die Ballungszentren an Rhein und Main, auch an Lahn, Dill und Sieg verursachten allerdings eine Binnenwanderung und Pendlerströme. In Frankfurt entstand so 1907 ein „Verein der Oberhessen“, zu dem sich viele der ins „preußische Ausland“ Ausgewanderten zusammengeschlossen hatten - der Verein existiert noch heute.

Krisenhafte Regionen, in denen nur die alten Auskommensmöglichkeiten verfielen und keine Neuansätze zu registrieren waren, fielen aber noch weiter zurück und verloren Menschen, so besonders der Frankfurter Raum.

12. Die Schicksalsjahre 1866 und 1871

Die drei hessischen Staaten - wenn man auch das damalige Nassau so bezeichnen darf - standen im deutschen Bruderkrieg 1866 auf der österreichischen und damit der Verliererseite. Die Folgen waren nicht nur, aber besonders für beide oberhessischen Provinzen einschneidend (s. Karte 17): Kurhessen verschwand abermals als eigener Staat und wurde von Preußen annektiert, die kurhessische Provinz Oberhessen wurde aufgelöst und Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau im Regierungsbezirk Kassel, Marburg verlor seine Position als Provinzhauptstadt und wurde zu einer preußischen Universitätsstadt.



Hessen- Darmstadt behielt seine, wenn auch stark eingeschränkte Selbständigkeit, mußte aber von seinem Oberhessen große Teile an Preußen - das gerne bis zur Mainlinie vorgedrungen wäre - abtreten: 1. das ganze althessische Hinterland (mit den Ämtern Biedenkopf, Gladenbach und Battenberg) - das als Kreis Biedenkopf dem preußischen Regierungsbezirk (Nassau)-Wiesbaden (!) zugeschlagen wurde, 2. den Nordteil des damaligen Kreises Gießen, also das Amt Königsberg mit den Dörfern Fellingshausen, Frankenbach, Königsberg,

Krumbach, Rodheim-Bieber, Waldgirmes, Naunheim und Herrmannstein - sie wurden zum „Hinterland“ des schon seit 1815 zu Preußen gehörenden Wetzlar, das bis 1932 zur preußischen Rheinprovinz und dann zur preußischen Provinz Hessen-Nassau gehören sollte. 3. Das wegen Erlöschens der Linie nur wenige Monate an Darmstadt „heimgefallene“ Hessen-Homburg - das in den preußischen Regierungsbezirk Wiesbaden eingegliedert wurde, 4. das Amt Vöhl (heute z. T. am Edersee gelegen), das dem Regierungsbezirk Kassel der preußischen Provinz Hessen-Nassau eingegliedert wurde.

Die übrige noch bei H.-Darmstadt verbliebene Provinz Oberhessen, zu der wenig später noch die Ämter (heute: Bad) Nauheim sowie Reichelsheim in der Wetterau, der Distrikt Katzenberg sowie Gronau, Massenheim und Dortelweil (heute alle zu Bad Vilbel gehörend) im Austausch kamen, wurde überdies als einzige der drei Darmstädter Provinzen dem Norddeutschen Bund angeschlossen. Das hessische Militär - eine Division - wurde zum integrierten Teil eines preußischen Armeekorps, das Gießener Infanterieregiment Nr. 116 erhielt 1891 den Namen „IR Kaiser Wilhelm (2. Großherzoglich-Hessisches) Nr. 116“.

Ein Blick auf die politischen Strömungen in Oberhessen nach 1866 und besonders 1871 zeigt, daß nach der stärkeren Demokratisierung des Landtags- und Kommunalwahlrechts in Preußen und dem Großherzogtum die hier einst starken Linksliberalen nach 1866 viele Anhänger an die Nationalliberalen verloren, die trotz der verfassungspolitischen Defizite Bismarck unterstützten. Ende der siebziger Jahre gerieten auch diese in der Region unter wachsenden Druck ihrer politischen Konkurrenz, einmal der Freikonservativen, zum anderen Ende der 90er vor allem der neuen fortschrittsfeindlichen, antisemitischen Protestbewegung in Oberhessen. Seit der Gründerkrise von 1873 war reichsweit eine Zunahme antisemitischer Strömungen zu registrieren, doch hatten sie nirgendwo sonst solche Erfolge wie in Oberhessen. Der Marburger Volkskundler und Bibliothekar Otto Böckel war der spiritus rector dieser Bewegung, so daß man auch von der Böckel-Bewegung sprach; mehrere Legislaturperioden lang schickten Oberhessen ihn, den „oberhessischen Bauernkönig“, als Abgeordneten für die antisemitische Partei in den Berliner Reichstag. Besonderen Rückhalt hatte diese Bewegung nicht so sehr in den Städten, als vielmehr in den überaus krisenanfälligen ländlichen Gebieten, dort unterstützt von dem schriftstellernden Pfarrer Ludwig Rudolf Oeser, der unter dem Pseudonym Otto Glaubrecht mit seinen leicht lesbaren Volksroman „Das Volk und seine Treiber“ die Oberhessen wirkmächtig in die Devise, „die Juden sind unser Unglück“ einstimmt.

Erst im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Gründung von Raiffeisenkassen und zunehmender Industrialisierung (Eisenbahnbau) sowie amtlicher wie privater Gegenpropaganda - z. B. Leopold von Sacher-Masows mit seinem „Oberhessischen Volksbildungsverein“ in Lindheim/Wetterau - konnten die Antisemiten zurückgedrängt werden, doch blieben sie stark und boten später den Nationalsozialisten den wohl vorbereiteten Boden.

Es mag erstaunen, aber aus dieser landwirtschaftlich geprägten, wirtschaftlich rückständigen Region, in der die Industrialisierung nur punktuell und eher am Rande Einzug hielt, wuchs ein sozialdemokratisches Urgestein heran - nein, nicht August Bebel, der mit Wetzlar eng verbunden ist, ist hier gemeint, sondern der Gießener Wilhelm Liebknecht, der mit eben diesem August Bebel zusammen 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gründete. Auch Eduard David, der erste Präsident der Weimarer Reichversammlung und spätere Reichsminister verbrachte Jugend- und Studentenjahre in Krofdorf bzw. Gießen und darf als Oberhesse gelten.

13. Die jüdische Bevölkerung Oberhessens

Fragt man danach, weshalb gerade Oberhessen zu d e r Hochburg der politischen Antisemiten im Deutschen Reich werden konnte, bemerkt man, daß hier der jüdische Bevölkerungsanteil - auch was die Zahl der jüdischen Gemeinden betraf - prozentual und absolut höher war als in anderen Gegenden des damaligen Deutschland, von Großstädten wie Berlin und Breslau und der Pövinz Posen-Westpreußen einmal abgesehen. Wobei noch bedacht werden muß, daß im 19. Jahrhundert gerade auf den Dörfern und in den Klein- und Kleinstädten der jüdische Anteil an der Bevölkerung noch höher war als Anfang des 20. Jahrhunderts. So lebten etwa im Reichstagswahlkreis Kassel 5, in dem es 4 größere Städte gab und 7 Kleinstädte mit weniger als 1500 Einwohnern und der ungefähr der alten kurhessischen Provinz Oberhessen entsprach - nämlich die Landkreise Marburg, Frankenberg, Neustadt und Kirchhain und das ehemals großherzogliche Amt Vöhl umfassend - 1885 für deutsche Verhältnisse sehr viele jüdische Menschen auf den Dörfern: 1072 von 2226 = 48%, 1905 waren es 40,5% - mehr jedenfalls als anderswo in Deutschland.⁵

Die ersten jüdischen Gemeinden im späteren Oberhessen finden sich schon 1236 in der Wetterau, in der Reichsstadt Friedberg; sie unter-

5 Vgl. Dettmering, Erhart u. Grenz, Rudolf (Hrsg.), Marburger Geschichte - Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, Marburg 1980, S. 474 ff.

standen damals unmittelbar dem Kaiser, dessen hoheitliche Rechte über sie unter dem Begriff der Kammerknechtschaft zusammengefaßt waren. Allmählich begann, was man „Territorialisierung“ der Juden nannte, daß sie nämlich nach und nach einem Landesherren oder einer städtischen Obrigkeit als oberstem Schutzherren unterstellt wurden, daher die Bezeichnung „Schutzjuden“. Diesen Schutz gegenüber den Anfeindungen und Verfolgungen ihrer christlichen Mitbürger ließen sich die jeweiligen Landesherren teuer bezahlen. Daß es gerade in Oberhessen so viele „Schutzjuden“ gab, erklärt sich aus der Vielzahl von Patrimonialherrschaften, also den kleinen Standesherrschaften, in diesem Gebiet. Dabei ließen es diese Landesherren nicht an Phantasie fehlen, Abgaben von Juden für fast alle Lebensäußerungen zu erfinden, so daß schließlich ein Schutzjude das Vierfache an Abgaben eines christlichen Untertanen erbringen mußte.

Fast alle Juden in den ländlichen Gemeinden und Kleinstädten Oberhessens waren im Handel - meist im Viehhandel - tätig und betrieben daneben auch die damit verbundenen Geldgeschäfte. Eine andere Existenzgrundlage war ihnen auch bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts nicht erlaubt. Bis 1866 waren Juden in Kurhessen die Landwirtschaft, das zünftige Handwerk und der Staatsdienst praktisch verschlossen. Erst die Annexion durch Preußen schuf hier einen Wandel.

Noch in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts gab es im Marburger Land kaum Genossenschaftskassen, so daß Bauern, die Geld oder Kredite brauchten, sich an jüdische Geldhändler wandten. Konnte dann ein Bauer seine Schulden nicht zurückzahlen, was angesichts der oft kümmerlichen Bodenverhältnisse und der Vielzahl von Klein- und Kleinstbetrieben - zumal bei Mißernten - nahelag, kam sein Hof zur Zwangsversteigerung, wobei die jüdischen Geldhändler seit 1866 auch als Bodenhändler eine wichtige Rolle spielten. Hier setzten die politischen Antisemiten an, indem sie nicht die eigentlichen Ursachen der Misere, sondern die Juden als „Güterschlächter“ zum Alleinschuldigen erklärten. Die Forderung der Juden nach rechtlicher Gleichstellung, worin sie von den Liberalen unterstützt wurden, erregte besonders den Mißmut der Bauern.

14. Revolution 1918/9 und Weimarer Republik

Wie überall im Kaiserreich bildeten sich auch in Oberhessen am Ende des 1. Weltkrieges Arbeiter- und Soldatenräte, denen sich bald noch Bauern- und Bürgerräte zugesellten. Ihre Hauptfunktion war dabei weniger der „Umsturz“ nach russischem Muster, als vielmehr die Aufrechterhaltung der Ordnung. Bei den ersten Reichstagswahlen der

Weimarer Republik siegten in Gießen und Marburg - hier allerdings nur ganz knapp - die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition, also demokratische Parteien. Doch war schon früh eine starke Rechtslastigkeit in der Region zu erkennen, insbesondere in den Studentenschaften. Viele, die als Soldat im Krieg gekämpft hatten, kämpften in den illegalen Freikorps weiter, die auch auf Wunsch von Reichswehr und der SPD-Führung im Reich helfen sollten, die junge Republik zu schützen. Dem „Marburger Studentenkorps“ („Stukoma“) wurde dabei die Ermordung von 15 unbewaffneten Arbeitern bei Mechterstädt/Thüringen im März 1920 zur Last gelegt. Bei den Gießener Kompagnien ereignete sich nichts dergleichen, doch sorgte 1927 der Gießener „Fememordprozeß“ reichsweit für Aufsehen, dabei ging es um die Verstrickung von in Gießen stationierter Reichswehreinheit, der Universität und Studenten der Ludoviciana in konterrevolutionäre Putschpläne. In den ländlichen Gebieten erhielten rechtsradikale Gruppen angesichts der schlechten Agrarentwicklung Zulauf. Die Nationalsozialisten verfügten schon Ende der 20er Jahre über eine beachtliche Organisationsstruktur, zur Massenbewegung wurden sie aber erst im Schatten der Weltwirtschaftskrise; der nationalsozialistischen Studentenorganisation „Nationalsozialistischer deutscher Studentenbund“ (NSDStB) gelang es schon 1930/31, die Mehrheit in den Studentenvertretungen von Marburg und Gießen zu erringen, und bei den Septemberwahlen zum Reichstag von 1930 erzielte die NSDAP erstmals über dem Reichsdurchschnitt liegende Erfolge. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die sich verschärfende Agrarkrise ließen sie 1932 im Kreis Gießen 55% und in den Kreisen Marburg-Land und Biedenkopf mehr als 60% erringen, Hochburg aber war der Vogelsberg, in dessen Kreisen Schotten, Lauterbach und Alsfeld jeweils gar über 70% zusammenkamen.

Interessant zu sehen, woran dies lag; nicht zuletzt konnte die antisemitische Substanz wieder mobilisiert werden, wobei auch die mehrheitlich protestantische Ausrichtung der Bevölkerung eine nicht unbedeutende Rolle spielte.

15. Oberhessen unter dem Hakenkreuz

Die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten erfolgte in Oberhessen nach dem 30. Januar 1933 dem allgemeinen Muster. Das Führerprinzip verdrängte die demokratische Selbstverwaltung. Die politische Macht lag bald in den Händen von Gauleitern bzw. Reichsstatthaltern (Jakob Sprenger für den ehemaligen Volksstaat Hessen und Karl Weinrich in Kurhessen). Folgerichtig kam es 1936 zur Auflösung der drei Darmstädter Provinzen sowohl als staatliche Verwaltungsbehörden wie auch als selbständige Gebietskörperschaften. Stichtag für das Ende der Pro-

vinzen und damit auch der letzten Provinz Oberhessen war der 1. April 1937. Nun verlor auch Gießen - nach Marburg 1866 - den Status einer Provinzhauptstadt, blieb aber Sitz verschiedener wichtiger Verwaltungs-, Gerichts- und Parteibehörden.

Der Terror gegen politisch Andersdenkende vollzog sich in Oberhessen ebenfalls nach den gleichen Mustern wie im übrigen Reich mit Ausschaltung politischer Gegner, ihrer Parteien und Massenorganisationen, voran die der Arbeiterbewegung. Ebenso wurde von Anfang an der jüdische Bevölkerungsteil schikaniert, boykottiert, diskriminiert, ausgegrenzt, seiner Rechte und des Eigentums beraubt - die Reichspogromnacht 1938 ist ein brutaler Höhepunkt, der noch einmal viele zur Auswanderung veranlaßte; leider war es kein Zufall, daß Propagandaminister Goebbels sich im Rundfunk besonders auf die aktive Mitarbeit sehr vieler Oberhessen bei diesem Pogrom berufen konnte. Schließlich wurden die nicht ausgewanderten jüdischen Deutschen in sogenannten „Judenhäusern“ konzentriert und dann während des Krieges deportiert und zum größten Teil ermordet.

Das für die ehemals darmstädtische Provinz Oberhessen „zuständige“ KZ befand sich zunächst in Osthofen bei Worms, später war es Buchenwald, für das einst kurhessische Oberhessen war es das KZ Breitenau, Kreis Melsungen. Daneben gab es Gestapo-Dienststellen in fast allen Städten und sogenannte Arbeitserziehungslager, später auch KZ-Außenkommandos und einen KZ-Bauzug, der längere Zeit in Großen-Buseck während des Krieges stationiert war und dessen Häftlinge Reparaturarbeiten an den bombardierten Schienenwegen leisten mußten. Das Ausmaß der Zwangsarbeit, vor allem in Industriebetrieben, aber auch bei Kommunen und Institutionen sowie in der Landwirtschaft und in einzelnen Haushalten, ist auch in Oberhessen bedeutend gewesen.

Die forcierte Aufrüstung brachte vor allem den alten oberhessischen Garnisonstädten Marburg und Gießen, aber auch Friedberg, Büdingen u. a. wirtschaftlichen Aufschwung durch umfangreiche Kasernenbauten, wobei besonders Gießen als projektierte zeitweiliger Sitz des Oberkommandos der Wehrmacht davon „profitierte“, für Hitler selbst wurde Schloß Ziegenberg im Usatal bei Bad Nauheim zum Hauptquartier „Adlerhorst“ ausgebaut und mit starken Bunkeranlagen versehen. Auch die großen Munitionsfabriken in Stadt-Allendorf/Krs. Marburg, die wohl größte Anlage ihrer Art im damaligen Europa, sei erwähnt, die nach dem Krieg die Basis für den größten Industriestandort im kurhessischen Oberhessen bildete, schließlich gehört der Autobahnbau auch in diesen Zusammenhang. All dies trug dazu bei, daß die Zustimmung zur Hitlerpartei vor dem Krieg wohl noch größer wurde.

Wenn auch der Rückhalt der Nazi-Bewegung gerade in Oberhessen sehr früh begann und sehr stark gewesen war, so gab es doch auch Opposition und Widerstand - und zwar von Anfang an. Vor allem aus der Arbeiterbewegung kamen solche Reaktionen, entsprechend hart schlug der Terrorapparat zu. Auch die Bekennende Kirche, der Pfarrernotbund und der Bruderrat hatten unter evangelischen Pfarrern, an den Universitäten und bei Studenten z. T. starken Rückhalt. Pfarrer Paul Schneider, der „Prediger von Buchenwald“ - einst Schüler des Gießener Gymnasiums, Student in Gießen und Marburg, Pfarrer in Hochelheim (Hüttenberg) bis zu seiner von den Nazis erzwungenen Zwangsversetzung nach Dickenschied und schließlich Einweisung ins KZ Buchenwald - bezahlte seinen unbeugsamen und furchtlosen Widerstand aus dem Glauben heraus mit dem Leben. Er sei stellvertretend für viele andere, die ihren Widerstand mit KZ-Haft und dem Leben bezahlten, erwähnt.

Am Ende schlug der Krieg, den Hitler-Deutschland begonnen und geführt hatte, auch direkt auf Oberhessen zurück. Das alte Gießen wurde am 6. 12. 1944 von alliierten Bomben nahezu vollständig zerstört, auch Marburg, Grünberg und andere Ortschaften der einstigen Provinzen hatten unter dem Bombenkrieg zu leiden; vorher freilich waren auch von Gießens Flugplatz und dem Fliegerhorst im Harbwald bei Nidda aus deutsche Bomber gegen die damaligen Feindmächte gestartet. Wieder einmal zog der Krieg durch Oberhessen, und es entbrannten auch hier noch erbitterte Kämpfe mit den vorrückenden US-Truppen, ehe das Dritte Reich besiegt und Oberhessen von der Naziherrschaft befreit war.

16. Was ist von Oberhessen geblieben?

Als das Land Hessen 1946 von der hier zuständigen amerikanischen Militärregierung neu konstituiert wurde, gab es auf Gemeinde- und Kreisebene zunächst keine wesentlichen Veränderungen, doch führte sie keine eigene Provinzregierung mehr für das ehemals großherzogliche, dann volksstaatliche Oberhessen ein, sondern unterstellte dieses Gebiet der deutschen Regierung in Darmstadt, wodurch die alte Darmstädter Provinz Oberhessen zum Nordteil des Regierungsbezirks Darmstadt wurde, Gießen blieb eine große, allerdings jetzt amerikanische Garnisonstadt, erhielt seinen Status als Provinzhauptstadt nicht mehr zurück und verlor fast auch noch seine stark kriegszerstörte Universität. Am 19.9.1945 erfolgte die Proklamation von „Großhessen“ mit den im wesentlichen unveränderten bisherigen Verwaltungsbezirken Darmstadt, Kassel und Wiesbaden; nur die Verwaltungen der evangelischen und der katholischen Kirchen haben bis heute die alte großherzogliche

Provinzstruktur von Oberhessen beibehalten, so gibt es einen Propst von Oberhessen.

Die einst kurhessische Provinz Oberhessen erstand ebenfalls nicht mehr wieder, das Marburger Land wurde - wie die Schwalm, Hanau und Niederhessen - dem Regierungsbezirk Kassel zugeordnet und das althessisch-oberhessische Hinterland - wie Bad Homburg - dem Regierungsbezirk Wiesbaden. So blieb es über Jahrzehnte, bis die Reform der Gebietsverwaltung in Hessen von 1968 bis 1981 für eine weitere Zerschlagung Oberhessens sorgte. Das althessische Herzstück Oberhessens, die heutigen Kreise Marburg-Biedenkopf, Gießen und Vogelsberg, bilden zusammen mit den Kreisen Limburg und Lahn-Dill - dem etliche althessisch-oberhessische Gemeinden schon lange eingegliedert sind - den Regierungsbezirk Mittelhessen mit Gießen als Bezirkshauptstadt. Der alte Kreis Ziegenhain, als Teil des Schwalm-Eder-Kreises, gehört, zusammen mit dem Altkreis Frankenberg - heute Waldeck-Frankenberg - zum Regierungsbezirk Kassel. Die einst oberhessische Wetterau aber ist als Wetterau-Kreis Teil des Regierungsbezirks Darmstadt geworden, zu dem jetzt auch Bad Homburg (Hochtaunus-Kreis) gehört.

Heute existiert das ursprüngliche Oberhessen fast nur noch in der Erinnerung jener, die noch darüber Bescheid wissen - und die werden immer weniger. Ein historisch begründetes Oberhessen-Bewußtsein, das alle ehemals oberhessischen Teilgebiete umfaßte, konnte sich, wie deutlich geworden sein dürfte, nicht entwickeln. Auf meine Frage, ob sich ein mit der Geschichte Amöneburgs wohl vertrauter Zeitgenosse noch als Oberhesse fühle, antwortete er: „Selbstverständlich“, fügte jedoch mit Nachdruck hinzu, „aber wir sind keine Darmstädter!“

Daß andererseits die Vorstellung, in Oberhessen zu leben, bei etlichen in der Region noch lebendig ist, läßt sich an der Vielzahl von Vereinigungen und Institutionen ablesen, die bei ihrer Namensgebung auf den Zusatz Oberhessen/oberhessisch nicht verzichten - bislang konnten von mir 65 ermittelt werden. Das reicht vom „Abfallwirtschaftsverbund Lahn-Dill/Oberhessen“ über einen Künstler, der sich „Matthes I. von Oberhessen“ nennt, die „Oberhessische Presse“ aus Marburg bis zum „Verein Oberhessen e. V.“ und der „Zusammenkunft oberhessischer Friedensaktivisten (ZOF)“.

Die Geschichte der Region Oberhessen mit ihren Höhen und Tiefen ist eindrucksvoll und verdient es, gepflegt zu werden. Der Oberhessische Geschichtsverein Gießen ist vielleicht zuerst aufgerufen, eigentlich aber sollte es Sache aller Geschichtsvereine von Rödelheim und Bad Vilbel im Süden bis Frankenberg und Spieskappel im Norden, von Herrmanstein, dem Breidenbacher Grund und Biedenkopf im Westen

bis nach Schlitz, Lauterbach, Schotten und Büdingen im Osten sein, hier mitzuwirken.

Einstmals konnte der Oberhesse dem Frankfurter auf dessen verwunderte Frage: „Wie kann nor en Mensch net aus Frankfurt sei?“, stolz zur Antwort geben: „Woas iewes en Kerle eas, eas’n Owerheß“. Was ist von diesem Selbstverständnis wohl heute noch geblieben?

Den geneigten Leserinnen und Lesern wäre ich sehr verbunden, wenn sie mit mir in einen Gedankenaustausch treten könnten zu Fragen wie: Was bedeutet es ihnen, in Oberhessen zu leben, Oberhesse/in zu sein? Was könnte Oberhessen heute sein?

Danksagung

Autor und Redaktion der „Mitteilungen“ danken der Historischen Kommission für Hessen in Marburg für die Genehmigung, gebührenfrei folgende Karten aus der Veröffentlichung Nr. 50: Das Werden Hessens, hrsg. Walter Heinemeyer, Marburg 1986 abdrucken zu dürfen:

1. Landgrafschaft Hessen nach 1264 (Heinemeyer, Geschichte Hessens, Karte 12 (S. 160))
2. Die Landgrafschaft Hessen 1568 (Heinemeyer, Karte 14 (S. 256))
3. Die beiden Provinzen Oberhessens 1815 - 1866, Heinemeyer, Karte 15 (S. 400)
4. Hessen nach 1866, Heinemeyer, Karte 17 (S. 592)

Literaturhinweis :

Brake, Ludwig u. Brinkmann, Heinrich (Hrsg.), 800 Jahre Gießener Geschichte - 1197 bis 1997, Gießen 1997

Demandt, Karl E. , Geschichte des Landes Hessen, 2. Aufl., Kassel 1980

Dettmering, Erhart u. Grenz, Rudolf (Hrsg.), Marburger Geschichte - Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, Marburg 1980

Franz, Eckart G. (Hrsg.) Die Chronik Hessens, Dortmund 1991

Heinemeyer, Walter (Hrsg.), Das Werden Hessens, Marburg 1986

Heinemeyer, Walter, Mittelhessen aus Vergangenheit und Gegenwart, Marburg 1991

Heßler, Carl (Hrsg.), Hessische Landes- und Volkskunde - das ehemalige Kurhessen und das Hinterland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, 3 Bde. Marburg 1904/6/7

Schultz, Uwe (Hrsg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983

Schwind, Fred (Hrsg.) Geschichtlicher Atlas von Hessen, Text und Erläuterungsband, Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Marburg 1984

Der Volksstaat Hessen vor der Annahme des Versailler Vertrages

„Für den Fall der Besetzung von Darmstadt ist für die Verwaltung des unbesetzten Gebietes des Freistaates Hessen eine staatliche Zentralverwaltung mit dem Sitz Gießen zu bilden“

Matthias Gröbel

Auf den ersten Blick unterschied sich um die Jahreswende 1918/1919 die Lage in Hessen nur wenig von der im Reich. Kaum war im November 1918 der Großherzog in Darmstadt gestürzt und mit ihm das Großherzogtum Hessen in die Geschichte verabschiedet worden, kaum war der „Freistaat Hessen“, die „Republik Hessen“ oder, in der späteren offiziellen Namensgebung, der „Volksstaat Hessen“ konstituiert, stand er schon unter erheblichem Druck.

Es waren allerdings nicht revolutionäre Unruhen im Gefolge des Novemberumsturzes, die die hessische Koalitionsregierung unter Carl Ulrich (SPD) in Bedrängnis brachten, sondern es war die Bedrohung durch die französische Besatzung.

Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne vom 11.11.1918 bestimmte u.a., dass alle linksrheinischen deutschen Territorien, also auch die hessische Provinz Rheinhessen, darüber hinaus die verschiedenen Brückenköpfe am Rhein, von französischen Truppen besetzt wurden. Der zum Volksstaat Hessen gehörende Brückenkopf war der von Mainz. Er reichte mit einem Radius von etwa 40 km bis vor die Tore Darmstadts, der Hauptstadt des Volksstaates Hessen. Die Grenze des besetzten Gebietes wurde durch französische Truppen militärisch bewacht; nur an bestimmten Grenzposten war ein Verlassen oder Betreten des besetzten Gebietes möglich. Darüber hinaus sah der Waffenstillstandsvertrag die Bildung einer neutralen Zone von zunächst 10 km rechts des Rheins vor. Deswegen mussten militärische Anlagen geschlossen, Truppen verlegt und alliierte Inspektionen geduldet werden. Dies ging so weit, dass in der neutralen Zone Taubenhalter ihre Taubenschläge zu schließen hatten, weil Briefftauben als kriegsverwendungsfähig galten.¹ Schließlich zog ein erheblicher Teil der demobili-

1 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, von nun an HStAD, G15 Bensheim G32. Dort heißt es in einem Schreiben des Ministeriums des Innern vom 9. April 1919 u.a.: „Die Briefftaubenschläge unterliegen jedoch der militärischen Kontrolle des betreffenden Abschnitts“ der neutralen Zone.

sierten deutschen Truppen von Westen her über hessisches Gebiet in ihre Heimatstandorte, was von französischen Augen genau beobachtet wurde.

Die hessische Regierung unter Carl Ulrich befürchtete im Frühjahr 1919 sowohl eine Ausweitung als auch eine Verschärfung der französischen Besatzung für den Fall, dass Parlament und Regierung des Reiches den Friedensvertrag von Versailles ablehnen sollten. Für diesen Fall sind verschiedene Notstandspläne vorbereitet worden.

Die schwierige Lage Hessens im Winter bzw. Frühjahr des Jahres 1919 wird von Carl Ulrich in seinen Erinnerungen² durchaus erwähnt. Er sieht sie dort in einem Zusammenhang mit den Spartakistenunruhen in Berlin, der Bildung der Räterepublik in Bayern einerseits und den Verhandlungen in Versailles über einen Friedensvertrag sowie der von Frankreich unterstützten Ausrufung einer „Rheinischen Republik“ andererseits. Da die Reichsregierung den am 7. Mai 1919 der deutschen Delegation in Paris übergebenen Entwurf der Friedensbedingungen schon am 8. Mai 1919 in einem Aufruf an das Volk ablehnte, wobei sich der Friedensausschuss der Nationalversammlung hinter die Regierung stellte, drohten die Siegermächte, in erster Linie Frankreich, deswegen am 20. Juni 1919 mit rücksichtslosem Vorgehen, letztlich mit einer „Besetzung Berlins“³. Nach dem wegen dieses Ultimatums vollzogenen Rücktritt des Kabinetts Scheidemann (SPD) konnte noch am 20. Juni 1919 durch die Ernennung Bauers (SPD) zum Nachfolger Scheidemanns die Situation entschärft werden, und am 22. Juni 1919 nahm die Nationalversammlung den Versailler Vertrag schließlich mehrheitlich an.

Auch wenn Carl Ulrich in seinen Erinnerungen vor allem die Problematik der linksrheinischen französischen Besatzung jener Tage ausführlich behandelt, geht er erstaunlicherweise nicht auf die damals mit seinem Kabinett, im übrigen ohne das Parlament, beschlossenen Notstandspläne für den Fall einer Ausweitung der Besatzung auf Darmstadt ein. Für diesen Notfall war die Provinzhauptstadt Gießen, wie in ähnlicher Lage im 17. Jahrhundert,⁴ als Notresidenz vorgesehen.

Die Öffentlichkeit wurde Anfang Mai 1919 erstmals mit dem Ernst der Lage vertraut gemacht, wobei die Initiative von der Reichsregierung

2 Ulrich, Carl: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, Offenbach 1953.

3 A.a.O., S. 142.

4 Siehe dazu: Jürgen Rainer Wolf: Fürstenresidenz und Bürgerstadt, in: Darmstadt in der Zeit des Barock und Rokoko, Band I, Darmstadt 1980, S. 278 f. Auch: Karl E. Demandt: Die Geschichte des Landes Hessen, Kassel 1971, S. 260 und 304.

ausging. Unter dem Datum vom 9. Mai 1919 veröffentlichte das hessische Ministerium des Innern folgende „Bekanntmachung“:⁵

Betrifft: Die Friedensbedingungen unserer Feinde.
Darmstadt, 9. Mai 1919.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierunter ein Telegramm des Reichsministers des Innern, das gestern abend bei der Hessischen Regierung einlief und das dem Ausdruck verleiht, was wir alle in diesen Stunden empfinden, zur allgemeinen Kenntnis. Die Kreisämter haben im Sinne des Ersuchens der Reichsregierung von uns Weisung erhalten.

Ministerium des Innern.
Berlin, 8. Mai.

Staatsministerium Darmstadt.

In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Bekanntgabe ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Diesen Gefühlen aller Deutschen wird öffentlich Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen.

Der Präsident des Reichsministeriums:
Scheidemann.

Der Reichsminister des Innern:
Preuß.

Die Versailler Friedensbedingungen sahen in Verschärfung der Waffenstillstandsvereinbarung vom 11.11.1918 u.a. auch eine Erweiterung der neutralen Zone auf 50 km vor, so dass hier, schon aus militärischen Gründen, vor deren Annahme gehandelt werden musste. Bei einer Ausdehnung der neutralen Zone auf 50 km lag praktisch die ganze Provinz Starkenburg, also die Provinz zwischen Main, Rhein und Neckar, im militärischen Sperrbezirk. Damit war mit Ausnahme des größten Teils der Provinz Oberhessen ganz Hessen entweder französisch besetzt oder es lag in der neutralen Zone und damit unter der Kontrolle der Inspektoren der Entente. Im Laufe des Jahres 1919 kam es deshalb zu verschiedenen Anweisungen an die Kreisämter, die an die neutrale Zone grenzten, „Heeresbestände zu erfassen und deren Abtransport

5 Hier zitiert nach: Odenwälder Bote, Nr. 34, Mittwoch, 14. Mai 1919.

vorzunehmen“, wie es in einem Schreiben des Artilleriedepots Dieburg an das hessische Kreisamt Bensheim vom 13. Mai 1919 heißt.⁶

Schon vor dem Aufruf der Reichsregierung vom 8. Mai 1919 hatte die hessische Regierung Vorbereitungen für den Fall getroffen, dass Frankreich seine Besetzung hessischen Territoriums auf Darmstadt ausweitete. So erließ am 2. Mai 1919 das hessische *Gesamtministerium*⁷ eine Verordnung „Über die Bildung einer staatlichen Zentralverwaltung für das unbesetzte Gebiet des Freistaates Hessen.“⁸ In ihr wird in sechs Paragraphen geregelt, was zu geschehen habe, wenn Darmstadt von französischen Truppen besetzt werden sollte. In § 1 wird für diesen Fall Gießen als der Sitz einer solchen Zentralverwaltung bestimmt. In den weiteren Paragraphen werden Hierarchie, Geschäftsbereiche und Zuständigkeiten geregelt.

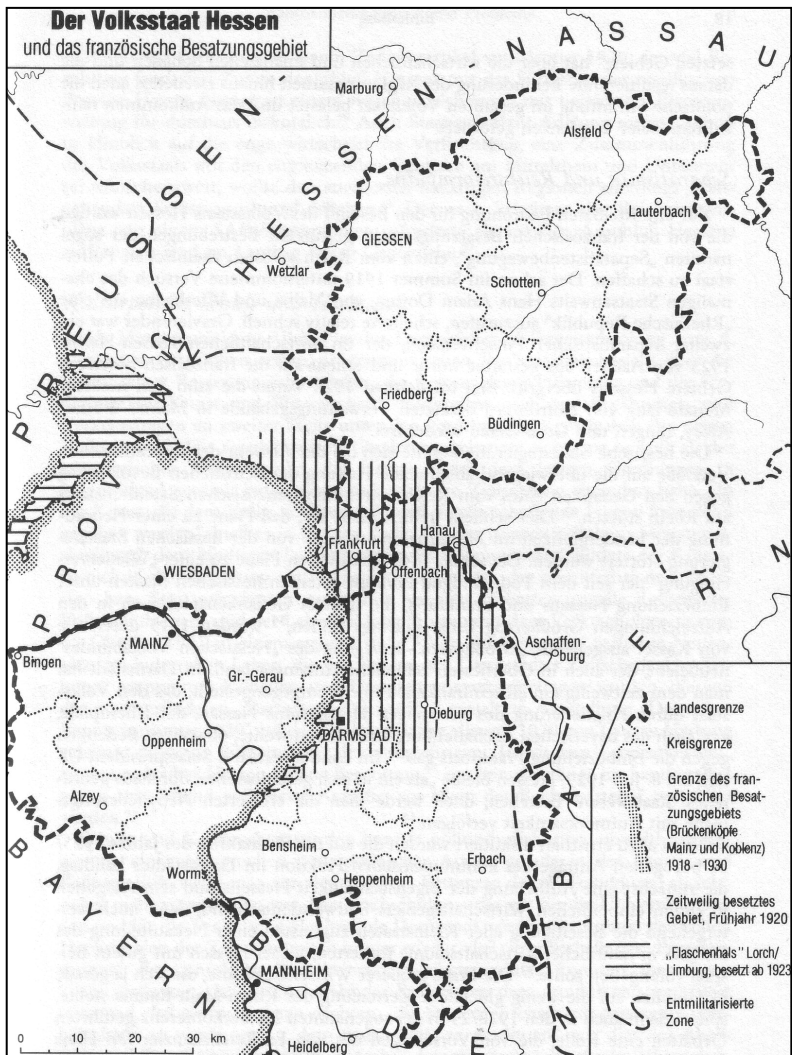
In einem Schreiben des Staatsministeriums, also Carl Ulrichs, an den „Provinzialdirektor der Provinz Oberhessen“ in Gießen vom 7. Mai 1919 wird ausdrücklich erwähnt, dass die Verordnung vom 2. Mai 1919 vor dem Hintergrund der Verhandlungen in Versailles zu sehen ist. Dort heißt es: „Wenn die Friedensbedingungen von Deutschland nicht angenommen werden sollten, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Darmstadt besetzt wird, andere Gebiete des Landes aber, insbesondere die Provinz Oberhessen oder Teile der Provinz unbesetzt bleiben. Wenn diese Möglichkeit auch von der Reichsregierung anscheinend noch nicht ins Auge gefaßt wurde, so behalten wir es doch für zweckmäßig, vorsorglich für diesen Fall Vorkehrungen zu treffen.“

Der Provinzialdirektor wird darauf hingewiesen, dass er „für den Fall, daß kein Mitglied oder besonderer Vertreter der Regierung beauftragt wird, die Leitung“ der Zentralverwaltung zu übernehmen habe. Außerdem werden der Stellvertreter und die übrigen Mitglieder „der Zentralverwaltung und Vorsitzenden der Abteilungen“ institutionell zugeordnet und namentlich ernannt. Während der Provinzialdirektor selbst die Leitung über die „Abteilung für die innere Verwaltung“ übernehmen soll, wird zu seinem „Stellvertreter“ im Vorsitz der Zentralverwaltung der Präsident „des Landgerichtes der Provinz Oberhessen Dr. Güngerich“ bestimmt. Dr. Güngerich soll auch dem „Zentralamt der Justizabteilung“ vorstehen, sein Stellvertreter dort soll „Landgerichtsdirektor Prätorius“ sein.

6 HStAD G 15 Bensheim G 32.

7 Das *Gesamtministerium* (Kabinet) bestand damals aus Staatspräsident Ulrich (SPD), Finanzminister Heinrich (DDP), Innenminister Dr. Fulda (SPD), Justizminister von Brentano (Zentrum).

8 HStAD G 15 Dieburg G 205.



Außerdem ernennt das Staatsministerium: „zum Vorsitzenden des Zentralamts der Finanzabteilung den Geheimen Forstrat Trautwein, /Stellvertreter/ Baurat A. Becker, (...) zum Vorsitzenden der Abteilung für Bildungswesen den Provinzialdirektor Geheimrat Dr. Usinger, /Stellvertreter/ Rektor Professor Dr. Strahl.“ Als Stellvertreter in der Leitung der „Abteilung für die innere Verwaltung“ ist der „Kreisdirektor von Friedberg Geheime(r) Regierungsrat Freiherr Schenck zu Schweinsberg“ vorgesehen. Der Provinzialdirektor wird gebeten, diese

Ernennungen im Falle der Wirksamwerdung „in Zeitungen bekannt zu geben“. Er wird außerdem verpflichtet, „sich vor besonderen wichtigen Entscheidungen mit den im unbesetzten Gebiet ansässigen Mitgliedern der Volkskammer ins Benehmen zu setzen“ und „die Einheit des hessischen Staates“ zu wahren. Des Weiteren werden Empfehlungen gegeben, wie die Zentralverwaltung ihre Arbeit im Notfall finanzieren könne. Schließlich wird der Provinzialdirektor informiert, dass „das Landesamt für das Bildungswesen (...) als weitere Mitglieder der Abteilung für Bildungswesen bestimmt (hat): den Professor Dr. Messer, die Direktoren Hensell und Schnell sowie Professor Alles. Als weitere Mitglieder der Finanzabteilung sind bestimmt: Finanzrat Hoos - Friedberg, Finanzrat Kullmann, der jeweilige Vorstand des Finanzamts Gießen und Finanzamtman Böhner“.⁹

Auch wenn diese Notstandspläne der Regierung Ulrich vorerst geheim waren, so blieb doch der Bevölkerung nicht verborgen, dass das bruske Zurückweisen der Versailler Friedensbedingungen durch die Berliner Regierung eine Herausforderung Frankreichs darstellte. Die hessische Bevölkerung hatte französische Truppen entweder als Besatzungsmacht schon erlebt oder aber in Reichweite vor sich stehen. Darüber hinaus wurde seit Ende April 1919 auf Veranlassung der Reichsregierung die Bevölkerung auf eine Ablehnung des Versailler „Friedensschlusses“ eingestimmt. Dazu sollten „Volksversammlungen“¹⁰ organisiert werden. Auf die vor diesem Hintergrund entstandene „Unruhe“¹¹ reagierte die Regierung Ulrich am 21. Mai 1919 mit einer öffentlichen „Bekanntmachung“.¹²

9 Alle Zitate aus dem Schreiben des Staatsministeriums vom 7. Mai 1919: HStAD G 15 Dieburg G 205.

Die Karte stammt aus: Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919 - 1933. Bearbeitet und herausgegeben von Eckhart G. Franz und Manfred Köhler, Darmstadt 1991, S. 17.

10 Siehe dazu das Schreiben des Staatsministeriums an die Kreisämter vom 22. April 1919 und das Schreiben des Abgeordneten Lang an das Kreisamt Dieburg vom 5. Mai 1919. HstAD G 15 Dieburg G 205.

11 Amtsverkündungsblatt für den Kreis Dieburg. Nr. 40, 28. Mai 1919 (HStAD G 15 Dieburg G 206).

12 Amtsverkündungsblatt für den Kreis Dieburg. Nr. 40, 28. Mai 1919 (HStAD G 15 Dieburg G 206).

Befanntmachung.

Gegenüber der Unruhe, die weite Kreise der Bevölkerung als Folge der Friedensbedingungen ergriffen hat, erklärt die Regierung, daß zu einer besonderen Besorgnis wegen Beletzung so lange kein Anlaß vorliegt, als das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen in Versailles noch nicht feststeht. Die Regierung ist der Überzeugung, daß sie rechtzeitig Kenntnis erhält von den Maßnahmen, die gegebenenfalls zum Schutze des Publikums nötig sein werden, und sie wird keine Sekunde zögern, auch die Bevölkerung rechtzeitig zu unterrichten.

Von den Beamten, Lehrern und Staatsbediensteten wird selbstverständlich erwartet, daß sie unter allen Umständen auf ihrem Plaze bleiben.

Darmstadt, den 21. Mai 1919.

Hessisches Gesamtministerium.

U r i ch.

Am 26. Mai 1919 wies die Berliner Regierung die „Hessische Gesandtschaft“ in Berlin auf eine konkrete Gefahr hin, die sich für Hessen aus den „schwebenden Verhandlungen in Versailles“ ergeben könnten: „Teil VII des Entente-Vertragsentwurfs. Art.227-230“ sehe vor, auch Zivilpersonen vor Militärgerichte der Entente zu stellen. Dort könnten sie dann „angeklagt werden, Handlungen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben“. Die Berliner Regierung ging außerdem davon aus, dass „im Falle des Scheiterns der Versailler Verhandlungen und der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten“ die Entente trotzdem im Sinne des Vertragsentwurfes gegen Zivilpersonen vorgehen werde. Deshalb wurde die hessische Regierung gebeten, „an alle etwa in Betracht kommenden Personen auf geeignet erscheinendem Wege die Mahnung ergehen zu lassen, im Falle des feindlichen Vormarschs die zunächst gefährdeten Gebiete rechtzeitig zu verlassen“.¹³ Obwohl aus Berlin deutlich signalisiert wurde, dass man mit einem erneuten Ausbruch des Krieges rechnen müsse, reagierte die hessische Regierung sehr verhalten. Erst am 11. Juni 1919 wurde das Berliner Schreiben den hessischen Kreisämtern „zur vorläufigen Kenntnisnahme“¹⁴ mitgeteilt.

Am 6. Juni 1919 setzte die hessische Regierung die Kreisämter von der Verordnung vom 2. Mai 1919 und von dem Schreiben an den Gießener Provinzialdirektor vom 7. Mai 1919 in Kenntnis. Die Kreise wurden aufgefordert, „im Falle der Besetzung von Darmstadt“ den Weisungen aus Gießen Folge zu leisten. Jedoch: „Falls eine Verbindung mit Gießen nicht möglich ist, dann wollen Sie für Ihren Kreis und für etwa

13 HStAD G 15 Dieburg G 205.

14 HStAD G 15 Dieburg G 205.

*nicht besetzte Teile der Nachbarkreise in ähnlicher Weise wie die Provinzialdirektion in Gießen die Leitung der gesamten Staatsverwaltung übernehmen im Einvernehmen mit den an Ihrem Amtssitz oder in dessen nächster Nähe befindlichen Vorständen der Justiz-, Finanz-, Forst-, Bau- und Schulbehörden“.*¹⁵ Den Kreisen wurden außerdem, ähnlich wie vorher schon der Provinzdirektion in Gießen, Empfehlungen gegeben, wie sie sich im Notfall finanzieren könnten.

Schon in der Bekanntmachung vom 21. Mai 1919 hatte Staatspräsident Ulrich die „*Beamten, Lehrer und Staatsbedienstete*“ darauf hingewiesen, dass sie im Falle eines Scheiterns der Versailler Verhandlungen „*unter allen Umständen auf ihrem Platze bleiben*“ sollen. Am 12. Juni 1919 wurde „*die Stellung der Beamten im Falle einer feindlichen Okkupation*“ noch deutlicher in einem Erlass geregelt. Vor dem Hintergrund einer „*im Reichsamt des Innern mit Vertretern der deutschen Gliedstaaten stattgehabten Besprechung*“ informierte Staatspräsident Ulrich das hessische Ministerium des Innern darüber, „*dass alle Beamten, auch die politischen, in dem von dem Feinde bedrohten Gebiet in ihre Stellen (sic!) verbleiben sollen. Wenn auch hierdurch dem Feinde die Einrichtung der Okkupationsverwaltung erleichtert wird, so muss aber das Interesse der Bevölkerung im Vordergrund stehen. Auch soll zur gegebenen Zeit den Beamten mitgeteilt werden, dass sie ermächtigt werden, eine noch näher zu formulierende Loyalitätserklärung abzugeben. Das Gleiche würde auch für die Geistlichen zu gelten haben, für die evtl. der erste Geistliche oder der Bischof die Erklärung abgeben könnte. In Belgien erhielten die Beamten, welche die Loyalitätserklärung verweigerten, von den deutschen Okkupationsbehörden keinen Gehalt; für solche müssten evtl. die Gemeinden oder private Komitees sorgen. Die vorbereitenden Massnahmen sollen möglichst im Stillen getroffen werden, um eine vorzeitige Erregung der Bevölkerung tunlichst zu vermeiden.*“

Die Kreisämter, denen dieser Erlass über das Innenministerium zugestellt wurde, wurden außerdem gebeten, „*die Beamten zu geeignetem Zeitpunkt über das vorgesehene Verhalten (zu benachrichtigen).*“ Darüber hinaus heißt es: „*Ihnen unterstehenden Stellen wie auch nebengeordneten Behörden in vertraulicher Weise mündlich hiervon Kenntnis zu geben, empfehlen wir schon jetzt*“.¹⁶

Wenige Tage später, am 17. Juni 1919, wurden weitere „*Vorkehrungen für den Fall der Kündigung des Waffenstillstandsvertrags*“ getroffen. Das hessische Innenministerium wies die ihm unterstehenden Kassen-

15 HStAD G 15 Dieburg G 205. Unterstreichungen im Original.

16 HStAD G 15 Dieburg G 205.

behörden darauf hin, „daß im Falle der Kündigung des Waffenstillstandsvertrags der Feind an die Bestimmungen der Haager Convention vom 18. Oktober 1907 (...) gebunden ist. Den Behörden und Beamten wird zur Pflicht gemacht, sich mit den Vorschriften dieses Abkommens genau vertraut zu machen, damit sie in der Lage sind, gegen etwaige Übergriffe von feindlichen Offizieren und Beamten unter Hinweis auf diese Bestimmungen Einspruch zu erheben. Insbesondere kommen die Artikel 42 bis 56 in Betracht. Die Gemeindebehörden werden vor allem auch auf die Bestimmungen der Artikel 51, 52 und 56 aufmerksam gemacht.“ Die Kreisämter wurden beauftragt, „die Gemeindebehörden (nicht durch die Zeitung) ebenfalls hiernach zu bedeuten“.¹⁷

Schließlich hat das Innenministerium auch die Gendarmerie angewiesen, „Vorkehrungen im Falle feindlicher Besetzung“ zu treffen. Am 18. Juni 1919 erhielt das „Kommando des Gendarmeriekorps“ den Auftrag, „die Gendarmen und Probisten im nicht besetzten Gebiet anzuweisen, bei einer etwaigen Besetzung durch den Feind bis auf Weiteres Zivilkleider anzulegen. Ferner empfehlen wir, an die in Betracht kommenden Gendarmen und Probisten Entlassungsausweise wie an die Gendarmen im besetzten und neutralen Gebiet auszugeben, nachdem die Zustimmung des Bezirkskommandos gesichert ist“.¹⁸

Zwei Tage nach dieser Anweisung trat das Kabinett Scheidemann zurück, weil es den Versailler Vertrag für unannehmbar hielt. Statt dessen nahm die neu konstituierte Regierung Bauer, wie erwähnt, den Versailler Vertrag an. Damit hatten sich die hessischen Notstandsmaßnahmen fürs erste erledigt.

Allerdings blieb die Lage Hessens weiterhin prekär. Durch den Versailler Vertrag wurden die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages vom 11.11.1918 einerseits aufgehoben, andererseits bekamen sie, vor allem die Besetzung der linksrheinischen Gebiete und des Mainzer Brückenkopfes, langfristigen Charakter. Darauf hat Staatspräsident Ulrich die hessische Bevölkerung in einer „Bekanntmachung“ vom 1. August 1919 hingewiesen: „Nachdem der Friede nunmehr geschlossen ist, sieht die Hessische Regierung ihre wichtigste Aufgabe darin, die Verpflichtungen, die er für Hessen zur Folge hat, im Interesse des Vaterlandes so loyal wie möglich zu erfüllen. Da große und wichtige Teile Hessens voraussichtlich auf Jahre hinaus besetzt bleiben, wird dies nur möglich sein durch Unterhaltung einer ständigen Verbindung mit dem Oberkommando der Besatzungstruppen in Mainz. Es ist deshalb nach Darmstadt ein französischer Verbindungs-

17 HStAD G 15 Dieburg G 205.

18 HStAD G 15 Dieburg G 205.

offizier mit dem erforderlichen Begleitpersonal abkommandiert worden. Die Hessische Regierung rechnet darauf, daß die Bevölkerung der Hauptstadt, wie auch des Landes in Berücksichtigung der oben genannten Umstände dem französischen Verbindungsoffizier bei der Hessischen Regierung und seinem Personal jederzeit mit Ruhe und Würde begegnet und sich insbesondere jeder unbesonnenen Handlungsweise enthält, die nur dazu beitragen könnte, das Einvernehmen, das durch die Lage der Verhältnisse zwischen den hessischen und französischen Behörden für die Zukunft bestehen muss, in nachteiliger Weise zu stören.“¹⁹

Schon im August 1919 wurden den Schulen, als Maßnahme der politischen Bildung, *„zwei Schriften, nämlich eine gemeinverständliche Darstellung der Friedensbedingungen in je 1 Exemplar und die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen in soviel Exemplaren, als ihre Schule Klassen zählt“*, zugestellt. Das war eine vergleichsweise moderate Form der Auseinandersetzung mit dem Status quo.

Als es dann nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch am 6. April 1920 tatsächlich *„im Zusammenhang mit den Vorgängen im Ruhrrevier“* zu einer Besetzung Darmstadts und anderer Gebiete kam - auch das hessische Offenbach und die preußischen Städte Frankfurt und Hanau wurden besetzt -, galten andere Bedingungen. Der hessischen Regierung wurde von Frankreich zugesichert, dass *„Regierung, Behörden und Beamte unbehelligt in Tätigkeit“*²⁰ bleiben können. Ähnliches galt, als 1923 französische Truppen Darmstadt im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf ein weiteres Mal besetzten. Die 1919 entwickelten Notstandsmaßnahmen mit Gießen als hessischer Notstandshauptstadt mussten nicht in Kraft treten.

19 HStAD G 15 Dieburg G 205.

20 Darmstädter Zeitung. Nr. 80, 6. April 1920 (HStAD G 15 Dieburg G 56).

Unterwegs zu einer Biographie - Bilanz des Liebig-Jubiläumsjahrs 2003*

Utz Thimm

Kennen Sie den Nullten Hauptsatz der Wissenschaftsgeschichte? „Ein Effekt, eine Erfindung oder eine Entdeckung, die nach einem bestimmten Menschen benannt sind, stammen bestimmt nicht von diesem Menschen“. Dieser von dem Philosophen Gerhard Vollmer aufgestellte Satz ist gewiss nicht ganz ernst gemeint, aber gibt doch eine beim Studium der Wissenschaftsgeschichte häufige Erfahrung wider. Geht man den Leistungen berühmter Wissenschaftler nach, so tauchen plötzlich unbekannte Kollegen auf, bestimmte Ideen lagen in der Luft und wurden gleichzeitig auch von anderen formuliert, Prioritäten verschwimmen. So gesehen ist Justus Liebig nur ein Anwendungsfall des Nullten Hauptsatzes der Wissenschaftsgeschichte.

Erfindungen

Eine Broschüre, die im Gießener Liebig-Museum vertrieben wird, schreibt ihm unter anderem folgende Erfindungen zu:

„Liebig war ein durchaus praxisorientierter Mann, dem zumeist aus konkretem Anlaß viele Erfindungen gelangen, von denen wir einige nennen:

Der Silberspiegel ersetzte den bis dahin gebräuchlichen Quecksilberspiegel, dessen Herstellung zum Siechtum und qualvollen Tode der Arbeiter führte.

Mit dem Fleischextrakt gelang es, die bei der Häutegewinnung anfallenden riesigen Rindfleischmengen in Südamerika sinnvoll zu verwerten. Dies ist Liebigs bekannteste Erfindung und zudem die einzige, die ihm wirtschaftlichen Nutzen brachte (in heutiger Kaufkraft ca. DM 400000).

Die Säuglingsnahrung bewährte sich als Ersatz der Muttermilch.

Mit dem Fleischinfusum konnte man Schwerkranke ernähren.

Das Backpulver, zum Zwecke rationeller Brotherstellung entwickelt z.B. für die Truppenverpflegung, machte seinen Schüler Horsford in

* Schriftliche Fassung eines Vortrags, der am 22. Okt. 2003 beim „Oberhessischen Geschichtsverein“ gehalten wurde.

den USA zum Millionär. Liebig selbst erhielt ca. 300 Mark Lizenzgebühren.

Die Korrosionsbeständigkeit der Eisen-Nickel-Legierungen (Vorläufer unserer Edelstähle) wurde ebenfalls von Liebig entdeckt.

Das Superphosphat ist noch heute unser wichtigster Phosphorsäuredünger.¹

Von Wissenschaftshistorikern werden diese Leistungen zumeist anders bewertet.

Silberspiegel

Die Chemiehistorikerin Elisabeth Vaupel hat Liebigs Anteil an der Silberspiegelfabrikation rekonstruiert.² Liebig hatte erstmals 1835 beobachtet, dass Aldehyde eine alkalische Silbersalzlösung zu metallischem Silber reduzieren können. An der Innenwand von Glasgefäßen schlägt sich dabei eine spiegelnde Silberschicht nieder. Aber damals scheint er in dem Verfahren nur die Nachweismethode für Aldehyde gesehen zu haben. 1843 ließ sich Thomas Drayton eine Variante dieser Methode patentieren, um Spiegel herzustellen. In der Folge wurden noch von weiteren Personen die verschiedensten Reduktionsmittel ausprobiert. Erst 1856 – nachdem Autoren wie Thomas Drayton und Tony Petitjean das Verfahren bereits publiziert hatten – hat auch Liebig „Über Versilberung und Vergoldung von Glas“ in den *Annalen der Chemie und Pharmacie* geschrieben.

In der Folge beteiligte er sich als wissenschaftlicher Berater an der Fürther Silberbeleganstalt, die aber 1862 in Konkurs ging, weil die Quecksilberspiegel weiterhin konkurrenzlos billig blieben. Erst um 1890, also lange nach Liebigs Tod, wurden die Quecksilberspiegel von dem Silberspiegel verdrängt, weil endlich wirksame Arbeitsschutzgesetze erlassen wurden.³

Fleischextrakt, Fleischinfusum und Säuglingsnahrung

Was die Säuglingsnahrung angeht, merkt der Verfasser der Broschüre aus dem Liebig-Museum selbst an: „Keine Fertignahrung im heutigen Sinne, sondern Kuhmilch, deren Zusammensetzung nach

1 Siegfried Heilenz, *Das Liebig-Museum in Gießen*, 4. Auflage (Gießen: Ferber, 1996), S. 8 f.

2 Elisabeth Vaupel, „Justus von Liebig (1803-1873) und die Anfänge der Silberspiegelfabrikation“, *Deutsches Museum Wissenschaftliches Jahrbuch 1989* (München: R. Oldenbourg, 1989), S. 189-226.

3 *Ibid.*, S. 225 f.

spezieller Rezeptur durch Zugabe von Weizenmehl, Malz und Kaliumcarbonat jener der Frauenmilch angeglichen wurde.“⁴ In der Broschüre unterscheidet er auch dankenswerterweise Fleischinfusum und Fleischextrakt, die häufig miteinander verwechselt werden.

Der Münsteraner Kulturwissenschaftler Hans-Jürgen Teuteberg hat eine „Kleine Geschichte der Fleischbrühe“ verfasst. Er kommt zu dem Schluss: „Als eigentlicher Erfinder des Fleischextraktes (Extractum carnis) wird in allen Lexika Justus Freiherr von Liebig bezeichnet. Wie die bisherige Darstellung aber zeigt, gehen weder die Idee und erste Anwendungsmöglichkeit, noch das Herstellungsverfahren auf ihn zurück. Sein eigentliches Verdienst bestand darin, die Analyse des Fleisches und der Fleischflüssigkeiten erstmals zum Gegenstand einer besonderen ausführlichen Abhandlung gemacht zu haben, die den ganzen Stand der damaligen Forschung übersichtlich zusammenfaßte.“⁵

Teuteberg gibt einen wertvollen Hinweis, wie die Rolle Liebigs in der Wissenschaftsgeschichte auch in anderen Fällen zu bewerten ist. Liebig machte in der Regel nicht die zugrunde liegenden Erfindungen, sondern verfasste umfangreiche Übersichtsartikel, die dank seines überragenden Rufs auch weithin wahrgenommen wurden. Später wurden dann die Erfindungen selbst Liebig zugeschrieben.

Backpulver und Edelstahl

Die Entwicklung des Backpulvers ist gerade andersherum abgelaufen als in der Broschüre dargestellt: Eben Norton Horsford hatte ab 1844 zwei Jahre lang in Gießen studiert und wurde später Professor in Harvard. 1856 – also lange nach seiner Gießener Zeit – ließ er sich ein Backpulver (aus Calcium und Magnesiumphosphaten mit Natriumbikarbonat) patentieren, mit dem er ein Vermögen machte. Das scheint Liebig auf die Idee gebracht zu haben, sich ebenfalls mit Backpulver auseinander zu setzen. 1869 ersetzte Liebig das Natriumbikarbonat durch Kaliumbikarbonat – was ebenfalls bereits von Horsford patentiert worden war –, indem er Kaliumchlorid als Salz nahm. Im selben Jahr ermutigte Liebig zwei seiner Schüler eine Backpulverfabrik zu gründen. Die Firma scheiterte.⁶

Für die angebliche Eisen-Nickel-Legierung (Edelstahl) habe ich keinen Beleg gefunden.

4 Heilenz, S. 40.

5 Hans-Jürgen Teuteberg, *Kleine Geschichte der Fleischbrühe* (Stuttgart: Steiner, 1990), S. 9 f.

6 William H. Brock, *Justus Liebig: The Chemical Gatekeeper* (Cambridge: Cambridge University Press, 1997), S. 238-241.

Superphosphat

Wer die Geschichte des Superphosphats zu rekonstruieren versucht, betritt vermintes Gelände, weil dieser Prioritätenstreit eine Zeit lang mit nationalistischen Untertönen ausgetragen wurde. Liebig selbst meinte einmal, Superphosphat sei nicht wichtiger als ein gutes Rezept für Schuhwichse. Später unterstellte er seinem Konkurrenten Sir John Bennet Lawes, dass dieser die Idee aus seiner *Agriculturchemie* von 1840 abgekupfert habe. Die Experimente von Lawes gehen aber auf 1839 zurück, wie der Chemiehistoriker William H. Brock gezeigt hat.⁷

Bereits 1841 vertrieb Sir James Murray drei Typen von Dünger, die flüssiges Superphosphat vermischt mit organischen Materialien wie Kleie, Holzmehl und Lumpen enthielten. 1843 eröffnete Sir John Bennet Lawes dann seine Superphosphat-Fabrik in Deptford Creek an der Themse und machte regelmäßig Werbung für sein Produkt im *Gardener's Chronicle*.⁸ Diese Entwicklung scheint mir zu schnell abgelaufen zu sein, als dass sie auf einem Plagiat aus der *Agriculturchemie* basieren könnte.

Liebig werden noch weitere Erfindungen zugeschrieben, aber so viel ist wohl klar geworden: Liebig ist nicht etwa der Thomas Alva Edison der Chemiegeschichte. Christoph Meinel, Professor für Wissenschaftsgeschichte an der Universität Regensburg, kommt konsequenterweise zu dem Schluss: „Bei Liebig ist ja die erstaunliche Tatsache eigentlich, dass es schwerfällt, mit seinem Namen eine einzelne große Entdeckung oder Erfindung zu verbinden.“

Das ist an sich noch nicht beunruhigend, denn wie gesagt: In der Wissenschaftsgeschichte ist es eher die Regel als die Ausnahme, dass unbekannte Namen und Vorläufer auftauchen, sobald man sich etwas näher mit einer Entwicklung beschäftigt. Ich erkläre mir das mit einer Ökonomie des Denkens. Große Namen bekommen so die Eigenschaft, dass ihnen alles Mögliche zugeschrieben wird, was in Wirklichkeit weniger berühmte Zeitgenossen geleistet haben.

Die Frage nach den großen Erfindungen bleibt außerdem noch sehr vordergründig, so wie sich Klein-Erna die Arbeit eines Chemikers vorstellt. Die Frage lautet wohl besser: Was hat Liebig an sich, dass ihm alle diese Leistungen zugeschrieben wurden?

⁷ *Ibid.*, S. 163 f.

⁸ *Ibid.*, S. 121.

Agrikulturchemie

Ich für meinen Teil habe mich immer damit getröstet, dass Liebig 1840 die *Agriculturchemie* verfasst hat und damit die wissenschaftliche Begründung fürs Düngen geliefert hat. Der Brockhaus zum Beispiel führt ihn als Begründer der Agrikulturchemie. Aber auch das kann nicht stimmen. Sigismund Hermbstädt – später Chemie-Professor in Berlin – hatte bereits in Liebig's Geburtsjahr eine Zeitschrift unter dem Titel *Archiv der Agriculturchemie für denkende Landwirthe* gegründet.⁹ In England veröffentlichte Humphry Davy schon 1813 seine *Elements of Agricultural Chemistry*.¹⁰ Und wie aus dem Vorlesungsverzeichnis der Universität Göttingen für das Wintersemester 1827/28 hervorgeht, hielt dort ein Privatdozent namens Carl Sprengel eine fünfstündige Vorlesung über „Agriculturchemie“.

Dieser Carl Sprengel war die eigentliche Überraschung dieses Jubiläums. Ich folge hier in der Darstellung der bahnbrechenden Arbeit von Günter Wendt, der Sprengels Beitrag zur Agrikulturchemie bereits vor mehr als 50 Jahren aufgeklärt hat.¹¹ In der derzeit populärsten Liebig-Biographie bewertet Wilhelm Strube ihn so: „Der Landwirt Karl Sprengel [...] vertrat den Standpunkt, daß die Pflanze auch mineralische Stoffe aus dem Boden aufnähme, und er publizierte ein Buch ‚Chemie für Landwirte‘. [...] Er forderte die Anwendung der Chemie in der Landwirtschaft, aber er fand wenig Beachtung.“¹²

Das ist nicht falsch, wird aber Sprengel nicht gerecht. Wäre Strube näher auf Sprengel eingegangen, hätte er sich wahrscheinlich fragen müssen, warum er eine Liebig- und keine Sprengel-Biographie schreibt. Bereits 1826 hatte nämlich Sprengel herausgefunden, dass die wahren Nährstoffe der Pflanzen Mineralstoffe sind: „Insbesondere kommt es beim Gedeihen dieser Gewächse darauf an, daß es dem Boden nicht an Kali, Natron, Phosphor, Schwefel und Chlor, ferner nicht an Kalk-, Talk- und Alaunerde gebricht, und daß er außerdem Eisen und Mangan und besonders viel Kieselerde enthalte, denn diese Körper sind es, welche wir in den Pflanzen antreffen.“¹³

9 E. Patrick Munday, „Sturm und Dung: Justus von Liebig and the chemistry of agriculture“ (Diss. Cornell University, 1990), S. 134 f.

10 *Ibid.*, S. 128.

11 Günter Wendt, *Carl Sprengel und die von ihm geschaffene Mineraltheorie als Fundament der neuen Pflanzenernährungslehre* (Wolfenbüttel: 1950).

12 Wilhelm Strube, *Justus Liebig: Eine Biographie* (Beucha: 1998), S. 115 f.

13 Carl Sprengel, „Ueber Pflanzenhumus, Humussäure und humussaure Salze“, *Kastners Archiv für die gesamte Naturlehre*, Bd. 8 (1826), S. 157 f.

Heute werden – je nach Autor – 13 bis 17 Nährstoffe für essentiell gehalten. In Sprengels Arbeiten finden sich bereits zehn der Mineralstoffe, die wir heute für das Pflanzenwachstum für notwendig halten: Stickstoff, Calcium, Kalium, Magnesium, Phosphor, Schwefel, Eisen, Mangan, Chlor und Kupfer. Die wichtigste Konsequenz daraus ist der Grundsatz, der heute als „Gesetz vom Minimum“ bekannt ist, und den Sprengel erstmals 1828 – und danach immer wieder – publiziert hat: „Wenn eine Pflanze 12 Stoffe zu ihrer Ausbildung bedarf, so wird sie nimmer aufkommen, wenn nur ein einziger an dieser Zahl fehlt, und stets kümmerlich wird sie wachsen, wenn einer derselben nicht in derjenigen Menge vorhanden ist, als es die Natur der Pflanze erheischt.“¹⁴

Der Ursprung der Mineralstofftheorie liegt also im Jahr 1826, spätestens 1828 lag sie ausformuliert vor. Die wichtigste Konsequenz für die landwirtschaftliche Praxis lautete: Jeder Stoff, der zum Aufbau von Pflanzensubstanz notwendig ist, wirkt, wenn er im Boden in zu geringer Menge verfügbar ist, als Dünger, sobald er in löslicher Form dargeboten wird.

Kannte Liebig Sprengel?

In einem Brief vom 17. März 1840 kündigte Liebig seinem Verleger Vieweg die *Agriculturchemie* mit den Worten an: „Sprengel wird gewaltige Gesichter schneiden.“¹⁵ Das Buch war also vor allem eine Streitschrift gegen Sprengel. Im folgenden Jahr lieferten sich die beiden eine öffentliche Kontroverse.¹⁶ Während Carl Sprengel ein eher zurückhaltendes Temperament besessen zu haben scheint, nahm Liebig bei der „Abfertigung“ seines Gegners kein Blatt vor den Mund.¹⁷

Unter den zahlreichen sachlichen Differenzen sticht vor allem eine hervor: In der Erstausgabe von 1840 sucht man bei Liebig vergeblich

14 Carl Sprengel, „Von den Substanzen der Ackerkrume und des Untergrundes, insbesondere, wie solche durch die chemische Analyse entdeckt und von einander geschieden werden können; in welchen Fällen sie dem Pflanzenwachstume förderlich oder hinderlich sind und welche Zersetzungen sie im Boden erleiden“, *Erdmanns Journal für technische und oekonomische Chemie*, Bd. 3, Nr. 1 (Leipzig: 1828), S. 93.

15 Justus von Liebig, *Briefe an Vieweg*, hg. Margarete und Wolfgang Schneider (Braunschweig: Vieweg, 1986), S. 93.

16 Carl Sprengel, „Auszüge aus Prof. Liebig's ‚organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie‘ nebst Bemerkungen vom Redacteur“, *Allgemeine Landwirtschaftliche Monatsschrift*, Bd. 2 (Cöslin: 1840), S. 171-194.
Justus Liebig, „Abfertigung der Herren Dr. Gruber in Wien und Dr. C. Sprengel, in Beziehung auf ihre Kritiken meines Werkes: ‚die organische Chemie‘“, *Annalen der Chemie und der Pharmazie*, Bd. 38 (1841), S. 216-256.

17 ausführlicher in: Utz Thimm, „Carl Sprengel – mehr als ein ‚Vorläufer‘ Liebig's“, *Justus Liebig: Seine Zeit und unsere Zeit* (Gießen: 2003), S. 186-203.

das Gesetz vom Minimum, das Sprengel bereits zwölf Jahre zuvor so klar formuliert hatte. Liebig sah nämlich die Funktion einer Reihe von Mineralstoffen – der Basen – vor allem in der Neutralisation der in den Pflanzen vorkommenden organischen Säuren. In dieser Sicht konnten sich die Basen aber auch gegenseitig vertreten. Abgesehen von der Wirkung der Basen begnügte sich Liebig mit der – im Übrigen vollkommen richtigen, wenn auch nicht ganz logischen – Schlussfolgerung, dass die Mineralstoffe lebensnotwendig seien, weil sie in Pflanzen enthalten seien.

Der Liebig-Biograph William Brock hat darauf aufmerksam gemacht, dass Liebig in der zweiten englischsprachigen Auflage seiner *Agricurchemie* dann überraschend die Priorität von Sprengel in Sachen Mineralstofftheorie ausdrücklich anerkannte.¹⁸ Liebig zitierte hier 47 Bodenanalysen, die Sprengel angefertigt hatte, und räumte ihnen insgesamt 36 Seiten Platz in seinem Buch ein.

Liebig bezeichnete Sprengel als „ausgezeichneten Agronomen“¹⁹: „Die Analysen stammen von Dr. Sprengel, einem Chemiker, der sich seit zwanzig Jahren unermüdlich darum bemüht hat, die Bedeutung der anorganischen Bestandteile eines Bodens für die Entwicklung der Pflanzen hervorzuheben, die darauf kultiviert werden. Er hält alle anorganischen Stoffe für essentiell, die in der Asche der Pflanzen gefunden werden.“²⁰

Das Sonderbare ist nur, dass diese Rehabilitation Sprengels ausschließlich auf Englisch erschienen zu sein scheint. Das Loblied auf Sprengel ist von der zweiten bis zur sechsten Auflage der deutschsprachigen *Agricurchemie* nicht nachweisbar. Das würde erklären,

18 Brock, S. 164 f.

19 Justus Liebig, *Chemistry in its Application to Agriculture and Physiology*, second edition with very numerous additions (London: 1842), S. 208: „In the following part of this chapter I shall describe a number of analyses of soils executed by Sprengel, together with observations on their sterility and fertility, as stated by that distinguished agriculturist.”

20 Eigene Übersetzung; Justus Liebig, *Chemistry ...*, S. 243f.: „The analyses are those of Dr. Sprengel, – a chemist who has unceasingly occupied himself for the last twenty years in endeavouring to point out the importance of the inorganic ingredients of a soil for the development of plants cultivated upon it. He considers as essential all the inorganic bodies found in the ashes of plants. Now, although we cannot coincide with him in the opinion that iron and manganese are indispensable for vegetable life, (for these bodies are found as excrementitious matter only in the bark, and never form a constituent of an organ,) yet we gratefully acknowledge the valuable services which he has rendered to agriculture, by furnishing a natural explanation of the action of ashes, marl, &c., in the improvement of a soil. Sprengel has shown that these mineral manures afford to a soil alkalies, phosphates, and sulphates; and further, that they can exert a notable influence only on those soils in which they are absent or deficient.”

warum deutsche Forscher, die ihren Liebig anscheinend immer nur auf Deutsch gelesen haben, nie darüber gestolpert sind. Von daher ist auch nicht klar, ob Sprengel – der Zeit seines Lebens nur auf Deutsch publizierte – Liebig's überraschende Kehrtwende überhaupt wahrgenommen hat.

Ein Jahr nachdem er ihn „abgefertigt“ hatte, rehabilitierte also Liebig den Geschmähten voll und ganz. Nur bei Eisen und Mangan meldete er einen kleinen Vorbehalt an, ob es sich dabei wirklich um essentielle Nährstoffe handele. Im Übrigen war Liebig aber immer noch nicht bereit, inhaltlich auf die Seite Sprengels überzuwechseln. Insbesondere zog er immer noch nicht die Konsequenzen aus dessen „Gesetz vom Minimum“.

Ein Hauptfehler in der Liebig-Rezeption scheint mir zu sein, dass die *Agrikulturchemie* von 1840 häufig so behandelt wird, als habe er hier schon den Erkenntnisstand der berühmten siebten Auflage von 1862 erreicht. Liebig hat in diesen 22 Jahren seine Lehre in vielen Punkten verändert, in entscheidenden Punkten näherte er sich dabei der Position an, die Sprengel vorgegeben hatte.

Das Fiasko mit dem Patentdünger

In diesen Zeitraum von 22 Jahren zwischen der Erstausgabe und der berühmten siebten Auflage der *Agrikulturchemie* von 1862 fällt auch das Fiasko mit dem Patentdünger, das in die Liebig-Folklore eingegangen ist. Pat Munday, heute Dozent an der Montana Tech in Butte/USA, hat in seiner Doktorarbeit²¹ wichtige Hinweise geliefert, was Liebig dazu getrieben haben mag, übereilt mit einem völlig ungeprüften Dünger auf den Markt zu gehen.

Insgesamt produzierte der Fabrikant James Muspratt in Großbritannien sechs verschiedene Dünger nach Liebig's Rezeptur. Liebig ließ einige Gersten- und Weizenkörner in einer Paste aus Dünger und Wasser über Nacht stehen und ließ sie dann keimen. Das scheint alles an Experimenten gewesen zu sein, die Liebig mit seinem Dünger unternommen hat, denn er stand unter Zeitdruck.

Die 1840er-Jahre sind als „hungry forties“ in die britische Geschichte eingegangen. 1844 war die Getreideernte schlecht ausgefallen, 1845 brach die Kartoffelpest aus, die Irland entvölkern sollte. Sein Schüler Ernst Dieffenbach berichtete aus Großbritannien am 20. Mai 1845 an Liebig: „Der agricultural distress [sic] ist so weit gediehen, dass die Leute nach dem letzten Strohhalme greifen, der sich ihnen darbietet;

21 Vgl. Fußnote 9.

die Weizenerndte steht so schlecht, dass meetings [sic] über meetings gehalten werden, und man beinahe verzweifelt.“²²

Liebig brauchte Geld, er vertraute auf die Richtigkeit seiner Theorien, und die britischen Farmer verlangten verzweifelt nach einer Lösung. Am 21. Juni 1845 schrieb Liebig an seinen Schüler Hofmann: „Es ist im Ganzen ein gefährliches Unternehmen, was mir Sorgen macht, allein der Versuch muss gemacht werden.“²³ Tatsächlich war Liebig's Patentdünger weitgehend unlöslich und damit auch wirkungslos. Liebig hatte hoch gewettet und verloren, sein Name geriet über Jahre unter Landwirten in Verruf und bis zur siebten Auflage von 1862 äußerte er sich nicht mehr zur Agrikulturchemie.

Leistungen

Worin bestehen nun aber die Leistungen Liebig's? Liebig gelang der Durchbruch mit einer pfiffigen Methode zur Elementaranalyse organischer Verbindungen, wobei er die übliche Messung von Gasvolumina durch die sehr viel präzisere Wägung ersetzte. Die Methode war schnell. Deswegen konnten von einer Probe gleich mehrere Messungen angefertigt und daraus der Durchschnittswert gebildet werden, was wiederum die Präzision des Ergebnisses ungemein verbesserte.

In Gießen konnte man diese Methode der Elementaranalyse lernen, was viele Studenten anzog. Das erlaubte wiederum Liebig, sie mit Forschungsprojekten zu beschäftigen. So gelang in Gießen in schneller Folge die Analyse zahlreicher organischer Stoffe. Ein Beispiel ist die Arbeit über Bittermandelöl, die Liebig zusammen mit Wöhler anfertigte und mit der die beiden Chemiker eine erste Bresche in das undurchdringlich scheinende Dickicht der Organischen Chemie schlugen konnten.²⁴ Symbolisch steht dafür der Fünfkugelapparat, den sich Liebig's Studenten als Brosche an die Jacke hefteten.

Die „Liebig-Schule“

Die Absolventen der „Liebig-Schule“ besetzten zahlreiche Lehrstühle in Deutschland und Großbritannien. Überzogen scheint mir aber der „Stammbaum der wissenschaftlichen Familie Justus von Liebig's“ zu

22 Munday, S. 253, Fußnote 18.

23 *Ibid.*, S. 253, Fußnote 17.

24 Hans Peter Reisenauer und Peter R. Schreiner, „Liebig – der organische Chemiker: Aus genauen Analysen erwachsen erste Theorien“, *Justus Liebig (1803-1873): Seine Zeit und unsere Zeit* (Gießen, 2003), S. 110-114.

sein, wie er so gerne abgebildet wird.²⁵ Da wird etwa ein Otto Hahn in die Tradition Liebig's gestellt, obwohl er von Arbeitstechnik und Forschungsgebiet her nichts mehr mit ihm zu tun hat. Man könnte den wissenschaftlichen Stammbaum auch ad absurdum führen, indem man eine Generation weiter zurückgeht und Liebig's Lehrer Karl Kastner einsetzt, den Liebig in späteren Jahren von Herzen verachtet hat. Aus der Liebig-Schule würde so eine Kastner-Schule, warum nicht?

Und die Liebig-Schule hatte nicht nur positive Folgen. Im Negativen sieht man ihren Einfluss an der Vitamin-Forschung, die in Deutschland verschlafen wurde, weil sie nicht in das von Liebig geprägte Konzept passte.

Noch eine Anmerkung zum Begriff des „Liebig-Schülers“: Es ist üblich geworden, zahlreiche Chemiker als „Liebig-Schüler“ zu vereinnahmen, nur weil sie eine kurze Zeit in Gießen verbracht haben. Ein Beispiel ist der große britische Chemiker Edward Frankland, der unter anderem das Gebiet der metallorganischen Verbindungen erschlossen hat.²⁶ Wenn Frankland aber einer Schule angehört, dann der „Bunsen-Schule“ in Marburg, wo er promoviert wurde und eng mit Hermann Kolbe zusammenarbeitete. Umgekehrt waren andere Chemiker tief von Liebig beeindruckt, haben aber nie in Gießen studiert und werden so nie in den Genuss des Etiketts „Liebig-Schüler“ kommen. Was die ausländischen Liebig-Schüler angeht, so kam die größte Gruppe übrigens aus der Schweiz. Da muss es eine riesige, unerforschte Liebig-Schule geben!

Der Universität hat jedenfalls Liebig's zupackende Art gut getan. Ihm ist es im Wesentlichen zu verdanken, dass Gießen bei seinem Weggang keine „Staatsdienerzurichtungsanstalt“ mehr war, wie Kolbe die Universitäten seiner Zeit verächtlich charakterisiert hat.

Propagandist der Chemie

Liebig müsste eigentlich ein gefundenes Fressen für Medienwissenschaftler sein, denn kaum jemand im 19. Jahrhundert konnte so virtuos mit den Medien umgehen wie Liebig. Gegen Ende seines Lebens war er in Form der Sammelbilder für Liebig's Fleischextrakt in bürgerlichen Küchen allgegenwärtig.

25 zum Beispiel: Heilenz, S. 54; Strube, Vorsatzblatt; lange Zeit hing er auch im Deutschen Museum, München.

26 Brock, S. 342 ff. oder Georg Schwedt, *Liebig und seine Schüler* (Berlin: Springer, 2002), S. 261.

Seine publizistische Karriere begann 1831 als Mitherausgeber des *Magazin für Pharmacie*, das 1840 auf Vorschlag von Wöhler in *Annalen der Chemie und der Pharmacie* umbenannt wurde. Wenn Liebig als „Herrscher seiner Wissenschaft“ etikettiert worden ist, dann war sein Herrschaftsinstrument die *Annalen*.

Aber dass er zum populärsten Chemiker des 19. Jahrhunderts aufstieg, verdankte er weniger seinen wissenschaftlichen Leistungen als seiner publizistischen Allgegenwart. Georg Cotta – der Verleger von Goethe, Schiller, Herder, Schelling und Humboldt – hatte ihn 1841 gebeten, „Chemische Briefe“ für seine „Allgemeine Zeitung“ zu verfassen. Aus Gründen der Zensur erschien die Zeitung in Augsburg; sie war damals so etwas wie die FAZ, ein Intelligenzblatt fürs Bürgertum mit der damals enormen Auflage von rund Zehntausend.

Die ersten „Chemischen Briefe“ ließ Liebig zunächst anonym erscheinen, weil er sich des Erfolgs unsicher war. Doch nicht um diese ersten populärwissenschaftlichen Gehversuche soll es hier gehen, sondern um weitere anonyme Beiträge, die Liebig für die „Allgemeine Zeitung“ verfasst hat. Sie sind dem Historiker Andreas Kleinert aufgefallen, als er das Redaktionsexemplar der „Allgemeinen Zeitung“ im Deutschen Literaturarchiv in Marbach durchblätterte. Penibel hatten hier die Redakteure bei jedem Artikel vermerkt, wer ihn geliefert hatte. In insgesamt 19 Fällen konnte Kleinert so nachweisen, dass auch manchmal Liebig drin war, wo nicht Liebig draufstand.²⁷

Die „Chemischen Briefe“ waren ein derartiger Erfolg, dass sie auch gebunden als Buch herauskamen. Das war einem angeblichen Korrespondenten aus Frankfurt am Main die Notiz wert: „Einen auffallenden und glänzenden Beweis wie günstig die Zeit allen gelungenen Bemühungen die Wissenschaft als solche mit der Praxis des Lebens zu verbinden und die Resultate der Theorie in faßlicher Form gemeinnützig zu machen, bilden vor vielem andern wohl des berühmten Justus Liebig ‚Chemische Briefe‘. Diese Arbeiten [...] erschienen zuerst in der Allg. Zeitung; die zwölf ersten wurden daraus ins Englische übersetzt und erschienen in zweiter Auflage in diesem Jahre in London; diese englische Ausgabe ist auf einem Blatt in Zeitungsform zu 4 Cents das Stück in mehr als 60,000 Exemplaren in Amerika verbreitet worden.“²⁸

Wir befinden uns im 19. Jahrhundert, in dem auch ein Karl Marx keine Hemmungen hatte, sein „Kapital“ anonym in zahlreichen Zeitungen zu

27 Justus von Liebig, „Hochwohlgeborner Freyherr“: *Die Briefe an Georg von Cotta und die anonymen Beiträge zur Augsburger Allgemeinen Zeitung*, hg. Andreas Kleinert (Mannheim, Heidelberg, Wien: 1979).

28 *Allgemeine Zeitung*, Nr. 240 (Augsburg: 1844), S. 1918; zitiert nach: Kleinert, S. 23.

rezensieren (und bei Bedarf auch zu verreißen). Verwunderlich ist nur, dass bei einer so hohen Auflage kein einziges Exemplar von der angeblichen amerikanischen Zeitungsausgabe der „Chemischen Briefe“ erhalten geblieben ist.²⁹

An der Universität Gießen hatte sich deren Kanzler Justin von Linde mit seiner Reformpolitik zahlreiche Feinde gemacht. Sie nutzten den Umstand, dass Linde im protestantischen Hessen-Darmstadt dem falschen, sprich: dem katholischen Glauben anhing. Liebig gab Linde in der „Allgemeinen Zeitung“ publizistische Rückendeckung, indem er anonym die Arbeit seines Vorgesetzten lobte: „Das neue chemische Laboratorium, das neue Universitätsgebäude, das neue großartige Anatomiegebäude, die Gründung des physiologischen Institutes sind sprechende Beweise seines segensreichen Wirkens; es ist nur zu beklagen, daß der Einfluß der neuern religiösen Wirren, den man gegen diesen in so vielen Beziehungen ausgezeichneten Mann geltend zu machen wußte, in der letzten Zeit ein schwer zu besiegendes Hinderniß für die Beseitigung mehrerer noch bestehender Mängel abgegeben hat.“³⁰

Trotzdem gelang es Lindes Gegnern, den verhassten Universitätskanzler zu stürzen, was für Liebig wohl mit ein Grund war, 1852 einen Ruf nach München anzunehmen. Dort musste er seine hervorragenden Kontakte zur „Allgemeinen Zeitung“ bei einem heiklen Vorfall aktivieren. Am 9. April 1853 hatte er eine Experimentalvorlesung vor der bayrischen Königsfamilie gehalten, in der er auch einen Versuch namens „bellender Hund“ vorgeführt hatte: Wenn Schwefelkohlenstoff in Stickstoffmonoxid verbrannt wird, entsteht ein charakteristisches Geräusch. Als Liebig das Experiment wiederholen wollte, griff er allerdings ein Gefäß mit Sauerstoff. Der Versuch explodierte, Königinmutter Therese und Prinz Luitpold rann das Blut von den Gesichtern, wie er seinem Freund und Kollegen Wöhler in Göttingen in einem Brief berichtete.³¹

Liebig – obwohl selbst verletzt – reagierte blitzschnell und gab bereits am nächsten Tag in der „Allgemeinen Zeitung“ die Lesart des Unfalls vor. Schuld war demnach sein Assistent gewesen: „Die Fassung sämtlicher höchsten Herrschaften bei diesem unglücklichen Vorfall war bewundernswürdig. Die Königin Marie war wie ein Engel der Be-

29 Michael Hansen, „Zur Publikationsgeschichte der ‚Chemischen Briefe‘ Justus Liebig“, *Justus Liebig (1803-1873), Die Chemischen Briefe: Zur Popularisierung von Wissenschaft im 19. Jahrhundert* (Gießen: 2003), S. 36 ff.

30 *Allgemeine Zeitung*, Nr. 169 (Augsburg: 1846), S. 1349; zitiert nach: Kleinert, S. 24 f.

31 Herbert W. Roesky und Klaus Möckel, *Chemische Kabinettsstücke* (Weinheim: VCH, 1994), S. 228.

ruhigung für alle. Über allen Ausdruck erhaben war der Muth der Prinzessin Luitpold. Der König Ludwig war voll Besonnenheit und wie wenn gar nichts ungewöhnliches vorgefallen wäre. [...] Professor v. Liebig, welcher in nächster Nähe stand, wurde an seiner linken Hand und verschiedenen Theilen des Körpers leicht verwundet; es scheint als ob er sein Leben nur einer metallenen Dose verdankt welche die Gewalt eines großen Glassplitters brach, der Tuch und was darunter lag quer über der großen Schenkelpulsader durchschnitten hatte und auf der Dose liegen geblieben war.“³²

Bei einer Gelegenheit versuchte Liebig auch, sich durch einen Artikel in der „Allgemeinen Zeitung“ persönlich zu bereichern. Das wichtigste Fiebermittel seiner Zeit war Chinin. Vor allem für die Kolonialmächte war es strategisch wichtig, weil Europäer in den malariaverseuchten Gegenden der Welt ohne das bitteren Arzneimittel nicht überleben konnten. Und Chinin war teuer. Liebig untersuchte einen Abfallstoff aus der Chinin-Produktion, das Chinoidin, und kam zu dem Ergebnis, dass er die gleiche Zusammensetzung habe.

Diese Erkenntnis war Geld wert, und entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten veröffentlichte er die Entdeckung zunächst nicht. Statt dessen setzte er in England Mittelsmänner darauf an, das vermeintlich wertlose Chinoidin aufzukaufen.³³ Da in dieser Zeit einer seiner Schüler auch noch eine Methode fand, das echte Chinin aus diesem Abfallstoff herzustellen, war Chinoidin endgültig wertvoll. In der „Allgemeinen Zeitung“ erschien dann am 9. Juni 1846 folgende Notiz von einem anonymen Korrespondenten aus Gießen:

„In dem hiesigen chemischen Laboratorium ist die merkwürdige Entdeckung gemacht worden, daß das Chinoidin [...] eine dem Chinin gleiche Zusammensetzung besitzt, und daß beide in einer ähnlichen Beziehung zu einander stehen wie der krystallisirbare Zucker zu dem unkrystallisirbaren oder zu dem so genannten Fruchtzucker. [...] Dieses Resultat ist wichtig genug um die Aufmerksamkeit der praktischen Ärzte darauf zu lenken, besonders in dem gegenwärtigen Augenblick, wo der hohe Preis des schwefelsauern Chinins (das Pfund kostet 70 fl.) seine Anwendung in einer Menge von Fällen namentlich in der Armenpraxis beschränkt. [...] ein Pfund Chinoidin, das nicht über 12 Gulden kostet, denselben medicinischen Wirkungswerth besitzt [...] es kann keine Frage seyn daß der Organismus keinen Unterschied kennt zwischen einem und demselben Stoff im amorphen oder kristallinischen Zustande, und eine in ihren Wirkungen so sichere und kostbare

32 *Allgemeine Zeitung*, Nr. 101 (Augsburg: 1846), S. 1349; zitiert nach: Kleinert, S. 30 f.

33 Brock, S. 129-136.

Arznei verdient gewiß von Seite der Ärzte die sorgfältigste Beobachtung.“³⁴

Um noch einmal auf den Fleischextrakt zurückzukommen: Vielleicht ist der springende Punkt ja, dass Liebig das Produkt mit seinem Namen verbunden hatte. Er sorgte dafür, dass aus jeder Charge Stichproben bei ihm oder in Pettenkofers Labor untersucht wurde. Ist hier etwa der Ursprung der Lebensmittelkontrolle zu suchen? 1876 wurde das erste Chemische Untersuchungsamt in Nürnberg gegründet, 1879 gab es ein reichseinheitliches Nahrungsmittelgesetz.³⁵ Aber solche Entwicklungen sind schwieriger zu vermitteln, als die vordergründige Frage, wer nun den Fleischextrakt erfunden hat.

Ertrag und Enttäuschungen des Liebig-Jubiläums

Das Liebig-Jubiläum hat deutlich gemacht, dass die Geschichte der Agrikulturchemie revidiert werden muss. Bemerkenswert scheint mir ferner, dass der britische Liebig in den Fokus geraten ist. In Großbritannien war er fast noch eine wichtigere öffentliche Figur als in Deutschland, und es ist das Verdienst der Liebig-Biographie von William Brock, diese Seite der Wirkungsgeschichte Liebigs herausgearbeitet zu haben. Liebigs Einfluss ging soweit, dass auf seinen Vorschlag der Darmstädter Ernst Becker sogar als Erzieher des Prinzen von Wales an den britischen Hof berufen worden ist.³⁶

In diesem Zusammenhang müsste man einmal untersuchen, in wie weit der Aufstieg des Englischen als Wissenschaftssprache mit Liebig zusammenhängt. Zu seiner Zeit war die Sprache der Chemie schließlich Französisch, und Liebig scheint der erste deutsche Wissenschaftler von Rang zu sein, der bewusst und ausgiebig auf Englisch publiziert hat. Das ist umso verwunderlicher, als er sich immer wieder verächtlich über das Niveau der britischen Wissenschaft geäußert hat.

Naturphilosophische Begriffe

Zu den Enttäuschungen des Liebig-Jubiläums gehört, dass die Motivation von Liebigs Forschungsarbeit keine Rolle spielte. Immer wieder wird ein angeblicher Bruch behauptet, als Liebig sich von der Organi-

34 *Allgemeine Zeitung*, Nr. 169 (Augsburg: 1846), S. 1349; zitiert nach: Kleinert, S. 25 f.

35 Johannes Friedrich Diehl, *Chemie in Lebensmitteln: Rückstände, Verunreinigungen, Inhalts- und Zusatzstoffe* (Weinheim: Wiley-VCH, 2000), S. 4.

36 Eva Marie Felschow, Carsten Lind, „Ruhm aus Reagenzien – Liebigs weltweite Wirkung“, *Justus Liebig: Der streitbare Gelehrte* (Gießen: Justus-Liebig-Universität Gießen, 2003), S. 128.

schen Chemie der Agrikulturchemie zuwandte. Vielleicht gibt es diesen Bruch gar nicht und wir konnten uns einfach nicht genügend einfühlen in das, was Liebig angetrieben hat. Pat Munday hat wieder einmal in seiner Doktorarbeit einen entscheidenden Hinweis geliefert, als er die Bedeutung des Begriffs „Metamorphose“ für Liebig herausgearbeitet hat.³⁷

1839 schrieb Liebig an Berzelius: „... mit Rücksicht auf die Metamorphosierung wird sich eine neue Wissenschaft bilden.“³⁸ In dem bereits erwähnten Brief vom 17. März 1840, in dem Liebig seinem Verleger Vieweg die *Agriculturchemie* ankündigte, stellte er sich als Titel vor: „Das Buch soll heißen ‚Die letzten Metamorphosen organischer Verbindungen und ihr Einfluß auf das Leben‘ oder ‚Die Metamorphosen der Organismen nach dem Tode und ihr Einfluß auf das Leben‘ oder sowas ähnliches.“³⁹ Die *Agriculturchemie* erhielt bekanntlich schließlich einen anderen Titel, aber ständig taucht im Text der Metamorphosen-Begriff auf, die *Thierchemie* wird vor lauter Metamorphosen sogar fast unlesbar.

Von Goethe kann Liebig den Metamorphosen-Begriff eigentlich nicht übernommen haben, er stammt wohl aus seiner Säuretheorie. In der *Agriculturchemie* wendet er den Begriff dann auf Gärung, Verwesung und ähnliche Prozesse an. Konsequenterweise beginnt das Buch mit Pflanzenernährung und endet mit Verwesung. Ein Beispiel ist die Reaktion von Hefe mit Zuckerwasser, in Liebigs Augen eine chemische Reaktion: Der Zusammenhalt der Atome in organischen Molekülen ist so schwach, dass die Hefemoleküle vermögen, bei Kontakt den Zucker in Kohlendioxid und Alkohol zu verwandeln.⁴⁰

Für uns Nachgeborene entsteht die Schwierigkeit, dass Liebig eine Begrifflichkeit verwendet, die für uns unrettbar mit der Naturphilosophie verwoben ist. Liebig schlägt jedoch bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Naturphilosophie ein. Ein weiterer zentraler Begriff bei Liebig lautet „Lebenskraft“, der von ihm aber ebenfalls im Sinne einer rein physikalisch-chemischen Kraft verwendet wird.⁴¹

Dieser geistesgeschichtliche Hintergrund macht es schwer, Liebigs Leistung zu bewerten. Zum Beispiel die *Thierchemie*: Inhaltlich stimmt praktisch nichts von den Theorien, die Liebig da vorstellt, aber zum

37 Munday, S. 150 ff.

38 Munday, S. 165

39 Justus von Liebig, *Briefe an Vieweg*, S. 93.

40 Munday, S. 200

41 Walter Botsch, „Justus von Liebig: Vitalist oder Gegner des Vitalismus?“, *Naturwissenschaftliche Rundschau*, Bd. 56, Nr. 8 (2003), S. 424-429.

ersten Mal formuliert er den Anspruch aufzuklären, was im Stoffwechsel geschieht. Insofern hat er die Wissenschaft von der Biochemie begründet und wird zu Recht dafür gerühmt.

Liebig und die soziale Frage

Eine beliebte These lautet, Liebig habe die *Agriculturchemie* geschrieben, um ein Mittel gegen die Hungerkrisen seiner Zeit aufzuzeigen.⁴² Um 1840 scheint mir Liebig jedoch noch perfekt dem Klischee vom weltfremden Wissenschaftler zu entsprechen. Wieder darf man nicht dem Fehler verfallen, Liebig's Haltung in späteren Auflagen auf den Liebig von 1840 zurückzuprojizieren. Erst die Kartoffelpest, die hierzulande 1846/47 wütete, und eine gescheiterte Roggenernte öffnete ihm anscheinend die Augen für die sozialen Konsequenzen seiner wissenschaftlichen Arbeit. Und die Revolution von 1848 war, vor allem in Baden, hungergetrieben. In den „Chemischen Briefen“ lieferte Liebig dann den ideologischen Überbau: Chemie als Lösung der sozialen Frage.⁴³

Zu den Enttäuschungen des Liebig-Jubiläums gehört auch, dass die ökologischen Konsequenzen von Liebig's Arbeit kaum eine Rolle spielten. In der Umweltschutz-Bewegung hatte Liebig lange einen schlechten Ruf als vermeintlicher Erfinder des Kunstdüngers. Dabei war er auch ein wortgewaltiger Vertreter des Recycling-Gedankens. Die Belege sind nicht ganz eindeutig, aber das Recycling von Mineralstoffen scheint für Liebig immer Priorität vor dem Einsatz von Kunstdünger besessen zu haben.

Was Liebig-Forscher noch zu leisten hätten, wäre die Einbettung seiner Arbeit in die Umweltgeschichte. Liebig hat in seinem Leben zwei große Hungersnöte erlebt und motiviert damit in späten Auflagen der *Agriculturchemie* auch seine Forschungen. 1816/17 fiel die Ernte in Mitteleuropa um etwa ein Drittel kleiner aus als im langfristigen Durchschnitt. Heute wissen wir, dass 1815 der Mount Tambora im heutigen Indonesien ausgebrochen war, der so viel Asche in die Atmosphäre schleuderte, dass bei uns der Winter bis in den Sommer anhielt. Goethe hat die intensiv roten Sonnenauf- und -untergänge beschrieben. Ende der 1840er Jahre wurde dann die Kartoffelernte – nicht nur in Irland – durch die Kartoffelpest *Phytophthora infestans* weitgehend vernichtet. In den beiden Hungersnöten, die Liebig erlebt hat, ist die Ursache also nicht in der von ihm diagnostizierten Erschöpfung der

42 Munday, S. 149 f.

43 Munday, S. 269 f.

Böden zu suchen. Liebig scheint aus den falschen Gründen die richtigen Schlüsse gezogen zu haben!

Praxis der Wissenschaft als wissenschaftsgeschichtliches Problem

Ein weiteres Problem – nicht nur im Falle Liebig – bleibt die Rekonstruktion der Wissenschaftspraxis. Ein Beispiel bietet der berühmte Fünfkugelapparat. Das Laborbuch von 1830, das in der Staatsbibliothek München lagert, beweist, dass der Fünfkugelapparat zunächst eine gestreckte Form besaß.⁴⁴ Jost Lemmerich, der selbst als Laborant gearbeitet hat, hat darauf hingewiesen, dass der Pfiff in der späteren Dreiecksform liegt, denn nur dadurch konnte man den Fünfkugelapparat an eine Waage hängen. Welcher Labordiener oder Glasbläser mag als Erster auf die Idee gekommen sein, dem Fünfkugelapparat seine berühmte Dreiecksform zu geben? Hier deutet sich ein generelles Problem der Wissenschaftsgeschichte an, weil Historikern als Buchwissenschaftler häufig der Blick für die wissenschaftliche Praxis fehlt.

Ebenfalls keine Rolle spielte beim Liebig-Jubiläum das eigentlich doch modische Thema des Technologietransfers. Eva-Marie Felschow hat etwa in der Ausstellung im Rektorzimmer des Universitätshauptgebäudes einen Brief an Horsford ausgestellt, in dem Liebig detailliert das Laboratorium in Gießen beschreibt und Tipps für den Bau gibt.⁴⁵ Nun war Horsford nicht irgendwer, sondern Professor in Harvard, und der Brief liefert ein Paradebeispiel für Technologietransfer.

Überlieferungslage

Noch ein Wort zur Überlieferungslage: Im Falle Liebig ist das Glück, dass die Quellen so reichhaltig sind. Und genau das scheint das Unglück zu sein. Allein in Gießen lagern im Universitätsarchiv (als Depositum der Gießener Liebig-Gesellschaft) an die 3000 Dokumente zum Lebens- und Karriereweg Liebig. Nötig wäre eine Datenbank mit Regesten, die alle Namen, alle Ortsnamen, sowie eine Inhaltsangabe verzeichnen. Diese Datenbank müsste ins Netz gestellt werden. Bisher ist das aber erst für 682 Briefe geleistet worden. Dasselbe müsste für den Bestand in der Staatsbibliothek in München geleistet werden, der noch viel größer ist. Von manchen publizierten Briefwechseln ist bekannt, dass sie immer, wenn es spannend wird, Lücken aufweisen oder entstellt sind. Das gilt vor allem für den Liebig-Wöhler-Briefwechsel.

44 *Justus Liebig: Der streitbare Gelehrte* (Gießen: Justus-Liebig-Universität Gießen, 2003), S. 10.

45 Brief von Justus Liebig an Eben Norton Horsford (Gießen: 4. Juni 1848), Universitätsarchiv Gießen, Liebig Depositum Nr. 3155.

Und dann erscheinen zum Jubiläum zu allem Überfluss Briefwechsel, wie der zwischen Liebig und seiner Frau, ohne Fundstellen, ohne Erscheinungsort und -datum.⁴⁶ Wie soll man daraus zitieren, wie gegebenenfalls ein Zitat am Original überprüfen?

Bis heute gibt es keine gute Liebig-Biographie. Zwar gibt es Wissenschaftler, die das leisten könnten. Sie trauen sich aber anscheinend nicht an die Aufgabe, weil im überlieferten Bestand Überraschungen lauern könnten, die einen schnell dumm dastehen lassen. So bleibt nur die Warnung, die vorhandenen Liebig-Biographien mit der größten Vorsicht zu verwenden.

46 Agnes von Hase, *Theuerstes Jettchen: Briefwechsel zwischen Justus von Liebig und seiner Frau Henriette* (o. O.; o. J.).

„Ein Liebig-Museum in Giessen“ -

Der Psychiater Robert Sommer, die chemische Hexenküche und das Gießener Liebig-Museum

Ulrike Enke

Vorbemerkungen

Im Liebigjahr 2003 wurde in zahlreichen Publikationen der direkte Zusammenhang zwischen Justus von Liebig's langjährigem Wirken in Gießen und der gewachsenen Attraktivität als Universitätsstadt hervorgehoben. Stellvertretend für viele sei ein Beitrag von Eva-Maria Felschow genannt, die nach Auswertung des Personenstandsverzeichnis der Universität Gießen festhält, es sei Liebig's Anziehungskraft zu verdanken, dass der Universitätsstandort Gießen an Beliebtheit gewann: So hörten von den 445 Studenten des Wintersemesters 1842/43 etwa zehn Prozent Chemie bei Liebig, drei Viertel der zu dieser Zeit in Gießen studierenden 24 ausländischen Studenten, nämlich achtzehn, waren Chemiker.¹

Schon 1840, als Liebig also noch in Gießen wohnte und lehrte, belohnten die Stadtväter seine Verdienste um Universität und Stadt, indem sie ihn mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Gießen auszeichneten.² Weitere Ehrungen durch das „dankbare“ Gießen³ verzeichnet 1928 der damalige Rektor der Universität Gießen, der Jurist Leo Rosenberg:

„Eine Straße ist nach ihm benannt; die trockene Sandwüste, die er durch seine chemischen Düngungen in einen blühenden Garten verwandelte, trägt den Namen *Liebig-höhe*; den kleinen Senatssaal der Universität schmückt eine Kopie des schönen Liebigbildes von Trautscholl [!]; in den Anlagen steht das am 28. Juli 1890 enthüllte *Marmor-*

1 Eva-Maria Felschow: Kleine Welt und große Welt. - Kontraste zweier Lebensstile, in: Justus-Liebig-Universität Gießen (Hg.): Justus Liebig (1803-1873). Der streitbare Gelehrte. Ausstellungskatalog, hg. anlässlich des 200. Geburtstags Justus Liebig's. Bd. 2. Gießen 2003, S. 27-44; hier S. 31.

2 Ebd. - Die Auszeichnung erfolgte am 8. Mai 1840.

3 [Leo Rosenberg:] Die Universität Giessen, ihre Entwicklung und ihre Anstalten. Dargestellt von ihrem derzeitigen Rektor Prof. Dr. jur. L. Rosenberg. Düsseldorf o. J. [1928], S. 19.

denkmal von Schapers Meisterhand, das die Freunde und Schüler Liebig's der Stadt Gießen geschenkt haben und das Liebig in der Vollkraft seiner Gießener Jahre darstellt, zu seinen Füßen die fackeltragende Minerva und die ährenbekränzte Ceres.“⁴

Von Rosenberg ebenfalls erwähnt als Liebig-Denkmal besonderer Art wird das Liebig-Museum, das er in Text und Bildern ausführlich vorstellt:

„Liebig's Laboratorium schließlich ist durch die Bemühungen der Gesellschaft Liebigmuseum unter ihrem rührigen Vorsitzenden Robert Sommer in den Zustand, da der Meister darin lehrte und arbeitete, zurückversetzt und dient als *Liebigmuseum*, in dem Erinnerungen aller Art, vor allem Briefe von und an Liebig gesammelt und aufbewahrt werden; nur mit der heiligen Scheu tiefster Ehrfurcht kann man diese bescheidenen Räume betreten, fast mit derselben Ehrfurcht, die uns umfängt, wenn wir die schlichten Arbeitsräume Goethes am Frauenplan in Weimar besuchen.“⁵

Der folgende Beitrag soll nicht nur einen kurzen Abriss über die Geschichte von Labor und Museum geben, sondern auch an eine Persönlichkeit von lokalhistorischem Interesse erinnern, die in herausragender Weise an der Initiierung und Gestaltung des Museums beteiligt war, an den Professor für Psychiatrie und langjährigen Leiter der psychiatrischen Universitätsklinik Robert Sommer (1864-1937). Sein Einsatz für „ein Liebig-Museum in Giessen“ - so der Titel eines von ihm verfassten Zeitungsartikels -⁶ wäre ohne sein Interesse für die Stadt, in der er mehr als vierzig Jahre lang lebte, und sein Engagement für psychische Hygiene als einem Teil der medizinischen Prophylaxe und der Sozialpsychiatrie nicht zu verstehen.

Zur Geschichte des Gebäudes

Ausführlich berichtet der Archivar der Justus-Liebig-Gesellschaft, Günther Klaus Judel 1996 über die Geschichte des Liebig-Museums, bereits Ende der 70er Jahre hatte Fritz Kröhnke, der von 1961 bis 1966 auch Vorsitzender der *Gesellschaft Liebig-Museum* war, mit Willi Weis

4 Ebd. - Das Liebigportrait wurde 1842 von Wilhelm Trautschold geschaffen.

5 Ebd., S. 19f.

6 Robert Sommer: Ein Liebig-Museum in Giessen, in: Chemiker-Zeitung. Central-Organ für Chemiker, Techniker, Fabrikanten, Apotheker, Ingenieure. Nr. 9, Jg. 23, 1. Februar 1899, S. 77f.

einen kurzen Abriss zur Geschichte des Museums mit einem Gang durch das Gebäude vorgelegt.⁷ Judel zeichnet die Geschichte des Gebäudes nach, das 1817-19 als Kaserne errichtet wurde, nach Abzug der einquartierten Soldaten seit 1821 leer stand und nach Verhandlungen mit dem dem Hessischen Finanzministerium unterstehenden Liegenschaftsamt ab 1824 für Universitätszwecke genutzt werden konnte.

Schon bald darauf richtete Liebig im westlichen Wachhaus der Kaserne sein aus zunächst fünf Räumen bestehendes Labor ein, das aufgrund der schnell wachsenden Zahl der Studenten und dank der Fürsprache des Kanzlers der Universität, Justin von Linde (1797-1870), 1835 durch einen Anbau im Südwesten, der Liebig Platz für ein Arbeitszimmer und ein Privatlabor bot, erweitert wurde.⁸

Infolge von Bleibeverhandlungen nach einen Ruf auf einen Lehrstuhl in St. Petersburg wurde 1839/40 ein eingeschossiger Querflügel angebaut, in welchem neben dem pharmazeutischen Laboratorium und einer Bibliothek ein zweites Wägezimmer, ein Hörsaal und ein für die Zukunft Maßstäbe setzendes analytisches Laboratorium eingerichtet wurden. Als Liebig 1852 nach München übersiedelte, wurde das Labor von seinem Nachfolger und ehemaligen Schüler Heinrich Will (1812-1890), seit 1882 von Alexander Naumann (1837-1922) genutzt. 1888, als die Chemiker ein neues Labor in der Ludwigstraße erhielten, stand das alte Gebäude für den neu geschaffenen Lehrstuhl für Hygiene und Bakteriologie zur Verfügung, der mit dem Robert-Koch-Schüler Georg Gaffky (1850-1918) besetzt wurde.⁹ Gaffkys ursprünglich als Provisorium gedachte Unterbringung in Liebigs Laboratorium dauerte bis 1896, als endlich ein neu erbautes Hygieneinstitut an der Frankfurter Straße gegenüber der psychiatrischen Klinik bezogen werden konnte. Der *Gießener Anzeiger* schreibt 1898 rückblickend: „Professor Gaffky [erhielt] den größten Theil des Laboratoriums von Justus v. Liebig als Lehrstätte für Bacteriologie und Hygiene, während das ehemalige Auditorium für Küchenzwecke der benachbarten Universitätsklinik eingerichtet wurde.“¹⁰

7 Günther Klaus Judel: Die Geschichte des Liebig-Museums in Giessen. [Gießen 1996.] Fritz Kröhnke/Willi Weis: Justus v. Liebig und das Gießener Liebig-Museum. Gießen [1979].

8 Siehe dazu: „Plan des Liebigschen Laboratoriums zu Giessen“, in: Georg Wehrich: Beiträge zur Geschichte des chemischen Unterrichtes an der Universität Gießen. Gießen 1891.

9 Der Überblick wurde übernommen aus: Judel, Geschichte (wie Anm. 7), S. 3-5.

10 Gießener Anzeiger 148, 1898, Nr. 299, S. 1.

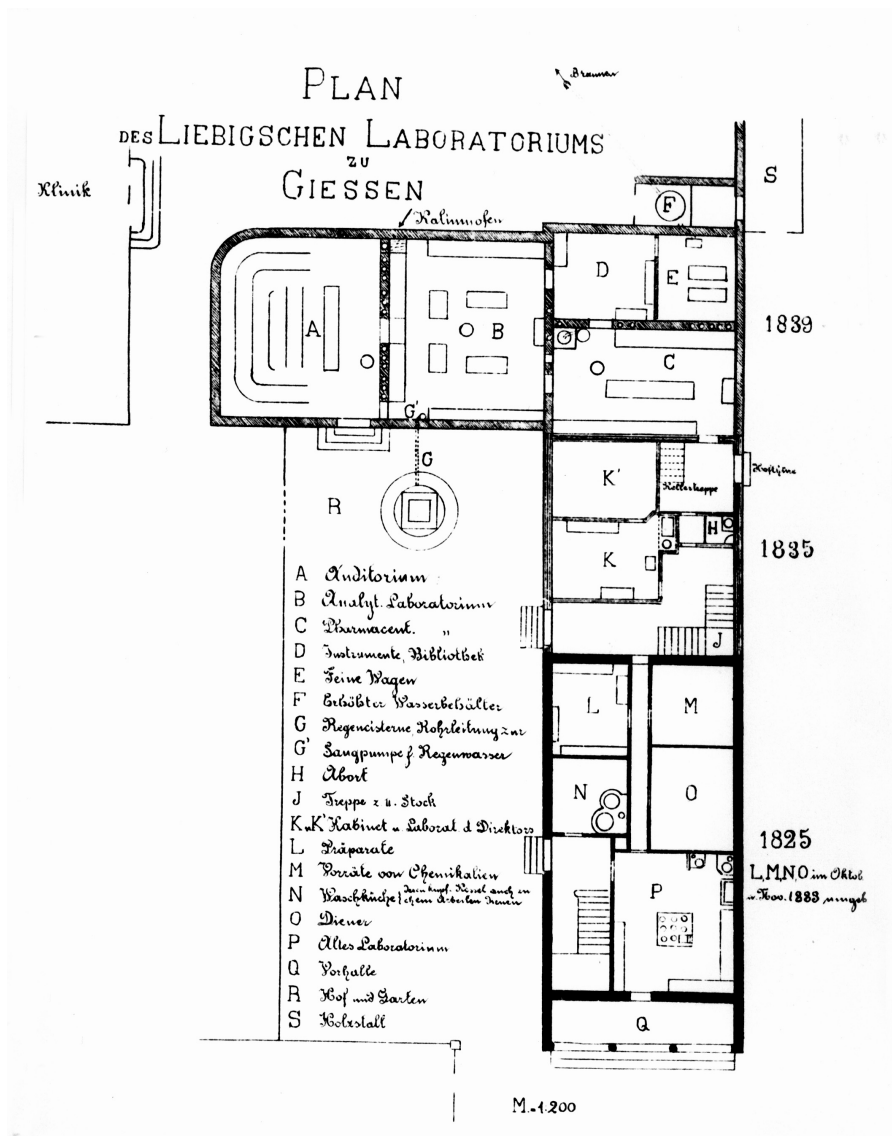


Abb. 1: Plan des Liebig'schen Laboratoriums zu Giessen, in: Georg Wehrich: Beiträge zur Geschichte des chemischen Unterrichtes an der Universität Gießen. Gießen 1891.

Seit dem Umzug der Hygieniker stand das ehemalige Liebig-Laboratorium leer, nur der ehemalige Hörsaal wurde weiterhin als Küche für die benachbarte Universitätsklinik, die sogenannte „Alte Klinik“, genutzt.

Sowohl bei Kröhnke als auch im von Siegfried Heilenz¹¹ zusammengestellten Museumsführer *Das Liebig-Museum in Gießen*¹¹ ist von der Gründungszeit des Museums nur knapp die Rede. So heißt es bei Heilenz: „Die Planung und Durchführung des Vorhabens lag in den Händen von Prof. R. Sommer, Gießen, der hierbei von Medizinalrat Dr. E. A. Merck, Darmstadt, maßgeblich unterstützt wurde.“ Ausführlicher berichtet Judel, der die einzelnen Phasen von der ersten Idee bis zur Ausführung und Einweihung chronologisch auflistet.¹² Gewürdigt werden sowohl bei Kröhnke und Weis als auch bei Judel die Verdienste des Pharmazeuten Emanuel Merck und Sommers.

Robert Sommer und die Idee eines Museums

Im Museum erinnert an Robert Sommer lediglich ein Ölgemälde, das aber des öfteren umgehängt wird und bisher in den Publikationen noch nicht erläutert wurde. Auch über den Maler waren keine Auskünfte zu erhalten, da das Bild als unsigniert galt. Judel berichtet lediglich, dass Sommers Portrait 1988 bei Aufräumarbeiten auf dem Dachboden des Universitätshauptgebäudes gefunden wurde. Nach Anfertigung einer Kopie wurde das Original dem Liebig-Museum übereignet,¹³ die Reproduktion wird seit 2004 im Universitätsarchiv aufbewahrt.

Im März 2004 konnte ich dank der Unterstützung von Professor Wolfgang Laqua den Maler identifizieren: Das momentan (Juli 2004) im Flur des ehemaligen Eingangs hängende Ölgemälde in der Größe 69,5 x 55 cm ist am rechten unteren Bildrand in schwarzer Schrift auf dunklem Untergrund in drei Zeilen mit „Otto Jung / Stuttgart / 1915“ signiert. Es zeigt den damals einundfünfzigjährigen Robert Sommer als Halbfigur vor einer Bücherwand. Oberkörper und Kopf sind dem Betrachter zugewandt, der Portraitierte ist repräsentativ-elegant gekleidet in dunklem Anzug mit Weste, weißem plissiertem Oberhemd und schwarzer Fliege. In Ausgestaltung und Größe erinnert das Bild an die Professorenportraits der Gießener Gemäldegalerie. Im Jahr der Anfertigung, 1915, wurde Sommer Rektor der Universität.¹⁴

11 Siegfried Heilenz: *Das Liebig-Museum in Gießen. Führer durch das Museum und ein Liebig-Porträt*, aktuell kommentiert. The Liebig-Museum in Giessen. Guide through the museum and a Liebig-portrait from a current view-point. Gießen: edition gießen, 2. Auflage 1998, S. 1.

12 Judel, *Geschichte* (wie Anm. 7), S. 6-9.

13 Ebd., S. 21. - Judel bildet das Portrait ab in: Ders.: *Liebig und Liebigmuseum*, in: *Schönes Gießen, Universitäts- und Kulturstadt an der Lahn*. Centrum Mittelhessens. Hg. und fotografiert von Karl-Heinz Brunk, S. 28-33; hier S. 32.

14 Die Amtsperiode dauerte vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916.

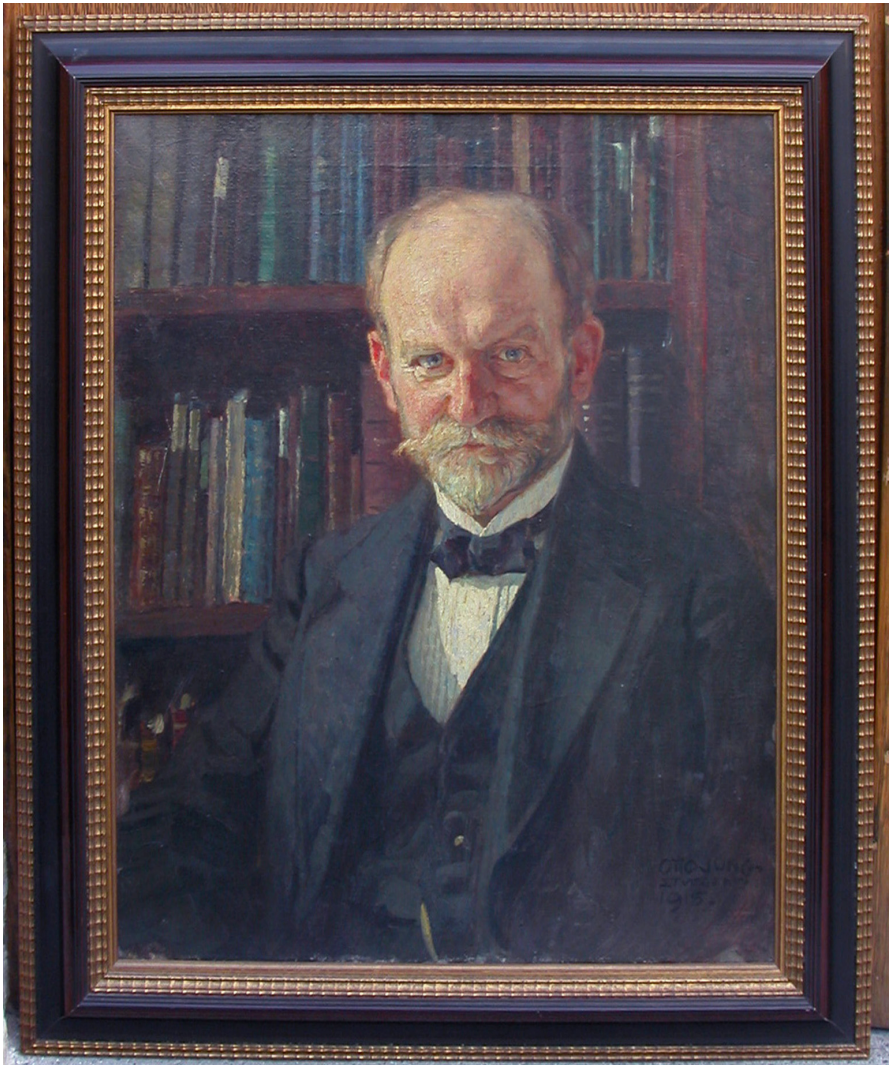


Abb. 2: Portrait Robert Sommers. Gemälde von Otto Jung (1915). Fotografie: Ursula Lang.

Der zu seiner Zeit recht bekannte Stuttgarter Maler Otto Jung, geboren 1867 in Ostdorf bei Balingen, studierte an den Kunstakademien Stuttgart und Karlsruhe und war geschätzt für seine Portraits und Landschaften.¹⁵ Ob er Sommer in Stuttgart - was aus der Signatur zu

15 Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart. Begr. von Ulrich Thieme und Felix Becker. Hrsg. von Hans Vollmer. Leipzig 1907-1950, Bd.

schließen wäre - oder in Gießen malte, ist bisher nicht bekannt. Zwei Verbindungen sind denkbar: Möglicherweise hatte Sommer Jung über die Frau seines Professorenkollegen, den Lehrstuhlinhaber für Philosophie und Pädagogik August Messer (1867-1937) kennen gelernt. Messers aus Stuttgart stammende Ehefrau Paula Messer-Platz (1880-1931) veröffentlichte 1917, zwei Jahre nach Anfertigung des Portraits, in *Westermanns Monatsheften* eine Würdigung Otto Jungs.¹⁶ In ihrem Aufsatz bildet sie ein Professorenportrait ab, das Hinweise auf eine zweite, dabei wahrscheinlichere Verbindungslinie liefert: Abbildung 6, eine Illustration der „Bildnisse[] von Gelehrten“,¹⁷ zeigt den Münchner Pathologen und Universitätsprofessor Otto von Bollinger. Dessen Tochter Irmgard (1884-1944), genannt Irma, war mit Sommers Kollegen Albert Jesionek (1870-1935) verheiratet. Mit dem Ehepaar Jesionek war Sommer freundschaftlich verbunden.¹⁸ Von Irma mag er im Zusammenhang mit dem Wunsch, sich anlässlich seines Rektoratsantritts portraituren zu lassen, den Hinweis auf Otto Jung als Portraitmaler erhalten haben. Für eine Verbindung zwischen dem Ehepaar Jesionek und Jung spricht auch, dass Jesionek sich im gleichen Jahr von Jung portraituren ließ. Dieses Bild hängt heute im Foyer der Universitätshautklinik, die Signatur befindet sich auf der Rückseite.

Was waren Robert Sommers Motive, knapp fünfzig Jahre nach Liebig's Tod in Gießen ein Liebig-Museum zu errichten? Im Folgenden soll dieser Frage nachgegangen werden, Sommers Verdienste um das Museum erörtert, zugleich aber auch eine weitere Würdigung Liebig's - ein Theaterstück über Liebig, das Sommer künstlerisch gestaltete -, vorgestellt werden.

Mit Sommer holte die Fakultät 1895 einen außerordentlich aktiven Hochschullehrer und Klinikleiter nach Gießen. Nach Studium und Ausbildung in Freiburg, Leipzig und Würzburg übernahm Sommer als gerade 31-jähriger Wissenschaftler den Aufbau der sich soeben etablierenden Psychiatrie in Gießen, die zwar bereits über eine eigene Universitätsklinik, jedoch noch nicht über einen Direktor verfügte. Während seines ersten Dienstjahres ging Sommer noch keiner Lehr- und Forschungstätigkeit nach, sondern entwarf federführend die innere Ausgestaltung der Klinik, die gleichermaßen Krankenhaus für psychisch Kranke und universitäres Ausbildungsinstitut für den medizinischen

19 (Leipzig 1926), S. 323, sowie: Die Stuttgarter Kunst der Gegenwart. In Gemeinschaft mit Max Diez bearbeitet von Julius Baum. Stuttgart 1913, S. 90.

16 Paula Messer-Platz: Otto Jung, in: *Westermanns Monatshefte* 122, Heft 2, S. 671-678.

17 Ebd., S. 674.

18 Vgl. Ulrike Enke: „Freundschaft giebt der Seele Kraft“ - Der Freundeskreis um Robert Sommer und der „Wander-Bund“, in: *Gießener Universitätsblätter* 36, 2003, S. 47-61.

Nachwuchs des Großherzogtums Hessen sein sollte. Unter Sommers Ägide - er war fast vierzig Jahre lang Mitglied der Medizinischen Fakultät - gab es zahlreiche Fortbildungskurse und Fachversammlungen in Oberhessen. So tagte der Kongress deutscher Irrenärzte 1904, 1907 und 1912 in Gießen, 1907 und 1909 organisierte Sommer Kolloquien zur „Gerichtlichen Psychologie und Psychiatrie“, 1912 zur „Familienforschung, Vererbungs- und Regenerationslehre“ sowie bereits 1904 den „Ersten Kongreß für experimentelle Psychologie“. Bei der Gestaltung des Rahmenprogramms der Tagungen war er stets bestrebt, den auswärtigen, häufig auch ausländischen Fachkollegen Gießen und seine Umgebung näher zu bringen, so bei organisierten Ausflügen zum Schiffenberg oder zur Burg Gleiberg. Als Mann mit hohem ästhetischen Anspruch und Empfinden widmete er auch scheinbaren Äußerlichkeiten wie der dekorativen Ausgestaltung des „sonst eintönig wirkenden Bahnhofsplatzes“.¹⁹

So war Sommer auch außerhalb seines universitären Tätigkeitsfeldes außergewöhnlich rührig. Lokalpolitisch aktiv, war er von 1911 bis 1922 als Parteiloser Mitglied des Stadtparlaments. Doch bereits 1898 und 1899 hatte er sich in die Kommunalpolitik eingemischt, als er sich in einem kleinen Aufsatz, den er zunächst im *Gießener Anzeiger*²⁰, dann in einer eigens hergestellten Broschüre abdrucken ließ, für die „Verbesserung der Gießener Eisenbahnverhältnisse“²¹ einsetzte. Bezugnehmend auf seine fast einjährige Beschäftigung mit der technischen Ausgestaltung der psychiatrischen Klinik betont er, dass sich aus dieser Tätigkeit „ein allgemeines Interesse an technischen Einrichtungen und Betrieben“²² entwickelt habe. Technische „Neigung“ und Interesse an „Konstruktion und Entwicklung einer Stadt“²³ hätten ihn sich mit den Gießener Eisenbahnverhältnissen beschäftigen lassen, deren Streckenführung nicht nur die vielbefahrene Frankfurter Straße auf ungünstige Weise diagonal durchschneide, sondern auch zu dicht an

19 So anlässlich des 1904 stattfindenden „Ersten Kongresses für experimentelle Psychologie“. Dokumentiert in einem Brief an die „Großherzogliche Bürgermeisterei Giessen“ vom 12. Januar 1904, in dem es heißt: „Falls die Stadt Gießen ihr Interesse an der Einkehr einer Zahl von Deutschen, Schweizern und Oestreichern sowie anderer Ausländer ausdrücken will, würde sich eine dekorative Form vermuthlich am besten eignen, besonders eine Verzierung des sonst einförmig wirkenden Bahnhofsplatzes als erster Gruß bei der Ankunft.“ (Stadtarchiv Gießen, Bestand L 586.)

20 *Gießener Anzeiger* vom 23. November 1898.

21 Robert Sommer: Zur Verbesserung der Gießener Eisenbahn-Verhältnisse. Mit zwei Plänen. Gießen: Brühl, 1899. - Judel geht irrtümlich davon aus, dass bereits hier wie auch im Artikel vom 23. November 1898 Sommer Befürworter der Museumsidee gewesen sei. Judel, Geschichte (wie Anm. 7), S. 6.

22 Sommer, Eisenbahn-Verhältnisse (wie Anm. 21), S. 3.

23 Ebd., S. 4.

den damals noch an der Liebigstraße gelegenen Universitätsgebäuden - der Anatomie, der alten Medizinischen Klinik und dem ehemaligen Laboratorium Liebigs - entlang führe. Sommer schlug vor, diese Gebäude abzureißen und an deren Stelle einen Zentralbahnhof mit Gartenflächen anzulegen.

Im Rahmen seines als Programm zu verstehenden Bekenntnisses: „Die *Entwicklung des Städtewesens* erscheint mir als einer der wichtigsten Punkte in der deutschen Kultur. Sich daran, wenn auch nur im kleinen Kreise, nach Kräften zu beteiligen, halte ich für Recht und Pflicht jedes Bürgers“, ²⁴ schlug Sommer vor, Laboratorium und Hauptsteueramt an der Liebigstraße zu entfernen und durch Grünanlagen zu ersetzen. Rückblickend sieht Sommer sich hierbei in der Tradition des Hygienikers Gaffky, über den er 1907 anlässlich eines Vortrags beim Bürgerverein Gießen sagt, dass bei Gaffky, dem Ehrenbürger Gießens - Initiator der Gießener Kanalisation, des Volksbades und des Neuen Friedhofs - die „allmähliche Durchdringung des *akademischen und bürgerlichen* Geistes“ in hervorragendem Maße zu erkennen wäre, ²⁵ dass also auch bei ihm, dem früheren Kollegen, ein Engagement für Belange des Gemeinwesens ein selbstverständliches Anliegen gewesen sei.

Die von Sommer vorgeschlagene Entfernung des Liebig-Laboratoriums führte bei den deutschen Chemikern zu heftigen Protesten. Nach ihren schon im Dezember 1898 in der *Chemiker-Zeitung* dargelegten Vorstellungen - also noch vor Erscheinen von Sommers Schrift zum Eisenbahnwesen - sollte am ehemaligen Wirkungsort Liebigs, dem „für die damalige Zeit als Musterstätte geltenden Bau für den praktischen Unterricht in der Chemie“, ein Museum installiert werden, in welchem Zeugnisse der jüngsten Vergangenheit wie Apparate und Bücher einen Platz finden „als Zeugen vergangener Epochen unserer Wissenschaft, als reiche Quelle für die zukünftigen Historiker der Chemie.“ ²⁶

Aufgrund der öffentlichen Proteste - vermutlich war ihr Wortführer nicht der damals in Darmstadt wirkende Chemiker und Privatdozent Johann Wilhelm Vaubel (*1864), ²⁷ sondern der Gießener Chemiker

24 Ebd.

25 [Robert Sommer:] Universität und Stadt Gießen. Vortrag von Robert Sommer, gehalten am 29. Juli 1907 vor dem Bürgerverein. Gießen 1907, S. 8.

26 Das Liebig-Laboratorium in Gießen, in: *Chemiker-Zeitung*. Central-Organ für Chemiker, Techniker, Fabrikanten, Apotheker, Ingenieure. Nr. 101, Jg. 22, 17. December 1898, S. 101.

27 Bei Judel wird Vaubel als Verfasser genannt, ebenso bei Otto Behaghel: Robert Sommer und das Gießener Liebig-Museum. Den Mitgliedern der Gesellschaft Liebig-Museum Gießen überreicht vom Vorstand. Sonderdruck aus den Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft, Bd. 12, 1937. Vortrag, gehalten anlässlich der Gedenkstätte für Geheimrat Prof. Dr. R. Sommer, S. 1. - Johann Wilhelm Vaubel stu-

Alexander Naumann (1837-1922),²⁸ - schwenkte Sommer um und begeisterte sich stattdessen für die Idee einer Gedenkstätte für Liebig, die er mit dem ihm eigenen Elan in die Tat umsetzen wollte - auch aus einem, wie er nun schreibt, „wissenschaftliche[n] Motiv“:

„Männer wie Liebig gehen in ihrer Wirkung weit über die Grenzen ihrer Fachwissenschaft hinaus und wirken bahnbrechend nicht nur durch ihre besonderen *Forschungsergebnisse*, sondern weit mehr noch durch ihre *Methode*. Liebig hat ein grosses Gebiet der Natur durch sein analytisches Verfahren der Wissenschaft errungen; deshalb können über die Grenzen des chemischen Gebietes hinaus alle diejenigen an dem Werk eines Liebig-Museums Antheil nehmen, welche in der *Methode* den eigentlichen Ursprung des wissenschaftlichen Fortschrittes auf allen Gebieten erkennen.“²⁹

Er wurde zum leidenschaftlichen Befürworter der Idee, das Laboratorium unter Denkmalschutz zu stellen, es originalgetreu zu restaurieren und es als Museum und Erinnerungsstätte der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Die Phase der Neugestaltung

1909 rief Sommer im Rahmen einer Sitzung des Oberhessischen Geschichtsvereins einen Arbeitsausschuss zur Erhaltung des Liebig-Laboratoriums ins Leben, der bis 1912 34.000 Mark an Spenden aufbringen

dierte von 1883 bis 1889 in Gießen Medizin und Chemie, war 1887 Assistent am chemischen Universitätslaboratorium, seit 1898 Privatdozent an der Technischen Hochschule in Darmstadt. Judel weist darauf hin, dass Vaubel Student unter Professor Naumann gewesen sei und vermutlich selbst noch im alten Laboratorium gearbeitet habe. Judel (Anm. 7), S. 6 (dort irrtümlich als Vorname Heinrich). - Zu Vaubel und Naumann siehe: A. J. von Oettingen (Hg.): J. C. Poggendorff's Biographisch-Literarisches Handwörterbuch zur Geschichte der exacten Wissenschaften, 4. Bd., 2. Abt., Leipzig 1904, S. 1059 u. S. 1556f.

- 28 Der Artikel ist mit der Sigle „N.“ versehen und verweist somit mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf Johann Wilhelm Vaubel, sondern auf den Chemiker Alexander Naumann, der sich auch anlässlich Liebigs 100. Geburtstag in einer lesenswerten Festansprache geäußert hat. Alexander Naumann: Zur Jahrhundertfeier des Geburtstags Justus Liebigs am 12. Mai 1903. Braunschweig 1903. - Dort ist mit Hinweis auf eine Anfrage bei der Zweiten Kammer der Hessischen Landstände zur Einrichtung eines geplanten Liebig-Museums zu lesen: „Ich hatte bereits seit dem Überzuge des chemischen Laboratoriums in den Neubau im Herbst 1888 die aus der Liebigschen Zeit stammenden Gegenstände, Instrumente, Geräte und Mobilien dem Verbrauch entzogen.“ (Ebd., S. 11, Anm. 1.) - Naumann mag dabei an eine spätere Präsentation in einem Museum gedacht haben.

- 29 Sommer, Liebig-Museum in Giessen (wie Anm. 6), S. 78.

konnte. Dank finanzieller Unterstützung des Darmstädter Geheimrats Emanuel August Merck (1855-1927),³⁰ Besitzer der Apotheke und Arzneimittelfabrik Merck, wurde 1912 das Gelände der Stadt abgekauft, und in der Folge konnte die umfangreiche Restaurierung beginnen, an der sich Sommer aktiv beteiligte. Wie Judel berichtet, schlossen sich bereits 1910 Befürworter des Museumsgedankens zu einem *Arbeitsausschuss zur Erhaltung des Gießener Liebig-Laboratorium* zusammen. Im gleichen Jahr wurde die noch heute bestehende *Gesellschaft Liebig-Museum* (heute: *Justus-Liebig-Gesellschaft Gießen*) gegründet, deren 1. Vorsitzender der Geheime Medizinalrat Emanuel August Merck wurde, sein Vertreter war Robert Sommer. Das Protektorat übernahm der Großherzog von Hessen, Ernst Ludwig.³¹ Unter dem Dekanat Robert Sommers erhielt Merck im Jahr 1918, das Jahr, in welchem die Firma E. Merck ihr 250-jähriges Bestehen feierte,³² für seine „opferwillige Tätigkeit für die Erhaltung des Liebig-Laboratoriums in Gießen“ unter Berücksichtigung der „Schenkung des Laboratoriums an die Gesellschaft Liebig-Museum“ das Ehrendiplom der Universität und wurde damit als Doktor der Medizin ehrenhalber ausgezeichnet.³³

In einem Rückblick³⁴ schildert Sommer selbst, wie er sich im Einzelnen um die Erhaltung des Gebäudes bemühte, was nicht nur die Bestandssicherung wie Ausbesserungsarbeiten an Dach, Mauerwerk und Zimmerdecken einschloss, sondern auch die Wiederherstellung der chemischen Herde bedeutete. Sommer schreibt:

„Die Untersuchung der Wände mit der mir vertrauten medizinischen Perkussionsmethode ergab erstaunliche Resultate. An verschiedenen Stellen, z.B. im Privat- und analytischen Laboratorium, wurden auf diesem Wege in den Wänden Hohlräume ermittelt, in denen sich aus der Geschichte der Chemie bekannte Einrichtungen, z.B. der Liebigsche *Kaliofen*, befanden. Diese ganze Untersuchung führte zu einer Rekonstruktion der sämtlichen Herdan-

30 Dr. Dr. Emanuel August Merck, Dr. h. c. der Univ. Gießen, Dr. Ing. e. h. TH Darmstadt. Merck übernahm die seit 1668 in Familienbesitz befindliche Engel-Apotheke in Darmstadt. Zwar hatte sein Vater, H. E. Merck, bereits 1827 begonnen, Arzneimittel fabrikmäßig herzustellen, doch erst Emanuel August schuf aus der pharmazeutischen Fabrik ein weltweites Unternehmen.

31 Judel, Geschichte (wie Anm. 7), S. 7.

32 Zum Gedächtnis an Emanuel August Merck. [Darmstadt 1923], 6 Bl.

33 Universitätsarchiv Gießen, Med 5, 1918 (Merck).

34 Robert Sommer: Das Liebig-Laboratorium und Liebig-Museum in Gießen. Sonderdruck aus „Volk und Scholle“, 8. Jg., Hft. 2, Verlag des Historischen Vereins für Hessen Darmstadt (Schloß), 1930, 4 S.

lagen, so dass schon dadurch vom Standpunkt der Chemiegeschichte, auch ohne sonstige Museumseinrichtung, die Darstellung eines wichtigen Teiles der Chemie, nämlich der Technik der chemischen Herde, gegeben war.³⁵

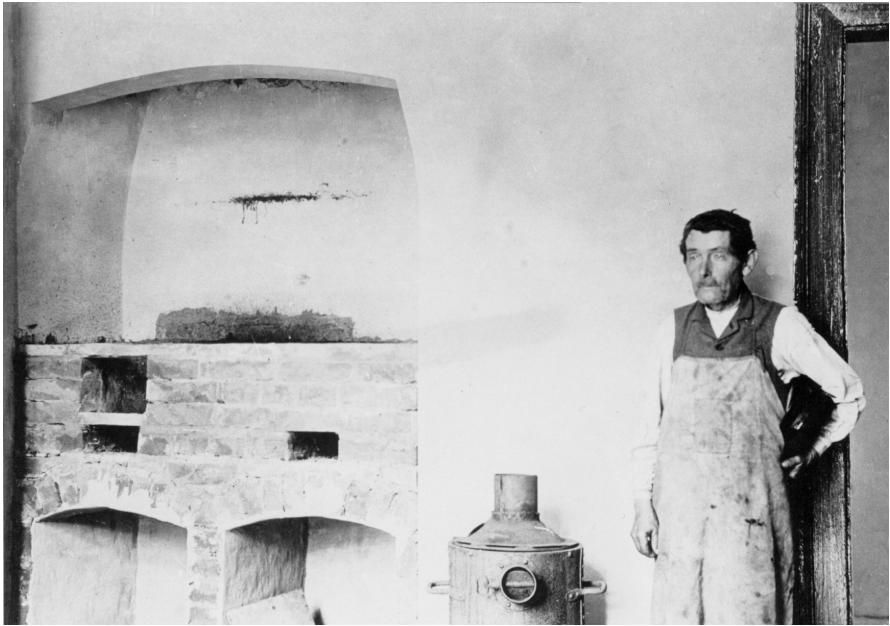


Abb. 3: Der von Sommer mit Hilfe der "Perkussionsmethode" wieder aufgefundene Kaliofen. Rechts im Bild vermutlich der Laboratoriumsdiener Fink. Fotografie aus dem Nachlass Robert Sommers. Quelle: Nachlass Robert Sommer, privates Fotoalbum [1911?]. Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Gießen, Nachlass Sommer, Bd. 52.

Unterstützung bei der Recherche vor Ort erhielt er durch Aussagen des damals noch lebenden Laboratoriumsdieners Fink sowie durch die Rekonstruktionsbemühungen des Gießener Architekten Hans Burg. Auf das Bauinventar, das die Bemühungen und Recherchen bestätigte, konnte erst später zurückgegriffen werden.

35 Ebd., S. 2 (des Sonderdrucks).

Die Sicherung der Bausubstanz des inzwischen hundert Jahre alten ehemaligen Kasernengebäudes findet ihre Entsprechung in Sommers Initiative, eine vom Jahr 1896 ausgehende ausgedehnte Sammlung von Plänen deutscher und ausländischer psychiatrischer Anstalten zusammen zu bringen. Aus dieser Sammlung, die er 1913 in einem Referat vor dem Internationalen Medizinischen Kongress in London vorstellte, ließe sich - so Sommer - deutlich die Entwicklung des psychiatrischen Anstaltswesens ablesen.³⁶ Diese Betonung der historischen Perspektive, die auch Gebäuden, ihrer Konstruktion und Einrichtung eine aussagekräftige, bis in die Gegenwart wirkende Geschichte zuspricht, zeigt die Parallelen bezüglich Sommers Engagement für das geplante Museum: Wie durch die Sammlung und Vergleichung alter Baupläne lässt sich durch die Bewahrung des alten Laboratoriums am den Raum und die Örtlichkeit repräsentierenden Objekt die Entwicklung der Chemie als Wissenschaft ablesen.

1920, knapp zwei Jahre nach Ende des I. Weltkrieges, war das Laboratorium nicht nur in seiner baulichen Substanz wiederhergestellt, sondern auch durch eine Fülle von Exponaten - Briefen, Fachliteratur, Portraits, Gerätschaften und sonstigem Anschauungsmaterial - ergänzt. Auf Sommers Vorschlag wurde am Giebel des Hauptportals die Inschrift „Dem Andenken Liebig“ angebracht.³⁷

Die feierliche Eröffnung fand am 26. März 1920 statt.

36 Robert Sommer: Psychotherapie und psychische Hygiene, in: Allgemeine ärztliche Zeitschrift für Psychotherapie und psychische Hygiene, Bd. 1, 1928, S. 6-10; hier S. 6f.

37 Vgl. Behaghel, Robert Sommer (wie Anm. 27), S. 18. Behaghel fügt hinzu, man möge „auch stets mit aufrichtiger Dankbarkeit an den Mann denken, der die goldnen Lettern gesetzt hat - an Robert Sommer“ (Ebd.).



*Abb. 4: Robert Sommer und der Laboratoriumsdiener Fink vor dem Laboratorium. Fotografie aus dem Nachlass Robert Sommers
Quelle: Nachlass Robert Sommer, privates Fotoalbum [1911?].
Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Gießen,
Nachlass Sommer, Bd. 52.*



Abb. 5: Vorderansicht des Liebig-Museums. Quelle: Fotografie aus dem Nachlass Robert Sommers, Privates Fotoalbum [1911?]. Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Gießen, Nachlass Sommer, Bd. 52.

„Die chemische Hexenküche“

Anlässlich der Einweihungsfeierlichkeit schrieb Sommer ein Stück mit dem Titel *Die chemische Hexenküche*,³⁸ das am Tag der Museums-eröffnung aufgeführt wurde. In dem an Goethes „Faust“ angelehnten „Festspiel“ vermischt Sommer Liebigs wissenschaftliche Biographie mit der Geschichte des Laboratoriums. Er schmückt die fortlaufende Handlung mit Zeitkolorit und patriotischen Liedern, die Bezug nehmen auf den Ausgang des vor kurzem zu Ende gegangenen Krieges und auf die Position Deutschlands zwischen der französischen, englischen und russischen Nation. Die eingeschobenen Volkslieder, die Sommer zu bekannten Melodien wie „Der Mai ist gekommen“ schrieb, preisen die Schönheit der heimatlichen Umgebung, des Lahntals, des Gieberges und der Münzenburg, dem „Wetterauer Tintenfass“. Als Hauptpersonen treten Dr. Faustus Liebig, Mephisto und der Erdgeist auf. Nebenfiguren, die die Alchemie verkörpern, sind Hexe, Meerkatzen und Laboranten; das Volk ist vertreten durch Bürger, Mädchen, Studenten und Lehrerin. Eine wichtige Nebenrolle nimmt Bürgermeister Ferber ein, der Faustus Liebig einen Acker unterhalb des Gieberges für seine landwirtschaftlichen Versuche übergibt.

Bei Ferber handelt es sich um eine historische Person: Johann Heinrich Ferber (1813-1882) war seit Juni 1850 Bürgermeister von Gießen und wusste um die Anziehungskraft Liebigs und seinen Einfluss auf das Renommee der Universität. Deshalb setzte er sich im Sommer 1851 bei der hessisch-darmstädtischen Regierung durch Entsendung einer Deputation dafür ein, Liebig in Gießen zu halten und ihn nicht nach Heidelberg gehen zu lassen. War Ferber in diesem Fall noch erfolgreich, scheiterte er bei dem im darauf folgenden Jahr ergangenen Ruf auf dem Lehrstuhl nach München. Liebig verließ Gießen, um in die bayerische Hauptstadt überzusiedeln.³⁹

Der historisch zu verortende Acker war nach Sommers Darstellung, die die Kenntnisse seiner Zeit wiedergibt, die sogenannte Liebigshöhe, ein damals außerhalb Gießens gelegenes Grundstück. Es wird im 1907 erschienenen *Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und ihre Umgebung* folgendermaßen kommentiert:

38 Robert Sommer: *Die chemische Hexenküche*. Nach Goethes „Faust“ als Festspiel zur Eröffnung des Liebigmuseums in Gießen am 26. März 1920. [Gießen 1920.]

39 Felschow, *Kleine Welt und große Welt* (wie Anm. 1); William H. Brock: *Justus von Liebig. Eine Biographie des großen Naturwissenschaftlers und Europäers*. Übersetzt aus dem Englischen von Georg E. Siebeneicher. Braunschweig/Wiesbaden 1999, S. 238. - Dort auch Näheres über die sich aus den veränderten politischen Bedingungen ergebenden Motive Liebigs, nach München überzusiedeln.

„Noch jetzt erinnert die Liebigshöhe in der Nähe der Stadt an seine ausgedehnten Versuche zur Stützung seiner Theorie der Mineraldüngung: ein wüstes, kaum von Unkraut bestandenes Gebiet hatte er in wenigen Jahren durch seine Mineraldüngungen in ein blühendes Landgut verwandelt.“⁴⁰

Neuere Forschungen⁴¹ weisen jedoch nach, dass Liebig das Gelände nicht von der Stadt geschenkt bekam, sondern selbst kaufte, und zwar nicht, um seinen Dünger auszuprobieren, sondern um einen Park im Stil eines englischen Landschaftsgartens anzulegen. Erst in späteren Veröffentlichungen erklärte Liebig, er habe hier seine künstlichen Düngemittel erproben wollen. Es handelt sich also offensichtlich um eine vom Autor Liebig selbst vorgenommene Geschichtsklitterei - „an entire fairy tale“, wie der Liebig-Forscher Patrick Munday schreibt.⁴²

Im Verlauf des Theaterstückes erfindet Liebig dank seines Ackers den Kunstdünger, der das deutsche Volk von der drohenden Hungersnot, gegen die die Gießener sowohl in der Vormärzzeit als auch 1920 als Auswirkung des I. Weltkriegs ankämpfte, befreien soll:

„Zwar trägt der Acker keine Gaben.
Nur wenig Gras, viel Sand und Steine,
Das ist es grade, was ich meine.
Aus scheinbar Nichts soll sich ergießen
Ein Strom voll Kraft! Die Pflanzen sprießen,
Wenn zu dem Boden sich gesellen
Bestimmter Stoffe Kräftequellen.
[...]
Aus Sand und Steinen Erde bereiten!
Schon seh' ich hier sich Fluren breiten,
Wo öder Acker jetzt noch liegt,
Der chemische Gedanke siegt.“⁴³

40 H. Oesterwitz: Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und ihre Umgebung. Gießen 1907, S. 115, zitiert nach Raimund Borgmeier: Justus Liebig und der englische Garten, in: Justus Liebig (1803-1873). Der streitbare Gelehrte (wie Anm. 1), S. 45-51; hier S. 51.

41 Borgmeier, Justus Liebig (wie Anm. 40), mit Abb. des Plans der Liebigshöhe (ebd., S. 48), sowie Brock, Justus von Liebig (wie Anm. 39), S. 104. Beide beziehen sich auf E. Patrick Munday's Dissertation: Sturm und Dung. Justus von Liebig and the Chemistry of Agriculture. Cornell University 1990.

42 Ein „Märchen“ (Borgmeier, ebd., S. 45), „an entire fairy tale“ (Munday, ebd., S. 264, zit. nach Borgmeier, S. 51).

43 Sommer, Hexenküche (wie Anm. 38), S. 15.

Mit den zitierten Zeilen würdigt Sommer eine der wichtigsten wissenschaftlichen Leistungen Liebig's, die Mineralstofftheorie, die im „Gesetz vom Minimum“ ihren Ausdruck findet. Mit dieser auf den Göttinger Privatdozenten Carl Sprengel (1787-1859) zurückgehenden Theorie⁴⁴ erklärt Liebig das Prinzip der pflanzlichen Ernährung. Liebig's Veröffentlichung der Mineralstofftheorie fiel zeitlich zusammen mit einer Serie schwerer Missernten im mittleren Europa in den Jahren 1843 bis 1847, die bezeichnenderweise die „Hungrigen Vierziger Jahre“ genannt wurden.

Der Erdgeist in Sommers Stück symbolisiert die Mineralstoffe oder „Erden“. Deren Einsatz ermöglichte es, die Ernteerträge der Kulturpflanzen gezielt zu steigern und die menschliche Ernährung auf diesem Wege auch für die Zukunft zu sichern.

Auch das vorne erwähnte Zusammenwirken zwischen Stadt und Universität, akademischem und bürgerlichem Geist, das Sommer anstrebte, kommt in dem Stück zur Sprache. Auch die Anklänge an Faust II sind nicht zu überhören. Liebig bedankt sich für die Schenkung des Ackers mit folgenden Worten:

„Habt herzlich Dank! Es gibt mir Kraft
Zu dienen meiner Wissenschaft,
Wenn unsre Stadt mir hilft beim Ringen,
So hoff' ich froh. Es wird gelingen.
*Wenn Stadt und Universität
Zusammenstehn, das Werk gerät!*
Sei's ein Symbol! Das praktische Leben
Verbindet sich mit geistigem Streben!“⁴⁵

Die Geschichte des Laboratoriums wird von Bürgermeister Ferber vorgetragen; auch die auf Liebig's Wirken zurück gehende gewachsene Attraktivität von Stadt und Universität für junge in- und ausländische Wissenschaftler kommt zur Sprache:

44 Nach den Untersuchungen von Günter Wendt *Carl Sprengel und die von ihm geschaffene Mineraltheorie als Fundament der neuen Pflanzenernährungslehre* (Wolfenbüttel 1950) ist der Ursprung der Mineralstofftheorie auf das Jahr 1826 zu datieren. Utz Thimm zeichnet, Bezug nehmend auf Wendts Arbeit, auch die Kontroverse zwischen Sprengel und Liebig, welcher den Konkurrenten sehr wohl kannte, nach: Nach vorausgegangenen heftigen Attacken habe Liebig in der 2. englischen Auflage seiner *Agriclturchemie* Sprengel als den Vorreiter der Mineralstofftheorie ausdrücklich anerkannt und rehabilitiert, was ihn nicht darin hinderte, sich 1855 in seinen *Grundsätzen der Agriculturnchemie* wieder als den „Urheber der Mineraltheorie“ zu bezeichnen. Vgl. Utz Thimm: Carl Sprengel - mehr als ein „Vorläufer“ Liebig's. In: Justus Liebig (1803-1873). Seine Zeit und unsere Zeit. Ausstellungskatalog, hg. anlässlich des 200. Geburtstags Justus Liebig's. Bd. 1. Gießen 2003, S. 186-203.

45 Sommer, Hexenküche (wie Anm. 38), S. 16. Hervorhebung U. E.

„Die Säulenhalle seh’ ich gerne -
 Dort gab man ihm den kleinen Raum,
 Die Zahl der Schüler fasst es kaum.
 Ein kleiner Herd mit Rauch und Feuer,
 Gar manchem schien es nicht geheuer,
 Und wenn ihr da vorübergingt,
 Ihr sagtet nur: es stinkt, es stinkt!
 Und jetzt? Von allen deutschen Gauen
 Könnt ihr bei ihm Studenten schauen.
 Auch weit vom Ausland kommen sie:
 In Gießen studiert die Welt Chemie.
 Die Universität, sie blüht und wächst,
 Als hätte Liebig sie verhext
 Mit seiner chemischen Zauberkunst,
 Und steht im ganzen Reich in Gunst.“⁴⁶

Nachdem sich Liebig von der Bühne mit dem Satz „Ich nehme ihn an, den Münchener Ruf!“ verabschiedet hat, übernehmen Mephisto und die Meerkatzen wieder die Herrschaft im Laboratorium, die sie mit folgenden Worten kommentieren: „Die alte Stätte bekommen wir wieder! / Wir reißen alles gründlich nieder! / Was er in langen Jahren errichtet, / Es wird in Bälde nun vernichtet. / Sein Weggeh’n ist unser größtes Glück: / Wir kehren zur Teufelei zurück.“ Während die Meerkatzen den Herd abbrechen und Steine und Instrumente durcheinander werfen, tritt als *Deus ex machina* der Erdgeist in Gestalt eines alten ehrwürdigen Mannes mit weißem Bart und Haupthaar auf,⁴⁷ der die Zerstörer belehrt:

„Er [Liebig] geht von uns zu größ’rem Tun,
 Er will nicht träg’ im Alter ruhn,
 Er muß von dieser Stätte weichen, -
 Da war der Herd ein würd’ges Zeichen.
 [...]
 Doch sag’ ich euch! Was ihr auch tut,
 Es wird am End noch alles gut.
 [...]
 Ihr dummen Teufel vernichtet ihn nie,
 Den ragenden Tempel der deutschen Chemie.“

Als Teufel und Meerkatzen durch die Worte des Erdgeistes vertrieben sind, erscheint das projizierte Bild der Säulenhalle vor dem Liebiglaboratorium mit der Aufschrift „Dem Andenken Liebigs“.

46 Ebd., S. 12. Hervorhebung U. E.

47 Ebd., Regieanweisung S. 18.

Sommer, er war 1920 sechsfünfzig Jahre alt und näherte sich im Aussehen durchaus der Figur des ehrwürdigen grauhaarigen Mannes, stilisiert sich in dieser Szene in der Rolle des Erdgeistes selbst als der Retter des Laboratoriums. Tatsächlich erhielt er 1928 in Anerkennung seiner Verdienste um das Liebig-Museum die Liebig-Museums-Medaille.⁴⁸ Der Versuch, das Stück dem Südwestdeutschen Rundfunk als Hörspiel anzubieten, war jedoch vergeblich.⁴⁹

Psychische Hygiene und Gemeinwohl

Beide hier erwähnten auf die Stadt Gießen bezogenen Initiativen Sommers, sowohl sein Bemühen um die Verbesserung der Gießener Eisenbahnverhältnisse als auch die Bewahrung des alten Liebig-Laboratoriums als Gedenkstätte und Museum, aber auch sein Einsatz für verschiedene Garten- und Turnanlagen im städtischen Umfeld,⁵⁰ können im engen Zusammenhang mit seinen ärztlich-psychiatrischen Überzeugungen gesehen werden.

Bereits 1905 hatte Sommer die Umbenennung der psychiatrischen Klinik in „Klinik für psychische und nervöse Krankheiten“ gefordert, mit dem neuen, programmatisch zu verstehenden Namen betonend, dass die psychiatrische Versorgung nicht auf psychiatrische Erkrankungen im engeren Sinne zu beschränken seien. Durch Prophylaxe, eine gesunde Lebensweise und eine lebensfreundliche Umwelt sei „Nervosität“ - ein Schlagwort des frühen 20. Jahrhunderts - weitgehend zu vermeiden, das individuelle Leben des Einzelnen könne zur größtmöglichen Entfaltung kommen. Noch in einem viele Jahre später, 1931, veröffentlichten Aufsatz schreibt er, „dass das ganze moderne Leben mit seiner enormen Entwicklung des Maschinellen und Technischen eine Unrast aufweist, die andauernd Kräfte verbraucht, ohne Ruhepausen zu geben.“⁵¹

48 Die Medaille wurde - nach Vorschlägen von Robert Sommer - gestaltet von Dr. Oskar Paret in Stuttgart. Abgebildet bei Sommer, Liebig-Laboratorium (wie Anm. 34), S. 4.

49 Vgl. Michael Meyer zum Wischen: „Der Seele Tiefen zu ergründen ...“. Robert Sommer (1864-1937) und das Konzept einer ganzheitlichen, erweiterten Psychiatrie. Gießen 1988 (= Arbeiten zur Geschichte der Medizin in Gießen, Bd. 14), S. 39.

50 Enke, Freundeskreis um Robert Sommer (wie Anm. 18), S. 55 (Abb.), sowie dies.: Die ersten Jahre der psychiatrischen Universitätsklinik Gießen unter ihrem Direktor Robert Sommer, in: Uta George et. al. (Hg.): Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung. Gießen 2003 (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 9), S. 59-92; hier S. 75-77.

51 Robert Sommer: Die Bedeutung von Erholung und Nebenbeschäftigung in der psychischen Hygiene [Vortrag, gehalten beim I. Internationalen Kongress für Psychische

Die Diskussion um die Diskrepanz zwischen sich mehr und mehr steigenden Anforderungen des modernen Lebens und der Unfähigkeit des Einzelnen, diese zu bewältigen, ist nicht neu, sondern reicht bis in das ausgehende 19. Jahrhundert zurück. Die Fortschritte im Bereich der technischen Umwelt - so die kontinuierliche Vernetzung durch den Ausbau des Eisenbahnverkehrs, die Erfindung von Telefon und Telegraph - führten zu beschleunigtem Informationsaustausch und erhöhter Mobilität. Diese mit vielen Vorteilen verbundenen Veränderungen bedeuteten nach Meinung zeitgenössischer Psychiater für den einzelnen jedoch auch Reizüberflutung und in der Folge oftmals psychische Erschöpfung, Schlaflosigkeit und psychosomatische Beschwerden. Diese Erscheinungen wurden bei psychiatrisch tätigen Ärzten als Nervosität, Nervenschwäche oder Neurasthenie bezeichnet bzw. nach dem amerikanischen Neurologen George Miller Beard unter den Begriff der Zivilisationskrankheit (*disease of civilisation*) gefasst.⁵²

Als Sommer 1925 den „Deutschen Verband für psychische Hygiene“ gründete,⁵³ bildeten „die psychische Hygiene und Prophylaxe im eigentlichen Sinne“ zwei Grundpfeiler der Bewegung.⁵⁴ Unter dem Begriff *psychische Hygiene* verstand Sommer ein eigentlich psychiatrisch ausgerichtetes prophylaktisches Verfahren, das sich der Bekämpfung bzw. Vermeidung äußerer Einflüsse widmete, die für die seelische Entwicklung schädlich waren. Ausdrücklich sei dies nicht auf das Anstaltsleben zu beschränken, sondern „in weite Gebiete des praktischen Lebens zu übertragen und psychotherapeutisch zu verwerten.“⁵⁵

Hygiene in Washington], in: Zeitschrift für psychische Hygiene, 4. Bd., 1931, S. 34-39; hier S. 38.

52 Vgl. Volker Roelcke: Die Krankheit der Moderne. George Miller Beard und die „Neurasthenie“, in: Heinz Schott (Hg.): Meilensteine der Medizin. Dortmund 1996, S. 354-360. - Siehe auch: Hans-Georg Hofer: Nervenschwäche und Krieg. Modernitätskritik und Krisenbewältigung in der österreichischen Psychiatrie (1880-1920). Wien/Köln/Weimar 2004, insbesondere Kap. 2.5: „Nerven, Fortschritt, Kultur: Modernität und Nervosität“, S. 115-125.

53 Der Verband wurde gegründet in Anlehnung an die von dem ehemaligen Patienten Clifford M. Beers initiierte „Mental-Hygiene“-Bewegung in den USA, die sich die Popularisierung der Geisteskrankenfürsorge und die psychiatrischen Prophylaxe zum Ziel gesetzt hatte. Weitere Ziele waren die Bestrebungen zur zeitgemäßen Gestaltung der Irrenfürsorge und die Verbreitung psychohygienischen Wissens in allen Bevölkerungsschichten. Vgl. R. Sommer, W. Weygandt, H. Roemer, G. Kolb, H. Simon: Zur Einführung, in: Zeitschrift für psychische Hygiene. Offizielles Organ des deutschen Verbandes für psychische Hygiene und des Verbandes deutscher Hilfsvereine für Geisteskranke. 1. Band, 1. Heft, 1928 (Berlin/Leipzig 1929), S. 1-4; hier S. 2.

54 Sitzungen des Deutschen Verbands für psychische Hygiene, in: Zeitschrift für psychische Hygiene, 1. Bd., 5. Heft, 1928, S. 137-140, § 1, S. 138.

55 Robert Sommer: Zeitschriften für psychische Hygiene und psychiatrische Prophylaxe, in: Allgemeine Ärztliche Zeitschrift (wie Anm. 36), S. 155-157; hier S. 157.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die „Nervosität“ der städtischen Bevölkerung sticht zunächst Sommers Forderung nach öffentlichen Schlaf- und Ruhehallen ins Auge.⁵⁶ Doch bezeichnenderweise gehörten für den in seinem beruflichen und sozialen Leben außerordentlich aktiven Psychiater nicht nur Ruhe und Schlaf, sondern auch die Anregung des Geistes im Sinne einer Stimulation des intellektuellen Vermögens zur psychischen Hygiene.

„Nach meiner Beobachtung entstehen viele Fälle von nervöser Übermüdung dadurch, dass im *Berufsleben* eine Menge von unangenehmen Gefühlen ausgelöst wird, die sich zu einem Gefühl von *Abspannung und Widerwillen* verdichten, während im Hintergrund eine viel weniger geschwächte Leistungsfähigkeit steckt. In all diesen zahlreichen Fällen ist zur *Erholung* viel weniger Ruhe, als vielmehr eine *Anregung* notwendig, die im *Gegensatz zu dem monotonen Gang des täglichen Dienstes psychische Komplexe aufleben lässt, mit denen das Gefühl freier und ungehemmter Tätigkeit verknüpft ist.*“⁵⁷

Mit dieser Auffassung erweist sich Sommer in starkem Maße beeinflusst von Wilhelm Griesingers Überzeugung, dass Müßiggang für Irre wie Gesunde „geisttötend“ sei, ja „das Geisteszerstörendste was es giebt“.⁵⁸ Dies war eine Auffassung, die mit Untersuchungen korrespondiert, die der Sanitätsarzt und Internist Geza Kobler an Bauern und Landarbeitern Bosniens und der Herzegowina Anfang des Jahrhunderts vorgenommen hatte.⁵⁹ Kobler beobachtete an dieser Gruppe einsam und abgeschieden lebender „Naturmenschen“ Krankheitssymptome, die der eigentlich der Großstadtbevölkerung zugeordneten Neurasthenie verblüffend ähnlich waren und als deren Ursache er in einer Publikation von 1903 die „Einförmigkeit“ im Leben der Betroffenen sah.⁶⁰

56 Robert Sommer: Öffentliche Ruhehallen. Halle 1913.

57 Robert Sommer: Geistige Erholung, in: Die Umschau **30**, Heft 25 (= Sonderheft: Erholung), 1926, S. 485-486; hier S. 485.

58 Wilhelm Griesinger (1817-1868), Arzt und Psychiater mit Wirkungsstätten in Tübingen, Kiel, Ägypten, Zürich und Berlin; Befürworter des „non restraint“. Zitat aus Wilhelm Griesinger: Ueber Irrenanstalten und deren Weiter-Entwicklung in Deutschland, S. 33, zitiert nach Kai Sammet: Ökonomie, Wissenschaft und Humanität - Wilhelm Griesinger und das non restraint System, in: Eric J. Engstrom/Volker Roelcke: Psychiatrie im 19. Jahrhundert. Forschungen zur Geschichte von psychiatrischen Institutionen, Debatten und Praktiken im deutschen Sprachraum. Mainz/Basel 2003, S. 95-116; hier S. 105.

59 Nach Hofer, Nervenschwäche und Krieg (wie Anm. 52), S. 123-125.

60 Geza Kobler: Die Neurasthenie bei den Landbewohnern, in: Wiener Medizinische Wochenschrift **53** (1903), Sp. 1237, zitiert nach Hofer, Nervenschwäche und Krieg (wie Anm. 52), S. 124.

Gegen Monotonie und eintönige Lebensweise setzte Sommer die für die Sozialprophylaxe so wichtigen Anregungen auf geistigem und kulturellem Gebiet, die er als „Nebenbeschäftigungen“ bezeichnet. In seinem bereits erwähnten Aufsatz von 1931 über die *Bedeutung von Erholung und Nebenbeschäftigung in der psychischen Hygiene* schreibt er, dass die Nebenbeschäftigung nicht nur die Unrast besänftige - beispielsweise durch die Beschäftigung mit Musik und Literatur oder durch die „ruhige[] Betrachtung von Kunstwerken“. Die nicht näher ausgeführte Nebentätigkeit führe zu kurzen Ruhepausen, die „den Ansturm von Strebungen ganz rasch beruhigen und den Träger in den Zustand von heiterer Gelassenheit versetzen.“⁶¹ Mit der Propagierung der „Nebenbeschäftigung“ hebt Sommer deren Bedeutung als Ausgleich bei sowohl monotoner als auch schwerster geistiger Arbeit hervor: Durch die Nebenbeschäftigung träten, „psychophysische Organe in Kraft [...], die sonst bei einseitigem Berufsleben verkümmert wären.“⁶² Somit sei die Bedeutung der Nebenbeschäftigung in ihrer Auswirkung auf das Wohlbefinden vergleichbar der psychophysiologischen Bedeutung der Leibesübungen für die Gesundheit. Das Sammeln nimmt hierbei einen besonderen Stellenwert ein: Diese Tätigkeit könne, „in richtiger Weise durchgeführt, zu einer bedeutenden Quelle der Erholung werden“. Das sich Versenken in die Gegenstände aus einem geistigen Interesse, die Beschaulichkeit und Ruhe, die die Objekte ausstrahlen, stehe der Hektik und Unruhe gegenüber, die dem Sammeln aus Gewinnstreben anhafte.

Wenn wir heute Begriffe wie Psychohygiene, seelische oder psychische Gesundheit verwenden oder von Psychoprophylaxe sprechen, sollten wir uns bewusst sein, dass die zugrunde liegenden Gedanken auf den Ideen Robert Sommers und dem von ihm gegründeten „Verband für psychische Hygiene“ basieren.

In Sommers vielfältigem Engagement für Universität und Stadt Gießen und insbesondere für die Schaffung eines Liebigmuseums sind zwei Grundprinzipien seines Prophylaxegedankens zu erkennen. Sommers eigene, auch handwerklich-körperliche Mitarbeit beim Wiederaufbau des Laboratoriums weist den Charakter einer „Nebenbeschäftigung“ auf. Sein Einsatz für die Schaffung einer Erinnerungsstätte an einem historischen Ort, einem zudem markanten Punkt im Stadtgebiet, illustriert sein Bestreben nach Mitgestaltung einer lebensbejahenden, menschlichen und ästhetisch ansprechenden Umgebung, in der lokale Traditionen nicht nur gepflegt, sondern in die Gegenwart integriert und für die Zukunft erhalten werden. Damit wird, subsumiert unter Be-

61 Sommer, *Nebenbeschäftigung* (wie Anm. 51), S. 38.

62 Ebd.

griffen wie Heimatliebe oder -verbundenheit, eine Identifikationsfläche für die heimische Bevölkerung geschaffen, die das Individuum und seine soziale wie topographische Umwelt als einen sich wechselseitig beeinflussenden Verbund sieht, der der seelischen Gesundheit zuträglich ist.

Schließen möchte ich mit einem Appell Sommers, den er anlässlich einer Rede vor dem Bürgerverein am 29. Juli 1907 an die Zuhörer richtete, dabei weitsichtig auf die im Jahr 2007 stattfindende 400-Jahr-Feier der Universität Gießen hinweisend:

„Die Erhaltung dieser Stätte bei dem bevorstehenden Abbruch oder der sonstigen Verwendung des Kasernenbaues erscheint mir nicht nur als ein Akt der Pietät sondern von Seiten der Stadt und des Staates als absolute Notwendigkeit, wenn unser Tun nicht später dem Fluch der Lächerlichkeit z. B. bei Gelegenheit der 400jährigen Feier der Universität verfallen soll.“⁶³

Sommers Wunsch hat sich erfüllt. Als „Historische Stätte der Chemie“ wurde das Liebig-Museum anlässlich des 200. Geburtstags Justus von Liebig am 16. Mai 2003 durch die *Gesellschaft Deutscher Chemiker* ausgezeichnet. Am historischen Ort, dem ehemaligen Laboratorium, wurde während einer festlichen Veranstaltung eine Gedenktafel am Liebig-Museum mit der Inschrift „Diese Tafel erinnert an die langjährige Wirkungsstätte von Justus von Liebig“ enthüllt.

Das Ensemble, das die Gebäude des Liebig-Museums und des vormaligen Hauptzollamtes an der Bahnhofstraße umfasst, wurde im Rahmen der Einrichtung und Unterbringung des Gießener Mathematikums einladend und ästhetisch gelungen gestaltet. Wie zu vermuten ist, hätte dies Robert Sommer gefallen.

63 Sommer, Universität und Stadt Gießen (wie Anm. 25), S. 5.

Waren die „Gießener Schwarzen“ antisemitisch?

Norbert Gissel

1. Einleitung

In der historischen Literatur ist immer wieder die Aussage zu finden, dass bereits die frühe Turn- und Burschenschaftsbewegung von antisemitischen Einstellungen geprägt gewesen sei. So spricht z. B. Wehler¹ von einem „zutiefst illiberalen religiösen Antisemitismus“, Berding² ist der Meinung, „große Teile“ der frühen Turnerschaft hätten den Juden gegenüber eine „feindliche Haltung“ eingenommen und Poliakow³ schließlich charakterisiert Jahn gar als einen Vordenker des deutschen Rassismus. In Ansätzen wird hier - zumindest durch Poliakow - eine Kontinuitätslinie konstruiert, die darauf hinausläuft, dass die in dieser Zeit entstandenen nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Mentalitäten mehr oder weniger direkt zu den Verbrechen des Nationalsozialismus geführt hätten. Gegen dererlei Vereinfachungen⁴ wendet sich dieser Beitrag.

Bei manchen Überblicksdarstellungen zum frühen 19. Jahrhundert fällt zweierlei auf: nämlich zum einen, dass die wirklich quellengestützten Untersuchungen zur frühen Turngeschichte⁵ in der Regel nicht rezipiert werden und zum zweiten, dass z. T. ein sehr undifferenzierter Antisemitismusbegriff verwendet wird.

Da sich der Antisemitismusvorwurf in der Literatur auch immer wieder gegen die „Gießener Schwarzen“, die politisch radikalste, aber eben auch modernste Gruppe innerhalb der frühen Turn- und Burschenschaftsbewegung richtet, möchte ich in diesem Beitrag in einem quellenanalytischen Verfahren die überlieferten Stellen herausgreifen, die den Antisemitismusvorwurf zu belegen scheinen und diese in ihrem

1 H. U. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, 1815-1848/49, München 1987, S. 335

2 H. Berding: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt 1988, S. 65

3 L. Poliakow: Geschichte des Antisemitismus, Bd. 6, Worms 1987, S. 188 f.

4 Auch Berding weist darauf hin, dass es in der Geschichte des deutschen Antisemitismus keinen „unmittelbaren Kausalnexus“, also eine ungebrochene Ursachen-Folgen-Kette gab (1988, S. 9).

5 Insbesondere Becker sollte in diesem Zusammenhang beachtet werden. Becker, H.: War Jahn Antisemit? Stadion IV (1978), S. 121 - 135.

Zusammenhang interpretieren.⁶ Diese Interpretationen haben einen vorläufigen Charakter; das schwierige Problemfeld des Antisemitismus verbietet einen Anspruch auf quasi belehrende allgemeingültige Interpretationen und Positionen.

2. Der Antisemitismusvorwurf gegen die „Gießener Schwarzen“

Eine ausführliche Darstellung der Organisationsgeschichte der „Gießener Schwarzen“ kann hier nicht geleistet werden.⁷ Zum Forschungsstand soll jedoch zweierlei angemerkt werden: Leider wird die Gruppe um Karl Follen in der Regel noch immer nicht in ihrer historische Bedeutung richtig eingeschätzt.⁸ Die Fehleinschätzungen beziehen sich zum einen auf ihre damalige zeithistorische politische Bedeutung. Innerhalb der frühen Burschenschaftsbewegung waren die „Gießener Schwarzen“ die wichtigsten Ideenträger. Aus ihren Kreisen kamen die führenden Köpfe und sie hatten eine außerordentliche öffentliche Resonanz.⁹ Durch ihr Netzwerk von Geheimbünden (die „Unbedingten“) gelang es, maßgeblichen Einfluss an fast allen deutschen Universitäten, so auch in Jena zu gewinnen.

Zum zweiten betreffen die Fehleinschätzungen ihre ideengeschichtliche Bedeutung für die deutsche Demokratiegeschichte. Die „Gießener Schwarzen“ beschäftigten sich intensiv mit politischen Fragen; es sind politische Abhandlungen auf höchstem Reflexionsniveau überliefert. Wichtigstes Zeugnis dieser Reflexionen ist der Entwurf „für eine künftige deutsche Reichsverfassung“, in dem die Merkmale einer modernen parlamentarischen Demokratie, einschließlich Gewaltenteilung,

6 Ein neuerliches Eingehen auf Jahn halte ich für überflüssig, da Becker Jahns überlieferte Äußerungen und Handlungen ja bereits 1978 intensiv untersucht hat und zu dem Ergebnis kam, dass von einer jüdenfeindlichen oder gar antisemitischen Einstellung bei Jahn offensichtlich nicht die Rede sein kann. Vgl. Becker 1978.

7 Zur Organisationsgeschichte und zum Forschungsstand vgl. Gissel, N.: Vom Burschenturnen zur Wissenschaft der Körperkultur, Gießen 1995. Dort auch ausführliche Literaturhinweise. Danach vor allem: Spevack, E.: Charles Follen's Search for Nationality and Freedom. Germany and America 1796 - 1840. Harvard historical studies 124, 1997.

8 So ist etwa Wehler der irrigen Meinung, dass die Anhänger der Schwarzen innerhalb der Studentenschaft nur eine „winzige Minderheit“ von 6 - 8 Personen dargestellt habe. Vgl. Wehler 1987, S. 334. Tatsächlich kamen zu den Veranstaltungen der „Gießener Schwarzen“, je nach Organisationsstufe, bis zu 150 Teilnehmer. Sie verfügten bald über ein enges Beziehungsgeflecht zu Geheimbünden an fast allen deutschen Universitäten. Vgl. Gissel 1995, S. 54 - 74.

9 Der am intensivsten gesuchte Staatsfeind in der Zeit der Demagogenverfolgung war Karl Follen und nicht etwa Jahn.

Presse-, Handels- und Bildungsfreiheit, entwickelt wurden.¹⁰ Es handelt sich hierbei um einen Entwurf, der, wie Brandt es ausgedrückt hat, „beispiellos“ in der zeitgenössischen politischen Literatur ist.¹¹

Und ausgerechnet diese Gruppe, die doch sonst so schön als Identifikationsleitlinie für die deutsche Demokratiegeschichte benutzt werden könnte, soll antisemitisch gewesen sein? Es ist also zu untersuchen, wer mit welchen Argumenten diese Behauptung vertritt:

Zuletzt wurde der Antisemitismusvorwurf von Düding erhoben, der den „Gießener Schwarzen“ ein „gewisses gegen Juden gerichtetes repressiv-illiberales Potential“ attestierte.¹² Er führt allerdings aus, dass sie eine Ausnahme gewesen seien und dass man nicht insgesamt von einem Antisemitismus in der frühen Turn- und Burschenschaftsbewegung sprechen könne.

Moraw schreibt, Follens Vorstellungen seien ein „seltsames Gemisch“ gewesen, „nicht ohne fremdenfeindliche und antisemitische Merkmale“.¹³

Der bekannte Antisemitismusforscher Grab führt aus, Follen sei nicht in der Lage gewesen, „sich von den antisemitischen Auffassungen Arnolds, Jahns (sic!) und anderer germanischer Deutschtümler zu distanzieren“ und er habe in Glaubensfragen „mittelalterliche Leitbilder“ verfolgt.¹⁴

Ganz ins Absurde führen schließlich die Äußerungen von Wüst in ihrer 1935 erschienenen Dissertation, wo sie versucht, die „Schwarzen“ für die rassistische NS-Politik zu vereinnahmen. Sie schrieb:

„Juden wurden als die Feinde deutscher Volkstümlichkeit ausgeschlossen. Wenn damals auch die eigentliche Rassenfrage noch nicht aktuell war, so muß doch ein instinktives Gefühl, daß dieses Volk einen Fremdkörper in der deutschen Nation darstellt, dessen Streben anders gerichtet ist, die Freunde zu ihrer Forderung bestimmt haben“.¹⁵

10 Vgl. Gissel, N.: Die politischen Ziele der Gießener Schwarzen. Stadion XVIII (1992), S. 75 - 89.

11 Brandt, H.: Restauration und Frühliberalismus 1814 - 1840, Darmstadt 1979, S. 18.

12 Düding, D.: Von der Opposition zur Akklamation - Die Turnbewegung im 19. Jahrhundert als politische Bewegung, in: I. Diekmann/J. Teichler. (Hrsg.), Körper, Kultur und Ideologie. Sport und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert, Bodenheim 1979, S.84.

13 Moraw, P.: Kleine Geschichte der Universität Gießen 1607 - 1982, Gießen 1982, S. 124.

14 Grab, W.: Karl Follen und die nationalrevolutionäre Studentenbewegung der „Burschenschaft“, in: W. Grab, Radikale Lebensläufe, Berlin 1980, S.105 - 123. S. 113.

15 Wüst, J.: Karl Follen. Seine Ideenwelt und ihre Wirklichkeit, Diss. Gießen 1935, S. 28.

Woher also kommen diese Auffassungen, dass die „Gießener Schwarzen“ antisemitisch seien? Gemeinsam ist allen zitierten Aussagen, dass sie sich lediglich auf zwei Textstellen beziehen, nämlich auf eine Passage in dem sog. „Ehrensiegel“, der Satzung der Gießener Burschenschaft, in der es heißt, nur Christen dürften Mitglieder werden, sowie auf den schon erwähnten Verfassungsentwurf. Für die historische Interpretation des Problems ist dies ein nicht unwichtiger Befund, denn in dem gesamten (mir) bekannten Quellenmaterial ist keine weitere Passage zu finden, die man als judenfeindlich interpretieren könnte.

Was steht nun in diesem Verfassungsentwurf und wie sind diese Aussagen einzuschätzen? Dort heißt es im § 10:

„Die einzelnen Glaubenssekten lösen sich in eine christlich-teutsche Kirche auf; andere Glaubenslehren, welche den Zwecken der Menschheit zuwider sind, wie die jüdische, welche nur eine Glaubensart sind, werden in dem Reiche nicht geduldet“.¹⁶

Grab hat hieraus geschlossen, dass Juden „entweder zur Taufe oder zur Emigration gezwungen werden sollten.“¹⁷ Ich glaube allerdings, dass man den Fokus ein wenig ausweiten muss, um diese Passage in dem Entwurf richtig einschätzen zu können. Zum einen ist zu bedenken, dass es sich tatsächlich nur um einen Entwurf handelte und nicht etwa um eine fertige und abschließend abgestimmte Programmatik. Wie aus den Verhörprotokollen der Mainzer Zentraluntersuchungskommission zu entnehmen ist, hat sich der engere Kreis der Schwarzen insbesondere im Herbst 1817 intensiv mit der Frage nach einer geeigneten deutschen Verfassung beschäftigt.¹⁸ August Adolf Ludwig Follen, der älteste der drei Follen-Brüder, hat dann offensichtlich eine Zusammenfassung dieser Diskussionsergebnisse niedergeschrieben, die aber noch mehrmals überarbeitet wurde und nie in einer druckreifen Fassung fertiggestellt wurde.¹⁹ D. H., es gab mehrere Fassungen des

16 Zu kritisieren ist an Düdings Vorgehensweise, dass er den Entwurf nie im Original eingesehen hat. Er beruft sich auf Brandt (1979), der aber ebenfalls nicht mit dem Originalprotokoll im Staatsarchiv Wiesbaden gearbeitet, sondern von Jarcke (1831) abgeschrieben hat. Vgl. Jarcke, C. E.: Karl Ludwig Sand und sein an dem kaiserlich-russischen Staatsrat von Kotzebue verübter Mord, Berlin 1831.

17 Grab 1980, S.113.

18 Vgl. Rocholz 1831, S. 15.

19 In den Verhörprotokollen wird A. A. L. Follen folgendermaßen zitiert: „Für die Gesellschaft sollte dieser Aufsatz nichts sein als die Bezeichnung des bloß damaligen, also rein subjektiven Standpunktes ihrer Ansichten und Einsichten über Kirche und Staat, und zur Folie künftiger Untersuchungen über denselben Gegenstand dienen. (...) es kamen mehrere Verbesserungen zur Sprache, theils Form und Anordnung betreffend, theils, wo ich den Sinn der Ergebnisse der gemeinsamen Untersuchungen nicht gehörig

Entwurfes, bei den von Rocholz überlieferten Passagen fehlt z.B. der entscheidende Nebensatz „wie die jüdische“.²⁰

Zum zweiten sollte man sich mit dem Verständnis von Religion bei den „Gießener Schwarzen“ auseinandersetzen. Zunächst einmal muss man davon ausgehen, dass bei den Follen-Brüdern tatsächlich eine tiefverwurzelte Religiosität vorlag. Das Christentum war für sie nicht nur ein Steinbruch, aus dem man beliebig Begründungen für politische Ziele entnehmen kann, sondern tatsächlich moralische Leitschnur. Wie aus der von seiner Frau verfassten Biographie zu entnehmen ist, hatte sich Karl Follen gerade in den Jahren 1816/17 intensiv mit den philosophischen Religionskritikern, u. a. Hume und Spinoza, auseinandergesetzt und diese Studien hätten ihn in seinem christlichen Glauben gestärkt.²¹ In den letzten Jahren seines Lebens arbeitete er schließlich auch als Priester. Die Religion war für ihn nicht nur Privatangelegenheit, sondern in dem neutestamentarischen Postulat der Gleichheit aller Menschen sah er die moralische und logische Grundlage für die Forderung nach einer Demokratie und der Auflösung aller Standesprivilegien. Insofern ist es aus seiner Perspektive konsequent, Republik und Christentum als Symbiose zu verstehen.

Die entscheidenden Fragen sind nun: Wie wollte man mit den Angehörigen anderer Konfessionen umgehen? Sollten Juden wirklich zur Emigration gezwungen werden, wie Grab mutmaßt? Wie weit ist der Vorwurf der antijüdischen Illiberalität haltbar? Hierzu sollte man sich den Entwurf einmal genauer anschauen:

„Weil die Glaubenslehre Christi rein von Lehrsätzen (Dogmen), welche die Bewegung des menschlichen Geistes binden, eine Glaubenslehre der Freiheit, Wahrheit und Liebe, sonach mit dem ganzen Wesen des Menschen zusammenstimmt; so ist sie zur Glaubenslehre des Reiches aufgenommen.“

Wir sehen hier zunächst einmal eine Sichtweise des Christentums, die als sehr offen und eben „dogmenfrei“ bezeichnet werden kann. Entscheidend war für die „Schwarzen“, dass die Religion die Freiheit des menschlichen Geistes nicht einschränken darf. In der jüdischen Religion wurde, wie aus der oben bereits zitierten Passage deutlich wird, lediglich eine Glaubensart gesehen, die zusammen mit dem Katholizismus und dem Protestantismus in einer deutschen christlichen Kir-

erfaßt zu haben schien“. Rocholz, Dr.: Die Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf den Bund der Unbedingten oder der Schwarzen, Leipzig 1831, S. 53.

20 Vgl. Rocholz 1831, S. 62.

21 Follen, K.: The works of Charles Follen, Bosten 1842, S. 56.

che aufgehen sollte.²² D. h., da man im Judentum nur eine sektenähnliche Untergliederung einer großen christlichen Kirche der Freiheit sah, gab es gar keine Notwendigkeit gegen ihre Mitglieder mit irgendwelchen Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Dies wird noch deutlicher, wenn man in dem Paragraphen weiterliest. Dort heißt es, dass es keinen Glaubenszwang geben soll, dass die Hausandacht ungestört ist und dass nur derjenige an öffentlichen Gottesdiensten teilnehmen soll, der ein Bedürfnis dazu verspüre.

Es gibt weitere Hinweise, dass die „Gießener Schwarzen“ in ihrem zweifellos vorhandenen christlichen Sendungsbewusstsein doch verhältnismäßig liberal blieben. Und zwar findet man diese im „Ehrenspiegel“, der ja ebenfalls in der Literatur als Beleg für einen angeblichen Antisemitismus herangezogen wird. Im Gegensatz zum Verfassungsentwurf wird hier dezidiert ausgeführt, wie man mit nichtchristlichen und nichtdeutschen Studenten umzugehen beabsichtigte. In dem Text heißt es:

„Bei jedem, der die Sammtschule bezieht, wird (...) ihm Gleichheit aller Ehrenrechte mit jedem Burschen gesichert, ohne Rücksicht auf einen bestimmten Glauben, ein bestimmtes Vaterland, Adel oder zugebrachte Zeit auf der Sammtschule“.²³

D. h., niemandem sollte das Studium verwehrt werden, Einschränkungen für Ausländer und Nichtchristen waren lediglich im aktiven und passiven Wahlrecht der vereinsmäßig konstituierten, öffentlich auftretenden „christlich-teutschen Burschenschaft“ vorgesehen. Doch auch hier war für alle Nichtmitglieder ein Rede- und Einspruchsrecht vorgesehen. Wie Karl Follen in seinen Erläuterungen zum „Ehrenspiegel“ darlegte, war es für ihn aufgrund der „alt angestammten Gastlichkeit“ der Deutschen eine Selbstverständlichkeit, dass „der Ehrenspiegel auch allen Fremden den Zutritt in die Versammlungen“ eröffnet.²⁴

22 Im Untersuchungsbericht heißt es dazu: „Wir waren darin, wie ich glaube, alle einig, daß die reine Christuslehre, lediglich auf die Heilige Schrift gegründet, allein heilsam sei; mithin alle christlichen Sekten vom rechten Wege abweichen und die Scheidung in 3 Religionsparteien unchristlich sei. Die reine Religion betrachteten wir als den reinsten Ausspruch eines allgemein gültigen menschlichen Glaubens und waren eben so sehr der Ueberzeugung, daß der Geist derselben das lebende Princip auch aller weltlichen Dinge sein müsse“. Rocholz 1831, S. 52.

23 Follen, K.: Beiträge zur Geschichte der teutschen Sammtschulen seit dem Freiheitskriege 1813, O.O. 1818, S. 63.

24 Follen 1818, S. 63.

3. Diskussion

Wie sind nun diese Befunde zu bewerten? Wir haben es bei den „Gießener Schwarzen“ zweifellos mit einer stark idealisierten und damit überzogenen und aus heutiger Sicht durchaus problematischen christlichen Religiosität zu tun, die nicht in der Lage ist, den eigenständigen kulturellen Wert anderer Religionen zu erkennen. Hinweise auf rigide Zwangsmaßnahmen gegenüber Nichtchristen und Nichtdeutschen sind aber im Gegensatz zu den Darstellungen in der Literatur nicht zu erkennen. Und vor allem kann man ihre Mentalität nicht als antisemitisch beschreiben. Denn der Begriff meint in seinem Entstehungszusammenhang gegen Ende des 19. Jh. eine Einstellung, die sich gegen die angeblich biologisch identifizierbare ethnische Volksgruppe der Juden (bzw. „Semiten“) richtet; Antisemitismus beschreibt also eine rassistische Mentalität. Wer diesen Begriff auch auf lediglich religiös motivierte ablehnende Haltungen gegenüber Juden ausweitet, wie dies in der Literatur leider häufig geschieht, nimmt ihm seine analytische Schärfe, und dies kann schlimmstenfalls zur Relativierung von wirklich antisemitischen Haltungen und Verbrechen führen. Damit ist nicht gesagt, dass religiös motivierte ablehnende Haltungen gegenüber Juden nicht auch zu antisemitischen werden können. Das ist in der Geschichte oft genug geschehen, und solche Prozesse muss man, wie Berding dies getan hat, auch analysieren, aber es handelt sich eben doch um einen entscheidenden qualitativen Unterschied.

Von einer rassistischen Einstellung gegenüber Juden kann bei den „Gießener Schwarzen“ keine Rede sein. Es gibt in den Quellen einen Hinweis, dass eher das Gegenteil der Fall war. Der Gießener Professor Karl Vogt, ein Protagonist der 48er-Revolution und Neffe der Follen-Brüder schrieb in seinen Erinnerungen, dass die Follen-Brüder nach dem Tod ihrer Mutter von einem jüdischen Hauslehrer erzogen wurden. In der Schilderung heißt es: „Der Großvater hatte überhaupt die Juden gern; ihr Geist, behauptete er, sei wie ein scharf geschliffenes Rasiermesser“.²⁵

Ein letztes Argument soll angeführt werden. Gegen irgendwie geartete rassistische Einstellungen spricht der weitere Lebensweg der Follen-Brüder, insbesondere Karl Follens. Nach seiner Flucht in die USA wurde er einer der ersten und aktivsten Vorkämpfer für die Antisklavereibewegung, ein Engagement, das ihn schließlich seine Stellung als Professor für deutsche Literatur kostete. Und aus dieser Zeit ist von ihm eine Rede überliefert, in der er die Antisklavereibewegung als eine Sache der Menschenliebe (des „Philanthropismus“) begründete. In

25 Vogt, C.: Aus meinem Leben. Erinnerungen und Rückblicke, Stuttgart 1896, S. 10.

dieser Rede heißt es: „Alle Menschen, egal ob weiße und farbige, Bürger oder Ausländer, Männer oder Frauen, haben die selben Pflichten und die selben Rechte!“²⁶

Und ich denke dieses Zitat spricht für sich selbst.

Anhang:

Paragraf 10 der „Grundzüge für eine künftige teutsche Reichs-Verfassung“

Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 210, 12586.

§. 10.

Daß die Glaubensbekenntnisse nicht nur Tolerirte (Dogen),
sondern die Träger der menschlichen Geisteskultur, die
Glaubensbekenntnisse der Menschheit, der Menschheit und der Welt, so wie
mit dem ganzen Wesen der Menschheit zusammen stehen,
so ist für die Glaubensbekenntnisse das Beste anzunehmen. Der
Lauterkeit aus dem jenen Lehren hervorgehenden Geist, ist das
N. D. Die einzelnen Glaubensbekenntnisse lösen sich in eine
geistliche-ethische Kirche auf; andere Glaubensbekenntnisse
wollen die Lehren der Menschheit zu wider sein, und die
jenseitigen, wollen nur einen Glaubensbekenntnis sein, andere in dem
Leben nicht anerkannt. In dem christlichen Gottesdienst
nimmt jener Theil, der Theilnahme, steht: Glaubensbekenntnis
ist überall nicht! der Theilnahme ist ungenügend.

26 Follen 1842, S. 627.

Die Militarisierung der Medizin an der Universität Gießen und ihre Beziehungen zu den Sanitätsinspektionen von Heer und Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg

Sigrid Oehler-Klein und Alexander Neumann *

Einführung (Oehler-Klein):

Der Krieg veränderte infolge der massiven Zerstörungen durch verschiedene Bombardements Ende 1944 die Bedingungen für Ärzte und Studenten an der medizinischen Fakultät Gießen dramatisch. 42 Bombentreffer gingen allein im Klinikumsbereich nieder; zahlreiche Klinikumsgebäude und Institute wurden am 6. bzw. 11. Dezember 1944 völlig vernichtet oder schwer beschädigt.¹ Die Zerstörung Gießens und eines großen Teils der Klinikumsgebäude waren deutliche Zeichen für das bereits abzusehende Ende des Krieges mit den bekannten Folgen für die Ludwigs-Universität Gießen: Nach Kriegsende wurde die Gießener Universität im Unterschied zu anderen hessischen Universitäten (Marburg 1945, Frankfurt 1946) nicht wieder eröffnet, bestand aber ab 1946 als „Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin“ mit reduziertem Fächerspektrum weiter. Jedoch erst 1957 konnten mit der nunmehr Justus-Liebig-Universität benannten Alma mater Studierende und Wissenschaftler wieder in ein reguliertes universitäres Leben eingebunden werden.²

* Die Beiträge der beiden Autoren sind jeweils namentlich gekennzeichnet.

- 1 Vgl. L. Brake; E.-M. Felschow: 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau 1945-1960. Gießen 1996. Zerstört bzw. schwer beschädigt wurden: Das Hygiene Institut, das Pharmakologische und das Physiologische Institut, die Hautklinik, die Medizinische und Nervenklinik, die Medizinische Poliklinik, die Frauenklinik, die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik.
- 2 Auch in der Zwischenzeit kam das akademische Leben in der Medizin nicht völlig zum Erliegen. Das Sitzungsprotokoll des Fakultätsrates der Humanmedizin vom 28.8.1946 verkündete die Absicht eine Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung als Teil der Justus-Liebig-Hochschule zu errichten. [Vgl. Universitätsarchiv Gießen (im Folgenden UAG): Protokolle der Fakultätssitzungen - Dekanat Humanmedizin, 1. Aktenabgabe, Karton 41 (1903, 1933-1952.) Durch das „Gesetz zur Errichtung der Justus-Liebig-Hochschule“ vom 11.9.1950 wurde auch die Humanmedizin (nur die klinische Ausbildung) wieder in den akademischen Lehrbetrieb eingegliedert. Für zahlreiche Hinweise auf Quellen aus dem Universitätsarchiv Gießen danke ich Herrn Dr. Meusch, der von 1997-1999 das Projekt „Die Medizinische Fakultät Gießen im Nationalsozialismus“ betreute.

Doch wie war man vor und während des Krieges innerhalb der medizinischen Fakultät der Universität mit den Veränderungen in Forschung, Lehre und Krankenversorgung umgegangen? Vielfältig waren bereits während der Phase der Vorbereitungen auf den Krieg und bei Kriegsbeginn die Annäherungen an den zunehmenden Militarismus: die Ausrichtung der Forschungsinhalte und die Karrieremuster von Dozenten veränderten sich - gefördert durch die Praxis der Forschungsfinanzierung und den Bedarf an Spezialisten in den Sanitätsinspektionen der Wehrmacht. Doch vor allem im Verlauf des Krieges kam es schließlich an der Medizinischen Fakultät Gießen und an den Kliniken zu schwerwiegenden Einwirkungen durch

- Abzug von Personal bei steigenden Studentenzahlen und vermehrter Arbeit in Kliniken und Lazaretten
- kriegsbedingte Veränderungen in Lehre und Forschung
- Auslagerung von Zweigstellen der Berliner *Militärärztlichen Akademie* nach Gießen.

Diese verschiedenen Punkte sind keineswegs voneinander unabhängige Konsequenzen der Kriegseinwirkungen oder unabhängige Aspekte der militärischen Zwecken unterworfenen Medizin jener Zeit, sondern verdeutlichen eine enge Verzahnung von Fakten schaffender Politik auf der einen Seite und den agierenden sowie reagierenden Teilnehmern auf den verschiedenen Ebenen der Ärzteschaft und der Verwaltung von Kliniken und Universität auf der anderen Seite. Diese institutionellen und personellen Verflechtungen in die vom NS-Regime getroffenen Maßnahmen sollen - neben den kriegsbedingten Zuständen an den Kliniken und der Ausbildungssituation der Studenten - hier dargelegt werden. Die Analyse zeigt 1. dass einzelne Wissenschaftler an ihrem Platz, nach ihren Möglichkeiten und nach den an sie gestellten Forderungen oder Erwartungen gut funktionierten und auch aus eigenen Antrieben die Strukturen des Systems nutzten und 2. dass zugleich dieses Funktionieren nicht zwingend an eine vorbehaltlose Zustimmung zu allen programmatischen Inhalten des NS-Staates gekoppelt sein musste. Die Wissenschaftler engagierten sich sogar trotz teilweise vorhandener Skepsis, wenn die Bedingungen ihrer Arbeit die Anpassung an das Regime scheinbar notwendig machten. Auch die Haltung zum staatstragenden Antisemitismus verlief - wie unten gezeigt wird - unabhängig von der durch die jeweilige Tätigkeit konkretisierten Unterstützung des Regimes. Dieses Engagement blieb weder für die Wissenschaftler selbst noch für die Universität ohne Folgen. Die Gründe für diese dem Krieg führenden Regime gewährte Unterstützung mögen in dem Streben nach Fortsetzung der wissenschaftlichen Tätigkeit zu suchen sein, die zudem neuen Herausforderungen gegenüberstand, sie mögen sogar

in dem Wunsch zu finden sein, junge Mitarbeiter durch eine Unabkömmlichkeitsstellung (uk-Stellung) von der Front zurückzuholen, oder sie mögen in einer patriotischen Auffassung der Wissenschaftler liegen, die sich durch die Notlage Deutschlands verpflichtet fühlten; teilweise erfüllten die Forscher schlicht willfährig dienstliche Erwartungen. Sie alle arbeiteten jedoch - mehr oder weniger bewusst und mehr oder weniger überzeugt - für ein Regime, das sich jeder Mittel zur Etablierung und Erhaltung seiner Macht bediente; so gerieten die Wissenschaftler teilweise in den Kontext einer sich an den Grenzen der Humanität bewegenden oder diese sogar überschreitenden Forschung. Es geht in dieser Analyse jedoch weder um Schuldzuschreibung noch um das Aufdecken von individuellem Fehlverhalten, sondern um die Eingliederungsmechanismen von Forschern in das wissenschaftliche Netzwerk des nationalsozialistischen Regimes. Grundlage für diesen Ansatz war zunächst das empirische Material, das die Netzwerkstrukturen deutlich offenbarte und im Anschluss die leitende Frage nahe legte, in welcher Art und Weise die unterschiedlichen Tätigkeiten der einzelnen Protagonisten als aufeinander bezogen zu verstehen sind und in welchen Aspekten sie sich unterscheiden.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert:

- I. Begleitumstände des Krieges
- II. Veränderung der Forschungsinhalte und der Forschungsförderung:
 - a) Kriegswichtige Arbeiten des Gießener Dermatologen Walther Schultze
 - b) Physiologie in Bad Nauheim: Ein Angebot Hans Schäfers an die Wehrmacht
- III. Karrieren im Krieg:
 - a) Unterdruckkammer- und Unterkühlungsexperimente: Albert J. Anthony in Hamburg, Gießen und Berlin
 - b) Heinrich Kliewe - ein Experte aus Gießen für biologische Kampfstoffe
 - c) Hellmuth Deist und die Abteilung „Wissenschaft und Gesundheitsführung“
- IV. Die Provinz und das Zentrum: Außenstellen der *Militärärztlichen Akademie* in Gießen:
 - a) Die *Militärärztliche Akademie* und die Beratenden Fachärzte
 - b) Die Universität ist erfreut, „die möglichste Gastfreundschaft erweisen zu dürfen“.
 - c) Ein neuer Nervenkampfstoff und ein Forschungsauftrag
 - d) Kampfstoffprobung in Gießen
- V. Fazit

I. Begleitumstände des Krieges (Oehler-Klein):

Die als katastrophal geschilderten Zustände an den Kliniken und die besondere Ausbildungssituation von Studenten während des Krieges waren eine Folge der zahlreichen Einberufungen von Professoren, Ober- und Assistenzärzten sowie des Pflegepersonals zur Wehrmacht;³ sie standen während ihrer aktiven Zeit als Ausbilder für die Studenten³ und als Ärzte für die Zivilbevölkerung nicht oder nur sehr beschränkt⁴ zur Verfügung, so dass „schon frühmorgens der Betrieb beginnt und in einem Umfang, daß die vorhandenen ärztlichen, schwesternlichen und sonstigen Kräfte nicht mehr Herr der Lage sind“.⁵ Der Direktor der Chirurgischen Klinik in Gießen, Professor Friedrich Bernhard, beschrieb in einem Antrag auf die uk-Stellung zweier Mitarbeiter dem *Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung* vom

3 Vgl. UAG, Berufsakten, 1. Lfg., Nr. 8. Hans Schäfer wurde 1939 als Nachfolger von Professor Eberhard Koch Abteilungsleiter am Kerckhoff-Institut und am 14.5.1941 Extraordinarius an der Ludwigs-Universität Gießen. Schäfer schrieb am 6.5.1941 an den Dekan, er sei für mehrere Wochen nach Kassel kommandiert und könne deswegen die Vorlesungen nicht halten. Koch, Direktor des physiologischen Instituts, sprach von der nur nebenamtlich versehenen Ausbildung der wachsenden Anzahl der Studierenden; in der Hauptsache bearbeite er Forschungsaufträge der Sanitätsinspektion der Luftwaffe, womit im übrigen das Institut zum großen Teil finanziert werde. Vgl. Schreiben Kochs vom 4.3.1944 durch den Rektor der Ludwigs-Universität Gießen an den Herrn Reichsstatthalter in Hessen. UAG, PrA Nr. 2448.

4 Vgl. das Schreiben des Direktors der chirurgischen Klinik an das Reichserziehungsministerium (REM) über das Rektorat vom 13.5.1942. [Bundesarchiv (im Folgenden BArch)] Berlin, R 4901/1805: „Die Aufrechterhaltung des Klinikbetriebes war nur dadurch möglich, dass in der Klinik sich eine Reservelazarettabteilung mit 125 Betten befindet, in welcher zwei Assistenten der Klinik tätig sind, und welche bei der Versorgung der Zivilpatienten und des Zivilbetriebes halfen.“ Selbst wenn man hier gewisse Übertreibungen mit dem Ziel der Freistellung von Personal berücksichtigt, sprechen die unterschiedlichen Quellenbefunde für massive Engpässe in der Versorgung der Zivilbevölkerung.

5 Schreiben des Extraordinarius Professor Georg Haas, Leiter der medizinischen Poliklinik, an den Rektor der Ludwigs-Universität vom 2.6.1942; UAG, Rektoratsakten Nr. 204: Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der Medizinischen Poliklinik. Vgl. auch ebd., Schreiben von Haas an den Rektor vom 1.3.1940: „Mit Kriegsbeginn sind von meiner Klinik 2 Assistenten zum Heer einberufen worden. Außerdem wurde ich als Leitender Arzt der Inneren Abteilung des Reserve-Lazarettes I. bestimmt und komme daher für die Arbeiten der Poliklinik kaum mehr in Frage. Infolge der Umstellung des Studienplanes für Mediziner und dem hierdurch bedingten Wegfall der Praktikantenzeit gibt es keine Medizinalpraktikanten mehr. Die Jungärzte, die bisher noch die Medizinalpraktikantenstellen an der Poliklinik verwalteten, wurden in den letzten Tagen teils zum Militär eingezogen, teils zur Versorgung der Zivilbevölkerung von der K.V.D. (Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands) angefordert. Wir stehen jetzt vor der Tatsache, daß die poliklinische Arbeit, die bisher von mir, 4 Assistenten und 4 Praktikanten geleistet wurde, zur Zeit von meinem Oberarzt und einem weiteren Assistenten bewältigt werden muß.“

13. Mai 1942 den Notstand, der ihn zwingt, Patienten mit länger bestehenden Leiden wie Leistenbrüchen nicht mehr zur Operation zuzulassen und Studenten zur Assistenz heranzuziehen.⁶ Bernhard berichtete weiter: „Die Notlage der Klinik, welche den Operationsbetrieb betrifft, wird dadurch verschärft, dass innerhalb von drei Wochen zwei erfahrene Operationswärter zur Wehrmacht eingezogen wurden und ausserdem eine seit mehreren Jahren hier tätige Operationsschwester infolge Überarbeitung den Dienst nicht mehr versehen konnte und ausscheiden musste, um einen Betrieb zu übernehmen, welcher nicht mit einer derartigen Überlastung verknüpft ist, wie sie in der Klinik herrscht.“⁷ Um dem größten Mangel an Arbeitskräften, zum Beispiel an der Universitätsfrauenklinik, zu begegnen, stellte die Universität bei der Stadt Gießen den Antrag auf Notdienstverpflichtung: „Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die der Fürsorge für Wöchnerinnen und Neugeborene in der Jetztzeit zukommt, bitten wir, die Obengenannte [eine dt. Wochenbett- und Säuglingspflegerin] im Sinne der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung mit Wirkung vom 1. September 1941 an zur Berufsausübung an die Univ. Frauenklinik in Gießen notdienstverpflichten zu wollen.“⁸

Dringend benötigte Ärzte erledigten aber die ärztliche Versorgung in den (Reserve-)Lazaretten⁹ oder bewältigten die behördlichen, wissen-

6 Vgl. BArch Berlin, R 4901/1805.

7 Ebd.

8 Schreiben der Verwaltung der Ludwigs-Universität vom 9.6.1941 (Stadtarchiv Gießen, N 0246). In dem Antrag heißt es auch: „In normalen Zeiten standen der Klinik für dieses Arbeitsgebiet [Wochenbett- und Säuglingspflege] Kräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung. Das hat sich allerdings seit Kriegsbeginn wesentlich verändert. Für die regelmäßigen Lehrgänge sind Interessenten überhaupt nicht mehr vorhanden; gegenwärtig werden 2 Schülerinnen ausgebildet. [...] Unser eifrigstes Bemühen zur Gewinnung derartiger Arbeitskräfte ist leider erfolglos geblieben.“

9 In Gießen gab es neben dem Standortlazarett noch 3 Reservelazarette und ein SS-Reservelazarett, das von dem ehemaligen Lazarettarzt aus Dachau, dem Hauptsturmführer Dr. Theodor Klein, geführt wurde. Klein war am 26.6.1940 zur neurologisch-psychiatrischen SS-Beobachtungsstation an die Heil- und Pflegeanstalt Gießen kommandiert worden. Die Universität Gießen war mit Kriegsbeginn geschlossen und erst am 8.1.1940 wieder eröffnet worden. Bis 31.10.1939 bildeten die Universitätskliniken in ihrer Gesamtheit ein Reservelazarett (vgl. auch UAG, Med K 7, Bd. 2, Lehrstuhl für Hygiene, 1937-40: Schreiben des Dekans vom 23.10.1939). Ab 17.11.1939 waren die Universitätskliniken mit der Neueröffnung der Lazarette im Sanitätsstandort Gießen mit den Reservelazaretten I-III wie folgt betroffen: Es waren insgesamt 370 Militärbetten bereitzustellen und zwar von der Augenklinik 20; der Chirurgie 100; der Hautklinik 60; der Med. Klinik 100; der Nervenklinik 60; der Ohrenklinik 30 (vgl. UAG, Pers. Abt., 1. Lfg., Karton 4, Heinrich Boening, Bl. 18, Schreiben des Verwaltungsdirektors Heinrich Boening an die Direktion der Psychiatrischen und Nervenklinik vom 17.11.1939). Die zuvor schon beschlagnahmten Diensträume blieben weiterhin militärischen Zwecken

schaftlichen Aufgaben - vor Ort oder auch außerhalb Gießens - im militärärztlichen Dienst. Der in Form von Tagebucheinträgen verfasste Erfahrungsbericht¹⁰ des Internisten Professor Helmuth Reinwein, Direktor der Medizinischen und Nervenklिनик von 1934 bis 1942, beispielsweise vermerkt dessen Abwesenheit von Oktober 1941 bis Ende Januar 1942. Reinwein befand sich in seiner Eigenschaft als Beratender Internist auf einer Inspektionsreise in Rumänien.

Dem Bedarf an Lazaretten waren u.a. die Verschiebungen von Patienten in den Heil- und Pflegeanstalten Hessens geschuldet.¹¹ Patientenzuweisungen innerhalb Hessens bewirkten die Überbelegung in der Gießener Heil- und Pflegeanstalt. Diese jedoch wurde im Laufe des Jahres 1941 wieder reduziert, indem zwischen Februar und April 1941 226 Patienten von der Gießener Anstalt nach Weilmünster und 222 von dort in die Vernichtungsanstalt Hadamar verbracht wurden.¹² Ab Mitte 1941 richtete die Kinderklinik im Gefolge einer sich ausdehnenden Scharlachepidemie ihre Isolierstation mit 48 bis 60 Betten in der Heil- und Pflegeanstalt, im so genannten „Waldhaus“, ein.¹³ Die an der Heil-

vorbehalten. Im Verlauf des Krieges konnte sich die Bettenabgabe steigern, 1942 besaß die chirurgische Klinik eine Reservelazarettabteilung (Reservelazarett II) mit 125 Betten (vgl. Schreiben Bernhards vom 13.5.1942, BArch Berlin, R 4901/1805), im Reservelazarett I waren zeitweilig 155 Betten für „innere Kranke“ unter der Leitung von Kriegsarzt Prof. Dr. Haas belegt [vgl. Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg, Best. RH 12-23/Aktennr. (im Folgenden BA-MA, RH 12-23/Nr.), RH 12-23/239, Verzeichnis der Standorte, Reservelazarette und Belegungszahlen]. Leiter des gesamten Reservelazaretts II war bis 31.12.1942 der Direktor der Hals-, Nasen und Ohrenklinik, Professor Alfred Brüggemann (ab 1.12.1942 Führer der Heeres-Studentenkompanie), Leiter des Reservelazaretts II war ab 1.1.1943 Oberstabsarzt Kurt Voit, der neue Direktor der Medizinischen und Nervenklinik (vgl. UAG, PrA Nr. 2056: Rektorernennungen, 1933-1946: Bl. 135: Schreiben Rektor Heinrich Wilhelm Kranz an Wehrkreisarzt in Kassel vom 16.11.1942, mit einem entsprechenden Antrag von Kranz). Einige Direktoren und Oberärzte der Kliniken übernahmen Leitungsfunktionen in den verschiedenen Abteilungen der am Universitätsklinikum eingerichteten Reservelazarette; u.a. Boening, August Brüning (Chirurgie), Haas, Brüggemann.

10 BA-MA, RH 12-23/v. 86: Tätigkeitsbericht Professor Reinwein, Beratender Internist beim Leitenden San. Offizier d. Deutschen Heeresmission Rumänien, (ArmeeSanAbt. 552). Zu den Beratenden Ärzten aus Gießen vgl. den Beitrag Neumann.

11 Vgl. Georg Lilienthal: Die Rolle der Heil- und Pflegeanstalt Gießen bei den „T4“-Morden. In: Psychiatrie in Gießen - Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung. Uta George, Herwig Groß, u.a.(Hg.): Begleitband zur Ausstellung „Vom Wert des Menschen“. Zentrum für soziale Psychiatrie, Gießen (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 9). Gießen 2003, S. 291-302, hier S. 296.

12 Die dort vollzogenen Gasmordaktionen überlebten nur vier dieser Patienten. Vgl. ebd.

13 Vgl. UAG, Rektorakte, Nr. 15: Haushalts-, Bau- und Personalangelegenheiten der Kinderklinik, 1923-1946 (1950), Bl. 66 ff. Genutzt wurden offenbar nur 30 Betten. Vgl. Texttafeln und Kommentare zu den Dokumenten der Ausstellung. In: Psychiatrie in Gießen (wie Anm. 11), S. 521. Die ehemalige Isolierstation der Universitäts-Kinder-

und Pflegeanstalt ebenfalls untergebrachten - somatisch - erkrankten Zwangsarbeiter¹⁴ wurden zu diagnostischen Zwecken, die auch eine zum Teil schicksalsentscheidende Prüfung ihrer vorübergehenden oder dauerhaften Arbeitsfähigkeit beinhaltete, in den Universitäts(poli)kliniken untersucht.¹⁵ „Von Großen-Linden wird uns ein Ostarbeiter, dessen Namen nicht festzustellen ist, von dem auch keine An[a]mnese zu erheben ist, überwiesen. Es handelt sich bei ihm um eine rechtsseitige Mittelohreiterung, deren Charakter, ob akut oder chronisch noch nicht eindeutig festzustellen ist. [...] Wir bitten um Wiederherstellung in 1 1/2 Wochen. Der Russe macht einen sehr kranken Eindruck.“¹⁶ Die häufigen Tuberkuloseerkrankungen der nach Deutschland verschleppten und wegen ihrer Lebensbedingungen in schlechtem Gesundheitszustand befindlichen Zwangsarbeiter belasteten die Medizinische Poliklinik. Diese war nicht nur „die Lungenfürsorgestelle für Stadt und Landkreis Gießen, sondern darüber hinaus für den grossen Umkreis Oberhessen und Lahn-Dillkreis“¹⁷ zuständig. Den allgemeinen Klagen, dass schwangere ausländische Frauen deutschen

linik war 1934 auf Widerruf im Seuchenfall der Abteilung für Erbgesundheits- und Rassenpflege zur Verfügung gestellt worden. Vgl. UAG, Eintrag im Dekanatsbuch der Medizinischen Fakultät 1932 - Aug. 1937, Med C 1, Bd. 8, Bl. 176/177 unter dem 31.7.1934. Zusätzlich gab es in der Heil- und Pflegeanstalt noch die neurologisch-psychiatrische Beobachtungsstation der Waffen-SS, die ab 1.4.1941 von der Heil- und Pflegeanstalt 150 Betten beanspruchten; ab 1942 wurde eine SS-Sanitäts-Ausbildungskompanie bei dem SS-Lazarett angesiedelt.

- 14 Vgl. Uta George: „Die Kosten werden für den Obengenannten bis zur Dauer der unbedingten Notwendigkeit übernommen.“ Zivile Zwangsarbeitskräfte im Nationalsozialismus als Patienten und Patientinnen der Heil- und Pflegeanstalt Gießen. In: Psychiatrie in Gießen (wie Anm. 11), S. 349-363.
- 15 Zwangsarbeiter wurden - soweit bis jetzt bekannt - im Hessischen Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten, in der Medizinischen Poliklinik, Chirurgie, Haut-, Augen- klinik und in der Psychiatrischen und Nerven- klinik untersucht bzw. behandelt. Hadamar war offenbar seit Mitte 1944 als einer der Vernichtungsorte für die als unheilbar erklärten Zwangsarbeiter vorgesehen. Vgl. Mathias Hamann: Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten. In: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (= Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1), Berlin, 2. Aufl. 1987, S. 121-187, hier S. 141 und S. 172. Die benutzten Akten [vgl. S. 198: „HA (Hadamar) 037/20“ mit Gutachten über dauerhafte Arbeitsunfähigkeit aus den Universitätskliniken] sind nach Auskunft von Frau George im LWV Archiv nicht mehr vorhanden. In der Psychiatrischen und Nerven- klinik Gießen wurde zumindest eine erkrankte Zwangsarbeiterin untersucht, dann in die Zwischenanstalt Weilmünster und von dort nach Hadamar verbracht, wo sie ermordet wurde. Vgl. LWV-Archiv, Bestand 12, Akte Nr. 1182.
- 16 Schreiben aus der „Universitätsklinik f. Ohren-, Nasen- u. Halskranke“. Vom 15.2.1943 an den Medizinalrat Frank. LWV Archiv, Bestand 11, Hadamar, zu dem Patienten Thoma J.
- 17 Vgl. Schreiben des Dekans der Med. Fakultät an das Rektorat 15.5.1942, bezüglich der Umwandlung der bisherigen Extraordinariate für Medizinische Poliklinik und Physiologische Chemie in zwei Ordinariate. UAG, Med K 7, Bd.2, Medizinische Klinik 1942.

Frauen den Platz in den Kliniken wegnehmen würden, begegnete man auf Reichsebene, indem man vornehmlich die ausländischen Patientinnen für Ausbildungszwecke der Hebammen und Studenten vorsah.¹⁸ Auch Professor Walther Schultze, Leiter der Gießener Hautklinik von 1935 bis 1945, bemerkte 1942, dass die Betreuung der vielen haut- und geschlechtskranken ausländischen Arbeiter die Erfüllung des Versorgungsauftrages der Klinik erschwere.¹⁹

Der große Mangel an Ärzten während des Krieges war eine Folge vorausgegangener fehlender zentraler Steuerungsmechanismen bezüglich der Heranbildung von Ärzten und provozierte unter dem Druck der Kriegsverhältnisse Ausgleichsmaßnahmen, so dass in Gießen nicht mehr wie im Wintersemester 1938/1939 nur 149 Medizinstudenten, sondern im Sommersemester 1944 nunmehr 985 Medizinstudenten²⁰ zu unterrichten waren.²¹ Die in Gießen zum Studium abkommandierten Studenten der Studentenkompagnien wie auch die in Gießen stationierten Soldaten waren willkommene - „freiwillige“ - Versuchspersonen in der kriegswichtigen Forschung, die in Gießen u.a. im Auftrag der Sanitätsinspektionen von Heer und Luftwaffe erfolgte.²² Auch die aus zahlreichen ausländischen Studenten bestehende SS-Studentenkompagnie, die an der Heil- und Pflegeanstalt Gießen untergebracht war und die dort ansässige Sanitätsausbildungskompanie der Waffen-SS ergänzte, wurde verstärkt für diese Versuche herangezogen.²³ Dem

18 Vgl. UAG, Rektoratsakte Nr. 208: Verwaltungs- und Personalangelegenheiten der Frauenklinik, 1901-1902, 1918-1950: Hinweis auf Runderlass vom 20.3.1943.

19 Vgl. BArch, Berlin R 4901/1803, in der undatierten Abschrift eines Schreibens von Schultze, dem Schreiben vom 27.10.1942, Reichsstatthalter in Hessen an den Reichsminister des Inneren, beigelegt.

20 Vgl. UAG, Sekretariatsakten, Verzeichnis der Studierenden. Die Steigerung der Medizinstudentenzahlen in Gießen war also noch höher als beispielsweise in Marburg, obwohl dort im Verhältnis zur reichsweiten Steigerung sehr viele, nämlich im SS 1944 etwa drei Mal so viele Medizinstudenten wie im WS 1938/39, zu verzeichnen waren. Vgl. Kornelia Grundmann: Die Marburger Medizinstudentenschaft. In: Die Marburger Medizinische Fakultät im 'Dritten Reich': Hrsg. von Gerhard Aumüller, Kornelia Grundmann u.a. (= Academia Marburgensis, Bd. 8). München 2001, S. 345.

21 Vgl. auch UAG, Protokolle der Fakultätssitzungen - Dekanat Humanmedizin, 1. Aktenabgabe, Karton 41 (1903, 1933-1952) Dezember 1941: Hildebrandt weist auf Zimmernot der Studenten hin. Das am 27.4.2004 geführte Interview mit Professor Grütznert, Wiesbaden, Angehöriger einer Studentenkompagnie in Gießen während des Krieges, ergab, dass die Studenten zwar überfüllte Hörsäle und die häufige Abwesenheit der Dozenten registrierten, aber ihre Ausbildung dennoch als zureichend organisiert sowie in wissenschaftlicher und klinischer Hinsicht als gut empfanden.

22 Vgl. Anm. 72.

23 Vgl. hierzu den Beitrag Neumann „Kampfstoffproben in Gießen“. Im WS 43/44 studierten 26 ausländische Mitglieder der SS-Studentenkompagnie aus Schweden, der Ukraine, den USA, Belgien, Estland, Norwegen und den Niederlanden in Gießen. Vgl. UAG, Akten des Universitätssekretariats, Verzeichnis der Studierenden. Die SS-

Mangel an Ärzten suchte man durch die Abkommandierung von Soldaten zur Vollendung ihres Medizinstudiums und durch vermehrte Einbindung der Frauen in Beruf und Ausbildung zu begegnen. Der Biostatistiker Siegfried Koller,²⁴ der in seiner Gießener Zeit rassenhygienisch-bevölkerungspolitische Themen bearbeitet hatte und ab 1940 in Berlin stellvertretender Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Medizinalstatistik beim Reichsgesundheitsführer war, erstellte dort ein „geheimes“ Dokument zu „Aufbau, Entwicklung und Nachwuchs der deutschen Ärzteschaft“. Er formulierte - allerdings nicht ausdrücklich unter dem Eindruck der akuten kriegsbedingten Erfordernisse, sondern der prognostizierten Zunahme der Bevölkerung „Großdeutschlands“ - die Notwendigkeit einer Steigerung der jährlichen Approbationen in 25 Jahren auf durchschnittlich 5000 ab 1945, damit ein Arzt-Einwohner Verhältnis von eins zu 1000 erreicht werde.²⁵

Allerdings erhöhte sich die Zahl der offiziell in Gießen Lehrenden von etwa 35 Dozenten (Ordinarien, Extraordinarien, Privatdozenten) in den Vorkriegsjahren auf bis zu 45 Dozenten im Wintersemester 1944/45.²⁶

II. Veränderung der Forschungsinhalte und der Forschungsförderung:

Mit Kriegsbeginn änderten sich die Rahmenbedingungen für die Wissenschaftler. Zum einen musste jeder Mann mit der Einziehung zur Wehrmacht rechnen, zum anderen wurden die materiellen Ressourcen für die Wissenschaftler strengen Beschränkungen unterzogen. Das Siegel der „Kriegswichtigkeit“, das von Wehrmacht oder Reichsfor-

Studentenkompanie wurde 1942 aufgestellt. Vgl. Protokolle der Fakultätssitzungen - Dekanat Humanmedizin, 1. Aktenabgabe, Karton 41 (1903, 1933-1952), Fak. Sitzung 21.9.1942.

24 Vgl. BArch Berlin: Z/B II 1973, Akte 9, Koller Siegfried. Koller sollte später (1961) zum zweitmächtigsten Mann im Statistischen Bundesamt aufsteigen. In Gießen arbeitete er an statistischen Prognosen in Bezug auf die Ausbreitung bzw. Dezimierung von Erbkrankheiten (Schizophrenie) und sozial unerwünschten Bevölkerungsteilen (den „Gemeinschaftsunfähigen“) mit Empfehlung verschiedene Maßnahmen - auch Zwangsmaßnahmen. Im November 1940 wechselte er in die Reichsleitung des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP.

25 Vgl. BArch Berlin, R 4901/15294: Koller ging 1942/43 von einem Bestand von 80.000 Ärzten aus. Die Zahl der Bestellungen lag nur im Jahr 1938/39, als - wegen vorzeitiger Bestellung - fast 2 Jahrgänge approbiert wurden, bei 8968. Die Steigerung der männlichen Studienanfänger ließe sich - so Koller - durch deren Aufgaben in Wehrmacht, Technik und im Osten - nicht leicht erreichen, weshalb verstärkt Frauen das Medizinstudium ergreifen sollten. Die Klassifizierung dieses Dokumentes als „geheim“ zeigt, dass diese Bezeichnung nicht durchweg militärisch wichtigen oder anderweitig brisanten Dokumenten zugeordnet wurde.

26 Vgl. das Vorlesungsverzeichnis, WS 1944/45.

schungsrat²⁷ vergeben wurde, war häufig, wenn auch nicht immer, die Voraussetzung für Sachmittelzulagen und Materialbeschaffung. Um Personal für Forschungszwecke zu bekommen, suchten die in ihrer universitären Stellung belassenen Ordinarien oder Extraordinarien eine Unabkömmlichkeitsbescheinigung für Mitarbeiter zu erhalten und sie so aus dem aktiven Militärdienst herauszunehmen, was nur gelang, wenn kriegswichtige Forschungsaufgaben von ihnen erledigt werden konnten.

a) Kriegswichtige Arbeiten des Gießener Dermatologen Walther Schultze (Oehler-Klein):

Am Beispiel der Forschungsvorhaben des Gießener Dermatologen, Professor Dr. Walther Schultze, lässt sich eine geförderte,²⁸ aber auch eine selbst gewollte Anpassung an militärische Erfordernisse aufgrund der Geldvergabepolitik seitens der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) einerseits und auch aufgrund der eigenen Einschätzung von aktuell wichtigen Forschungsvorhaben andererseits nachweisen.

27 Die Kriegswirtschaftsstelle des Reichsforschungsrats wurde mit Beginn des Krieges gegründet und war innerhalb der DFG für Medizin, Natur- und Technikwissenschaften zuständig. Im Zuge der Zusammenarbeit mit dem Rüstungsministerium (Speer) galten ab 1942 die dort üblichen Dringlichkeitsstufen S, SS, und DE (2 Sonderstufen u. höchste Wichtigkeit). Vgl. Kornelia Grundmann: Kriegswichtige Forschung. In: Die Marburger Medizinische Fakultät im 'Dritten Reich' (wie Anm. 20), S. 616 f.

28 Schultze erlangte keine weitere Förderung mehr für sein Projekt „Hochserfaus“. Vgl. Schreiben von Sergius Breuer, DFG, vom 12.3.1940 an Schultze (BArch Koblenz, R 73, Nr. 14592); die Arbeiten an diesem Projekt wurden nicht als kriegs- oder staatswichtig eingestuft. Bei diesem Projekt handelte es sich um den Plan einer Heilstättengründung in der klimatisch günstig gelegenen Hochgebirgsstation Hochserfaus im Oberinntal, oberhalb der Gemeinde Serfaus gelegen. Für dieses Projekt hatte Schultze nach eigenen Angaben noch 1939 sowohl Hitler als auch den späteren Bevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, Professor Karl Brandt, interessiert. Vgl. ebd.: Schreiben Schultzes an Breuer vom 14.2.1939. Schultze versuchte erneut den Ausbau dieser Heilstätte zu forcieren, indem er vorschlug, dort im Rahmen der „Aktion Brandt“ tuberkulöse Kranke unterzubringen. Vgl. Schreiben Schultzes vom 20.1.1944 an Professor Paul Rostock, Beauftragten für Wissenschaft und Forschung des Reichskommissars Brandt [BArch Berlin (ehem. BDC) Schultze, Walter 1.2.93 PK]. Zum Kontext dieser Aktion vgl. Hans-Walter Schmuhl: „Euthanasie“ im Nationalsozialismus. Ein Überblick. In: Euthanasie in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten. Begleitband zur Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kataloge, Bd. 1). Kassel 1991, S. 59-67, hier S. 65: Durch die Nutzung von Heil- und Pflegeanstalten als Ausweichkrankenhäuser für Krankenanstalten in luftkriegsgefährdeten Gebieten ab 1943 wurden erneut Patienten in Zentren der „wilden Euthanasie“ verlegt; die dezentralen Tötungsaktionen wurden durch den Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, Karl Brandt, gedeckt („Aktion Brandt“). Ob Schultze genau über die nicht sehr bekannte „Aktion Brandt“ informiert war, lässt sich nicht klären.

Schultze galt nicht nur als ein treuer Gefolgsmann des NS-Staates,²⁹ sondern auch als einer der führenden Fachvertreter auf dem Gebiet der Lichttherapie und des Strahlenschutzes;³⁰ er verfügte über diesbezüglich sehr gut ausgestattete klinische Einrichtungen.³¹ Trotz seines wissenschaftlichen wie politischen Einflusses gelang es Schultze jedoch nicht, ab 1939 Personal für nicht kriegswichtige Forschungen zu bekommen.³² Die von der Wehrmacht vergebenen Dringlichkeitsstufen für bestimmte Forschungsaufträge richteten sich nach dem Bedarf an neuen Erkenntnissen, die wichtig für kriegs- und staatspolitische Ziele waren. Forschungen konnten somit zwar in einem Bezug zu den Auswirkungen des Krieges stehen, sie mussten deshalb jedoch nicht unbedingt gefördert werden. Professor Schultze arbeitete zum Beispiel an der Verbesserung der Behandlung von oberflächlichen Verbrennungen; er entwickelte in Zusammenarbeit mit dem Nobelpreisträger Gerhard Domagk Sulfonamidgemische, mit denen Sekundärinfektionen vorgebeugt und die Heilungsdauer verkürzt werden konnte.³³ Seine Ergebnisse fanden zwar inhaltlich großes Interesse u.a. bei dem Leiter der Fachgliederung Medizin im Reichsforschungsrat (RFR), Professor Ferdinand Sauerbruch, der an Schultze diesbezüglich schrieb: „Ich würde darum sehr dankbar sein, wenn Sie mir Gelegenheit geben, einmal einige von Ihnen mit Erfolg behandelte Kranke zu sehen. Noch besser wäre es, wenn Sie mir einen Frischverbrannten zugänglich machen, den ich nach Ihrer Methode behandeln und mich von dem Wert Ihres Verfahrens überzeugen kann.“³⁴ Dennoch wurden diese Arbeiten Schultzes - im Unterschied zu seinen Forschungen zur Fettreduzierung in Wasch- und Reinigungsmitteln und zur chemotherapeuti-

29 Noch vor 1933: Mitglied der NSDAP; 1934: Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP in der med. Fakultät in Gießen (Vgl. Dekanatsbuch - wie Anm. 13 -, Med C 1, Bd. 8, Bl. 150/151); 1935-1938: Leiter der Gießener Dozentenschaft und des Dozentenbunds; 1939: Verleihung des silbernen Treudienst-Ehrenzeichens.

30 Zur Einschätzung durch die DFG vgl. BArch Koblenz, R 73, Nr. 14592, Aktennotiz Breuer, 30.8.1937.

31 So die Aussage Schultzes. Vgl. BArch, Berlin (ehem. BDC), PK, Schultze, Walter 1.2.93: Schreiben Schultzes an den Reichsstatthalter und Gauleiter in Tirol und Vorarlberg, Franz Hofer, vom 5.3.1943: „Da ich hier in Giessen außer einer großen und modernen Hautklinik (vielleicht die best eingerichtete Deutschlands) noch das älteste deutsche Krankenhaus für Hauttuberkulose mit insgesamt 300 Betten leite, werden Sie verstehen, daß ich neue Aufgaben nur dann übernehmen kann, wenn ich die Gewähr habe, in Kürze ein ähnliches Arbeitsfeld entwickeln zu können. Dazu kommt, daß ich vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau mit kriegswichtigen, bezw. kriegsentscheidenden Forschungsaufgaben betraut bin, die ich im Kriege, bei der Verknappung an Fetten, unbedingt weiterführen muß.“

32 Vgl. Anm. 28.

33 Vgl. BArch Koblenz, R 73, Nr. 14592. Antrag an den Präsidenten des Reichsforschungsrates vom 29. Jul 44, es wurden 2000 RM bewilligt.

34 Vgl. ebd., aus dem Schreiben Sauerbruchs vom 30.8.1944.

schen Behandlung der Tuberkulose - nicht als kriegswichtig eingestuft. Denn einerseits waren die notwendigen Materialien für die Behandlung der Verbrennungen noch zu bekommen und andererseits hatte „das einschlägige Krankengut mit einer Dringlichkeitsstufe nichts zu tun [...]“³⁵.

Die Ausrichtung der Forschungen Schultzes auf vorrangig kriegswichtige Untersuchungen resultierte sicher im Wesentlichen aus dieser Geldvergabe- und Personalpolitik,³⁶ obwohl Schultze ausgesprochen beflissen war, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Kriegspolitik zu unterstützen.³⁷ Seinen 1941 vorgebrachten Klagen, dass eine vernünftige Forschung durch den Abzug von Personal nicht mehr möglich sei, standen wissenschaftliche Anstrengungen im Auftrag der *Heeressanitätsinspektion*, dem *Reichsamt für Wirtschaftsausbau* und der *Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz* gegenüber, die Schultze nicht nur als kriegswichtig, sondern mehrfach als teilweise „kriegsentscheidend“³⁸ deklarierte. Es handelte sich um die Entwicklung von Wasser und Ressourcen sparenden Reinigungsmitteln, der Testung von künstlichen Bestrahlungsräumen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Truppe³⁹ und Arbeiten auf dem Gebiet der Verhütung gewerblicher Hauterkrankungen, um die „Gesunderhaltung des

35 Schreiben „Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen“ vom 30.12.1944 an Professor Werner Osenberg, enthält Abschrift eines Briefes an Schultze vom 26.9.1944 mit den angeführten Belegstellen. BArch, Berlin (ehem. BDC), PK Schultze, Walter 1.2.93. Zu den als dringlich bezeichneten Forschungen Schultzes vgl. BArch Berlin, Film Nr. 56874, Liste der Forschungsprojekte, 1.7.- 30.9.1944: „Zusammenhänge zwischen Lymphdrüsen-Tuberkulose u. Röntgenbestrahlung.“ (S); „Entwicklung einer Bogenlampe zur Bekämpfung der Hauttuberkulose“ (SS).

36 Erst Anfang der 40er Jahre werden von Schultze Themen für Doktorarbeiten zur Untersuchung von Fette sparenden Reinigungsmitteln vergeben. Zuvor liegt der Schwerpunkt auf Tuberkulosebehandlung; Schultze weist u.a. die Schädigungen durch Röntgenstrahlen in der Behandlung der Hauttuberkulose nach.

37 Vgl. u.a. Ankündigung eines Vortrages in der Reihe wehrwissenschaftlicher Vorträge: Hautpflege und Verhütung von Hautkrankheiten unter Berücksichtigung neuer synthetischer Waschmittel. UAG, PrA Nr. 1011, Wehrwissenschaftliche Vortragsreihe im 2. Trimester 1940 (1940-1942), Bl. 20.

38 Vgl. diverse Schreiben und - nur teilweise bewilligte - Anträge Schultzes auf u.k.-Stellung verschiedener Mitarbeiter, BArch Berlin, R 4901/1803.

39 Vgl. ebd., Antrag vom 2.12.1942: „Die Wehrmacht ist im Begriff, die Leistungsfähigkeit der Truppe in Nordnorwegen, während der Polarnacht, durch Großbestrahlungsräume zu erhalten bzw. zu steigern. Dies gilt in gleicher Weise für die Luftwaffe, die im Polargebiet eingesetzt ist und für die U-Boot-Besatzungen. Auch der Bergbau ist stark daran interessiert, gut durchstrukturierte Großbestrahlungsräume zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter zu schaffen.“

schaffenden Menschen“ zu gewährleisten.⁴⁰ Bezüglich der Anpassungsnotwendigkeiten an tropische Klimazonen schrieb Schultze 1941: „Wir wollen im Rahmen unseres Forschungsprogramms mit dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit zu erhalten und wenn möglich zu erhöhen, wenn es sich darum handelt, z.B. im Panzerwagen bei hohen Außen- und also noch höheren Innentemperaturen durch gute Hautfunktion die Soldaten leistungsfähig zu erhalten.“⁴¹

Doch schon zuvor im Zuge der Kriegsvorbereitungen wurde eine enge Verbindung von Militär und Universität angestrebt, wie sich (s.u.) sowohl anhand der Forschungsentwicklung an anderen Instituten als auch anhand von Schultzes Engagement anlässlich der Verleihung der Dozentur an einen Angehörigen der Wehrmacht, Hellmuth Deist, nachweisen lässt. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Wehrmacht sollte zum Beispiel die Ausbildung von Studenten und Ärzten der *Militärärztlichen Akademie*, die ihren Sitz eigentlich in Berlin hatte, aber auch andere Universitäten für die Ausbildung der Fahnenjunker im Sanitätskorps in Anspruch nahm, in Gießen forciert werden. Hierin wurde Schultze auch von der Fakultät unterstützt, die sich - zu einem Zeitpunkt, als die medizinische Fakultät Gießen über wenig Studierende verfügte (1937) - Vorteile von einer engeren Beziehung zur Wehrmacht versprach.

b) Physiologie in Bad Nauheim: Ein Angebot Hans Schäfers an die Wehrmacht (Neumann)

Der Physiologe Hans Schäfer, der von April bis September 1939 kommissarisch den Gießener Lehrstuhl für Physiologie vertreten hatte, stand ebenso wie andere Wissenschaftler auch vor dem Problem, weitere Forschungsförderung nur dann zu erhalten, wenn seine Projekte durch eine zentrale Organisation, den Reichsforschungsrat oder die Wehrmacht, mit dem Siegel „kriegswichtig“ versehen wurden. Im November 1939 stellte Schäfer einen Antrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Abteilung für experimentelle Pathologie und Therapie am Kerkhoff-Institut in Bad Nauheim, deren Leitung er ab Januar 1940 übernehmen sollte, „in den Dienst kriegswichtiger Aufgaben zu stellen“, denn für die Lösung der kriegswichtigen Aufgaben sei „diese in besonders reichem Mass mit Apparaturen ausgestattete Abteilung, die eines der grössten physiologischen Institute Deutsch-

40 Vgl. BArch Koblenz, R 73, Nr. 14592, Schreiben vom 2.3.1940 an die DFG, die Kriegswichtigkeit wurde von Blome, Hauptamtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP, im Schreiben vom 29.3.1940 an Breuer, unterstrichen.

41 Ebd., Antrag Schultzes an die DFG vom 21.3.1941 für ein „Kymographion mit Zubehör“ zum Auftrag: „Untersuchungen über die Verhütung von gewerblichen Hautschädigungen und Entwicklung hautschonender Reinigungsmittel“.

lands darstellen dürfte, hervorragend geeignet [...]“.⁴² Zur Unterstützung seiner Bemühungen führte er folgende seiner Meinung nach kriegswichtige Themen auf:

- 1) Wundstarrkrampf (als Erkrankung des Muskels),
- 2) Kopfgrippe (angesichts von 200.000 chronisch Kranken),
- 3) Hyper- und Hypoxämie (für Höhenflieger und Rettungsmannschaften mit Sauerstoffgerät),
- 4) Verbesserung der augenärztlichen Diagnose von geringfügigsten Augenfehlern, die Arbeiten an optischen Entfernungsmessern unmöglich machen,
- 5) Kreislaufarbeiten (allerdings nicht unmittelbar kriegswichtig).

Zur Besprechung der genauen Formalitäten wünschte er eine „persönliche Unterredung mit einem der massgebenden Herren der Forschungsgemeinschaft oder des Forschungsrates“.⁴³

Da Schäfer anscheinend auf diesen Brief keine Reaktion erhielt, schrieb er gleich nach der Übernahme der Geschäfte in Bad Nauheim am 5. Januar 1940 einen weiteren Brief an die DFG, in dem er das erste und dritte der oben erwähnten Themen noch einmal in ihrer Bedeutung für die Kriegsführung hervorhob. Er bot zudem an, „auch für andere kriegswichtige Aufgaben, die mir etwa vom Reichsforschungsrat gestellt werden sollten, zur Verfügung“ zu stehen. Im weiteren Verlauf des Briefes kommt dann die Begründung für die Bitte um die Erteilung des Status „kriegswichtig“. Einerseits benötigte die Abteilung zur Weiterführung ihrer Untersuchungen „eine Reihe von bewirtschafteten Stoffen (z.B. Anoden-Batterien)“, andererseits befürchtete Schäfer, dass sein erster Assistent eingezogen werde. Er erneuerte seinen Wunsch nach einem Gespräch mit einem Vertreter des RFR.⁴⁴ Entsprechend diesem Brief stellte Schäfer am 20. Januar einen Antrag über 500,- Reichsmark für „Untersuchungen der Mechanik und Therapie des Wundstarrkrampfes und der Motorik des Menschen bei Hyper- und Hypoxämie“, die ihm Anfang Februar auch bewilligt wurden. Allerdings hatte die DFG ihm noch immer nicht explizit den Status der Kriegswichtigkeit erteilt, so dass er am 7. Februar erneut darum nachsuchte, um sich und seine Mitarbeiter vom Militärdienst zu befreien.⁴⁵

42 BAArch Koblenz R 73/14197, Schreiben vom 24.11.1939 an die DFG.

43 Ebd.: Antrag Schäfer, 24.11.1939.

44 Ebd., Schäfer an DFG, 5.1.1940.

45 Ebd., Schäfer an DFG, 7.2.1940.

Auch dieses Mal hatte Schäfer keinen Erfolg, wie aus einem Schreiben an die DFG vom November 1940 hervorgeht: „Es wäre für mich von größtem Wert, wenn ich den Kuratoren bestimmte Mitteilungen darüber machen könnte, in welcher Form die Weiterarbeit am Institut auch während des Krieges stattfinden könnte. Ich habe nun schon anlässlich meiner Einberufung in die Wehrmacht mit dem Generalkommando in Kassel dieserhalb verhandelt und dem Generalkommando auf dessen Befehl einen Bericht eingereicht, in dem unsere Arbeitsmöglichkeiten und die augenblicklich bei uns behandelten Themen aufgezählt sind. Ich habe am Schluss des Berichts darum gebeten, dass meine Abteilung für die Dauer des Krieges in einen engen Kontakt mit der Wehrmacht kommt. Nur so glaube ich, dass eine Arbeit mit Erfolg möglich sein wird. Ich habe nun an Sie die Bitte, mir mitzuteilen, ob nicht die Arbeitsmöglichkeiten meiner Abteilung und evtl. des ganzen Institutes für die Dauer des Krieges von zentraler Stelle aus planmässig eingesetzt werden könnte [sic].“ Erneut betonte er die hervorragende Ausstattung des Instituts, z.B. mit elektrischer Messtechnik (Apparaturen zur Kathodenstrahl-Oszillographie): „Ist es möglich, einen Einsatz dieser technischen Mittel durch das OKW [Oberkommando der Wehrmacht] zu erreichen?“ Schäfer wollte deswegen gerne mit Vertretern des OKW persönlich sprechen.⁴⁶ Doch auch dieses Mal erfüllte sich der Wunsch des Physiologen nicht. So forderte er schließlich im März den für die medizinischen Belange zuständigen Referenten des RFR Sergius Breuer auf, dieser solle eine Stellungnahme der *Heeressanitätsinspektion* erzwingen, ob die Weiterführung der Arbeiten Schäfers sichergestellt sei. Konkret verlangte er eine Weisung von oben, um den persönlichen Einsatz der Wissenschaftler in Bad Nauheim zu gewährleisten.⁴⁷

Hans Schäfer hatte schließlich Erfolg. 1941 wurde er Direktor des Kerckhoff-Instituts und im selben Jahr außerordentlicher Professor für Physiologie in Gießen.⁴⁸ Spätestens ab Mitte des Krieges stellten Schäfer und das Bad Nauheimer Institut eine der zentralen Forschungsstellen im Deutschen Reich dar. Schäfer selbst übernahm nicht nur für den RFR Untersuchungen, z.B. weiterhin zum Wundstarrkrampf, sondern auch für alle drei Wehrmachtteile. Besonders Luftwaffe und Marine zogen den Wissenschaftler für ihre Zwecke heran.

46 Ebd., Schäfer an DFG, 20.11.1940.

47 Ebd., Schäfer an Breuer, 3.3.1941.

48 Hermann Kater: Sozialpolitiker und Ärzte. 250 Kurzbiographien und Porträts. Hannover 1964, S. 290.

So untersuchte Schäfer für die Marine vor allem die Klimatisierung von U-Booten und die individuelle Toleranz gegenüber Kohlendioxyd.⁴⁹ Angesichts der immer weiteren Fernfahrten der U-Boote und der damit verbundenen längeren Aufenthaltszeiten für die Besatzungen waren dies zentrale Probleme der U-Boot-Medizin, die auch am Forschungsinstitut des *Oberkommandos der Marine* (OKM) in Carnac (Frankreich) laufend bearbeitet wurden.⁵⁰ Auch Fragen des Nachtsehens beschäftigten die Marineärzte. So interessierte sich das OKM auch für Schäfers vom RFR geförderten „Untersuchungen an überlebenden Netzhäuten“, um „die Methode der Registrierung von Netzhautströmen als Prüfmittel für die Wirkung chemischer Substanzen einzusetzen, welche das Nachtsehen verbessern. Uns sind daher durch das OKM große Reihen neuartiger Pharmaka verschiedener Firmen zur Prüfung zugestellt worden, bei denen ermittelt werden soll, ob sich das Nachtsehen durch sie verbessern läßt. Die Methode verspricht, außer interessanten Einblicken in die retinalen Faktoren der Dunkeladaption einen klaren Entscheid darüber, welche dieser Substanzen im Menschenversuch ausprobiert werden sollen.“⁵¹ Leider läßt sich aus den vorhandenen Akten nicht mehr ersehen, an wem diese Versuche dann durchgeführt wurden, wahrscheinlich aber an deutschen Marinesoldaten, da die Versuchsbedingungen so real wie möglich gehalten werden sollten.

Für die Luftwaffe erforschte Schäfer unter anderem die elektrischen Begleiterscheinungen der Anoxämie und der Hyperventilation sowie die Steigerung der Höhen- und Beschleunigungsfestigkeit der fliegenden Besatzung.⁵² Bei beiden Projekten handelte es sich um zentrale Fragen der Luftfahrtmedizin, an denen alle Luftwaffenphysiologen an Universitäten, sonstigen Forschungseinrichtungen und sogar in Konzentrationslagern arbeiteten. Schäfer gehörte somit zu dem luftfahrtmedizinischen Netzwerk,⁵³ dessen Mitglieder untereinander kommunizierten und nicht zuletzt auf Fachtagungen und Konferenzen Ergebnisse austauschten.

49 BAArch Berlin, R 26 III/3, Zusammenstellung der von der Kriegsmarine im Monat erteilten Forschungsaufträge, März und August 1944, Bl. 69 und 173.

50 Hartmut Nöldeke, Volker Hartmann: Der Sanitätsdienst in der deutschen U-Boot-Waffe und bei den Kleinverbänden. Geschichte der deutschen U-Boot-Medizin. Hamburg 1996, S. 163 ff.

51 BAArch Koblenz, R 73/14197, Bericht Schäfer, o.D.

52 BAArch Berlin, R 26 III/220, Medizinische Forschungsaufträge des OKL.

53 K.H. Roth: Strukturen, Paradigmen und Mentalitäten in der luftfahrtmedizinischen Forschung des „Dritten Reichs“ 1933 bis 1941: Der Weg ins Konzentrationslager Dachau, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 15 (2000), S. 49-77.

Auch an der Waffenentwicklung war Schäfer beteiligt. In Zusammenarbeit mit der Erprobungsstelle der Luftwaffe und dem Pharmakologischen Institut der Universität Innsbruck erforschte er im Tierversuch an Hunden „Kreislauf und Atmung beim Detonationstod“, wie der Titel eines von ihm verfassten Manuskripts lautet.⁵⁴ Könnte man in diesem Fall noch von einer medizinischen Studie sprechen, bei der es darum ging, die verheerende Wirkung von Explosivstoffen auf den Menschen zu untersuchen, um entsprechende Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, d.h. eine defensive Ausrichtung der Forschung, so wird bei den für das *Oberkommando der Luftwaffe* (OKL) durchgeführten Untersuchungen zur „Nutzbarmachung der Detonationswirkung als zusätzliche Waf-fenwirkung“ ein eindeutig offensiver Charakter erkennbar.⁵⁵

Was bleibt bei dieser Karriere im Zweiten Weltkrieg als Fazit? Hans Schäfer war ein fähiger und anerkannter Physiologe, der sich gleich zu Kriegsbeginn energisch und nachdrücklich bemühte, sein Institut und die dortigen Forschungen in den Dienst der deutschen Kriegsmaschinerie zu stellen. Dass dies aus Patriotismus und Pflichtgefühl geschah, kann auf Grund seiner sozialen Stellung angenommen werden, deutlich wird in seinen Briefen an die DFG und den RFR jedoch sein (verständlicher) Wunsch nach Fortführung der wissenschaftlichen Arbeiten, was gleichzeitig bedeutete, nicht zur Wehrmacht und damit eventuell zur kämpfenden Truppe eingezogen zu werden. Allerdings hatte Schäfer der Wehrmacht auch etwas anzubieten, nämlich seine fachlichen Kenntnisse, die er nach langem Drängen auch tatsächlich nutzbringend anwenden konnte, indem er für Marine und Luftwaffe entscheidende medizinische Fragestellungen behandelte. Insofern ist M. G. Ash zuzustimmen, dass Wissenschaft und Militär Ressourcen füreinander bereit hielten, die es verbieten, von einer „Instrumentalisierung“ oder „Opferrolle“ der Wissenschaftler zu sprechen, da dadurch die aktive Rolle, die typisch für viele Forscher im Dritten Reich war, aus dem Blickfeld gerät.⁵⁶ Bemerkenswerterweise fühlte sich Hans Schäfer auf Grund seiner katholischen Herkunft dem NS-Regime weltanschaulich durchaus nicht verbunden, wie auch das Parteigerichtsverfahren vor dem Gau-Gericht Hessen-Nassau 1942 zeigte, in dem ihm mangelndes Engagement und fehlender Einsatz für die NS-Ideologie vorgeworfen

54 BA-MA, RH 12-23/1379.

55 BArch Berlin, R 26 III/220, Medizinische Forschungsaufträge des OKL.

56 Mitchell Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 32-51.

wurde.⁵⁷ Seiner wissenschaftlichen Karriere hat dies jedoch nicht geschadet, da in der Ausnahmesituation des Krieges seine Qualitäten als Physiologe weitaus wichtiger waren als seine ideologische Standfestigkeit. Durch seine wissenschaftliche Arbeit und seinen bemerkenswerten Kriegseinsatz hat Schäfer genau die Erwartungen erfüllt, die das Regime an ihn gestellt hatte. Allerdings war - wie im Folgenden gezeigt wird - der Boden bestens bereitet: Schon lange vor dem Krieg folgte die höhenphysiologische Forschung in Gießen und Bad Nauheim ganz den Bedürfnissen einer schlagkräftigen Luftwaffe.

III. Karrieren im Krieg

Indem den beruflichen Lebenswegen der Gießener Extraordinarien, Albert Johann Anthony, Heinrich Kliewe und Hellmuth Deist, nachgegangen und den Spuren ihrer wissenschaftlichen Aktivitäten vor und nach ihrer Gießener Zeit gefolgt wird, sollen nicht nur die Beziehungen innerhalb der nationalsozialistischen Forschungslandschaft punktuell beleuchtet werden, sondern es sollen spezifische durch das nationalsozialistische Regime und den Krieg bedingte Karrieren innerhalb des Militärs, die die Grenzen des ärztlichen Ethos berührten oder sprengten, aufgezeigt werden.

a) Unterdruckkammer- und Unterkühlungsexperimente: Albert J. Anthony in Hamburg, Gießen und Berlin (Oehler-Klein)

Professor Anthony, von 1937 bis 1939 zunächst zweiter, dann ab April 1937 erster Oberarzt an der Medizinischen und Nervenklinik in Gießen, hätte sicher in Friedenszeiten ohne größere Probleme eine glänzende akademische Laufbahn verzeichnen können.⁵⁸ Nun aber offenbart sein Werdegang, wie wissenschaftliche Ambitionen im Verbund mit den plötzlich sich ergebenden Chancen und Zwängen der Kriegslage den aufstrebenden Extraordinarius der Gießener Fakultät zu einem aktiven Funktionsorgan des verbrecherischen NS- Regimes werden ließen.

57 Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv (im Folgenden HHStA) Wiesbaden, Abtl. 520/Fri 2403/46 - K 73. Ein ehemaliger Mitarbeiter Schäfers, der wegen seiner teilweise jüdischen Abstammung in Gießen viele negative Erfahrungen machen musste, bedankte sich nach dem Krieg bei Schäfer und erwähnte das ausgesprochen liberale und freundliche Klima am Institut, das ihn damals sehr gestützt habe. Vgl. ebd.

58 Anthony stand mehrfach ausgestattet mit hervorragenden Gutachten auf Vorschlagslisten für die Besetzung von Lehrstühlen, so in Köln, Düsseldorf, Rostock, Halle. Vgl. UAG, PrA Med Nr. 2, Albert J. Anthony; vgl. weiter BArch, Berlin (ehemals BDC) Anthony; Albert Johann, 23.10.1901.



Abb. 1: Albert Johann Anthony. Foto: Universitätsarchiv Rostock, Personalakte

Die in den Nürnberger Ärzteprozessen zu beklagende Unvollständigkeit in der Aufarbeitung der Medizinverbrechen lag auch an dem Fehlen mancher Personen auf der Anklagebank: So zum Beispiel Albert Johann Anthony, der zur Zeit der Prozesse in Rostock die Medizinische Poliklinik leitete und der im August 1947, also im Monat der Urteilsverkündung in den Prozessen, dort ermordet wurde. 1947 sollte er aus seiner Position in Rostock laut Beschluss der Entnazifizierungskommission wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP entlassen werden,⁵⁹ was bedeutet, dass die dortigen Behörden überhaupt keine Kenntnis von seiner inhaltlichen Tätigkeit während des Krieges hatten und die Amerikaner und Engländer ihnen auch keinerlei Informationen zukommen ließen.⁶⁰

Flugmedizinische Forschung in Gießen und Bad Nauheim vor dem Krieg:

Wahrscheinlich wegen seiner Erfahrungen in der flugmedizinischen Forschung wurde Anthony von dem Direktor der Medizinischen und Nervenklिनик, Professor Helmuth Reinwein,⁶¹ nach Gießen geholt.⁶² Anthony wurde noch in Gießen zum beamteten Extraordinarius

59 BArch Berlin, FB 10, Bl. 374: Schreiben an den Herrn Kurator der Universität Rostock 6. Juni 1947; vgl. auch BArch Berlin, FB 11, S. 69.

60 Anthonys Personalakte im Universitätsarchiv Rostock vermerkt lediglich im Lebenslauf: 17.6.1940-31.5.1944 Referent bei Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe. Vgl. dort, Bl. 18. Das Gutachten des Rektors der Universität Rostock vom 26.10.1946 stellt Anthony unter Bezug auf die Untersuchungsergebnisse des Blocks antifaschistischer Parteien ein Unbedenklichkeitszeugnis aus. Vgl. ebd., Bl. 59. In dem Schreiben des Dekans an die Deutsche Zentralverwaltung Abtlg. für Volksbildung in Berlin vom 1.8.1947 heißt es, Anthonys Arbeiten zur Lungen- und Herzdynamik hätten „seine Beschäftigung mit Forschungsarbeiten beim Reichsluftfahrtministerium, die ebenfalls unpolitisch zu werten ist“, veranlasst. Ebd., Bl. 62.

61 Reinwein war gleichfalls Verwaltungsdirektor der Universitätskliniken von 1934 bis 1938; u.a. zu Reinweins Mitgliedschaften in der Partei und ihren Gliederungen vgl. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Frankfurt a.M. 2003, S.489 f.

62 Vgl. das Schreiben Reinweins vom 23.12.1937 (UAG, PrA Med Nr. 2, Albert J. Anthony, Bl. 27): „Ich habe Herrn A. seinerzeit gebeten, zu mir zu kommen. Es geschah dies aus verschiedenen Gründen: 1. Herr A. hat auf Grund seiner Arbeiten gezeigt, dass er an wissenschaftlichen Fragen sehr interessiert ist. Zum Teil noch mit Prof. Brauer zusammen, später ganz selbstständig hat er gerade auf dem Gebiet der Atmungsphysiologie sehr wichtige und wertvolle Beiträge geliefert. [...] Auf Grund dieser Arbeiten war Herr A. schon seit 1926 Mitarbeiter am Institut für Luftfahrtmedizin. Trotzdem Herr A. schon verschiedentlich Gelegenheit hatte, Krankenhäuser zu übernehmen, hat er es aus wissenschaftlichem Interesse vorgezogen, weiter an der Klinik zu bleiben.“ Vgl. weiter das Gutachten von Prof. Dr. G. v. Bergmann, Direktor der II. Med. Universitätsklinik der Charité, vom 20.3.1936; BArch, Berlin (ehemals BDC), REM, Anthony, Albert, 23.10.1901, Bl. 1433.

ernannt.⁶³ Er war ein hoch qualifizierter Wissenschaftler, der seit 1926 auf dem Gebiet der luftfahrtmedizinischen Forschung tätig war. Zwar war Anthony 1937 aufgrund der offiziellen Begründung Reinweins, an der Klinik herrsche akuter Personalmangel, der Medizinischen Fakultät per Erlass zugeteilt worden, aber Anthonys Arbeiten passten hervorragend in die ab 1935 auch in Bad Nauheim und Gießen intensivierte flugmedizinische Forschung. Anthony publizierte - gezielt seit 1935 - zur Physiologie der Atmung, der Atemmechanik im Unterdruck, der Herz-Kreislaufforschung bei Gabe von verschiedenen Sauerstoffkonzentrationen und Luftgemischen, zu den Verhältnissen beim Lungenkollaps und insbesondere zu der Atmung im Unterdruck.⁶⁴ Die Anträge Anthonys auf Sachbeihilfe bei der DFG und die diesbezüglich von ihm verfassten Berichte standen ab 1937 ebenfalls in diesem Kontext.⁶⁵ Mit seinen Arbeiten qualifizierte sich Anthony gleichermaßen für seine spätere Stellung in der Sanitätsinspektion der Luftwaffe. Professor Reinwein hatte sich zunächst für die Bestimmung des Grundumsatzes und für die Gasstoffwechselanalyse zur Feststellung der zweckmäßigsten Ernährung des Gesunden und Kranken interessiert. Dies geht aus Schriftwechseln mit der DFG bis 1936 hervor. 1938 hingegen stellte Reinwein einen Antrag auf Sachbeihilfe für eine Forschungsarbeit zur „Einwirkung hochprozentiger Sauerstoffgemische auf den gesunden und kranken Menschen“. Der Leiter der Fachgliederung Wehrmedizin bat in einem Schreiben an den Präsidenten der DFG vom 2. Juni 1938, Professor Reinwein hierin in jeder Hinsicht zu unterstützen. Die im Oktober 1939 eingeforderte Begründung der Kriegswichtigkeit lieferte Reinwein umgehend mit dem Hinweis auf eine bald einsatzfähige Methode auf einfache Weise „den Grad des Sauerstoffmangels beim kranken Menschen oder bei bestimmten Einwirkungen z.B. Höhe oder Gasvergiftung, zu bestimmen.“⁶⁶ Auch Reinwein sprang somit auf den Zug der lukrativen kriegswichtigen Forschung auf und fand in dem Hamburger Extraordinarius Anthony, der in Gießen durch seine Zusammenarbeit mit dem Physiologen Eberhard Koch bereits bekannt und geschätzt war, einen geeigneten Mitarbeiter.

Die nun auch von Reinwein betriebene höhenphysiologische Forschung war von Eberhard Koch, dem Extraordinarius am Gießener Physiologischen Institut und zugleich stellvertretenden Leiter des Instituts für

63 Der Antrag der Fakultät stammt vom Juli 1939, die Ernennung erfolgte im September 1939, ab 1.10. übernahm Anthony die Leitung der Medizinischen Klinik des Stadtkrankenhauses Offenbach und wurde 1940 an die Universität Frankfurt umhabilitiert.

64 Vgl. die flugmedizinisch ausgerichtete Arbeiten Anthonys (aus der Publikationsliste in: BArch, Berlin (ehemals BDC) Anthony; Albert Johann, 23.10.1901.

65 BArch Koblenz, R 73 10071.

66 BArch Koblenz, R 73 13898.

wissenschaftliche Forschung und Fortbildung der William G. Kerckhoff-Stiftung in Bad-Nauheim⁶⁷, gezielt vorangetrieben worden. Koch, seit 1934 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Kreislaufforschung und Obmann der Arbeitsgruppe „Kreislauf“ des Ausschusses für Flugmedizinische Forschung bei der Vereinigung für Luftfahrtforschung, die dem Reichsluftfahrtministerium (RLM) unterstellt war, hatte bereits seit 1935 in dieser Arbeitsgruppe⁶⁸ mit Anthony zusammengearbeitet und publiziert. Anthonys Wechsel von Hamburg nach Gießen war somit nicht nur für die Medizinische Klinik, sondern für die bereits bestehende Forschung zur Höhenphysiologie in Gießen und Bad Nauheim ein Gewinn. Bad Nauheim hatte sich schließlich inzwischen zu einem Zentrum luftfahrtmedizinischer Forschung entwickelt⁶⁹ und war mehrfach Standort großer physiologischer Tagungen und Kongresse.⁷⁰ 1936 war dort „eine der größten bioklimatischen Stationen der Welt“, eine Unterdruckkammer⁷¹ installiert worden und Koch

67 Der eigentliche Leiter, Professor Franz Groedel, sah sich gezwungen wegen seiner jüdischen Herkunft 1933 zu emigrieren. Koch betrieb anlässlich seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Physiologie in Gießen die Anbindung des W.G. Kerckhoff-Institutes an das Universitätsinstitut als Abteilung für angewandte Kreislauf-Physiologie. Vgl. hierzu die Denkschrift aus dem Jahr 1938 „Zur Frage einer Personalunion zwischen dem Physiologischen Institut Giessen und dem William G. Kerckhoff-Institut in Bad-Nauheim“, die vom hess. Reichsstatthalter begrüßt wurde und der Fakultät zur Stellungnahme übermittelt wurde. Die Angliederung und die Personalunion wurde genehmigt. UAG, PrA Med Nr. 7, Eberhard Koch. Offenbar wurde die Angliederung jedoch nicht durchgeführt.

68 Vgl. Archiv des Deutschen Museums München (im Folgenden DMM), ZWB/ZLDI Berichte, LG 053/003, Bericht über die Tagung in Berlin am 14. Februar 1936, Anlage 4, hier Bericht über die Tätigkeit und Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2: „Kreislauf“, S. 35-36.

69 Zur Entwicklung der luftfahrtmedizinischen Forschung ab 1934 vgl. Karl-Heinz Roth: Tödliche Höhen: Die Unterdruckkammer-Experimente im Konzentrationslager Dachau und ihre Bedeutung für die luftfahrtmedizinische Forschung des „Dritten Reichs“. In: Angelika Ebbinghaus, Klaus Dörner (Hg.): Vernichten und heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen. Berlin 2002, S. 110-151. Ab 1934 setzte die Förderung durch das Reichsluftfahrtministerium (RLM) für diese Art der Forschung ein: die dem RLM unterstellte Vereinigung für Luftfahrt-Forschung (VLF) gründete 1934 einen Ausschuss für Flugmedizinische Forschung unter Vorsitz des Göttinger Physiologen Hermann Rein und seinem Stellvertreter Theodor Benzinger, es wurden Arbeitsgruppen gebildet. 1935 wurde eine eigene Abteilung für Luftfahrtmedizin im RLM eingerichtet. Zu dem Netzwerk der etablierten luftfahrtmedizinischen Abteilungen vgl. ebd., S. 111 f. Das W. G. Kerckhoff-Institut in Bad Nauheim war eines der 1935 bereits existierenden Forschungseinrichtungen. Vgl. auch Gießener Anzeiger, 13.6.1935.

70 U.a. Deutscher Physiologen-Kongress, Gießen-Bad-Nauheim 4.-7. Sept. 1936.

71 Laut Gießener Anzeiger vom 15.4.1936 besaß sie auch die bisher größte Klimakammer. Nach Mitteilung von Professor E. Simon, Max-Planck-Institut, Bad Nauheim, war bereits 1932 eine Klimakammer in Bad Nauheim vorhanden, die jedoch - nach den wenigen in den nachfolgenden Jahresberichten dokumentierten Veröffentlichungen zu urteilen - ausschließlich bioklimatologischen Untersuchungen, z.B. der Untersuchung

war aufgrund eines persönlichen Vertrages mit der Luftwaffe zum Leiter der dort ansässigen Fliegeruntersuchungsstelle⁷² bestellt worden. Zu den Forschungsvorhaben in Bad Nauheim gehörte auch die Entwicklung von Untersuchungsmethoden für die im ganzen Reich nun etablierten Fliegeruntersuchungsstellen, die die Auswahl Höhen geeigneter Piloten vornehmen mussten. Institutionelle Voraussetzungen für den Erwerb der neu geschaffenen Weiterbildung zum „Luft- oder Fliegerarzt“ (Facharzt) wurden dort eingerichtet.⁷³ Die Nutzung der Unterdruckkammer in Bad Nauheim war von vornherein an die Interessen der Luftwaffe geknüpft. Deutlich wird dies u.a. auch an verschiedenen Vorträgen, die 1936 auf einer Veranstaltung von NS-Ärztbund und Oberhessischer Gesellschaft für Natur- und Heilkunde gehalten wurden. Der Vorsitzende der Medizinischen Abteilung, der Gießener Anatom und aktive Nationalsozialist Professor Hellmuth Becher, führte aus: „Nachdem der Führer unserem Vaterlande zur Verteidigung die Luftwaffe geschenkt habe, sei es jetzt auch Pflicht des Mediziners, sich mit der Luftfahrt zu befassen [...]“. ⁷⁴ Forschungen in den folgenden Jahren (s.u.) beschäftigen sich mit den Problemen des Unterdrucks in Höhen von 4 bis 9 Kilometern, also keineswegs Höhen, in denen Zivilflugzeuge flogen; sie beschäftigten sich mit der Frage, inwieweit durch die Zufuhr von reinem Sauerstoff oder Sauerstoffgemischen die gefährliche Höhenkrankheit, durch welche man häufig Besatzung und Maschine verlor, vermieden werden konnte.

biologischer Einflüsse des Ionisierungsgrades der Luft, diene. „Die bioklimatologischen Untersuchungen wurden wenige Jahre später eingestellt, ca. 1937. Von da an finden sich keine Hinweise mehr, daß diese Kammer noch verwendet wurde bzw. funktionsfähig war.“

72 Zum Vertrag zwischen Koch und der Luftwaffe vgl. die in Anm. 67 zit. Denkschrift Kochs. 1939 wurde die Untersuchungsstelle in das Physiologische Institut transferiert und unterstand der Leitung von Anthony. 1941 gehörte sie wieder zum Kerckhoff-Institut. Vgl. auch UAG PrA Nr. 2448, Bl. 77: Abschrift eines Schreibens von Koch an den Rektor, 29.4.1941: „1. Flieger-Untersuchungsstelle: Die Flieger - U-Stelle ist auf Anordnung des Luftgaurztes nicht in die Räume der Körperkultur sondern in das Kerkhoff-Institut Bad Nauheim verlegt worden. Der Mietvertrag wird aufgehoben werden.[...] Nach Rücksprache mit Professor Anthony, der z. Zt. Sachbearbeiter bei der Sanitäts-Inspektion ist, soll mir demnächst eine Prüfstelle übertragen werden; dadurch würden wir Gelegenheit haben, die von der Inspektion erteilten Forschungsaufträge an Soldaten der Luftwaffe auszuführen.“

73 Vgl. den Gießener Anzeiger vom 13.6.1935.

74 Ebd. Koch referierte über die Untersuchungen zur Anpassungsfähigkeit des Organismus an große Höhen und über Trainingseffekte. Auch die Referate seiner Mitarbeiter standen im Kontext der Höhenphysiologie.

Gießener Experimente:

Die Unterdruckkammerversuche wurden von Anthony - so weit bekannt - im Scheinaufstieg bis zu einer Nennhöhe von sieben Kilometern ohne Sauerstoffzugabe⁷⁵ bzw. von Koch oder seinen Doktoranden bis zu neun Kilometern unter Zuführung von Gemischluft mit 3% Sauerstoff⁷⁶ durchgeführt. Teilweise wurden sie bis zum Erreichen kritischer, d.h. ohne sofortigen Abbruch lebensbedrohlicher Schwellen ausgedehnt, wobei der Kollaps der Versuchsperson - hervorgerufen durch Sauerstoffmangel - in Kauf genommen wurde.⁷⁷ Die Versuche wurden vermutlich an Studenten und Soldaten vorgenommen, wobei über die Freiwilligkeit nur in einem besonders gefährlichen Versuch berichtet wird.⁷⁸ Obwohl immer wieder, auch von Anthony, die prinzipielle Unbedenklichkeit der Versuche in den Unterdruckkammern betont wurde,⁷⁹ gab es doch nach Selbstversuchen in der Unterdruck-

75 DMM, ZWB/ZLD Berichte, LG 053/003, Anlage 2 zum VLF- Tagungsbericht. Bericht über die Tagung in Berlin am 14.2.1936: Anthony: Blutgase im Unterdruck. In: Symptomatologie des Kreislaufes bei Unterdruck im Hinblick auf die Höhentauglichkeits-Prüfung (Prof. E. Koch/Kerckhoff Institut, Nauheim, Dr. A. J. Anthony/Hamburg), S. 27-32, hier S. 29.

76 Vgl. die Dissertation [Betreuer Koch] von Josef Heimes: Untersuchungen bei Atmung sauerstoffarmer Gemischluft 1942: Die Feststellung von Hubertus Strughold, dass in Höhen über 9000 m die verschiedenen Phasen der Leistungsfähigkeit zeitlich äusserst zusammengedrängt sind und mit wachsender Höhe immer näher aneinanderrücken, konnte bestätigt werden. Vgl. den Vortrag Strugholds „Die Höhenwirkung nach Unterbrechung der Sauerstoffatmung in großen Höhen“ (in: DMM, ZWB/ZLDI Berichte. DAL Schr. 1018/40g. Schriften der Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung, Vorträge gehalten in der 6. Wissenschaftssitzung der ordentlichen Mitglieder am 26. Januar 1940 Sitzungsperiode 1939/40, hier S. 14. Zur Entwicklung der weiteren Forschungen Strugholds vgl. Anm. 82.

77 Zur damals gültigen Rechtsgrundlage der Humanexperimente vgl. den Beitrag Neumann, IV, d.

78 Vgl. UAG Med Prom, Nr. 2247: Martin Nase: Untersuchungen bei Sauerstoffmangel-Beatmung mit 0% und 1,1% O₂ mit fortlaufender Verzeichnung der Pulszeiten und der Atmung. Gießen 1945, S. 2: „Als Vm. [Versuchsmänner] standen 51 kräftige und voll leistungsfähige, nicht höhenakklimatisierte Soldaten der Luftwaffe im Alter von 19 bis 29 Jahren zur Verfügung.“ Dazu der Bericht von Koch: „Die Zeiten die der Mensch bei verschiedenen starkem, akuten O₂-Mangel auszuhalten vermag, sind schon länger bekannt. Es fehlt aber noch die vor allem theoretisch wichtige Erkenntnis, wie lange das völlige Fehlen des O₂ vertragen wird. N. hat diese Frage mit anerkennenswerter Gewissenhaftigkeit und Geschicklichkeit bearbeitet. Dabei muß betont werden, daß diese Versuche, zu denen sich Angehörige der Schülerkompanie und des Fliegerhorstes freiwillig zur Verfügung stellten, nicht ganz ungefährlich waren, und hohe Anforderungen an die Wachsamkeit des Versuchsleiters stellten. [...]“

79 Vgl. DMM, ZWB/LG/112: Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung: (Geheim-) Bericht über die Tagung am 21. und 2. April 1939 in Göttingen, Aussprache: Anthony, S. 17.

kammer Klagen über gesundheitliche Störungen⁸⁰ und auch der Tierversuch schien die Gefahr möglicher Dauerschäden nach mehrfachen Unterdruckkammeraufenthalt anzuzeigen.⁸¹

Zwar mögen die Gießener Experimente den heutigen Betrachter schockieren, doch sind diese Versuche Anthonys und Kochs nicht mit den 1942 im Konzentrationslager Dachau vorgenommenen quälenden Unterdruckkammerversuchen an unfreiwilligen Versuchspersonen mit teilweise einkalkuliertem und provoziertem tödlichen Ausgang gleich zu setzen: Die Belastbarkeit der Versuchspersonen in den hier erwähnten Versuchen war im Prinzip bekannt,⁸² das vorhandene Risiko kalkulierbar und eine dauerhafte Schädigung der Versuchspersonen sollte vermieden werden.

Nachdem Koch am 1. Oktober 1939 das Ordinariat für Physiologie in Gießen übernommen hatte, widmete er sich mit großem Erfolg in Kooperation mit dem 1941 aus Hamburg nach Gießen berufenen Ordinarius für Augenheilkunde der Frage des Raumsehens im Unterdruck.

80 BArchiv Koblenz, R 73 10338, Schreiben von Wilhelm Blasius vom 6.11.1940, „durch die bei der Durchführung der Unterdruckkammerversuche aufgetretenen Erkrankungen [seien] erhebliche Kosten“ entstanden.

81 Der Chef der Sanitätsinspektion der Luftwaffe (1935 als 14. Abt. des Reichsluftfahrtministeriums gegründet) und spätere direkte Vorgesetzte Anthonys, Oberstarzt Professor Erich Hippke, erklärte auf einer Sitzung der deutschen Akademie für Luftfahrtforschung 1938: „Wir müssen daher mit diesen Versuchen sehr vorsichtig sein und sie in jedem Fall in der Hand von Ärzten lassen. Da diese Fragen noch ungeklärt sind, haben wir uns entschlossen, Tierversuche anzusetzen, bei denen die Tiere immer erneut eingeschleust, später dann getötet, sezziert und untersucht werden. Schon jetzt ist es sicher, dass sowohl im Gehirn als auch im Herzmuskel sich sehr erhebliche Veränderungen zeigen können, Blutungen, Erweiterungen, Narben [!] Schwielen, die darauf hindeuten, dass wir diese Dinge sehr vorsichtig anfassen müssen. Sie können überzeugt sein, dass wir das auch tun.“ DMM, ZWB/ZLDI Berichte, DAL Schr. 1009/39 Schriften der Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung, Aussprache, S. 86 ff.

82 Vgl. Hubertus Strughold: Die Zeitreserve nach Unterbrechung der Sauerstoffatmung in großen Höhen. II. Mitteilung. In: Luftfahrtmedizin. Unter Mitwirkung von Stellen der Luftfahrt von Ludolph Brauer, Hermann Friedrich Rein, u.a. (Hg.), Bd. 5, 1941, S. 66-75. Strughold referiert auf S. 72 Forschungen von Erich Opitz bis zur simulierten Höhe von 9 Kilometern, in der die Phase der Leistungsfähigkeit noch 1 Minute andauert. Auf S. 69 heißt es: „Bis zur Störungsschwelle dauert es in 8000 m nur einige Minuten, in 9000 m kaum 1 Min. Und entsprechend rasch folgt hier die kritische Schwelle sowie die Todesschwelle. Letztere ist in den Abb. 3 und 6 nicht verzeichnet; sie ist auch nicht genau anzugeben. Die Erfahrung [welche?] aber lehrt, daß in diesen extremen Höhen verschiedentlich nach Eintritt von Bewußtlosigkeit die Betroffenen schon nach kürzester Zeit nicht mehr ins Leben zurückzurufen waren.“ Beachtenswert zur Einschätzung der Arbeit Anthonys (s.u.) und des Wissens über vorgenommene Versuche (evtl. auch diejenigen in Dachau) ist der persönliche Bekanntheitsgrad aller mit der Luftfahrtmedizin befasster Forscher, die sich immer wieder auf Tagungen trafen und über den Stand der Forschungen berichteten.

Koch entwickelte in Gießen eigens ein Raumsehprüfgerät.⁸³ Die Ergebnisse von Kochs Untersuchungen mit diesem Gerät wurden 1943 auf einer Tagung im *Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstitut* des *Reichsluftfahrtministeriums* in Berlin vorgestellt.⁸⁴ Leiter der Tagung war Anthony, der nun als medizinischer Referent in der Sanitätsinspektion der Luftwaffe tätig war. Die von Koch initiierten Doktorarbeiten⁸⁵ und auch eigene Forschung betrafen die Verschlechterung des Raumsehens bei verschiedenen Höhenstufen, zum Beispiel der Präzisionsabnahme und der Verlängerung der Einstellzeiten. Kochs Referate zu den entsprechenden Dissertationen zeichnen sich - allerdings erst während des Krieges - dadurch aus, dass er deren militärische Bedeutung für die Luftfahrtmedizin herausstellte.⁸⁶ Die Forschungen Kochs orientierten sich entsprechend seiner Möglichkeiten an den akut anstehenden militärärztlichen Problemen. Dies lässt sich auch an seinen sich ändernden wissenschaftlichen Aktivitäten während des Krieges nachweisen. Im Jahr 1942 wurde unter Koch eine Doktorarbeit fertiggestellt mit dem Titel „Einfluß tiefer Temperaturen auf das Elektrokard-

83 Vgl. Koch, Eberhard: Ein neues Raumsehprüfgerät. In: *Luftfahrtmedizin*. Unter Mitwirkung von Stellen der Luftfahrt von Ludolph Brauer, Hermann Friedrich Rein, u.a. (Hg.), Bd. 5, 1941, S. 317-321.

84 Vgl. DMM, ZWB/ZLDI Berichte, R.D.L., Ob. d. L. Tagungsbericht 8/43.

85 Vgl. UAG: Med Prom, Nr. 2139, Med Prom, Nr. 2168, Med Prom, Nr. 2251. Eine andere Dissertation, die von der Sanitätsinspektion als „geheim“ eingestuft wurde, veranlasste offenbar, dass man sich in Berlin eingehend mit der Frage geeigneter Filter zur Verbesserung des Raumsehens befasste. Med Prom, Nr. 2201. Koch schrieb in seinem Bericht: „Auf Grund dieser Ergebnisse wurde im Jahre 1942 von der San. Inspektion der Lw. eigens eine Tagung in Berlin abgehalten, zu der Vertreter sämtlicher Wehrmachtsteile sowie der Wissenschaft zugezogen waren, und auf der während des ganzen Tages ausschließlich die in der Arbeit behandelten Fragen erörtert wurden. Die Dissertation hebt sich aus dem üblichen Rahmen heraus; es wird deshalb auf Anregung des Dekans [H. Boehm] die Note: Summa cum laude beantragt.“

86 Untersuchungen bei Atmung sauerstoffarmer Gemischluft 1942; Med Prom, Nr. 2096. Über das Verhalten der Herzschlagzahl und des Blutdruckes bei längerem Aufenthalt in vermindertem Luftdruck 1937; Med Prom, Nr. 1824. Das Verhalten des Atem-Minutenvolumens während des Auf- und Abstieges in der Unterdruck-Kammer 1938; Med Prom, Nr. 1883. Systolischer Blutdruck und Pulsfrequenz bei Scheinaufstiegen in der Unterdruckkammer 1939; Med Prom, Nr. 1964. Untersuchungen bei Sauerstoffmangel-Beatmung mit 0% und 1,1% O₂ mit fortlaufender Verzeichnung der Pulszeiten und der Atmung 1945; Med Prom, Nr. 2247. Vergleichende Untersuchungen über das Raumsehvermögen mit dem Raumsehprüfgerät nach Koch und dem Zeiß-Stereoskop mit den Prüftafeln nach Pulfrich 1943; Med Prom, Nr. 2168. Das Raumsehen bei akutem Sauerstoffmangel 1943; Med Prom, Nr. 2162. Elektrokardiographische Beobachtungen bei der fliegerärztlichen Untersuchung 1944; Med Prom, Nr. 2211. Untersuchungen bei N₂-O₂-Gemischatmung von 8,1% und 8,3% Sauerstoff mit fortlaufender Verzeichnung der Pulszeitkurve und Atmung 1944; Med Prom, Nr. 2205.

diogramm.⁸⁷ Diese Thematik korrespondierte mit den akuten Problemen der Wehrmacht bezüglich der Pathologie der Erfrierungen und Unterkühlungen - Probleme die sich insbesondere durch den extrem kalten Winter 1941/42 im Osten ergaben. Die vermuteten Herz-, Kreislaufprobleme bei Unterkühlung suchte ebenfalls - allerdings in grenzüberschreitender Weise - die Sanitätsinspektion der Luftwaffe im Humanexperiment zu lösen. Hierin war Anthony, der seit Kriegsbeginn eine ganz andere Karriere als Koch durchlief, verwickelt.

Anthonys Arbeit als medizinischer Referent in der Sanitätsinspektion der Luftwaffe:

Anthony wechselte ebenfalls im Oktober 1939 seine Stellung und übernahm zunächst den Chefarztposten in der Medizinischen Klinik des Stadtkrankenhauses Offenbach.⁸⁸ Im August 1940 wurde er dann in die Sanitätsinspektion der Luftwaffe⁸⁹ versetzt, um dort bis Mai 1944 mit großem Erfolg⁹⁰ „alle luftfahrtmedizinischen Fragen zu bearbeiten und die Ergebnisse der Forschung für die Truppe auszuwerten.“⁹¹ In der

87 Mit „sehr gut“ bewertet erschien diese Arbeit in der Zeitschrift für Kreislaufforschung Band 34, Heft 17, 1942, S. 579-587; Med Prom, Nr. 2099. Nachgewiesen wurde die Herzaktivität des Frosches, *Rana temporaria*, noch bei Minustemperaturen und das Fehlen von Rhythmusstörungen (wie beim Warmblüter unterhalb von 30°C). In dem Bericht an Max De Crinis, Referent für medizinische Fragen im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, über die Nichtgenehmigung der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kreislaufforschung begründet Koch die Notwendigkeit wenigstens der Drucklegung der vorgesehenen Beiträge mit deren Kriegswichtigkeit (u.a. Forschung zu Kälteschäden). BArch Berlin (ehem. BDC) Wi, Koch, Eberhard, 16.4.92.

88 Koch löste Anthony in der Leitung der am physiologischen Institut eingerichteten Fliegeruntersuchungsstelle, die dieser 1939 versah, ab. In der Personalakte aus Rostock ist vermerkt, dass Anthony ab 19.2.1940 einberufen und ab 17.8.1940 zur Sanitätsinspektion nach Berlin versetzt worden sei.

89 Sein ehemaliger Vorgesetzter im Hamburger Institut, Prof. Dr. Heinrich Lottig, der ebenfalls dem Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe als Referent zur Verfügung stand und genau wie Anthony „luftfahrtmedizinische Fragen und Sondermaßnahmen für das fliegende Personal“ bearbeitete, hatte sich im Herbst 1940 freiwillig zur Fallschirmtruppe gemeldet und war am 21.5.1941 auf Kreta gefallen. Vgl. L. Brauer: Dem Chef des Sanitätsamtes des NS-Fliegerkorps Prof. Dr. Heinrich Lottig zum Gedächtnis. In: Luftfahrtmedizin. Unter Mitwirkung von Stellen der Luftfahrt von Ludolph Brauer, Hermann Friedrich Rein, u.a. (Hg.), Bd. 6, 1942, S. 49-51, Zitat auf S. 50.

90 1944 wird in einem Gutachten in Hinblick auf Anthonys Bewerbung um einen Lehrstuhl berichtet: „In letzter Zeit hat er sich vor allem luftfahrtmedizinischen Problemen gewidmet und ist auch während des Krieges im Luftfahrtministerium mit Forschungsaufgaben betraut gewesen, wobei er sich sehr bewährt haben soll.“ Bemerkung in einem Schreiben des Dekans an REM vom 13.7.1944. (BArch Berlin (ehem. BDC), REM, Dietrich Siegfried.

91 BArch Berlin (ehem. BDC), PK Anthony, 23.10.190, Lebenslauf.

Sanitätsinspektion der Luftwaffe wurde er mit den Problemen der kriegsbedingten Entwicklung der Luftfahrtmedizin konfrontiert. Die neue Qualität der luftfahrtmedizinischen Forschung folgte der Eigen-
dynamik des Krieges und wurde durch das Erreichen von Fluggipfel-
höhen über 16 Kilometer und die Gefahren plötzlichen Druck- und
Sauerstoffverlustes notwendig.⁹² Die Probleme des Fluges in großen
Höhen waren infolge der auch in Gießen und Bad Nauheim durchge-
führten Forschungen durch den Bau von Flugzeugüberdruckkammern
und durch die Zufuhr von Sauerstoffgemischen gelöst worden. Aber
nachdem durch die rasanten flugtechnischen Entwicklungen Feindein-
wirkungen selbst in diesen Höhen zu befürchten waren, schienen For-
schungen interessant, die die Rettungsmöglichkeit bei plötzlichem
Druckverlust aus diesen Höhen (über 16 Kilometer) untersuchten.⁹³
Diesem Gebiet waren die quälenden und teilweise tödlich verlaufenen
Unterdruckkammerexperimente und die Experimente zur Möglichkeit
des Verbleibs in großen Höhen („Höhenlageversuche“) im Konzentra-
tionslager Dachau im Frühjahr 1942 gewidmet, in denen u.a. Druck-
sturz- und Abstiegsversuche aus bis zu 21 Kilometer Höhe simuliert
wurden. Die Versuche fanden unter der militärischen und wissen-
schaftlichen Aufsicht der - sich zunächst zurückhaltend zeigenden -
Sanitätsinspektion der Luftwaffe statt.

Als medizinischer Referent war Anthony zuständig für die sachliche
Prüfung und Abwicklung aller von der Sanitätsinspektion betreuten
Forschungsvorhaben⁹⁴ einschließlich der Humanexperimente im Kon-
zentrationlager Dachau zur Höhenphysiologie und zur Untersuchung
der Phänomene und Behandlung bei lebensbedrohlicher Unterkühlung.
Sein Engagement in seiner Berliner Stellung soll hier nur kurz referiert
werden.⁹⁵ Wie u.a. aus seinen Beziehungen zu Gießen, die auch nach
seinem Weggang für Forschungsplanung und -präsentation genutzt

92 Im April 1942 fand der Erstflug des „Raketenjägers“ Me 163 B „Komet“, der bis zu einer Dienstgipfelhöhe von 16,5 Kilometer vorstoßen konnte, statt. Noch 1944 wurde dieses Flugzeug, allerdings mit geringem Erfolg, eingesetzt. Vgl. http://www.flugzeugtechnik.info/Luftwaffenmuseum/Historisch/Me_163B_Komet/me_163b_komet.html. 14.6.2004.

93 Zu dem Kontext der Dachauer Unterdruckkammerversuche vgl. Roth, Karl Heinz: Tödliche Höhen (wie Anm. 69).

94 Anthony war vermutlich noch in weitere Humanversuche administrativ verstrickt, die hier jedoch nicht untersucht werden. Es handelte sich um Fleckfieber- und Gelbfieberforschung. Vgl. Klaus Dörner, Angelika Ebbinghaus u.a. (Hg): Der Nürnberger Ärzteprozeß 1946/47. Wortprotokolle, Anklage- und Verteidigungsmaterial, Quellen zum Umfeld. Dt. Ausg. Mikrofiche-Edition, Erschließungsband. München 2000, im Folgenden: Ärzteprozesse) 2/1426 f.; 2/1397 sowie 2/08278 ff.

95 Hierzu wird eine spezielle Veröffentlichung vorbereitet.

wurden,⁹⁶ ersichtlich ist, verfügte Anthony über vielfältige Kontakte in den Kreisen der Luftfahrtmediziner; für ein Verständnis seiner Tätigkeit in Berlin ist dieser Umstand wie auch die Beobachtung wichtig, dass er diese Kontakte offenbar neben oder sogar unabhängig von seinem obersten Chef, dem Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe, wahrnahm.⁹⁷ Anthony konferierte mit den an Forschungsvorhaben beteiligten Personen und bereitete konkret die Vergabe von Forschungsaufträgen vor. Sachlich und fachlich hielt vermutlich er - und nicht der Sanitätsinspekteur - die Fäden in der Hand. Um Forschungsaufträge durchzusprechen, Berichte für Tagungen zu verfassen, wandte man sich bevorzugt an Anthony.⁹⁸ Er hatte die Notwendigkeit eines neue Erkenntnisse versprechenden Antrages sachlich zu begutachten und seine Vorgesetzten von der Notwendigkeit des Vorhabens oder von bestehenden Alternativen zu überzeugen. Selbst entscheiden konnte er allerdings nicht, er unterschrieb Schriftstücke mit dem inhaltlich wesentlichen Vermerk „Für die Richtigkeit“, was bedeutet, dass er diese auch verfasst hat.⁹⁹ Anthony war nicht befugt, Kommandierungen zur Durchführung eines Projektes auszusprechen, aber er konnte diese sachlich durch interne Vorbereitung initiieren.

Anthonys Verantwortung für die Unterkühlungsexperimente in Dachau:

Zusammenfassend lässt sich aus der Stellung Anthonys, die er als medizinischer Referent in der Sanitätsinspektion der Luftwaffe einnahm, eine direkte Verantwortlichkeit für die Durchführung der Unterkühlungsexperimente im August 1942 im Konzentrationslager Dachau ableiten.¹⁰⁰ Diese Experimente, die auf ausdrücklichen Wunsch der

96 Vgl. Anm. 72 und 84.

97 Alle Zeugenaussagen deuten darauf hin, dass Anthony eine sehr wichtige und eigenständige Stellung in der Forschungsvorbereitung und -vergabe innegehabt hat. Vgl. die Zeugenaussage des zahnärztlichen Referenten Fritz Witt (Ärzteprozesse 2/3766), der betont, Anthony habe seine Angelegenheiten nicht aus der Hand gegeben und eine sehr vertrauensvolle Stellung unter Hippke eingenommen. Vgl. auch ebd., 2/3782: „Während Herr Prof. Hippke sich nur wenige Vorträge von den Sachbearbeitern halten liess, hat Herr Prof. Schröder jede Gelegenheit wahrgenommen, um mit den Sachbearbeitern in direkte Verbindung zu treten. Ich habe bei Herrn Prof. Hippke nicht einmal den Befehl zum Vortrag bekommen; [...]“ Vgl. auch 2/07926-7932. Anthony kannte Hippke spätestens seit 1935 persönlich.

98 Vgl. zum Beispiel Ärzteprozesse, 2/8636.

99 Vgl. Ärzteprozesse, 2/3768 f. Allerdings verschaffte erst die Unterschrift des militärischen Vorgesetzten den Anordnungen die nach außen notwendige rechtliche Gültigkeit.

100 Von der Anklagebehörde befragt, bestätigte dies im übrigen auch der Nachfolger Anthonys im Amt unter dem Vorbehalt, dass Anthony Kenntnisse von dem verbrecherischen Charakter der Experimente hatte; vgl. Ärzteprozesse, 2/08241. Infolge der Kombination der verschiedenen Quellen (s.u.: Schreiben an Himmler, Aktenführung,

Sanitätsinspektion der Luftwaffe stattfanden und denen 15 bis 18 im eisigen Wasser unterkühlte Menschen zum Opfer fielen, sollten die Todesursache bei Unterkühlung klären und die sinnvollste Rettungsmöglichkeit finden helfen, was beides gelang und offenbar zu sofortigen Anweisungen, wie Unterkühlte zu behandeln waren, führte.¹⁰¹ Anthony wusste, dass in Dachau untersucht werden sollte, warum Piloten, die nach einem Flugzeugabsturz unterkühlt aus dem Wasser geborgen wurden, noch etwa 20 bis 90 Minuten nach erfolgreicher Rettung sterben konnten. Tierexperimente zur Analyse dieses Phänomens und zu Erfolg versprechenden Rettungsmethoden liefen im Auftrag der Sanitätsinspektion der Luftwaffe seit Februar 1942. Bevor Details der Dachauer Experimente mit dem Sanitätsinspekteur der Luftwaffe im Juni 1942 besprochen wurden, hatte Anthony, der aus Termingründen an dieser Besprechung nicht teilnehmen konnte, bereits eine Akte angelegt und das vorläufige Programm für die wissenschaftliche Tagung zu Pathologie und Therapie der Unterkühlung im Oktober 1942 festgelegt. Nach dieser Planungsbesprechung im Juni, auf der zum Beispiel angemerkt wurde, dass ein Pathologe zu der Untersuchungsreihe hinzugezogen werden sollte,¹⁰² bearbeitete Anthony diesen Forschungsauftrag weiter.¹⁰³ Wenn er auch möglicherweise nicht von Anfang an mit in die konkreten Vorbereitungen bezüglich der Dachauer Unterkühlungsexperimente einbezogen war, so unterlag der Ablauf der siebenwöchigen Versuchsreihe (ab August 1942) seiner wissenschaftlichen und behördlichen Kontrolle. Anthony leitete sogar die am 26./27. Oktober 1942 in Nürnberg stattfindende Tagung „Seenot-Winternot“, auf der die tödlichen Experimente vorgestellt wurden.¹⁰⁴ Zwar versuchte der Referent, der Kieler Physiologe Stabsarzt Professor Ernst Holzlöhner, den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei der Darstellung des Todesfalles um einen Erfahrungsbericht über ein aus Seenot geborgenes Unterkühlungsopfer, doch sowohl die Anhäufung von gewonnenen wissenschaftlichen Daten, die anschließende Diskussion der Ergebnisse wie auch das von Anthony

Tagungsvorbereitung und Kompetenzen der Stellung) wird diese Kenntnis hier unterstellt.

101 Vgl. Ärzteprozesse, 2/10820 ff.

102 Vgl. Ärzteprozesse, 2/08254 und 3/03374: Anklage Exhibit 82- N0- 283: Schreiben Raschers an Himmler vom 15.6.1942.

103 Vgl. Ärzteprozesse, 2/08256.

104 Vgl. das Referat von Ernst Holzlöhner, das er auf der sogenannten Kältetagung in Nürnberg im Deutschen Hof gehalten hat, teilweise abgedruckt mit Diskussionsbeiträgen in: Tagungsbericht 7/43: Bericht über eine wissenschaftliche Besprechung am 26. und 27. Oktober 1942 in Nürnberg über Ärztliche Fragen bei Seenot und Winternot. Veranstaltet vom Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe. Leiter der Besprechung Stabsarzt Prof. Dr. A. J. Anthony. (= Mitteilungen aus dem Gebiet der Luftfahrtmedizin), S. 42-49.

öffentlich zuvor bekannt gegebene Tagungsprogramm machten für alle mit der Materie vertrauten Teilnehmer der Tagung - darunter im übrigen auch drei später nach Gießen berufene Teilnehmer¹⁰⁵ - deutlich, dass wissenschaftliche Experimente an der Schwelle zur Letalität mit (zumindest einer) Todesfolge präsentiert wurden. Anthony hatte einleitend erklärt, dass am ersten Tag der „Kältetagung“ systematische Untersuchungen, darunter also auch die referierten - experimentellen - Ergebnisse Holzlöhners, vorgestellt würden. Erst am zweiten Tag sollten Erfahrungsberichte, die dann im übrigen auch inhaltlich klar als solche erkennbar waren, vorgetragen werden.¹⁰⁶ Anthony gehörte nicht nur zu den Mitwissern im Nachhinein, sondern er war zuvor über die Zielsetzung der Versuche, die Todesopfer erforderte, und über die Durchführung der Versuche an unfreiwilligen Versuchspersonen aus Konzentrationslagern informiert.¹⁰⁷ Der Dank an Reichsführer SS Heinrich Himmler für die Unterstützung seitens der SS und den gegebenen Möglichkeiten im Konzentrationslager Dachau wurde mehrfach

105 Es kann selbstverständlich keine Aussage darüber getroffen werden, ob dem einzelnen Teilnehmer tatsächlich die Brisanz der Ausführungen Holzlöhners bewusst wurde. Ebenso selbstverständlich ist aber, dass die implizit erkennbare Art und Weise, wie die Resultate ermittelt wurden, nicht allen 95 Teilnehmern entgangen sein kann. Das gänzliche Fehlen eines - öffentlichen - Protestes oder der Bitten um Aufklärung über die Versuchsanordnung ist wohl eher auf das Bestreben der meisten Teilnehmer zurückzuführen, durch Schweigen persönliche Schwierigkeiten zu vermeiden. Zu den - auch gerichtlich geführten - Auseinandersetzungen um die Frage der Protestmöglichkeit vgl. Jürgen Peter: Unmittelbare Reaktionen auf den Prozeß. In: A. Ebbinghaus, K. Dörner: Vernichten und heilen (wie Anm. 69), S. 452-488; darin: Der Rechtsstreit mit Franz Büchner, S. 461 ff. Tagungsteilnehmer (vgl. Teilnehmerliste Tagungsbericht 7/43, Anm. 104) der später nach Gießen Berufenen waren: Der Physiologe Rudolf Thauer, ab Ende Januar 1945 von der Medizinischen Akademie in Danzig ans Kerckhoff Institut in Bad Nauheim abgeordnet, vom 1.11.1947 bis 1.08. 1951 in Philadelphia (Mitteilung von Professor R. Thauer jun., Marburg), 1951-1974 Ordinarius in Gießen, Direktor des Kerckhoff-Instituts; Hans-Jürgen Staudinger, 1959-1974 Direktor des Physiologisch-chemischen Instituts der Universität Gießen; Wolfgang Rotter, 1954-1960 Direktor des Pathologischen Instituts an der Universität Gießen.

106 Vgl. die Einführung durch Anthony in „Tagungsbericht“ (wie Anm. 104), S. 2. Das vorläufige Programm wie auch der Ablauf der Tagung zeigen, dass am ersten Tag der hier zur Debatte stehende Vortrag geplant und gehalten wurde. Vgl. Ärzteprozesse 3/00268: Tagungsprogramm; zum Tagungsablauf vgl. Mitscherlich, Alexander; Mielke, Fred (Hrsg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Neuausgabe Frankfurt/Main 1978.

107 Sehr wahrscheinlich erhielt Anthony auch den Abschlussbericht dieser Humanexperimente aus Dachau „Geheime Kommandosache: Bericht über Abkühlungsversuche am Menschen“: Ernst Holzlöhner, Sigmund Rascher, Erich Finke, Nürnberger Protokolle, Band 26, S. 561-590, Dokument Nr. 400 PS, S.167; vgl. die Erklärung Rombergs (Kopien beider Dokumente aus der KZ Gedenkstätte Dachau; Erklärung Rombergs, Archiv Nr. 8228, Dokument No 476 Ärzteprozess); vgl. aber die gegenläufige Aussage Becker-Freysengs in: Ärzteprozesse 2/7983 und 2/07990 - 2/07996, der jedoch auch eigene Interessen damit wahrte.

von Anthony bzw. von seinem Büro formuliert.¹⁰⁸ Anthony ersuchte gleichfalls um eine interne Bearbeitung der ausführlichen Berichte der Dachauer Arbeitsgruppe, in denen auch die Todesfälle deutlich dokumentiert sind: „Es wird ferner gebeten, von einer Weitergabe der Protokolle und des Berichtes an andere nichtärztliche Dienststellen abzu-
sehen.“¹⁰⁹ Die genauen Abläufe in der Planung der Dachauer Experimente werden sich vermutlich nicht klären lassen. Es bestand ein großes Interesse der Sanitätsinspektion der Luftwaffe an den Unterkühlungsversuchen, die man um so leichter initiieren konnte, als der verbrecherische Weg bereits (wenn auch zögerlich) mit den Unterdruckkammerexperimenten im Frühjahr 1942 beschritten worden war und die SS ein diesbezügliches Engagement entschieden förderte. Unabhängig davon, ob Anthony sich Anforderungen beugte, einfach nur seine Arbeit vor dem Hintergrund eines akut zu lösenden Problems erfolgreich erledigen wollte, oder ob er sogar selbst initiativ wurde in der Koordination der verschiedenen Untersuchungen auf diesem Gebiet und in der Auswahl geeigneter Forscher für derartige Versuche, bleibt doch eine Verantwortung, die sich aus seinen Kenntnissen und den Kompetenzen seiner Stellung ergibt.

Anthony- kein fanatischer Nationalsozialist:

Die von Anthony in den verschiedenen Phasen seines beruflichen Lebenslaufes ausgeübten Tätigkeiten, die er jeweils gewissenhaft und gut erledigte, waren in hohem Maße abhängig von den zeitbedingten Umständen. Seine charakterlichen und politischen Beurteilungen, die noch aus seiner Gießener Zeit stammen, weisen ihn als politisch angepassten,¹¹⁰ verantwortungsbewussten, sehr fähigen Dozenten aus.¹¹¹ Er

108 Vgl. den Dankesbrief vom 19.2.1943 an Himmler nach Abschluss der Versuche: „Fuer die grosse Hilfe, die die Zusammenarbeit mit der SS bei der Durchfuehrung der Untersuchungen fuer uns bedeutet hat“; verlesen in den Nürnberger Ärzteprozessen 2/08276; vgl. weiter den Brief Anthonys an Himmler vom 8.10.1942, Ärzteprozesse: 3/03389 ff. Dokument NO 286.

109 Ebd. Dieses Ersuchen geschah zeitlich gesehen vor der Möglichkeit, den Bericht erhalten zu haben, so dass der Brief diesbezüglich keinen Beweis dafür ist, dass Anthony den Bericht gekannt hat; es gilt hierzu das oben Ausgeführte. Dieses Zitat gibt allerdings einen Hinweis auf Anthonys Kenntnisse über die tatsächlichen Vorgänge in Dachau während der Versuche.

110 Vgl. die Abschrift einer Beurteilung durch die Studentenführung der Universität Gießen, Gau Hessen-Nassau vom 4.1.1937, im Schreiben des Rektors der Universität Gießen vom 10.1.1938 an den Rektor der Univ. Rostock: Betr. Gutachten über Herrn Prof. Dr. Albert Anthony, Oberarzt, Bezug: Dortiges Schreiben vom 16.12.1937, vertraulich. BArch, Berlin (ehemals BDC), Anthony, Albert, REM, 23.10.1901, Bl. 1447 f.

111 Schreiben Reinweins vom 23.12.1937. UAG, PrA Med Nr. 2, Albert J. Anthony, Bl. 28: „Bevor ich Herrn Anthony aufforderte, zu mir zu kommen, habe ich mich über

war im Vergleich zu seinen Kollegen am wenigsten durch den aggressiven Antisemitismus des Nationalsozialismus geprägt. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Anthony handelte im Auftrag seines Chefs, des Direktors der Medizinischen Klinik, Professor Reinwein, als er einem gerade examinierten Kollegen eine bereits zugesagte Stellung als Medizinalpraktikant an der Medizinischen Klinik wieder entzog, weil dessen Mutter jüdischer Herkunft war. Im persönlichen Gespräch mit dem Praktikanten, der immerhin im Besitz der staatlichen Genehmigung für die Ableistung des praktischen Jahres war, schien Anthony den Vorfall zu bedauern. Er gab dem Kollegen, der ihm bereits im Kolleg für Staatsexamenskandidaten als „junger Forscher“ aufgefallen war, die Anschriften von zwei mit ihm befreundeten „nichtarischen“ Ärzten in London, an die dieser sich wenden möge, um eine Anstellung im Ausland zu bekommen. Der Direktor der Medizinischen und Nervenklिनик, Professor Reinwein, hingegen wies dem jungen Kollegen sehr drastisch die Tür - unter Hinweis auf die antisemitische Stimmung in seiner Klinik.¹¹² Ebenso verweigerte Professor Koch, bei dem sich der Kandidat gleichfalls vorstellte, dem jungen Kollegen mit guten Zeugnissen die bereits in Aussicht gestellte Medizinalpraktikantenstellung, indem er sich bedauernd auf die ausgrenzenden „Sünden der Väter“ bezog.¹¹³ Gießen bildete lediglich eine - wenn auch nicht zufällige - Zwischenstation in der Karriere Anthonys und die Fakultät hatte konkret wenig mit dessen Tätigkeit in der Sanitätsinspektion zu tun: lediglich die Kontakte zu Anthony erwiesen sich für die - militärmedizinisch orientierte - Gießener Forschung als nützlich. Die u.a. aus lokalen Aktenbeständen zu erschließenden Karrieren Anthonys und auch Heinrich Kliewes (s.u.) demonstrieren aber die Mechanismen der Einbindung der Wissenschaftler in zentrale militärärztliche Positionen des nationalsozialistischen Regimes, das die Beteiligung an grenzüberschreitender Forschung fordern oder ermöglichen konnte: Die Positionierungen erfolgten aufgrund bereits erworbener besonderer Kenntnisse, wobei offener oder bewusster Widerstand gegen die geforderte Tätigkeit aufgrund einer schon vollzogenen Anpassung an das Regime durch bestehende Parteimitgliedschaften und des bereits gezeigten konformen Verhaltens nicht zu erwarten war. Skepsis oder teilweise abweichende Standpunkte stellten hingegen kein Hindernis dar.

seine charakterlichen Eigenschaften in Hamburg sehr eingehend erkundigt. Ich habe hier von seinen früheren Mitarbeitern [...] nur die allerbesten Auskünfte.“

112 Vgl. Werner Schmidt: *Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit.* Zürich 1989, S. 46-52. Vgl. das Interview mit Professor Werner Schmidt aus Hanau vom 14.10. 2003. Schmidt berichtet von den - leider erfolglosen - Bemühungen Anthonys und charakterisiert diesen als sehr liebenswürdigen Oberarzt der Klinik, der die Entscheidung seines Chefs bedauert habe.

113 Interview mit Professor Werner Schmidt, Hanau, 14.10.2003.

b) Heinrich Kliewe - ein Experte aus Gießen für biologische Kampfstoffe (Oehler-Klein)

Der Kriegseinsatz des Gießener Extraordinarius Heinrich Kliewe, der seit 1923 mit kurzer Unterbrechung in der Zeit von 1926 bis 1928 offiziell am Hygiene Institut in Gießen beschäftigt war, ist gut aufgearbeitet, so dass hier nur einige wesentliche Aspekte referiert werden. Kliewes militärmedizinische Tätigkeit, die er an der *Militärärztlichen Akademie* in Berlin und nach der Auslagerung seines Akademieinstitutes ab 1944 (s.u.) auch in Gießen vollzog, bestand in der zielstrebigsten Vorbereitung einer offensiven biologischen Kriegsführung.¹¹⁴ Für Kliewe, der als einer der wenigen damaligen qualifizierten B-Waffen-Experten auf deutscher Seite angesehen werden kann, wurden im Juni 1941 im Hygienisch-bakteriologischen Institut der *Militärärztlichen Akademie* in Berlin - auf Anregung des Leiters des *Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie* der Akademie, Professor Wolfgang Wirth,¹¹⁵ - neue Laboratorien eingerichtet. Kliewe war am 13. Januar 1941 an die *Militärärztliche Akademie* nach Berlin „zur Bearbeitung aller Fragen des B. Krieges“ versetzt worden.¹¹⁶ Aufgrund der Befürchtung, dass das von Deutschland bedrängte England den Krieg mit biologischen Waffen eröffnen würde, plante Kliewe - ab 1943 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Blitzableiter“ zur Abwehr eines Angriffs mit biologischen Waffen - bereits 1941 Gegenmaßnahmen: u.a. „Ausbringung von Hackfleisch, das verschiedene Virusarten als Erreger tierischer Seuchen enthält. Der Infektionsstoff sollte vom Flugzeug aus

114 Zu Kliewes Tätigkeit in der Militärärztlichen Akademie Berlin vgl. Erhard Geißler: Biologische Waffen - Nicht in Hitlers Arsenalen. Biologische und Toxin-Kampfmittel in Deutschland von 1915 bis 1945. (= Studien zur Friedensforschung, Hg. von Horst Fischer, Gert Krell, u.a., Bd. 13), Münster 1999. Geißler wertet u.a. die in den National Archives, College Park, MD (USA), vorhandene Handakte Kliewes aus. Prof. Geißler, Berlin-Buch, danke ich für die freundliche Erlaubnis zur Einsichtnahme. Das Institut Kliewes wurde im Rahmen der Transferierung von Teilen der Berliner Militärärztlichen Akademie ebenfalls im Frühjahr 1944 nach Gießen verlegt. Vgl. UAG, PrA Nr. 2381: „Verlegung der Lehrgruppe C der Militärärztlichen Akademie in Berlin nach Gießen für die Dauer des Krieges (1940); 1943-1945“.

115 Vgl. Geißler: Biologische Waffen (wie Anm.114), S. 293. Kliewe arbeitete auch mit Wirth 1941 und 1943 in mehreren (u.a. chemischen) Arbeitsgemeinschaften zusammen. Wirth hatte 1940 nach der Okkupation französischen Gebietes bei Paris die Existenz eines Laboratoriums festgestellt, in dem auf dem Gebiet des bakteriologischen Krieges (vor allem mit tierischen Krankheitserregern) experimentiert wurde. Später fand man noch weitere Unterlagen über das französische BW-Programm. Vgl. ebd., S. 297.

116 Vgl. ebd., S. 301. Beziehungen bestanden seit Herbst 1940. Außerdem wurde er als Referent zur Heeres-Sanitätsinspektion (S In) - als Mitarbeiter von Sektion II von S In/Wi G - kommandiert, sowie zur Gruppe VII der Gasschutzabteilung (WA Prüf 9). Zur Person Wirths vgl. Klee, Personenlexikon (wie Anm. 61), S. 681.

verstreut werden.“¹¹⁷ Klawies Arbeiten befassten sich auch mit einer Kombination von biologischen und chemischen Kampfstoffen: Eine nicht notwendigerweise tödliche (Lost-) Senfgasvergiftung sollte die Infektionsanfälligkeit mit Milzbrand erhöhen. Klawie untersuchte die Verbreitung der Anthraxsporen durch mit Leichterde gefüllte Granaten und befasste sich (als einer der Ersten) in seinen Versuchen zur Erhöhung der Überlebensfähigkeit verschiedener Bakterien mit den Methoden der Mutationsauslösung.¹¹⁸ Er durchdachte die Möglichkeiten der Verseuchung zentraler Wasserreservoirs sowie die des Abwurfs pestinfizierter Rattenkadaver über Versorgungsdepots: „In diesem Material [Rattenkadaver] bleiben Pestbazillen etwa 3 Wochen lang lebensfähig. Etwa 150 bis 200 Ratten und Meerschweinchen könnten täglich verarbeitet werden.“¹¹⁹ Lebende Ratten, die in Glasbehältern von Flugzeugen abgeworfen würden, entließen nach dem Aufprall ihre infizierten Flöhe, die sich „tierische und menschliche Wirte“¹²⁰ suchten. Klawies auf zeitnahe (1941) Anwendung gerichtete Anstrengungen wurden hingegen durch Bedenken innerhalb der *Heeressanitätsinspektion* behindert. Diese Bedenken waren praktisch-technischer (und nicht etwa moralischer) Natur hinsichtlich der Wirkungseffizienz eines Bakterienkrieges.¹²¹

Weder diese Erwägungen noch die nie aufgegebenen ausdrückliche Position Hitlers (Mai 1942), dass der Einsatz von Bakterien nicht beabsichtigt sei,¹²² begrenzten Klawies Interesse an Feldversuchen. Die Versuche allerdings, die Klawie im Juli 1942 auf einem Testgelände der Luftwaffe in der Nähe der Heeresversuchsstelle Raubkammer/Munster-Lager durchführte,¹²³ wurden von vorgesetzten Stellen gestoppt.¹²⁴

Klawies Anstrengungen zur Ermöglichung einer offensiven Kriegsführung mit B-Waffen waren unter dem Eindruck der in Frankreich gemachten Entdeckung eines französischen B-Waffen-Programms entstanden, welches Klawie vor dem Hintergrund einer in Deutschland bislang vernachlässigten Forschung auf diesem Gebiet analysierte. Allerdings hatte Klawie nach der Bestandsaufnahme der zahlreichen Aktivitäten auf französischer Seite festgestellt: „Alle Verfahren waren

117 Ebd., S. 304.

118 Vgl. ebd., S. 305.

119 Ebd., 307.

120 Ebd., 308.

121 Vgl. ebd., S. 304 und 312.

122 Vgl. ebd., S. 317.

123 Vgl. ebd., S. 318.

124 Weitere Versuche (1943 und 1944) wurden auf den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft „Blitzableiter“ besprochen. Vgl. ebd., S. 371.

aber für den Großeinsatz noch nicht genügend erprobt, sodaß Frankreich bis zum Juni 1940 keinen Bakterienkrieg führen konnte.“¹²⁵ Kliewe betonte auch im Hinblick auf einen potentiellen Einsatz von B-Waffen auf deutscher Seite die Unkontrollierbarkeit dieser Kampfmittel und dass „der Masseneinsatz von Pest-, Typhus- oder Cholera-Erregern niemals einen Erfolg garantieren könne. Allerdings könnten bakteriologische Waffen beim Rückzug erfolgreich eingesetzt werden, wenn bestimmte Gebiete geräumt werden müssten.“¹²⁶ Eindeutig der offensiven Kriegführung und nicht dem Schutz der eigenen Bevölkerung dienten die von Kliewe¹²⁷ notierten Überlegungen zum Abwurf von Kartoffelkäfern über der Südküste Englands. 1943 wurden die Schädlinge in großen Mengen gezüchtet.¹²⁸ Zu Kliewes auch nach dem Krieg anerkannten Leistungen gehörte es, unter Verwendung von französischen Vorarbeiten Vernebler mit Motorantrieb zu Desinfektions- und Entgiftungszwecken konstruiert zu haben. Solche Geräte sollten 1944 auch in der Chirurgischen Klinik Gießen getestet werden.¹²⁹ Dem Personal sollte aus Geheimhaltungsgründen nur gesagt werden, dass das Gerät der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten der Luftwege und zur Luftdesinfektion in Lazaretten und Unterkünften usw.

125 Zitiert nach Geißler (ebd., S. 299), der auch die Forschungsergebnisse auf französischer Seite darlegt. Neben einschlägigen Geheimdienstberichten und den französischen Dokumenten führten offenbar auch Sabotageakte im besetzten Posen zur Planung der deutschen BW-Forschungen

126 Vgl. ebd., S. 342. Kliewe unterhielt sich 1943 auch mit seinem Gießener Lehrer Professor Gotschlich, der zum Beispiel die Infektion von Seen, Talsperren etc. für zwecklos hielt, weil sie keine Aussicht auf Erfolg habe. Die Infektion des Wassers von Einzelbrunnen mit Typhus-, Cholera- oder Tularämieerregern sei dagegen aussichtsreicher. Kliewe berichtet weiter: „Ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Faktor bei der künstlichen Hervorrufung von seltenen Seuchen sei die psychische Einwirkung auf Truppe und Bevölkerung. Aber mit anderen Kriegswaffen könnten grössere und nachhaltigere Wirkungen hervorgerufen werden, deshalb lehne er, und vor allem auch aus allgemein menschlichen und ethischen Gründen, die Massenapplication von Bakterien als Kriegssaffe ab.“ NACP (National Archives, College Park, MD, zitiert aus dem privaten Archivstand Professor Geißlers), RG 319, Bos 3, Folder BW 14, S. 169-170

127 Auf der ersten Sitzung der im März 1943 gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Blitzableiter“ zur Koordination der Abwehr eines Angriffs mit biologischen Waffen. Vgl. ebd., S. 463. Kliewe leitete in dieser Arbeitsgemeinschaft die Sektion für Humanbakteriologie. Vgl. ebd., S. 364.

128 Insgesamt jedoch wirkten die Aktivitäten auf dem Gebiet der biologischen Kriegführung aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten sowie mangelnder Koordination und Zentrierung in der Leitung ineffektiv, sie waren - nach der Einschätzung Geißlers - insgesamt gesehen nicht auf Optimierung der Anstrengungen (vgl. ebd., S. 404) angelegt.

129 Vgl. ebd., S. 661.

verwendet werde.¹³⁰ Der militärisch wünschenswerte Einsatz dieser Geräte zur feldmäßigen Ausbringung von Bakteriennebel wurde von Kliewe allerdings schon 1943 erwogen.¹³¹



Abb. 2: Heinrich Kliewe, zu der Zeit bereits Direktor des Hygiene-Instituts der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz mit dem von ihm entwickelten Vernebler (offenbar ein Nachfolgemodell des schon während des Krieges konstruierten Geräts). Foto: Gießener Presse vom 25./26. 3. 1950.

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 660.

¹³¹ Vgl. ebd. Die von Kliewe 1944 begutachtete Dissertation [Joachim] Kempers „Über die keimtötende Wirkung von Aerosolen auf Bakterien verschiedener Resistenzstufen“, die an der Universität Berlin eingereicht worden war, erhielt den Status „geheim“, weil ein „geheimzuhaltende[r] Gegenstand“ behandelt werde (BArch Berlin, 12850/332: Promotionen, geheime). Dieser Gegenstand, eine Apparatur, könne - so Kliewe - auch für kriegsrische Zwecke verwendet werden. Vgl. Geißler (wie Anm.114), S. 662. Ein Mitarbeiter Kliewes in der Aerosol-Forschung sollte ab 1.2.1944 an ein Institut der Militärärztlichen Akademie (Lehrgruppe C) außerhalb Berlins (in der Sachsenburg) versetzt werden; dort war bislang defensiv nach Pestimpfstoffen geforscht worden; Aerosole hingegen wurden als die geeigneten Mittel zur (offensiven) Verbreitung von biologischen und Toxin-Waffen angesehen. Vgl. ebd., S. 609.

Dozent in Gießen:

Die folgenden biographischen und wissenschaftshistorischen Informationen aus Kliewes Gießener Tätigkeit dienen der Einschätzung der Doppelrolle Kliewes als Universitätsdozent und Mitarbeiter an einer zentralen militärärztlichen Forschungseinrichtung im nationalsozialistischen Regime. Es sei angemerkt, dass Kliewe, neben den Gießener Dozenten H. Deist und F. Boemke, zu den Vermittlern gehörte, die 1943 die Auslagerung von Instituten der *Militärärztlichen Akademie* nach Gießen betrieben. Die enge Verzahnung zwischen zentralen und universitären Forschungsinstitutionen zeigt sich hier wie auch an anderen Beispielen (s.u. Pharmakologie, Pathologie), in denen eine Verbindung der Forschungsarbeiten an den jeweiligen Instituten hergestellt wurde. Kliewe blieb während der gesamten Kriegszeit Dozent an der medizinischen Fakultät mit zugeordneten - wenn auch nicht im vollen Umfang versehenen - Aufgaben. Dies diente dem Erhalt seiner zivilen Stellung auch nach dem erhofften Sieg.¹³² Tatsächlich konnte Kliewe durch diese Doppelrolle seine eigentlichen Kriegsarbeiten zwar nicht vor den alliierten Ermittlern, aber doch vor den Entnazifizierungsbehörden geheim halten.

Entnazifizierung:

Nach dem Krieg wurde Kliewe aus unbekannten Gründen nicht in die Aktionen, mit denen Spezialisten auf verschiedenen Gebieten von den USA angeworben wurden, einbezogen. Er wurde nur im Nürnberger Ärzteprozess als Zeuge - aber nicht zu seinen Arbeiten mit biologischen Kampfmitteln - verhört und musste nicht einmal vor Gericht erscheinen. Seine Forschungen auf diesem Gebiet setzte er in bescheidenem Maße fort. Kliewe wurde - auch infolge seiner eigenen Stellungnahme, in der er seine Benachteiligung im nationalsozialistischen Staat aufgrund seiner Religiosität heraus stellte - wie folgt entnazifiziert: Am 31. Juli 1946 wurde er durch den Spruch der Spruchkammer Gießen in die Gruppe IV der Mitläufer mit 2000 RM Sühne eingereiht, mit der Begründung, er sei zwar wegen seiner Mitgliedschaften in der NSDAP und SA seit 1933 sowie als Sanitäts-Sturmführer und Mitglied des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) erheblich belastet, doch: „Bei aller Rücksicht auf Grund seiner Humanität, die hier anerkannt wird, kann doch nicht gesagt werden, daß er einfacher Mitläufer war. Im übrigen hat er jüdischen Familienangehörigen geholfen, ob-

132 Geißler vermutet in seiner Dozententätigkeit ein Interesse an einem zivilen Alibi. Kliewe habe noch Arbeiten aus dem Hessischen Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten zu Gießen, „dessen Leiter der Obermedizinalrat Kliewe war“, veröffentlicht Vgl. ebd., S. 302.

wohl er Mitglied der NSDAP war und auch ständigen Verkehr mit ihnen gepflegt. Es wurde auch anerkannt, daß er auf Grund seiner religiösen Einstellung während der Nazi Herrschaft - trotz Mitgliedschaft zur Partei - erhebliche Schwierigkeiten gehabt hat. Diese bestanden darin, daß er wiederholt Lehrstühle nicht erhielt, obwohl er fachlich dazu hochqualifiziert ist [...] Aktivistische Tätigkeit konnte dem Betroffenen in keinem Falle nachgewiesen werden.¹³³ Kliewe war tatsächlich bekennender Katholik und er war auch manchen fanatischen Nationalsozialisten in Gießen als verdächtig erschienen.¹³⁴ Dagegen jedoch hatte sich Kliewe entschieden verwahrt, indem er seine Parteizugehörigkeit als Indiz seiner politischen Konformität angeführt und sich gegen Unterstellungen, die aus seiner religiösen Überzeugung geschlossen würden, verteidigt hatte: „Ich muss es deshalb ganz entschieden zurückweisen, dass man mir eine mangelhafte nationalsozialistische Gesinnung oder eine vom heutigen Staat als minderwertig angesehene Weltanschauung unterschieben will.“¹³⁵

Engagement in der Rassenhygiene:

Kliewe hatte völlig Recht. Er verfolgte - trotz seines Katholizismus - zahlreiche Aktivitäten im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung: Aufgrund einer Anregung Kliewes und unter seiner Betreuung beteiligten sich erfolgreich 1936/37 Gießener Studenten unter der Mannschaftsführung des Medizinstudenten Bernhard D. (Rottenführer, Mitglied im NS-Studentenbund und SA) mit einer Disziplinen übergreifenden Arbeit an den Reichsberufswettkämpfen. Die Medizinstudenten gaben an, während ihres Studiums insbesondere bei Professor Kliewe studiert oder gearbeitet zu haben. Bezüglich der vorliegenden Arbeit im Rahmen der Reichsberufswettkämpfe „Das Dorf Kleeberg“ heißt es: „Allwöchentlich während des Semesters versammelten sich die Teilnehmer im Studentenhaus, um ihre Einzelthemen durchzu-

133 HHStA Wiesbaden, Heinrich Kliewe - Abtl. 520/Gi 3334 (EB II-Verfahren). Am 21.10.1947 erfolgte die Aufhebung des Spruchs und am 20.4.1948 die Einreihung in Gruppe IV mit einem Sühnebescheid über 1000 RM.

134 Vgl. anlässlich der Nachfolge von Philaethes Kuhn, Bewerbung um den Lehrstuhl für Hygiene, die Einschätzung des Prorektors Professor Karl Hummel in UAG, Med K 7, Bd. 2, Lehrstuhl für Hygiene, vom 6.4.1935: „Über Kliewe habe ich Ihnen mein persönliches Urteil schon mündlich mitgeteilt. Ich lehne Kliewe unbedingt ab, erstens weil er von Professor Kuhn abgelehnt wird (und zwar, wie mir berichtet wurde, auch aus wissenschaftlichen Gründen), zweitens, weil ich auf Grund seines Lebenslaufes nicht die Überzeugung habe, dass er gegenüber den möglichen jetzigen oder zukünftigen politischen Ansprüchen des Katholizismus die Widerstandskraft haben wird, die wir von einem Hochschullehrer verlangen müssen.[...]“

135 Vgl. ebd., das Schreiben Kliewes vom 14.5.1935 an den Dekan Albert W. Fischer wurde auf Wunsch Kliewes während der Fakultätssitzung verlesen.

sprechen und vom wissenschaftlichen Leiter Herrn Prof. Dr. Kliewe Verbesserungsvorschläge entgegenzunehmen - eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft. Doch da erwähnte ich einen Mann, dem im Namen aller meiner Kameraden herzlich zu danken mir ein Bedürfnis ist. Zehn Tage weilte er bei uns im Lager, war uns ein helfender Berater und Kamerad zugleich, der Dorfgemeinschaft aber, durch seine aufklärenden Vorträge, Lehrer und Kunder nationalsozialistischen Geistes. Keine Zusammenkunft versäumte er und ist auch jetzt noch beim Durchsehen der einzelnen Arbeiten unentbehrlich.¹³⁶ Die praktischen Untersuchungen der Medizin- und Landwirtschaftsstudenten¹³⁷ sollten Hygiene sowie land- und viehwirtschaftliche Nutzung verbessern helfen. Aufklärung über die Folgen von Inzucht und Alkoholismus sowie über Vorkommen und Wirkung örtlicher Heilpflanzen wurde betrieben - daneben aber auch eine rassenkundliche Erhebung über einen nach charakteristischen Merkmalen ausgewählten Teil (aber nur etwa 10% !) der Dorfbevölkerung. Dabei wurde zusammenfassend bemerkt, dass die Bevölkerung Kleebergs „einen im wesentlichen nordisch bestimmten Rasseindruck macht. [...] Doch auch zur westischen Rasse, ja sogar zur ostischen bestehen Übergänge, wie aus den angefügten Bildern ersichtlich ist.“¹³⁸ Die verwandten Karten, auf welchen die rassischen Merkmale der untersuchten Personen eingetragen wurden, enthalten (allerdings nur) eine Frage zu den geistigen Eigenschaften.¹³⁹ Diese Dorfuntersuchung diene also nicht ausschließlich der Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung eines Dorfes, das als „für die ärmeren, das sind die gebirgigeren Gegenden unserer engern Heimat“¹⁴⁰ typisch ausgewählt wurde. Sie stand auch im Kontext einer reichsweiten Kartierung der Bevölkerung nach rassischen und erbgesundheitlichen Kriterien, die im Einzelfall für die als unerwünscht oder

136 Staatsarchiv Würzburg, Archiv der Reichsstudienführung, Wü III, B-2/6 (Nr. 291). Das Dorf Kleeberg. Arbeit im Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten 1936/37 der Universität Gießen, S. 7. Zur Beteiligung des ehemaligen Leiters der Psychiatrischen und Nervenambulanz, Robert Sommer, vgl. ebd., S. 7 f.: „Zum Schluß sei eines Mannes gedacht, der sich durch seine rege Anteilnahme große Verdienste um unsere Arbeit erworben hat. Herr Geheimrat Prof. Dr. Sommer besuchte Kleeberg und weilte zwei Tage bei uns im Lager. Nach Abschluß der Erhebungen bereitete er allen Teilnehmern durch eine Einladung in sein Sommerhaus am Schiftenberg große Freude. Herr Geheimrat Sommer, von der Giessener Studentenschaft durch den Titel „Altkamerad“ geehrt, ist am 2. Februar 1937 in die Ewigkeit abgerufen worden.“

137 Beteiligt waren u.a. noch Germanisten und Veterinärmediziner.

138 Vgl. ebd. S. 244.

139 Es wird nicht nach Missbildungen, Erbkrankheiten (nur nach Kinderkrankheiten) und nach charakterlichen Merkmalen gefragt; Todesursachen der Eltern waren aber anzugeben.

140 Ebd., S. 12.

„fortpflanzungsunwürdig“ angesehenen Personen fatale Folgen haben konnte.¹⁴¹

Wie weitere Details aus Kliewes beruflicher Tätigkeit als Dozent an der Medizinischen Fakultät Gießen zeigen, war dessen Engagement tatsächlich nicht allein auf die hygienische Untersuchung und Optimierung der gesundheitlichen Verhältnisse ausgerichtet, sondern zugleich auch auf Anwendung und Wissensvermittlung rassenhygienischer Inhalte: Zwar erscheint ein diesbezügliches Engagement Kliewes in der Betreuung von Doktorarbeiten nur vereinzelt, doch in den von ihm abgehaltenen Promotionsprüfungen zeigt sich eine Ausrichtung auf rassenhygienische Themen.¹⁴² Die Analyse des Promotionsaktenbestandes im Universitätsarchiv Gießen ist für die Bewertung der politischen, respektive nationalsozialistischen Einstellung der Dozenten von großer Bedeutung, da Referate zu den Dissertationen und die Prüfungen selbst keinerlei propagandistischen Zwecken wie etwa Vorträge und populärwissenschaftliche Publikationen unterlagen, die man eventuell für die wissenschaftliche Karriere als zuträglich erachtete oder als Beleg für die Konformität gegenüber kritischen Kollegen benötigte. Referenzen an den Staat und seine Gesundheitspolitik sind in dem Bestand der Promotionsakten somit als freiwillig erbrachte und als in höherem Maße authentische zu werten. Wie verhält es sich nun bezüglich Professor Kliewes Haltung? In einem der Gutachten der von ihm betreuten 40 Dissertationen lobte Kliewe die Politik des „Dritten Reiches“, die der „erbgesunden“ Familie, „die für den Fortbestand und die zukünftige Gestaltung unseres Volkes von größter Bedeutung ist, mit Recht eine ehrenvolle Sonderstellung gegeben“ habe.¹⁴³ Eine weitere noch vor 1933 angefertigte Arbeit unter Kliewe über Blutgruppen-

141 Vgl. hierzu Sigrid Oehler-Klein: „[...] als gesunder Mensch kam ich nach Gießen, krank kam ich wieder nach Hause [...]“. Die Durchsetzung des eugenischen Programms der Nationalsozialisten in Gießen - Psychiatrische Universitätsklinik und das Institut für Erb- und Rassenpflege 1933-1945. In: Psychiatrie in Gießen (wie Anm.11), S. 199-249.

142 Kliewes hier festzustellende Ausrichtung spiegelt nicht den extremen sozialeugenischen Standpunkt des späteren Gießener Ordinarius für Erb- und Rassenpflege, Heinrich Wilhelm Kranz, der auch das Kriterium der „Gemeinschaftsunfähigkeit“ in die soziale Bewertung aufnahm. Kliewe arbeitete allerdings - wie viele an der Fakultät - auch mit Kranz zusammen. Vgl. Oehler-Klein in: Psychiatrie in Gießen (wie Anm. 11), S. 233, Anm. 28.

143 Med Prom, Nr. 1840. Der Doktorand lastet die zuvor bestehenden schlechten Verhältnisse der „marxistischen Regierungstätigkeit“ in der Weimarer Republik und zugleich der unanständigen Bodenspekulation und dem „Versagen der privatkapitalistischen Bauwirtschaft“ an. Vgl. Heinrich Rossmann: Wohnungszustände kinderreicher Familien in Gießen. Gießen 1937, S. 5.

untersuchungen an hessischen Strafgefangenen¹⁴⁴ widerlegte Vermutungen über Beziehungen zwischen Kriminalität und Blutgruppenzugehörigkeit. In den von ihm abgehaltenen Prüfungen erwartete Kliewe die Beantwortung folgender eher sozialpolitisch-rassenhygienisch orientierter Fragen - neben den sonstigen eher hygienisch-bakteriologischen Fragestellungen: Dreifach: „Gesundheitliche Schädigungen der Frau durch Erwerbsarbeit“; „Schönheit der Arbeit“; „Verwandtenehe“; „Gefahren der Rassenmischung“; „Fortpflanzung der Minderwertigen“; „Vererbung erworbener Eigenschaften“; „Aufgaben der Rassenhygiene“; „Positive Aufgaben der Rassenhygiene“; dreifach: „Bevölkerungspolitik“; „Bevölkerungspolitische Bedeutung der Saarabstimmung“; „Geburtenrückgang“. Wir wissen nicht, wie diese Fragen beantwortet wurden oder beantwortet werden sollten. Sie zeigen aber ein über das eigentliche Aufgabengebiet Kliewes hinausgehendes Engagement in der geförderten und geforderten Erb- und Rassenhygiene des NS-Staates und sind somit Indizien für eine inhaltlich zustimmende Haltung und aktive Unterstützung der diesbezüglichen Ziele des Regimes.

Fehlgeschlagene Berufungen:

Soweit untersucht spielte auch die Unterstellung einer regimekritischen Haltung - wie nach den Aussagen im Gießener Spruchkammerverfahren zu vermuten gewesen wäre - in den Berufungsverfahren, in denen Kliewes Bewerbung verhandelt wurde, keine Rolle. Einen Ruf nach Teheran 1937 musste Kliewe ablehnen, weil es nicht möglich war, für ihn als Leiter des *Hessischen Untersuchungsamtes für Infektionskrankheiten* eine geeignete Vertretung zu finden und weil ihm eine seiner Stellung vergleichbare Position bei seiner Rückkehr nicht garantiert wurde.¹⁴⁵

Die fachlichen Gutachten, die anlässlich der Neubesetzung des Gießener Lehrstuhls für Hygiene im Jahr 1935 angefordert wurden, waren in der Regel gut. Er wurde in den eingeholten Gutachten in den Ranglisten mehrfach auf Platz drei genannt, von dem bekannten (nun Heidelberger) Professor der Hygiene Emil Gotschlich¹⁴⁶, unter dem Kliewe

144 Vgl. Med Prom, Nr. 1586: Wilhelm Hennemann: Über Blutgruppenbestimmungen an Strafgefangenen. Gießen 1932.

145 Vgl. UAG, PrA Med Nr.7, Heinrich Kliewe.

146 Vgl. ebd. Gutachten vom 20.3.1935: „Von rassenhygienischen Forschungen seien seine gründlichen Studien über Blutgruppenbeschaffenheit der eingesessenen Bevölkerung Hessens lobend erwähnt. Von seinen Arbeiten aus der Hygiene der Umwelt hebe ich besonders hervor seine Studien über Wohnungshygiene, die sowohl die technische wie die soziale Seite des Problems behandeln und in weiteren Kreisen Aner-

in Gießen noch gearbeitet hatte, wurde er sogar auf „primo et unico loco“ gesetzt. Dass er von Seiten der Fakultät nicht für das Ordinariat in Gießen vorgeschlagen wurde, beruhte hingegen weder auf fachlichen noch auf politischen Vorbehalten der Fakultät, sondern war seiner Spezialisierung geschuldet: Man wollte - so geht aus der Diskussion in der Fakultätssitzung hervor - keinen Lehrstuhlinhaber für Hygiene, der im Wesentlichen die Bakteriologie vertrat.¹⁴⁷ Diese fachliche Ausrichtung Kliewes allerdings kam den Anforderungen der Berliner *Militärärztlichen Akademie* sehr entgegen. Sein Engagement für die bakteriologische Kriegsführung setzte Kliewe dann auch in Gießen fort, als seine Abteilung in der *Militärärztlichen Akademie* zusammen mit der Transferierung von Teilinstituten in Räumlichkeiten der Ludwigs-Universität 1944 ebenfalls nach Gießen verlagert wurde. Kliewe war also weder der verfolgte Katholik, noch hat er sich durch eine humanitäre Haltung ausgezeichnet. Er hatte mehrfach sein erklärtes Karriereziel (Erhalt eines Ordinariats) nicht erreicht und übernahm deshalb vermutlich gern Tätigkeiten innerhalb der *Militärärztlichen Akademie*, die seiner Spezialisierung entsprachen. Seine Vorschläge zum offensiven Einsatz biologischer Waffen entwickelte er über das von ihm Erwartete hinaus nach eigenen Vorstellungen.

Dass Kliewes Gießener Engagement im Sinne des NS-Staates allerdings keine hinreichende Erklärung für dessen Bereitwilligkeit bietet, das NS-Regime während des Krieges sogar an den Grenzen der Humanität zu stützen, wird im Vergleich mit der bereits dargelegten militärärztlichen Karriere Albert Johann Anthonys deutlich. Beide Kriegskarrieren resultieren - unabhängig von innerlicher Akzeptanz oder Nichtakzeptanz der fundamentalen rassistischen Ausrichtung des NS-Staates - aus der Anpassung an die zeitbedingten militärärztliche Möglichkeiten und Anforderungen entsprechend der jeweiligen wissenschaftlichen Spezialisierung. Es handelt sich dabei um eine berufsbezogene Anpassung, die Aktivitäten im Sinne einer qualitativ optimierten Pflichterfüllung freisetzte und offenkundig kritischen Reflexionen keinerlei Raum gab. Dieser Bereitschaft zur militärmedizinischen Aufgabenerfüllung ging die politische Eingliederung in das System ebenfalls im Interesse der eigenen beruflichen Entwicklung voraus. Die Einbindung der Wissenschaftler vollzog sich schrittweise im Gefolge sich ändernder Bedingungen. Wenngleich hieraus nicht auf eine automatische oder zwingende Abfolge der verschiedenen Anpassungsphasen geschlossen werden kann, scheinen das Fehlen von deutlichen

kennung gefunden haben. [...] Kliewe ist von jeher durchaus national eingestellt und steht voll und ganz auf dem Boden des heutigen Staates.“

147 Dekanatsbuch (wie Anm. 13), Bl. 257: 2. Fakultätssitzung am 11.4.1935.

bzw. öffentlichen Distanzierungen von nationalsozialistischen Positionen sowie die berufliche Erfolgsorientierung zu den Voraussetzungen für das geschilderte ethisch problematische Handeln der Wissenschaftler während des Krieges zu sein.

c) Hellmuth Deist und die Abteilung „Wissenschaft und Gesundheitsführung“ (Neumann)



Abb. 3: Hellmuth Deist. Foto: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NSDAP-Zentralkartei

An der Biografie des Gießener Extraordinarius und Tuberkulosespezialisten Hellmuth Deist kann gezeigt werden, wie durch den Krieg eine erfolgreiche, aber durchaus „beschauliche“ Karriere in der Provinz unter Kriegsbedingungen zu einem enormen Aufschwung führen konnte, der bis in entscheidende Positionen des Sanitätswesens hinein möglich war. Hellmuth Deist (Jahrgang 1890) hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg seine Ausbildung an der Berliner *Kaiser-Wilhelms-Akademie für das Militärärztliche Bildungswesen* (der Vorläuferin der

Militärärztlichen Akademie) begonnen und im Krieg fortgesetzt. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst in der inneren Abteilung des *Katharinen-Hospitals* in Stuttgart, bevor er 1927 als Oberarzt in die Neue Heilanstalt für Lungenkranke in Schömberg bei Wildbad wechselte, wo er sich bereits als Spezialist für Tuberkulosefragen hervortat.¹⁴⁸ Deist leitete als Chefarzt von 1927 bis 1937 die Lungenheilstätte Überrauch bei Isny im Allgäu.¹⁴⁹ Neben der praktischen Tätigkeit als Lungenarzt verfolgte Deist seine wissenschaftliche Karriere. So erfolgte im Frühjahr 1936 die Habilitation in Tübingen.¹⁵⁰ 1937 kehrte er jedoch in den aktiven Sanitätsoffiziersdienst zurück, da in den Aufrüstungsbemühungen der Wehrmacht auch das Sanitätsoffizierskorps immer weiter aufgestockt werden musste. Dabei griff die *Heeressanitätsinspektion* gerne auf die gut ausgebildeten ehemaligen Abgänger der *Kaiser-Wilhelms-Akademie* zurück. Deists neuer Standort befand sich jedoch nicht mehr im heimatlichen Süddeutschland, sondern in Gießen, was die Ortsgruppe der NSDAP Isny bedauerte: „Aus diesem Grund ist es mir ein Bedürfnis, hiermit zu erklären, dass wir in ihm einen aufrechten deutschen Mann und einen überzeugten Nationalsozialisten verlieren. [...] Er ist eine hervorragend begabte Führerpersönlichkeit.“¹⁵¹ Dieses Urteil dürfte maßgeblich auf seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und zusätzlich in der SA (SA-Führer) beruhen. Einem passiven und inaktiven Mitglied hätte man ein solches Zeugnis nicht ausgestellt.

Hellmuth Deist und die Universität Gießen

Der neue Arbeitgeber, die *Heeressanitätsinspektion*, beantragte unmittelbar nach der Versetzung Deists beim Reichserziehungsministerium dessen Eingliederung in die Medizinische Fakultät.¹⁵² Die Medizinische Fakultät befürwortete dies, um „auf diese Weise in engere Verbindung mit den Sanitäts-Offizieren des Standorts zu treten.“¹⁵³ In einem Gutachten des Dermatologen Walther Schultze vom September 1937, anlässlich der geplanten Verleihung der Dozentur, wird die Motivation noch deutlicher, eine engere Kooperation zwischen Wehrmacht und Fakultät herzustellen, und zwar aus wechselseitigem Interesse. Für die Universitäten galt es, sich einem wichtigen Machtfaktor

148 So z.B. Hellmuth Deist: Indikationen und Ergebnisse der Pneumothoraxbehandlung der Tuberkulose. In: Berliner Klinik 342 (1924); Ders.: Die Tuberkulose der Harnorgane. In: Berliner Klinik 33 Jg., Heft 360/361 (1926).

149 Nekrolog Hellmuth Deist. In: DMW, 88 Jg. (1963), S. 1335.

150 UAG PrA Med Nr. 3, Hellmuth Deist: Lebenslauf Deist.

151 UAG PrA Med Nr. 3, Hellmuth Deist: Gutachten Ortsgruppe der NSDAP Isny, 23.3.1937.

152 Ebd., HSI an REM, 29.4.1937.

153 Ebd., Stellungnahme Fakultät vom 9.7.1937.

im Staat, der militärischen Macht, durch enge Verbindungen möglichst unentbehrlich zu machen und damit die eigene Position im NS-Machtgefüge zu sichern: „Es ist notwendig, dass die Wehrmacht, die demnächst hier ein großes Standortlazarett bezieht, in engste Fühlung zu der Medizinischen Fakultät kommt. Dies liegt im Interesse der gesamten Universität, der Studenten und der Wehrmacht selbst. Ich möchte daher an die Erteilung der Dozentur die Bedingung knüpfen, dass sich Herr Stabsarzt Dr. Deist als zukünftiges Fakultätsmitglied unbedingt dafür einsetzt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Medizinischen Fakultät und der Wehrmacht herrscht. [...] Die Erteilung der Dozentur an Herrn Stabsarzt Deist möge den Anlass dazu geben, dass an die Wehrmacht herangetreten wird, weitere Militärärzte zu ihrer Ausbildung an die Kliniken abzukommandieren.“¹⁵⁴

Entsprechend dieser positiven Stimmung verlief die Karriere Deists an der Universität Gießen: Die Verleihung der Dozentur für innere Medizin und interne Wehrmedizin erfolgte im Mai 1938, im September 1939 wurde Deist zum Dozenten neuer Ordnung ernannt.¹⁵⁵ Nach Kriegsausbruch rückte jedoch die sanitätsdienstliche Arbeit in den Vordergrund: Von August 1939 bis September 1940 war Deist in der Armee-Sanitätsabteilung 552 tätig, danach bis November 1941 als Divisionsarzt der 34. Infanterie-Division. Von November 1941 bis März 1942 befand er sich dann wieder in Gießen bei der örtlichen Sanitätsabteilung, wechselte anschließend für kurze Zeit zur Sanitätsabteilung Groß-Berlin, um ab Ende 1942 direkt in der *Heeressanitätsinspektion* seinen Dienst zu versehen. Dort wurde der Lungentuberkulosespezialist dringend gebraucht, da Tuberkuloseerkrankungen zu den großen sanitätsdienstlichen Problemen des Krieges gehörten. Deist war innerhalb der *Heeressanitätsinspektion* für dieses Thema zuständig, wurde jedoch nicht zum Beratenden Tbc-Facharzt beim *Heeressanitätsinspekteur* ernannt.¹⁵⁶ Trotz dieser militärischen Karriere blieb Deist die ganze Zeit über Mitglied der Universität Gießen, ein Umstand, der sich in der bereits erwähnten Wahl Gießens zum Ausweichstandort für die Institute der *Militärärztlichen Akademie* auswirken sollte, nachdem Deist einen weiteren Karriereschritt vollzogen hatte.

154 Gutachten vom 14.9.1937, vgl. UAG, PrA Med Nr. 3.

155 Vgl. ebd., 30.5.1938 und 18.9.1939.

156 Dies behauptet fälschlicherweise Hubert Fischer: Der deutsche Sanitätsdienst 1921-1945, Bd. 4. Osnabrück 1985, S. 3522. Beratender Tuberkulosefacharzt beim Heeressanitätsinspekteur war der Lungenspezialist Ulrici von 1941 bis zum Kriegsende, BA-MA, RH 12-23/2011: Ulrici an Handloser (7.8.1941). Ulrici stand jedoch in engem Kontakt mit Deist, der sein ständiger Korrespondenzpartner bei der Heeressanitätsinspektion war. Auch in fachlichen Fragen arbeiteten beide eng zusammen und stimmten ihr Vorgehen aufeinander ab, vgl. die Korrespondenz in BA-MA, RH 12-23/2011.

Hellmuth Deist an der Militärärztlichen Akademie

Im September 1940 hatte sich nämlich die *Heeressanitätsinspektion* grundlegend neu organisiert, um eine für die Kriegsführung schlagkräftigere Organisation aufzubauen. Da man von Seiten der Sanitäts-offiziere die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung erkannt hatte, bildete die „Abteilung für Wissenschaft und Gesundheitsführung“ (WiG) das Herzstück der Militärmedizin. Die Abteilung war in vier Gruppen eingeteilt: Die Gruppe WiG I kümmerte sich um alle Fragen der Hygiene und Ernährung sowie um Fragen der wissenschaftlichen Literatur und der Beratenden Ärzte, die Gruppe WiG II war für das Bericht- und Meldewesen sowie für die ärztlichen Angelegenheiten des Ersatzheeres zuständig. Während der Aufgabenbereich von WiG III alle ärztlichen Angelegenheiten des Gasschutzes umfasste, hatte sich WiG IV mit den medizinischen Fragen des Kriegsgefangenenwesens zu beschäftigen.¹⁵⁷

Man kann also sagen, dass in dieser „Abteilung für Wissenschaft und Gesundheitsführung“ alle militärmedizinisch wesentlichen wissenschaftlichen Fragen sowie die der Forschungsführung behandelt wurden; der Leiter der Abteilung war somit verantwortlich für die Kontrolle und die Aufsicht über die in seinem Zuständigkeitsbereich stattfindenden Forschungen. Diese verantwortungsvolle und zum Teil einflussreiche Position hielt zunächst Oberstarzt Hans Müller inne, ab Frühjahr 1942 folgte dann Oberst- bzw. Generalarzt Walter Schreiber, der ab September 1943 die Leitung der Lehrgruppe C übernahm.¹⁵⁸ Nachdem zunächst Oberstarzt Rühle die alte Funktion Schreibers übernommen hatte, wurde im September 1944 Oberstarzt Deist mit der Wahrnehmung der Geschäfte als Chef der Abteilung beauftragt, bevor er im November 1944 offiziell an die Spitze der „Abteilung für Wissenschaft und Gesundheitsführung“ der *Heeressanitätsinspektion* wechselte und diese bis zum Kriegsende behielt.¹⁵⁹ Die Gründe für die Wahl Deists sind nur zu erschließen. Seine bereits in den 30er Jahren betonten Führungsqualitäten dürften nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dazu kommen seine Reputation als Tbc-Spezialist,¹⁶⁰ sein

157 BA-MA, RH 12-23/1002: Geschäftsverteilungsplan vom 1. September 1940.

158 BA-ZNS, Personalblatt Walther Schreiber. Schreiber war außerdem ab 1943 Bevollmächtigter für Seuchenforschung im Reichsforschungsrat. Zu Schreibers Bezug zu Gießen und dem Gießener Personal vgl. den Abschnitt IV b) und c) dieses Beitrages.

159 BA-ZNS Personalblatt Hellmuth Deist. Fischer (wie Anm. 156), S. 3138, erwähnt die Amtszeit Rühes nicht und zieht Deists Amtsantritt fälschlicherweise um ein Jahr nach vorn.

160 Deist übernahm zum Beispiel im Standardwerk „Wehrhygiene“ den Artikel „Tuberkulose“. Hellmuth Deist: Tuberkulose. In: Siegfried Handloser u.a. (Hg.): Wehrhygiene. Berlin 1944, S. 102-105.

Dienstzeitalter und seine Bewährung innerhalb der *Heeressanitätsinspektion* selbst, z.B. durch den Besuch von speziellen Lazaretten für Lungenkranke oder die Teilnahme an Musterungen.¹⁶¹ Bei letzteren forderte er, genügend Rücksichtnahme auf die körperliche Entwicklung der jungen Männer zu nehmen und sie nicht zu früh einzuziehen.¹⁶² In diesem Zusammenhang förderte er als Abteilungsleiter auch die Untersuchungen des Wehrphysiologen Otto Ranke zu Größe und Gewicht von jungen Soldaten.¹⁶³ Ein anderes von ihm initiiertes Projekt war die Schaffung eines Referats „Waffenentwicklung und Eignung“, zusammen mit dem Wehrtoxikologen Wolfgang Wirth.¹⁶⁴

Eine der wichtigsten Aufgaben in seiner recht kurzen Amtszeit war die Organisation der 5. Tagung der Beratenden Ärzte, die trotz der Kriegslage für Ostern 1945 in Prag vorgesehen war und letztlich auch nicht stattfinden konnte. Die Planungen liefen ungeachtet der Abwehrkämpfe der Wehrmacht einfach weiter. Das einzige Zugeständnis, das eine Gruppe unter der Leitung Deists im Januar 1945 machte, war die Reduzierung der Teilnehmer auf ungefähr 200, statt der üblichen 400-500. Anders als in den Jahren zuvor sollten keine speziellen Fachgruppen mehr gebildet werden, sondern nur noch Plenarsitzungen stattfinden. Thematisiert werden sollten nur explizit kriegswichtige Themen:

a) Neuere Ergebnisse der Wundinfektion

b) Leistungssteigerung/Leistungsabschwächung

Das zweite Thema stellte angesichts von mangelndem Truppennachschub und Personalschwierigkeiten eines der zentralen Probleme der Wehrmacht dar. Hierzu sollte unter anderem ein Pharmakologe über leistungssteigernde Pharmaka (wie etwa Pervitin) sprechen; Prof. Dr. Gunther Lehmann, Direktor des *Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie*, sollte zu Fragen der Ermüdung sowie ein Vertreter der Luftwaffe über Ermüdungs- und Belastungsprobleme vortragen.¹⁶⁵

Gerade das Weckmittel Pervitin, ein Abkömmling des Ephedrins, wurde im Kriegsverlauf trotz des hohen Suchtpotentials massenhaft eingesetzt, obwohl es im zivilen Bereich unter das Rauschgiftgesetz

161 BA-MA, RH 12-23/1846: Bericht über die Teilnahme an der Musterung des Jahrgangs 1927 und über den Besuch von Res.Lazaretten für Lungenkranke im Bereich des Wehrkreises VII durch Obersarzt Doz. Dr. Deist und OFA Prof. Dr. Ulrici, 3.2.1944.

162 Allgemeine Beobachtungen bei der Teilnahme an Musterungen, BA-MA, RH 12-23/1229.

163 BA-MA, RH 12-23/1574: Ranke an Deist, 6.4.1943.

164 BA-MA, RH 12-23/1665: Aktennotiz, 26.9.1944.

165 Bericht über die am 13.1. unter Leitung von Oberstarzt Prof. Deist stattgefundene Besprechung betr. 5. Arbeitstagung Beratender Ärzte.

fiel. Trotz Warnungen mancher Ärzte wurde Pervitin nicht nur in Ausnahmesituationen und über einen kurzen Zeitraum, sondern häufig über eine längere Zeitspanne von den Truppenärzten ausgegeben oder von den Soldaten selbst beschafft.¹⁶⁶ Angesichts der nachlassenden Kampfstärke setzte auch die Wehrmachtsanitätsführung auf das umstrittene Mittel. Gegen Ende des Krieges galt dies umso mehr, so dass trotz mancher negativer Einschätzung nach wie vor von Pervitin eine Faszination für Sanitätsoffiziere ausging. So bat auch Rühe, der Vorgänger Deists, um die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Besprechung über leistungssteigernde Mittel, die der *Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe* im Jahr 1944 organisierte. Dabei thematisierte jeder Vortrag neben dem Koffein das Pervitin bereits im Titel, was die Bedeutung des Mittels noch unterstreicht. Die anwesenden Wissenschaftler stritten nach wie vor in erster Linie über die Anwendung und die Wirkung von Koffein und Pervitin.¹⁶⁷

Ausdrücklich wurden im Vorfeld der 5. Tagung der Beratenden Ärzte auch sensible Themen auf die Tagesordnung gesetzt: „Zum Problem der Leistungsabschwächung gehört auch das Thema 'Artefakte'. Dieses wäre nach Oberstarzt Deist eine heikle Angelegenheit, die Dinge kämen womöglich in die Presse. Trotzdem hält Deist die Frage für sehr wichtig. Von den Aerzten würde zu wenig auf Artefakte geachtet.“¹⁶⁸ Dieser letzte Punkt verweist auf die zunehmende Härte, die die Funktionselite des Wehrmachtsanitätswesens den Patienten in den Lazaretten gegenüber zeigte, um sie so schnell wie möglich wieder an die Front schicken zu können.¹⁶⁹ Dies wird besonders am Problem der selbst zugefügten - zum Teil schweren - Verletzungen, der erwähnten „Artefakte“, deutlich; diese wurden häufig von den verzweifelten Soldaten als letztes Mittel eingesetzt, um nicht wieder in das mörderische Kampfgeschehen zurückkehren zu müssen. Aber auch die „normalen“

166 Karl-Heinz Roth: Pervitin und „Leistungsgemeinschaft“. Pharmakologische Versuche zur Stimulierung der Arbeitsleistung unter dem Nationalsozialismus (1933-1945). In: Gerhard Baader, Ulrich Schultz (Hg.): Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit - Ungebrochene Tradition. Frankfurt a. M. 1989, S. 200-226, hier S. 202 ff.; Karl-Heinz Roth, Leistungsmedizin. Das Beispiel Pervitin. In: Fridolf Kudlien u.a. (Hg.): Ärzte im Nationalsozialismus, S. 167-174, hier S. 170 ff.; Gerhard Baader, Medizinische Menschenversuche im Nationalsozialismus. In: Hanfried Helmchen, Rolf Winau (Hg.): Versuche mit Menschen in Medizin, Humanwissenschaft und Politik. Berlin/New York 1986, S. 41-82, hier S. 57 f.

167 BA-MA. RH 12-23/1849: HStN/WiG Chef an Chef des Stabes, 19.8.1944.

168 Bericht über die am 13.1. unter Leitung von Oberstarzt Prof. Deist stattgefundene Besprechung betr. 5. Arbeitstagung Beratender Ärzte.

169 Alexander Neumann: Die Heeressanitätsinspektion und das Amt ‚Chef des Wehrmachtsanitätswesen‘ der deutschen Wehrmacht im Zeiten Weltkrieg (1939-1945). Diss. Freiburg 2003.

kranken Soldaten wurden einem Generalverdacht unterzogen, sich durch zu langen Lazarettaufenthalt vor der Front zu drücken, was durch die zu lasche Einstellung von einigen Lazarettärzten unterstützt werde. So monierte beispielsweise Oberstarzt Hellmuth Deist als Tuberkulose-Facharzt auf der 4. Tagung der Beratenden Ärzte im Mai 1944 mit deutlichen Worten die zu nachgiebige Einstellung mancher Militärärzte, so dass „trotz der Härte des Krieges und trotz ständiger Hinweise auf die bestehende Personalnot [...] dem Gebot der Stunde zur Härte auch in der Frage des Einsatzes Minderbrauchbarer nicht entsprochen wird. Manche Gutachter stehen noch auf dem Standpunkt, es müßte verhindert werden, daß eine fraglich aktive oder seit langem ruhende Lungentuberkulose unter der Einwirkung des Wehrdienstes wieder aktiv wird. Dieser Standpunkt steht im Widerspruch zu den gegebenen Befehlen. Wenn man bedenkt, daß in den harten Kämpfen im Osten täglich mehrere Hundert blühende Männer ihre Treue mit dem Tode besiegeln, muß es auch in Kauf genommen werden, daß eine Tuberkulose sich im Fronteinsatz verschlechtert.“¹⁷⁰ Militärische Kriterien dominierten hier eindeutig die medizinischen, der Primat des Militärischen wurde auch von Deist zumindest hier nicht hinterfragt.

Offizielle Verlautbarungen wie etwa die Weihnachtsgrüße 1944 sind ganz im Sinne der Propaganda gehalten: „Wir gedenken der draußen Stehenden herzlich. Von uns haben wir nicht viel zu berichten, nur das, daß wir nur den einen Gedanken kennen, restlos unsere Pflicht zu tun, um der ewigen kämpfenden Front, in der die Besten von uns stehen, fürsorglich dienend und ratend zur Seite zu stehen. Wir wünschen uns Allen, daß das kommende Jahr mit seinem Licht manches Dunkel erhellt und uns unserem Sieg entgegenführt. Jedem Einzelnen wünschen wir alles Soldatenglück. Heil dem Führer!“ Ob dies wahre Überzeugung war oder ob es sich um Zugeständnisse an das Amt und befohlene Rhetorik handelte, muss allerdings offen bleiben. Auf jeden Fall tritt hier alte soldatische Tugend und auch das in seinem Nachruf erwähnte „Pflichtgefühl“¹⁷¹ deutlich hervor, typische Verhaltens- und Denkmuster der alten Offiziersgeneration. Auch in den von ihm angestoßenen Themen und Arbeitsfeldern der Abteilung WiG unterschied sich Deist nicht von seinen Vorgängern. Die Steigerung der Wehrkraft war auch seine höchste militärärztliche Maxime, auch wenn dabei auf unsichere und gefährliche Pharmaka wie Pervitin zurückgegriffen wurde oder Soldaten in Lazaretten mehr oder weniger als „simulationsverdächtig“ galten.

170 BA-MA, RHD 43/53: Bericht über die 4. Arbeitstagung Ost der Beratenden Fachärzte, 16.-18.5.1944, 292.

171 Nekrolog (wie Anm. 149), S. 1335.

Am Beispiel Deists kann auf der anderen Seite auch exemplarisch das gespannte Verhältnis zwischen den Sanitätsoffizieren und den Berliner Universitätsprofessoren veranschaulicht werden, da sich letztere von ihren militärischen Konkurrenten bedrängt fühlten und eine vermeintliche Bevorzugung festzustellen glaubten - ein kompletter Gegensatz zu den Gießener Kollegen in den 30er Jahren. Nach seiner Versetzung nach Berlin bat Hellmuth Deist um die Umhabilitierung von Gießen nach Berlin, um die dortige *Venia legendi* zu erhalten, da er nun längere Zeit in Berlin im *Oberkommando des Heeres* (OKH) bzw. bei der *Heeressanitätsinspektion* verbringe. Als Fachgebiete gab er „innere Medizin und interne Wehrmedizin“ an.¹⁷² Paul Rostock als Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin teilte ihm darauf hin mit, dass zwar eine Umhabilitierung nicht möglich sei, erteilte dem Antragsteller aber für die Dauer des Krieges die Erlaubnis, in Berlin Vorlesungen zu halten.¹⁷³ Diese Maßnahme löste heftige Proteste auf Seiten der Universitätsprofessoren aus. Gegen Deist wurde der Vorwurf mangelnder fachlicher Qualifikation erhoben, da er nur Tbc-Facharzt sei und aus fachlichen Gründen eine Herauslösung des Tbc-Bereichs aus der Inneren Medizin nicht zu verantworten sei. Außerdem beklagte man sich über die Behandlung der Professoren durch die Wehrmacht, ohne jedoch näher auf die Umstände einzugehen.¹⁷⁴ Dennoch beantragte der Dekan, Rostock, am 1. Juli 1942 beim *Reichserziehungsministerium* die Erlaubnis für Deist, Vorlesungen während des Krieges halten zu können.¹⁷⁵ Der Vorgang konnte offenbar nicht ohne Probleme abgeschlossen werden, denn Rostock verwies in einem Brief an Schreiber auf die Mühe, die es ihn gekostet habe, in der Fakultäts-sitzung die Genehmigung für Deist durchzusetzen: „Es freut mich, dass damit diese Angelegenheit in ihrem Sinne erledigt werden konnte.“¹⁷⁶ Somit konnte Deist doch noch eine einstündige Vorlesung über „Interne Wehrmedizin“ halten. Trotz des für das Militär erfolgreichen Ausgangs des Konflikts um die Lehrerlaubnis, zeigen sich deutlich die Ressentiments der etablierten Universitätsprofessoren gegen ihre militärischen Kollegen, denen sie mangelnde fachliche Kenntnisse vorwarfen, zumal sie „nur“ die jeweils militärische Seite eines medizinischen Problems behandelten. Wesentliche Motive neben tatsächlicher Sorge um die Qualität der fachlichen Ausbildung mag aber auch Angst vor unliebsamen Konkurrenten gewesen sein, die sich mit der Wehrmacht der Unterstützung eines wichtigen Machtfaktors sicher sein

172 UAB, Med. Fak. 1417, p. 156: Deist an Dekan (17.3.1942).

173 Ebd., p. 157: Dekan an Deist (19.3.1942).

174 Ebd., p. 160: Friedrich Koch an Dekan (22.4.1942).

175 Ebd., p. 163.

176 Ebd., p. 164.

konnten. Gerade in Kriegszeiten, in denen der Vorrang des Militärs vor dem zivilen Bereich offensichtlich war, wollten die Berliner Ordinarien ihre seit Jahrzehnten gewonnene Position behalten und verteidigen. Nur so ist bei allem sonstigen Engagement für das „Vaterland“ und die Wehrmacht die grundsätzliche ablehnende Haltung gegen die 1943 geplante Einrichtung so genannter „Wehrordinariate“ an den Universitäten zu verstehen.¹⁷⁷

Allerdings war man im Unterschied zu Berlin an der Gießener Universität nach wie vor nicht abgeneigt, in einen engen Kontakt mit der Wehrmacht zu treten. Gießen bildete mit seiner Lage in der Mitte Deutschlands bei gleichzeitiger hervorragender wissenschaftlicher und medizinischer Infrastruktur - vor allem mit der Universität und den zahlreichen Instituten - die ideale Stadt, um dorthin die in Berlin gefährdeten Institute der *Militärärztlichen Akademie* zu verlegen. Neben diesen praktischen Aspekten war bei der Entscheidung jedoch hilfreich, dass einer der an den Verhandlungen beteiligten Männer in der *Heeres-sanitätsinspektion*, nämlich Hellmuth Deist, ein Gießener Dozent war, auch wenn er seit 1942 seine Dienststelle eigentlich in Berlin hatte. Der für die Akademie wichtige Standort Gießen ist ein markantes Beispiel für die Art und Weise, wie ein bestehendes Netzwerk, das aufgrund inhaltlicher und institutioneller Verbindungen von Forschern bereits vor dem Krieg aufgebaut wurde, in die zentrale Planung miteinbezogen werden konnte und welche Veränderungen sich hierdurch für die partizipierenden Teilnehmer ergeben konnten.

IV. Die Provinz und das Zentrum: Außenstellen der *Militärärztlichen Akademie* in Gießen

Die Berliner *Militärärztliche Akademie* war durch Luftangriffe 1943 ständig bedroht; in Folge dessen wurden mehrere Institute zum Teil nach Gießen bzw. Bad Nauheim ausgelagert. Im weiteren Verlauf des Krieges verlegten die Institute und Abteilungen immer mehr Personal und Material in die Gießener Ausweichstellen.

Bevor auf die Tätigkeit einiger Zweigstellen - insbesondere auf die verschiedenen Arbeiten mit Kampfstoffen am pharmakologischen und am physiologischen Institut in Gießen - näher eingegangen wird, sollen die Geschichte der *Militärärztlichen Akademie* und die Aufgaben der Beratenden Ärzte, die der Akademie zugeordnet waren, dargelegt werden.

177 Vgl. beispielsweise die umfangreiche Korrespondenz in UAB [Universitätsarchiv Berlin], Med. Fak. 1444.

a) Die Militärärztliche Akademie und die Beratenden Fachärzte (Neumann)

Die traditionsreiche Berliner *Kaiser-Wilhelms-Akademie für das Militärärztliche Bildungswesen* wurde 1920 auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages von den Alliierten geschlossen. Erst am 1. Oktober 1934 öffnete im selben Gebäude mit der *Militärärztlichen Akademie* die Nachfolgerin ihre Tore, die direkt dem *Heeressanitätsinspekteur* unterstellt war. An der *Militärärztlichen Akademie* wurden von nun an die Fahnenjunker im Sanitätskorps ausgebildet und konnten dort während ihres Studiums an der Universität Berlin auch wohnen.¹⁷⁸ Unter dem Dach der *Militärärztlichen Akademie* wurden zudem verschiedene Institute eingerichtet, wie etwa das 1935 von Paul Schürmann gegründete *Institut für allgemeine und Wehrpathologie*.¹⁷⁹

Die Institutsleiter durften frei forschen, wobei aber wehrmedizinischen Forschungsfragen Vorrang eingeräumt werden musste. Gleichzeitig besaßen die Institutsleiter durch die Zugehörigkeit zur medizinischen Fakultät der Universität Berlin auch die Lehrerlaubnis. Somit waren die Institute der *Militärärztlichen Akademie* gleichzeitig Forschungs- und Lehrstätten.¹⁸⁰ 1938 wurden alle Institute zur Forschungsgruppe der *Militärärztlichen Akademie, Lehrgruppe C* genannt, zusammengefasst.

Nach Kriegsbeginn wurden auch die Beratenden Ärzte der Lehrgruppe C der *Militärärztlichen Akademie* zugeordnet. Bei den Beratenden Ärzten handelte es sich in der Regel um anerkannte Autoritäten des jeweiligen Faches, meistens waren es die Ordinarien der Universitäten, die neben der militärischen Tätigkeit weiterhin am Lehrbetrieb teilnahmen und ihre offizielle universitäre Funktion beibehielten. Beratende Ärzte besaßen zwar keine Befehlsbefugnisse,¹⁸¹ nahmen aber

178 Hubert Fischer: Zum 190. Gründungstag der Pepinière. In: Wehrmedizinische Monatsschrift 29 (1985), S. 321.

179 Weitere Institute waren das pharmakologisch-toxikologische Institut unter Wolfgang Wirth, der 1937/38 die unter der Leitung von Otto Muntsch aufgebaute gastherapeutische Abteilung ausbaute, und das physiologisch-chemische Institut unter der Leitung von Konrad Lang. Otto Ranke errichtete das Arbeitsphysiologische Institut, das später in Institut für Arbeits- und Wehrphysiologie umbenannt wurde. Das Institut für Wehrpharmazie und angewandte Chemie leitete der Apotheker Gemeinhardt, das hygienische Institut zunächst Friedrich Konrich und Friedrich-Wilhelm Breckenfeld (später Friedrich Sartorius). Das psychiatrisch-psychologische Institut wurde geleitet von Otto Wuth und das tropenmedizinische Institut von Hans Ziemann bzw. nach dessen Tod von Ernst Rodenwaldt. 1938 wurde dann noch das Institut für Wehrgerichtliche Medizin eingerichtet, das unter der Leitung von Gerhard Panning stand. Vgl. Hubert Fischer: Die Militärärztliche Akademie 1934-1945, Oldenburg 1985.

180 BA-MA, RH 12-23/1577: Brief an Prof. Schittenhelm (20.1.1941).

181 Die Befehlsgewalt besaß nur der ihnen vorgesetzte leitende Sanitätsoffizier, der den Beratenden allerdings im Einzelfall Befehlsbefugnisse übertragen konnte.

dennoch durch ihre Aufgaben eine wichtige Position im Sanitätsdienst der Wehrmacht ein, denn sie sollten auf Grund ihrer herausragenden fachlichen Qualifikation die aktiven Sanitätsoffiziere in den Reserve-lazaretten oder anderen Sanitätseinrichtungen in wissenschaftlichen Angelegenheiten beraten und bei Bedarf auch korrigieren. Auf der anderen Seite hatten sie durch Truppen- und Lazarettbesuche ihre eigenen Kenntnisse über kriegswichtige Behandlungsfragen und neuartige Therapieformen zu erweitern. Die Beratenden Fachärzte, die unter anderem auf Armee- und Wehrkreisebene eingesetzt waren, mussten jedes Quartal einen Erfahrungsbericht verfassen, der dann zentral in Berlin in der *Heeressanitätsinspektion* ausgewertet wurde. Daraufhin verschickte dann jeweils der höchste „Beratende“, der direkt dem *Heeressanitätsinspekteur* unterstellt war, einen Sammelbericht, in dem er allen Fachkollegen eine Zusammenfassung über die neueste Entwicklung des Fachgebietes gab. So konnten die „Beratenden“ auch diese Erkenntnisse in ihre weitere Forschung einfließen lassen, so dass sich eine Art Kreislauf bildete: „Aus diesen verschiedenen Arten ihrer Arbeit ergibt sich ihr Gesamtwirken als Berater, Überwacher und als Lehrer“.¹⁸²

Beratende Fachärzte aus Gießen:

Auch aus Gießen stammten zahlreiche Beratende Fachärzte, z.B. die Professoren Karl Haug als Beratender Neurologe der 3. Panzerarmee ab April 1944 oder Friedrich Bernhard als Beratender Chirurg der 1. Armee 1939/40.¹⁸³ Zu den Beratenden Ärzten zählten auch die Professoren Hans Storck als Beratender Orthopäde im Wehrkreis IX, Alfred Brüggemann als Beratender Otologe und Werner Schopper als Beratender Pathologe beim Heeresarzt C.¹⁸⁴

Da innere Krankheiten im Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Teil der Erkrankungen in den Lazaretten ausmachten, benötigte die Wehrmacht dringend solche Spezialisten. So war etwa der Direktor der Gießener Medizinischen und Nervenlinik Professor Helmuth Reinwein Beratender Internist beim Leitenden Sanitätsoffizier der Deutschen Heeresmission Rumänien. In seinen Berichten klagte er - vergleichbar anderen Beratenden Internisten wie etwa der Anfang der 30er

182 BA-MA, RH 12-23/947: Aufgaben und Stellung der Beratenden Ärzte (o.D.)

183 Georg Berger: Die Beratenden Psychiater des deutschen Heeres 1939 bis 1945. Frankfurt a. M. u.a. 1998, S. 269; Philipp Behrendt: Die Beratenden Chirurgen des deutschen Heeres 1939-1945. Diss. med. Freiburg 2003, S. 209 f.

184 BA-MA, RH 12-23/1853: Tätigkeitsberichte der Prosekturen in der Heeresgruppe C im Monat November 1944.

Jahre von Gießen nach Freiburg gewechselte Hellmuth Bohnenkamp¹⁸⁵ - häufig über zu lange Aufenthaltszeiten von Soldaten in den Lazaretten: „Die Malariakranken werden viel zu lange im Lazarett zurückgehalten.“¹⁸⁶ Weiterhin monierte er mehrmals nachdrücklich die mangelnde Hygiene in den besichtigten Lazaretten: „Überall auch auf der Infektionsabteilung sehr viele Fliegen.“¹⁸⁷ Darüber hinaus beklagte er die schlechte diätetische Behandlung, denn „völlig Zahnlose bekommen dicke Stücken Brot und harten Käse. Ruhrkranke fette Leberwurst und dazu noch Butter.“¹⁸⁸ Ein Stereotyp, das sich auch bei Reinwein finden lässt, ist das der so genannten „Neurotiker“ unter den Kranken, die sich ihre Krankheiten nur einbildeten oder übertrieben.¹⁸⁹ Reinwein berichtete an die *Heeressanitätsinspektion*, während seiner Visiten in den verschiedenen Lazaretten zahlreiche Ikterusfälle, Malaria- und Ruhrkranke gesehen zu haben. Solche sorgfältig gelesenen Berichte der hoch qualifizierten „Beratenden Ärzte“ hatten auch Einfluss auf die Forschungsprioritäten.¹⁹⁰

Der Handlungsspielraum der Beratenden Ärzte war recht groß, so dass sie je nach persönlicher Einstellung und Berufsauffassung unterschiedlich strenge Kriterien anlegen konnten, was je nachdem dazu führte, ob eher ärztliche oder eher militärische Kriterien an den Kranken angelegt wurden.¹⁹¹ So sorgte sich etwa der spätere Gießener Internist Kurt Voit als „Beratender“ im Stab der *Armee-Sanitätsabteilung 562* 1940 in Frankreich um die ausreichende Vitamin C-Versorgung der Truppe. Er empfahl die Beschaffung von Zitronen und Apfelsinen oder - falls diese Früchte auf Grund von Engpässen bei der Versorgung nicht zu erhalten

185 Alexander Neumann: Medizin und Krieg: Freiburger Ordinarien im Dienste der Wehrmacht. In: Bernd Grün; Hans-Georg Hofer, u.a. (Hg.): Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. Frankfurt a.M. 2002, S. 397-417, hier S. 404 ff.

186 BA-MA, RH 12-23/86, p. 3: Tagebuch 1.10.-1.11.1941. Vgl. auch den Eintrag vom 17.10.: „Viele Kranke schon über 50 Tage im Lazarett.“, ebd., p. 5.

187 Ebd., p. 1.

188 Ebd., p. 6.

189 Ebd., p. 17.

190 Die Ausbreitung der Hepatitis epidemica z.B. beeinflusste die Schlagkraft der Truppe erheblich und bewirkte eine Anstrengung zur Feststellung der Ätiologie. Diesem als dringlich erachteten Engagement war auch die Forschung Arnold Dohmens, teilweise in Gießen und Bad Nauheim in einem der ausgelagerten Institute der Militärärztlichen Akademie, gewidmet. Dohmen nahm Übertragungsversuche an KZ Häftlingen vor. Vgl. Brigitte Leyendecker/Burghard Klapp: Deutsche Hepatitisforschung im Zweiten Weltkrieg. In: Ärztekammer Berlin (Hg.): Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918-1945, in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer, Redaktion Christian Pross und Götz Aly, Berlin 1989, S. 261-315, hier S. 274 ff.

191 Neumann (wie Anm. 185), S. 399 ff.

seien - von Vitaminpräparaten.¹⁹² Ende November 1942 übernahm Voit die Direktion der Medizinischen Klinik in Gießen, nachdem Reinwein zum April 1942 an die Universität Kiel berufen worden war. Ab Januar 1943 war Voit zugleich Chefarzt des Reserve-Lazaretts II in Gießen.

b) *Die Universität ist erfreut, „die möglichste Gastfreundschaft erweisen zu dürfen“.*¹⁹³ (Oehler-Klein)

Am Beispiel der Verlagerung von Instituten der *Militärärztlichen Akademie* in Räumlichkeiten der Universität mit Hilfe von Gießener Dozenten wird die Funktionalisierung bestehender persönlicher und institutioneller Beziehungen zu den Universitäten für aktuelle militärmedizinische Zwecke der Wehrmacht deutlich. Die Einbindung universitärer Ressourcen erfolgte somit nicht nur über die Mittel von Einberufung und Positionierung geeigneter Mitarbeiter sowie durch die Finanzierung von Forschungsaufträgen, sondern ebenfalls durch die Nutzung universitärer Einrichtungen, die auch zu einer Zusammenarbeit führte. Die Inanspruchnahme universitärer Laboratorien und Institutionen für die Wehrmacht begann schon vor dem Krieg mit der Einrichtung von Fliegeruntersuchungsstellen; weiter gab es seit 1940 Verträge zwischen der Wehrmacht und zivilen hygienisch bakteriologischen Untersuchungsstellen.¹⁹⁴ Studenten der *Militärärztlichen Aka-*

192 BA-MA, RH 12-23/108, p. 4: Tätigkeitsbericht 1.-15.3.1940. Voit war 1941 noch „Beratender“ beim Armeearzt 17, als die Truppe mit Darmproblemen zu kämpfen hatte: Die Ursachen für die auftretende Gastro-Enteritis waren laut Voit ungeklärt: Er vermutete in erster Linie Infektion und eine Verbreitung durch die zahlreich vorhandenen Fliegen. Dazu kämen die einsetzende kühle Witterung und die Aufnahme minderwertiger Lebensmittel (v. a. Fette) bzw. der Genuss von unabgekochtem Wasser. (Ebd., p. 34: Bericht über bisherigen Verlauf der zur Zeit im Armeebereich auftretenden Gastro-Enteritis, 28.7.1941.) Als Therapie schlug Voit vor allem die Gabe von Tee und Tierkohle vor, bei schweren Fällen auch den Einsatz von Ruhrbakteriophagen, eine Kombination, die letztlich zum Erfolg führte. Ebd., p. 35: 2. Bericht über bisherigen Verlauf der zur Zeit im Armeebereich auftretenden Gastro-Enteritis, 6.8.1941.

193 UAG, PrA Nr. 2381: „Verlegung der Lehrgruppe C der Militärärztlichen Akademie in Berlin nach Gießen für die Dauer des Krieges (1940); 1943-1945“; Besprechung vom 27.8.1943: zwischen Rost, Rauch, Stabsarzt Prof. Kliewe, Oberarzt Dr. Boemke, Oberstabsapotheker Prof. Ungerer, Berlin, und dem Komm. der Sanitätsabteilung Gießen, Oberstarzt Dr. Strenger. Vgl. weiter Vorverhandlung am 6.8.1943: zwischen dem Vertreter des Generalarztes Dr. Schreiber, Oberstarzt Dr. Deist, Rauch sowie dem Dekan der Med. Fak.; außerdem hat teilgenommen Oberstarzt Dr. Strenger: Med. Fak. ist bereit, Räume zur Verfügung zu stellen, auch Kerckhoff-Inst. kann „mit seinen reichen Mitteln“ herangezogen werden.

194 Das geht aus dem Entwurf eines Schreibens des „Oberkommandos der Wehrmacht, Chef des Wehrmachtsanitätswesens an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin“, vom April 1944 hervor. BA-MA, RH 12-23. 1844, Handakte Wi G Ia 1.4.-31.7.1944. Bl. 54.

demie Berlin studierten während des Krieges auch an auswärtigen Universitäten, u.a. in Gießen.¹⁹⁵ Die Verlagerung von (Teil-) Instituten der Akademie aus Berlin in verschiedene Außenstellen (zum Beispiel Würzburg sowie Gießen und Bad Nauheim) entstand aus der Überlegung, durch Verteilung der Institute und deren Umsiedlung in die Provinz das Risiko des Bombardements, von dem besonders Berlin betroffen war, zu minimieren.¹⁹⁶ Seit August 1943 gab es Verhandlungen zwischen dem *Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* und der Universität Gießen, mit dem Ziel, die Lehrgruppe C der *Militärärztlichen Akademie* (Forschungsinstitute und Sammlungen) in Gießen unterzubringen.¹⁹⁷ Bestehende personelle Verflechtungen zur *Heeressanitätsinspektion* bzw. zur *Militärärztlichen Akademie* erleichterten das Unterfangen, das allerdings mit der Zerstörung der Gießener Gebäude durch die Bombardements im Dezember 1944 ein Ende fand.¹⁹⁸

An den Vorbesprechungen beteiligte sich neben - Kliewe und Deist - ebenfalls Stabsarzt Privatdozent Dr. Friedrich Boemke, offizieller Mitarbeiter des pathologischen Instituts in Gießen von 1935 bis 1944.¹⁹⁹

195 Vgl. Hubert Fischer: *Die Militärärztliche Akademie 1934-1945*. Osnabrück 1985 (Neudruck d. Ausgabe 1975), S. 31.

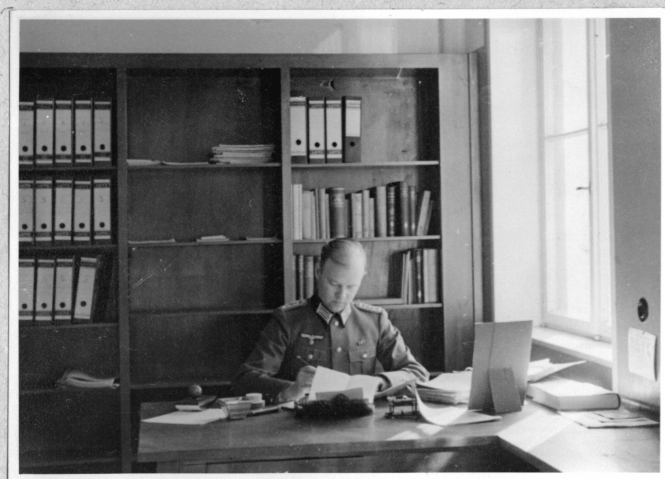
196 BA-MA, RH 12-23/1679: Aus einem Schreiben Prof. Dr. Franz Adickes vom 19.10.1943 an das Institut f. physiologische u. Wehrchemie: „Es scheint in Vergessenheit geraten zu sein, dass die Ausweichstelle auch dazu dienen sollte, das Risiko zu verteilen [...]“.

197 Am 5.8.1943 teilte das REM (Reichserziehungsministerium) dem Rektor mit, Generalarzt Schreiber habe an REM die Bitte gerichtet, zwecks Verlegung der Lehrgruppe C der MA nach Gießen mit dem Rektor verhandeln zu dürfen; es geht um die Verlegung von „24 Mann wissenschaftlichen Personals, denen gleichzeitig die notwendigen Arbeitsmöglichkeiten geboten werden müßten. [...] Ich bitte, sich der Sache wohlwollend anzunehmen und mir nach Abschluß der Verhandlungen zu berichten.“ Die Sanitätsabteilung Gießen meldete am 31.8.1943, dass 50 Offiziere zur Durchführung der Ausquartierungsmaßnahmen der MA in Gießen untergebracht wurden. Vgl. UAG, PrA Nr. 2381.

198 Zu den Schäden durch den Fliegerangriff auf Gießen vgl. BA-MA, RH 12-23/254: Total arbeitsunfähig waren: 1) Abt. Beratender Psychiater und Beratender Chirurg (alle Akten, Geräte usw. waren völlig vernichtet). 2) Pharmakologisch-toxikologisches Institut, 3) Wehrphysiologisches Institut, 4) Abteilung Prof. Kliewe. 5) Abt. Stetter des Physiologisch-chemischen Instituts. Die Kellerräume waren größtenteils erhalten und die Arbeitsfähigkeit sollte bei Wiederbelieferung mit Gas und Strom und teilweise der anderweitigen Unterbringung wieder hergestellt werden können.

199 Er wurde vom 1.4.1935-31.10.1944 als Mitarbeiter geführt. Zu Boemke vgl. auch UAG, PrA Med Nr. 2, Friedrich Boemke; 1939 wurde Boemke in Gießen habilitiert, 1940 zum Oberarzt und Dozenten und 1944 auf Vorschlag der Gießener Fakultät zum außerplanmäßigen Professor ernannt (der Pathologe Werner Herzog: „Auch charakterlich kann ich Herrn Boemke das allerbeste Zeugnis ausstellen: Auf Ehre und Treue eingestellt ist er ein echter deutscher Patriot.“); ab 1.11.1944 wurde ihm die Leitung des Pathologischen Instituts am Robert-Koch-Krankenhaus in Berlin übertragen.

Institut für allgemeine und Wehrpathologie der
Militärärztlichen Akademie Abteilung Gießen
ab 1.10.43 -



Boemke

Abb. 4: Stabsarzt Privatdozent Dr. Friedrich Boemke in der Gießener Zweigstelle des Instituts für allgemeine und Wehrpathologie der Militärärztlichen Akademie, 1943/1944 untergebracht im pathologischen Institut der Universität Gießen; Foto und Beschriftung: Privatsammlung.

Allerdings wurde Boemke Anfang 1942 zur Militärärztlichen Akademie an das dortige Institut für allgemeine und Wehrpathologie ver-

Boemke war ab 1.11.1933 Mitglied in der SA (San.-Scharführer), 1937 in der NSDAP; er war von 1934 bis 1935 Vertrauensmann des NSDÄB (NS-Ärztebund) für das Pathologische Institut.

setzt.²⁰⁰ Zum Vertreter der Lehrgruppe C für die nach Gießen und Bad Nauheim verlegte Staffel I dieser Gruppe ernannt,²⁰¹ managte Boemke den Umzug der Zweigstellen von Berlin nach Gießen im Oktober 1943.²⁰² Das von Boemke als Vertreter der *Militärärztlichen Akademie* gezeichnete Mietverhältnis mit der Universität begann zwar bereits zu diesem Zeitpunkt,²⁰³ doch noch Anfang 1944 zogen manche Institute nach Gießen oder nach Bad Nauheim. Nachstehende Abbildung gibt Auskunft über den lokalen Standort der nach Gießen transferierten Institute:

-
- 200 Damit wurde einer Bitte des beratenden Pathologen der Heeressanitätsinspektion entsprochen, BA-MA, RH 12-23/1883: Schreiben vom 18.2.1941. Vom 11.12.1939-4.4.1940 war Boemke Leiter der pathologisch-anatomischen Heeresuntersuchungsstelle in Lublin. Vgl. Schreiben vom 6.9.1940 BA-MA, RH 12-23/1883 und RH 12-23/592: Offiziersbeurteilung vom 1.3.1944: „Boemke ist eine hochwertige Persönlichkeit mit positiver Einstellung zum nationalsozialistischen Staat. Seine Führung als San. Offizier ist einwandfrei. Boemke hat sich als Leiter von Pathologisch-anatom. Untersuchungsstellen und als Leiter d. Berichtssammelstelle am Pathologischen Institut voll bewährt, bes. auch beim Einsatz an der Ostfront. Absolute Zuverlässigkeit, arbeitsfreudig, organisatorische Fähigkeiten. Starke wissenschaftliche Begabung [...]. c) Vorschlag für Verwendung in nächster Zeit: Verbleib in jetziger Dienststelle da als Leiter der Berichtssammelstelle unentbehrlich.“ Am 12.4.1944 wurde vorgeschlagen, ihn zur Verfügung des beratenden Pathologen beim Wehrkreis IX, Prof. Dr. Herzog, Gießen, zu versetzen.
- 201 Auf Befehl des Generalarztes Schreiber, vgl. UAG, PrA Nr. 2381, lt. Schreiben Boemkes vom 22.11.1943 an Rektor. Boemke war zuvor Stellvertreter des Beratenden Pathologen bei der Heeressanitätsinspektion, Prof. Randerath, und Adjutant des Kommandeurs der Lehrgruppe C der Militärärztlichen Akademie.
- 202 BA-MA, RH 12-23/1679; im Schreiben Prof. Adickes an das Berliner Institut vom 14.10.1943 heißt es, Boemke sei gestern angekommen. Vgl. hierzu National Archives London, Public Record Office, FO 1031/92, Report; enthält den Bericht Major Edmund Tilley (Mitglied der FIAT-Behörde, vgl. Anm. 242) zur Befragung von Hildebrandt, seinem Mitarbeiter und dem Mitarbeiter des Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie, Dr. Hans Beuchelt (nummeriert; zitiert werden die einzelnen Nummern); Nr. 109: „In Oct. 43 WIRTH transferred several sections of his Pharmacological and Toxicological Institute of the Militärärztliche Akademie from BERLIN to various university laboratories. WIRTH places one part in HILDEBRANDT'S Institute, another in the Physiological Institute, and the third in the Pathological Institute, all at GIESSEN University. At first, WIRTH'S two assistants, DR. POSTL and DR. JACOBI, were sent to the section in HILDEBRANDT'S Institute, later JAKOBI was replaced by BEUCHELT [Oktober 1944, vgl. Nr. 120].“ (Herrn Professor Paul Weindling, Oxford, danke ich für den Hinweis auf die Bestände in den National Archives, London, und für die Bereitstellung einer Kopie des zitierten Reports).
- 203 Am 1.10.1943 begann das Mietsverhältnis von Teilen der Universität, vor allem der Medizinischen Fakultät Gießen. Als Tag der Übernahme galt der 1.4.1944. Im Oktober 1943 und am 29.1.1944 wurden bereits Räume in Gießen und Bad Nauheim bezogen. Der Vertrag wurde erst am 15.7.1944 zwischen der MA, vertreten durch Stabsarzt Doz. Dr. Boemke und dem Land Hessen, vertreten durch das Hessische Hochbauamt Gießen, geschlossen. Miete: jährlich 24000 RM. Vgl. UAG PrA Nr. 2381.

Dem

Herrn Chef des Stabes

Herrn Inspekteur

vorzulegen.

Die derzeitige Unterbringung der Institute der
Militärärztlichen Akademie

I. Teilverlagert ~~xxxxx~~ nach Gießen bzw. Nauheim sind:

- a) Institut für allgemeine und Wehrpathologie in das Pathologische Institut der Universität Gießen
Leiter: St.A.Doiz.Dr. B o e m k e
- b) Institut für allgemeine und Wehrhygiene in das Vet.-Hyg. Institut der Universität Gießen
Leiter: U.A.Doiz.Dr. V i e r t h a l e r
- c) Institut für physiologische und Wehrchemie in das Phys.-Chem. Institut der Universität Gießen
Leiter: Reg.Rat Dr. A d i k e s
- d) Pharmakologisches Institut in das Pharmakologische Institut der Universität Gießen
Leiter: O.St.A. Dr. J a c o b i
- e) Institut für allgemeine und Wehrphysiologie in das Physiolog. Institut der Universität Gießen
Leiter: St.A.Dr. L e r c h e
- f) Institut für wehrgerichtliche Medizin in das Institut für Bodenkunde der Univ.Gießen
Leiter: O.A.Doiz.Dr. H u b e r
- g) Institut für Wehrpharmazie in das Phys.-Chem. Institut der Univ.Gießen
Leiter: O.Feldapotheker D i l l e r
- h) Tropenmedizinisches Institut nach Nauheim in das Kerkhoff-Institut
Leiter: St.A.Prof. R i x

Von sämtlichen der obengenannten Institute ist ein Teil noch in der Mil.Akademie untergebracht.

II. Ausschließlich in der Mil.Akademie befinden sich:

Die Abteilung Berat.Chirurg, Internist, Psychiater und das Institut für Geschichte der Wehrmedizin.

Abb. 5: Liste der nach Gießen und Bad Nauheim ausgelagerten Institute der Militärärztlichen Akademie. Foto: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg [RH 12-23/1136].

Es wird Boemke bescheinigt, seit der Verlegung einzelner Institute „nach Gießen in recht geschickter und kameradschaftlicher Weise für ein gutes Nebeneinander zwischen Universität und Militärärztlicher Akademie Sorge getragen“ zu haben.²⁰⁴ Aller Schriftverkehr und alle Verhandlungen mit Vorgesetzten und auswärtigen Dienststellen der nach Gießen verlegten Staffel waren während der Zeit der Auslagerung über Stabsarzt Dozent Dr. Boemke zu leiten, was für einen hohen Informationsgrad über die Aktivitäten der einzelnen Zweigstellen in der örtlichen Zentrale (im Studentenwohnheim Gießen) spricht.

Hier ausführlicher dargestellt werden zunächst die Tätigkeiten des *Instituts für Allgemeine und Wehrpathologie* sowie im Folgenden (unter Punkt IV, c) die des *Instituts für physiologische und Wehrchemie* und des *Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie*.

Sammlung der Obduktionsbefunde am pathologischen Institut Gießen

Im Frühjahr 1944 siedelten verschiedene Einrichtungen des Berliner *Instituts für Allgemeine und Wehrpathologie* in das pathologische Institut der Universität Gießen um: Die zentrale Berichtsammlung der *Militärärztlichen Akademie* (s.u.) und die Gewebezüchtungsabteilung zur Erforschung von Kälteschäden; zudem wurde eine Materialsammelstelle eingerichtet.²⁰⁵ Das Institut selbst war aus der pathologisch-anatomischen Abteilung der *Militärärztlichen Akademie* hervorgegangen,²⁰⁶ die mit der kriegspathologischen Sammlung verbunden war.²⁰⁷ Tätigkeitsberichte des Instituts im Jahr 1944 zeigen, dass neben der Analyse und Darstellung eines Penicillinpräparates die Einrichtung

204 UAG, PrA Med Nr. 2, Friedrich Boemke: Gutachten des Ordinarius für Hygiene, Professor Friedrich Erhard Haag, NS-Dozentenbundsführer in Gießen, vom 6.11.1944 betr. Ernennung Boemkes zum ao. Prof.

205 BA-MA, RH 12-23/581: Korrespondenz Verwaltungsangelegenheiten Lehrgruppe C, 28.3.1944; am 12.6.1944 wird die Einrichtung einer Materialsammelstelle in Gießen genehmigt. Boemkes Veröffentlichungen zeigen, dass die Abteilungen der wissenschaftlichen Nutzung dienen. Vgl. Boemkes Publikationen zum Beispiel über „Plötzliche Todesfälle“ und Untersuchung über „Kälteschäden an der Gewebekultur“. Ebd. und BA-MA, RH 12-23/589.

206 Es bestanden auch Querverbindungen zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin Buch. Eine Außenstelle zur Erforschung der Kriegsschäden des Zentralnervensystems unter Leitung von Oberstabsarzt Dr. Patzig war dort untergebracht. Es bestand ein Vertrag mit Julius Hallervorden (zu Hallervorden s. Anm. 236) vom 14.12.1943 bzw. 19.1.1944 über: „Wissenschaftliche Untersuchungen über die Frage der Kriegsschäden im zentralen Nervensystem“. BA-MA, RH 12-23/2071. Hallervorden berichtet am 17. September 1944 über seine Tätigkeit aus Dillenburg. Vgl. den „Bericht über den gegenwärtigen Stand der Forschungen“. Ebd.

207 Vgl. Fischer: Militärärztliche Akademie (wie Anm. 195), S. 107 f.

der Materialsammelstelle, die kriegspathologisches makroskopisches und mikroskopisches Material sowie Bildmaterial zentral in Gießen aufbewahren sollte, im Vordergrund steht.

Bereits ab März 1944 wurden die aus dem ganzen Reich zusammengeführten Sektionsprotokolle aller Militärpathologen nicht mehr nach Berlin, sondern nach Gießen an Stabsarzt Dozent Dr. Boemke, Pathologisches Institut der Universität, versandt.²⁰⁸ Die Protokolle der zentralen Berichtssammelstelle, die der Zusammenführung kriegsärztlicher Erfahrungen dienten, standen der Forschung zur Verfügung.²⁰⁹ Zu diesen nach Gießen geschickten Protokollen gehörten ab August 1943²¹⁰ auch die von angeordneten Obduktionen der Opfer feindlicher Luftangriffe, um deren Todesursache einwandfrei klären zu können. Es sollten dabei vor allem die tödlichen Grenzen der Druckstoß- und Detonationswirkung geklärt werden.²¹¹ Die Anweisung zur Durchführung dieser Obduktionen, die nicht in den Zeitungen bekannt gegeben werden durfte - vermutlich um Aufregung in der deutschen Bevölkerung zu vermeiden -, lag das Interesse der Gewinnung neuer wehrwissenschaftlicher Erkenntnisse zugrunde. Eine Geheimverfügung²¹² gibt Anweisung über die Zusammensetzung von Untersuchungstrupps, die sofort zum Ort des Geschehens zu rufen waren: sie sollten aus je einem Pathologen, Gerichtsmediziner und Gewerbehygieniker bestehen und vom Luftgaurzt nach Luftangriffen mit Personenschäden von größerem Umfang sofort in Bewegung gesetzt werden. Auch die Aufnahme der Obduktionsprotokolle von „in Konzentrationslagern und Gefangenenlagern Verstorbenen“, die laut einem von Hellmuth Deist gezeichneten Schreiben als „geheim“ zu kennzeichnen waren,²¹³ diente wahrscheinlich Forschungszwecken. Diese

208 Anweisung im Schreiben vom 20.3.1944 des Heeres-Sanitätsinspektors (Wi G (Ib)) u.a. an Wehrkreisärzte und die Beratenden Pathologen. Vgl. BA-MA, RH,12-23/1911.

209 BA-MA, RH 12-23/589; Tätigkeitsbericht von 11.10.1944.

210 Schreiben vom 2.8. 1943, Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei zusammen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe an verschiedene behördliche Stellen des Reiches. BA-MA, RH 12-23/1136.

211 BA-MA, RH 12-23/185, Skript: „Aufgaben der Militärärztlichen Akademie“, S. 15.

212 U.a. vom Reichsführer SS und dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe („Für die Richtigkeit“ von Anthony unterschrieben) vom 5.1.1944 herausgegeben. Vgl. BA-MA, RH 12-23/1136.

213 Vgl. hier die im Auftrage von Deist gezeichnete geheime Anweisung vom 14.12.1944 u.a. an den Heeresarzt mit Verteiler und Wehrkreisarzt mit NA für die Beratenden Pathologen: „Mit sofortiger Wirkung sind sämtliche Leichenöffnungsbefunde mit den dazugehörigen Tagebucheinträgen nicht mehr, wie in Bezugsverfg.1 bestimmt, nach Gießen/Lahn, sondern an die Berichtssammelstelle des Instituts für allgemeine und Wehrpathologie der Militärärztlichen Akademie, Berlin NA 40, Scharnhorststr. 35, zu senden. Dabei sind die Leichenöffnungsbefunde von in Konzentrationslagern und Gefangenenlagern Verstorbenen von den Obduzenten stets unter „geheim“ an die

Anweisung Deists verdeutlicht in eindringlicher Weise, dass Kenntnisse über Konzentrationslager und die dort herrschenden Zustände bis in die mittleren Ebenen der im militärischen Dienst stehenden Wissenschaftler zu vermuten sind. Die Protokollsammlung befand sich komplett noch nach Kriegsende in Gießen: „In einsichtiger Weise verzichtete der amerikanische Armeepathologe nach 1945 auf die Beschlagnahme der im Institut lagernden etwa 200.000 Sektionsprotokolle der *Militärärztlichen Akademie*; sie betreffen - sehen wir von den in Berlin bei den Bombenangriffen verlorengegangenen ab - jedenfalls den Großteil der im zweiten Weltkrieg vorgenommenen pathologisch-anatomischen Obduktionen und haben bereits häufig für Rentenbelange und andere wichtige Zwecke dienen können. Sie werden nunmehr in das Wehrmedizinalamt überführt.“²¹⁴

Unter diesen heute noch vorhandenen Protokollen²¹⁵ befinden sich auch die Berichte von regelrecht verhungerten Kriegsgefangenen aus verschiedenen Lagern.²¹⁶ Als Grundleiden wird zum Beispiel Oedemkrankheit, als Todesursache Kachexie und Tuberkulose angegeben.²¹⁷ Die Tatsache, dass vor allem sowjetische Kriegsgefangene²¹⁸

Berichtssammelstelle zur Absendung zu bringen. Bezüglich der Materialsammelstelle ergeht in Kürze weitere Weisung.“ BA-MA, RH 12-23/1849.

- 214 Georg Herzog: Das Pathologische Institut. In: Ludwigs-Universität. Justus Liebig-Hochschule. (1607-1957). Festschrift zur 350 Jahrfeier. Giessen 1957, S. 41-44, hier S. 44.
- 215 Nach Auskunft von Herrn Steinkamp (Freiburg) soll dieser jetzt im Militärarchiv Freiburg lagernde, aber noch nicht eingeordnete Bestand der Obduktionsprotokolle eine Signatur aus dem Bestand des Heeressanitätsinspektors RH 12-23 bekommen. Die Protokolle wurden im Jahr 2002 von dem Krankenbuchlager, Berlin, Gesundheitsbehörde, an das Militärarchiv Freiburg abgegeben.
- 216 Bisher sind noch keine Obduktionsprotokolle von in Konzentrationslagern Verstorbenen gefunden worden. Stichproben ergaben zum Beispiel folgendes Sektionsprotokoll des sowjetischen Kriegsgefangenen und ehemaligen Bauern Semen N., geb. 1896 in D.f. Sorinka, Baschkiria. Er starb am 5.1.1944 im Lager-Lazarett Sandbostel und wurde am 6.1.1944 in der Pathologisch-anatomischen Abteilung im Reserve-Lazarett III Bremen von Stabsarzt Prof. Dr. Giese obduziert. Im Protokoll heißt es: „Es handelt sich um eine schwere allgemeine Atrophie mit Oedemen und ruhrartiger Enteritis. Zu der Atrophie ist die Lungentuberkulose als Reinfekt aus einem alten tuberkulösen Primärinfekt hinzugegetreten.“
- 217 Die Forschungen über ernährungsbedingte Ödemkrankheiten an schwerkranken russischen Kriegsgefangenen, die Heinrich Berning im Auftrag der Wehrmacht im Reservelazarett V in Hamburg-Wandsbeck durchführte, datieren jedoch in die Jahre 1941/42. Vgl. Hendrik van den Bussche (HG.) unter Mitarbeit von Angela Bottin u.a.: Medizinische Wissenschaft im 'Dritten Reich'. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin, Hamburg 1989, S. 264 f. Die Ernährung der ödemkranken Versuchspersonen erfolgte nicht nach therapeutischen, sondern wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Es wurden dreizehn Todesfälle (unter 56) Versuchspersonen registriert. Bei richtiger Behandlung („30-50 g Casein täglich zusammen mit

in Deutschland in großer Zahl verhungert sind, ist zwar erschreckend, aber bekannt. Welchen - wissenschaftlichen ? - Zwecken die Sektionen der verhungerten Kriegsgefangenen dienten, ist jedoch noch nicht geklärt. Eine Auswertung des Bestandes der ehemals in Gießen befindlichen Berichtsammelstelle könnte hier weitere Erkenntnisse bringen. Deutlich wird aber zugleich, dass den Informationen, welchen Tod sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland infolge des Vernichtungskrieges im Osten vielfach erleiden mussten, ein größerer Bekanntheitsgrad zugesprochen werden muss - zumal unter den Beratenden Pathologen oder unter dem die Berichte betreuenden Personal der *Militärärztlichen Akademie*, die zugleich - wie Stabsarzt Boemke - Angehörige von Universitäten waren. Dies ist m. E. wichtig zur Einschätzung der dem Anschein nach vorbehaltlosen Unterstützung der kriegswichtigen Forschungen und Aktivitäten der militärärztlichen Institute durch die universitären Institute.

Calcium“) war - so Berning in einem Aufsatz von 1942 - die Prognose der ernährungsbedingten Ödemkrankheit gut. Im zitierten Skript (wie Anm. 211) „Aufgaben der Militärärztlichen Akademie“, wird auf S. 12 die Forschung zu ernährungsbedingten Hungerödemen wie folgt beschrieben: „Untersuchungen über die Behandlung des Hungerödems bei Kriegsgefangenen zeigten, dass es sich hierbei um eine reine Eiweißmangelkrankheit handelt.“

- 218 Zur völkerrechtlichen Grundlage und deren Nichtbeachtung durch die NS-Führung in der Behandlung sowjetischer - verwundeter und kranker - Kriegsgefangener vgl. Christian Streit: Das Schicksal der verwundeten sowjetischen Kriegsgefangenen. In: Hannes Heer, Klaus Neumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. 8. Aufl., Frankfurt (Zweitausendeins) 1997, S. 78-91. Die Behandlung der Kriegsgefangenen unterstanden der Verantwortung der deutschen Wehrmacht. In der Kontroverse über die Ursachen der mangelhaften Ernährung von Kriegsgefangenen (Möglichkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung einerseits sowie Planungen und Vorkehrungen des Oberkommandos der Wehrmacht für die Unterbringung und Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen andererseits) scheint die These gut belegt, dass die Sterblichkeit unter sowjetischen Gefangenen das Ergebnis einer politisch gewollten Vernichtung war, die nur durch den gewünschten Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen eine Revision erfuhr, welche jedoch faktisch wenig bewirkte. Vgl. hierzu: Sven Bracke: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschen Gefangenenlagern im Zweiten Weltkrieg <http://www.hausarbeiten.de/rd/faecher/hausarbeit/gec/1067.html>. Zur auch für diesen Bereich grundlegenden Kontroverse um den Charakter des Angriffs auf die Sowjetunion vgl. Wigbert Benz: Die Präventivkriegsthese. Zu Ursachen und Charakter des „Unternehmens Barbarossa“ 1941 <http://www.historisches-centrum.de/forum/benz04-1.html>; Dr. Wolfgang Post http://www.swg-hamburg.de/Deutschland_Journal/Die_Verunglimpfung_der_Wehrmacht.pdf.

Dienststelle: Reserve-Lazarett III, Bremen Sect. Nr. 884/44.
 Pathol.-anat.-Abteilung.

KPX **Leichenöffnungsbefundbericht**
3317 **L 1805 Q 13.124**

Lazarett: Lager-Lazarett Sandbostel Selbstpost Nr. 4604.
 Hauptkrankenbuch Nr.: */.
 Abteilung: */.
 Abt. Nr. Bl. Nr.: */.

Name und Vorname: N [REDACTED], Semen

Dienstgrad, Truppenteil (Selbst. Nr.): sowj. Kriegsgef.
 123 174 X B

Erkennungsmarke: Bürgerlicher Beruf: Bauer.

Geburts- und -Ort: 1896. D.f. Sorinka, Baschkiria.

Todes- und -Ort: 5.1.1944. Lager-Lazarett Sandbostel.

Tag, Stunde und Ort der Sektion: 6.1.1944. Lager-Lazarett Sandbostel.

Obduzent: Stabsarzt Prof. Dr. Giese.

Klinische Diagnose (Vorgefährte unseitig): Ödeme. Enterocolitis chron.

Grundleiden: Oedemkrankheit

Todesursache: Kachexie, Tuberkulose

Abb. 6: Ausschnitt aus dem Protokoll der Obduktion eines verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Foto: Sammlung der Obduktionsbefunde, ehemals am Pathologischen Institut der Universität Gießen; jetzt: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, noch ohne Signatur.

c) Ein neuer Nervenkampfstoff und ein Forschungsauftrag (Oehler-Klein)

Drei Aspekte sollen bezüglich der Arbeiten mit Kampfstoffen in Gießen beleuchtet werden: Die offensive Ausrichtung der Forschung am Institut für *physiologische und Wehrchemie* der Akademie, die Verbindung zu den pharmakologischen Instituten von Akademie und Universität sowie die Erprobung von Hautentgiftungsmitteln an Gießener Studenten im pharmakologischen Institut der *Militärärztlichen Akademie*. Zusammen mit der Außenstelle des *Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie* war die des *Instituts für physiologische*

und Wehrchemie bereits im Oktober 1943 nach Gießen transferiert worden. Ein Laboratorium im fast fertig gestellten Erweiterungsbau der Medizinischen und Nervenklिनик war diesem Institut zur Nutzung zugesagt worden. Trotz einer Dringlichkeitsbescheinigung des Oberkommandos des Heeres wegen der durch Luftangriffe schwer beeinträchtigten *Militärärztlichen Akademie* in Berlin wurde der Bau des Laboratoriumsstockwerkes der Medizinischen Klinik jedoch auch 1944 nicht bezugsfertig. Die Zweigstelle des Instituts war so ab Oktober 1943 teils im physiologischen und teils im geologischen Institut untergebracht.²¹⁹ Das zeitgleich nach Gießen transferierte *Institut für Pharmakologie und Wehrtoxikologie* nutzte den zweiten Stock des pharmakologischen Universitätsinstitutes, welches von der Medizinischen und Nervenklिनик nur durch eine Straße, die Gaffkystraße, getrennt war.

Das *Institut für Pharmakologie und Wehrtoxikologie* war aus der gas-therapeutischen Abteilung hervorgegangen, die Anfang 1938 zur pharmakologisch-toxikologischen Abteilung erweitert worden war. In einem vermutlich für den internen Gebrauch der Lehrgruppe überarbeiteten Skript „Aufgaben der Militärärztlichen Akademie“ heißt es²²⁰: „Eines der wichtigsten und größten Forschungsinstitute des Heeres-Sanitätsdienstes ist das Institut für allgemeine Pharmakologie und Wehrtoxikologie der Militärärztlichen Akademie. Der Leiter des Instituts, Oberstarzt Prof. Dr. Dr. Wirth, bearbeitet zugleich als Gruppenleiter im Heeres-Waffenamt verantwortlich die Kampfstoffentwicklung auf toxikologischem Gebiete. Die Behandlung von Kampfstoffverletzungen sowie das Problem der Haut- und Kleiderentgiftung sind Fragen, mit welchen sich das Institut seit seinem Bestehen eingehend

219 BA-MA, RH 12-23/1679, Schreiben Adickes vom 2.9.1944, in dem er sich über den schleppenden Ausbau des Laboratoriums beklagt.

220 BA-MA, RH 12-23/1853, S. 13. Diese Darstellung wie auch die weiteren Überlegungen (s. Text) können eine etwas andere Einschätzung der Arbeiten Wirths begründen, als die von Wolfgang Woelk dargelegte Position, die sich nur auf die Tätigkeit des von Wirth geleiteten Instituts beschränkt, ohne mögliche Querverbindungen in Erwägung zu ziehen. Vgl. Wolfgang Woelk: Der Pharmakologe und Toxikologe Wolfgang Wirth (1898-1996). In: Wolfgang Woelk, Frank Sparing, u.a. (Hg.): Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 66). Essen 2003, S. 269-287, hier S. 274: „Wirths Institut beschäftigte sich nicht mit der Synthese oder der Anwendung von Kampfstoffen, sondern war für die toxikologische Begutachtung zuständig. Dieser Aufgabenbereich ist entscheidend für die weitere Bewertung seiner wissenschaftlichen Arbeiten.“

beschäftigte. Maßgeblich war das Institut dabei an der Aufstellung und Ausrüstung der Truppentgiftungskompanien beteiligt [...].“²²¹

Das *Institut für physiologische und Wehrchemie* hatte sich in den Kriegsjahren vor allem mit Blutersatzmitteln und Blutkonservierung beschäftigt; es wurde ein Herstellungsverfahren für die Serum- bzw. Trockenserumkonserve entwickelt.²²² Dieser Umstand ist deswegen bemerkenswert, weil die Zweigstelle in Gießen offenbar ganz andere Aufgaben erledigte; sie befasste sich nämlich mit der Bearbeitung eines Organophosphates, das prinzipiell als Nervenkampfstoff hätte Verwendung finden können. Laut Planung (s.u.) sollten also in geheimer Mission hochgiftige Kampfstoffe in der Medizinischen und Nerven-klinik, in unmittelbarer Nähe von Kranken, gelagert werden und es sollte mit diesen Kampfstoffen dort experimentiert werden.

Die von dem Institut zu erledigenden Aufgaben fielen aber, nach dem zitierten Skript „Aufgaben der Militärärztlichen Akademie“, das auch als interner Rechenschaftsbericht der Lehrgruppe C zu werten ist, in das Aufgabengebiet Professor Wirths, wodurch zudem eine wie auch immer geartete Verbindung zu der gleichzeitig nach Gießen transferierten Zweigstelle des *Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie*, die direkt unter der Leitung Wirths stand, plausibel gemacht werden kann. Bis kurz vor dem Umzug der beiden Institute nach Gießen im Oktober 1943²²³ fungierte Wirth außerdem als Kommandeur der Lehrgruppe C der *Militärärztlichen Akademie*,²²⁴ und hatte mit Sicherheit auch in dieser Funktion Kenntnisse von den in Gießen tatsächlich erledigten Aufgaben. Ein Mitarbeiter des von Wirth geleiteten Institutes äußerte gegenüber den alliierten Ermittlern nach dem Krieg, dass Wirth an der Entwicklung eines neuen Kampfstoffes gear-

221 BA-MA, RH 12-23/1853. In dem Skript „Aufgaben der Militärärztlichen Akademie“ heißt es auf S. 14: „Auf dem Kampfstoffgebiet wurden zahlreiche experimentelle Untersuchungen durchgeführt, unter denen folgende erwähnt werden sollen: [...] Untersuchung über den Wirkungsmechanismus resorptiv-wirksamer Kampfstoffe [und] deren Entgiftung und Therapie [...]. Physikalisch-chemische Untersuchungen über Kampfstoffe erbrachten neue Nachweismethoden für Kampfstoffe und ergaben Anhaltspunkte über deren Toxizität und Nachweisgrenze in Lebensmitteln.“

222 Ebd., S. 11. „Derzeitige Untersuchungen beschäftigen sich mit dem Problem der Nutzbarmachung von Tiereserum als Blutersatzmittel.“ Vgl. auch Schreiben Adickes vom 2.9.1944 (BA-MA, RH 12-23/1679), aus Gießen: „Um die Bedeutung der Arbeiten unseres Institutes zu kennzeichnen, kann darauf hingewiesen werden, dass der Leiter, Ob. Feldarzt Prof. Dr. K. Lang, unter anderem die durch die Presse bekannte Blutserumkonservierung ausgearbeitet hat.“

223 Vgl. ebd., Schreiben Adickes vom 13.10.1943 aus Gießen.

224 Vgl. Klee, Personenlexikon (wie Anm. 61), zu Wirth Wolfgang; S. 681.

beitet habe.²²⁵ Die teilweise noch vorhandenen geheimen Tätigkeitsberichte des *Instituts für physiologische und Wehrchemie*²²⁶ geben Auskunft über Arbeiten in Gießen an einer „Lost-Phosphorsäure-Verbindung“. Ziel dieser Gießener Experimente konnte dabei sein, eine Kombination der Wirkungsmechanismen von Nervengift (Phosphorsäureester) und Zellteilungshemmung (Lost) zu erlangen; eventuell suchte man auch nach einer Verbesserung der Inkorporation des Hautkampfstoffes „Lost“, der in erster Linie oberflächlich auf Haut und Atemwege wirkt. Organophosphate dagegen, also auch die in Gießen bearbeitete Kopplung von Lost an Phosphorsäure, sind stark lipophil (fettlöslich) und werden gut über Haut und Schleimhäute resorbiert. Auf diese Weise hätte man eventuell ein Vehikel für den Transport von Lost in den Körper gehabt. Die Arbeiten am *Institut für physiologische und Wehrchemie* in Gießen unterlagen der strikten Geheimhaltungspflicht und Berichte über die dort erfolgte Forschung durften nur - als geheim gekennzeichnet - über das Geschäftszimmer der Gießener Staffell, also über Boemke, weitergeleitet werden. Weil dies von den Gießener Mitarbeitern offenkundig nicht in dem erforderlichen Maß eingehalten wurde, erfolgte eine diesbezügliche Belehrung am 26. Juli 1944.²²⁷ Das Laboratorium wurde durch Gießener Fachkollegen besucht,²²⁸ so dass - neben den wechselseitigen Beteiligungen an wissenschaftlichen Veranstaltungen und Vorträgen von Mitarbeitern der Universität und der *Militärärztlichen Akademie* (s.u.) - von einem guten

225 Die Akte zu Wirth [PRO, FO/1031/104, Prof Dr Wolfgang Wirth (poisonous gases), 1945-1946], die Zusammenfassungen der Befragung Wirths durch die Alliierten nach dem Krieg ebenso wie Wirths handschriftliche Notizen zu Hildebrandts Forschungsauftrag enthält, vermerkt auf S. 7: Der mit Tabun experimentierende Mitarbeiter Wirths, Dr. Hans Beuchelt, habe gegenüber seinem ehemaligen Vorgesetzten, dem Leiter der pharmazeutischen Forschung der I.G. Farben-Werke in Höchst, Carl Ludwig Lautenschläger, geäußert, Wirth arbeite an der Entwicklung eines neuen Giftgases. „On one of these occasions Beuchelt also told him that Wirth was trying to develop new poison gases.“

226 Tätigkeitsberichte über die Monate Juli bis November 1944 sind vorhanden: BA-MA, RH 12-23/1679. Für die fachliche Auswertung dieser chemischen Berichte danke ich Professor Dr. Jürgen Koch, Gießen, sowie Diplom-Chemikerin Frau Dr. Christine Fröhlich, Gießen. Die in diesem Beitrag vorgenommene Darstellung der einzelnen Arbeitsabläufe entsprechend der Tätigkeitsberichte Prof. Adickes sowie die Überlegungen, welches chemische Produkt mit welcher Verwendungsmöglichkeit in Gießen hergestellt werden sollte, basiert auf dieser Auswertung.

227 BA-MA, RH 12-23/1679: Der Chemiker Stetter hatte in einem offenen Brief eine Kampfstoffzulage gefordert.

228 Im Oktober 1943 u.a. durch den Dekan der Fakultät sowie durch die Professoren Koch und Robert Feulgen, Direktor des Physiologisch-chemischen Instituts, das auch in der Physiologie untergebracht war; vgl. Tätigkeitsbericht Adickes vom 31.10.-10.11.1943; ebd. In seinen Berichten betonte Adickes das gute Einvernehmen mit Koch und dem Dekan der medizinischen Fakultät. Vgl. Schreiben vom 13.10.1943, ebd.

Kontakt und Austausch gesprochen werden kann. Wie weit jedoch genau die Kenntnisse der universitären Kollegen über die Forschungen im physiologischen und im pharmakologischen Institut gingen, lässt sich bisher nicht klären. Doch die Tatsache, dass mit Kampfstoffen experimentiert wurde, dürfte den Hausherrn wohl kaum verborgen geblieben sein. Der Umgang mit den Kampfstoffen war offenbar den Zeitumständen entsprechend: Das aus Gießen bestellte Lost wurde kilogrammweise einem über Gießen Reisenden mitgegeben.²²⁹

Kontakte zwischen Gießener Professoren und Gästen aus Berlin

Wie bedeutend der Standort Gießen für die *Militärärztliche Akademie* in Berlin war, kann aus dem Umstand ersehen werden, dass die ausgelagerten Institute mehrfach von dem Leiter des Berliner *Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie*, Professor Wirth, und vom damaligen Kommandeur der *Lehrgruppe C*, Generalarzt Schreiber²³⁰, besucht wurden. Schreiber interessierte sich auch für die vom Gießener Pharmakologen Fritz Hildebrandt seit September 1944 vorgenommenen Untersuchungen über „Die Beeinflussung des Kreislaufes, insbesondere des Coronar- und Hirnkreislaufes durch Kampfstoffe“²³¹. Der Vertrag zwischen Hildebrandt und der Lehrgruppe C im Auftrag der *Heeressanitätsinspektion* vom 15. April 1944 war durch Vermittlung von Wirth, der damit auch Hildebrandt als Mitarbeiter gewann, zustande gekommen.²³² Die Beziehungen zur Universität, insbesondere

229 Vgl. ebd. BA-MA, RH 12-23/1679: Schreiben vom 25.4.1944 an das Inst. für wehr-physiologische und Wehrchemie, Militärärztliche Akademie Berlin.

230 Kommandeur der Lehrgruppe C seit 1.9.1944. Zur Person Schreibers vgl. den Beitrag Neumann zur Militärärztlichen Akademie. Wirth erwähnt zwei Besuche in Gießen, PRO FO/1031/92, Report Nr. 174; Schreiber besichtigte bereits am 21.10.1943 die dem Institut für physiologische und Wehrchemie bereitgestellten Laboratorien, vgl. BA-MA, RH 12-23/1679, Tätigkeitsbericht Adickes vom 31.10.-10.11.1943; Schreiber fuhr am 12.6.1944 nach Gießen zu einer wissenschaftlichen Sitzung der Medizinischen Fakultät und verhandelte auch mit dem Rektor, um die Übersiedlung der Pathologischen Materialsammelstelle für wissenschaftliches Material nach Gießen in die Wege zu leiten. Am 14.6. und 5.9.1944 besichtigte er erneut das ausgelagerte Institut Adickes. Vgl. ebd., Tätigkeitsbericht vom Juni und September 1944.

231 Vgl. Schreiben Hildebrandts an Wirth vom 12.9.1944: „Mit gleicher Post habe ich auch an Herrn Generalarzt Schreiber geschrieben und ihm mitgeteilt, dass die geplanten Untersuchungen über die Einwirkung der Kampfstoffe auf die Coronar- und Gehirndurchblutung nunmehr sofort begonnen werden.“ BA-MA, RH 12-23/1729. Zum Vertrag vgl. BA-MA, RH 12-23/2071: Aufstellung der von der Lehrgruppe C im Auftrag der H.San In abgeschlossenen Forschungsaufträge.

232 Vgl. PRO FO/1031/104, Zusammenfassung der Aussagen Wirths: Hildebrandt erhielt 400 RM Zuwendung für seine Forschungen von der Militärärztlichen Akademie. Wirth erweckte in der Befragung den Eindruck, als habe er Hildebrandt einen Gefallen

zu den Professoren der Medizinischen Fakultät, waren den Gästen aus der *Militärärztlichen Akademie* wichtig.²³³ Die nun in Gießen tätigen Wissenschaftler engagierten sich in der Gießener *Medizinischen Gesellschaft* ab Ende 1943 und im Jahr 1944.²³⁴ Zu einem Vortragsnachmittag der Lehrgruppe C am 14. Juni 1944 wurden von Generalarzt Schreiber die Offiziere des Standortes Gießen wie auch die gesamte Medizinische Fakultät eingeladen. Oberstarzt Professor Wirth informierte über „Vergiftungen im Kriege“ und zeigte den von seinem Institut produzierten Kampfstofffilm.²³⁵ Der später (ab 1950) auch in Gießen lehrende Professor Julius Hallervorden²³⁶, mit einem militärischen Sonderauftrag ab 1943/44 betraut, berichtete über „Bisherige Ergebnisse der Forschung auf dem Gebiete der Kriegsschäden im Zentralnervensystem.“²³⁷ In Dillenburg, wohin Hallervordens histopathologische Abteilung des Kaiser-Wilhelm Institutes für Hirnforschung am 8. Mai 1944 von Berlin-Buch transferiert worden war, war ebenfalls eine „militärische Sonderstelle [...], die auch einen Teil

tun wollen, damit dieser seine Forschungstätigkeit wieder aufnehmen könne. Handschriftliche Notiz im September 1945, vgl. ebd.

233 BA-MA, RH 12-23/1679 Vgl. Schreiben Adickes vom 13.10.1943: „Mit den Giesse-
ner Herren gibt es keine Schwierigkeiten, dafür aber mit den Berlinern [...] Der Ein-
druck den diese Affäre [Streit um Räumlichkeiten] auf die Herren der Universität
machen muss, kann nicht gerade zum Ruhm der Militärärztlichen Akademie beitragen.
Ich bitte um schleunigste Regelung in Berlin.“

234 BA-MA, RH 12-23/1679, Teilnahme am 23.11.1943, Medizinische Gesellschaft (Prof.
Ad.); 9.1.1944, Vortrag Prof. Bürkers (Prof. Ad.); 11.1. 1944, Medizinische Gesell-
schaft (Prof. Ad.); Mai 1944, Medizinische Gesellschaft (Stetter); Juli 1944, Medizi-
nische Gesellschaft; 19.7.1944, Vortrag Adickes im Chemischen Kolloquium der
Universität „Über Aldol- und Esterkondensationen“. Boemke sprach 1944 zwei Mal
vor der Medizinischen Gesellschaft, vgl. UAG, PrA Med Nr. 2, Friedrich Boemke
(wie Anm. 204).

235 Vgl. BA-MA, RH 12-23/ 259.

236 Vgl. UAG, Berufsakte Hallervorden, 2. Lfg. Karton 3, Bl. 31. Die Histopatholo-
gische Abteilung unter Hallervorden wurde 1946 mit dem neuroanatomischen Institut
des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung unter der Leitung von Hugo Spatz
wieder zusammengelegt - ab 1949 mit Sitz in Gießen. Hallervorden erhielt 1950 einen
Lehrauftrag an der Akademie für medizinische Forschung und Fortbildung in Gießen.
Am 7.2.1950 wurden in Gießen Räume des physiologischen Instituts von dem Institut
für Hirnforschung der nun Max-Planck-Gesellschaft genannten Gesellschaft bezogen;
die von Hallervorden angelegte Präparatensammlung wurde ebenfalls dort unterge-
bracht. 1962 erfolgte die Umsiedlung nach Frankfurt. Hugo Spatz wurde Honorar-
professor an der Justus-Liebig Universität und erhielt die Ehrendoktorwürde. Zur Tä-
tigkeiten Hallervordens und Spatz am KWI vgl. Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem
Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im National-
sozialismus“. Hg. von Carola Sachse im Auftrag der Präsidentenkommission der Max-
Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. Copyright © 2000 by
Carola Sachse und Benoit Massin, S. 32. [http://www.ifdn.tu-bs.de/didaktikbio/Maps/
Projekt-1/K2-Biologie/Sachse-Massin.pdf](http://www.ifdn.tu-bs.de/didaktikbio/Maps/Projekt-1/K2-Biologie/Sachse-Massin.pdf).

237 BA-MA, RH 12-23/259, Schreiben von Boemke i.V. unterschrieben.

der Gehirnforschungsstelle der Luftwaffe und des zivilen Hirnforschungsinstituts umfasst [...] eingerichtet worden.“²³⁸

Mit der Bombardierung des Klinikumsgeländes im Dezember 1944 war die Kooperation zwischen der *Militärärztlichen Akademie* und der Universität Gießen - mit Ausnahme der Tätigkeit der Beratenden Ärzte und einzelner Institute (Pathologie)²³⁹ - zum Bedauern der *Militärärztlichen Akademie*²⁴⁰ beendet. Die Institute wurden zum Teil nach Bad Nauheim oder wieder zurück nach Berlin verlagert. Welcher Art war nun die Zusammenarbeit zwischen der *Militärärztlichen Akademie* und den universitären Instituten?

Ein gut gehütetes Geheimnis:

Am 14. Juli 1945 wurde der Pharmakologe Professor Fritz Hildebrandt von seiner Arbeitsstätte im Kerckhoff-Institut Bad Nauheim,²⁴¹ wohin er nach der Bombardierung des Pharmakologischen Institutes in Gießen am 6. Dezember 1944 hatte ausweichen müssen, abgeholt und zur Befragung durch die FIAT²⁴² Behörde in das Lager Kransberg bei

238 In: „Bericht über den gegenwärtigen Stand der Forschungen“. BA-MA, RH 12-23/2071.

239 Hildebrandt war als beratender Pharmakologe beim Wehrkreisarzt IX tätig; auch Osterwald arbeitete weiterhin mit der Heeressanitätsinspektion zusammen. Vgl. Schreiben Wirths an Hildebrandt vom 18.12.1944, BA-MA, RH 12-23/1729. In der Pathologie gab es keine Verluste. Vgl. BA-MA, RH 12-23/581.

240 Vgl. das Schreiben Wirths an Hildebrandt vom 18.12.1944, BA-MA, RH 12-23/1729.

241 Dorthin hatte er auch alle Unterlagen transportiert. Vgl. National Archives London, Public Record Office (im Folgenden PRO) FO 1031/92, Report, S. 18, Nr. 92: „The documents are in a blue folder in my director's room in the Kerckhoff Institute at Bad Nauheim.“ Vgl. weiter ebd., Nr. 256: „most of the documents had been removed to the Kerckhoff Institute at Bad Nauheim.“ Am 8.11.1941 war er bereits mit der Führung der Direktoratsgeschäfte der Kerckhoff-Stiftung beauftragt worden. Vgl. UAG, PrA Nr. 1406. Mit Hilfe dieser Unterlagen könnten eventuell die bislang nicht zur klärenden Fragen, welche Forschungen mit Kampfstoffen konkret von Hildebrandt geplant und durchgeführt worden waren, beantwortet werden. Eine Sichtung der (privatrechtlichen Regelungen unterworfenen) Archiv-Bestände des Kerckhoff-Instituts war bisher nicht möglich.

242 Field Information Agency-Technical (FIAT). Im Mai 1945 richtete Dwight D. Eisenhower in Absprache mit den Engländern die Field Intelligence Agency Technical (FIAT) ein, die systematisch u.a. medizinische Kenntnisse und Erfahrungen deutscher Wissenschaftler durch gezielte Befragungen und Untersuchungen erforschten. Diese Bemühungen wurden bis 1947 fortgesetzt, Unterlagen aus Produktion und Entwicklung wurden photokopiert und verfilmt; gleichzeitig wurde mit der Kontrollfunktion der Know-How-Transfer organisiert, der einer Reparationsleistung gleichkam. Zur FIAT Behörde vgl.: Lt Col Joseph S. Piram, Background and History of Field Information Agency, Technical, 8 Jul 44-30 Jun 46. In: EUCOM, T 298-1/2. zitiert nach http://www.globalsecurity.org/military/library/report/other/us-army_germany_1944-46_ench17.htm.

Usingen gebracht. „Seiner Frau wurde dabei gesagt, dass er für ca. 8 Tage zwecks „interrogation detained“ werden würde und dass keine politischen Gründe irgendwelcher Art vorlägen.“²⁴³ Der Bericht, den Major Tilley am 5. April 1946 über die Befragung Hildebrandts und seiner Mitarbeiter verfasste, zeigt die Bemühungen, herauszufinden, welche Art von Forschungen 1944 am Pharmakologischen Institut stattfand. In der Befragung leugneten Hildebrandt und sein Mitarbeiter Dr. med. habil Karl-Hans Osterwald²⁴⁴ zunächst jegliche Zusammenarbeit mit dem im zweiten Stockwerk ihrer Arbeitsstätte untergebrachten *Institut für Pharmakologie und Wehrtoxikologie der militärärztlichen Akademie*; sie mussten diese aber - mit der Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters des Instituts, Dr. Hans Beuchelt, konfrontiert - zugeben.²⁴⁵ Der Berliner Leiter des Akademieinstituts, Professor Wirth, half dem Universitätsinstitut in jeder Hinsicht: z.B in der Besorgung von Kampfstoffen, konkret Perstoffen, d.h. Diphosgenen, die Lungenödeme auslösen. Er setzte sich auch persönlich dafür ein, dass Hildebrandt zur Durchführung eines kriegswichtigen Forschungsauftrages seinen langjährigen Assistenten am pharmakologischen Institut, nämlich Osterwald, zugeteilt bekam. Und Hildebrandt, der sich mit der

243 Vgl. das Schreiben des Dekans, Ferdinand Wagenseil, und Karl Bechert vom 29.11.1945 an den hessischen Ministerpräsidenten: UAG Personalakten 1. Lfg. Karton 14, Fritz Hildebrandt. Hildebrandts offensichtliche Falschaussagen, seine schrittweisen Zugeständnisse nach Aufdeckung der Sachverhalte und seine mangelnde Kooperation veranlassten Major Tilley zu der Empfehlung: „[...] he should not be allowed to return to his former work at GIESSEN, but should be confined to a special internment camp where moral suasion may produce better results.“ PRO FO 1031/92, Report, Nr. 249. Hildebrandt befand sich nach Abschluss des Berichtes noch in Haft. Vgl. auch Markus Bernhardt: Giessener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945-1957 (= *Studia Giessensia*, Bd. 1). Gießen 1990, S. 54, Anm. 90. Hildebrandt wurde aber in seinem Amt von der Militärregierung bestätigt.

244 Eine genaue politische Durchleuchtung Osterwalds (die den Vermerk „geheim“ trägt), fand 1936 in Göttingen statt; vgl. (BArch Berlin (ehem. BDC) PK, Osterwald, Karl-Hans 25.8. 1911 (= BArch Berlin, Film Nr.I 439, PK 1080, Bildnr. 1644 ff.); Osterwald war von Mai 1936 bis März 1937 außerplanmäßiger Assistent an der Medizinischen und Nervenlinik, Gießen, von April 1937 bis April 1939: Assistent am Pharmakologischen Institut, ab September 1939 wieder als Assistent an der Medizinischen und Nervenlinik geführt, 1943 wurde er in Gießen habilitiert.

245 Beuchelt war zwischen 1941 bzw. 1942 und 1945 der Mitarbeiter Wirths, davor Assistent bei Prof. Lautenschläger, I.G. Farben, und von November 1943 bis Oktober 1944 in Gießen. „It is due to BEUCHELT’S testimony that there existed a definite link between the work done by WIRTH in BERLIN and HILDEBRANDT in GIESSEN could be established despite the denial of HILDEBRANDT, WIRTH and OSTERWALD that there existed any collaboration.“ PRO FO 1031/92, Report, Nr. 106: „BEUCHELT stated that Hildebrandt visited WIRTH’S section at GIESSEN frequently and discussed details of the work [...]. With BEUCHELT he discussed the research work done on digitonine (glycoside of digitalis) and also doryl.“

Rückbeordnung seines Assistenten von der Front nunmehr in die Lage versetzt sah, seine Forschungstätigkeit in größerem Umfang wieder aufnehmen zu können,²⁴⁶ war Wirth sehr dankbar. Er unterstützte die Zweigstelle der *militärärztlichen Akademie*, indem er die Mitbenutzung von Geräten gestattete und bei der Unterbringung von Versuchstieren behilflich war.²⁴⁷ Das Ende der vorzüglichen Zusammenarbeit durch den Verlust der Arbeitsmöglichkeiten infolge der Zerstörung der Gießener Gebäude im Dezember 1944 wurde von Wirth sehr bedauert: „Wir waren sehr glücklich über die vorzügliche und reibungslose Zusammenarbeit mit Ihrem Institut, so dass uns der Verlust der Zweigstelle doppelt schmerzlich berührt. Ich möchte Ihnen heute, wie schon mehrfach mündlich zum Ausdruck gebracht, nochmals unsern verbindlichsten Dank für Ihre hilfsbereite Unterstützung zum Ausdruck bringen.“²⁴⁸ Hildebrandt stellte sich als Beratender Pharmakologe für den Wehrkreis IX zur Verfügung.

Wer nun den ersten Schritt zu dieser Zusammenarbeit getan hat, entweder Hildebrandt, weil in der zweiten Etage seines Institutes mit Kampfstoffen experimentiert wurde und er die Möglichkeit sah, durch die Beteiligung an kriegswichtigen Arbeiten seinen Mitarbeiter von der verlustreichen Ostfront zurückzuholen, oder ob Wirth seinerseits auf Hildebrandt zukam, um einen weiteren Mitarbeiter zu gewinnen, lässt sich bisher nicht klären. Dass das wissenschaftliche Personal der medizinischen Fakultät Gießen auch selbst der Akademie seine Dienste anbieten konnte, zeigt das Beispiel des Dermatologen Walther

246 Schreiben Hildebrandts an Wirth vom 12.9.1944 (BA-MA, RH 12-23/1729). Hildebrandt erwähnt außerdem Arbeiten zur Einwirkung von Nebennierenrindenpräparaten (Cortidyn und Pancortex) auf den Kreislauf und zur Wirkung eines Strychnindepotpräparates, für die er bei Generalarzt Schreiber um zusätzliche Forschungsaufträge gebeten habe. Es wurde am Institut der Militärärztlichen Akademie Berlin zu dieser Zeit untersucht, ob Nebennierenrindenpräparate einen therapeutischen Einfluss auf die Schädigungen der Nebennierenrinde durch Lost besäßen.

247 PRO FO 1031/92, Report, Nr. 122 und Nr. 128.

248 Schreiben Wirths an Hildebrandt vom 18.12.1944; BA-MA, RH 12-23/1729. In der von Professor W. Osenberg zusammengestellten Liste von Forschern und Forschungsvorhaben soll es dem Bericht der Ermittler zufolge (PRO FO 1031/92, Report, Nr. 121) heißen: Osterwald sei nach Gießen geschickt worden „For important war work in the field of poisch [!] gases under the work agreement between Pharmakologisches Institut, GIESSEN, and Militärärztliche Akademie.“ (Zu den Aufgaben und Unterlagen Osenbergs vgl. Geißler, wie Anm. 114, S. 406.) Am 26. Februar hatte Wirth offenbar um Osterwalds Einsatz in Gießen gebeten „for joint work in the two institutes“. Ebd., Nr. 124. Wirth hatte eine Erklärung unterschrieben, in der er zugab, Osterwalds Anforderung mit dem Auftrag begründet zu haben: „blood distribution under the influence of poison gases to the central nerve system.“ Ebd., Nr. 125; Text of Wirth's application: „Wehrwichtige Arbeiten auf dem Kampfstoffgebiet auf Grund eines Werkvertrages zwischen Pharmakologisches Institut GIESSEN und der Militärärztlichen Akademie“.

Schultze, Leiter der Universitäts-Hautklinik und des Lupuskrankenhauses. Offenbar durch die sich in Gießen mit der Etablierung der Zweigstellen der *Militärärztlichen Akademie* ergebende Möglichkeit der Forschung mit Kampfstoffen wurde Schultze zu eigenen Arbeiten auf dem Gebiet angeregt. Am 22. Juni 1944 schrieb Schultze an Wirth: „Auf unsere Unterredung vom 15. ds. Mts. bezugnehmend, möchte ich Ihnen für eine Zusammenarbeit in der Behandlung von Kampfstoffkrankungen folgenden Vorschlag machen, nachdem mich der Bevollmächtigte für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, Prof. Dr. Brandt, mit Schreiben vom 15.4. ds. Jrs. an Sie verwiesen hat. [...] Zuerst wären mit den in Frage kommenden Kampfstoffen, die ich natürlich heute im einzelnen nicht kenne, Ph-Messungen an der Hautoberfläche vorzunehmen. [...] Es wäre dann weiter durch Stoffe, die vor allem die Gefäßschäden beeinflussen, eine möglichst weitgehende Regeneration der Kapillaren anzustreben [...] Sobald Sie wieder hierherkommen, möchte ich Ihnen dies in dem von mir unterstellten Albert-Jesioneck-Krankenhaus einmal klinisch vorführen. Die Arbeiten ließen sich ohne weiteres hier an der Univ.-Hautklinik durchführen. Die größte Schwierigkeit sehe ich nur darin, daß wir durch die starke Belegung der beiden Häuser, die große Ambulanz und den Unterricht ärztlich so ausgelastet sind, daß uns für Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet nicht die nötige Zeit und Ruhe zur Verfügung steht. Versuchspersonen - denn nur am Menschen lassen sich solche Untersuchungen durchführen - können wir wohl von den Studentenkompagnien [sic] bekommen. [...]“²⁴⁹ Es war wohl in Gießen innerhalb der medizinischen Fakultät kein großes Geheimnis, dass Kampfstoffexperimente mit Lost an „freiwilligen“ Studenten der *Militärärztlichen Akademie* vorgenommen wurden.²⁵⁰ Doch nach dem Krieg scheinen Hildebrandt und Osterwald entweder wegen dieser (oder aber anderer nicht bekannter) Humanexperimente mit Kampfstoffen oder wegen der sonstigen Forschungsarbeiten in den Instituten der *Militärärztlichen Akademie* sehr zurückhaltend gewesen zu sein, den alliierten Ermittlern Auskunft zu erteilen.

249 BA-MA, RH 12-23/1740. Wirth antwortete am 28.7.1944 per Einschreiben (ebd.): Er bedauere, dass er eine Reise nach Gießen habe verschieben müssen, er sei aber an einer Zusammenarbeit sehr interessiert: „Ich möchte Ihnen gerne hierüber [Behandlung der Verletzung durch Einwirkung von Stickstofflost und Schwefellost mit sauren bzw. alkalischen Mitteln] Material bei meinem nächsten Aufenthalt in Giessen vorlegen. [...] Anliegend übersende ich Ihnen einen Bericht über Versuche, die mein Mitarbeiter Dr. Beuchelt durchgeführt hat, mit der Bitte um Beurteilung. Ich würde mich ausserordentlich freuen, wenn ich mit Ihnen in einen recht regen Gedankenaustausch käme, wobei sich dann wohl ganz von selbst auch eine aktive Mitarbeit Ihrer Klinik ergäbe.“

250 Vgl. den anschließenden Beitrag von Neumann zum Problem der Humanversuche mit „freiwilligen“ Studenten.

Hildebrandt hatte jegliche Arbeiten auf dem Kampfstoffgebiet weit von sich gewiesen,²⁵¹ obwohl doch Osterwald speziell hierfür auf Veranlassung der *Heeressanitätsinspektion* dem Institut ab September 1944 zur Verfügung gestellt worden war. Osterwald selbst hatte zahlreiche Erfahrungen mit der Untersuchung der Beeinflussung des Kreislaufes durch Gifte,²⁵² aber wohl noch keine spezielle Erfahrung im Umgang mit Kampfstoffen, denn er musste durch den Leiter der Gießener Zweigstelle des *Institutes für Pharmakologie und Wehrtoxikologie der Militärärztlichen Akademie*, Dr. Postel, erst diesbezüglich unterrichtet werden.²⁵³

Im Jahr 1944 hatte die chemische Kampfstoffentwicklung Priorität.²⁵⁴ Auch von englischer Seite wurde mit der Anwendung von Giftgas gedroht.²⁵⁵ Allerdings schienen konventionelle Waffen in den Augen der britischen Generalität immer noch effektiver zu sein und es blieb bei dem Bedrohungsszenario: Giftgas wurde von keiner Seite eingesetzt.²⁵⁶

251 PRO FO 1031/92, Report Nr. 131.

252 Vgl. die Literaturliste in: UAG, Personalabtl., 1. Lfg., Karton 14, Fritz Hildebrandt.

253 Schreiben Wirths an Hildebrandt vom 19.9.1944, BA-MA, RH 12-23/1729.

254 Vgl. Medizin ohne Menschlichkeit. (wie Anm.106), S. 171: „Im März 1944 erging über den Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, Prof. Karl Brandt, ein Führerbefehl, der die Dringlichkeit von Versuchen mit Kampfstoffen zum Gegenstand hatte. Der Befehl wurde in strengster Geheimhaltung nur mit ‚kleinstem Verteiler‘ bekannt gegeben [...]“. Vgl. auch BA-MA, RH 12-23/1692: Weiterleitung einer geheim deklarierten Verfügung an verschiedene Wehrkreiskommandos im Osten vom 11.9.1944: „[...] 1) Bei dem Ausmaß der derzeitigen feindlichen Luftangriffe muß mit dem Großeinsatz chemischer Kampfstoffe jederzeit gerechnet werden [...]“. Vgl. weiter BA-MA, RH 12/23/1137: Aufstellung der Wehrmedizinischen Forschungen beim Heer (vermutlich vom August 1944): „[...] 1.) Kampfstoffgebiet. Eine Einschränkung der Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet ist unzweckmäßig.“ Die u.a. auf Hitlers negativer - strategischer - Einschätzung beruhende Zurückhaltung auf dem Kampfstoffgebiet galt im Wesentlichen der biologischen Kriegsführung. Vgl. Geißler (wie Anm. 114), S. 255.

255 Nachdem im Frühsommer 1944 deutsche Raketen in und um London mehr als 2000 Menschen getötet hatten, forderte Winston Churchill seine zaudernden Stabschefs auf, sich darauf vorzubereiten, notfalls „Deutschland mit Giftgas zu durchtränken“. DER SPIEGEL 2/2003-06. Januar 2003, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,229364,00.html>.

256 Sogar der Einsatz von nicht erheblich gesundheitsgefährdenden Reizstoffen wurde von deutscher Seite sehr zurückhaltend geprüft, da dem Feind damit ein propagandistisches Argument geliefert werden könnte, den Giftkampfkrieg zu eröffnen. Die Prüfung erfolgte unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen Abkommen, u.a. des Genfer Protokolls vom 17.6.1925: Verbot von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege. Vgl. BA-MA, RH 12-23/1692 vom 22. Dez. 1944; vgl. zur Einschätzung des offensiven Charakters der Forschungen und einer möglichen Ahndung in den Nürnberger Prozessen: Geißler (wie Anm.114), S. 769 f. „Aber in Nürnberg stand auch „die Begehung von Verbrechen gegen den Frieden“ zur Verhandlung, indem „die Angeklagten Angriffskriege planten, vor-

Jedoch die noch vor Beginn des Krieges präsente Bedrohung und Vorbereitung auf einen Giftgasangriff hatten auch in Gießen zur Folge, dass zum einen eine Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Kampfstoffe“ an der medizinischen Fakultät angeboten wurde²⁵⁷ und dass - vermutlich gegen Ende des Krieges - Gasbettchen und Gasjäckchen offenbar zum Schutz von Kleinkindern in Gießen gelagert wurden.²⁵⁸ Vorsorge zum Schutz der Zivilbevölkerung war hingegen nur der eine Aspekt, der andere war, dass Forschungen auf dem Kampfstoffgebiet in Deutschland auch offensiven Charakter trugen.

Die Entwicklung des neuartigen deutschen Nervenkampfstoffes Tabun war im Jahr 1942 so weit fortgeschritten, dass die industrielle Fertigung und Lagerung des Kampfstoffes in großen Mengen begann.²⁵⁹ Gerüchte hierüber waren auch im Ausland bekannt.²⁶⁰ Die Engländer und Amerikaner - über das von den Deutschen entwickelte hochgiftige Tabun im Konkreten nicht informiert²⁶¹ - beschafften sich nach dem Krieg sämtliche Informationen über Wirkungsweisen und -mechanismen durch die Befragung der zum Teil sehr aussagewilligen Wissenschaftler; und

bereiteten, entfesselten und führten, die gleichzeitig Kriege unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen und Zusicherungen waren“, sowie „Verbrechen gegen die Humanität“. Arbeiten zur biologischen (und chemischen) Kriegführung hätten natürlich als Beiträge zur Vorbereitung eines Angriffskrieges gewertet werden können.“

257 Vgl. UAG, Protokolle der Fakultätssitzungen - Dekanat Humanmedizin, 1. Aktenabgabe, Karton 41 (1903, 1933-1952): 1.2.1939, TOP 6: Arbeitsgemeinschaften über Kampfstoffe: Hildebrandt: Leiter; SS Samstag 7-8.30 Uhr, 27.11.1939.

258 Vgl. hierzu das Schreiben der Polizeidirektion Gießen an den Oberbürgermeister der Stadt vom 25.9.1945, in dem zu der Verwertung dieser „Gasabwehrgeräte“ nach dem Krieg Stellung genommen wird. Stadtarchiv Gießen, N 308.

259 Vgl. <http://www.m-ww.de/pharmakologie/giftstoffe/tabun.html> (Medicine-Worldwide, A Med-World AG Aktiengesellschaft zur Darstellung von Medizin und Gesundheit im Internet.): „Im Jahr 1940 begann die deutsche Wehrmacht mit Unterstützung der SS in Dyhernfurth, einem Ort 40 Kilometer nördlich von Breslau, mit dem Bau einer Anlage zur Herstellung von Chemiewaffen, vor allem Tabun. Aber erst im Jahr 1942 erfolgte seine erste industrielle Produktion. In Dyhernfurth wurden insgesamt ca. 12000 Tonnen Tabun hergestellt und meist von KZ-Häftlingen in Granaten und Bomben gefüllt.“ Nach dem Kriege wurde der G-chemische Kampfstoff von den USA und Großbritannien in Granaten und Bomben gefüllt und auf ihrem Territorium gelagert.

260 Vgl. das „geheim“ gekennzeichnete Schreiben an die I.G. Farben vom 6.10.1944 „Wir weisen auf folgende Auszüge in der Wehrmachtsschrifttumsschau vom 31.8.1944 44/91/4102: „Gerüchte über 'V 3'. Konzentriertes Giftgas in Deutschland angebl. in großen Mengen hergestellt u. gelagert. Mit der Möglichkeit des Giftgaskrieges wird gerechnet. Anwendung nur, wenn vom Gegner angewendet. Alle Defensivmaßnahmen getroffen. [...]“ BA-MA, RH 12-23/1798.

261 Vgl. Gerhard L. Weinberg: Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Aus dem Amerikanischen übertragen von H. Dierlamm, K. Dürr, u.a., Stuttgart 1995, S. 869.

auch Wolfgang Wirth gab etliche Detailinformationen bekannt.²⁶² Dass mit dem Nervengas Tabun in Berlin experimentiert worden war, war den Interviewern bekannt: „BEUCHELT admitted readily that he had carried out tests with TABUN in order to ascertain the effect of this poison gas-narcotic on the central nerve system. He thus proved that part of his work fell into the category of neurological research.“²⁶³ Humanexperimente mit dem Nervenkampfstoff Tabun wurden - auch in Gießen - als wahrscheinlich unterstellt, konnten aber nicht bewiesen werden.²⁶⁴ Beuchelt gestand lediglich, gehört zu haben, dass Osterwald, also der Mitarbeiter des Gießener Ordinarius, Professor Hildebrandt, Experimente in der Zweigstelle der *Militärärztlichen Akademie* gemacht habe,²⁶⁵ Osterwald selbst bemerkte, nur in den zweiten Stock des Pharmakologischen Instituts (also in das Institut der *Militärärztlichen Akademie*) gekommen zu sein, um Perstoffe wiegen zu können und er habe im Haus keinen besonderen Geruch (wie bei Tabun zu erwarten) wahrgenommen; allerdings gab er zu, von den dort vorgenommenen Experimenten mit Lost an Studenten gewusst zu haben.²⁶⁶ Die Ermittler fanden es merkwürdig, dass Tabun anders als andere Kampfstoffe nicht am Menschen getestet worden sei, um die für

262 Falschaussagen Wirths sind bekannt, weshalb der Informationswert seiner Aussagen nicht definitiv beurteilt werden kann. Vgl. Woelk, (wie Anm. 220), S. 277: „Entgegen seiner eidesstattlichen Erklärungen während der Verhöre durch die Alliierten war Wirth zumindest einmal persönlich anwesend, um ein Experiment mit Häftlingen im KZ Sachsenhausen zu überprüfen. [...] Im Herbst 1939 wurden im KZ Sachsenhausen Lost-Versuche durchgeführt. In einem vor dem Landgericht Duisburg 1951 erfolgten Verfahren erklärte der in die Versuche involvierte Arzt Dr. Hugo Schmick: „Mit den Giftgasversuchen verhält es sich folgendermaßen: Im Polenfeldzug waren auf deutscher Seite Verbrennungen durch poln. Lost vorgekommen. Man versuchte nun, ein Gegenmittel gegen dieses Lost zu entwickeln. [...] Ich erhielt von dem Reichsarzt SS Dr. Grawitz den Auftrag, dieses Mittel an Angehörigen des KZ auszuprobieren.“ Vgl. weiter S. 278: „Wirth hat mit dem Besuch im KZ Sachsenhausen erfahren, dass Versuche an Menschen stattfanden, die sich nicht freiwillig dazu bereit erklärt hatten. [...] So erfuhr Wirth durch seinen Besuch im KZ Sachsenhausen von einer neuen Kategorie von Versuchsreihen, die weit über die Maßstäbe hinausgingen, die bis dato an der Militärärztlichen Akademie galten.“

263 Vgl. PRO FO 1031/92, Report Nr. 106.

264 Vgl. PRO FO 1031/92, Report Nr. 184: Beuchelt sagte aus, er habe erst nach dem Aufenthalt in Gießen von dem Nervenkampfstoff Tabun erfahren und über 100 Experimente gemacht, es sei ein Thema gewesen, was unter strengster Geheimhaltung behandelt worden sei; er verneinte, dass Humanexperimente außer einigen Selbstexperimenten mit Tabun gemacht worden seien. Zugegeben wurden für Gießen Versuche mit lungenschädigenden Kampfstoffen aus der Grünkreuzgruppe, Perstoffen (Diphosgene = Perchlorameisensäuremethylester), sowie mit (nicht als Kampfstoffe tauglichen) Strophanthinen und Digitalis. Hildebrandt wurde zunächst (PRO FO 1031/92, Report Nr. 19) von Major Gill and Major Kingscote befragt.

265 Vgl. ebd., Nr. 166.

266 Vgl. ebd., Nr. 167 und Nr. 170, sowie Nr. 169.

Menschen letale Dosis zu bestimmen oder um eine eventuelle narkotisierende Wirkung zu erzielen. Es herrschte ebenfalls - auch bei den Interviewern - die Überlegung,²⁶⁷ dass Tabun in Extremfällen, in denen andere Schmerzmittel nicht mehr einsetzbar waren, ein über die Haut resorbierbares Narkotikum darstellen könne. Die der Ausbeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienende Befragung durch die FIAT Behörde widmete sich - allerdings mit wenig Erfolg - auch dieser Fragestellung. Die Befragung von Hildebrandt und seines Mitarbeiters Karl-Hans Osterwald hatte diesbezüglich wenig Erkenntnisse gebracht. Fachliche Informationen über die chemische Zusammensetzung und toxikologische Wirkung der neuen Kampfstoffe hatten die Ermittler hingegen bereitwillig von anderer Seite erhalten.²⁶⁸ So machten sich die Gießener Wissenschaftler durch ihre auffällige anfängliche Leugnung einer Zusammenarbeit mit der *Militärärztlichen Akademie* und ihre Leugnung von eigenen Arbeiten generell auf dem Kampfstoffgebiet sowie speziell mit Nervenkampfstoffen²⁶⁹ und insbesondere in Verbindung mit Humanexperimenten²⁷⁰ extrem verdächtig.²⁷¹ Beuchelt hatte den Berichten der Ermittler zufolge sogar anfänglich behauptet, in Deutschland würden noch nicht einmal gesundheitlich unbedenkliche Experimente an Menschen durchgeführt; angesichts der bekannten Grausamkeiten der Humanexperimente in den Konzentrationslagern zur Erzielung medizinischer Erkenntnisse waren die Aussagen Beuchelts

267 Vgl. ebd., Nr. 10 und Nr. 11. Vgl. auch PRO FO/1031/104, Akte W. Wirth, S. 6.

268 Vgl. ebd.; vgl. auch Angaben zur Befragung von Beuchelt und seines Vorgesetzten bei den I. G. Farben Hoechst, Carl Ludwig Lautenschläger. Wirth war bemüht, nicht über Lautenschläger, der an Pharmaversuchen im KZ-Buchenwald beteiligt war (vgl. Klee, Personenlexikon - wie Anm. 61 -, S. 359), zu sprechen und gab an, ihn nur oberflächlich zu kennen. Vgl. weiter die Befragung von Gerhard Schrader PRO FO 1031/105.

269 PRO FO 1031/92, Report, S. 5, Nr. 8. und Nr. 21.

270 Ebd., Nr. 136 und 143 und 149; es wurde speziell nach Experimenten mit Tabun, die Osterwald möglicherweise ausgeführt habe, gefragt; Hildebrandt nannte die Bezeichnung „Nervenkampfstoffe“ unwissenschaftlich; vgl. ebd., S. 5, Nr. 8: „In the end, one by one they admitted experiments on human beings, i.e. self-experiments and on volunteers, but only for devising antidotes or protective measures and chiefly with milder destructive gases, such as LOST (Mustard gas).” Vgl. ebd., Nr. 97: „HILDBRANDT has been suspected by others of having taken part in or of conducting experiments on human beings [...]”

271 Dies führte die Ermittler sogar zu folgender Erwägungen: Der Tunnel zwischen der Medizinischen und Nervenklinik und dem Pharmakologischen Institut hätte möglicherweise dem Zweck gedient, Personen, die die Experimente im pharmakologischen Institut nicht überlebt hätten, unauffällig wegtransportieren zu können, denn in der Medizinischen und Nervenklinik seien viele sterbenskranke Menschen behandelt worden, so dass der Abtransport von Leichen nichts Ungewöhnliches dargestellt hätte; vgl. ebd., Nr. 253. Hildebrandt habe mit Erregung auf die Erwähnung dieses Tunnels reagiert; vgl. ebd., Nr. 26. Tunnelverbindungen zwischen Kliniken gab es indessen häufiger.

abstrus und ließen andere abwiegelnde Aussagen auch zweifelhaft erscheinen.²⁷² Hildebrandt beteuerte, von Nervengasen noch nie etwas gehört zu haben. Hildebrandt hatte aber ebenfalls jedwede Verbindung zur SS bezüglich seiner Forschungen mit Digitalis geleugnet, wurde jedoch von Seiten der Ermittler mit Belegen konfrontiert, dass seine pharmakologischen Forschungen auch im Interesse des Reichsführers SS Heinrich Himmler standen.²⁷³ Hinzu kam das Resultat der von den ermittelnden Offizieren in Gegenwart von Osterwald vorgenommenen Ortsbesichtigung: Festgestellt wurde, dass das zerstörte Gießener pharmakologische Gebäude sehr gründlich gereinigt und die Kellerräume teilweise renoviert waren und dass möglicherweise ein künstliches Feuer gelegt worden war. Die Ermittler fragten sich nach dem Zweck dieses Aufwandes, zumal die mit Patienten belegte *Medizinische und Nervenlinik* im Sommer 1945 bei weitem nicht so hygienisch sauber und renoviert erschien.²⁷⁴ So waren die Ermittler sehr misstrauisch und hielten Experimente mit Tabun auch in Gießen für wahrscheinlich, die möglicherweise deshalb ihrer Ansicht nach

272 Die Debatte um Humanexperimente ist auch dokumentiert in PRO FO 1031/74. Zum Bericht von Major Tilley: „at times this denial, and particularly with reference to Dr. Beuchelt, has been overly emphatic and carried to an extreme degree. For example, on one occasion I argued strongly with Dr. Beuchelt that they must have used humans in the same manner as we ourselves had done, that is, in experiments which would not threaten the subjects health or life. He stated that German science would not consider using humans even to this degree. At subsequent interviews he altered this remark. One is convinced that humans were used but perhaps equally convinced that to gather data on this field sufficient time has elapsed for the destruction of incriminating documents and the dispersal of those who might appear as witnesses.“ In der Akte zitiert aus: „Exploitation of Dr. Fritz Ter Meer“, paragraph 57.

273 Die Ermittler beriefen sich auf die „Osenberg files“, „for an entry states that the interested party, for his experiments labelled „S 4891, Autumn 1943“, was „Reichsführung SS and thus, indirectly at least, Himmler.“ PRO FO 1031/92, Report Nr. 22. , Nr. 96, vgl. ebd., Nr. 87. Die Versuche seien durch [Karl] Fahrenkamp, der zum Persönlichen Stab Reichsführer-SS gehörte, initiiert worden. Hildebrandt gab drei Forschungsaufträge durch den RFR an, die er alle drei im 3. Quartal 1943 erhalten habe. Vgl. ebd., Nr. 198: Auswertung und Einstellung von Digitalis-Präparaten; German raw materials or products as substitutes for rare medical substances c) Examinations of Digitalis leaves and other plants described by Fahrenkamp in his book „Anabolism and Katabolism of Living Organisms“ and their effect on lower animals and fish, on the oxygen consummation (Atmung) and fermentation of yeast and for tissue sections of guinea pigs and rats.“ Ein Ortstermin zur Besichtigung des zerstörten Pharmakologischen Institutes förderte SS-Dokumente zu Tage (vgl. ebd., Nr. 25). Hildebrandts Forschungsaufträge sind - ohne Bezug zur SS oder Himmler - in der RFR-Kartei (BArch Berlin, Hildebrandt, Fritz 3.11.87, RFR- Karte) vermerkt: zum Beispiel „Juli 43: Fo-Auftrag erteilt: „Fahrenkamp-Stoffe“. S 4891-562(359/6)-III/43“.

274 Vgl. PRO FO 1031/92, Report Nr. 251, 252, 261.

nicht bekannt werden sollten, weil sie auf unethischer Forschung (Experimente an Nichtfreiwilligen) basierten.²⁷⁵

Forschungen zum Wirkmechanismus von Tabun

Ein anderer Zusammenhang, der Testverfahren mit Tabun in Gießen zusätzlich plausibel machen könnte, wurde von den Ermittlern allerdings gar nicht hergestellt:

Durch Wirth hatten die Briten erfahren, dass der Marburger Pharmakologe Hans Gremels bereits 1941 durch Blutdruckuntersuchung an Katzen herausgefunden hatte, dass Tabun die Cholinesterase im Blut hemmt. Gremels sei - so Wirth - allerdings aus Krankheitsgründen aus der Wehrmacht ausgeschieden und die Untersuchungen seien nicht weiter fortgeführt worden.²⁷⁶ Wirth verschwieg dabei, dass bereits andere Forschungsgruppen bis 1942 sogar ein Gegengift entwickelt hatten. Pharmakologische Forschungen zur Giftigkeit der neuen Giftgasgruppe der Phosphorsäureester [Tabun, Sarin und Soman] gab es allerdings bis 1944. Aufgrund der durch die Phosphorsäureester bewirkten Hemmung der Acetylcholinesterase kommt es zu einem Überschuss an Acetylcholin und auch zur Blutdrucksenkung, denn die Erweiterung von Blutgefäßen geschieht durch die Wirkung des Acetyl-

275 Festgestellt wurde im Bericht, ebd., Nr. 239, dass im Herbst 1944 Nervengase auf ihre Bedeutung als Narkotika getestet worden seien, aber dass diese Ergebnisse den Ermittlern nicht bekannt gemacht worden seien, vielleicht, weil unethische Forschung diesen Test zugrunde liegen würden. „BEUCHELT was probably engaged in a study of the effects of Tabun on human beings as early as 1941; [Tabun] may have been tested for the same purpose at the Pharmacological Institute in GIESSEN.“ Vgl. weiter ebd., Nr. 249, die Empfehlung bezüglich der weiteren Verwendung der Befragten: „BEUCHELT and OSTERWALD should be interned in DUSTBIN until they are willing to reveal all scientific data obtained from their experiments with poison gases or similar substances, especially these applied percutaneously.“ Im August/September 1946 genehmigte die Militärregierung Osterwalds weitere Tätigkeit. HHStA-Wiesbaden Hans Osterwald - Abtl. 520/ Gst 2932.

276 Vgl. PRO FO 1031/104 Akte Wirth, Interrogation vom 27.11.1945, zum Wirkungsmechanismus von Tabun. Vgl. auch die Beantwortung von am 2.9.1945 gestellten Fragen (Blatt 2): „Mit dieser Methode (Blutdruckversuche) ist von Gremels festgestellt worden, dass Gelan (Tabun) die Cholin-Esterase hemmt. (An den übrigen Versuchen war Gremels nicht beteiligt.)“ Zu den tatsächlichen Forschungsaktivitäten verschiedener universitärer Institute, zu dem weit verzweigten Netzwerk der deutschen Forschung auf dem Gebiet der chemischen Kampfstoffe und zu dem Mangel an Information in den verschiedenen Arbeitsgruppen über die entwickelten Nervengaspräparate vgl. den grundlegenden Aufsatz von Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth: Vernichtungsforschung: Der Nobelpreisträger Richard Kuhn, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Entwicklung von Nervenkampfstoffen während des „Dritten Reichs“. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 17 (2002), Heft 1, S. 15-50.

cholins auf das vegetative Nervensystem. Zwar war seit den 30er Jahren bekannt, dass die Nervenregung an den Muskelendplatten durch Acetylcholin bewirkt wird²⁷⁷ und durch den fehlenden Abbau des Acetylcholins (also durch die Hemmung der Acetylcholinesterase) eine Dauererregung erfolgt. Somit konnte die Hemmung der Acetylcholinesterase auch die in Tierversuchen beobachteten Lähmungserscheinungen und den Erstickungstod als Wirkung des Tabuns erklären. Es waren jedoch vorwiegend Blutdruck- und Kreislaufuntersuchungen bis zum Jahr 1944, mit denen man den Grad der Giftigkeit, den genauen Wirkmechanismus und den Hauptangriffspunkt des Nervengifts Tabun nachweisen konnte.²⁷⁸ Der Forschungsauftrag an Hildebrandt im Frühjahr 1944 zur Untersuchung des Einflusses von Kampfstoffen auf den Blutkreislauf, auf die Herzkranzgefäße und Blutgefäße des Gehirns könnte somit in diesem Kontext stehen.²⁷⁹ Die Aufträge an die Gießener Pharmakologen sollen sich laut Wirth nur auf Tierexperimente bezogen haben.²⁸⁰ Irgendwelche konkreten Hinweise auf Humanexperimente, die zusätzlich zu den bekannten Lostversuchen an Studenten durchgeführt wurden, gibt es nicht.²⁸¹

277 Vgl. hierzu ein zeitgenössisches Lehrbuch: Erich Hesse: Angewandte Pharmakologie für Ärzte und Studierende der Medizin. 2. verb. Auflage. Berlin, München, Wien 1947, S. 134.

278 Vgl. auch ebd., S. 139: „Der Blutdruck eines Warmblüters wird durch mittlere Dosen von Azetylcholin und Cholin kräftig gesenkt unter gleichzeitiger Verlangsamung der Herzschlagfolge. Die Ursache der Drucksenkung liegt in einer aktiven Erweiterung der Arterien im Gebiete der Extremitäten, die zum Teil vom cholinergischen Sympathikus innerviert werden. Unterbunden werden diese Kreislaufveränderungen ganz oder teilweise durch eine vorherige Atropinisierung.“

279 Der Wirkmechanismus des Tabuns wird noch nicht in den Lehrbüchern der Toxikologie direkt nach dem Krieg beschrieben und entsprach somit noch nicht der gesicherten allgemein zugänglichen Erkenntnis.

280 Vgl. die Erklärung Wirths, PRO FO/1031/104: „Die Arbeitsaufträge bezogen sich nur auf Tierversuche [...]“. Für die Durchführung von Tierexperimenten in Gießen auch in der letzten Phase des Krieges spricht, dass der Tierpfleger am Gießener Institut noch über den Mai 1945 hinaus am Institut beschäftigt wurde. UAG, PrA, Nr. 1613, Personal des Pharmakologischen Instituts: Für den in Heuchelheim wohnenden Tierpfleger musste im Mai 1945 für seine tägliche Arbeit ein Passierschein ausgestellt werden.

281 Die Unterstellung der Ermittler, es gebe auch außerhalb der Konzentrationslager eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Durchführung von Humanexperimenten an Nichtfreiwilligen oder an zum Tode verurteilten „Freiwilligen“, die sich damit ihr Leben hätten erkaufen können, war jedoch nicht abwegig. Dies zeigt u.a. folgender Fall: Im Schreiben des Heeres-Sanitätsinspektors vom 13.4.1944 wird auf den Vorschlag eines Prof. Jacobi zur Verwendung von zum Tode Verurteilten für medizinische Versuche eingegangen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass die Heeresrechtsabteilung grundsätzlich keine Bedenken habe, wenn entsprechende Personen im jeweiligen Dienstbereich zur Verfügung stünden und diese sich damit einverstanden erklärt hätten. Vgl. BA-MA, RH 12-23/1136.

Während also Experimente mit dem hochgiftigen Tabun in Gießen zwar als durchaus sinnvoll und möglich,²⁸² aber nicht als gesichert angesehen werden können, sind die Untersuchungen des Einflusses der - gut bekannten - Perstoffe (Diphosgene) in Gießen belegt.²⁸³ Diese Untersuchungsreihe erscheint jedoch nicht ganz so brisant und ist bezüglich der Klärung von Kampfstoffeinflüssen auf den Kreislauf als eher unwichtig einzustufen.²⁸⁴ In einem Schreiben von Wirth an Hildebrandt vom September 1944 heißt es: „Ich freue mich sehr, dass nun die geplanten Untersuchunge[n] über die Einwirkung der Kampfstoffe auf die Coronar- und Gehirndurchblutung nunmehr beginnen können. Kampfstoffe wie Lost, Stickstofflost kann Ihnen Herr Oberarzt Dr. Postel zur Verfügung stellen. [...] Als lungenschädigenden Kampfstoff schlage ich Ihnen die Verwendung von Perstoff vor.“²⁸⁵ Sollten Wirth und Hildebrandt erst im September 1944, als der lang ersehnte Mitarbeiter endlich kam, über die zu verwendenden Kampfstoffe entschieden haben? Sollte die *Heeressanitätsinspektion* den Forschungsauftrag an Hildebrandt vom Frühjahr 1944 ohne konkrete Vorstellungen erteilt haben, welche Kampfstoffe in ihrer Wirkung auf den Kreislauf eigentlich zu untersuchen waren? Das wäre ineffektiv und erscheint unwahrscheinlich angesichts der begrenzten Ressourcen und der seit längerem betriebenen Freistellung eines an der Front im Osten dringend benötigten Arztes (Osterwald).²⁸⁶ Man kann dies nicht wirklich an-

282 Nicht Hildebrandt, aber der Mitarbeiter der Zweigstelle der Militärärztlichen Akademie, Hans Beuchelt, gestand immerhin Experimente mit Doryl in seiner Gießener Zeit (PRO FO 1031/92, Report Nr. 213). Doryl [Carbachol] wirkt auch, nur sehr viel schwächer, hemmend auf die Acetylcholinesterase; es wurde in Deutschland nicht als geeigneter Kampfstoff angesehen. Als Sabotagemittel wurde Doryl angeblich von den Polen verwandt, wie der Gießener Professor Kliewe Wirth mitteilte. Vgl. PRO FO 1031/104 Akte Wirth.

283 Lediglich Osterwald habe Experimente mit Perstoffen ausgeführt. Vgl. PRO FO 1031/92, Report Nr. 192 und 193.

284 Nach Auskunft von Professor E. Simon vom 3.5.2004 könnten Untersuchungen zu Phosgenwirkungen auf das Herz eventuell sinnvoll gewesen sein, insofern es - bei latenter Herzinsuffizienz - tatsächlich zu einer Provokation eines primär kreislaufbedingten Lungenödems schon durch Phosgenkonzentrationen unterhalb der toxischen Schwelle kommen kann und dieser Zusammenhang zwischen Herzfunktion und Lungenödem damals noch nicht aufgeklärt war.

285 Vgl. BA-MA, RH 12-23/1729: In dem als Einschreiben versandten Brief sind keine Hinweise auf andere Kampfstoffe zu finden. Da diese jedoch der strikten Geheimhaltung unterlagen und nicht in normalen Briefen erwähnt werden durften, ergibt sich hieraus auch kein Beweis, dass solche tatsächlich nicht durchgeführt oder geplant waren.

286 Aus dem Grund glaubten die Ermittler auch nicht den Ausführungen Wirths: „Der Arbeitsauftrag von Prof. Hildebrandt-Gießen ergab sich aus dessen Wunsch nach einem Mitarbeiter für seine laufenden Institutsarbeiten. Da hierfür eine Reklamation aussichtslos erschien, wurde der angegebene Arbeitsauftrag zur u.k.-Stellung seines

nehmen, es sei denn man schenkte der Aussage Wirths Glauben, er habe Hildebrandt eben einen Gefallen tun wollen und ihm einen vertrauten guten Mitarbeiter verschaffen wollen, und es sei denn, man betrachte die Entscheidungen der *Heeressanitätsinspektion* über die Vergabe von Forschungsaufträgen als nicht gerade durchdacht. Die Verhältnisse im Jahr 1944 erlauben solche Erwägungen wohl kaum. In die Waagschale der Plausibilitätsprüfung dieser Hypothesen fällt, dass die Aussagen Wirths auch sonst nicht immer die reine Wahrheit über die Ereignisse und Abläufe in der deutschen Forschungslandschaft während des Krieges spiegelten. Es ist also verständlich, dass die alliierten Ermittler vermuteten, weitere, wichtigere und brisantere Experimente hätten in Gießen stattgefunden. Es gab gute Gründe, anzunehmen, dass der Wirkmechanismus von Tabun auch in Gießen untersucht wurde und zwar - weil ja die Auskunft der Gießener Wissenschaftler so schwer zu erhalten war - nicht ausschließlich im Tierexperiment.²⁸⁷

Planung von physiologischen Versuchen:

Jedoch, eine weitere - aber letztlich ebenfalls nicht zu beweisende - Möglichkeit, die Wirths Vorschlag im September, Perstoffe neben dem sowieso eingesetzten Stickstofflost²⁸⁸ zu verwenden, erklären könnte und zugleich verständlich machen würde, weshalb Hildebrandt gegenüber den alliierten Ermittlern zunächst sämtliche Experimente auf dem Kampfstoffgebiet leugnete und nur das schon Bewiesene schrittweise zugab, ist die folgende: Eventuell war geplant, den in Gießen zu bearbeitenden neuen Nervenkampfstoff durch das *Institut für Pharmakologie und Wehrtoxikologie* der *Militärärztlichen Akademie* oder aber durch Hildebrandt testen zu lassen. Schließlich hatte man das *Institut für physiologische und Wehrchemie* zeitgleich transferiert und in unmittelbarer Nähe (nämlich in der Medizinischen und Nervenklinik) in Gießen unterbringen wollen. Die Arbeiten mit und an dem neuen Kampfstoff waren jedoch auch im November 1944 - also kurz vor der

früheren Mitarbeiters, Stabsarzt Dr. Osterwald, verwandt.“ PRO FO 1031/104, Akte Wirth.

287 Hinweise, dass es hier durchaus auch um die Frage ging, ob ethische Grenzen überschritten worden seien, indem man zum Beispiel nach der Bestimmung der letalen Schwelle gesucht habe, können der Aussage Beuchelts entnommen werden, als er nach Tabunexperimenten an Menschen befragt wurde: Nur einmal habe er einen Unfall mit Tabun bei dessen Herstellung beobachtet. Zwei Tropfen des Giftes auf den Nacken des Arbeiters genügten, um dessen Tod herbeizuführen. Vgl. PRO FO 1031/92, Report Nr. 185.

288 Eine geplante Untersuchung der Einflüsse von Lostgas (als vornehmlich die Haut verätzenden Kampfstoff) auf den Kreislauf und auf die Herzkranz- und Hirngefäße sind nicht sehr wahrscheinlich.

Bombardierung - noch nicht sehr weit gediehen. Es ist lohnenswert, sich die teils noch vorhandenen monatlichen Berichte und geheimen Tätigkeitsberichte des *Institutes für physiologische und Wehrchemie* von Professor Adickes näher zu betrachten: Die Arbeiten im *Institut für physiologische und Wehrchemie* gingen zunächst schleppend voran.²⁸⁹ Die Beschreibungen der Arbeitsabläufe ab Juli 1944 zeigen, dass bezüglich des zu bearbeitenden Organophosphates, der Lost-Phosphorsäure-Verbindung,²⁹⁰ versucht wurde ein reines kristallines Produkt herzustellen, das leicht zu transportieren und gut handhabbar sein sollte sowie über eine gute physiologische Wirkung verfügen sollte. Deshalb bevorzugten die Forscher eine Natriumverbindung vor einer (ebenfalls getesteten) schwerlöslichen Calcium- und Bariumverbindung, die eine geringere Giftwirkung gehabt hätte: die wesentlich besser lösliche Natriumverbindung versuchte man im November direkt auskristallisieren zu lassen. Da jedoch die Experimente nicht so verliefen, wie man sich erhofft hatte, beabsichtigte man schließlich im November, auf die Darstellung des kristallinen Natriumsalzes zu verzichten und für die offenbar geplanten physiologischen Versuche eine möglichst reine Lösung herzustellen: „Falls sich auch nach den neuen Erfahrungen das Na Salz nicht direkt rein kristallisiert herstellen lassen sollte, soll auf eine möglichst reine Na Salz Lösung für die [!] physiologischen Versuche hingearbeitet werden.“²⁹¹ Wann, in welchem Institut und an wem (Menschen, Tiere, Zellen) die physiologischen Versuche mit diesem als Nervenkampfstoff verwendbaren Organophosphat stattfinden sollten, bleibt offen. Das *Instituts für physiologische und Wehrchemie* kam hierfür vermutlich weniger in Frage - wohl aber das pharmakologische Institut in Gießen.²⁹² Es ist durchaus möglich, aber bisher nicht zu be-

289 Die erwarteten Materialien aus Berlin kamen zunächst nicht, Gas und Wasserversorgung im physiologischen Institut waren mangelhaft (vgl. Schreiben Adickes an das Berliner Institut vom 14.10.1943); mehrfach hatten Teile des Personals (Leiter, 2 Mitarbeiter und Hilfskräfte) Sonderurlaub wegen der Kriegsereignisse - Evakuierungen, Beerdigungen etc.; vgl. BA-MA, RH 12- 23/1679.

290 Außerdem wurde noch versucht eine Lost-Bernsteinsäure-Verbindung und eine Lost-Citronensäure-Verbindung herzustellen. Bernsteinsäure und Citronensäure sind (Stoffwechsel-) Bestandteile des erst 1937 formulierten Citronensäurecyclus, so dass man mit den Arbeiten vermutlich Informationen über Wirkmechanismen und über neue mögliche physiologische Angriffspunkte gewinnen wollte. Vgl. ebd.

291 Ergänzung zum Tätigkeitsbericht über den November 1944, Gießen 30.11.1944, BA-MA, RH 12-23/1679.

292 Wahrscheinlich war das Universitätsinstitut unter der Führung und fachlichen Ausrichtung Hildebrandts noch weit eher geeignet als das der Militärärztlichen Akademie, in dem speziell nach Hautentgiftungsmitteln und nicht nach Wirkung von Phosphorsäureestern gesucht wurde. Beide Institute verfügten über Versuchstiere, ein Hinweis auf Versuchstiere jedoch im Kontext der Quellen zum Institut für physiologische und Wehrchemie der MA fehlt.

weisen, dass der Forschungsauftrag, der von Seiten der *Militärärztlichen Akademie* an Hildebrandt zur Untersuchung der Kampfstoffeinkwirkungen auf den Kreislauf, insbesondere auf den „Coronar- und Hirnkreislauf“, erteilt wurde, im Kontext dieser geplanten physiologischen Versuche mit dem entwickelten Nervenkampfstoff steht.

Im Übrigen unterlagen nicht die Herstellung, Lagerung und Testung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen der völkerrechtlichen Ächtung, sondern nur deren Einsatz im Krieg.

Zur Bewertung der Vorgänge in Gießen sollte aber gesagt werden: die Entwicklungsarbeiten in Gießen und die geplanten physiologischen Testverfahren mit einem potentiell einsetzbaren neuen Nervenkampfstoff müssen im Sinne einer offensiven Kriegführung verstanden werden. Die Rolle der Universitätsinstitute als Gastgeber und zumindest als interessierte und partiell informierte, wenn nicht sogar engagierte Teilhaber zeigt die sogar noch gegen Ende des Krieges dem nationalsozialistischen Staat gewährte materielle und ideelle Unterstützung selbst auf einem Grenzgebiet der kriegswichtigen Forschung. Die tatsächlichen Überlegungen im Vorfeld der Verlagerung der Institute und der jeweiligen Experimente werden vermutlich nicht gänzlich zu enthüllen sein. In dem von der FIAT-Behörde verfassten Report heißt es: „Conclusion: Nr. 215: Four scientists and doctors have made a great effort to conceal a secret. Nr. 216 This secret is unlikely to have been a poison gas, for the German chemical warfare experts have supplied us with most, if not all the important facts.“²⁹³

Ob die Alliierten über die chemischen Versuche in Gießen informiert waren, ist nicht bekannt. Diejenigen Ermittler jedenfalls, die Hildebrandt und seinen Mitarbeiter befragten, hatten keinerlei Informationen über die Gießener Arbeiten zur Kampfstoffentwicklung.

d) Kampfstoffeprobung in Gießen (Neumann)

Obwohl chemische Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg auf dem europäischen Kriegsschauplatz nach bisheriger Quellenlage nicht eingesetzt wurden, bildeten Experimente mit Kampfstoffen ein zentrales Forschungsfeld der Wehrtoxikologie, wobei sich die Grenzen zwischen defensiver und der offensiver Kampfstoffforschung von vornherein vermischten. Bereits in der Weimarer Republik und verstärkt im Nationalsozialismus bemühten sich Mediziner um mögliche therapeutische Maßnahmen gegen die erstmals im Ersten Weltkrieg eingesetzte che-

293 PRO FO 1031/92, Report.

mische Waffe,²⁹⁴ deren fürchterliche Folgen auch noch die deutsche Nachkriegsgesellschaft belasteten.²⁹⁵ Die Ärzte standen bei Kampfstofffragen in den 20er und 30er Jahren immer noch vor vielen Fragen und Rätseln, die sie nicht beantworten konnten. Ein wirksames Gegenmittel gegen Kampfstoffvergiftungen war noch nicht gefunden worden, man wusste lediglich, dass eine schnelle Entgiftung des Körpers und der Bekleidung überaus wichtig war. Es war für den Gaskrieg also notwendig, möglichst schnell ein Gegenmittel zu entwickeln. Innerhalb der Wehrmacht war es vor allem das 1934 gegründete *Institut für Pharmakologie und Wehrtoxikologie der Militärärztlichen Akademie* unter seinem Leiter Otto Muntsch, das sich mit der Problematik des Gaskrieges beschäftigte.²⁹⁶ Muntschs Nachfolger wurde ab 1938 Wolfgang Wirth, der bereits seit 1924 für das Heereswaffenamt auf dem Kampfstoffgebiet arbeitete und in dessen Auftrag von 1926 bis 1932 an mehreren Reisen in die geheime Gaserprobungsstelle der Reichswehr nach Tomka in Südrussland teilnahm,²⁹⁷ wo Kampfstoffe (vor allem Geländekampfstoffe wie Lost) unter eindeutig offensiven Einsatzmöglichkeiten getestet wurden.²⁹⁸ Die Bedeutung Wirths nahm nach Beginn des Krieges stark zu, da zum einen die Furcht vor einem gegnerischen Giftgasangriff groß war²⁹⁹ und zum anderen auch die heereigenen Versuchs- und Forschungsstellen ihre Bemühungen weiter intensivierten.

294 Vgl. Olaf Groehler: Der lautlose Tod. Berlin 1980, 38 ff., Dieter Martinetz: Der Gaskrieg 1914/18. Entwicklung, Herstellung und Einsatz chemischer Kampfstoffe. Das Zusammenwirken von militärischer Führung, Wissenschaft und Industrie. Bonn 1996, 23 ff.

295 Ingrid Kästner: Pharmakologische Forschung in Deutschland 1939-1945. In: Christoph Meinel, Peter Voswinkel (Hg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Stuttgart 1994, S. 136-141, hier S. 140.

296 Ingrid Kästner, Susanne Hahn: Der Toxikologe Otto Muntsch (1890-1945) und die deutsche Kampfstoffforschung. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 9 (1994), S. 42-50.

297 BAArch (ehm. BDC), Wirth, Wolfgang: Lebenslauf, Personalnotizen, Personalblatt.

298 Rolf-Dieter Müller: Die deutschen Gaskriegsvorbereitungen 1919-1945. Mit Giftgas zur Weltmacht? In: MGM 27 (1980), S. 25-54, hier S. 31 f.; Hans Günther Brauch, Rolf-Dieter Müller (Hg.): Chemische Kriegsführung - Chemische Abrüstung. Dokumente und Kommentare, Teil 1: Dokumente aus deutschen und amerikanischen Archiven. Berlin 1985, S. 114 ff.; Olaf Groehler: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941. Berlin 1992, S. 46 ff.

299 Die fast panische Angst vor einem Giftgasangriff nahm bisweilen groteske Formen an. So beschäftigte sich die HSI n ernsthaft mit einem V-Mann-Bericht, der den tonnenweisen Einkauf von spanischen Zwiebeln durch die Engländer zur Herstellung von Kampfstoff meldet. Die HSI n konnte aber Entwarnung geben, BA-MA, RH 12-23/1798: HSI n/WiG III an A Ausl/Abw. u.a. (10.5.1944).

Kampfstoffe und Menschenversuche

Eine der entscheidenden Fragen auf dem Gebiet der Gasabwehr stellt sich im Zusammenhang mit den Personen, an denen die Versuche durchgeführt wurden. Neben Tierversuchen (Katzen, Hunde und vor allem Meerschweinchen) testeten Wissenschaftler Kampfstoffe auch am Menschen, um entsprechende Gegenmittel zu entwickeln. Die Versuche bestanden in der Regel darin, dass der betreffende Kampfstoff in geringer Menge (meist 1 mg) dem Probanden auf eine Stelle am Arm aufgetragen und dann mit einem Tupfer oder einem trockenen Tuch mechanisch abgewischt wurde. Den auf der Haut verbliebenen Rest entgiftete man dann mit dem jeweiligen Gegenmittel.³⁰⁰ Die Entwicklung der Hautstelle wurde meist fotografisch festgehalten, um Unterschiede in der Wirksamkeit zu dokumentieren. Die Fotos zeigen, dass diese Versuche zumindest teilweise sehr schmerzhaft gewesen sein mussten, denn es kam bei nicht gelungener Entgiftung zu heftiger Blasenbildung und Hautschädigungen, die erst nach Wochen verheilt waren und Narben hinterließen. Die Blasen, die eine Größe von bis zu 5-Mark-Stücken erlangen konnten, platzten häufig auf und schieden Flüssigkeit ab.

Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, näher auf die Freiwilligkeit der Versuchspersonen einzugehen.³⁰¹ Für die auch im Nürnberger Ärzteprozess verhandelten Kampfstoffversuche in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Natzweiler, bei denen zahlreiche Häftlinge umkamen, ist diese Freiwilligkeit auszuschließen. Da diese Medizinverbrechen schon gut dokumentiert sind, möchte ich im Folgenden auf die weniger bekannten Humanexperimente beim deutschen Militär eingehen.³⁰²

Die Frage der Auswahl von Menschen(gruppen) zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung wurde schon vor dem Krieg heftig diskutiert. Nachdem bei einer Tuberkulose-Schutzimpfungsaktion an 250 Kindern in Lübeck 72 der Geimpften starben, erließ das Reichsinnenministerium am 28.2.1931 mit den „Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am

300 BA-MA, RH 12-23/1714: HSIn/WiG III an Reichsstelle Chemie (24.6.1944).

301 Allerdings stellt sich das methodische Problem, dass bei vielen Untersuchungsberichten nicht beschrieben wird, aus welcher Gruppe die Versuchspersonen rekrutiert wurden. Verlässliche Aussagen lassen sich deshalb nur bedingt treffen.

302 Vgl. auch Gerhard Baader: Lost-Lewisit-Kampfstoffversuche in der deutschen Militärmedizin, 1939-1945. In: *Virus. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin* 3 (2001), S. 12-27.

Menschen“³⁰³ umfassende und präzise Vorschriften für die ärztliche Vorgehensweise bei Versuchen am Menschen: „Die Vornahme eines Versuchs ist bei fehlender Einwilligung unter allen Umständen unzulässig. Jeder Versuch am Menschen ist zu verwerfen, der durch den Versuch am Tier ersetzt werden kann. Ein Versuch am Menschen darf erst vorgenommen werden, wenn zuvor alle Unterlagen beschafft worden sind, die zu seiner Klärung und Sicherung mit den der medizinischen Wissenschaft zur Verfügung stehenden biologischen Methoden des Laboratoriumsversuchs und des Tierexperiments gewonnen werden können. Aus diesen Voraussetzungen verbietet sich jedes grund- und planlose Experimentieren am Menschen von selbst.“³⁰⁴

Mit diesen Richtlinien sollte die Ärzteschaft für die Thematik sensibilisiert werden und es zeigt sich, dass in den 30er Jahren durchaus grundlegende ethische Standards für die Auswahl von Versuchspersonen bestanden, an die sich in der Folgezeit jedoch viele Mediziner nicht hielten.³⁰⁵

Zunächst einmal kann festgestellt werden, dass die Mitarbeiter des Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie sowie Wissenschaftler anderer an den Kampfstoffuntersuchungen beteiligten Institute (z.B. die Heeresversuchsstelle Raubkammer bei Munster oder das Heeresgasschutzzaboratorium in Spandau) Versuche an sich selbst durchgeführt haben. Als Anreiz wurden teilweise Geldprämien verteilt.³⁰⁶ Bei diesen Versuchspersonen, die der militärärztlichen Funktionsträgerschicht angehörten oder (wissenschaftliche) Mitarbeiter am betreffenden Institut waren, kann davon ausgegangen werden, dass sie sich zum

303 Gerhard Baader: Versuch-Tierversuch-Menschenversuch. Von der Beobachtung zum Versuch. In: Rainer Osnowski (Hg.): Menschenversuche. Wahn und Wirklichkeit. Köln 1988, S. 48-69, hier S. 39 ff.; Wolfgang U. Eckart: Klinische Pharmakologie, Therapieforschung und die Ethik des Humanversuchs am einwilligungsfähigen und nichteinwilligungsfähigen Patienten. In: Heimo Hofmeister (Hg.): Der Mensch als Subjekt und Objekt der Medizin. Vluyn 2000, S. 152-164, hier S. 154.

304 Zitiert nach Rolf Winau: Der Menschenversuch in der Medizin. In: A. Ebbinghaus, K. Dörner: Vernichten und heilen (wie Anm. 69), S. 93-109, hier S. 108.

305 Vgl. Eckart (wie Anm. 303), S. 154. Die Kriterien für die Definition von „Freiwilligkeit“ und „Einwilligung“ bei Menschenversuchen wurden in der Nachkriegszeit weiter konkretisiert. So wurde beispielsweise in den von den Richtern des Nürnberger Ärzteprozesses 1947 vorgelegten „Principles of Ethics Concerning Experimentation with Human Beings“ die absolute Notwendigkeit des „informed consent“ betont sowie das Recht des Probanden, den Versuch jederzeit abbrechen zu können, vgl. Michael Wunder: Der Nürnberger Kodex und seine Folgen. In: A. Ebbinghaus, K. Dörner: Vernichten und heilen (wie Anm. 69), S. 476-488, hier S. 480.

306 Christoph Kopke/Gebhard Schultz, Menschenversuche mit chemischen Kampfstoffen bei Wehrmacht und SS. Ein Forschungsbericht. In: Christoph Kopke (Hg.): Medizin und Verbrechen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Wuttke. Ulm 2001, S. 244.

einen der Gefahr bewusst waren, der sie sich aussetzten, und glaubten, dieses Risiko auch eingehen zu müssen, um Fortschritte bei der Gasabwehr zu erreichen. Dass dabei auch Gruppendruck oder andere Einflüsse eine Rolle gespielt haben, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Eine andere Kategorie von Versuchspersonen bildeten Medizinstudenten und Angehörige der *Militärärztlichen Akademie*. Es fanden Versuche mit Fähnrichen der *Militärärztlichen Akademie* statt, die dafür Aufwandsentschädigung von 10-30 RM erhielten.

Kampfstoffversuche an Studenten der Gießener Universität

Auch in der Gießener Zweigstelle des Instituts wurden Mitglieder der dortigen Studentenkompagnie für „subjektive Versuche“ benutzt, da ein ständiger Bedarf an Versuchspersonen bestand.³⁰⁷ Bezeichnenderweise finden sich in den Tätigkeitsberichten der Zweigstelle Gießen die Angaben über die jeweilige Versorgung mit Probanden unter der Rubrik „Materielles“. Als schwierig erwies sich die Verfügbarkeit insbesondere in den Semesterferien, wenn sich die Medizinstudenten nicht in der Stadt befanden. Aus diesem Grund und wegen der wohl auch sonst nicht besonders großen Teilnahme schlug der Leiter der Dienststelle, Oberarzt Postel, im Frühjahr 1944 vor, neben der finanziellen Aufwandsentschädigung auch Lebensmittelzulagen zu gewähren, um die Studenten zur Teilnahme an den Versuchen zu motivieren: „Abgesehen von der dadurch wahrscheinlich größeren Versuchsfreudigkeit erscheint eine Verbesserung der Ernährungslage durchaus vertretbar zu sein, solange sich die Versuchspersonen auf Grund der gesetzten Schädigung in Beobachtung und Behandlung befinden.“³⁰⁸ Postel äußert damit als einer der wenigen der beteiligten Militärärzte explizit die Sorge um die gesundheitliche Beeinträchtigung der Probanden, die in den meisten anderen Berichten fehlt.

Trotz der in Aussicht gestellten Vergünstigungen konnten im Folge-monat keine Versuchspersonen „auf der Basis völliger Freiwilligkeit“ gefunden werden.³⁰⁹ Die Situation verbesserte sich im nächsten Monat etwas, da sich der Kompaniechef der Sanitätsoffiziers-Ergänzungskompanie Gießen „sehr entgegenkommend“ verhielt.

307 BA-MA, RH 12-23/1795: Tätigkeitsbericht der Zweigstelle Gießen, Januar/Februar 1944, S. 4.

308 Ebd., Tätigkeitsbericht, März 1944, S. 4.

309 Ebd., Tätigkeitsbericht, April 1944, S. 4.

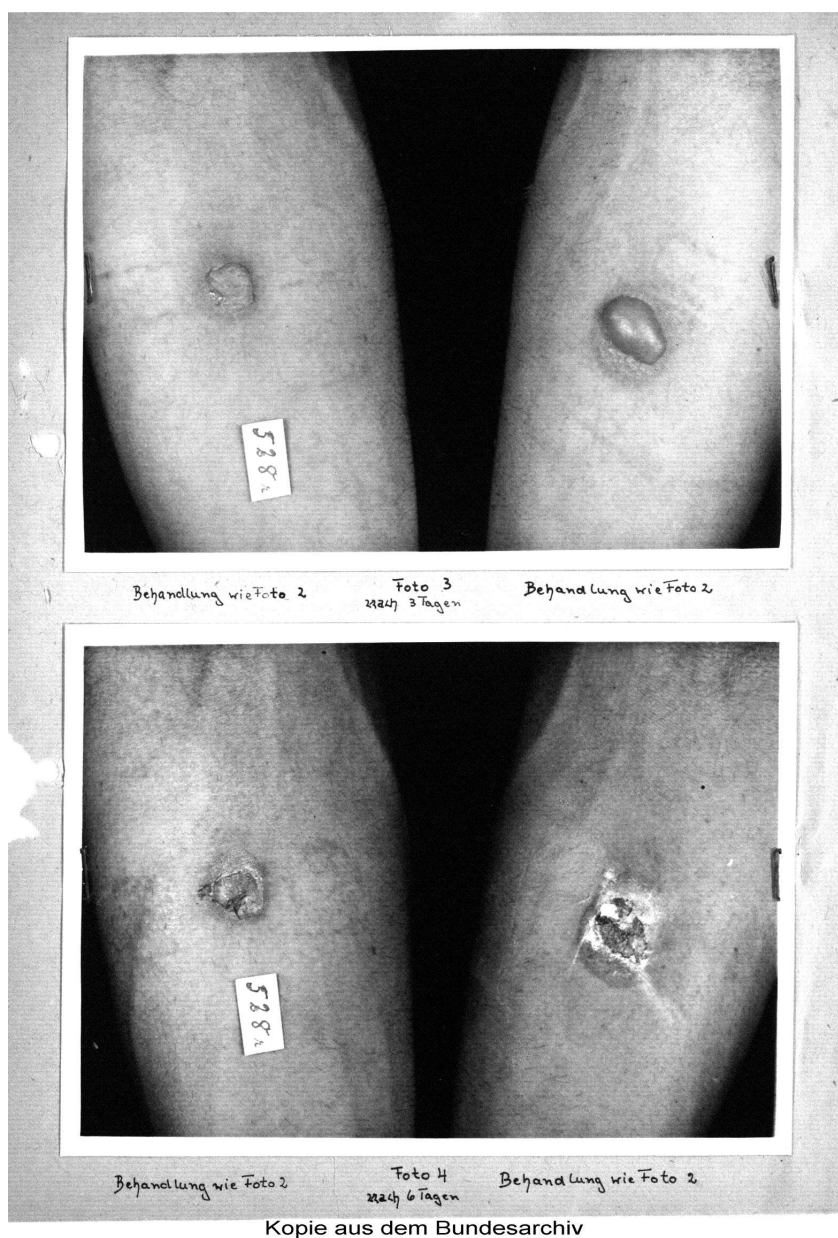


Abb. 7: Versuche mit Lostgas in Gießen: Foto Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RG 12-23/1763.

Trotzdem waren auch in diesem Monat nur schwer freiwillige Versuchspersonen zu gewinnen, die an den entsprechenden Tagen pünktlich erschienen.³¹⁰ Da der Bedarf aber gleichzeitig weiter stieg, wandte sich das Institut an die Sanitäts-Ausbildungs-Kompanie der Waffen-SS (SS-Studentenkompanie). Danach konnte Oberarzt Postel zufrieden feststellen, dass man „während des Semesters den jeweils erbetenen Bedarf an Versuchspersonen stets freiwillig und pünktlich“ zur Verfügung gestellt bekam.³¹¹

Inwieweit diese SS-Männer wirklich freiwillig an den Versuchen teilnahmen, lässt sich nicht rekonstruieren, doch dürfte der Gruppendruck und der ideologische Druck der militärischen Vorgesetzten stark zur „freiwilligen“ Meldung beigetragen haben. Denn die Auswirkungen der Versuche hatten sich vermutlich in der SS-Studentenkompanie herumgesprochen, „da besonders bei den zuletzt von Sdfr. [Sonderführer] Dr. Beuchelt durchgeführten Hautversuchen teilweise ausgedehnte Schäden entstanden, sodaß die Teilnehmer längere Zeit behandelt werden mußten.“³¹² Studenten, die bereits einmal an einem Versuch teilgenommen hatten, wurden kein zweites Mal herangezogen. Dementsprechend reduzierte sich trotz des Einspringens der SS die Zahl der Probanden gerade in den Semesterferien im Herbst 1944 sehr stark. Da aber weiterhin ein starker Bedarf vorhanden war, sah der Bericht erstattende Oberarzt Postel „die Erschließung neuer Quellen“ als äußerst dringlich an.³¹³ Zur Frage, aus welchen Personengruppen diese „Quelle“ bestehen sollte, falls die Rekrutierung von Mitgliedern der Studentenkompagnien nicht mehr möglich wäre, äußerte er sich allerdings nicht.

Der befürchtete Mangel an Versuchspersonen bestätigte sich im September tatsächlich, denn es standen der Zweigstelle des Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie in Gießen nur 16 Medizinstudenten einer Luftwaffenkompanie zur Verfügung. Aus Mangel an anderen Versuchspersonen wurde deshalb über die Verlegung der Versuche nach Berlin nachgedacht.³¹⁴ Ein Ausweg aus diesem Engpass kam aus Würzburg, wo „für die Bereitstellung von einer größeren Anzahl von Versuchs-Personen gute Vorarbeit geleistet worden war.“ Wahrschein-

310 Ebd., Tätigkeitsbericht, Mai 1944, S. 3.

311 Ebd., Tätigkeitsbericht, Juli 1944, S. 4.

312 Ebd. Dass die Versuche tatsächlich eine längere Behandlungszeit in Anspruch nahmen, lässt sich daran erkennen, dass im Oktober 1944 immer noch Versuchspersonen in ärztlicher Behandlung waren, deren Versorgung mit Verbandmaterial Schwierigkeiten bereitete, da Verbandmittel immer knapper wurde, ebd.: Tätigkeitsbericht der Zweigstelle Gießen, Oktober 1944, S. 4 f.

313 Ebd., Tätigkeitsbericht, August 1944, S. 5.

314 Ebd., Tätigkeitsbericht, September 1944, S. 6.

lich handelte es sich auch hier um Studenten aus einer Studentenkompanie. Wegen einer vierwöchigen Kommandierung von Sonderführer Beuchelt nach Berlin ans Institut zur Durchführung „besondere[r] Aufgaben“ konnten die Versuche in Würzburg aber nicht durchgeführt werden. Ende Oktober scheinen sich allerdings die Versorgungsengpässe mit Versuchspersonen aufgelöst zu haben, denn Oberarzt Postel konnte wegen der „in größerer Zahl zur Verfügung stehenden Versuchspersonen“ einen „Abschluss der laufenden Arbeiten“ melden.³¹⁵ Woher dieser plötzliche Wandel kam, lässt sich nicht rekonstruieren.

Die Versuche an jungen Soldaten in Gießen müssen vor dem Hintergrund der oben beschriebenen ethischen Richtlinien der 30er Jahre kritisch betrachtet werden. Die Freiwilligkeit der Probanden ist zumindest in Zweifel zu ziehen, da Gruppendruck und die hierarchisch geprägte Befehlsstruktur der Wehrmacht eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben dürften. Zum anderen erscheint es vor dem Hintergrund von zum Teil schwereren Verletzungen offensichtlich, dass es sich zum Teil um ein bloßes „Herumexperimentieren“ handelte. So ist zu fragen, ob diese Versuche überhaupt Sinn machten und nicht durch Tierexperimente hätten ersetzt werden können, wie etwa durch Versuchsreihen an Meerschweinchen, die ohnehin in der Kampfstoffforschung massenhaft „verbraucht“ wurden.

Fazit (Oehler-Klein und Neumann):

Sind diese Betrachtungen zur Wissenschaftsgeschichte 60 Jahre nach den zuletzt beschriebenen Ereignissen, nach dem Umzug der Institute der *Militärärztlichen Akademie* von Berlin nach Gießen, nur noch für die historische Forschung interessant? Mechanismen der Einbindung von Spezialisten, so wie sie hier dargestellt wurden, sind sicher prinzipieller Natur; jedoch zeigen die von den Wissenschaftlern ausgeführten Tätigkeiten unter den Bedingungen des Krieges das hierdurch erst provozierte und durch Positionen oder Interessen freigesetzte Potential auch für teilweise grenzüberschreitende Forschung. Beispielhaft wird somit die besondere Verantwortung der Wissenschaftler in jeder der von ihnen ausgefüllten Positionen³¹⁶ und in jeder der vollzogenen Akti-

315 Ebd., Tätigkeitsbericht der Zweigstelle Gießen, Oktober, S. 5.

316 In einem am 26.5.2004 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckten offenen Brief „Kündigen Sie Bush“ betonte der US-amerikanische Publizist Roger Harris die Verantwortlichkeit aller Diplomaten der US-Regierung für die amerikanische Außenpolitik aufgrund ihrer hohen Qualifikation und Informiertheit. Unabhängig von der jeweiligen Einschätzung, die man gegenüber der aktuellen amerikanischen Politik haben kann, verweist der Aufruf auf die Bedeutung der Verweigerung von Funktionsträgern nicht nur an zentraler Stelle, sondern auch auf einer mittleren Ebene.

vitäten verdeutlicht und es wird zudem die Notwendigkeit stets bewusster Entscheidungen gezeigt. Nicht verkannt wird die unterschiedliche Wertigkeit der dargelegten Handlungen: die administrative Verstrickung in die Verbrechen des Regimes (Anthony) sind nicht mit den militärmedizinischen Forschungen an der Universität, die allerdings ebenfalls in verschiedenartiger Weise die Kriegspolitik stützten, gleich zu setzen. Dass jedoch keine dieser verschiedenen Varianten unabhängig von dem Kontext der Forschungsbedingungen gesehen werden kann, wird anhand der sich in Gießen kreuzenden Lebenswege erkennbar. Wesentlich wichtiger waren jeweils Karriere- oder Forschungsvorhaben sowie Spezialisierungen als die weltanschaulichen Voraussetzungen, die die Wissenschaftler vorbehaltlos in den Dienst des Systems einzugliedern vermochten. Die damaligen Wissenschaftler mussten keine überzeugten Nationalsozialisten sein, um ihre Karrieren nach 1933 weiter verfolgen zu können. Sie wurden trotz einer größeren Informiertheit über die Verbrechen des Regimes als andere Berufsgruppen und trotz einer - im Einzelfall festzustellenden- „inneren“ Distanz zum System ein kleiner Teil desselben; sie übernahmen damit auch Verantwortung nicht nur für ihren Zuständigkeitsbereich, sondern trugen auch objektiv zum Funktionieren und Stabilisieren der NS-Herrschaft bei. Die mehr oder weniger aktiv herbeigeführte Einbindung in das Netzwerk³¹⁷ der Militärmedizin im „Dritten Reich“ diente letztendlich nicht nur der Fortsetzung wissenschaftlichen Arbeitens unter den Bedingungen des Krieges, sondern dem Vollzug eines Angriffskrieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen und Zusicherungen. Möglichkeiten des Entzuges hätte es in jedem der beschriebenen Fälle - allerdings unter vielleicht großen persönlichen Einbußen - gegeben: Versetzungen auf eigenen Wunsch waren prinzipiell auch aus der Sanitätsinspektion der Luftwaffe möglich,³¹⁸ defensive Forschungen unter Verzicht auf Forschungsgelder allemal.³¹⁹

Dass keinerlei Ressentiments auf der Ebene der Universität und Fakultät gegen die bereitwillige Zu- und Mitarbeit an der medizinischen Optimierung der Kriegführung erkennbar sind, mag an deren Führung

317 Verkannt wird nicht, dass dieses Netzwerk nur unvollkommen organisiert und teilweise wegen Kompetenzgerangel, mangelnder Koordinierung ineffizient war. Beschrieben wird damit nur ein Geflecht von Beziehungen, deren Qualität jeweils zu bestimmen ist.

318 Vgl. Anm. 89, Anthonys Vorgänger, Professor Lottig, hatte sich freiwillig zur Fallschirmtruppe gemeldet.

319 Vgl. Anm. 35; in dem erwähnten Brief vom 30.12.1944, in dem die Kriegswichtigkeit aufgrund des nicht als vordringlich zu schützenden Krankengutes negiert wird, heißt es ebenfalls: „Auch wenn die Forschungen auf dem Gebiete der Verbrennungsbehandlung nicht ausdrücklich als vordringlich bezeichnet worden sind, so ist doch nichts dagegen einzuwenden, wenn sie ausgeführt werden.“

liegen: Rektoren und Dekane waren seit Oktober 1933 durchweg sehr regimetreue Persönlichkeiten, die man schließlich auch deswegen vorgeschlagen hatte, weil man sich aus deren guten Beziehungen zu staatlichen und parteiamtlichen Stellen Vorteile für die Universität erhofft hatte. So war kein auch nur ansatzweise kritisches Potential vorhanden, das den Plänen zentraler Forschungseinrichtungen zur Einbindung universitärer Institute in die - teils problematischen - militärärztlichen Forschungen etwas entgegensetzen konnte.

Altwege im Bereich des vom Dünsberg beherrschten Lahnbogens zwischen Marburg, Gießen und Wetzlar

Unter besonderer Berücksichtigung des römischen Militärlagers Dorlar und der römischen Stadtgründung Waldgirmes

Hans Reeh

Inhalt:

- 1) Darstellung der zur Zeit bekannten Situation
- 2) Übersicht über die Altwege
- 3) Beschreibung des Verlaufes der Altwege
- 4) Folgerungen unter Berücksichtigung der Vorburgen
- 5) Darstellung der Altwege in Karte I und Karte II

1) Darstellung der zur Zeit bekannten Situation

Die römische Geschichte im Dünsbergland beginnt mit der Entsendung des Nero Claudius Drusus nach Germanien.

In den Jahren 16 bis 13 v.u.Z. weilte der römische Kaiser Augustus in Gallien, das durch Julius Caesar ca. 40 Jahre zuvor erobert und zu einer römischen Provinz erklärt worden war. Augustus hielt sich dort auf, um die Verhältnisse neu zu ordnen. Als der Kaiser im Jahr 13 v.u.Z. nach Rom zurückkehrte, erhielt sein Stiefsohn Drusus(geb. 38 v.u.Z.) den Oberbefehl am Rhein. Der Rhein wurde von Drusus so gut befestigt, dass ein geplanter Großangriff der rechtsrheinischen Völkerschaften zunächst nicht stattfinden konnte. Doch im Sommer des Jahres 12 v.u.Z. hatten die Sigambrier und ihre Verbündeten es in Abwesenheit des Drusus trotzdem geschafft den Rhein zu überschreiten.

Daraufhin drang Drusus mit seinem Heer im Bereich der Lippemündung in das Sigambrierland ein und fuhr anschließend mit seiner Kriegsflotte an der chaulischen und der friesischen Küste entlang, er plante die dortigen Flussmündungen zu erkunden und von diesen her nach Süden, nach Germanien einzudringen. Ein Orkan vernichtete

allerdings seine Flotte und er musste andere Wege suchen, in das germanische Kernland einzudringen.

In den folgenden Jahren nutzte Drusus den von der Mainmündung ausgehenden Weg nach Germanien. So konnte er die für ihn wichtigen Germanenstämme mit einer Zangenbewegung erfassen. Kriege wurden damals nur in der wärmeren Jahreszeit geführt, so stand Drusus im Frühling des Jahres 11 v.u.Z. wieder schwer gerüstet am Rhein, um dem kaiserlichen Auftrag bis zur Elbe vorzudringen, nachzukommen. Drusus griff die Cherusker von der Lippe her an und stieß bis zur Weser vor. Im gleichen Jahr legte er in der Nähe des heutigen Mainz ein Militärlager an.

Als er im Frühjahr 10 v.u.Z. wieder zurück nach Mainz kam, hatten sich die Chatten von Rom abgewandt, um sich dem Sigambrischen Bund anzuschließen. Drusus ging von Mainz aus gegen die Chatten vor und verwüstete ihr Land. Die Chatten saßen zu dieser Zeit in der Gegend des heutigen Fritzlar und östlich davon bis an die Fulda.

Diese Militäraktionen dienten zunächst einmal dazu, die Stärke Roms zu demonstrieren. Die nächste Stufe der Okkupation Germaniens begann im Jahre 9 v.u.Z. und war wieder gegen die Chatten gerichtet. Drusus zog weiter bis an die Eder entschied dort den Kampf für sich und zog mit seinem Heer weiter bis an die Elbe. Auf dem Rückweg nach Mainz fiel Drusus unter sein stürzendes Pferd und starb noch in Germanien an den Verletzungen, die er sich dabei zugezogen hatte, im Alter von 29 Jahren.

Alle diese zügig und mit brachialer Gewalt durchgeführten Militäraktionen können nicht im undurchdringlichen germanischen Urwald stattgefunden haben. Es ist wahrscheinlich, dass bereits vorhandene begehbbare und befahrbare Fernwege genutzt wurden. Auch die Wahl von Mainz als Ausgangspunkt für die gegen die Chatten geführten Feldzüge, muß strategisch sinnvoll gewesen sein.

Wir wissen heute, dass sich damals bereits in der Mainebene südlich des Taunus und in der östlich des Taunus liegenden Wetterau so genannte offene Landschaften befanden, durch die Fernstraßen liefen, die sie auch mit den nördlichen Siedlungsgebieten der Germanen verbanden. Es handelte sich um alte Handelsstraßen aus der Bronzezeit und der Zeit der Kelten, deren nördlichstes Territorium noch das Dünsbergland umfasste.

Die Menschen dieser Epochen haben bereits Zugtiere besessen und Handel mit Rohstoffen und Gebrauchsgütern betrieben. Vor allem das am Dünsberg und im Umland gewonnene Eisenerz sowie die daraus hergestellten Waren mussten transportiert werden. Des Weiteren wurde

Salz aus den keltischen Salinen des heutigen Bad Nauheim zu den Bewohnern des Dünsberg-Oppidums gebracht. Von ihren Zügen nach dem heutigen Italien und Griechenland sowie der heutigen Türkei hatten die Kelten die Geldwährung und die Kunst des Städtebaus mitgebracht, keltische Münzen und Oppida.

Die Hauptfernstraßen in dieser Gegend waren die „Alte Weinstraße“ in Nord-Südrichtung und der in Ost-Westrichtung verlaufende „Rennweg“. Eine günstige Lage zu diesen Fernstraßen war damals genauso wichtig wie heute die Nähe zu einem Autobahnkreuz. Der Dünsberg mit seinen Vorburgen lag nahe am Schnittpunkt dieser beiden Altwege.

Wobei die „Alte Weinstraße“ ein nach Norden führender Strang von Altwegen war, der sich in der Gegend des heutigen Friedberg und Bad Nauheim in mindestens zwei Trassen aufteilte. Diese umgingen das Giessener Becken, das damals Sumpfgebiet war, und verliefen auf den Höhenzügen links und rechts der Lahn. Hier wird der Hauptstrang rechts der Lahn behandelt.

Dass Drusus die „Alte Weinstraße“ auf seinen Kriegszügen benutzt hat, wird durch die Anlage eines Nachschublagers auf einer Anhöhe über der Wetter in der Nähe des heutigen Ortes Rödgen bei Bad Nauheim deutlich. Die Grundkonzeption ist augusteisch (fünfeckig). In diesem Lager befanden sich drei große Getreidespeicher, sowie Prinzipia und Mannschaftsbaracken für etwa 1000 Bewachtungssoldaten (1).

Auch römische Händler dürften die „Alte Weinstraße“ schon vor Drusus benutzt haben, um ihre Waren der Bevölkerung des Oppidums am Dünsberg und seinem Umland anzubieten.

Als Drusus den Auftrag erhielt, bis zur Elbe vorzustoßen, konnte er sicher auf eine Fülle von Informationen über diese Wege und das Dünsbergumland zurückgreifen.

Das Oppidum am heutigen Dünsberg lag zwar nicht in der Hauptstoßrichtung gegen die Chatten, stellte aber zusammen mit seinen Vorburgen ein gewaltiges Hindernis dar.

Auch wenn es aus den Jahren um die Zeitenwende kaum noch archäologisch nachgewiesene Spuren der Oppidumkultur am Dünsberg gibt, bedeutet das nicht, dass die Gegend menschenleer gewesen wäre. Wäre das der Fall gewesen, hätte sicher nicht ein römischer Feldherr ein paar Jahre später im heutigen Waldgirmes ein römisches Verwaltungszentrum begründet.

Die Gegend war also sicher für damalige Verhältnisse eher dicht besiedelt. Es ist denkbar, dass die Festung Dünsberg im letzten Jahrzehnt vor der Zeitenwende von der Bevölkerung, die von der Bewirtschaftung des

fruchtbaren Lößbodens im Umland lebte, lediglich noch als Fluchtburg genutzt wurde. Die zu Wällen zerfallenen Mauern würden heute noch ein militärisches Annäherungshindernis darstellen.

Selbst wenn der Dünsberg also in den Jahren 10/9 v.u.Z. nur noch als Fluchtburg diente, konnte Drusus dieses damals noch gewaltige Bauwerk nicht einfach ignorieren ohne seinen Rückmarsch zu gefährden.

Die damalige Bevölkerung bestand nicht nur aus friedlichen Bauern und Handwerkern. Jeder waffenfähige Mann musste bei Gefahr kämpfen, sonst hatte er sein Leben verwirkt.

Es wird also zum Kampf gekommen sein, auch wenn viele Militariafunde der Grabungen vor den Toren IV und V des heutigen Dünsberges als sakrale Niederlegungen bezeichnet werden.

Anhand von Münzfunden kann die Besiedlungszeit des Oppidums festgelegt werden, das gleiche gilt für Keramikfunde.

Ist aber ein römisches Schleuderblei eine sakrale Niederlegung eines Beutestückes, oder doch ein von einem römischen Auxiliarsoldaten im Kampf abgeschossenes Projektil? Bietet sich dieser Vorplatz vor den Toren IV und V nicht dazu an beides zu sein: heilige Stätte und Kampfplatz?

Diese Stelle am Südhang des Dünsberges war der Hauptzugang zum Oppidum. Von Süden her kamen die Händler, aber auch die römischen Okkupanten.

Die im Schnitt ergrabene Mauer zwischen Tor IV und V zeigt einige Schwachstellen: kaum Frontmauersteine, keinen vorgelagerten Graben. Diese Mauer wurde vor eine ältere, damals vielleicht schon zerfallene Mauer gebaut - eine Notlösung unter Zeitdruck? War hier eine Schwachstelle, die zur Eroberung der Fluchtburg/des Oppidums genutzt wurde?

Die Zerstörung des Oppidums und die Befriedung der Bevölkerung im Dünsbergumland waren Voraussetzungen für die Nachschubsicherung des zu den Chatten vorstoßenden Drusus, sowie auch für die einige Jahre später erfolgte römische Stadtgründung auf dem Gebiet des heutigen Waldgirmes.

Warum aber errichteten römische Legionäre ein Militärlager von 21 ha Größe über der Lahnfurt nördlich des heutigen Dorlar?

Das Lager konnte ca. 8000 Soldaten aufnehmen. Wo war das Objekt, das mit dieser Militärmacht bekämpft werden sollte? Von der Anlage her ist auch dieses Lager augusteisch wie das Lager im Gebiet des heutigen Rödgen.

Es liegt aus mehreren Gründen nahe, dass das Lager Dorlar zur Zerstörung der Befestigungsanlagen am Dünsberg genutzt wurde.

- Das Lager liegt auf der dem Dünsberg zugewandten Seite der Anhöhe über der Lahn und auch zu dessen Vorburgen günstig. Das Lahntal ist von dort aus überschaubar.

- Sowohl vom Dünsberg, als auch von dessen Vorburgen aus ist das Lager nicht einzusehen, die Vorbereitungen zum Angriff konnten in Ruhe getroffen werden.

- Das Lager Dorlar lag etwa zwei römische Tagesmärsche vom Nachschublager Rödgen entfernt, es gab also keine Versorgungsprobleme.

- Wäre das Militärlager Dorlar für die Chattenkriege angelegt worden, hätte es sich in der Gegend der „Alten Weinstraße“ befinden müssen. Die Stoßrichtung zeigt aber eindeutig auf den Dünsberg.

- Es existierten bereits Wege, die von Süden her durch die Lahnfurt bei Dorlar führten.

- Das Lager liegt auf einer Kreuzung bekannter vorgeschichtlicher Wege.

- Die Entfernung vom Militärlager zum Tor IV und V beträgt ca. 8 Kilometer, als Zwischenstation konnte der 3 Kilometer entfernte Himberg(Königstuhl) genutzt werden, von dem die Südtore der Befestigungsanlagen am Dünsberg gut zu erreichen waren.

- Ähnliche augusteische Marschlager befanden sich entlang der „Alten Weinstraße“, in der Nähe der heutigen Orte Wiesbaden, Höchst, Friedberg und Bad Nauheim.

Gegen diese Zeitstellung 10/9 v.u.Z. spricht lediglich eine in einer Abfallgrube des Militärlagers Dorlar gefundene Scherbe eines römischen Keramikbechers, die in die Zeit 7 v.u.Z. bis 9 u.Z. eingeordnet wird.

In dieser Zeit wurde das benachbarte Verwaltungszentrum Waldgirmes begründet, ausgebaut und aufgelassen.

Beide Orte sind ca. 2 Kilometer voneinander entfernt gelegen. Der Becher kann von einem Bewohner der römischen Stadt stammen, oder von einem dorthin Reisenden. Römische Legionäre führten im Kampf keine zerbrechliche Keramik mit sich, sondern trugen eine metallene Feldflasche mit der Tagesration an Wasser, 2,55 Liter, bei sich (Junkelmann, 2).

Nicht nur für die Ausdehnung der römischen Macht in Germanien durch Drusus war das Festungswerk Dünsberg ein Hindernis, auch die

römische Stadtgründung Waldgirmes ganz in der Nähe, in 7 km Entfernung, wäre gefährdet gewesen.

Der Limes entstand fast 100 Jahre später, in der hier betrachteten Zeit spielten sich die militärischen Aktionen mitten im Feindesland ab.

Bei Gründung und Ausbau des Verwaltungszentrums Waldgirmes war mit großer Wahrscheinlichkeit der gesamte Bereich des Dünsberglandes bereits erschlossen und Wege angelegt. Andernfalls wäre es kaum möglich gewesen, die im Grabungsgebiet Waldgirmes gefundene lebensgroße Reiterstatue aus Bronze aus Italien dorthin zu transportieren.

Einen solchen Koloss die Lahn hinauf zu treideln dürfte wegen der starken Strömung, der Wasserwirbel, der Engstellen mit Steilwänden usw. technisch nicht möglich gewesen sein.

Die Lahn ist heute noch stellenweise so stark eingeeengt, dass nicht einmal ein Fahrradweg an ihr entlang geführt werden kann. Zudem floss die Lahn durch Feindesland und war auch mit wenigen Kriegerern leicht zu verteidigen.

Dass die Römer mit Schiffen umgehen konnten, zeigen die Operationen des Drusus an der Nordseeküste. Diese Operationen spielten sich allerdings in der Norddeutschen Tiefebene ab, nicht auf einem Fluss, der wie die Lahn tief zwischen den deutschen Mittelgebirgen Taunus und Westerwald eingeschnitten liegt.

Dass die Anhöhe über der Lahn in Waldgirmes auch unter dem Gesichtspunkt der späteren Schiffbarmachung und Nutzung des Flusses als Transportweg gewählt wurde, soll damit nicht in Abrede gestellt werden.

Die Nähe zur Lahn dürfte den pragmatischen Römern zunächst auch wegen des Fischreichtums des Flusses willkommen gewesen sein.

Wenn man die Lage der römischen Stadtgründung Waldgirmes betrachtet fällt auf, dass diese näher an der Lintfurt, als an der Dorlarer Furt liegt. Für die Lokalisation dieser Stadtgründung lagen also andere Gesichtspunkte vor als für die Errichtung des Militärlagers Dorlar. Die verwaltungstechnischen Betrachtungen traten gegenüber den rein militärstrategischen in den Vordergrund.

Auch durch die Lintfurt führten Altwege. Nahe vorbei führte die „Alte Heerstraße“/„Marburger Straße“ nach Nordwesten in den Dünsbergraum.

Die „Mainzer Straße“ verlief von Süden kommend am Stoppelberg vorbei durch die Lintfurt und weiter nach Norden.

Die Benennung dieser Altwege ist mittelalterlich bis neuzeitlich, was nicht bedeutet, dass sie nicht bereits in vorgeschichtlicher Zeit bestanden haben.

Ein römisches Verwaltungszentrum ohne Verkehrswege ist nicht denkbar. Karl Reeh (3) lässt den „Alten Gleiberger Weg“ an der Lintfurt beginnen und nicht erst an der Dorlarer Furt, was bedeutet, die römische Stadt Waldgirmes lag auch an diesem Altweg, zumindest aber in seinem Bereich.

Aus der Anlage des römischen Verwaltungszentrums Waldgirmes kann geschlossen werden, dass die Gründer von dieser Stelle aus auch die Bereiche südlich der Lahn und westlich des heutigen Wetzlar in ihren Machtbereich eingliedern wollten.

Nördlich dürfte das gesamte Chattenland für den vorgesehenen Verwaltungsbereich in Frage gekommen sein.

Für die Verwirklichung dieser Vorhaben war ein bestehendes und ausbaufähiges Wegenetz von Ausschlag gebender Bedeutung. Eine Flussüberquerung war damals auch in der warmen Jahreszeit ein gefährvolles Abenteuer. Die römischen Pioniere hatten allerdings sehr viel bessere Methoden Truppen und Tross sicher an das andere Ufer zu bringen als z.B. die Kelten oder Germanen.

Dass die Lahn bereits in früh- und vorgeschichtlicher Zeit überquert wurde, zeigen urnenfelder- und latènezeitliche Funde im Bereich der Straßenübergänge (Wolfsfurt), aber auch an anderen Stellen. Z.B. wurde im Bereich Naunheim ein bronzener, vergoldeter Pferdefuß aus der Lahn geborgen, der mit großer Wahrscheinlichkeit von der Reiterstatue im Innenhof des Forums der römischen Stadt Waldgirmes stammt. Leider ist dieses Objekt nicht mehr auffindbar (4).

Im ersten Jahrhundert u.Z. zog dann Germanicus über diese von Mainz nach Niedersachsen weisenden Altwege. Im dritten Jahrhundert u.Z. zogen die Alemannen von Osten her über diese Wege nach Süden und überrannten gemeinsam mit anderen Germanen den Wetteraulimes. Die christlichen Missionare (z.B. Bonifatius) nutzten diese Altwege zur Missionierung der Chatten. Im achten Jahrhundert u.Z. bewegte Karl der Große seine fränkischen Truppen über dieses Straßennetz zu den Sachsenkriegen. Im elften Jahrhundert u. Z.. war die „Alte Weinstraße“ eine der wichtigsten Pilgerstraßen nach Rom. Im vierzehnten Jahrhundert u.Z. wurden die Hauptstraßenzüge, wie die „Alte Weinstraße“, „Fritzlarer Straße“, „Mardorfer Straße“ als „Straßen des Reiches“ bezeichnet (5).

Heute folgen die Bundesstraße 3 sowie die Autobahnen Mainz - Frankfurt - Kassel dieser alten Nord-Süd Trasse.

2) Übersicht über die Altwege im Bereich Lahnknie - Oppidum Dünsberg (Karte I und II)

- | | |
|---------------------------|--|
| 1. ++++++ | Alte Weinstraße |
| 2. ooooooooooooo | Kurze Hessen (nur Karte I) |
| 3. - o - o - o - o - | Alte Marburger / Heerweg |
| 4. _ _ _ _ _ | Alter Wetzlarer Weg und Abzweigung zur Lahnfurt Dorlar - Wällerweg |
| 5. _ . _ . _ . _ . | Himbergstraße / Alte Straße |
| 6. - - . - - . - - . - - | Mainzer Straße / Alte Straße |
| 7. _ _ o _ _ o _ _ | Rennweg |
| 8. _ _ _ . _ _ _ . _ _ _ | Alter Triebweg / Weg Gießen - Westphalen |
| 9. + + + + + + + + + | Mögliche Wege vom Militärlager Dorlar zum Oppidum Dünsberg |
| 10. + . + . + . + . + . + | Alter Gleiberger Weg / Fränkische Straße |
| 11. + - + - + - + - + - + | Alter Hauptweg zu Tor IV und V |
| 12. _ _ _ + _ _ _ + _ _ _ | Alter Weg von der Lahn zum Dünsberg |
| 13. | Zugangswege zu den übrigen Toren des Oppidum |

Bemerkung zur Chronologie der Straßen und Wege :

Straßen, deren Namen mittelalterlich oder gar neuzeitlich klingen haben oft auch noch die vorherige Bezeichnung „Alte Straße“ beibehalten. Dies deutet genau wie die Bezeichnung „Altenberg“ oder „Alteburg“ auf ein früh- oder vorgeschichtliches Alter hin.

3) Beschreibung der Altwege im Bereich Dünsberg - Lahnknie Dargestellt in den Karten I und II

Sämtliche Altwege waren Höhenwege, da die feuchten, oft sumpfigen Täler kaum passierbar waren. Dies gilt auch für das Gießener Becken, um das in dem hier betrachteten Zeitabschnitt alle Wege herumgeführt werden mussten. Die heute von Gießen ausgehenden Wege waren um die Zeitenwende nicht vorhanden. Sämtliche Siedlungsplätze lagen zur damaligen Zeit auf den Höhenzügen rings um das Gießener Becken.

In der Vorzeit entwickelten sich aus Trampelpfaden im Laufe der Zeit befahrbare Wege.

Diese Entwicklung vollzog sich nach Gesetzmäßigkeiten, deren Randbedingungen folgende sind:

- möglichst trockener Untergrund,
- die zurückzulegende Wegstrecke soll möglichst kurz sein, der Energieaufwand gering. Daraus ergibt sich eine Wegführung, die geradlinig verläuft unter Umgehung von Hindernissen wie z.B. steilen Bergkuppen, um zu große Steigungen zu vermeiden,
- Höhenwege durchqueren Bach - und Flusstäler nur an den günstigsten Stellen.

Die Befolgung dieser Grundprinzipien lässt sich an allen beschriebenen Altwegen nachvollziehen.

1. „Alte Weinstraße“- Weyenstraße - Wagenstraße

Dieser uralte Nord - Südweg verbindet die sogenannten hessischen Senken mit ihren fruchtbaren Lößböden miteinander, die bereits im Neolithikum landwirtschaftlich genutzt wurden (Bandkeramiker). Der Beginn der „Alten Weinstraße“ dürfte also bereits in diesen Zeitabschnitt fallen.

Die Straße führt von Mainz ausgehend durch die nördliche Mainebene, die Wetterau, am Gießener Becken vorbei und mit einem Abzweig durch das Amöneburger Becken weiter nach Norden zu den fruchtbaren Ebenen im Bereich Fritzlar, dem Stammgebiet der Chatten.

Im hier betrachteten Areal führt sie bei Heuchelheim durch die Lahn (Wolfsfurt) hinauf zur Hardt, auf der Westseite um den Gleiberg herum, weiter durch den Krofdorfer Forst zum Tal der Salzböde. In der Nähe der Schmelzmühle überquert sie die Salzböde und windet sich aus dem Tal hinauf nach Oberwalgern.

Die Furt durch die Salzböde wurde in karolingischer Zeit durch eine Straßenfeste gesichert, das Gronauer Schloss. Vom Ortsausgang Krofdorf an nach Norden hin heißt diese Altstraße heute noch „Rinnweg“ - Rennweg.

In Oberwalgern heißt der Ortsdurchgang „Alte Weinstraße“.

Ein weiterer Hinweis auf diese Straßenführung ist der Gemarkungsname „Alte Weinstraße“ in der Gemeinde Nieder - Weisel südlich von Butzbach.

Auf der höchsten Stelle im Krofdorfer Forst wird dieser Altweg von einem Frauenkreuz gekennzeichnet.

Karl Reeh nennt einen von ihm als „Alten Triebweg“ bezeichneten Altweg auch u.a. „mittelalterliche Weinstraße“, dieser kann aber nur als lokaler Abzweig von der beschriebenen Haupttrasse bewertet werden.

2. Kurze Hessen (Nur in Karte I dargestellt)

Dieser Altweg zweigt im Bereich Friedberg von der „Alten Weinstraße“ nach Osten ab und führt über Hungen, Grünberg, Alsfeld bis nach Vacha, um sich hier mit der „Hohen Straße“, die von Frankfurt am Main nach Leipzig zieht, zu vereinigen.

3. „Alte Marburger Straße“ / Heerweg

Der Heerweg führt über die nördliche Lahnterrasse von Weilburg her in das Dünsberg-Gebiet und überquert zwischen Wetzlar und Hermannstein die Dill. Im Bereich Naunheim ändert sich der Name. Weiter geht es als „Alte Marburger Straße“ nördlich an Waldgirmes vorbei, diese kreuzt an der „Fuhrhohl“ den „Wällerweg“ [4.]. Sie führt weiter über den Paß am heutigen „Forsthaus Haina“, über Bieber, Fellingshausen, und Krumbach zum „Rennweg“ [7.]. Über den „Rennweg“ konnte man in östlicher Richtung zur „Alten Weinstraße“ [1] gelangen.

4. „Alter Wetzlarer Weg“, mit Abzweig nach Dorlar und „Wällerweg“

Der Verlauf des „Alten Wetzlarer Weges“ dürfte in etwa der der heutigen Bundesstraße 277 gewesen sein.

Ab Butzbach zunächst der Bundesstraße 3 folgend bis die Höhe von Pohlköns erreicht wird, ab hier mit dem Verlauf der B 277 bei Niederkleen, über den „Wetzlarer Berg“ weiter in den Bereich von Groß - Rechtenbach und von hier weiter nach Wetzlar. Diese Route führte von Wetzlar aus als „Hohe Straße“ auf den Höhen rechts der Dill weiter nach Greifenstein und über den Westerwald nach Köln.

Der für diese Betrachtungen relevante Altweg zur Dorlarer Furt zweigte vermutlich im heutigen Groß - Rechtenbach ab. Hier war der Hüttenberg überwunden, die Lahnfurt Dorlar über die Gemarkung Münchholzhausen gut erreichbar. Inwieweit diese Wegführung mit dem „Wällerweg“ identisch ist sei dahingestellt. Hierüber findet man in der Literatur unterschiedliche Angaben. Der Verlauf des „Wällerweges“ ab der Lahnfurt Dorlar nach Norden mag als gesichert gelten. Von der Dorlarer Furt führte dieser durch das römische Militärlager Dorlar, auf die „Dicke Eiche“ zu und ging als Höhenweg weiter am „Bubenrod“ vorüber zur Hohensolmser Hochfläche, um dort am „Altenberg I“ in den „Rennweg“ [7] einzumünden.

Für die Verifizierung des Verlaufes dieses Altweges von Butzbach nach Wetzlar bzw. zur Furt Dorlar können folgende, allgemein bekannte Relikte herangezogen werden.

Die Bezeichnung „Windhof“ bedeutet, dass hier Straßen in verschiedenen Windrichtungen weiterführten. Der Windhof bei Butzbach, auf der Anhöhe über Pohl göns, ist eine Kreuzung der „Alten Weinstraße“, heute B3, mit dem „Alten Wetzlarer Weg“, heute B277. Auch die Geländebezeichnung „Wetzlarer Berg“ kennzeichnet die Straßenführung Butzbach - Wetzlar.

In der Nähe des „Windhofes“ kreuzt ein vorgeschichtlicher Höhenweg die heutige B3. Er führt vom Hausberg bei Butzbach herüber und fast schnurgerade am „Dickem Wald“ vorbei nach Norden.

Entlang dieses Altweges wurde der römische Wetteraulimes errichtet, der bis zum Wartberg bei Grüningen verlief, um dann nach Osten zum heutigen Kloster Arnsburg mit seinen damaligen römischen Lager- und Kastellbezirken abzubiegen.

Wenn man das vorgenannte gerade Wegstück des Limes auf der Karte verlängert, gelangt man über Grüningen, Steinbach, Oppenrod, Bersrod, Höingen, Mardorf (Mardorfer Straße), bis nach Kirchhain und schließlich nach Langenstein mit seinem bronzezeitlichen Menhir.

Das hohe Alter des „Alten Wetzlarer Weges“ und auch der „Alten Weinstraße“ wird auch durch den Menhir in der Flur „Motzenwiese“ direkt westlich neben der B3 am Nordrand von Butzbach dokumentiert.

Ebenfalls an der B3 „Alte Weinstraße“ in Butzbach lag das Limeskastell „Hunneburg“ zur Sicherung des Fernverkehrs durch den Grenzübergang nach Germanien. Das Kastell wurde nach dem Chattenkrieg (83~85 u.Z.) errichtet.

Zur Dokumentierung des hohen Alters des Höhenweges Butzbach - Wetzlar können zudem noch die auf beiden Seiten befindlichen Hügel-

gräber dienen. Dies gilt auch für den oben beschriebenen Altweg nach Langenstein (Alte Mardorfer).

5. Himbergstraße/Alte Straße

Diese kommt von Süden her zur Lahn und kreuzt diese durch die „Pfort“ (Lahnfurt). Sie führt weiter über Heuchelheim auf die Anhöhe über Kinzenbach und kreuzt hier den „Alten Gleiberger Weg“ [10]. Die Straße steigt weiter zum Himberg hinauf (Frauenkreuz), führt um diesen herum und führt weiter westlich zu dem Pass am heutigen Forsthaus Haina.

Hier kreuzt die „Himbergstraße“ die „Alte Marburger“ [3] und führt weiter zum „Altenberg I“, wo sie in den Rennweg [7] einmündet.

6. Mainzer Straße/ Alte Straße

Diese kommt von Süden her und führt westlich am Stoppelberg vorbei, weiter zum Wartturm (Wetzlar/ Garbenheim) und über Garbenheim zur Lintfurt. Hier überquert sie die Lahn und stößt weiter nordwärts auf den „Wällerweg“ [4].

7. „Rennweg“

Dieser alte Höhenweg verband die Gegend um Köln mit Ost Thüringen, die Fortsetzung im Thüringer Wald ist der Rennsteig. Im hier betrachteten Bereich führte er bei Herborn aus dem Dilltal hinauf über die „Hörre“ in Richtung „Altenberg I“ und in 2 km Entfernung nördlich am Dünsberg vorbei zur „Alten Weinstraße“ [1].

Ein Stück weit verlaufen beide Wege vereint nach Norden, um sich auf der Höhe über dem Salzbödetal wieder zu trennen.

Der Rennweg führt auf dem vorgenannten Höhenzug bleibend nach Osten, um südlich am „Altenberg II“ entlang zur Lahn zu gelangen. Bei Odenhausen überquert der Rennweg die Lahn und erreicht bei Homberg/Ohm das Amöneburger Becken, ein uraltes Siedlungsgebiet.

8. Alter Triebweg (Weg Gießen - Westphalen)

Dieser Altweg beginnt an der „Pfort“ durch die Lahn und führt am Windhof - heute Gelände der FA Schunk - vorbei auf den Höhenrücken zwischen Kropfbach und Bieberbach. Auf diesem Höhenrücken verläuft dieser alte Weg fast schnurgerade in Richtung Dünsberg. Er zieht weiter an den Vorburgen Gleiberg und Vetzberg vorbei und erreicht nördlich des Vetzberges den „Heegstrauch“ bei Fellingshausen,

ebenfalls auf einem Höhenrücken gelegen. Von hier aus gibt es Verbindungswege zu den Toren am östlichen Dünsberghang.

Am Vetzberghang kreuzte die Verbindung zum Dünsberg den „Alten Triebweg“. Von dieser Kreuzung aus erreichte man in westlicher Richtung über das noch heute so genannte Flurstück „Kreuzweg“ die Dünsbergstore IV und V. Diese letztgenannte Wegstrecke wird unter [11] ausführlich beschrieben.

9. Mögliche Wege vom römischen Militärlager Dorlar zu dem Oppidum auf dem Dünsberg

Der von der Lahnfurt Dorlar nach Norden zum Königstuhl (Himberg) führende Weg konnte benutzt werden. Die Entfernung vom Militärlager zum Königstuhl beträgt 3 km.

Der Himberg dürfte damals als Vorburg des Oppidums zur Überwachung des Lahntales sowie der in seiner Umgebung verlaufenden Nah- und Fernwege gedient haben.

Vom Himberg aus gibt es zwei Möglichkeiten zu den Toren IV und V des Oppidums zu gelangen:

9.1 Wenn das Biebertal im Bereich des heutigen Ortes Bieber in der wärmeren Jahreszeit passierbar war, konnten die angreifenden Truppen vom Himberg aus den Rimberg westlich umgehen, den Bieberbach überqueren und über die „Meilhardt“ hochsteigend in den Bereich von Tor IV und V gelangen. Siehe auch [11]. Die Entfernung zwischen dem Himberg und den Toren IV und V beträgt ca. 5 km.

9.2 Die zweite Möglichkeit wäre vom Himberg zum Pass am „Forsthaus Haina“ zu ziehen und von hier aus weiter am Hang über Hof Haina entlang, den Bieberbach zwischen „Steinmühle“ und „Strohmühle“ zu überqueren. Von hier konnte man dann auf nicht allzu steilen Wegen zu Tor IV und V gelangen.

10. Alter Gleiberger Weg/Fränkische Straße

Dieser Altweg führt von der Lahnfurt Dorlar auf die Anhöhe auf der sich das römische Militärlager Dorlar befand. Von hier aus führt dieser Weg auf der Höhe über Atzbach entlang weiter nach Osten in das Kinzenbacher Feld, wo er die „Himbergstraße“ [5] kreuzt. In der Nähe des „Alten Gleiberger Weges“ wurde zwischen Atzbach und Kinzenbach im Frühjahr 2000 ein keltischer Schmiedeplatz ausgegraben. Dies ist unter anderem auch eine Bestätigung für das hohe Alter dieses Weges.

Nach dem Übergang des Bieberbaches führt dieser Altweg weiter in Richtung Gleiberg und kreuzt auf der Höhe zwischen Fohnbach und Bieberbach den „Alten Triebweg“ [8]. Am Gleiberger Westhang heißt eine Teilstrecke heute noch „Eselsweg“. Als die Dorlarer und Atzbacher Mühlen in Tätigkeit traten wurden auf diesem Altweg Getreide und Mehl hin und her transportiert.

Karl Reeh nennt diesen Altweg auch „Fränkische Straße“ zum Gronauer Schloss (6).

Dies würde bedeuten, dass sich der „Alte Gleiberger Weg“ und die „Fränkische Straße“ in etwa bei der Kreuzung mit dem „Alten Triebweg“ trennen. Der „Alte Gleiberger Weg“ würde dann, wie zuvor beschrieben, weiter auf den Gleiberg hinaufführen, während die „Fränkische Straße“ in etwa dem heutigen Kinzenbacher Weg, neue Umgehungsstraße westlich von Krofdorf - Gleiberg, folgen würde, um im nördlichen Bereich von Krofdorf in die „Alte Weinstraße“ einzumünden.

Wenn man diesen Gedanken weiter verfolgt ergibt sich, dass diese Einmündung die heutige Inselstraße in Krofdorf gewesen sein könnte. Die ersten fränkischen Siedler hätten sich demnach zwischen dieser Gabelung von Fernwegen und Fohnbachtal niedergelassen. Latènezeitliche Siedlungsrelikte wurden östlich dieser Gabelung ebenfalls gefunden.

11. Alter Hauptweg zu den Toren IV und V des Oppidums auf dem Dünsberg

Am westlichen Vetzberghang zweigt dieser Weg vom alten Triebweg [8] ab und trifft auf der nördlichen Anhöhe über Rodheim im Flurstück „Kreuzweg“ mit dem „Alten Weg von der Lahn zum Dünsberg“ [12] zusammen. Vom „Kreuzweg“ aus gelangt man dann auf dem „Alten Weg von der Lahn zum Dünsberg“ weiter über die Höhe nördlich des Ortes Bieber zu den Toren IV und V. Siehe auch [9.1].

12. Alter Weg von der Lahn zum Dünsberg

Dieser dürfte der älteste Weg von den Lahnfurten „Wolfsfurt“ und „Pfort“ zum Dünsberg sein. Bronzezeitlich oder gar steinzeitlich.

Dieser Altweg verläuft von den vorgenannten Lahnübergängen ausgehend am Nordosthang südwestlich des Bieberbaches entlang.

An markanter Stelle über dem Bieberbach, zwischen Kinzenbach und Rodheim an der Bieber, dürfte ein Menhir an diesem Weg gestanden haben. Als Hinweis darauf können die heutigen Flurbezeichnungen „Langer Stein“ und „Das Steinmal“ gewertet werden. Von dieser Stelle

aus blickt man nordwärts auf den Dünsberg, Vetzberg und Gleiberg. Ein Stein als Wegmarkierung oder Kennzeichnung einer heiligen Stätte ist hier gut vorstellbar.

In Rodheim überquert dieser Altweg dann den Bieberbach und verläuft hinauf zur Anhöhe nördlich von Rodheim zum Flurstück „Kreuzweg“. S.a. [11].

13. Zugangswege zu den Toren des Oppidums

Diese Anbindungen an die bestehenden Nah- und Fernwege werden von Karl Reeh in verschiedenen graphischen Darstellungen erfasst.

Hier werden diese Wege in Karte II zusammenfassend dargestellt.

4) Folgerungen auch im Hinblick auf die möglichen Vorburgen des Oppidums

Wenn man mit guter Begründung, s. a. 1), davon ausgeht, dass das Militärlager Dorlar zur Zerstörung der möglicherweise nur noch als Fliehbürg dienenden Dünsbergbefestigung vorgesehen war, um die Okkupation und anschließende römische Verwaltung Germaniens voranzutreiben, bleibt immer noch die Frage zu klären, warum dieses Lager gerade an dieser Stelle platziert wurde.

Für Angreifer aus dem Süden wäre es einfacher gewesen, die „Alte Weinstraße“ [1] von Butzbach her kommend zu benutzen, die Lahn an der „Pfort“ zu überqueren, um über die Altwege [8] oder [12] direkt zu den Toren IV und V zu gelangen. Der Grund dies nicht zu tun, kann nur ein vorgelagertes fortifikatorisches Hindernis gewesen sein. Dieses Hindernis, das aus einer Kette von Vorburgen bestand, ist auf der Karte leicht auszumachen: es sind dies Gleiberg, Vetzberg und Wettenberg.

4.1 Der Gipfel des Vetzberges war zwar wegen seines kleinen Areals für eine Wehranlage mit Ringmauern wenig geeignet, als Beobachtungsposten aber gut tauglich. Der Vetzberg kontrollierte die Altwege [8] und [12]. Ein totaler Rundumblick machte ihn als Vorburg des Oppidums auf dem Dünsberg unverzichtbar.

4.2 Der Gleiberg gewährt, wie der Vetzberg, einen kompletten Rundumblick, besitzt aber ein größeres Gipfelplateau zur Ansiedlung von Menschen. Zur Zeit des Oppidums auf dem Dünsberg ist eine Befestigung des Gleiberges mit einer Ringmauer denkbar. Allerdings herrschte hier seit Beginn des 10. Jahrhunderts eine rege Bautätigkeit, die heute wohl keine latènezeitlichen Funde mehr erwarten lässt.

Auch die Anlage von Stufenrainen und Terrassen zur land- und viehwirtschaftlichen Nutzung hat die gesamte Oberfläche des Bergkegels

verändert. Die Anlage und fortlaufende Vergrößerung des Dorfes Gleiberg im Laufe der Jahrhunderte dürfte ebenfalls zur Verwischung der Spuren aus keltischer und germanischer Zeit beigetragen haben, so dass die Bergung von Relikten aus dieser Zeit heute sehr unwahrscheinlich sein dürfte.

Durch seine beherrschende Lage über dem Gießener Becken dürfte der Gleiberg jedoch bereits in der Vorzeit dem Schutzbedürfnis der im Umland lebenden Menschen entgegengekommen sein. Vom Gipfel des Gleiberges aus blickt man in südlicher Richtung auf den Höhenzug am südlichen Rand des Gießener Beckens, auf dem der nördlichste Teil des römischen Wetteraulimes mit dem „Kleinkastell Holzheim“ errichtet wurde. Obwohl der Limes erst ca. 100 Jahre nach Drusus ausgebaut wurde, erkennt man auch hier die Bedeutung des Gleiberges in der damaligen Zeit. Hier standen sich das römische Imperium und Germanien in Sichtweite, Entfernung 12 km, gegenüber. Der Rundumblick geht weiter über Taunus, Westerwald, Gladenbacher Bergland, die Höhen des Krofdorfer Forstes, Amöneburg, Totenberg, Hangelstein usw., um nur einige der vor- und frühgeschichtlich wichtigen Erhebungen zu nennen.

Kontrolliert werden konnten vom Gleiberg aus die Lahnübergänge „Pfort“ und „Wolfsfurt“, sowie die davon ausgehenden Altwege [1], [5], [10] und [12]. Die „Alte Weinstraße“ [1] konnte von der Lahnfurt über die „Haardt“ bis zur Höhe „Frauenkreuz“ im Krofdorfer Forst überschaut werden. Die Lahn selbst aber wird in östlicher Richtung vom Wettenberg partiell verdeckt.

4.3 Der Wettenberg beherrscht das Lahnknie bei Gießen nach Süden und Osten hin.

Strategisch gesehen wirken Gleiberg und Wettenberg eng zusammen.

Auf dem Wettenberg befinden sich Schanzen aus dem siebenjährigen Krieg sowie wahrscheinlich vorgeschichtliche Ringwälle/Mauern.

Zwischen Gleiberg und Wettenberg befindet sich das Feuchtgebiet des Gleibachtals, durch das in vor- und frühgeschichtlicher Zeit keine Fernstraßen geführt werden konnten.

Vom Wettenberg aus können die östlich der Lahn liegenden Erhebungen gut beobachtet werden. Vor allem sind von hier aus das Lahnknie bei Gießen und das Gießener Becken überschaubar.

Vetzberg - Gleiberg - Wettenberg waren bereits in der Frühzeit eine fortifikatorische Einheit, die das Land innerhalb des Lahnknie mit dem Dünsberg im Hintergrund gegen von Süden kommende Aggressoren abschirmte.

Um den stark befestigten Dünsberg von Süden her ohne größere Widerstände und Verluste an Menschen und Material angreifen zu können, blieb somit nur der Weg über die Lahnfurt bei Dorlar.

Wenn man die drei vorgenannten Erhebungen bezüglich ihrer Schutzfunktion im Zusammenwirken betrachtet, stellt sich auch die Frage nach dem Informationsaustausch. In einer Zeit, in der Entfernungen in Auto- und Flugstunden angegeben werden, fällt die Vorstellung einer effizienten Nachrichtenübermittlung zu Fuß schwer.

Ein guter Wanderer legt heute den Weg von Launsbach an der Lahn zum Dünsberggipfel in weniger als 2 Stunden zurück. Ein Meldereiter dürfte für diese Strecke, entsprechende Wege vorausgesetzt, etwa eine Stunde benötigt haben.

Der Informationsaustausch zwischen der Festung Dünsberg und ihren Vorburgen sowie Beobachtungsposten dürfte somit kein Problem gewesen sein. Die Informationsübertragung war auch vor 2000 Jahren nicht nur auf Rauch- oder Feuerzeichen begrenzt.

4.4 Der Himberg/Königstuhl liegt genau in der Stoßrichtung vom Militärlager Dorlar zum Dünsberg. Eine eventuell vorhandene keltisch/germanische Besatzung auf dieser Vorburg konnte allerdings ein herannahendes römisches Heer nicht aufhalten und tat somit gut daran, sich rechtzeitig hinter die Mauern am Dünsberg zurückzuziehen.

4.5 Der Altenberg I bei Hohensolms stellte sicher eine wichtige Überwachungsstation des in seiner direkten Umgebung befindlichen Straßenknotenpunktes dar. In Friedenszeiten und auch bei Stammesfehden war dieser Berg sicher eine wichtige Vorburg des Oppidums auf dem Dünsberg.

Bei einer so massiven Bedrohung aus dem Süden, wie sie das Militärlager Dorlar darstellte, war diese mehr nach Westen ausgerichtete Befestigung allerdings vollkommen bedeutungslos.

4.6 Der Stoppelberg bei Wetzlar war zwar bereits in vor- und frühgeschichtlicher Zeit für die Menschen der Umgebung von Interesse (7), spielte aber wegen seiner Lage südlich der Lahn für die direkte Verteidigung des Dünsberglandes wohl eher eine untergeordnete Rolle.

Auf seine Bedeutung für den Altweg [6] wurde bereits hingewiesen, s. a. Karte I.

Bei der Planung der römischen Stadt Waldgirmes spielten neben den vorhandenen Straßen und Wegen sicher auch diese Vorburgen und Straßenüberwachungsstellen eine Rolle für die Zukunft dieser Region.

Nachdem mit der Gründung dieses Verwaltungszentrums das Dünsbergland in den Einflussbereich Roms gekommen war, verschob sich allerdings der Schwerpunkt der Verteidigung mehr zu den linksseitigen Lahnhöhen vor Wetzlar, u.a. Stoppelberg. Auch die Lintfurt und die sie überquerenden Altwege wurden für diese neue Stadt interessanter als die Lahnfurten bei Gießen.

Der Dünsberg aber verlor seine über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende währende überragende Bedeutung.

Das nördlichste Oppidum keltischer Provenienz in Deutschland hatte ausgedient und wurde dem Verfall anheim gegeben.

Zwischen dem ersten Vormarsch des Drusus durch die Wetterau bis zur Auflösung des römischen Verwaltungszentrums Waldgirmes im Jahr 9 u.Z. liegen knapp 20 Jahre.

Dies zeigt wie politisch und militärisch bewegt diese kurze Zeitspanne im Dünsbergland gewesen sein muss.

Allgemeine Anmerkungen zu 1) bis 4)

1. Die Bezeichnung der Tore des Oppidums erfolgt wie sie für den archäologischen Wanderweg gewählt wurde, da diese Ziffernzuordnung in der Öffentlichkeit seit vielen Jahren bekannt ist. Die Nummerierung der Tore stimmt deswegen nicht mit der von Karl Reeh in seinem Buch „Der Dünsberg und seine Umgebung“ gewählten Nummerierung überein.

2. Für die Zeitangaben wurden die neutralen Bezeichnungen v.u.Z. = vor unserer Zeitrechnung und u.Z. = unserer Zeitrechnung gewählt.

3. Mit „Altenberg I“ wurde der Altenberg bei Hohensolms, mit „Altenberg II“ derjenige bei Odenhausen an der Lahn bezeichnet.

4. Bei der Beschreibung der aus der Literatur entnommenen Altwegtrassen wurde nicht immer auf die Beweismittel wie Hohlweg, Flurbezeichnung, alte Wegbezeichnung usw. eingegangen.

Anhand der Literaturhinweise können diese an den betreffenden Stellen nachgelesen werden. Lediglich auf Relikte die bisher noch nicht im Zusammenhang mit den hier behandelten Altwegen gesehen wurden, wie z.B. der Menhir nördlich von Butzbach, wurde besonders hingewiesen.

Literaturhinweise zum Text:

- (1) Dietwulf Baatz und Fritz - Rudolf Herrmann, Die Römer in Hessen, Bad Nauheim - Rödgen FB, S. 238
- (2) Markus Junkelmann, Die Legionen des Augustus, S. 199
- (3) Karl Reeh, Der Dünsberg und seine Umgebung, S. 319, Abb. 239
- (4) H. Schmidt, Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft Lahntal, Heft 11; 1988, S. 23
- (5) Karl E. Demandt, Geschichte des Landes Hessen, 1972, S. 22 ff.
- (6) Karl Reeh, Der Dünsberg und seine Umgebung, S. 315, Abb. 238 sowie S. 317, Abb. 239
- (7) Herrmann, Jockenhövel, Die Vorgeschichte Hessens, 1990, S. 491 ff.

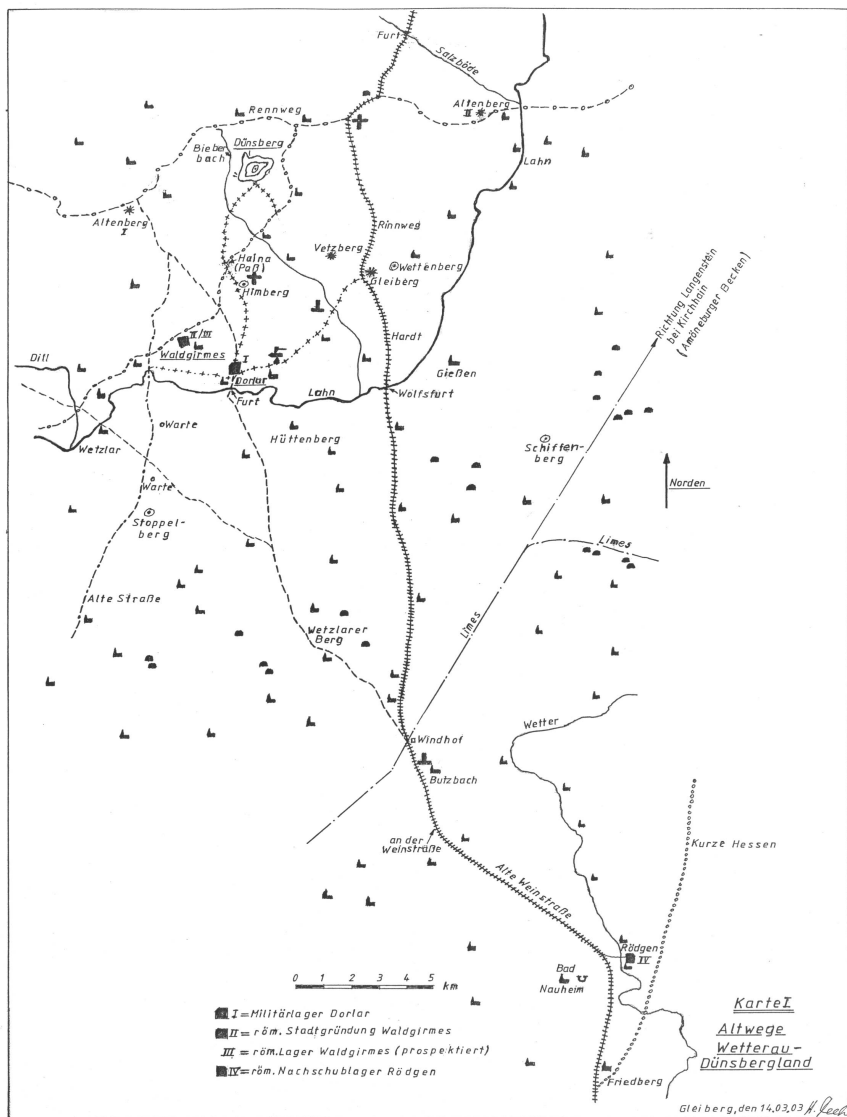
Des Weiteren wurde folgende Literatur benutzt:

- a) Frauenkreuze sind Friedenskreuze. Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft Lahntal e.V. Hier besonders die Artikel: Werner Brandl, Dorlar, Altstraßen im Bereich des Himberg; Karl Reeh, Wetzlar Vom Königstuhl zum langen Stein; Alfred Deubel, Dutenhofen, Der Dünsberg und seine Vorburgen.
- b) Archäologische Denkmäler in Hessen, 148, der römische Stützpunkt von Waldgirmes
- c) Lahnau, 2000 Jahre Siedlungsgeschichte, 2000, Atzbach, Dorlar, Waldgirmes
- d) 2001 hessen Archäologie, Artikel Nr. 67, Richard Vogt, Geomagnetische Prospektion eines Marschlagers östlich des römischen Stützpunktes von Lahnau - Waldgirmes.
- e) Studia honoraria, Archäologie in Hessen, Festschrift für Fritz Rudolf Herrmann.
- f) Wolfgang Korn, Hin und her und kreuz und quer, GEO, Heft Nr. 4/2001

5) Darstellung der Altwege in den Karten I und II

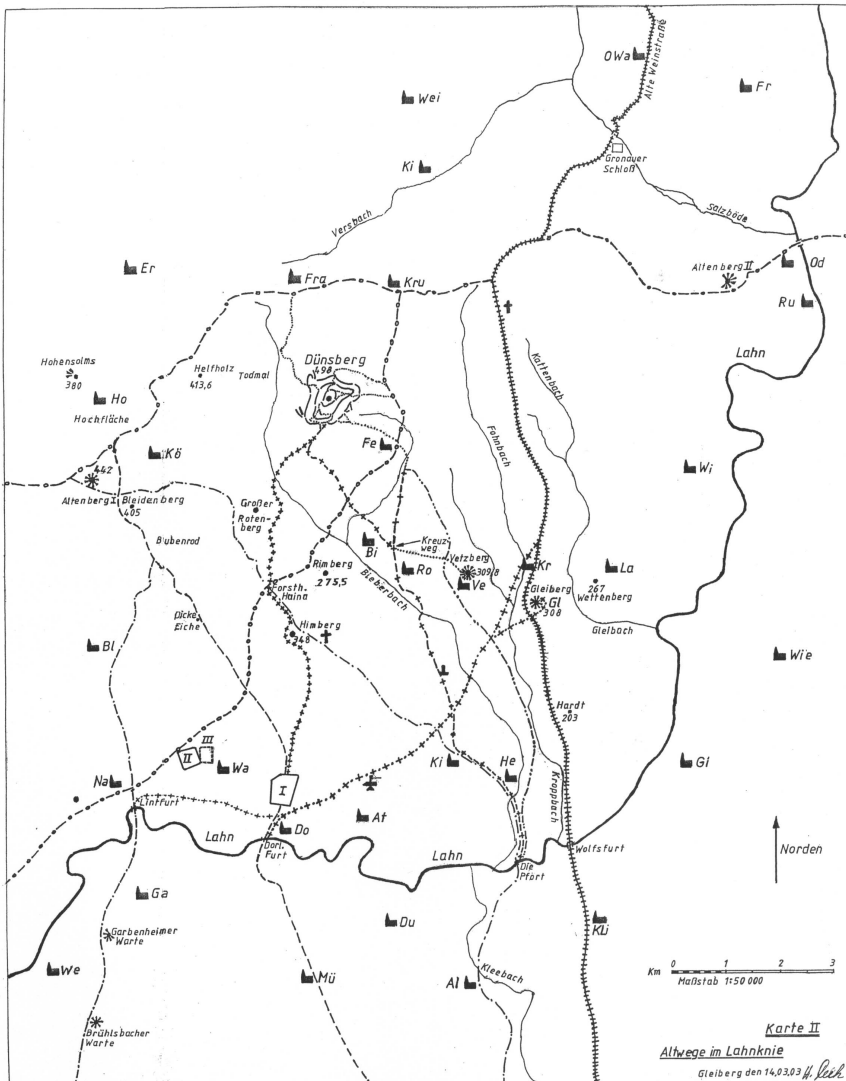
5.1) Karte I:

Übersicht über die Hauptwege/Fernwege zwischen Bad Nauheim - Rödgen mit seinem römisch-augusteischen Nachschublager sowie dem Salzbödetal im Norden.



5.2) Karte II :

Übersicht über die Altwege im Lahnknief, Marburg, Gießen und Wetzlar unter Berücksichtigung der römischen Lager und der römischen Stadtgründung Waldgirmes sowie des Oppidums auf dem Dünsberg.



5.3) Verzeichnis der Abkürzungen für die heute bestehenden Städte und Gemeinden mit den zugeordneten Ortsnamen.

Nr.	Abk.	Ortsname
1	Al	Allendorf a. d. Lahn
2	At	Atzbach
3	Bi	Bieber a. d. Bieber
4	Bl	Blasbach
5	Do	Dorlar
6	Du	Dutenhofen
7	Er	Erda
8	Fe	Fellingshausen
9	Fra	Frankenbach
10	Fr	Fronhausen
11	Ga	Garbenheim
12	Gi	Gießen a. d. Lahn
13	Gl	Gleiberg
14	He	Heuchelheim
15	Ho	Hohensolms
16	Kli	Kleinlinden
17	Ki	Kinzenbach
18	Kö	Königsberg
19	Kr	Krofdorf
20	Kru	Krumbach
21	La	Launsbach
22	Mü	Münchholzhausen
23	Na	Naunheim
24	Od	Odenhausen
25	Ro	Rodheim a. d. Bieber
26	Ru	Ruttershausen

27	Ve	Vetzberg
28	Wa	Waldgirmes
29	Wei	Weipoldzhausen
30	We	Wetzlar a. d. Lahn
31	Wie	Wieseck
32	Wi	Wißmar

5.4) Erklärung der in den Karten verwendeten Symbole:

5.4.1	-		Hügelgräber, auch mehrere
5.4.2	-		Menhir
5.4.3	-		Frauenkreuz
5.4.4	-		Schmiedeplatz
5.4.5	-		Salzgewinnung

5.5) Bezeichnung der römischen Baulichkeiten:

I = römisches Militärlager Dorlar

II = römisches Verwaltungszentrum Waldgirmes

III = römisches Lager Waldgirmes, prospektiert

IV = römisches Nachschublager Rödgen

Frühe Dorfkirchen in Hessen

Ein Beitrag zur Entstehung und Archäologie mittelalterlicher Kleinkirchen

Heinz P. Probst

Unter Kleinkirchen wird hier jene breite Schicht von ländlichen Kirchen jeder Art verstanden, aus der sich inselartig die verhältnismäßig wenig zahlreichen Großkirchen - Bischofs-, Kloster-, Stadt- und Stiftskirchen, etc. erheben.¹

Großkirchen sind sicher ohne jeden Zweifel auch schon damals von Vorbildern aus der Antike beeinflusst oder sogar teilweise aus Bauten der Römer hervorgegangen,² das trifft auch, allerdings im weitaus geringeren Maße, für kleinere Kirchen zu, ganz besonders im gallo-römischen Bereich (Frankreich).

Heutigen Großkirchen sind aber oft Kleinkirchen am gleichen Ort vorangegangen, wenn diese auch öfters nicht mehr nachweisbar oder nur noch in Rudimenten gefunden worden sind, dann, wenn bspw. der Boden in einer alten Kirche erneuert oder eine Heizung eingebaut wurde. Das Gleiche gilt aber auch für viele andere Kirchen, auch für die kleinen Dorfkirchen, die in späteren Zeiten neu erbaut worden sind. Hier weiß man teilweise aus älteren Urkunden, dass eine frühe Kirche dort am Ort bestanden hat, kennt aber oft nicht den genauen Standort oder die Bauform dieser frühen Kirche, meist vermutet man den Standort unter den heutigen Kirchen, sicher zu recht. Als Beispiel möchte ich gleich unsere schöne Dorfkirche in Gießen-Wieseck anführen, dort ist z. B. in der sogenannten Beatus-Urkunde³ eine frühe Kirche genannt. Auch die wunderschöne gotische Dorfkirche in Langenstein, Kreis Marburg soll beispielhaft angeführt werden, dort soll eine auf Bonifatius zurückreichende Kapelle unter der heutigen Kirche liegen. So ließen sich sicher noch einige Beispiele benennen, wir kommen hierauf bei den einzelnen Kirchen noch zurück.

Sind Kleinkirchen also vereinfachte Großkirchen oder sind sie aus eigenen Wurzeln entstanden? So fragte auch schon Meyer-Barkhausen. Im späten Mittelalter wird die Anlehnung der kleinen Dorfkirchen an die großen Kirchen, besonders die, welche von überregionaler Bedeutung sind, sicher unverkennbar. Als Orientierungs-Beispiel aus unserem

1 So schreibt Prof. Dr. Werner Meyer-Barkhausen MOHG NF 43, 1959, S. 68.

2 Vergleiche hierzu Trier u. a.

3 Dazu weiter unten.

Oberhessen sind hier die Kirche auf dem Schiffenberg und die Elisabethkirche in Marburg zu nennen. Regional hat auch die Klosterkirche von Arnsburg viele Kirchen in ihrer näheren Umgebung geprägt, bspw. den Chorturm in Bettenhausen, die Kirchen in Muschenheim, Gonterskirchen, Villingen und sicher noch einige andere. So werden wir immer wieder bei der Betrachtung der dörflichen Kleinkirchen auch die Bauentwicklung dieser größeren Kirchen betrachten müssen.

Wenn wir uns mit den frühen Kleinkirchen beschäftigen, sind wir neben den spärlichen frühen Urkunden⁴ auf die wenigen, fast noch ursprünglich erhaltenen alten Kirchen, vor allem aber auf Grabungen, auch in alten Kirchen, angewiesen. Diese archäologischen Grabungsergebnisse hatten ja auch Meyer-Barkhausen seinerzeit veranlasst, überregionale Vergleiche mit den Gebieten am Niederrhein und den Niederlanden zu ziehen, besonders weil hier durch Kriegseinwirkungen des II. Weltkrieges damals viele kleinere Kirchen zerstört wurden und so in ihrer Fundamentanlage eingehend untersucht werden konnten, was bei noch bestehenden Kirchen oft so nicht möglich ist.

Wenn auch die Kleinkirchen in karolingischer Zeit auf die gleichen Wurzeln zurückgehen, so waren sie trotz allem nicht völlig einheitlich ausgebildet, es gab durchaus regionale Unterschiede, wie wir später an den Beispielen darlegen werden. Unser heutiges Mittelhessen ist ja auch nicht aus einem homogenen historischen Gebilde hervorgegangen, und so kann man auch nicht erwarten, dass es in der Vergangenheit einen Bereich künstlerischer Einheit gebildet hat. Bei den Kleinkirchen und deren Ausgestaltung sehen wir vor allem, dass die einflussreichen Reichsklöster Hersfeld, gegründet 736/43, Fulda, gegründet 744 und Lorsch, im Jahr 764 gegründet, erheblichen Einfluss auch auf den Bau kleinerer Kirchen ausübten.

Es ist immer ein gewisses Risiko, nicht mehr bestehende Kirchenbauten nur anhand von Grabungsergebnissen und Fundamentresten zeichnerisch zu rekonstruieren. So können derartige Skizzen auch nur annähernd den Originalzustand wiedergeben, dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Größe und Anzahl der Fenster, Türen, die Höhe des Baukörpers und die Dachneigungen. Hierbei sind wir dann auf Erfahrungswerte und die wenigen erhaltenen Beispiele angewiesen. Rekonstruieren wir hier doch praktisch 2-D-Funde in ein fertiges 3-D-

4 Bspw. dem „Lorscher Codex“, übertragen von Karl Glöckner, dem „Breviarium Lulli“ aus Hersfeld, dem „Codex diplomaticus Fuldensis“ von E. F. J. Dronke, der „Beatus-Urkunde“.

Modell.⁵ Aber nur durch derartige Skizzen, die ganze Kirchen darstellen, werden für viele unserer heutigen Besucher diese Stätten frühen Christentums und der Kirchenbau, der möglicherweise seit Jahrhunderten verschwunden ist, zum Teil wieder greifbar.

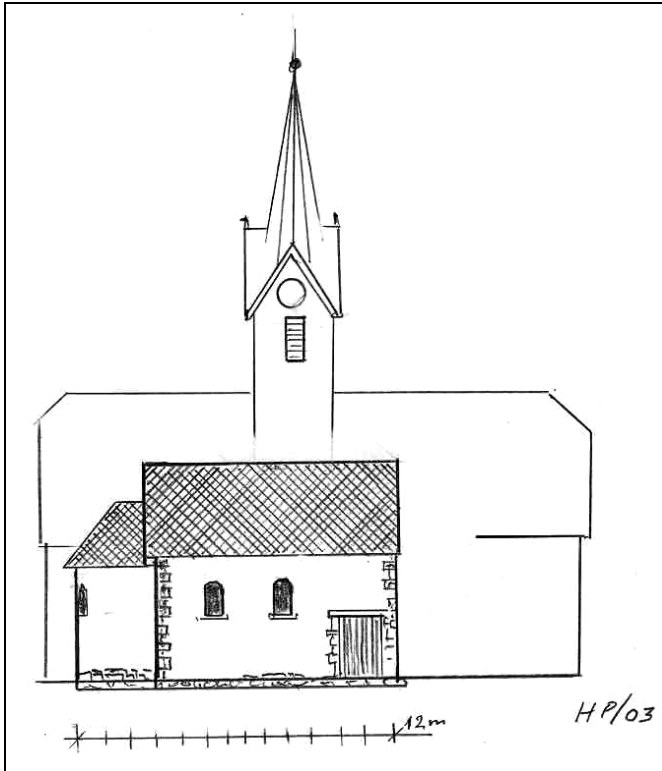


Abb. 1: Zeichnerische Rekonstruktion, eine Vorgängerkirche in einer heutigen Dorfkirche, typisches Beispiel hierfür ist Pohlheim-Hausen, Seitenansicht von Norden, (Skizze Verfasser)

Heute noch bestehende frühe Kirchen sind in aller Regel so weit umgebaut oder auch „verbaut“, dass die Erkenntnisse auf die Entstehungszeit äußerst spärlich sind, dies soll an dem Beispiel der Dorfkirche von Grünberg-Queckborn einmal näher dargelegt werden. Queckborn wurde erstmals 930 urkundlich als „Quetbrunnen“ erwähnt⁶. Der

⁵ Wenn natürlich die archäologischen Grabungen auch bspw. die Höhe der Fundamente etc. aufweisen und aus der Stärke der Fundamente auf die Höhe geschlossen werden kann.

⁶ Dronke, E. F. J.: „Codex diplomaticus Fuldensis“.

frühere Architekt der ev. Kirche von Hessen-Nassau, Dr. Peter Weyrauch, hält die Entstehung der Kirche im frühen 10. Jh. oder noch früher für wahrscheinlich, wenn er schreibt: „... zur Zeit der ersten Erwähnung des Dorfes muss die Kirche schon bestanden haben...“⁷. Diese Dorfkirche zeigt, obwohl sie im ganzen sehr harmonisch wirkt, heute dem Betrachter noch die recht unterschiedlichen Stilformen. Auf der Südseite des Kirchenschiffes sind noch deutlich die 2 kleinen, romanischen Fenster erkennbar, man sieht hier auch an zwei romanischen Gewänden von Eingängen, dass eine erste Umbauphase noch in romanischer Zeit stattgefunden haben muss. An dieser Südwand und am eingezogenen Rechteckchor sind später, in gotischer Zeit, neue spitzbogige Fenster mit ursprünglich Maßwerk eingebaut worden. Außerdem wurde in gotischer Zeit ein Sakristeianbau vorgenommen, der heute aber auch nicht mehr vorhanden ist, von ihm zeugen nur noch Ansätze des Kreuzrippengewölbes und ein Schildbogen. Die folgenden Stil-Epochen, Renaissance-/Barockzeit, brachten dann Veränderungen am Dach bspw. den Dachreiter mit welscher Haube. Die Nordwand zeigt dann schon eindeutig klassizistische Fensteröffnungen, also aus einer Bauzeit um 1800. Aus unserer Zeit stammt der nördliche Anbau. Wir sehen hier auch, dass es nicht unbedingt eines Wetzlarer Domes bedarf, um stilistische Veränderungen an einem Kirchenbau im Laufe der Jahrhunderte zu dokumentieren. Wir sehen daran aber auch, wie schwer es ist, den ursprünglichen Bauzustand einer Kirche zu erkennen. Dieses Beispiel macht überdeutlich, warum wir auf Grabungsergebnisse von alten Kirchen angewiesen sind, wenn wir die Ursprungssituation erkennen wollen. An anderen Beispielen, wie der Johanniskirche in Bad Nauheim und Kirchberg bei Fritzlar, wird aber auch klar, dass möglicherweise Grabungen in Kirchen auch kein eindeutiges Bild ergeben. In Bad Nauheim musste man schon 1933/34 feststellen, dass die ursprüngliche Situation so gestört ist, dass sie sich nicht mehr rekonstruieren lässt, in Kirchberg (Schwalm-Eder-Kreis) wurde dieser Befund 1979 festgestellt. Gerade Kirchen, die in Dörfern liegen, die schon früh zu Wüstungen wurden, noch bevor die bekannten und massiven, gotischen Veränderungen am Kirchenbau einsetzten, sind daher von besonderer Bedeutung. Besonders interessieren hier natürlich die in der frühen Missionszeit entstandenen Kirchen.

In der Literatur wird öfters dargestellt, dass bei einigen alten Kirchen, auch bei uns in Oberhessen, dort an gleicher Stelle, eine frühere Holzkirche vorangegangen sei, dies konnte aber m. E. in Hessen bis vor einigen Jahren nur in ganz wenigen Fällen sicher nachgewiesen werden, einerseits sicher auch, weil dazu bei uns systematische Unter-

7 Weyrauch, Peter: „Die Kirchen des Altkreises Gießen“, Gießen, 1979, S. 150.

suchungen fehlen, andererseits sind diese Holzteile archäologisch nicht einfach zu fassen. Ist es in aller Regel doch nur eine Verfärbung im Untergrund späterer Kirchen, die auf so einen Vorgängerbau hinweist. Liegen die Pfostenlöcher gar direkt unter den Fundamenten einer späteren Steinkirche, werden sie wohl kaum gefunden, ebenso wenn die Ebene der späteren Kirche auf Höhe des Pfostengrundes liegt.⁸

In der Remigiuskirche von Büdingen wurden 1970/71 nicht sicher datierbare Reste einer früheren Holzkirche aufgedeckt, sie stammen aber wohl aus der Zeit um 700 n. Chr.. Im Jahr 1980 wurde in Holzheim bei Fritzlar eine weitere Pfosten-Kirche in Hessen nachgewiesen. Auch bei den schon von Meyer-Barkhausen erwähnten Grabungen in den Niederlanden konnten ja Holzbauten in regionaler Bauweise bestätigt werden, nämlich das sogenannte Gerüsthaus mit 2 Reihen tragender Innenstützen, die einen Hinweis auf einheimische Zimmerleute gaben. Diese Kirchen (20 in der Provinz Limburg) konnten durch begleitende Scherbenfunde ins 8. u. 9. Jh. datiert werden, Brandspuren lassen vermuten, dass diese Holzkirchen seinerzeit durch die brandschatzenden Normannen untergegangen sind.⁹ Alle diese Funde rechtfertigen die These also, dass den Steinkirchen wohl öfter frühere Holzkirchen an gleicher Stelle vorangingen und dies kann prinzipiell auch für Hessen angenommen werden, wie spätere Funde dann auch sicher zeigen.

In der Entwicklung der Grundrisse karolingischer Kirchen lassen sich in der Regel drei Phasen feststellen. In der ersten findet man durchweg Grundrisse, die ganz auf dem Rechteck aufgebaut sind. Am meisten verbreitet ist im 8. und 9. Jahrhundert ein Kirchentyp, der aus einem rechteckigen Schiff und einem schmaleren also eingezogenen Chor in Gestalt eines Quadrats oder Rechtecks besteht. In Hessen tritt dieser Typ unter anderem in Büraberg (um 700-720), Dietkirchen (um 700-720), Lorsch-Altmünster (um 760-763), auf dem Christenberg bei Münchhausen (8. oder 9. Jahrhundert) und in Bad König (Anfang 9. Jahrhundert) auf, bei einfachen Dorfkirchen hält er sich noch bis ins 11. Jahrhundert. Gelegentlich liegt im Westen auch eine schmalere oder gleichbreite Vorhalle. Möglicherweise ist es ein Grundriss, der ursprünglich einmal für den Holzbau entwickelt wurde, denn dort konnte man aus technischen Gründen keine oder nur eingeschränkt eine halbrunde Apsis gestalten. Die ältesten Missionskapellen waren, wie oben

8 Aus vielen Regionen Deutschlands sind diese Holzkirchen sicher und relativ häufig nachgewiesen, so z. B. in Brenz a. d. B. bei Heidenheim (Lit. Klotz, Heinrich, in: Geschichte der Deutschen Kunst, Bd. 1).

9 MOHG NF 43, a.a.O.

angedeutet, also vermutlich aus Holz erbaut,¹⁰ da diese Bauweise sicher auch den germanischen Stämmen vertraut war. Für Fritzlar ist eine erste Holzkirche durch die Vita des hl. Bonifatius überliefert.

Es kann aber andererseits auch sein, dass der Saalbau mit einem eingezogenen Rechteckchor von irischen Missionaren eingeführt worden ist, denn bei Oratorien in Irland tritt er bereits vor 600 n. Chr. in einer Form auf, wie sie dann von irischen Priestern bspw. für Bäraberg gewählt wurde. Was spricht daher also eigentlich dagegen, dass es mehrere Einflüsse waren, die für diese Bauweise den Ausschlag gaben?

In einer zweiten Phase werden, besonders bei größeren Kirchen, die Grundrisse dann reicher ausgebildet, offensichtlich geschah dies nach dem Vorbild frühchristlicher Kirchenbauten Roms. Das erste bekannte Beispiel dafür bei uns ist der Sturmius-Bau in Fulda, eine dreischiffige Basilika mit schmalen Seitenschiffen und sehr breitem Mittelschiff, an das im Osten eine gleichbreite halbrunde Apsis anschließt. Von Sturmius ist aus seiner Vita bekannt, dass er 747/48 mit einigen Gefährten in Rom war, erst danach wurde wahrscheinlich das nach ihm benannte erste Kirchengebäude in Fulda erbaut und gegen 770 vollendet. Sollte es sich allerdings bei der ersten in Bad Hersfeld festgestellten Kapelle um die der Einsiedelei handeln, so wäre diese um 736-743 ebenfalls von Sturmius erbaut worden und das erste Beispiel für das Auftreten einer halbrunden Apsis in Hessen.¹¹ Dann wäre die Verbindung zu römischen Kirchen durch Bonifatius möglicherweise selbst erfolgt, für den 718/19 erstmals und dann 722/23, 732 und 744 Romreisen überliefert sind.

An dieser Stelle erhebt sich die Frage nach der Entstehungszeit der ersten in Fritzlar durch Grabung festgestellten Steinkirche, einer schon dreischiffigen Basilika mit Westquerschiff und direkt daran anschließender, gestelzter Apsis. Friedrich Oswald, der den Bau 1970 gemeinsam mit Rolf Gensen entdeckt hat, hält ihn zwar wegen des, wie er glaubt, aus Fulda von der Ratgar-Basilika abgeleiteten Westquerschiffs für eine Schöpfung aus der Zeit um 780-790. Genauso gut kann es aber sein, dass Bonifatius selbst unter dem Eindruck von Alt-St.-Peter in Rom, wo er 722 vom Papst zum Bischof und 732 zum Missions-Erzbischof geweiht worden war, nach diesem Vorbild der Grabstätte des hl. Petrus die erste steinerne Klosterkirche Fritzlar errichten ließ und 732 weihte, Vielleicht hatte er sie ursprünglich zu seiner

10 Kiesow, Gottfried, Romanik in Hessen, Stuttgart 1984, S. 12.

11 Die älteste Kirche mit dieser Chorform dürfte wohl die Klosterkirche Romainmotier I, um 460 sein. Binding/Untermann, in: Kleine Kunstgeschichte der mittelalterlichen Ordensbaukunst in Deutschland, Darmstadt 1985, S. 20.

Grabeskirche bestimmt, denn damals war er schon über 65 Jahre alt, musste also mit seinem Ende, vor allem auch jederzeit mit dem Märtyrertod rechnen. Fulda war damals noch nicht gegründet und selbst als Sturmius dort die erste Kirche begann, war noch nicht abzusehen, dass sich die dritte Klosterkirche dank der Exemtion so glänzend entwickeln würde. So mag Bonifatius erst als Erzbischof von Mainz den Entschluss gefasst haben, Fulda statt Fritzlar zu seiner letzten Ruhestätte zu machen. Im Jahre 732 aber war Fritzlar noch das Zentrum der ostfränkischen Mission und so wäre es durchaus logisch, wenn für deren Klosterkirche durch Bonifatius selbst die Raumform der römischen Basilika mit Querschiff und Apsis eingeführt wurde.¹² Inwieweit diese frühen Bauten aber, mit Ausnahme der Apsisform, entscheidenden Einfluss auf unsere kleinen Dorfkirchen genommen haben ist ungewiss.

Mit der Abkehr von den bis dahin üblichen Grundrissen der fränkisch-irischen Herkunft und der Hinwendung zu Rom als Vorbild hätte Bonifatius aber auch baulich das deutlich gemacht, was er gegenüber den bereits vor seiner Mission zum Christentum gelangten Franken und Chatten mehrfach feststellte, nämlich, dass sie auf Irrwege geraten und nicht rechten Christentums seien. Ist es ein Zufall, dass die mit großer Wahrscheinlichkeit zu Lebzeiten des Bonifatius von diesem initiierten kleinen Kirchenbauten in Hersfeld und Fulda eine (halbrunde) Apsis besitzen, während die ersten nach 760 vom fränkischen Adel erbauten Klosterkirchen in Lorsch noch den „alten“ Rechteckchor beibehielten?

Zu den hier angesprochenen, nach diesen römischen Vorbildern geprägten karolingischen Kirchen in Hessen gehören wenig später natürlich auch bspw. die Einhards-Basilika in Seligenstadt und die Laurentiuskirche in Trebur.¹³ In der nächsten Phase der karolingischen Bauweise tritt dann u. a. die Einhards-Basilika in Steinbach hervor (821-27), hier tritt dann zum erstenmal ein dreizelliges Sanktuarium¹⁴ auf. Dies soll der Chronologie wegen eingefügt werden, auf die kleinen Dorfkirchen war der Einfluss dieser großartigen, frühen Kirchen zu diesem frühen Zeitpunkt noch gering, hier hielt man eher an tradierten Formen mit den genannten Ausnahmen fest.

12 Kiesow, a.a.O.

13 Kiesow, a.a.O.

14 Die für die Laienwelt unzugängliche Apsis, später wird der Begriff für die Stätte des Hochaltars verwendet.

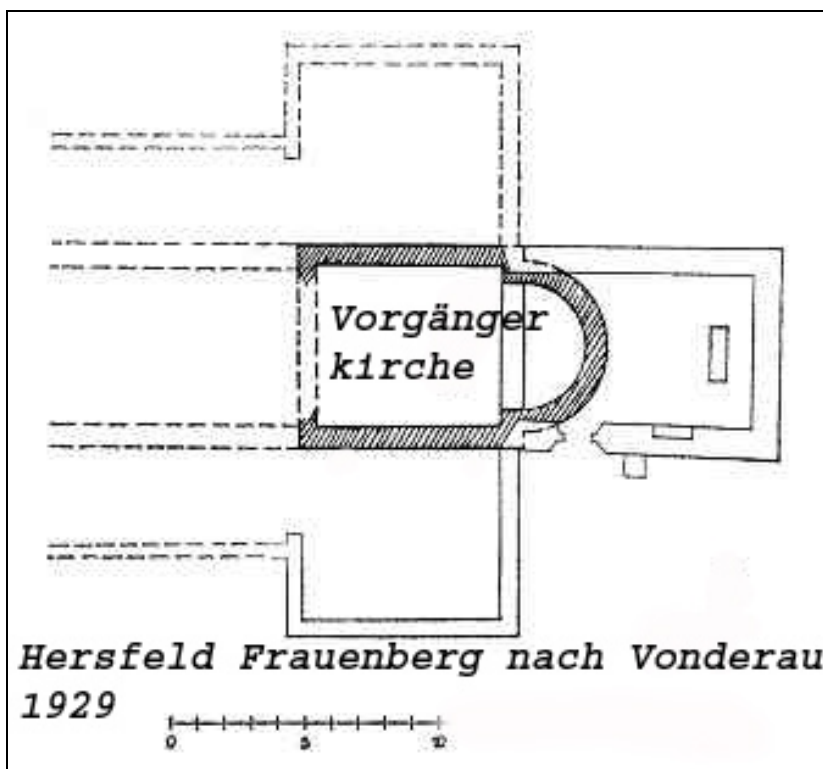


Abb. 2: Hersfeld Frauenberg, Grabung durch Joseph Vonderau 1929, Fundamente der Vorgängerkirche unter der romanischen Ruine. (Skizze nach Vonderau in *Denkmaltopographie BRD, Hessen*, S. 202 mit Ergänzungen des Verfassers)

Es ist festzustellen, dass gerade bei uns in Hessen offene und geschlossene halbrunde Apsiden bei Kleinkirchen, in der Zeit der Missionierung im 8. Jh., aber offenbar schon eine weitaus größere Rolle spielen als in manch anderen Gegenden Deutschlands.

Diese halbrunden Apsiden kommen signifikant bei den durch die beiden Klöster Hersfeld und Fulda beeinflussten Kirchen vor. So sei an dieser Stelle schon auf Hersfeld, die Kirche am Frauenberg, hingewiesen, in der Joseph Vonderau unter der spätromanischen Ruine solche Spuren gefunden hat. Nach Vonderau wurde der Saalbau der um 800 entstandenen Kirche auf dem Frauenberg erst um 1000 durch eine dreischiffige Basilika mit Querhaus erweitert,¹⁵ nach Hörle wurde die

¹⁵ Hier wäre dann wohl der Einfluss der vorgenannten größeren Kirchen unverkennbar.

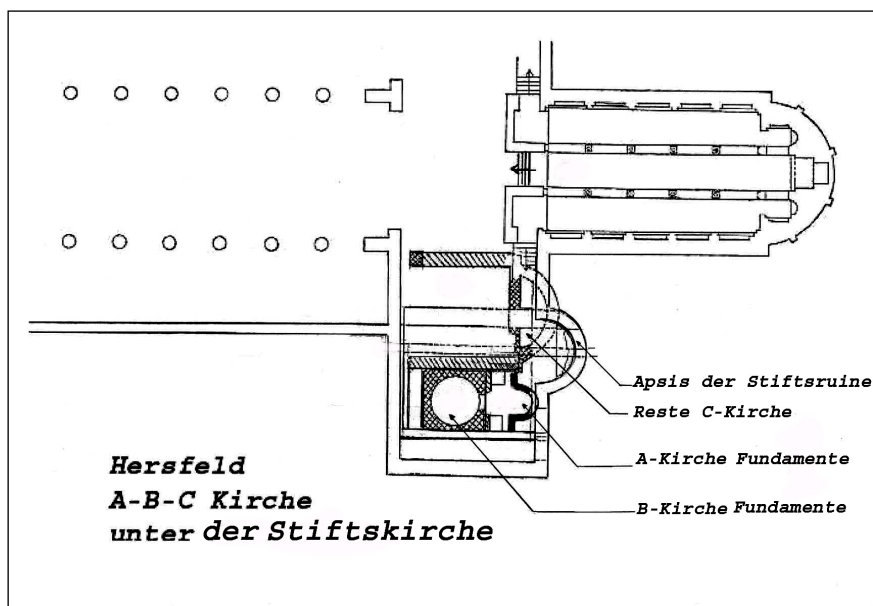


Abb. 3: Fundamente von 3 Vorgängerkirchen unter dem südlichen Querhaus der Stiftsruine. (Skizze nach Denkmaltopographie BRD, Hessen, Seite 125 mit Ergänzungen des Verfassers)

karolingische Kapelle lediglich nach Osten verlängert. Dieser Verlängerung seien die noch heute sichtbaren Mauerreste zuzuordnen¹⁶. Auch im südlichen Querhaus der Stiftskirche von Hersfeld wurde von dem schon genannten Joseph Vonderau bereits 1921 die sogenannte A-Kirche ergraben, eine Saalkirche mit offener halbrunder Apsis, die ins 8. Jh. verweist. Die B-Kirche, ein Zentralbau (Taufkirche), soll annähernd zum gleichen Zeitpunkt entstanden sein wie die C-Kirche, diese wird aber erst als die Gründungskirche des Lullus 769 angesehen. Sie hatte übrigens die geschlossene halbrunde Apsis.¹⁷

Die frühen Kirchen waren in den damaligen Dörfern oft die einzigen Steinbauten, abgesehen von einzelnen Herrenhöfen, die als sogenanntes „festes Haus“ vielleicht in Steinbauweise errichtet waren, Hessen war Holzbauland. Auch in den Städten kamen früher Steinbauten noch recht selten vor. Das zeigt eine Namensbezeichnung aus Marburg. Dort wird 1251 ein „*Conradus de domu lapidea*“ genannt, der allein durch den Besitz eines Steinbaues identifiziert werden konnte. Es handelt sich wahrscheinlich um das im Jahr 1960 abgebrochene Haus in der Hof-

16 Wiegand, Thomas, in: „Denkmaltopographie Deutschland“, Kulturdenkmäler Hessen, Bd. Hersfeld III., S. 202, Wiesbaden 1999.

17 MOHG NF 43. a.a.O.

statt¹⁸. Ob uns einzelne Mauerwerkstechniken bei der Datierung von Kirchenbauten weiterhelfen ist umstritten, so wird das Mauerwerk mit sogenannten Rollschichten, bei dem kleinsteiniges Material verwendet wurde, so wie auf dem Christenberg, in Fronhausen und vor allem in Dautphe, heute überwiegend dem 12.-13. Jh. zugewiesen, obwohl es schon nachweislich in römischer Zeit aufgetreten ist, so bspw. in Boppard bei den Umfassungsmauern oder an Limesbauten wie an der Saalburg und in Osterburken¹⁹. Bei diesem Fischgrätenmauerwerk²⁰ war man zeitweise der Überzeugung, es handle sich hierbei um eine reine frühe Zierform. Einige Beispiele belegen aber, dass es auch an Stellen verwendet wurde, die nie zur Ansicht bestimmt waren. Auch hier soll noch einmal die Kirche in Dautphe angeführt werden. Dort hat sich im Dachraum der alte Westgiebel mit seinem ursprünglichen Putz erhalten, der diese Ansicht belegt. Es lassen sich noch einige Beispiele für die Verwendung im 12.-14. Jh. anführen, so bspw. die Dorfkirchen in Odenhausen/Lumda und in Queckborn, die in das 10.-13. Jh. reichen.

Ein weiteres Phänomen, das bei größeren Kirchen teilweise beobachtet werden kann, ist der sogenannte Achsenknick.²¹ Er tritt bei kleineren Kirchen äußerst selten auf. Das er aber auch dort vorkommt, beweist u. a. die Kirche in Großen-Buseck. Der Chor, das Langhaus und der Turm sind teilweise versetzt zueinander²². In Großen-Buseck wird 1199 ein Priester und 1233 ein Plebanus genannt, der Ort war Sedes für das gesamte Buseckertal und die Kirche dort dem hl. Laurentius geweiht. Die heutige Kirche enthält noch deutliche Bestandteile, die sie in romanesche Zeit datieren, so der untere Teil des Turmes, Mauerwerk von Schiff und Querschiff. Es muss auch offenbar mehrere Umbauten der Kirche gegeben haben. Es gibt verschiedene Thesen für den Achsenknick bei Kirchen. Die überzeugendste ist die, nach der bei längerer Bauzeit oder Bauunterbrechung ein Wechsel im Patrozinium stattgefunden hatte und die liturgisch vorgeschriebene möglichst genaue Ostung der Kirche am Tag des Namenspatrons vorgenommen werden musste. Nach dem Planum und der Herrichtung des Baugrundes wurde die Mittelachse durch Einschlagen eines Pflockes mit einer langen Schnur festgelegt, deren Ausrichtung nach Osten dann durch Einschlagen des zweiten östlichen Pfostens genau im Augenblick des Sonnenaufganges erfolgte. Hatte nun das Patrozinium gewechselt und lag der Namenstag des neuen Titelheiligen in einer anderen Jahreszeit, so ging

18 Großmann, Dieter, in: „Mittelhessen“, Kunst des Mittelalters, Marburg 1991, S. 249.

19 Piper, Otto, in: „Burgenkunde“, Würzburg, 1912, S. 98.

20 Opus spicatum genannt.

21 Z. B. an der Stiftskirche Gernrode und der Kirche in Bautzen.

22 Siehe Abb. in: Walbe, Heinrich, „Die Bau- und Kunstdenkmäler im Kreis Gießen“ Bd. 1, nördlicher Teil, Darmstadt, 1938, S. 151.

die Sonne an anderer Stelle auf. Möglicherweise glaubte man bei der „plötzlichen“ Abweichung der Achse auch an vorherige Messfehler der Vorgänger am Bau, denn über den Lauf der Gestirne wusste oder besser durfte man wenig wissen.²³

Kommen wir noch einmal zu den Kirchen in Hersfeld, dort wurde nämlich auch eine der hier so seltenen Rundkirchen (Zentralbau) nachgewiesen, die als Taufkirche ausgewiesen war. Diese Rundkirchen sind bei uns damals wohl nach dem Vorbild der Aachener Karlskapelle entstanden, obwohl bereits um 400 in Köln ein ovaler Memorialbau entstanden war. Sie konnten sich aber offenbar nicht so recht durchsetzen, denn in unserem Raum sind nur noch die Michaeliskapelle in Fulda, als Grabkirche für Abt Eigil erbaut (+ 822), eine Grabung bei Dreihausen, in der sogenannten „Höfe“ und vielleicht die Kapelle in Helmarshausen, Stadt Bad Karlshafen (um 1100) vermutlich anstelle einer älteren Kapelle entstanden, zu erwähnen. Für das Jahr 914 ist zwar auch eine Taufkirche in Haiger erwähnt, von der wir aber die genaue Gestalt nicht kennen. Auch diese Kirchen werden ursprünglich, wie die Karlskapelle, auf römische Vorbilder zurückgeführt, im Wesentlichen auf St. Vitale in Ravenna und das Grabmal des Theoderich ebenda.²⁴

23 Kiesow, Gottfried, in: „Monumente“, Magazin für Denkmalkultur in Deutschland, April 1999, Nr. 3/4, S. 44/45.

24 Dohme, Robert, in: Geschichte der Deutschen Baukunst, Berlin, 1887.

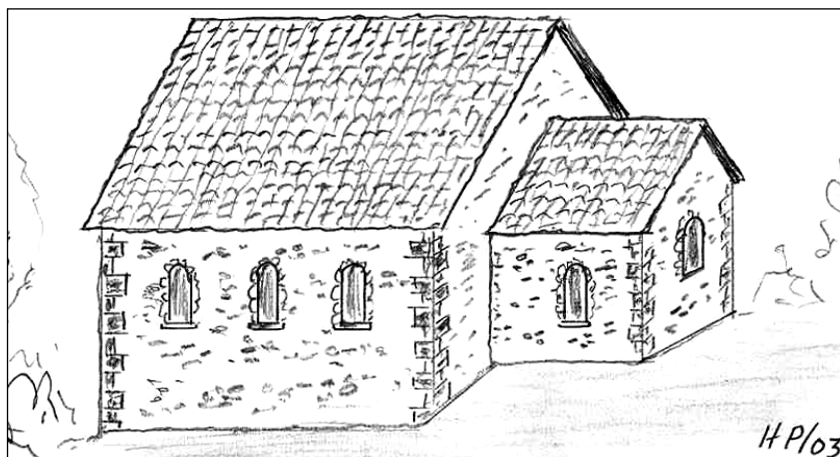


Abb. 4: Zeichnerische Rekonstruktion: kleine Saalkirche mit Rechteckgrundriss und rechteckigem (oder quadratischem) Chor (Skizze Verfasser)

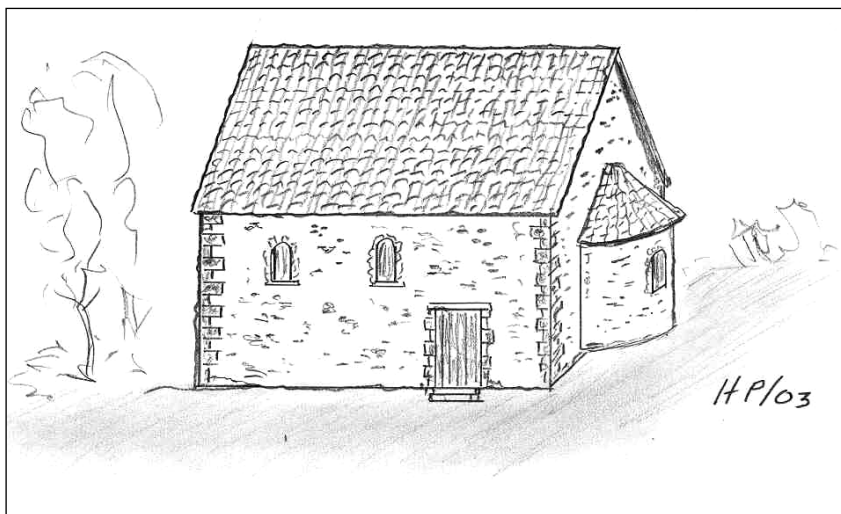


Abb. 5: Zeichnerische Rekonstruktion: rechteckiger Saalbau mit halbrunder Apsis (Skizze Verfasser)



Abb. 6: Stifter mit Kirche in Mals (Südtirol) Wandmalerei, 9. Jh. St Benedikt. (Quelle: Fillitz, Herrmann in: „Das Mittelalter“ Frankfurt a.M./Berlin, 1969).

Diese Abbildung zeigt deutlich, dass hier vom Stifter ein Kirchenmodell gezeigt wird, wie wir es hier für Kleinkirchen beschreiben, eine einfache, frühe Saalkirche, noch ohne Chor oder Apsis.

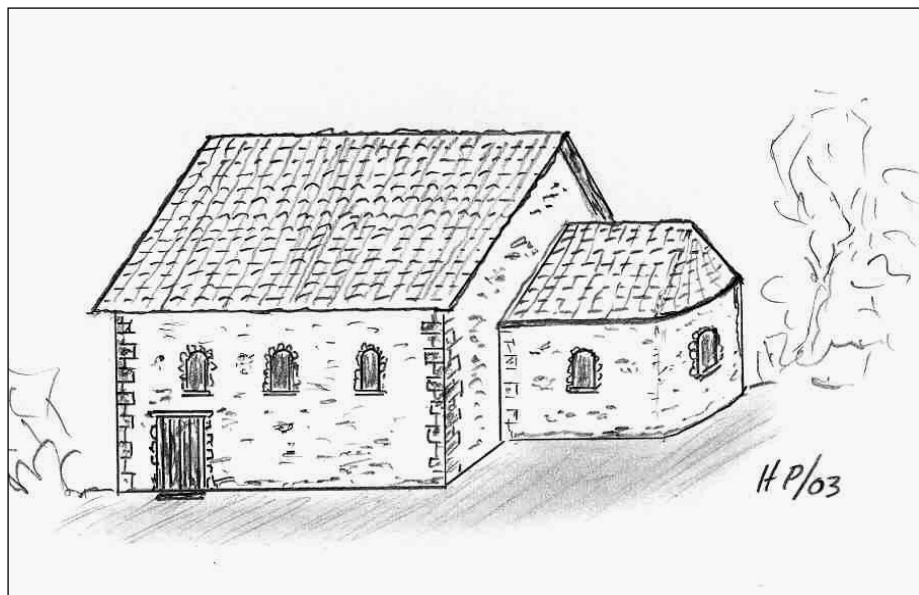


Abb. 7: Zeichnerische Rekonstruktion: rechteckiger Saalbau mit gestelztem halbrundem Chor (Skizze Verfasser)

Um einen Überblick über die Formen der bei uns festgestellten Kirchengrundrisse von Kleinkirchen zu erhalten, sollen die Grundrissformen einmal systematisch in Skizzen aufgeführt werden. (jedoch nicht maßstäblich)

Auf diesen Systemskizzen sind die Maßverhältnisse zwar unterschiedlich dargestellt, diese Maßverhältnisse haben jedoch keinen Bezug zu der mit ihnen in Verbindung dargestellten Apsisformen, sondern sollen nur die Vielzahl der Grundrissvarianten darlegen.

Diese verschiedenen Grundrissformen werden bei der Aufzählung der einzelnen Kirchen zur schnellen Orientierung noch einmal, aber ebenfalls nicht maßstäblich wiederholt.

Typische Grundrissformen früher Kirchen:

(Systematische Darstellung der Grundrisse und der verschiedenen Chorformen, jedoch nicht genau maßstäblich, alle Skizzen Verfasser)



Abb. 8: Grundriss I, rechteckige Saalkirche ohne Chor



Abb. 9: Grundriss II, rechteckige Saalkirche mit abgetrenntem, jedoch nicht eingezogenem Chor



Abb. 10: Grundriss III, rechteckige Saalkirche mit offenem, eingezogenem, rechteckigem (oder quadratischem) Chor

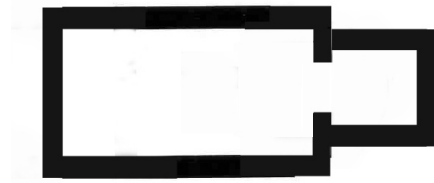


Abb. 11: Grundriss IV, rechteckige Saalkirche mit geschlossenem, eingezogenem, rechteckigem (oder quadratischem) Chor

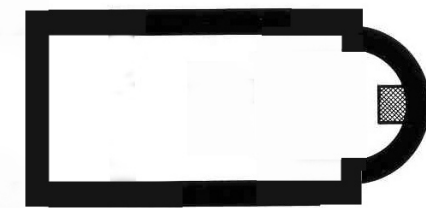


Abb. 12: Grundriss V, rechteckige Saalkirche mit offener halbrunder Apsis

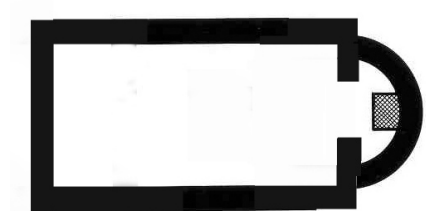


Abb. 13: Grundriss VI, rechteckige Saalkirche mit geschlossener, halbrunder Apsis

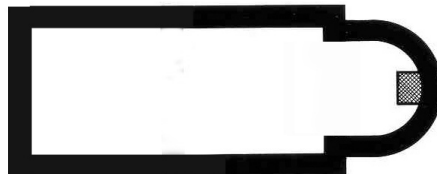


Abb. 14: Grundriss VII, rechteckige Saalkirche mit offener, leicht gestelzter, halbrunder Apsis

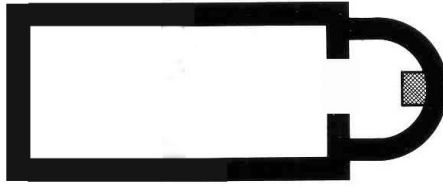


Abb. 15: Grundriss VIII, rechteckige Saalkirche mit geschlossener, leicht gestelzter, halbrunder Apsis

Sonderformen im Grundriss von kleinen Kirchen:



Abb. 16: Karolingische Rundkirche in der „Höfe“ bei Dreihäusen, Kreis Marburg/Biedenkopf zum Vergleich



Abb. 17: Sonderform, die sogenannte Theutbirg-Basilika bei Nau-born/Wetzlar, Grundriss mit Vorraum, Nebenraum und innen gerundetem Chor.

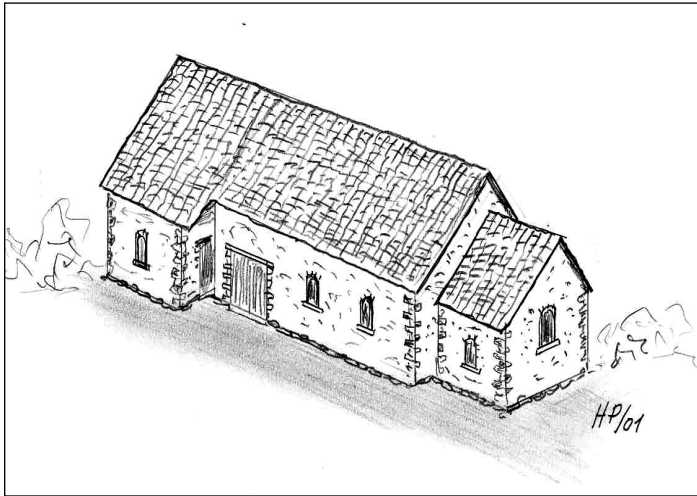


Abb. 18: Sonderform, die sogenannte Theutbirg-Basilika bei Nauborn/Wetzlar hat wohl einmal so oder so ähnlich ausgesehen, (Skizze Verfasser)

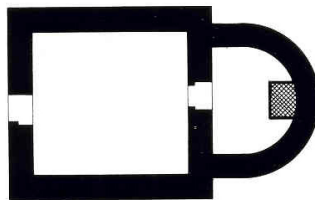


Abb. 19: Sonderform, quadratischer Grundriss des Kirchenschiffes mit gestelzter, halbrunder, geschlossener Apsis in +Udenhausen bei Roßberg im Kreis Marburg/Biedenkopf

Einzeldarstellungen der Kleinkirchen:



Nun wollen wir uns die alten Kleinkirchen, über die wir hier berichten, einmal einzeln näher ansehen. Wie sich aus dem oben Dargestellten ergibt, ist es kaum möglich, hierbei eine genaue chronologische Reihenfolge einzuhalten, da die verschiedenen Bauformen, die sich meistens nur auf die Form des Chores auswirkten, teilweise nebeneinander bestanden haben und regional in Hessen verschiedene Ausprägungen fanden. Es soll aber von den weiter oben schon in der Skizze dargestellten Grundrissformen möglichst jeweils mindestens ein Beispiel folgen.

Kirchen mit Grundrissform I, rechteckige Saalkirche ohne Chor

Beginnen wir mit der wohl einfachsten Grundrissform, die sicher auch als eine der ältesten Formen überhaupt gelten kann. In der Dorfwüstung **Holzheim bei Fritzlar**, Schwalm-Eder-Kreis, wurde im Jahr 1980 eine kleine Holzkirche ausgegraben. Nach dem Grabungsbefund handelt es sich um eine Fachwerkkirche von ca. 6,00 m x 12,00 m. Die Stützelemente waren in den Boden eingegraben und haben die tragenden Sockelmauern unterbrochen. Damit dürfte es sich um einen der ältesten, archäologisch nachgewiesenen Holzbauten im Kirchenbau in Hessen handeln. Gleichzeitig um einen, der in der Vorbemerkung schon angesprochenen ursprünglichen Kirchenbauten in Holzbauweise, die auch den späteren Steinbau vermutlich von der Form her stark beeinflusst haben. Der Ausgräber datiert den Bau vorsichtig in oder vor das 10. Jh.. Urkundlich wird der Ort Holzheim erstmals 1335 erwähnt, bei der Kirche handelt es sich wohl um die Eigenkirche eines Herrenhofes. Der Ort wurde vermutlich um 1425 im Streit zwischen Hessen und Mainz zerstört (Kämpfe „bey Englis“ am 23. Juli 1427).²⁵

In der Nähe von **Schröck** bei Marburg findet sich der sogenannte Elisabethbrunnen, oberhalb dieses Brunnens wurden von Friedrich Küch, Marburg, 1935 die Grundmauern der bereits 1527 abgebrochenen sogenannten Kreuzkapelle freigelegt. Es wird aber angenommen, dass

²⁵ Wand, Norbert/Weiß, Ulrich: „Beitrag zur Archäologie mittelalterlicher Kirchen in Hessen“, Materialien zur Vor- und Frühgeschichte, Bd. 9, Wiesbaden, 1989, S. 47-71.

diese Grundmauern nicht mit der ursprünglichen Kapelle dort übereinstimmen. Der Ausgräber selbst hält eine Vorgängerkapelle an der gleichen Stelle für möglich. Bei der Nähe zur Amöneburg ist hierbei an eine, auf die Missionstätigkeit des Bonifatius zurückgehende Taufkapelle zu denken, die vielleicht noch unter den aufgedeckten Fundamenten zu suchen wäre. Dass sich diese Form aber auch im späteren Mittelalter noch hielt, beweist u. a. die Friedhofskirche auf dem „Totenkippel“ von **Meiches**, die wohl um 1500 errichtet wurde (Inscription am Westportal 1501).

In **Steinau** a. d. Straße sind in der ehemaligen Katharinenkirche insgesamt 4 Vorgängerkirchen nachgewiesen worden. Die erste Kirche, die um 886 entstanden sein dürfte, war vermutlich eine kleine rechteckige Saalkirche ohne Chor. Wie weiter unten dargestellt, konnte der gesamte Chorbereich der Kirche aber nicht hinreichend untersucht werden. Die festgestellten Grundmauern betrug ca. 12,00 m x 7,00 m.

Südlich an einem Berghang, in einem Gehölz, bei **Rauischholzhausen**, in der früheren Dorfstelle **Breitenborn** wurde ebenfalls von Küch 1930 eine kleine Dorfkirche ergraben. Bei der Aufzählung in MOHG NF 43 von Meyer Barkhausen wird diese Kirche noch in die Kategorie Rechteckgrundriss ohne Chor und Apsis geführt, in der neueren Literatur heißt es jedoch „... *frühmittelalterliche Kleinkirche mit runder Apsis*“²⁶. Der Ort wird in der Bonifatius-Biographie und in Fuldaer Urkunden im 8. Jh. genannt (753), so dass sein Bestehen um diese Zeit gesichert erscheint. Seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert liegt der Ort wüst. Erwähnenswert ist noch, dass die Kirchhofsmauer ein sogenanntes Wangentor aufweist, ähnlich wie in Ebsdorf. Bei der Grabung wurden keine begleitenden Hinweise für eine nähere Datierung gefunden und auch keine Spuren einer früheren Kirche an dieser Stelle, so dass es wahrscheinlich ist, dass wir es hier mit der Ursprungskirche zu tun haben.

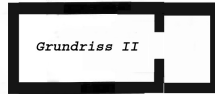
Die Grabung 2002 in der Schafskirche bei **Lißberg** ergab auch hier den Befund einer einfachen rechteckigen Kleinkirche ohne Apsis, wie er hier angeführt ist, aber auch, dass diese nicht, wie vielleicht insgeheim erhofft, aus der Zeit des Bonifatius, sondern wohl erst aus dem 16./17. Jh. stammt.²⁷

In der Wüstung **Waldradeberg** (15 km östlich Bad Hersfeld) wurde bei der Ausgrabung zwar auch ein Rechteckgrundriss von 7,95 m x 11,60 m entdeckt, doch wird diese Kirche wohl aus dem 14. Jh. stammen, der Ort soll schon spätestens seit dem Anfang des 15. Jh. wüst gefallen

26 Dobiati, Claus, in: „Archäologische Denkmäler Hessen“, Nr. 65, Langenstein, S. 5.

27 Rudolf, Pia, in: „Hessenarchäologie 2002“, S. 177 ff.

sein, nach einer anderen Quelle sogar noch früher (Landau um 1331). Wenn diese Kirche auch im Grunde nicht nachweislich in das 8. Jh. weist, so ist sie dann aber ein gutes Beispiel dafür, dass diese Grundrissformen für kleine Dorfkirchen über die Jahrhunderte bewahrt wurden.²⁸



Kirchen mit Grundrissform II, rechteckige Saalkirche mit abgetrenntem, jedoch nicht eingezogenem Chor

Für die hier vorgestellte Form mit dem sogenannten abgeschnürtem Chor ist die Kirchenruine in **Laubach-Ruthardshausen** als Beispiel angeführt, ein Guss-Schild in der Ruine gibt uns die bis jetzt gesicherten Daten an: ST VALENTIN / KIRCHE ZU RUTHARDSHAUSEN / ERBAUT UM 1260 / ERNEUERT 1970 / ERSTE NENNUNG DES DORFES 1340 / WÜSTUNG SEIT 1550. Die erhaltenen Reste, besonders am Chor, weisen die heutige Ruine als Überbleibsel einer frühgotischen Kirche aus. Von der Stadtkirche **Laubach** aus dem 11. Jh. wird berichtet, dass das Schiff der älteren Kirche klein, eng und gleich breit wie der Turm gewesen sei, bevor dort das Kirchenschiff erweitert und dann im Jahr 1702 erneuert worden ist. Für Laubach ist bereits für 1021 eine Pfarrei nachgewiesen.²⁹ Für die Kirche in **Hungen-Nonnenroth** ist uns ebenso überliefert, dass das alte Kirchenschiff genauso breit wie der Chorturm, wohl aus dem frühen 12. Jh., gewesen sein soll, bevor es 1775 breiter erneuert worden ist.

Dieser und der davor vorgestellte Grundriss wurden dann später, ab dem 16.-17. Jh. bei uns häufiger wieder üblich, besonders für die noch erhaltenen Fachwerkkirchen. Selbst der abgetrennte Chor kommt wieder häufiger vor (z. B. Kleineichen), obwohl der Triumphbogen nach Einführung der Reformation allgemein nicht mehr üblich war.

²⁸ Archäologische Denkmäler in Hessen Nr. 47

²⁹ Weyrauch, a.a.O.

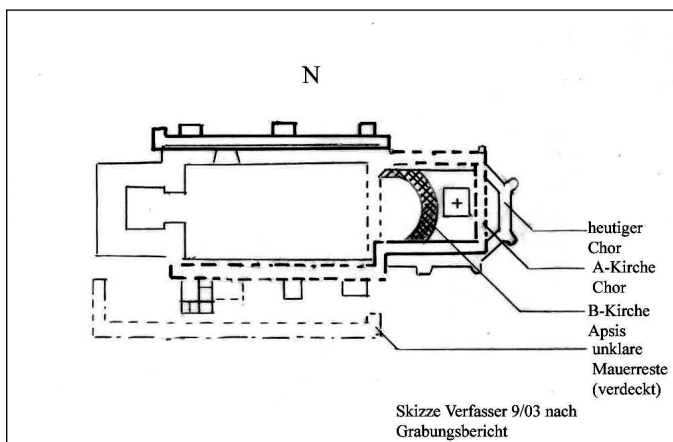
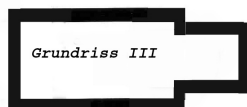


Abb. 20: Fundamentreste von Vorgängerkirchen A-B unter der heutigen Kirche auf dem Christenberg bei Münchhausen, Landkreis Marburg-Biedenkopf.



Kirchen mit Grundrissform III, rechteckige Saalkirche mit offenem, eingezogenem, rechteckigem (oder quadratischem) Chor

Kommen wir zu den bei uns am häufigsten nachgewiesenen Formen der Grundrissgestaltung: Rechteckkirchen (Saalkirchen) mit eingezogenem Rechteck- (oder Quadrat)-Chor. Zunächst betrachten wir die sogenannte Vorgängerkirche -A- auf dem **Christenberg bei Münchhausen**, der alten Kesterburg. Denn dort wurden 1953 vom Institut für Landesforschung unter dem heute bestehenden gotischen Bau 2 Vorgängerkirchen nachgewiesen, die wie üblich mit -A- und -B- bezeichnet werden. Dabei geht die ältere A-Kirche in die karolingische Zeit, die spätere B-Kirche dagegen wohl in ottonische Zeit zurück³⁰. Die A-Kirche weist jenen Grundriss auf, den wir hier vorstellen, eine Saalkirche mit einem langrechteckigen, eingezogenen Chorraum. Ob er sich offen oder geschlossen darstellte, konnte nicht mehr eindeutig ermittelt werden. Um diese Frage zu klären, sind in der Regel eindeutige

30 Dehio Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler Hessen, München, 1982, S. 633

Mauervorsprünge in den Fundamenten erforderlich oder die Spannungsmauer unter dem vermuteten Chorbogen wurde gefunden und zeigt Merkmale, die auf einen Chorbogen hindeuten. An Stelle dieser Kirche wurde wohl noch im 11. Jh. ein schmalerer und kürzerer, einschiffiger Neubau mit Halbrundapsis errichtet, dessen rundbogige Fensterchen bei der Grabung gefunden wurden. Die Kirche auf dem Christenberg war übrigens im Mittelalter Dekanatskirche und kirchlicher Vorort des gesamten oberen Lahn- und Edertales.³¹ Die neuesten Grabungsergebnisse, die in Hessen-Archäologie 2001 dargestellt sind, zeigen, dass der Christenberg möglicherweise noch für einige Überraschungen gut ist.³²

Die ehemalige Katharinenkirche in **Steinau a. d. Str.** war noch bis 1969 in Gebrauch, dann standen Renovierungsarbeiten an, so dass die Gottesdienste in der 1724-31 erbauten und im Krieg stark in Mitleidenenschaft gezogen Reinhardskirche stattfanden (Graf Reinhard von Hanau). Die Kirchengemeinde gab das Kirchengebäude der ehemaligen Katharinenkirche zum Umbau für ein Kulturzentrum frei. Die Umbauarbeiten begannen und ab 1974 wurden in dem Kirchenschiff Untersuchungen durchgeführt. Bis 1977 wurden u. a. die überlieferten Grablagen der Familie Grimm und Mauerkronen von insgesamt 4 Vorgängerkirchen innerhalb der jetzigen Kirche aufgedeckt.

Die 1. Kirche, eine kleine Saalkirche, vermutlich ohne abgeschiedenen Chor, wurde oben schon vorgestellt. Diese Entwicklung hier am gleichen Ort, 5 Kirchen über- und hintereinander, aus der Zeit von um 886 bis in die Spätgotik, zeigt die Entwicklung im Kirchenbau allgemein auf und ist damit ein hervorragendes Beispiel für diese Darstellung.

Die 2. Kirche, die etwa um 1100 entstanden sein dürfte, hatte möglicherweise schon einen eingezogenen Chor, wie er in karolingischer Zeit schon auftritt. Auf der Grabungsskizze ist jedenfalls ein entsprechender Ansatz zu erkennen.³³ Die Kirche hatte die Maße ca. 16,00 m x 8,00 m, kann also immer noch als Kleinkirche bezeichnet werden.

Die Kirche 3 dürfte dann die Maße 16,60 m x 9,20 m gehabt haben. Ihre Entstehung wird noch vor dem Zeitpunkt angenommen, an dem Steinau zur Stadt erhoben worden ist (1290), also möglicherweise noch im 12. Jh.. Der Chorbereich ist hier besonders undeutlich zu erkennen und durch die späteren Baumaßnahmen am gleichen Ort überlagert. Das Kirchenschiff verhält sich aber ganz symmetrisch zum jetzigen

31 MOHG NF 43, S. 74 ff.

32 Thiedemann, Andreas, in: „Hessen-Archäologie 2001“, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege im L f D, Stuttgart 2002, S. 126.

33 Doll, K. H., in: „Archäologische Denkmäler in Hessen“, Führungsblatt Nr. 62, Skizze.

Chorbereich. So kann angenommen werden, dass diese Kirche ebenfalls den eingezogenen rechteckigen Chor aufgewiesen hat, der in seiner Öffnungsbreite dem heutigen Chor entspricht und unter diesem verborgen ist bzw. auf den gleichen Grundmauern steht. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass diese Kirche eine halbrunde Apsis hatte.

Kommen wir zur Kirche 4. Sie ist als ein Erweiterungsbau des vorherigen Kirchenbaues anzusehen und die Maße sind schon deutlich angewachsen: 19,40 m (?) x 12,60 m. Die Entstehung wird im 14. Jh. angenommen, in der Gotik, in der so viele neue Kirchen gebaut und auch bestehende Kirchen erheblich umgebaut worden sind. Von dieser Kirche 4 können wir sicher annehmen, dass sie den eingezogenen Rechteckchor aufgewiesen hat. Zu diesem Zeitpunkt dürfte auch der Turmunterbau entstanden sein. Möglicherweise war der Chor etwas kürzer gegenüber dem heutigen Zustand.

Die Kirche 5 **in Steinau a. d. Str.** ist der heutige Bau, er hat immer noch deutlich erkennbar den eingezogenen, nicht in ganzer Breite sich öffnenden Chor. An ihn wurde eine Sakristei angebaut und der Chor wurde teilweise erneuert. Die Kirche hat nun die Maße 19,40 m x 16,70 m, die Umbau- oder Erweiterungsmaßnahme wird für 1511 überliefert. Wenn die Kirchen 3-5 auch eigentlich nicht mehr in die Zeit fallen, über die wir hier berichten, so ist die Entwicklung dort aber von besonderem Interesse.

Bei dem nächsten Beispiel kommen wir wieder in unsere nähere oberhessische Heimat, in die Wüstung +**Hausen bei Lich**. Dort hat Waldeemar Küther ab 1968 die kleine Dorfkirche des wüstgefallenen Dorfes Hausen ergraben und in MOHG den Grabungsbericht veröffentlicht³⁴. Das Dorf „Husen“ wird im Jahre 1268 zum erstenmal urkundlich erwähnt. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Dorf wohl seine größte Ausdehnung und schon längere Zeit bestanden. Bald danach setzte sicher aber schon der Wüstungsprozess ein. In einer Urkunde von 1436 heißt es nämlich schon „Wustenung Husen“, aber bis 1551 ist noch eine eigene Gemarkung bekannt. Im Jahr 1560 wird eine Wiese zu Hausen schon in einer Urkunde in der „Licher Gemarkung“ genannt. Die Flurnamen „Häuser Kopf“, „Am Häuser Schlag“, Lesesteine, einige Flurterrassen und Raine im Wald zeugen heute noch von diesem Dorf, aber vor allem die rekonstruierten Grundmauern der Kirche. Außer der o. a. Urkunde von 1268 gibt es noch wesentlich ältere Hinweise, besonders auf eine Kirche in Hausen. Bereits am 21.6.778 nämlich wird in einer Schenkungsurkunde dort eine Kirche erwähnt „*ecclesia, quae est*

34 MOHG NF 56 von 1971

constructa in silva in Marchlicheo sive Luttenbach“, d. h. „..... im Wald der Licher Mark zwischen Lich und Lutternbach“ (Lutternbach ist eine Wüstung bei Laubach). Der iro-schottische Abt Beatus schenkte aus seinem Eigenbesitz 8 Kirchen an das Kloster Honau bei Straßburg, darunter neben Wieseck, Schotten, +Hornuf (bei Hungen), Rodheim/Horloff, Bauernheim und Sternbach (im Wald bei Wickstadt) in der Wetterau auch Hausen.³⁵ Die Wüstung Hausen wird oft verwechselt mit dem heutigen Pohlheim-Hausen. Als man dort 1986 eine 1100 Jahrfeier abhielt, ging es um eine Urkunde aus dem Lorscher Codex vom 11. Mai 886 (DCCCLXXXVI = 886), von der einige Historiker meinten, es sei dort unsere Wüstung gemeint, mit „*Garuuardeshusen*“ oder „*Garwardeshusen in pago wettereiba*“. Eine Anfrage beim Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt ergab auch kurzgefasst: „Die Frage, ob mit Garuuardeshusen das heutige Pohlheim-Hausen oder die Wüstung Hausen bei Lich und Nieder-Bessingen gemeint ist, lässt sich wohl kaum noch mit endgültiger Sicherheit beantworten. Für beide Ansichten lassen sich gute Gründe anführen. eine 1100 Jahrfeier ist damit aber zu rechtfertigen“.³⁶ Die Kirche St. Walburga der Wüstung Hausen liegt im heute noch sichtbaren ummauerten Kirchhof auf einem Geländesporn am Abhang des Häuser Kopfes über dem Wettetal, nicht weit davon finden sich die schon erwähnten Siedlungsspuren in Form von Ackerrainen und -terrassen. Der Grundriss der Kirche, die ja in ihren Grundmauern rekonstruiert erhalten ist, zeigt jenen kleinen Saalbau in Rechteckform mit eingezogenem Rechteckchor, wie er seit karolingischer Zeit bei kleinen Dorfkirchen üblich war und auch noch länger bis ins 11. Jh. oft beibehalten wurde. Die Kirche ist nach Osten ausgerichtet. Einen Kompass gab es aber noch nicht. Man richtete sich damals wahrscheinlich nach dem Sonnenaufgang an dem jeweiligen Gedenktag, dem die Kirche geweiht war (Patronat), wie schon weiter oben dargestellt. Im ehemaligen Chorraum findet sich eine einfache Piscina (Wasserausguss), die der rituellen Händewaschung des Priesters und zum Spülen der Altargeräte diente. Auf der Nordseite der Kirche ist später ein Anbau entstanden, das zeigt die Baufuge zwischen den beiden Baukörpern. Wir können annehmen, dass er zuerst als Sakristei benutzt und später zum Beinhaus (Karner) wurde. Ein bedeutender Fund von dort ist ein Beinrelief (Knochenschnitzerei) mit 2 rückblickenden Tieren über einem ornamentierten Streifen, eine fränkische Arbeit, mittelhessisch, wohl aus dem 8. Jh.. Es wurde in Bruchstücken im Chor der Kirche gefunden. Es könnte sein, dass dieses

35 Herrmann, F.-R., in: „Archäologische Denkmäler in Hessen“ Nr. 4, Führungsblatt zu den Siedlungsrelikten und dem restaurierten Kirchengrundriss. Hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, 1979.

36 „Festschrift 1100 Jahre Garwardeshusen ...“ Pohlheim-Hausen 1986, S. 49.

Beinrelief Teil eines Reliquienkästleins war, das in einem Sepulcrum (Reliquiengrab) lag. Während W. Küther fest überzeugt war, die in der Beatus-Urkunde genannte „Schottenkirche“ gefunden zu haben, gab und gibt es aber auch Zweifler an dieser These, denn bei einer Forstbeschreibung aus den 90er Jahren des 19. Jh. erscheint die sogenannte Schottenkirche nämlich auf der höchsten Anhöhe des damals sogenannten „Großhäuser Kopfes“. Dazu kommen Aussagen des verstorbenen fürstlichen Forstmeisters Heinrich Zimmer, dass dort bis 1904/07 noch Grundmauern sichtbar gewesen seien, die dann zum Bau der „sogenannten Zigeunerstraße“ von Lich nach Langsdorf verwendet worden seien.

Die Zweifler glauben daher, dass es sich bei der Grabung Hausen um die Dorfkirche oder -kapelle von Kleinhausen handeln könnte³⁷. Dieser Zweifel, ob es sich um die in der Beatus-Urkunde genannte Schottenkirche handelt oder nicht, kann für unsere Betrachtung jedoch hinten an gestellt werden, denn die Grabung brachte zweifelsfrei die Fundamente einer Kirche aus dem 8. Jh. zu Tage, wie die Begleitfunde von Resten an Keramiken aus dem 8/9. Jh. zeigen³⁸. Ebenso wird das gefundene Beinrelief, das vermutlich ein Rest eines Reliquienkästlein darstellt, in das 8. Jh. datiert³⁹.

37 Kammer, Herbert/Kammer-Hilzinger, Heidemarie, in: „Licher Heimatbuch“, Lich 1989, S. 126 ff.

38 Wand, N., in: MOHG NF 56, S. 57 ff.

39 Elbern, V. H., in: MOHG NF 56, S. 79.

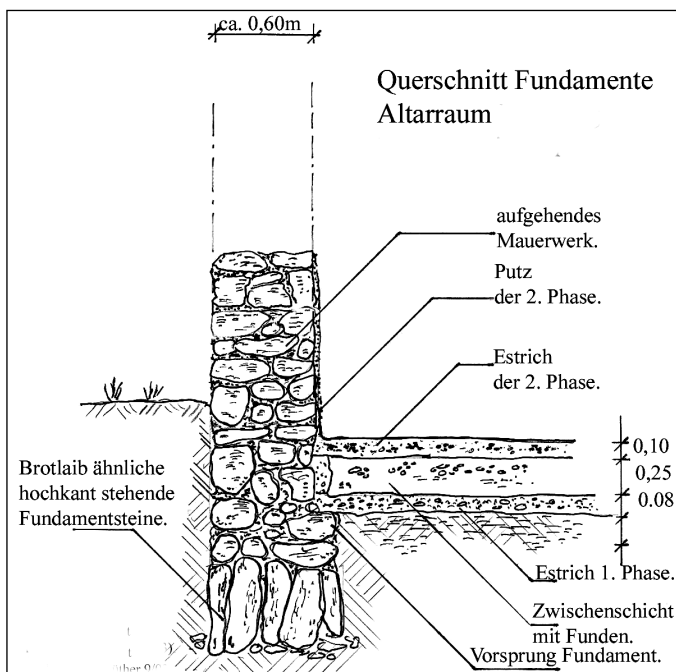


Abb. 21: Fundamentbereich der Kirche +Häusen bei Lich, zwei verschiedene Estrichhöhen im Chorraum und Funde in der Zwischenschicht deuten auf zwei verschiedenen Bauzeiten der Kirche (Skizze Verfasser, nach Beschreibung W. Küther)



Abb. 22: Wüstung Häusen, Situation heute (Foto Verfasser, 1999)

Eine der bedeutsamsten Entdeckungen machte Joseph Vonderau 1926-31 auf dem **Büraberg**, als er dort die Reste des von Bonifatius als „oppidum“ bezeichneten fränkischen Kastells und seine alte Kirche aufdeckte. Die Siedlung ist bekanntlich schon im Laufe des Mittelalters verfallen und verschwunden. Nur eine einsame Kapelle kündigt heute noch von dieser bedeutsamen Stelle. Diese Kapelle steht auf den Grundmauern einer ursprünglich kleineren Kirche von gleicher Form, die als die Bischofskirche Wittas angesehen wird. Jenes von Bonifatius 741 gegründeten und nur eine Bischofsperiode überdauernden hessischen Bistums. Neben der Kapelle wurde außerdem eine Taufbrunnenanlage hinter dem Chor der Kapelle entdeckt. Die geschlossene Form des Chores bzw. des engen Triumphbogens ist nicht ursprünglich, es konnte nämlich die spätere Einziehung der Triumphbogen-Wand nachgewiesen werden. Der ursprüngliche Chor öffnete sich in voller Breite zum Schiff, Vonderau datierte die Einziehung des Triumphbogens nach den Schrägkämpfern ins 11. Jh.. Die Kirche war ursprünglich (741) der hl. Brigida geweiht, später sind die Patrozinien des Hl. Bonifatius und des Hl. Wigbert dazu gekommen. Aus dieser Erweiterung des Patroziniums könnte sich die Notwendigkeit von 2 zusätzlichen Seitenaltären ergeben haben, die vorher an der Stirnwand zum Chor keinen ausreichenden Platz gehabt hätten. Erst durch die Einziehung des Chores konnten sie dort neben dem Triumphbogen errichtet werden. Möglicherweise geht die alte Kirche auch noch in die Zeit vor Bonifatius zurück, denn in den Schriftquellen ist kein Kirchenbau durch ihn dort erwähnt, während dies sonst üblich war, wie z. B. Amöneburg und Fritzlar. Das hieße, der Kirchenbau ginge wahrscheinlich auf die Iro-Schotten zurück. Das würde auch das Patrozinium der Brigida erklären. Jedenfalls hat 741 in Büraberg schon eine kleine Kirche bestanden, dem kleinen fast quadratischen Chor 4,30 m x 4,50 m steht ein Kirchenschiff von 7 m x 11 m gegenüber, dem westlich ein leicht einspringender Rechteckturm von 5,30 m x 4,90 m angefügt wurde. Durch die Möglichkeit, dass es sich hier um eine sogenannte Schottenkirche handelt, wäre die Verbindung zu der vorgenannten Kirche in Hausen und den anderen Schottenkirchen hergestellt.

Auch die Kirche von **+Kreuzseen** bei Laubach hatte offenbar den Grundriss mit dem eingezogenen Chor, wie es eine Aufnahme durch den Freienseener Maurermeister Rudolph Bönig aus dem Jahr 1908 zeigt, dabei ist der seitliche Einzug allerdings nur gering, dann wenn die Maße Bönigs stimmen. Das Schiff wird im Lichten mit 6 m x 8 m, der Chor mit 5 m x 5 m angegeben. Das Dorf Kreuzseen lag im Seembachtal zwischen Freienseen und Baumkirchen im Kreuzseener Grund, der Ort ist in verschiedener Schreibweise überliefert (Creuzseen, Crutensehen, Crutzesehen). Es wird angenommen, dass der Standort

der Wüstung in etwa bei der heutigen Schreinersmühle ist. Diese Mühle soll früher auch Kreuzseener Mühle und auch Sterb-Katze Mühle⁴⁰ geheißen haben. Neben der Bezeichnung Kreuzseener Grund hat sich auch die Bezeichnung Kreuzseener Berg erhalten⁴¹. Die Ersterwähnung erfolgte mit einer Urkunde von 1340, wir hören noch mehrfach von dem Ort bis zum Jahr 1639, dem Hauptvergleich zwischen Solms-Laubach und der Gemeinde Freienseen wegen der Weide- und Holzrechte in „... Creuzsehener ... und anderer herrschaftlichen Waldungen, Wüstungen und Feldmarken“, diese Formulierung lässt darauf schließen, dass der Ort damals (1557) schon wüst gefallen war.⁴²

Die nächste Kirche, die wir zum Vergleich heranziehen wollen, wird uns möglicherweise ebenfalls in der Beatus-Urkunde genannt, es ist die Kirche von „Hornufa“ (Hornaffa), vermutlich eine nicht mehr sichtbare Kirche bei Hof Grass in der Nähe von Hungen. Über diese Kirche hat Waldemar Küther schon umfassend berichtet⁴³. Er, der gründliche Forscher, konnte aber auch nicht mehr sehr viel heraus finden.

Fügen wir an dieser Stelle gleich die nächste in der Beatusurkunde genannte Kirche ein. Es ist die in **Bauernheim**, dazu lesen wir in der entsprechenden Denkmaltopographie⁴⁴: „... die heutige Kirche am nördlichen Ortsrand, ein im Kern gotischer Bau, befindet sich vermutlich noch an derselben Stelle wie die Kirche des Beatus ...“. Auf Seite 662 heißt es: „... musste der Chor 1847 niedergelegt werden, über demselben Grundriss wurde er wieder aufgemauert ... ob ein ursprünglich schmalere, eingezogener Chor dabei vergrößert wurde bleibt Vermutung ...“.

Auch eine Kirche in **Wieseck** wird in der Beatusurkunde genannt. Hier wird ebenfalls vermutet, dass sie noch unter der jetzigen Kirche liegt, aber bisher nicht nachgewiesen werden konnte, so dass wir auch von dieser Kirche den Grundriss nicht kennen. Die heutige Kirche, die immer noch auf dem sogenannten „Herrenberg“ liegt, eine kleine Erhebung im Dorf und sich im gotischen Stil darstellt, ist annähernd geostet mit einem quadratischen Chorturm, dessen Unterbau in das 13. Jh. weist.

40 Möglicherweise, von Strebekotz, (Strebekatz), ein Rittergeschlecht von Gonterskirchen und Burgmannen in Grünberg (Queckborn).

41 Nördlich/nordöstlich der Schreinersmühle, 368 m, T K, 5420.

42 Wagner, G. W. J.: „Die Wüstungen im Großherzogtum Hessen, Provinz Oberhessen“, Darmstadt, 1854, S. 137. Auch Krautwurst, Karl/Rühl, Arthur, in: H i B 31./32. Woche 2003.

43 MOHG NF 40, S. 8 ff.

44 „Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland“, Hessen, Wetterau II., 2. Teilband S. 660.

An dieser Stelle sei die Verbreitung der sogenannten „Schottenkirchen“ in einer Karte und auch die mehrfach angesprochene Beatus Urkunde⁴⁵ einmal eingefügt:

Beatus-Urkunde vom 21. Juni 778

Die Überlieferung dieser für uns so wichtigen Urkunde geht auf eine vor 1079 entstandene Abschrift zurück, die eine Reihe von Interpolationen aufweist. Küther wies darauf hin, dass der ursprüngliche Textbestand trotz der späten Überlieferung als erhalten gelten darf. Ferner bestätigt er die bereits vorher von der Forschung festgestellte Echtheit der Urkunde. Der Text der Urkunde folgt der Handschrift, die in der Bibliothek⁴⁶ in Straßburg unter der Nummer 111, fol. 53, aufbewahrt wird.

Wir beschränken uns bei der Wiedergabe des Textes auf die Stellen, die für die Erwähnung unserer Kirchen in Oberhessen Bedeutung haben.

Der lateinische Text der sogenannten Beatus-Urkunde vom 21. Juni 776 auszugsweise:

... Dono autem primum ecclesiam, quam ego construxi in Magonitae Civitate. Et alteram ecclesiam, quae est constructa in sylvia in marklicheo. Et etiam ecclesiam in lognann in curte nuncupata Wisicha, et quartam, quae est in Stewenbach, Et quintam, quae est in Buranheim, Et sextam, quae est in Rhodaheim. Et septimam, quae est in Hornufa. Et octana, quae est in Buchonia cum omni adiacentia trado atque transfundo et in perpetuum ut permaneat volo, tarn terris, campis, pratis, silvis, vineis, domibus, aedificiis, peculiis, utri- usque sexus mancipiis, aquis aquarumve discursibus, mobilibus, et immobili- bus, in hac vero conditione ut ab illo die transitus mei ipse abbas loci illius, cui ego commendavero, habeat potestatem habendi, possidendi, commutandi aut quicquid ex illa re regulariter et ecclesiastice facere voluerit...

Transkription der sogenannten Beatus-Urkunde vom 21. Juni 776 auszugsweise:

.... Ich (Abt Beatus von Honau) schenke aber die erste Kirche welche ich in der Stadt Mainz gebaut habe. Und die andere Kirche, welche gebaut ist im Wald der Mark Lich (Wüstung Hausen bei Lich). Und auch die Kirche im Lahngau im Hof, der Wisicha genannt wird, und die

45 Im Wesentlichen nach: Knauß, Erwin, Hrsg.: „Zwischen Kirche und Pforte, 1200 Jahre Wieseck“, S. 63 ff.

46 Bibliothèque du Grand Séminaire.

vierte (Kirche), welche in Stewenbach ist (Sternbach, wüst bei Assenheim, heute dort noch die Sternbacher Kirche). Und die fünfte, welche ist in Bauernheim. Und die sechste, welche ist in Rodheim (Rodheim bei Hungen). Und die siebte, welche ist in Hornufa (Wüstung bei Hungen, heute Hof Graß). Und die achte, welche in Buchonia ist, mit allem Zubehör übergebe ich und übertrage es auf ewige Zeiten, dass es bleiben möge mit Ländereien, Feldern, Wiesen, Wäldern, Weinbergen, Häusern, Gebäuden, Vieh, Leibeigenen beiden Geschlechts, Wasser und Wasserläufen, beweglichen und unbeweglichen Sachen, unter dieser Bedingung aber will ich, dass von dem Tage meines Todes an der Abt jenes Ortes, dem ich es anvertraut habe, die Macht haben soll, es innezuhaben, zu besitzen, zu vertauschen, oder, was er hieraus der kirchlichen (Ordens)regel nach machen will...

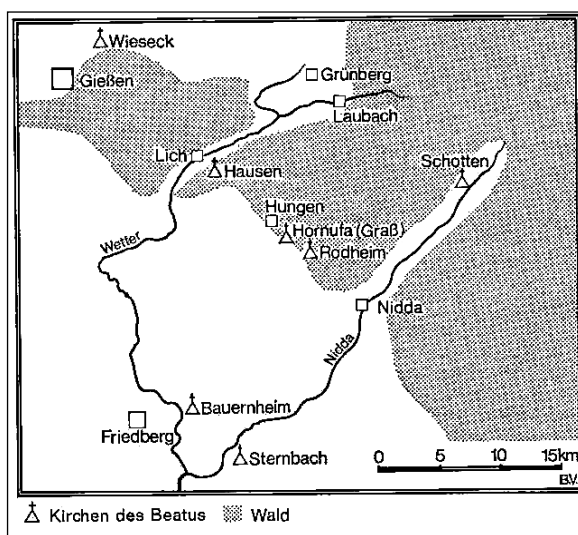


Abb. 23: Verbreitung der in der Beatus-Urkunde genannten Kirchen (nach W. Küther, in Buch der Stadt Hungen)

An dieser Stelle soll ein weiteres Grabungsergebnis dargestellt werden, Es ist die Kirche in **Kirchberg**, einem kleinen Dorf zwischen Fritzlar und **Niederstein**. Dort wurde 1979 u. a. eine Fußbodenheizung eingebaut. Das Landesamt für Denkmalpflege (LfD) hat dabei umfangreiche Untersuchungen des Untergrundes unter der heutigen Kirche anstellen

können.⁴⁷ In dem Ort wird schon 1015/16 eine frühe Kirche genannt, in der sich damals der nach seinem Tod in Hasungen heilig gesprochene „Heimerad“ aufgehalten hat. Das Dorf musste also eine Vorgängerkirche gehabt haben, denn die heutige Kirche weist in ihrer ältesten Substanz ins 13. Jh.. Anzumerken ist, dass diese heutige Kirche auch ein rechteckiger Saalbau mit eingezogenem, rechteckigen sich ganz ins Kirchenschiff öffnendem Chor ist. Ebenso ist anzumerken, dass in der Gemarkung schon merowingische Siedlungsspuren gefunden wurden. Nach den Grabungen aus den Jahren 1979/80 wurden unter dem heutigen Kirchenbau tatsächlich auch Reste von einer Vorgängerkirche, einem kleinen rechteckigen Saalbau aus dem 8. spätestens aus dem 9. Jh. gefunden. Dieser Bau wurde später offenbar mehrfach umgebaut und vor allem erweitert. Die Funktion der Erweiterungsbauten konnte aber nicht sicher geklärt werden. Leider ließ sich der Altarraum dieser Kirche nicht mehr hinreichend nachweisen und rekonstruieren, durch spätere Eingriffe im Fundamentbereich war die Ursprungssituation erheblich gestört.⁴⁸ Aufsehen erregten aber die umfangreichen Gräber, die in und um die Kirche in Kirchberg dabei gefunden wurden.⁴⁹

Die nächste Kirche, die wir hier zum Vergleich heranziehen wollen, ist die sogenannte Marcellinuskapelle, bei Georg Dehio unter Schotten-**Burkhards** erwähnt, hier „Stumpe Kirche“ genannt. Bei Dehio heißt es dazu weiter: „...Anlage vielleicht karolingisch“⁵⁰. Es soll die Kirche sein, die 828-38 im Niddergrund, 2 km südwestlich von Burkhardt, an jener Stelle errichtet wurde, an der im Jahr 754 der Trauerzug mit dem toten Bonifatius Rast gemacht hat⁵¹, als man ihn nach Fulda zu seiner letzten Ruhestätte überführte. Die heutigen Reste lassen zwar einen Bau dieser hier vorgestellten kleinen Saalkirchen vermuten, wenn bei der Rekonstruktion oder bei einem späteren Umbau diese Formen nicht verändert worden sind. Karl Th. Müller hat dort 1931 gegraben und festgestellt, dass der hochmittelalterliche Bau wohl auf den Grundmauern des karolingischen Vorgängerbaus errichtet wurde. Die Reste der noch vorhandenen Grundmauern zeigen denn auch mit ihren Eckverstärkungen und den offensichtlich vorhandenen Pfeilern im Kirchenschiff, dass diese einmal gewölbt war, Gewölbe kommen aber bei uns erst nach dem 10. Jh. vor. Es ist nach Dehio weiter die Pfarrkirche der

47 Sippel, Klaus, in: „Beiträge zur Archäologie mittelalterlicher Kirchen in Hessen“, L f D, Wiesbaden, 1989, S. 85 ff., Beilage Nr. 5 Gräber und Baubefunde.

48 Sippel, Klaus: „Heidnisches Ahnengrab und christliche Kirche“ Ergebnisse zur Frühgeschichte Nordhessens in Kirchberg, in: „25 Jahre Denkmalpflege in Hessen“, Wiesbaden, 1999, S. 38-39.

49 Sippel, a.a.O.

50 Dehio, Georg, a.a.O. S. 124.

51 Siehe auch Basenau, K. H., in: H i B 48/2000

wüsten Dörfer Floßbach (und Irzel). Diese Angabe dürfte jedoch nicht richtig sein, er hat dies wohl mit Wenings verwechselt. Bei Wagner⁵² lesen wir nämlich dazu: „*Flosbach, Flasbach: zum Gerichte Flasbach, das ein Zubehör des Landgerichts Gedern war, gehörten die Dörfer Merkenfritz, Bindsachsen und Gelnhaar Floßbach lag auf dem Wege von Wernings⁵³ nach Kefenrode ... da, wo die stumpfe Kirche steht.*“



Abb. 24: Marcellinuskapelle bei Burkhardts, Blick in den Chor (Foto Verfasser 2003)

In der Karte (TK 25) ist diese Ruine „Stumpe Kirche“ **Floßbach** auch 1,6 km südlich vom heutigen Ort Wenings und in unmittelbarer Nähe die Wüstung des Dorfes eingetragen. Von dieser „Stumpen Kirche“ ist nur noch ein Stück Mauer „von etwa 5 Fuß Höhe und 4 Fuß Dicke übrig Urkundlich erwähnt 1321, wüst nach 1467“ so Wagner. Die Reste dieser Kirche sind heute noch im ehem. ummauerten Kirchhof, der jetzt ein kleines Feldgehölz ist, zu sehen. Die Marcellinuskapelle bei Burkhardts war dagegen wohl zugleich Pfarrkirche für mehrere zerstreut liegende Siedlungen (+Bleistadt, +Rullshausen, +Streithain, +Ober-, +Nieder- und +Mittelnidern, auch Nithorn genannt).

⁵² Wagner, a.a.O., S. 289.

⁵³ Eine Wüstung bei Wenings/Gedern, dort sind Brunnen und Ruine der Marienkirche erhalten.

Weitere Kirchen dieses Types II, die Erkenntnisse lieferten, sollen nur kurz erwähnt werden:

Dens, Gemeinde Nentershausen im Kreis Hersfeld-Rothenburg.

Oberellenbach, Gemeinde Alheim im Kreis Hersfeld-Rothenburg.

Seifertshausen, Stadt Rothenburg a. d. Fulda.

Preungesheim (Frankfurt-) hier wurde bei Renovierungsarbeiten in 1998 auch der Untergrund der sich heute barock darstellenden, evangelischen Kreuzkirche untersucht. Bei näherer Betrachtungsweise fanden sich dann wohl überraschend weitere Hinweise auf ein wesentlich höheres Alter der Kirche als bisher angenommen, denn über die Baugeschichte der Kirche vor 1766 war zu diesem Zeitpunkt so gut wie nichts bekannt. Bei dieser Untersuchung fanden sich offenbar die Reste von Fundamenten gleich mehrerer Vorgängerbauten.⁵⁴

Eine weitere noch bestehende Kirche, die für die Baugeschichte alter Kirchen herangezogen werden kann, ist die Dorfkirche von Buseck-**Alten-Buseck**. Dort wurden unter der heutigen Dorfkirche ein Vorgängerbau nachgewiesen und mehrere Bauphasen von späteren Kirchenbauten festgestellt. Die Siedlung dort geht auf die Zeit vor 775 bzw. 802/817 zurück. Da erscheint in Schenkungen der Klöster Hersfeld und Fulda „Bucheswicum“, „Bucheseichehe“. Seit 1210 wird der Ort Alten-Buseck zur Unterscheidung von Großen-Buseck genannt. Die Baubefunde der Grabung von 1995/96 lassen einen gleich ausgerichteten Kirchenbau innerhalb der heutigen Kirche erkennen, der offenbar ebenfalls schon einen Westturm aufgewiesen hat (?), Turm Innenmaße ca. 4,00 m x 3,00 m, Schiff Innenmaße ca. 4,5 m x 10,00 m. Es wurden Reste des alten Fußbodens gefunden, die aus einem weißen, mit kleinen Basaltsteinen unterlegtem Mörtel (Estrich) bestanden. Eine korrekte Entstehungszeit konnte von den Ausgräbern nicht ermittelt werden, als Baubeginn wird aber schon um 950-1030 für möglich gehalten.⁵⁵ Eine 2. Bauphase hat dann noch in romanischer Zeit eine Verlängerung nach Osten und einen eingezogenen, sich nicht voll öffnenden Choranbau gebracht. Hier wirkte die Chorform aus karolingischer Zeit, wie schon weiter oben dargestellt, offenbar nach. Es folgen später noch einige Bauphasen an dieser Kirche.

Als Beispiel für die Kontinuität von Kirchen am gleichen Ort soll noch ein Beispiel angeführt werden. Es sind die ehemaligen Kapellen/Kirchen auf dem Hainfeld bei Kloster Arnburg. Dort ist um 1000

54 Hampel, Andrea, in: „Hessenarchäologie 2002“, S. 148 ff. mit Abb. eines vereinfachten Grabungsplans.

55 Vorlauf, D./Klüßendorf, N., in: Archäologische Denkmäler in Hessen, Nr. 144.

die „Arnsburg“ entstanden, deren Reste 1984/85 ergraben wurden. Vorher hatten Bodenverfärbungen in Luftaufnahmen auf Bauwerke dort an dieser Stelle hingewiesen.⁵⁶ Diese Burg war im 11. und 12. Jh. Sitz einer Reichsdienstmannenfamilie. Kuno von Arnsburg wird 1057/64 schon urkundlich genannt, bis diese Familie ihren Sitz um 1160 nach der neu erbauten Münzenburg verlegte. Im Jahr 1174 übergab Kuno seine Arnsburg den Zisterziensern zur Errichtung eines Klosters, nachdem eine frühere Kloster-Stiftung seines Vaters Konrad auf den Trümmern des römischen Kastells Altenburg von 1151 keinen Bestand hatte, denn es wurde 1170/71 bereits wieder aufgegeben. Zu der auf dem Hainfeld nachgewiesenen Turmburg ist eine außerhalb der Burgmauern gelegene Kapelle nachgewiesen, wohl zuerst ein kleiner Rechteckbau. Bei einer späteren Baumaßnahme, noch vor 1151, wurde diese erweitert und als Kirche mit eingezogenem Rechteckchor ausgeführt. Die jüngste Kirche auf dem Hainfeld war die Heiligkreuzkapelle. Sie war als Wallfahrtskirche errichtet, mit der auch eine Ablasswallfahrt verbunden war. Diese Heiligkreuzkapelle wurde im Jahr 1399 geweiht und ist im Dreißigjährigen Krieg zerstört worden. Die Grundmauern zeigen, dass diese Kirche einen halbrunden Chorabschluss im Osten aufgewiesen hat, die Fundamente von Stützpfeiler weisen auf eine Wölbung des Kirchenraumes hin. Auch diese Kapelle erhob sich auf den Fundamenten der Burghkirchen und frühen Klosterbauten und zeigt so die jahrhundertelange Kontinuität sakraler Bauten an dieser Stelle. Heute erinnern nur noch die wieder errichteten Grundmauern an eine Kapelle dort.



Kirchen mit Grundrissform III, rechteckige Saalkirche mit offenem, eingezogenem, rechteckigem (oder quadratischem) Chor jedoch mit zusätzlichem Anbau im Westen

Ebenfalls in Zusammenhang mit den iro-schottischen Mönchen ist eine Entdeckung zu bringen, die schon 1928 bei einer Nachgrabung in **Lorsch** erfolgte. Es ist das Landgut Lauresham jenes Grafen Cancor aus dem Haus der Rupertiner. Denn einige der Kirchen, die in der schon genannten Beatus-Urkunde genannt werden, gingen auf den Eigenbesitz dieses Grafenhaus zurück. Auch die Reste der hier auf der Kreuzwiese gefundenen Kirchenfundamente weisen auf die Stifter des

56 Herrmann, F.-R., in: „Archäologische Denkmäler in Hessen“ Nr. 6; Gärtner, Otto, in: „Kloster Arnsburg in der Wetterau“ (Die blauen Bücher) S. 5 und S. 68 ff.; Damrath, Friedrich, in: „Heimatbuch Lich“, S. 290 ff.

Urklosters Lorsch, Williswinda, die Wwe. Ruperts I. und ihren Sohn Cancor hin. Es sind die Überreste ihres fränkischen Herrenhofes, der zum Kloster und dessen Seitenflügel zur ersten Klosterkirche ausgebaut wurde, die man wohl hier gefunden hat (praedium cum ecclesia). Die dortige Kirche soll 764 von Erzbischof Chrodegang und drei anderen Bischöfen dem hl. Petrus geweiht worden sein.⁵⁷ Der Grundriss, ein langgestrecktes Rechteck von 22,10 m x 7,35 m, dem sich im Westen eine gleichbreite 6 m tiefe Vorhalle, im Osten ein 4,5 m x 2,00 m großer offener Chor anschließt. Der Chor ist also wie in Büraberg ausgebildet, der Westanbau erinnert dagegen an Nauborn. (siehe dort).⁵⁸ Es ist heute zweifelsfrei erwiesen, dass ganz enge Beziehungen zwischen den Ruppertinern und den iro-schottischen Mönchen bestanden, ja selbst der seltene Name Cancor kommt aus der Sprache der iro-schottischen Mönche von „Cheamchur“ und bedeutet der leuchtende Held. Damit ist es der ins irische übertragene Heilige Michael.⁵⁹



Kirchen mit Grundrissform IV, rechteckige Saalkirche mit geschlossenem, eingezogenem, rechteckigem (oder quadratischem) Chor

Auch relativ neue Methoden helfen uns heute bei der Kleinkirchenforschung, es ist die sogenannte Luftbildarchäologie. Bei derartigen Prospektierungen wurden in der Gemarkung von **Münzenberg-Gambach** anhand von Bewuchsmerkmalen Siedlungsreste entdeckt, u. a. auch der Standort einer Kirche. Ursprünglich bestanden westlich von Münzenberg die Siedlungen Ober- und Niederhörger. Oberhörger lag nördlich der Wetter und ist heute Teil von Münzenberg. Niederhörger lag etwa 1 km südöstlich in der heutigen Gemarkung Gambach, es wurde seinerzeit von seinen Bewohnern aufgegeben. Über die Kirche selbst ist aus den vorliegenden Quellen nichts bekannt, in einer Urkunde vom 18. Febr. 1354 ist ein „*Johan, genannt Clusener, pryster und cappelan zu Niderhirgerin*“ nachzuweisen. Der Ort muss schon vor 1476 wüst geworden sein, denn in diesem Jahr beginnt ein Streit zwischen Gambach und Münzenberg um die Nutzung der ehemaligen Ge-

57 Minst, Karl Josef, in: „Beiträge zur Geschichte des Klosters Lorsch“. Hrsg. vom Heimat und Kulturverein Lorsch, Sonderband 4, 1978.

58 Meyer-Barkhausen in: MOHG NF 43, S. 75.

59 Glöckner, Karl (der Herausgeber des Codex Laureshamensis = Lorsch Codex), in: MOHG NF. 53/54, S. 7

markung Niederhörger.⁶⁰ In den Jahren 1994 und 1995 kam es dann dort zu intensiv vorbereiteten Grabungen durch die Kommission für Archäologische Landesforschung Hessen e.V.. Zitat: „Die Grabung erbrachte darüber hinaus ein Fundspektrum, das ausgehend von der Vorgeschichte, repräsentiert durch Keramikfragmente der Rössener Kultur, über die Römische Kaiserzeit bis hin zur früh- mittelalterlichen Siedlungsgründung im 7. Jh. n. Chr. reicht und mit der Wüstlegung des Ortes im ausgehenden 14. bzw. frühen 15. Jh. endet. Ein völkerwanderungszeitlicher Kamm, eine sogenannte Kreuzscheibenfibel - eine spezielle Form von Gewandschließe - sowie ein beinerter Spielstein und das Fragment einer aus Pfeifenton gefertigten, wahrscheinlich religiös geprägten Reliefdarstellung und vieles mehr werfen ein Licht auf die vielfältigen Aspekte des täglichen Lebens der damaligen Bewohner während der langen Zeitspanne des Bestehens der Siedlung. Die hohe Dichte an Befunden - Grubenhäuser, Pfostengruben, Öfen, Gräben, Gruben und Wegespuren - belegt die intensive Nutzung des Siedlungsareals im gesamten Mittelalter, doch fällt der Ort nach Ausweis des Fundgutes spätestens im 15. Jh. wüst. Selbst nach der Aufgabe der einzelnen Höfe bleibt die Kirche allerdings bis in das 16. Jh. hinein erhalten.“⁶¹ Soweit aus der Luftaufnahme bzw. den Bewuchsmerkmalen zu erkennen ist, haben wir es auch hier mit dem schon bekannten Grundriss, ein kleiner Rechteckbau mit eingezogenem Rechteck-Chor, zu tun. Auf Grund der frühen Entstehung des Ortes im 7. Jh. ist diese Kirche in unserem Zusammenhang interessant. Die Bewuchsmerkmale könnten auch auf eine Verspannmauer zwischen dem Triumphbogenpfeiler hinweisen, so das evtl. auch hier ein geschlossener Chor vorgelegen haben könnte.



Grundrisse in Sonder- oder Mischformen

Eine Überschneidung der Formen ergibt sich in Nauborn bei Wetzlar (Dickesmühle). Dort ist es gelungen, eine im Lorscher Codex 778 genannte Kirche wieder aufzufinden, die durch eine Frau Theutbirg dem Kloster dort geschenkt wurde. Die Schenkung erfolgte am 13. März 778 (Urkunde 3058 = 3696a). Eine offenbar ebenso reiche wie verehrungswürdige (*venerabilis matrona*) Frau Theutbirg (auch in der

60 „Zeitspuren, Luftbildarchäologie in Hessen“, Hrsg. Landesamt für Denkmalpflege L f D Hessen, 1997, S. 88 ff.

61 Bettwieser, Bernd: In Einblicke „Bi der Brücken von Nyedernhergern“, Kommission für Archäologische Landesforschung e.V., 1990-2000, S. 26.

Form Theotbirc, Theotbirch überliefert) schenkte dem Kloster unter Abt Gundeland: „... in pago Logenehe in villa Wanendorph basilicam, quae ibidem constructa est in loco, qui dicitur Nivora, et quidquid ad ipsam pertinet in mansis, campis, pratis, silvis, aquis, terra culta et inculta, et mancipia XXX, et quinque hubas“. Die Donation der Kirche, die als „basilica“ bezeichnet wird, war also mit einem umfangreichen Besitz an Ländereien und 30 Leibeigenen verbunden.⁶² Als Erster suchte nach dieser Kirche der Pfarrer Friedrich Karl Schieferstein, (1874-1959). Er kam auf Grund von Hinweisen aus den Flurbezeichnungen auf den Standort der Kirche. Danach wurden 1932 von Walter Bader im Auftrag des rheinischen Landesmuseums Grabungen durchgeführt. Der festgestellte Grundriss ist mehrteilig, ein rechteckiger Saalbau als eigentliches Kirchenschiff von 7,35 m x 4,80 m, dem im Westen ein Vorraum 7,35 m x 4,75 m vorgelagert ist. Der Chor von 4,3 m x 4,6 m ist außen rechteckig, dagegen innen rund ausgebildet. Auf der Südseite der Kirche ist am Westgiebel ein Anbau von im Lichten 3,95 m x 1,45 m vorhanden, der verschiedene Deutungen erfahren hat. Man fand u. a. innen einen gemauerten Herd, außen davor stieß man auf Tierknochen, fand eine Axt, Scherben und Reste von Holzkohle. Um die Kirche stieß man auf diverse Bestattungen und fand diverse Keramiken. Es ist einer der wohl später nie verbauten Grundrissformen. Es kann auch angenommen werden, dass die Kirche in einem Stück erbaut worden ist, man fand nämlich keine sichtbare Baufuge. Dieses Beispiel zeigt, dass auch außerhalb des Einflusses von Hersfeld und Fulda im heutigen Hessen der halbrunde Chor zu mindestens bekannt gewesen ist.

Eine weitere alte Kirche mit einer Chorform, die bis jetzt hier noch nicht besprochen wurde, ist die verschwundene Feld- oder Oberkirche in Schotten-Breungeshain. Auf dem Friedhof unterhalb des Hoherodskopfs befinden sich Reste der am 25. März 1067 durch Erzbischof Siegfried von Mainz geweihten Feld- oder Oberkirche. Es war die Mutterkirche (mater ecclesia) für den oberen Vogelsberg. Diese Kirche soll nach Alfred Deubel⁶³ auf den Fundamenten einer älteren Kirche aufgebaut worden sein. Er schreibt dazu: „... die Reste der Fundamente wurden von mir untersucht und neu vermessen, Sie entsprechen in Art und Bauweise der iro-schottischen, wie auch der frühfränkischen Holzkirchen ...“.

62 Schubert, Eckehart, in: „Archäologische Denkmäler in Hessen“ Nr. 149, „Der Bilstein und die Teutbirgbasilika“.

63 Deubel, Alfred, in: „Heimat im Bild“, H i B, Beilage zum Giessener Anzeiger, 48. Woche 1987.

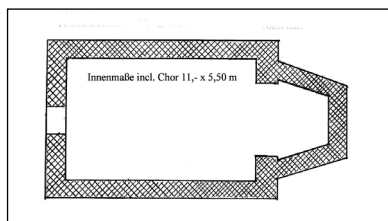


Abb. 25: Feld- oder Oberkirche in Breungeshain, (Skizze Verfasser nach Angaben A. Deubel in HiB 48/87)

Nach dieser Beschreibung ist der Chor von ungewöhnlicher Form, er läuft trapezförmig zu, wie ein dreiseitiger Schluss, jede Seite misst 2,30 m. Obwohl der Bau nicht beurkundet ist, datiert ihn Deubel, in wissenschaftlich unzulässiger Weise, in die Jahre 720-750.⁶⁴ In diesen Jahren ist wohl die Michaelskapelle in Schotten entstanden, die in der Beatus-Urkunde genannte Schottenkirche in Buchonia. Für eine weitere Kirche dort fehlen aber Angaben. Dehio schreibt dazu⁶⁵: Ehemalige Martinskirche sog. Oberkirche um 1300 erbaut, 1610 abgebrochen. Grabung 1900 legten Fundamente des dreiseitig geschlossenen Chores frei, ursprüngliche Größe 5,5 m x 18,0 m.

Der Autor A. Deubel führt in der gleichen Ausgabe von HiB weitere Kirchen an, ohne allerdings nachvollziehbare Quellen zu nennen, mit Ausnahme von Werdorf.

Großen-Linden eine Vorgängerkirche.

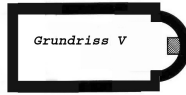
Weidenhausen südl. Gladenbach, mit frühmittelalterlichem Grundriss.

Werdorf in den Hubenlisten des Lorsch Codex „.... In Wertorph ist eine Kirche, - dort sind 9 Huben...“⁶⁶

64 Ein trapezförmiger Grundriss ist zwar schon für 460 in der Literatur erwähnt, für die Klosterkirche in Romainmontiers im franz. Jura, an anderer Stelle ist die dortige Kirche I. aber mit halbrunder Apsis und zwei Annexbauten dargestellt, Binding/Untermann, a.a.O., S. 17 Text, S 20 Abb.; die letzte Darstellung dürfte richtig sein, denn die Kirche wurde über römischen Vorgängerbauten (villae) errichtet.

65 Dehio, Hb. Baudenkmäler, a.a.O., S. 109.

66 „Urkundenbuch der ehemaligen Fürstabtei Lorsch“, nach dem lateinischen Text der Urschrift wiedergegeben von Lamey, A./Glöckner, Karl, ins Deutsche übertragen von Minst, Karl Josef, Lorsch, 1971. Hier Urkunde 3683, nicht wie Deubel angibt 3682. = CL.



Kirchen mit Grundrissform V, rechteckige Saalkirche mit offener, halbrunder Apsis

Kommen wir nunmehr zu den Kirche mit halbrunder Apsis.⁶⁷ In Deutschland ist um 450-60 schon eine Kirchengründung dieses Typs nachzuweisen.⁶⁸

Die wohl erste Saalkirche mit halbrunder Apsis in Hessen hat Joseph Vonderau 1921 im südlichen Querhaus der **Klosterruine in Hersfeld** ergraben. Es ist die ins 8. Jh. zurückreichende A- Kirche und die so auf die erste klösterliche Niederlassung am Ort hinweist. Anzumerken ist noch, dass heute erst die sogenannte C- Kirche als Gründungskirche des Lullus (769) angesehen wird. Gleichzeitig mit der C-Kirche ist wohl die B-Kirche als Taufkirche (Rundbau) entstanden. Diese A-Kirche hatte die halbrunde Apsis, die sich voll in den Raum öffnet, während bei der C- Kirche einspringende Mauern an den Triumphbogenpfeilern darauf hindeuten, dass dieser geschlossen war (siehe Vorbemerkungen). Auch hier nimmt man an, dass der relativ enge Triumphbogen dadurch zustande kam, dass man 2 Seitenaltäre an der Stirnwand der Kirche neben dem Triumphbogen unterbringen wollte. Bei der A-Kirche beträgt das Verhältnis Schiff zu Chor $5,60 : 2,40$ m, bei der C-Kirche $8,50 : 6,30$ m, somit wäre bei voller Öffnung der Apsis in der C-Kirche ($8,5$ m minus $6,3$ m = $2,2$ m : $2 = 1,1$ m) nur $1,10$ m übrig geblieben.

Auf dem **Frauenberg in Hersfeld** begegnet uns die nächste, 1929 von Joseph Vonderau aufgedeckte Kirche mit Halbrundapsis, auch hier finden wir wieder die voll offene Apsis. Unter der Ruine der spätromanischen Kirche entdeckte er eine kleine Saalkirche, das Schiff hatte eine Länge von 7 m, die Apsis einen Durchmesser von $4,80$ m. Auch hier hätten Nebenaltäre an der Seite der Apsis keinen Platz gehabt, dafür entdeckte er aber einen zusätzlichen Altar in der Mittelachse vor der Apsis.

⁶⁷ Die Klosterkirche von Romainmotiers im franz. Jura. gilt als älteste Kirche dieses Typs, bei ihr sind ganz sicher römische Einflüsse nachzuweisen, sie wurde aller Wahrscheinlichkeit nach um 460 auf römischen Grundmauern errichtet.

⁶⁸ Es ist der Bau des Abtes Severin in der Innstadt von Passau. Dem ersten Bau der dortigen Kloster-Kirche Bojotro, St. Johannes, hatte er eine Betzelle angefügt. Der Kirche von um 460 folgten noch zwei spätere Bauten

Es wurde schon erwähnt, auch im Einzugsbereich des Klosters **Fulda** scheint die Halbrundapsis verbreitet gewesen zu sein. So wurde unter dem heutigen Dom eine solche Vorgängerkirche gefunden, die noch in die Zeit des Bonifatius zurückreichen soll.

Auf dem **Petersberg** bei Fulda findet sich in der unter Abt Baugulf entstandenen Kirche (779-802) ebenfalls eine Halbrundapsis, wie J. Vonderau nachgewiesen hat, daher ist der heutige Zustand nicht ursprünglich.

Eine sich voll öffnende Halbrundapsis wurde von Heinrich Walbe 1939 auch in **Büdingen-Grossendorf** festgestellt, so dass der heutige gotische Chor ebenfalls nicht ursprünglich ist. Gegenüber der Breite des Schiffes von 9,35 m ist hier die Apsis mit einem Durchmesser von 4,35 m verhältnismäßig klein, es blieb also dort genug Platz für Seitenaltäre.

Die Kirche in der Wüstung **+Finkenhain** (Vinkenhain), zwischen Dannenrod und Schweinsberg, gehörte im 15. Jh. zum Kirchengebiet Ofleiden, wann sie entstanden ist, darüber gibt es leider keine Urkunden.⁶⁹ Sie soll nach A. Deubel die einfachste und schlichteste der älteren Kirchen in Mittelhessen gewesen sein. Sie war ganz sicher ein einfacher rechteckiger Saalbau von ca. 7,60 m x 10,40 m mit angegliedertem halbrundem Chor von 3,80 m x 5,0 m⁷⁰. Die wenigen Mauerreste sind heute total überwachsen und kaum noch im Gelände sichtbar, so können wir heute auch nicht mehr sicher feststellen, ob der Chor offen oder geschlossen gewesen ist. Der Ort wird schon 1490 als Wüstung genannt.⁷¹

Laubach-**+Baumkirchen**, das +Dorf im Seenbachtal, wurde urkundlich erstmals 1322 erwähnt. Auch dessen Kirche, die erst kürzlich mit geowissenschaftlichen Untersuchungen endgültig im ummauerten Kirchhof nachgewiesen wurde, könnte mit hoher Wahrscheinlichkeit den Grundriss mit Halbrundapsis aufweisen. Allerdings könnte hier aber auch ein polygonaler Abschluss des Chores vorhanden gewesen sein, wie er zum Zeitpunkt der Ersterwähnung bei uns schon häufiger auftritt, das lässt sich leider noch nicht eindeutig aus den veröffentlichten Bildern erkennen, so das auch hier nur eine Grabung letztendlich Klarheit bringen kann.⁷²

Bei Kirtorf-**Lehrbach** finden sich nördlich des Ortes im Wald die Überreste der Kirche von **+Folkertshain**, das Mauerwerk der Bruch-

69 Wagner, a.a.O., S. 48.

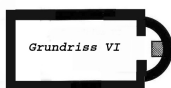
70 Deubel, a. a O.

71 Wagner, a.a.O., S. 48.

72 „Grünberger Heimatzeitung“ 4.7.2002; „Gießener Allgemeine Zeitung“ 12.6.2002; Blechschmidt, Manfred, in: „Hessenarchäologie“ 2002, S. 165.

steinmauern ist teilweise noch über mannshoch erhalten (Giebelwand). Der rechteckige Kirchenraum ist noch gut zu erkennen, auch der schmale Durchlass, der ein Triumphbogen gewesen sein könnte und zum abgetrennten Chorraum führte, ist zu erkennen. Der Ort wird aber erst 1333 erstmals urkundlich erwähnt und ist offenbar vor 1577 schon wüst gefallen, er gehörte zum Eußer-Gericht Kirtorf.⁷³ Funde von Keramik weisen ins 14. und 15. Jh., so wurde er hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

In Lohra-**Altenvers**, 1196 zuerst urkundlich erwähnt, sollen unter der jetzigen Kirche evtl. ebenfalls noch die Fundamente einer älteren Kirche liegen.⁷⁴ Eine uns bekannte Urkunde dazu gibt es nicht. Im Dehio heißt es zu dieser Kirche: „... die Kirche ist ein kleiner Saalbau mit hufeisenförmiger flachgedeckter Apsis, im Kern romanisch“.⁷⁵ Im Zusammenhang mit +Udenhausen wird dieser Bau wegen den ähnlichen Abmessungen und Bauformen hier erwähnt.



Kirchen mit Grundrissform VI, rechteckige Saalkirche mit geschlossener, halbrunder Apsis

In **Pohlheim-Hausen** hat man sich anlässlich der 1100 Jahrfeier im Jahr 1986 zwangsläufig auch mit der Baugeschichte der Kirche beschäftigt. War es doch gar nicht so einfach nachzuweisen, dass der im Lorscher Codex genannte Ort sich auch auf Pohlheim-Hausen bezieht. Es ging um die Urkunde, die bei der Wüstung Hausen bei Lich schon genannt wurde, vom 11. Mai 886 (DCCCLXXXVI = 886), von der einige Historiker meinten, es sei dort eben diese Wüstung Hausen gemeint, mit „Garuardeshusen“ oder „Garwardeshusen in pago wettereiba“, eine Anfrage beim Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt ergab auch: „Die Frage, ob mit Garuardeshusen das heutige Pohlheim-Hausen oder die Wüstung Hausen bei Lich und Nieder-Bessingen gemeint ist, lässt sich wohl kaum noch mit endgültiger Sicherheit beantworten. Für beide Ansichten lassen sich gute Gründe anführen. ... eine 1100 Jahrfeier ist damit aber zu rechtfertigen“.⁷⁶ In der genannten Festschrift sind aber die Argumente für Pohlheim-Hausen so sorgfältig zusammengetragen, dass heute kaum noch Zweifel bestehen werden.

73 Wagner, a.a.O., S. 48.

74 Deubel, a. a. O.

75 Dehio, a.a.O., S. 16.

76 „Festschrift 1100 Jahre Garwardeshusen ...“ Pohlheim-Hausen 1986, S. 49.

Unter der Kirche in **Pohlheim-Hausen** ist eine Vorgängerkirche nachgewiesen worden, die eine halbrunde, wohl leicht gestelzte Apsis aufweist. Der ältere Kirchenraum wird mit 6,80 m x 8,85 m überliefert, leider sind damals bei dem Aufmaß keine Fotos dazu entstanden. Wenn also Hausen auf das Jahr 886 zurückgeht, woran kaum noch Zweifel bestehen, haben wir es auch hier mit einem solchen Kirchenbau mit Halbrundapsis zu tun, der außerhalb des Einflusses von Hersfeld und Fulda lag.

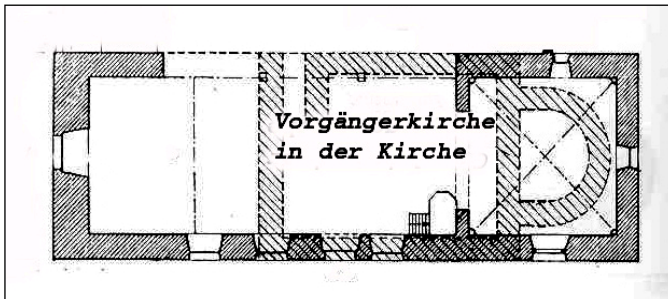


Abb.26: Die Kirche in Pohlheim-Hausen mit nachgewiesener Vorgängerkirche unter den Fundamenten der heutigen Kirche.

Einen weiteren Hinweis über diese Chorform unter bestehender Kirche erhalten wir aus der Dorfkirche von **Laubach-Münster**, hier wurden im Jahr 1844 unter dem heutigen rechteckigen Mittelchor⁷⁷ die Fundamente eines älteren Chores mit halbrundem Abschluss gefunden. Die bisher nachgewiesenen ältesten Teile dieser Kirche sind Reste von Deckenbalken, einer romanischen Flachdecke, die dendrochronologisch in das Jahr 1164 bestimmt wurden.

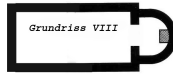


Eine Sonderstellung unter den kleinen Saal-Kirchen mit halbrunder Apsis nimmt die Kirche in der Wüstung **+Udenhausen** bei Rossberg (Kreis Marburg-Biedenkopf) ein, sie liegt in der schon im vorletzten Jahrhundert nach ihr genannten Flur „Kirchenstumpf Udenhausen“. Ein

⁷⁷ Die heutige Hallen-Kirche hat außerdem ein südliches Seitenschiff mit Chor.

anschließendes Gewann heißt „Heilige Wiesen“. Die Kirche wurde von Ferdinand Küch bereits im Jahr 1916 ergraben. Das Dorf ist erstmals 1130 genannt, „Uthenheußer Wiesen“ in der Gemarkung Roßberg. Es folgt eine Eintragung im Zinsregister des Deutschen Ordens von 1396: „Udinhausen apud Rosseberg“. Im Jahr 1388 soll nur noch ein Einwohner dort gelebt haben, vielleicht wurde die Kirche damals schon profanisiert und als Pferdestall benutzt, wie Funde belegen. Die Kirche muss Bedeutung über den Ort hinaus gehabt haben, das beweist der sogenannte Totenweg von Deckenbach durch die Gemarkung Wermertshausen nach + Udenhausen. Der Kirchenbau ist in Nordost-richtung orientiert, ein kleiner Saalbau mit gestelzter halbrunder Apsis. Er ist nur 12,5 m x 7,5 m groß, das aufgehende Mauerwerk ist mit 1,00 m ungewöhnlich stark für so einen kleinen Bau. Im Jahr 1916 sollen diese aufgehenden Mauern noch bis zu 1,25 m Höhe erhalten gewesen sein. In den Jahren 1961-63 erfolgte eine weitere Ausgrabung durch J. Theunisz. Ende 1986 wurden noch einmal kleine Schnitte durch das LfD angelegt, die der Vorbereitung der Sanierung dienten. Wegen ihres schlichten „altertümlichen“ Grundrisses mit geschlossener Halbrund-apsis wurde die Kirche lange Zeit als eine der ältesten Deutschlands interpretiert⁷⁸. Teunisz brachte den Bau auch mit den Bauten der iro-schottischen Mönche aus vorbonifatianischer Zeit in Verbindung und mit einer keltischen Kultstätte, die hier überbaut worden sei. Aber auch heute besteht noch keine Einigkeit darüber, ob es sich um einen karolingischen oder einen (früh) romanischen Kirchenbau handelt. Ungewöhnlich ist jedenfalls der enge, nur türartige 0,85 m breite Triumphbogen und die Form des Schiffes; es bildet fast ein Quadrat. Ein monolithischer Gewände-Stein von der Tür der Kirche wurde lange Zeit für einen Menhir gehalten, ihm wurde kultische Bedeutung beigemessen. Der herausgearbeitete Anschlag und ein Loch von der Türangel beweisen aber, dass er bereits ursprünglich als Anschlagstein der Tür verwendet wurde. Zwei ähnliche Saalkirchen mit geschlossener, gestelzter Halbrundapsis finden sich noch im Umland der Wüstung +Udenhausen, in **Lohra-Altenvers** 1196 zuerst urkundlich erwähnt (siehe oben) und in **Fronhausen-Oberwalgern**. Dieser Ort wurde bereits 769/78 im Codex Laureshamensis erwähnt, von einer Vorgängerkirche ist hier aber nichts bekannt.

78 Siehe Meiborg, Christa, in: „Archäologische Denkmäler in Hessen“ Nr. 123.



Kirchen mit Grundrissform VIII, rechteckige Saalkirche mit geschlossener, leicht gestelzter, halbrunder Apsis

Die Luftbildarchäologie hat auch für die Kirche in +Meßfelden bei Hungen einen Grundriss mit gestelzter, halbrunder Apsis nachgewiesen, nähere Einzelheiten würden aber hier nur eine Grabung ergeben. Urkundlich erwähnt wird der Ort im Jahr 1281, da beurkundet die Stadt Grünberg, dass „*Franko de Mazuelth*“ vom Kloster Hersfeld das Meieramt zu Laubach auf 5 Jahre gepachtet hat; wann er wüst wurde, konnte bis heute nicht hinreichend geklärt werden.⁷⁹



Kirchen in Sonderform, mit halbrunder Apsis

Die schon angesprochene Rundkirche in der spätkarolingischen „Höfe“ bei Dreihäusen im Kreis Marburg-Biedenkopf soll hier zum Schluss noch kurz dargestellt werden. Sie hatte einen lichten Durchmesser von rund 6 m, die Mauerstärke betrug rund 1 m, die halbrunde Apsis hatte eine Breite von 2,10 m bei einer Scheitelhöhe von 1,90 m. Sie war innen verputzt, wie gefundene Reste belegen. Außerdem war der Putz wohl mit Wandmalereien versehen, auch hiervon wurde ein Rest gefunden (Engels-Flügel). Keramische Funde weisen auf das 8. Jh. hin, auch Bruchstücke einer seltenen Porphyritplatte wurden dort gefunden. Nach der Bestimmung durch R. Huckriede sind sie von einem Stück „*Porfido verde antico*“, das aus Lakonien stammt. Dieser grüne Marmor, von dem bisher nur insgesamt 3 Funde außerhalb des Römischen Reichs bekannt geworden sind,⁸⁰ war in der Antike sehr geschätzt.

⁷⁹ Probst, H., in: Villingener Hefte, Heft 1, S. 67.

⁸⁰ Außer hier in der Höfe, noch Stiftskirche Hersfeld und Begräbniskirche des Fürsten-Hauses Waldeck in Netze.

Königsaufenthalte in der Nähe der Höfe sind für die Jahre 1054, 1057 und 1066 in Ebsdorf urkundlich belegt.⁸¹

Zusammenfassung:

Der Blick auf die alten Kirchen oder ihre Überreste in Hessen konnte aufzeigen, dass bei kleinen Kirchen die wohl ursprüngliche Form der typischen kleinen Saalkirche auf längsrechteckigem Grundriss mit oder ohne Rechteckapsis auch bei uns signifikant häufig vorkommt. Dass aber darüber hinaus hier der Rechteckbau mit halbrunder Apsis auch schon recht früh häufiger anzutreffen ist. Es ist somit für unsere Region grundsätzlich nicht gerechtfertigt, die Kirchen mit dieser halbrunden Apsis einer wesentlich späteren Baupoeche zuzuschreiben. Sie kommen durchaus annähernd nebeneinander oder mit nur geringem zeitlichen Abstand vor und zwar gehäuft im Einflussbereich der Klöster Hersfeld und Fulda. Aus den bei uns erwähnten und den überregionalen Beispielen können wir erkennen, dass es der von Rom beeinflusste Grundriss ist, den möglicherweise Bonifatius selbst bei uns eingeführt hat, um diese Bauten von den Kirchen, die von den iro-schottischen Mönchen erbaut wurden, deutlich, auch in der Bauform, abzugrenzen. Die ja seiner Meinung nach auch nicht die richtige Form des Christentums verbreiteten. Dass bei den bei uns vorgefundenen Spuren, der in der Beatus-Urkunde genannten Schotten-Kirchen und der von ihnen beeinflussten Bauten, der Rechteckgrundriss mit Rechteck-Chor offenbar überwiegt, ist ohne Zweifel und so deutet auch vieles darauf hin, dass diese Grundrissform von den iro-schottischen Mönchen aus ihrer Heimat mitgebracht worden ist. Allerdings kam diese Bauform ganz sicher unseren Vorfahren und der bei uns üblichen Holzbauweise entgegen.

Holzkirchen als Vorgängerbauten von späteren Steinkirchen sind zwar bei einigen Kirchen auch bei uns überliefert, die archäologischen Funde dazu sind aber insgesamt eher spärlich. Die älteste noch heute erhaltene Holzkirche in Hessen hat sich dagegen in Butzbach erhalten. Es ist die sogenannte Hospitalkirche, die nach dem Patrozinium einer Vorgängerkirche auch St. Wendelin-Kapelle genannt wird. Der Chor dieser Kirche stammt allerdings erst aus dem Ende des 15. Jh., das Schiff stammt im wesentlichen erst aus dem 16. Jh., somit bestehen kaum direkte Verbindungen zu den alten hier aufgeführten Kleinkirchen aus fränkischer und karolingischer Zeit.

81 „Archäologische Denkmäler in Hessen“ Nr. 121.

Eine der ältesten noch stehenden Steinkirchen im Kreis Gießen dürfte die Kirche im Grünberger Stadtteil Stangenrod sein, sie wurde wohl um 1100 erbaut. Chor und Westturm wurden aber mehrfach umgebaut und erneuert. Auch die Fenster der Südseite sind später vergrößert worden.⁸²

An mehreren Beispielen konnte bewiesen werden, dass unseren heutigen Kirchen schon frühere Kirchen vorausgegangen sind. Meistens wurden sie auf den alten Grundmauern errichtet. Oft waren die späteren Kirchen wesentlich größer als die Vorgängerbauten, weil offenbar auch die Gemeinde gewachsen war.

Den gezeigten Grundrissformen folgten dann besonders in gotischer Zeit die mehrseitigen oder polygonalen Abschlüsse des Chores. Doch hat sich der rechteckige oder quadratische Chor bei kleinen Dorfkirchen in späteren Stilphasen bis in die Gegenwart erhalten

Die Rund- und Zentralkirchen nach dem Vorbild der Karlskapelle in Aachen (796-805) bzw. den Vorbildern in Ravenna und anderen Orten im Römischen Reich konnten bei uns in Hessen keine besondere Bedeutung erlangen. Abgesehen von der „Höfe“ bei Dreihausen, St. Michael in Fulda und der B-Kirche in Hersfeld machten sie keine Schule. Bei kleinen Dorfkirchen kommen sie offenbar überhaupt nicht vor. Erst der Landbaumeister von Hessen-Darmstadt Georg Moller griff auf diese Bauform beim Bau der kath. St. Ludwigskirche in Darmstadt im Klassizismus (1822-38) wieder zurück

Die Forschung zu den frühen kleinen Dorfkirchen in Hessen geht hoffentlich trotz knapper Geldmittel weiter. Qualifiziertes Personal hat das LfD ganz offensichtlich zur Verfügung, wie die Grabungsergebnisse der letzten Jahre zeigen. Vielleicht gewinnen wir ja aus den bisher noch nicht aufgedeckten Kleinkirchen weitere Erkenntnisse, es wäre jedenfalls zu wünschen.

Zum Schluss die schöne Inschrift auf einer Gusstafel in der Kirchenruine von Ruthardshausen im Laubacher Wald:

„Wo sind sie, deren Lied aus deinem Schoos, /

O Kirchlein, einst zu Gott emporgeflogen. /

Vergessend all ihr trübes Erdenloos. /

Wo sind sie? Ihrem Liede nachgezogen.“

(Lenau)

82 Großmann, G. Ulrich, in: „Der Landkreis Gießen“, Stuttgart/Aalen, 1976, S. 168.

Schätze aus dem Gemeinde-Archiv von Hungen-Villingen

Heinz P. Probst

In der ehemals selbständigen Gemeinde Villingen, heute Stadtteil von Hungen, haben sich in dem früheren Gemeindearchiv relativ viele Unterlagen erhalten, die in den Gemeindearchiven Oberhessens sonst eher selten anzutreffen sind. In MOHG, Bd. XXIX, 1930, ist bereits über eine dieser Villingener Archivunterlagen, über die *Chronica* 1606, auszugsweise berichtet worden.

Die ältesten Archivunterlagen reichen jedoch noch in frühere Zeiten zurück. Es sind Fragmente und Reststücke aus dem 12. bis 16. Jahrhundert. Geordnet nach A-(xxx) bis T-(xxx), sie stammen wohl überwiegend aus ecclesialen Werken¹ und die meisten sind in Latein verfasst, die Urkunde P ist u. a. in deutsch, das Dokument T ist in hebräischer Sprache geschrieben.

Es ist anzunehmen, dass nachdem auch in Villingen die Reformation eingeführt worden war, wann das genau gewesen ist wissen wir leider nicht,² die nunmehr überflüssig gewordenen Pergamente als Einbände für andere Akten, so bspw. für die Bürgermeisterrechnungen und die Zinsregister benutzt worden sind.

Erst in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts³ hatte man den Wert dieser Fragmente auch in der ländlichen Gemeinde erkannt.

Die Reste wurden von den Akten entfernt, teilweise präpariert, der Altlateiner Dr. Staab aus Stadecken-Elsheim hat die Fragmente transkribiert und in den Zusammenhang zu den ursprünglichen Texten gebracht, dabei teilweise die Ursprungstexte recherchiert. Diese Frag-

1 Hier kirchlichen Handschriften.

2 Überliefert ist nur, dass die Einführung der Reformation in der Grafschaft Solms-Braunfels um 1554 durch Graf Philipp begonnen wurde, wir hören aber vorher schon von lutherischen Bewegungen in der Grafschaft, bspw. in Grünungen um 1534. Graf Konrad von Solms-Braunfels hat 1581 in seiner Grafschaft das reformierte Bekenntnis eingeführt. Eine Visitation durch den Bischof von Mainz im Jahr 1549 hatte schon festgestellt, dass in Hungen und Langsdorf die Pfarrer beweibt waren. Im Solmser Erbteilungsvertrag vom 9. November 1548 heißt es: „... die Phar zu Villin so der Stift Lich zu nominiren und wir Grave Reinhart (Lich) und unsere Erben zu presenteren haben“. (Lit. Diehl, D. Dr., *Hassia sacra* IV, S. 142 ff).

3 Seit 01.01.1971 ist Villingen Stadtteil von Hungen, danach wurden die Bestände des Gemeinde-Archivs unter der Leitung der Beratungsstelle für Gemeindearchivpflege von Dr. phil. Ernst Jakobi bis 1981 neu geordnet.

mente von Pergamenten befinden sich heute im Stadtarchiv Hungen. Sie sind beschriftet von **A 207 bis T 281** und zusammen mit den dazugehörigen Transkriptionen sicher verwahrt. Während die Reste von ecclesialen Werken allgemeinen Inhalt haben und, so wie sie sich bisher darstellen, nicht unbedingt auf die Region Oberhessen Bezug nehmen, so sind die Fragmente D 224-225 für unsere Region von Interesse. Leider reichen aber gerade bei der Urkunde die aufgefundenen Reste nicht aus für eine umfassende Übersetzung, so hoffen wir im Rahmen der Arbeit im „Heimatkundlichem Arbeitskreis“⁴ noch auf weitere Fragmente zu dieser Urkunde zu stoßen. Die Urkunden-Reste unter P 206, über eine Rente an die „Kirchenfabrik“ in Hungen, die sich im übrigen gut transkribieren ließ, stellen wir weiter unten wegen ihrer Bedeutung für unsere Region beispielhaft vor.

Die Pergamentreste aus dem Archiv von Villingen im Einzelnen:

A) Es handelt sich um Reste von einem Antiphonar.⁵ Der Anfang des Psalm 5 „*Verbamea*“ und annäherungsweise ein Antiphon „*Hic accipiet*“. Die Texte auf der Vorderseite scheinen zu einem *Totenoffizium*⁶ für einen verstorbenen Bischof zu gehören.

B) Fragmente von einer Handschrift, die als „*Decretum Gratiani*“⁷ identifiziert werden konnte und aus der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts (?)⁸ stammt. Es ist der 2. Teil des Dekretes causa, XXIII q. IV, c. 11-18.

C) Teile einer Handschrift aus dem 13. Jahrhundert, deren Inhalt nicht ausreichend zu identifizieren ist.

D) Reste eines sogenannten „*Liber vitae*“⁹ eines oberhessischen Klosters aus der Mitte des 13. Jahrhunderts. Möglicherweise Kloster Arnsburg oder Kloster Wetter. Auf der Vorderseite findet sich in der Zeile 7 der Text: „... *die memoria domini Conradi* ...?“ dies könnte ein Hinweis auf Konrad II. von Hagen-Arnsburg sein.

4 Der „Heimatkundliche Arbeitskreis innerhalb der evangelischen Kirche Villingen“ gibt die „Villingener Hefte“ heraus, er stellt darin die alten Gemeinde-Archiv-Unterlagen und die Baudenkmäler der Gemeinde vor.

5 Antiphonien = liturgische Wechselgesänge.

6 Officium = Dienst, Amt, Ehrenbezeichnung = Totengottesdienst.

7 Decret (päpstliche) Verordnung, kanonisches Recht, Gratiani = nach Gratian dem Verfasser dieses Werkes einem Rechtsgelehrten aus Bologna, causa = Rechtsgrundlage, Rechtsfall.

8 Gratian soll nach einer verbindlichen Quelle vor oder um 1160 gestorben sein, in Döbler, H. F., Kultur und Sittengeschichte der Welt, München, 1973, S. 164.

9 Liber = Buch, Register; vitae = Lebenslauf/-beschreibung.

E) Fragmente einer Handschrift aus dem späten 13. Jahrhundert, 2 Teile von Digesten oder Pandekten des *corpus Iuris civilis*.¹⁰

F) Teile eines grammatischen Traktats,¹¹ auf der Rückseite hat sich möglicherweise der Verfasser namentlich vorgestellt „*Oldebrandus*“.

G) Fragment von einem Brevier (?) aus dem 14. Jahrhundert,¹² nur geringe Textreste.

H) Teile einer Psalmenhandschrift des 14. Jahrhunderts.

I) Fragmente aus einem Missale,¹³ wahrscheinlich aus dem 14. Jahrhundert.

J) Reste von einem Antiphonar des 14. Jahrhunderts, wahrscheinlich das Bruchstück des 6. Antwortgesanges der Matutin am Karsamstag: „*Ecce quomodo moritur iustus*“. Die Rückseite enthält das Ende des 2. Antiphon der Vesper vom Ostersonntag: „*Et ecce terraemotus factus est magnus*“.

K) Fragmente offenbar von dem Blatt aus einem Missale des 14. Jahrhunderts.

L) 15 Fragmente aus einem Missale des 14. Jahrhunderts, teilweise gut lesbar handelt es sich um Sequenzen,¹⁴ Tagesgebete, Introitus, Evangelien und Lesungen zu verschiedenen Festtagen.

M) Drei Fragmente aus einem Messbuch des 15. Jahrhunderts.

N) Reste einer zerschnittenen Urkunde von 1464, über den Verkauf einer Rente von 2 Gulden an ein Frankfurter Stift (?) mit Hinterlegung einer Pfandgrundschuld dazu in Frankfurt-Nied.

O) Rest einer Urkunde des späten 15. Jahrhunderts über den Verkauf einer Rente in Bad Vilbel, darin der Namen „Heinttze Kerde“.

P) Eine Urkunde des frühen 16. Jahrhunderts als Fragment:

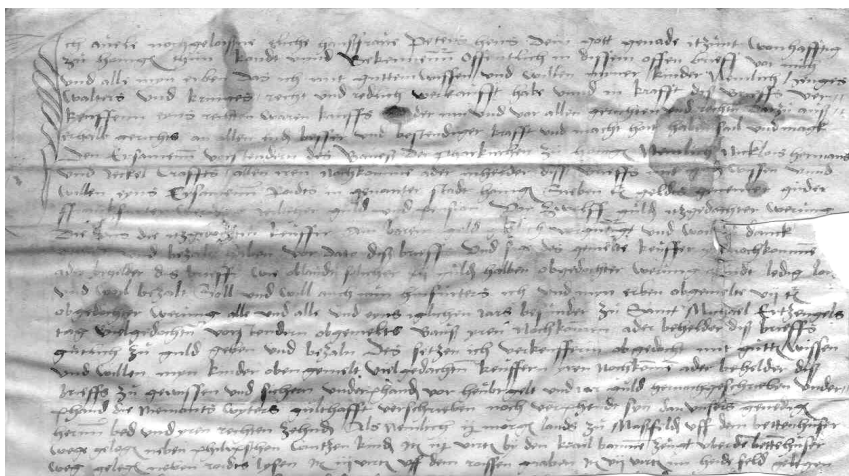
10 Aufzeichnungen, Kundtun eines zivilen Gesetzeswerk, im Gegensatz zum *Iuris canonici* = kirchliches Recht.

11 Von lat. *tractatio* = Handhaben, Erklärung.

12 Von lat. *breviarium* = kurze Fassung, steht hier für ein Gebetbuch, aus dem katholische Geistliche ihre täglichen Gebete oder Lesungen verrichten.

13 Messbuch.

14 Alter Kirchengesang, Wiederholung eines Motivs.



Diese Urkunde (Abb.) wird hier beispielhaft mit Transkription vorgestellt einschließlich Zeilennummerierung und Ergänzungen in runden Klammern; leider bricht die Urkunde aber bei der Aufzählung der Pfänder ab.

- 1 Ich auele nochgeloissene eliche haussfraue Peters hens dem gott genade itzunt wonhafftig
- 2 zu hoing(en) thun kondt vnnd bekenne(n) Offentlich in dissem offen Brieff vor mich
- 3 vnd alle myn erben Das ich mit guttem wissen vnd willen myner kinder Nemlich henges
- 4 Walters vnd Kringes, recht vnd redlich verkaufft habe vnnd in Krafft diß Brieffs ver-
- 5 keuffenn eyns rechten waren kauffs (so) der inn vnd vor allen gericht(en) vnd recht(e)n darzu auß-
- 6 erhalb gerichts an allen end(en) besser vnd bestendiger krafft vnd macht hoit haben sail vnd magk
- 7 Den Ersamenn Vorstendern des Baueß Der Pharkirchen zu hoing(en) Nemlich Nicklois Hermans
- 8 vnd Jeckel Crafftis, allen iren Nochkomme(n) ader inhelder diss Brieffs mit gud(em) Wissen vnnd

9 Willen eyns Ersamenn Roidts in genanter stadt hoing(en) Sieben fl. geldts gemeiner guder

10 ffranckfurter weru(ng) jerlicher guld vnd pension Vor Zwelff guld(en) itzgedachter werung

11 Die vns die itzgedochten keuffer ain barem geld g(ut)lich vergu(t)igt (?) vnd woil tzu danck

12 ge(reich ?)t vnd bezahlt haben vor dato diß brieffs Vnd sage des gemelte keuffer y(r)e nochkomme(n)

13 ader behelder dis brieffs wie oblaudt solicher xij guld(en) halben abgedachter Werung q(u)idt ledig loi(s)

14 vnd woil bezahlt Soll vrid Will auch min hinfurters ich vnd myn erben obgemelte vij fl.

15 obgedochter werung alle vnd alle vnd eyns iglichen Jars besunder Zu Sanct Michael Ertzengels

16 tag vielgedocht(e)n Vorstendern obgemelts Bauß yren Nochkom(m)en ader behelder diß brieffs

17 gutlich zu guld geben vnd bezaln Des setzen ich Verkeufferin abgedacht mit gutt (em) Wissen

18 vnd Willen my Kinder obengemelt vielgedacht(e)n Keuffern yren Nochko(m)e(n) ader behelder diß

19 brieffs zu gewissen vnd sichern vnderphand(en) vor Heubtgelt vnd iar guld hernoichgeschrieben vnder-

20 phand die niemants wyters gultschafft verschrieben noch verphendt syn dan vnsers genedig(en)

21 hernn bed vnd yren rechten Zehnd(en) Als Nemlich 1 1/2 morg(en) lands zu Maßfeld(en) vff dem bettenhuser

22 wege geleg(en) neben philipshen Contzen kind(ern) it(em) ii i/2; virt(el) by den krail baume(n) zeugt vber de(n) bette(n)huser

23 weg geleg(en) neben roidts lysen it(em) iij virt(el) vff dem roissen graben it(em) vij virt(el) im heidefeld gelegen (...).

Q) Bruchstücke einer Abrechnung des 16. Jahrhunderts, die Worte sind unleserlich, die Beträge sind durchnummeriert von 1-28.

R) Sechs Fragmente einer Urkunde. Es könnte sich um eine Urkunde handeln die das Haus Hessen betrifft: „.... *hessen s (ub) s (crip)s(i)* ... “. Auf der Vorderseite konnte der Name Juliana enträtselt werden.¹⁵

S) Ein beschnittenes Doppelblatt und 1 Viertelblatt aus einer Agenda,¹⁶ wohl vor 1500. Ein Frühdruck auf Pergament im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Handschriften. Es könnte eine Mainzer Agenda von 1480 sein, die in der einschlägigen Literatur beschrieben ist. Bei dem Text handelt es sich offenbar um einen Taufritus.

T) Fragment aus einer Handschrift in hebräischer Sprache. Der Text wurde von der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg übersetzt, man datierte die Fragmente mit aller Vorsicht ins 15. Jahrhundert. Die Textstellen stammen aus: Gen. 25,19-25,20; Gen. 26,26 + 25,27; Gen. 26,12 + 26,20.

Die gesamten Pergamentreste werden in den Villingener Heften abgebildet, nähere Auskünfte dazu erteilt der Verfasser auf Anfrage.

15 Möglicherweise Juliana v. Nassau, die 2. Frau des Grafen Moritz von Hessen (?).

16 Merkbuch, von lat. *agere* = das zu Betreibende.

Der Gießener Stadtorganist und Großherzogliche Hofkantor Johann Christian Heinrich Rinck (1770-1846) im oberhessischen Umfeld

Karl Dienst

Das Interesse an Rinck

Das Interesse an dem am 18.2.1770 in Elgersburg im Herzogtum Gotha geborenen und am 7.8.1846 in Darmstadt verstorbenen, 1790¹ als Stadtorganist, 1792 außerdem als dritter Stadtschullehrer, 1793 noch als Schreiblehrer und 1805 zudem als Musiklehrer am Gießener Pädagog angestellten, 1805 als Stadtorganist, Cantor und Musiklehrer am Großherzoglichen Pädagog, Examinator der Schulkandidaten der Provinz Starkenburg und Mitglied der Großherzoglichen Hofkapelle nach Darmstadt berufenen und 1817 zum wirklichen Kammermusikus ernannten Dr. phil. h. c. Johann Christian Heinrich Rinck richtet sich heute in erster Linie auf Editionen, Aufführungen und Einspielungen des in seiner Zeit geschätzten, dann aber eher in Vergessenheit geratenen „Künstlers und Lehrers“,² von dem Christoph Dohr in seinem verdienstvollen Kompendium des Lebens und Wirkens Rincks mit einem gewissen Recht sagt: „Rinck war nicht nur Kirchenmusiker“. ³ Hinter dem heutigen Interesse an dem „ästhetischen Rinck“ tritt aber ein anderer Aspekt seiner umfangreichen Wirkungsgeschichte in den Hintergrund, der im 19. Jahrhundert aber mindestens genau so wichtig wie sein künstlerisches Schaffen war: Sein Wirken als „Pädagoge der Kirchenmusik“ und damit als „Kulturpädagoge“ sowie als Lehrer-

1 In der Mitteilung an die „Allgemeine geistliche Wittwenkasse“ in Darmstadt „bezüglich des am 7. August 1846 verstorbenen Mitglieds der Allgemeinen geistlichen Wittwenkasse, Herrn Hofcantors Rinck zu Darmstadt“ ist als Datum, an dem Rinck „zum erstenmale definitiv angestellt“ wurde, der 2. August 1790 genannt (Zentralarchiv der Evgl. Kirche in Hessen und Nassau [abgek.: ZA EKHN] 111/1568 Bd. 2). Nach seiner „Selbstbiographie“ aber war Rinck schon gegen Ende 1789 in Gießen: „Im Monat September 1789 verließ ich Erfurt und kehrte in das väterliche Haus zurück ... Die damals zu Gießen erledigte Stadtorganistenstelle wurde mir angetragen; ich reiste alsbald dahin und fand besonders an dem Hofrath, Professor Dr. Hezel, einen würdigen Freund und Beschützer der Kunst, dessen Umgang auf allgemein menschliche Bildung vorzüglichen Einfluß äußern mußte“ (Dohr, S. 27).

2 Allgemeine Deutsche Biographie, 28. Bd., Leipzig 1889 [unveränderter Nachdruck 1970], S. 627 ff.

3 Dohr, S. 15.

bildner,⁴ das bei seinem 50jährigen Dienstjubiläum am 2.8.1840 auch durch die Verleihung des Dr. phil. h. c. durch die Landesuniversität Gießen gewürdigt wurde. Wenn ich im Folgenden vor allem diesen Aspekt des Wirkens von Rinck untersuche, so greife ich dabei über die Zeit seiner Gießener Tätigkeit hinaus; sein „Oberhessisches Umfeld“ dient vor allem in wirkungsgeschichtlicher Perspektive als ein wichtiges Beispiel für Rincks vielfältiges Wirken auch auf kulturpädagogischem Gebiet, das z. B. 1877 das „Musicalische Konversations-Lexikon“⁵ so beschrieb: „Rinck galt als einer der bedeutendsten Orgelspieler seiner Zeit und ist unstreitig einer der fruchtbarsten Componisten für sein Instrument gewesen. Als solcher war er durchweg praktisch, wußte, wo es hauptsächlich fehlte und lieferte deshalb für alle Fälle des Orgeldienstes in der Kirche und für jedes Stadium der Fertigkeit höchst schätzbares Material ... Daraus ist auch die ungemeine Verbreitung seiner Werke erklärlich, denn es giebt wohl kaum irgendwo einen Dorfforganisten, der nicht vornehmlich die Rinck'schen Prä- und Postludien zu seinem Repertoire zählte“. Im Blick auf das Großherzogliche Lehrerseminar Friedberg resümiert Eduard Berlet⁶: „Für die Erlernung des Orgelspiels wurden in den Seminaren verschiedene Schulen benutzt. Am bekanntesten war die Orgelschule von Ritter, die in Friedberg vom Jahre 1873 bis zur Aufhebung [nach 1918] als Übungsbuch diente. Außer diesem standen die Orgelpräludien von Rinck, deren Benutzung im Seminarunterricht bis 1895 sich nachweisen lassen, in hohem Ansehen“. Auf dem preußischen Lehrerseminar Usingen/Taunus wurde Rinck noch nach dem Ersten Weltkrieg gespielt! In seiner 1833 bei G. P. Aderholz in Breslau erschienenen „Selbstbiographie“ von 1833 resümierte Rinck⁷: „Persönliche Neigung, Geschmack, frühere Jugendbildung und früheres Bedürfnis leiteten meine Phantasie hauptsächlich auf die Bearbeitung von Kirchenmusik ...“

Zu Rincks Biographie in seiner Gießener Zeit

In seiner genannten „Selbstbiographie“ schreibt Rinck im Blick auf seine Gießener Zeit: „Im Jahr 1790 wurde ich als Stadtorganist mit einem jährlichen Gehalte von 50 Fl. angestellt, wofür ich wöchentlich 6

4 Geißler (zit. nach Dohr), S. 232.

5 Musicalisches Konversations-Lexikon. Hrsg. von Hermann Mendel und August Reissmann. Bd. 8, Berlin 1877, S. 357 ff. (zit. nach Dohr, S. 261).

6 Vgl. Eduard Berlet, *Lehrerbildung in Hessen-Darmstadt. Vorgeschichte und Geschichte der großherzoglichen Seminare in Bensheim, Friedberg, Alzey und Darmstadt*. Hrsg. von Peter Fleck (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 68). Darmstadt und Marburg 1987, S. 376.

7 Selbstbiographie J. Chr. H. Rinck's (zit. nach Dohr), S. 30 ff.; Zitat: S. 30.

Mal die Orgel spielen und 2 ½ Stunde Gesang=Unterricht in der ersten Knabenschule ertheilen musste ... Da mein geringer Gehalt zu Gießen nicht hinreichte, die nöthigsten Bedürfnisse zu befriedigen, so musste das Fehlende durch Privatunterricht und Abschreiben für Rechtsgelehrte verdient werden. Doch mehr als diese ökonomischen Beschränkungen schmerzten mich manche anderen Hindernisse, die sich meinem rascheren Vorschreiten auf der Bahn der Kunst hemmend in den Weg stellten. Hierher gehörte, daß ich nie Gelegenheit hatte, die großartigen Werke unserer bedeutendsten Meister zu hören, ja nicht einmal zu sehen, und während meines 15jährigen Aufenthalts zu Gießen wurde mir nur ein Mal das Glück zu Theil, einer Partitur habhaft zu werden. Es war die von dem Mozart'schen Requiem. Mit wahren Heißhunger wurde dieselbe verschlungen, und eine große Wehmuth ergriff mich, als ich dieselbe wieder zurück geben mußte. Auch der Umstand, daß ich von dem Schicksale verurtheilt war, eine alte, sehr schlechte Orgel mit kurzer Octave ohne Pedal 15 Jahre lang zu spielen, mußte mich im praktischen Orgelspiele sehr zurück bringen. Indessen wurden doch des Nachts, aus reiner Liebe zur Kunst, die Clavier- und Orgelcompositionen von Sebastian und C. P. E. Bach, Mozart, Haydn, Clement, Kozeluch u. A. auf einem schlichten Clavicorde so gut als möglich studirt; im Theoretischen theils die Schriften eines Marpurg, Kirnberger, Ernst Wolf, Türk und Anderer benutzt, und dabei, so viel Zeit es mir gestattete, componirt.⁸ In dieser Zeit, namentlich 1790, schrieb ich unter andern: 1) eine Trauer-Cantate auf den Tod des Landgrafen Ludewig IX. von Hessen mit Orchesterbegleitung, welche in der Stadtkirche zu Gießen aufgeführt wurde; 2) eine Cantate auf das Pfingstfest mit Orchesterbegleitung, welche ebenfalls in der Burckirche daselbst aufgeführt wurde ... 7) viele kleine Lieder mit Clavierbegleitung und noch eine große Menge von Orgelstücken ...

Im Jahre 1792 wurde mir nach vorheriger Prüfung durch die Superintendenten Bechtold, Ouvrier und Schulz zugleich die dritte Stadtschullehrerstelle, im Jahr 1793 noch die Stelle eines Schreiblehrers und 1805 die eines Musiklehrers an dem Pädagogio zu Gießen übertragen. Hierdurch wurde meine ökonomische Lage verbessert. Aber in dem französischen Revolutionskriege, welcher seine Schrecken auch nach Gießen hin verbreitete, mußte ich, neben häufigen Einquartierungen, welche ich zu tragen hatte, manche harten Prüfungen erdulden. Doch davon nicht weiter.

Nicht unerwähnt darf ich hier lassen, daß mir schon im Jahre 1804 von meinem gnädigsten Fürsten eine jährliche Besoldungszulage als Orga-

⁸ Seiner Selbstbiographie fügte Rinck ein Werkverzeichnis an (Dohr, S. 32-39). Ein weiteres Werkverzeichnis findet sich bei Geißler (Dohr, S. 242-249).

nist zu Theil geworden war. Einen Ruf des von Gießen nach Dorpat berufenen und vor einigen Jahren dort verstorbenen Collegienraths und Professor Dr. Hezel, zur Uebernahme der dortigen Musikdirector- und Organistenstelle bei der Universität mußte ich, in Erwägung mancher Familien-Verhältnisse, unberücksichtigt lassen. Dagegen wurde ich im Jahre 1805 nach Darmstadt berufen und als Stadtorganist, Cantor und Musiklehrer an dem Großherzogl. Pädagogio, Examinator der Schulkandidaten der Provinz Starkenburg und Mitglied der Großherzoglichen Hofcapelle angestellt. Im Jahr 1813 vertauschte ich die Stelle des Stadtorganisten mit der an der hiesigen Schloßkirche, und wurde im Jahr 1817 zugleich zum wirklichen Kammermusikus ernannt ...“

Die Gießener Kirchen zur Zeit Rincks

In Gießen sind drei Kirchenbauten⁹ zu unterscheiden: Die 1248 erwähnte Kapelle des Hl. Pankratius und der Hl. Maria, eine wohl im 12. Jahrhundert errichtete Chorturmkirche, die zur Mutterkirche St. Peter in Selters gehörte. 1334 wurde diese Kapelle „Pfarrkirche“ genannt. Die im frühen 14. Jahrhundert errichtete Kirche, die dem Hl. Pankratius geweiht war und verschiedentlich umgebaut wurde. 1484 wurde mit dem Bau des Turmes begonnen. 1809 wurde die Kirche abgerissen. An dieser Kirche wirkte Rinck. Wenn er in seiner „Selbstbiographie“ 1833 als Aufführungsort seiner 1790 entstandenen „Trauer-Cantate“ auf den Tod des Landgrafen Ludewig IX. die „Stadtkirche zu Gießen“ nennt, so ist dies von der Funktion dieser Kirche her zwar richtig, aber von der Bezeichnung her falsch. Den Namen „Stadtkirche“ trug die von dem Darmstädter Hofbaumeister Johann Georg Moller errichtete, 1821 geweihte, 1897 umgebaute und am 6.12.1944 zerstörte Kirche. Was die von Rinck ebenfalls erwähnte „Burgkirche“ anbelangt, so geht diese auf das wegen der Verlegung der Gießener Universität nach Marburg 1625 freigewordene Universitätsballhaus zurück, das in den 50er Jahren des 17. Jahrhunderts umgebaut wurde und hierauf über 150 Jahre lang als „Burgkirche“ gottesdienstlichen Zwecken diente. Von 1645 an wurden in diesem Gebäude Gottesdienst gehalten, der in erster Linie für die in Gießen stationierte „Soldatesca“, daneben aber auch für den Teil der Bürgerschaft dienen sollte, der in der „engen Stadtkirche“ keinen Platz fand. 1824 wurde die Burgkirche abgerissen.

9 Karl Dienst, Die Gießener Pankratiuskapelle früher, in: Jahrbuch der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung (JHKGv) 51, 2000, S. 221-232. Vgl. ferner Heinrich Walbe, Die Kunstdenkmäler des Kreises Gießen, Bd. 1. Darmstadt 1938. - Karlheinz Lang, Zur Baugeschichte der Stadtkirche Gießen, in: MOHG NF 73. Bd., 1988, S. 191 ff.

Die Oberhessische Schulordnung von 1733

Den Rahmen für Rincks schulpädagogische Tätigkeit in Gießen bildete die mit dem Namen des Gießener Superintendenten und Professors Johann Jacob Rambach (1693-1735) eng verbundene „Hessen-Darmstädtische Schul-Ordnung für die deutschen Schulen im Ober-Fürstentum; auf Hoch-Fürstlichen gnädigsten Befehl publiciret den 14. August 1733“.¹⁰ Sie legte größten Wert auf eine schärfere Betonung des Zwangs zu allgemeinem, regelmäßigem und ausreichendem Schulbesuch, auf die Hebung des Schulmeisterstandes und auf die Besserung der Lehrmethode. Wichtig waren auch die Verlängerung des Schulzwangs von sieben auf acht Jahre, die Einrichtung von Fortbildungsschulen von Knaben und Mädchen, die Bestrafung der Schulversäumnisse, die Beseitigung der unnöthigen Ferien und allzu langen „Sommerschulen“, der dem Schulmeister auch von seiten des Pfarrers zu erweisende Respekt, der Lebenswandel der Lehrer und die rechte Art des Schulbetriebs. Allenthalben spürt man den pietistischen Geist, der das Oberhessische Schulwesen auf einen höheren Stand bringen will.

Die Einführung der Oberhessischen Schulordnung von 1733 wurde zwar für die Darmstädter Diözese abgelehnt; für Oberhessen wurde sie aber normativ für einen Zeitraum von fast 100 Jahren. Bis 1827 ist sie, die man 1773 in einer zweiten Auflage erscheinen ließ, die oberhessische Schulordnung schlechthin geblieben.

Was die Lehrer anbelangt, so werden sie durch die Schulordnung von 1733 besonders in Pflicht genommen.¹¹ Neben seinen Aufgaben als

10 Wilhelm Diehl, Die Schulordnungen des Großherzogtums Hessen 3: Das Volksschulwesen der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt (Monumenta Germaniae Paedagogica XXXIII), Berlin 1905. Schon die Bezeichnung „Oberfürstentum“ weist auf grundlegende Zusammenhänge der hessischen Landesgeschichte hin. Im Hintergrund steht die nach dem Tod des Landgrafen Philipp des Großmütigen erfolgte Landesteilung von Hessen 1567 in das Niederfürstentum (Kassel), das Oberfürstentum (Marburg), die Niedergrafschaft (Rheinfels) und die Obergrafschaft (Darmstadt). 1604 stirbt die Marburger Linie aus; das Oberfürstentum wird zwischen Kassel und Darmstadt aufgeteilt. Die Linie Rheinfels war schon 1583 erloschen. Der Begriff „Oberfürstentum“ bezeichnet nach 1604 nur noch die an Hessen-Darmstadt gefallen Teile des ehemaligen Oberfürstentums Marburg. Die Stadt Marburg gehörte zwar jetzt zu Kassel. Dennoch bleibt eine „Diözese Marburg“ als Teil Hessen-Darmstadts bestehen. Damit ergab sich folgende kirchliche Gliederung Hessen-Darmstadts [Diözesen = Superintendenturen]: Obergrafschaft [Diözese Darmstadt] - Oberfürstentum [Diözesen Gießen, Marburg, Alsfeld]. Die Diözese Gießen wiederum gliederte sich in vier Metropolitanbezirke: Echzell, Butzbach, Nidda, Schotten; Darmstadt bestand aus zwei Metropolitanbezirken: Darmstadt und Groß-Gerau.

11 Zu Rincks Tätigkeit als „Schreiblehrer“ vgl. auch Ziff. 7 der Hessen-Darmstädtischen Schulordnung von 1733: „Wegen des Lesens können die Kinder in drey Ordnungen

Gehilfe des Pfarrers im Gottesdienst (Aufseher, Repetent und Kontrolleur) hat der Lehrer auch zahlreiche alltagsliturgische Funktionen zu erfüllen. Er ist also auch „Gemeindepädagoge“: Der Lehrer soll „mit allem Ernst und Eifer suchen, wie er ein jedes Kind dem Herrn Jesu zuführe“. Ziff. 4 bis 6 der Schulordnung entfalten dies weiter: „Des Sonntags, absonderlich zu Sommers-Zeiten, soll er [= der Schul-Diener] alle seine Schul-Kinder eine viertel oder halbe Stunde vor der Früh-Predigt in der Schule versammeln, sie das Sonntägliche Evangelium und Epistel aus der Bibel oder neuen Testament, welches sie alle mit sich bringen müssen, lesen lassen, andächtig mit ihnen beten, auch sie zur stillen Anhörung des Wortes Gottes, und kindlichen Ehrfurcht vor der heiligen Allgegenwart Gottes ermahnen, und sie darauf paarweise aus der Schule in die Kirche führen. In der Kirche soll er beständig ein wachsames Auge auf die Kinder haben, kein Schwätzen noch andern Muthwillen ihnen verstatten, sondern die widerspenstigen aufzeichnen, und den folgenden Tag in der Schule abstrafen, auch dahin sehen, daß das Gesänge von ihnen langsam und andächtig geführt werde. Aus der Nachmittags-Predigt oder Bet-Stunde des Sonntags soll er sie wieder ordentlich und paarweise in die Schule führen, die Predigten mit ihnen kürztlich durch Frag und Antwort wiederholen, und ein oder andern Spruch ihnen wieder einschärfen, und mit hertzlichen Ermahnungen auf ihren Zustand appliciren. Damit dieses an den Orten, wo es bisher noch nicht geschehen, in Schwang komme, und darin erhalten werde, dafür soll der Pfarrer eines jeden Orts treulich sorgen, und sich zuweilen bey solchen Wiederholungen mit einfinden ... Es hat sich aber auch ein jeder Schul-Diener dahin zu sehen, daß auch in der Woche das wahre Christenthum ernstlich von ihm getrieben werde. Er soll zu dem Ende die Kinder insonderheit fleißig auf ihren Tauf-Bund, darinnen sie dem Satan abgesagt, und dem dreyeinigen Gott, Treue, Liebe und Gehorsam zugesagt haben, weisen, sie öftters an die Allwissenheit und Allgegenwart Gottes erinnern, und ihnen tief einprägen, daß er das Gute nicht unbelohnt, und das Böse nicht ungestraft lasse. Er

getheilt werden. Die erste Ordnung lernet die Buchstaben durch öfters fragen, auch außer der Ordnung, kennen, und deutlich aussprechen. Die andere Ordnung lernet die Buchstaben zusammen setzen, oder buchstabiren. Die dritte Ordnung wird ferner geübt, daß sie deutlich, und nach den Unterscheidungs-Zeichen, den punctis, commatibus etc. lesen lerne. Es sollen aber die Schul-Diener hierinn nicht zu sehr eilen, und die Kinder nicht eher zum buchstabiren lassen, bis sie die Buchstaben fertig können, und nicht eher zum lesen mit ihnen schreiten, bis sie ohne Anstoß buchstabiren, und die Worte recht theilen können. Gleichergestalt können diejenigen, die schreiben lernen, in drey Ordnungen getheilt werden, so, daß einige die einzeln Buchstaben, die man ihnen anfänglich mit einem Bleystift vormahlen, und mit Dinte überziehen lassen kann, andere aber Sylben und Wörter, die übrigen nach Vorschriften schreiben. Es ist aber auch nicht zu vergessen, daß die Kinder zur Lesung geschriebener Briefe angeführet, und nebst dem im Rechnen nothdürftig informiret werden“.

soll sie vor allen Sünden, sonderlich denen, dazu die Jugend am meisten geneigt ist, als Eigensinn, Trotz, Ungehorsam, Unlust zum Guten, Lügen, Leugnen, Stehlen, Fluchen, Mißbrauch des Namens Gottes etc. treulich warnen, und zum Guten väterlich ermahnen: Die Schule soll er allezeit mit Gesang und andächtigem Gebet, anfangen und beschließen. Bey dem Gebet soll er darauf sehen, daß die Kinder dasselbe ehrerbietig, mit gefalteten und erhobenen Händen, langsam und andächtig verrichten. Bey dem Singen aber hat er sie darzu anzuhalten, daß sie weder zu geschwind, noch zu langsam die Worte aussprechen, auch, damit sie sich nicht gewöhnen falsch zu singen, ihre Gesang-Bücher in den Händen haben. Es soll auch keine Woche vorüber gehen, darinn die Schul-Kinder nicht wenigstens ein oder zwey Melodien der Lieder durch öftters Vorsingen accurat lernen“.

Auch wenn die Lehrer als Gehilfen des Pfarrers in Anspruch genommen werden: Sie sind nicht einfach „Untertanen“ des Pfarrers. Die Schulordnung bestimmt: „Auch kein Land-Pfarrer (soll) sich unterstehen seinen Schul-Diener allzu despotisch zu tractiren, ihn in Gegenwart (von) Eltern und Kinder zu prostituiren, oder ihm gar eine gewisse Art der Frohn-Dienste abzufordern, sondern er soll sich Christlich gegen ihn verhalten, ihm bey seinen Schul-Verrichtungen mit gutem Rath beystehen, und, wo er fehlet, ihn mit sanftmüthigem Geiste zu recht weisen“.

Zur Lehrerausbildung im ausgehenden 18. Jahrhundert

Bis ins 19. Jahrhundert hinein konnte sich fast jeder, der einen guten Leumund besaß und sich dazu befähigt fühlte, um eine freie Lehrerstelle bemühen, was besonders für Dorflehrerstellen zutraf. So berichtet der Darmstädter Bildungshistoriker Ludwig Fertig¹² von einer Lehrer-

12 Ludwig Fertig, *Zeitgeist und Erziehungskunst. Eine Einführung in die Kulturgeschichte der Erziehung in Deutschland von 1600 bis 1900*. Darmstadt 1984; hier S. 258. Vgl. ferner: *Bildung in der Residenz. Texte zur Erziehungs- und Schulgeschichte Darmstadts 1600-1950*. Hrsg. von Ludwig Fertig (Darmstädter Schriften 75), Darmstadt 1999. Was die Rolle der Musik anbelangt, so erwähnt Fertig auf S. 38 ein Gutachten des bekannten Darmstädter Musikers Christoph Graupner über einen anzustellenden Kantor vom 12.4.1752: „Den beruffenen Cantorem zu Worms Abele habe in Beyseyn Herrn Ober-Hoffprediger Berchelmann und Herrn Hoffprediger Diez mit seiner eigenen Arbeit gehöret, und so viel an ihm gefunden, daß er sich vor hiesiges Paedagogium wohl schicken wird. Seine Stimme zu singen kann passiren; wiewohl er dermahlen solche nicht gänzlich und aus voller Brust konnte hören lassen, indem er solches gantz alleine und ohne einiges Accompagnement dabey nöthiger Instrumenten nur mit einem einzigen schwachen Clavier, das er selbst mit spielte, verrichten mußte, welches einem Sänger schon einige Beschwerlichkeit verursacht. Ueber dieses kann auch Stimme und Methode, in diesen Umständen nicht allemahl so beschaffen seyn, wie es von einem Sänger in ordentlichen Capellen erfordert wird. Die Haupt-Sache kommt eintzig und

auswahl aus dem 18. Jahrhundert; beworben hatten sich hier ein Schuster, ein Weber, ein Schneider, ein Kesselflicker und ein invalider Unteroffizier. Erfolg hatte der Weber Jakob Maehl, von dem es im Protokoll heisst: „Er hat die Fünffzig hinter sich, hat gesungen: a) ‚O Mensch, beweine‘, b) Zeuch ein zu Deinen Thoren, c) Wer nur den lieben Gott läßt walten‘. Melodie ging in viele andere Lieder, Stimme sollte stärker sein, quiekte mehrmalen, so nicht sein muß. Gelesen Josua 19,1-7 mit 10 Lesefehlern, buchstabiren Jos. 18,23-26 ohne Fehler. Dreierlei Handschriften gelesen, schwach und mit Stocken, drei Fragen aus dem Verstant, gab er Satisfaction. Diktando 3 Zeilen geschrieben, fünf Fehler. Des Rechnens auch nicht kündig ...“ Die Begründung für die Wahl Maehls lautet: „Es wurde einmütig dafür gehalten, daß Jakob Maehl der capabelste, wogegen den andern, namentlich dem Kesselflicker, nicht zu trauen, sintemalen er viel durch die Lande streiche, dagegen der einbeinige Kriegsknecht die Fuchtel gegen die armen Kindlein zu stark zu gebrauchen in Verdacht zu nehmen sei, was denen mitleidigen Müttern derselben doch sehr ins Herz stechen und weh tun könnte, auch sei zwischen rohen Soldaten und solchen Würmlein ein Unterschied zu setzen. Der Pastor ließ nun votiren, und wurde Maehl einstimmig erwählet“.

Was die Lehrerausbildung im Blick auf die Landgrafschaft Hessen im ausgehenden 18. Jahrhundert anbelangt, in die Rinck auf mehrere Weise involviert ist, so ist zunächst die auch für die 1803 an Hessen-Darmstadt gefallene und dann zur Provinz Starkenburg gehörende ehemalige Kurmainzer Bergstraße wichtige Mainzer „Schullehrer-Akademie“ unter Steigentesch zu nennen,¹³ die in ihrem Vorlesungsplan all jene Fächer aufgenommen hatte, die in der Volksschule Lehrgegenstände waren. 1771 erschienen drei, 1773 sechs Wochenstunden Gesang auf dem Lehrplan. Musikunterricht wurde in der Akademie

alleine auf die Jugend an, daß bey dieser die prima Elementa der Music bedächtlich und wohl gelegt werden, alsdann kann nach iedwedem Gelegenheit weiters drauf gebauet werden: Und hierinnen hat er gute Wissenschaft, ist auch in der Composition wohl erfahren, daß er bey allen Vorfällen sich selbst helfen kann, welches man bey solchen, zumahlen wenn andere Lectiones mit verknüpft sind, gar selten beysamen antrifft. Besonders hat mir wohl gefallen, wie er den Chor in Worms eingerichtet. Er giebt nemlich dem Praefecto die Partitur; Discant, Alt und Tenor werden a part iedwedem ausgeschrieben und muß iedweder seine Stimme in der Hand haben, da es denn nicht fehlen kann, daß es ordentlich devot und angenehm herauskommen muß, welches denn Liebhaber genug finden wird, die dieses solcher Art gerne hören werden, und nicht so in Confusion, wie es dermahlen hier beschaffen, abgehen kann. Ueberhaupt scheint er ein fleißiger Arbeiter, der keine Mühe scheuet, zu seyn“. - Vgl. auch Horst Schiffler/Rolf Winkeler, Tausend Jahre Schule. Eine Kulturgeschichte des Lernens in Bildern. Stuttgart/Zürich (1985) ²1987.

13 Berlet (wie Anm. 6), S. 28 ff.

nicht erteilt, denn die Lehrer sollten ja „künftighin von dem Orgel- und Glockendienste losgezählt“ sein; aber den kirchlichen Choralgesang müssen sie pflegen und auch der Jugend Gesangsunterricht erteilen können. Darum bildete Gesang einen Teil der akademischen Unterweisung. Was die Landgrafschaft Hessen anbelangt, so waren im Zeitalter der Reformation die Berufe des Geistlichen und des Lehrers nicht scharf voneinander abgegrenzt; die zukünftigen Geistlichen sollten über den Beruf eines Lehrers zum Pfarramt gelangen,¹⁴ was im Blick auf die Lehrer die Pflicht einschloß, den Geistlichen in seinen Amtsverpflichtungen zu unterstützen. Bis 1635 haben in der Obergrafschaft Katzenelnbogen von 200 Lehrern insgesamt 175, d. h. 87% aller Landschulmeister ein Universitätsstudium hinter sich! Zwar nahmen nach dem Dreißigjährigen Krieg die Lehrer mit regelmäßigem Studium ab; dennoch waren 1782 in der Obergrafschaft [Darmstadt] noch 32% studierte Lehrer tätig, während es in Oberhessen nur noch 20% waren: „In der hessen-darmstädtischen Obergrafschaft war die Anstellung studierter Lehrer vor dem 30jährigen Krieg die Regel, während in Oberhessen, das bis 1604 hessen-marburgisch war, die Verwendung solcher Lehrer eine Ausnahme bildete“.¹⁵ Haben wir in Starkenburg in dieser Zeit einen studierten Lehrerstand („Praeceptores literati“) vor uns, der mit dem niederen Kirchendienst eines Opfermannes oder Glöckners nichts zu tun hat, so überwiegen in Oberhessen die „deutschen Schulmeister“, d. h. unstudierte Lehrer („Praeceptores illiterati“), die auch Glöckner und Opfermänner sind. Im 18. Jahrhundert ging auch in der Obergrafschaft die Zahl der studierten Lehrer stark zurück, so dass man sich auch hier genötigt sah, Personen mit einem zuweilen recht bedenklichen Bildungsgrad als Lehrer anzunehmen. Im Jahr 1743 kommt es in Hessen-Darmstadt zu einer Prüfungsordnung für alle „Volksschullehrer“. Die Regierung erließ an die beiden Konsistorien zu Darmstadt und Gießen ein Ausschreiben, „daß inskünftige nicht nur die Praeceptores literati, sondern auch illiterati vor ihrer Annahme sich vor dem Definitorio zum Examina sistiren, diese vom Befinden ihrer Tüchtigkeit seinen Bericht erstatten und die Consistoria hierüber an den Landgrafen auch ihre Gutachten einschicken sollen“.¹⁶ Allerdings erfüllte der Staat, abgesehen von den Lehrer-Theologen, die Voraussetzung für eine solche Verwaltungsvorschrift, nämlich die Bereitstellung einer Möglichkeit zum Erwerb der behördlich verlangten Kenntnisse und Fertigkeiten, nicht. Es blieb den Bewerbern um ein Schulamt überlassen, sich diese zu beschaffen. Um 1770 schlug der Gießener

14 Berlet (wie Anm. 6), S. 52 ff.

15 Berlet (wie Anm. 6), S. 54.

16 Berlet (wie Anm. 6), S. 59.

Professor Bechtold vor¹⁷: „Wenn die Catechismus Uebungen oft und fleisig von Predigern und Schuldienern auf den Dorfschaften getrieben werden: so können etwas fähigere Köpfe selbstn durch diese Uebungen unter Anweisung eines tüchtigen Lehrers so weit gebracht werden, daß sie wieder einst einer Dorfschule vorstehen können. Hiernächst könnte auch ein solcher Mensch, der einst in dieser Lebensart seine Tage zuzubringen Lust hätte, sich etliche Jahre vorher, und ehe er einen solchen Schuldienst suchte, in der nähern Unterweisung eines frommen und rechtschaffenen Landgeistlichen begeben, der solche Arbeit entweder umsonst und nur der Sache Christi willen, oder, wenn es der Lehrling bezahlen könnte, gegen Geld zu übernehmen hätte“. Auch in Hessen war es also bei den für die Bildung der Lehrer verantwortlichen Stellen zur allgemeinen Anschauung geworden, „daß ein ehrlicher Handwerker sehr wohl auch ein echter Weiser sein könnte. Das Handwerk hatte ihn zu ernähren, ihm sein Auskommen zu gewähren; daneben war er Schulmeister und Erzieher der Jugend. Die jungen Leute, die sich dem Lehrerberuf widmen und einstens Lehrer werden wollten, suchten sich in ihrem Ort oder in der Nachbarschaft gemäß dem Anraten Bechtolds einen Lehrer aus, bei dem sie sich in den Stunden, die ihnen ihre Lehrlingszeit übrig ließ, in das Amt einführen ließen. Meistens war an dieser Vorbereitungszeit auch noch der Pfarrer beteiligt. Dieser gab dem Lehrling ein gutes Buch über das Christentum und über die Kenntnisse, soweit sie in die Landschulen gehörten. Der alte Schulmeister des Ortes unterrichtete den Kandidaten notdürftig im Klavier- und Orgelspiel und lehrte ihn, einen Gesang anzustimmen. Daneben lernte er natürlich in der Hauptsache sein Handwerk ausüben ... Glaubte er sich mit den nötigen Kenntnissen versehen, so legte er das Definitorialexamen ab und bekam dadurch das Anrecht, in ein öffentliches Schulamt zu kommen“.¹⁸ Erst das 19. Jahrhundert brachte

17 Berlet (wie Anm. 6), S. 59 f.

18 Berlet (wie Anm. 6), S. 60: „Praktisch war es jedoch so, daß auch viele Lehrer ohne jegliche Prüfung in den Landschulen wirkten. Im Jahre 1809 befanden sich beispielsweise in Starkenburg 29 geprüfte Volksschullehrer und 54 ungeprüfte. ... Auch in den ... selbständigen Territorien, die 1803 an Hessen fielen, finden wir gleiche und ähnliche Verhältnisse vor. ... Aus den Wormser Schulverhältnissen dieser Zeit lassen wir noch einen aktenmäßigen Beleg folgen, in welchem Anstellung suchende Lehrer in ihren Bewerbungsschreiben an die ehemals freie Reichsstadt eingehend ihren Vorbereitungsweg zum Lehramt darstellen. ... Wir hören von einem dieser Bewerber, daß er nach vollendetem 16. Lebensjahr von 1764-1767 ‚in der Rechenkunst, Music und im Schulhalten ... zu Rimbach Unterricht erhalten hat‘. Sein Lehrer beglaubigt ihm dies und führt den Umfang der seinem Schüler mitgegebenen Kenntnisse noch weiter aus. Die Vorbereitung auf das Volksschulamt beschränkte sich nicht nur auf die ‚besten Gründe des Christentums‘, sowie auf ‚Lesen, Schreiben und Rechnen‘, sondern berücksichtigt auch die ‚zur Rechtschreibung nöthige Latinität‘. Ebenso wurde er sowohl in der ‚vocal- als instrumental Musique 3 Jahr lang ... continuirlich informiret ... son-

dann die für alle Lehrer gleiche Ausbildung. Eine Übergangslösung findet sich in dem Plan des Darmstädter Gymnasialdirektors Johann Martin Wenck, innerhalb des Darmstädter Pädagogs eine Art Lehrerseminar zu errichten.¹⁹ Das „Lectionsverzeichnis für diejenige, die sich im Fürstl. Pädagog zu Darmstadt zu einem deutschen Schulamte vorbereiten wollen“, enthält als Fächer auch Gesang und Klavier. Zu Rincks Gießener Zeit gab es im Blick auf die Lehrerbildung daneben noch vier verschiedene Pläne: „(1) das Gutachten des Gießener katholischen Pfarrers Schalk, die Errichtung eines Seminariums für protestantische Schullehrer zu Gießen betreffend, aus dem Jahre 1792; (2) das Projekt des Gießener Superintendents Bechtold, betreffend Errichtung eines Schullehrerseminars in Gießen aus dem Jahre 1797; (3) das Projekt des Gießener Pädagoglehrers Diefenbach, betreffend Errichtung einer Anstalt in Gießen zur Ausbildung von Soldaten zum Schuldienst aus dem Jahre 1804; (4) das Projekt des Friedberger Rektors Roth, betreffend Errichtung eines Schullehrerseminars zu Friedberg, ebenfalls aus dem Jahre 1804.“²⁰ Nach langem Hin und Her kam es 1817 zur Gründung des Friedberger und 1821 des Bensheimer Lehrerseminars, dem 1804 bis 1819 „zur Bildung künftiger römisch-katholischer Schullehrer“ eine „Normalschule“ vorausging, die praktisch einen Fortbildungskursus für bereits im Schuldienst stehende Lehrer anbot und eher dem Namen nach an das Mainzer Vorbild anknüpfte.

Was die „allgemeinbildenden Fächer“ anbelangt, so standen in Friedberg Religion sowie Gesang und Musik oben an; ihnen widmete man zwei Jahre lang täglich eine Stunde. Ziel des Gesangsunterrichts war es, „aus jedem Zögling des Seminars einen tüchtigen Schulgesanglehrer und Kirchenmusiker zu bilden, der die Kenntnisse, die Kraft und den Willen habe, die Schüler der Volksschule zum mehrstimmigen Gesang anzuleiten.“²¹ Klavier- und Orgelspiel waren für alle Seminarzöglinge

derheitlich in Tractirung des Claviers oder Orgel und General-Baßes, der Singkunst, so wohl Choralis als Figuralis‘ sowie des Violinspieles. Insgesamt habe sich der Kandidat derart vorbereitet, daß er ‚sich durch das Exercitium selbstens perfectioniren‘ kann. Nach diesem Studiengang kam der Lehrerbildner, der ‚Hochgräfl. Erbach-Fürstenausch. Cenzellist und Präceptor‘, zu dem Urteil, daß sein Zögling ‚folglich alle Orten wohl bestehen kann‘ ... Die Lehrfächer der Volksschule und die für den Kirchendienst notwendige Musik waren die wesentlichen Inhalte der vorbereitenden Ausbildung für den Beruf eines Lehrers. Die Lehrerbildungsstätte lag in der Schulstube: Durch praktische Lehrversuche verschaffte sich der junge Anwärter für den Volksschuldienst die Fähigkeit zu lehren; man half einem älteren Kollegen ‚bey seiner Schul-Arbeit eine Zeitlang‘ und erhielt von diesem ‚manchen nützlichen Rath zur heilsamen Führung des Amtes‘.“

19 Berlet (wie Anm. 6), S. 69. - Fertig, Bildung (wie Anm. 12), S. 46 ff.

20 Wilhelm Diehl, zit. nach Berlet (wie Anm. 6), S. 70.

21 Berlet (wie Anm. 6), S. 117.

verpflichtend; bei genügenden Vorkenntnissen und Fähigkeiten trat noch Violinspiel hinzu. 1826 wurde die Zahl der Religionsstunden von sechs auf drei Wochenstunden gesenkt; den Orgelübungen widmete man ebenfalls drei Stunden für jeden Seminaristen. Was die Instruktion für den Musiklehrer anbelangt, so soll das Seminar „die Zöglinge fähig machen, die Orgel beim öffentlichen Gottesdienst zu spielen; es soll der Mittelpunkt sein, aus dem ein verbesserter und veredelter Kirchen- und Volksgesang²² für den evangelischen Teil des Großherzogtums hervorgeht“.

Was die Anstellung der seminaristisch ausgebildeten Lehrer anbelangte, so war sie im Blick auf Starkenburg eher gering; hier - so die Vermutung Berlets²³ - waren die „Theologen-Lehrer“ („Praeceptores literati“) ein Hindernis. Noch nach dem Gesetz vom 16.6.1874, das Volksschulwesen im Großherzogtum Hessen betreffend, bestand weiter die Möglichkeit, über das Theologiestudium Volksschullehrer zu werden.²⁴ Was das Aufnahmealter der Seminarzöglinge anbelangt, so sollte es in der Regel zwischen dem vollendeten 16. und vollendetem 18. Lebensjahr liegen. Was die mitzubringenden und durch eine Aufnahmeprüfung nachzuweisenden „positiven Kenntnisse“ anbelangt, so gehörten dazu Gesang sowie Klavier- und Orgelspiel. Das Schuledikt von 6.6.1832 regelte die Prüfungen der Schulkandidaten, welche in den Lehrerseminaren ausgebildet waren, sowie derjenigen Anwärter, die das Seminar nicht besucht hatten; eine Verpflichtung zum Besuch des Seminars wurde nicht ausgesprochen. Neu war die Einführung einer zweiten Lehrerprüfung. Im Jahre 1868 wurde die zweijährige Seminarzeit in eine dreijährige umgewandelt.

Was den Musikunterricht anbelangt, so betrachtete man im Blick auf die zukünftige Wirksamkeit des Lehrers in Kirche und Gemeinde das Orgelspiel als eine wichtige Grundlage aller musikalischen Seminarbildung. Die praktische Ausbildung eines für den Gottesdienst tüchtigen Organisten war eine wichtige Aufgabe des Seminars. „Auf der Orgel lernten die Zöglinge die Begleitung der kirchlichen Gesänge sowie deren Umrahmung mit Vor-, Zwischen- und Nachspielen. Vierstimmige Präludien, leichte Fugen, einen vierstimmigen Choral sollten

22 Berlet (wie Anm. 6), S. 121.

23 Berlet (wie Anm. 6), S. 124.

24 Das Volksschulwesen im Großherzogtum Hessen, ein Hand- und Nachschlagebuch für Schulbehörden, Schulvorstände und Lehrer. Unter Mitwirkung des geheimen Oberschulrats Greim in Darmstadt bearbeitet von P. Müller, Kreis-Schulinspector in Oppenheim. Gießen 1891, S. 93: „Diejenigen Personen, welche die für Kandidaten des Gymnasial- oder Realschullehramts, desgleichen die evangelischen und katholischen Theologen, welche die für das Pfarramt vorgeschriebenen Prüfungen bestanden haben, sind von sämtlichen Prüfungen für das Lehramt an Volksschulen befreit“.

sie vorzutragen imstande sein. Hinzu kam für die künftigen Organisten höchst wertvoll die Lehre vom Bau der Orgel und die Bedeutung dieses Instruments. Dazu gehörte eine gründliche Ausbildung in der Musiktheorie: Unterricht über Tonleitern und Intervalle, die Lehre vom großen Dreiklang, der in den gewöhnlichsten Harmonieverbindungen angewendet wird, Grund- und Stammakkorde, Drei- und Vierklänge mit ihren Umkehrungen sowie Aussetzen von Chorälen. Dem Vorsänger in der Kirche und dem Gesanglehrer in der Schule galt es, die Fähigkeit zu geben, die Leitung und Einübung eines Chores übernehmen zu können. Im seminaristischen Gesangsunterricht wurden drei- und vierstimmige Chöre, Choräle, Lieder und Motetten einzeln und gemeinschaftlich gesungen. Zum Gebrauch bei dem Gesangsunterricht in der Schule wurde das Violinspielen erlernt. Jedoch wurde dies erst verhältnismäßig spät (1844) allgemein eingeführt ... Der Vertiefung und Ausbreitung der Musikpflege galt das Klavierspielen. Man erstrebte die Ausbildung in einem soliden, auf ernste und edle Musik gerichteten Klavierspiel. Die höheren Zwecke und künstlerischen Richtungslinien zeigen uns die Werke, die auf dem Klavier mit den Seminaristen eingeübt wurden: Etüden von Bertini, zwei- und vierhändige Sonaten von Mozart, Clementi, Haydn; Beethoven, Diabelli, C. M. v. Weber“.²⁵ Im Blick auf die Orgel läßt sich, wie erwähnt, bis 1895 eine Hochschätzung der Orgelpräliminarien von Rinck nachweisen.

Rincks Prüfung als Gießener Stadtschullehrer

Rinck gehörte im Blick auf seine Lehrtätigkeit im Grunde zu den „praeceptores illiterati“, zu den unstudierten Lehrern, die im Unterschied zu den theologischen „Schulmeistern“ auch „Schuldienere“ genannt wurden. In seiner „Selbstbiographie“²⁶ berichtet er: „Von meinem Vater [er war, wie sein Großvater, Verwalter der Schullehrerstelle in Elgersburg] wurde ich in den nöthigsten Schulkenntnissen unterrichtet und erhielt nebenbei, zwar nur kurze Zeit, von einem Candidaten der Theologie Unterricht in der lateinischen Sprache. In der

25 Berlet (wie Anm. 6), S. 259. „Die Geschichte der seminaristischen Lehrerbildung im Großherzogtum Hessen ist im weiteren 19. Jahrhundert vorrangig durch die beiden Seminare in Friedberg und Bensheim bestimmt worden. Erst 1880 kam ein drittes Seminar im rheinhessischen Alzey hinzu, 1902 das Seminar für Volksschullehrerinnen in Darmstadt. Bis zum Kulturkampf blieben die Seminare selbst konfessionell geprägt. Mit dem Schulgesetz von 1874 wurde die Simultanität eingeführt. Als äußere Rahmenbedingungen sind die Seminarzeit von zwei Jahren, die 1868 auf drei Jahre heraufgesetzt wurde, sowie die bis dahin durchgängige Internaterziehung hervorzuheben“. Was den Musikunterricht von 1868-1918 anbelangt: Vgl. Berlet (wie Anm. 6), S. 374-377.

26 Dohr, S. 20.

Musik, Gesang ausgenommen, welchen ich mit den übrigen Schül-
kindern mechanisch erlernte, empfing ich vor meiner Confirmation
keinen Unterricht, und verließ, 13 Jahre alt, die Schule meines Vaters,
ohne daß ich mich für etwas entschieden hätte. Doch meine Liebe zur
Musik, meine schöne Stimme und besonders folgender Vorfall veran-
laßten meinen Vater, mich der Musik zu bestimmen. Eines Tages näm-
lich ertheilte derselbe einem jungen Menschen Clavierunterricht. Ich
sah und hörte dem zu, und da das Stückchen, welches mein Vater
seinem Schüler vorgelegt hatte, nach häufiger Wiederholung immer
nicht gehen wollte, so bat ich um die Erlaubnis, dasselbe auch einmal
spielen zu dürfen. Mein Vater, erstaunt über diese Bitte (denn ich
kannte weder eine Note noch eine Taste), gewährte meinen Wunsch,
und ich spielte das Stückchen ohne Fehler. Dieses entschied über meine
Bestimmung. Noch denselben Tag begann ich die Noten zu lernen und
bald wurde der Anfang im Clavierspielen mit einigen Menuetten von
Telemann gemacht. Besonderes Vergnügen gewährte es mir nun, wenn
ich allein am Clavier saß, Terzen und Sexten aufzufinden und dieselben
zu Papier zu bringen. Obgleich mein Vater ein guter Musiker, ein
braver Sänger und tüchtiger Generalbaßspieler war, der mit vieler
Gewandtheit aus allen Tonarten spielte und jeden Choral aus dem
Stegreife variiren konnte, so war doch der Unterricht, den ich von
demselben erhielt, äußerst dürftig, indem seine mancherlei Amtsge-
schäfte ihm nicht erlaubten, viel Zeit auf meine musikalische Bildung
zu verwenden“. Von 1784-1789 erhielt Rinck Unterricht bei dem
Schullehrer Abich in Angelroda, einem Schüler Peter Kellners von
Gräfenroda, bei dem Organisten Junghanz in Arnstadt, bei Cantor
Kirchner zu Bücheloe, und von 1786 an in Erfurt bei dem „berühmten
Kittel, dem damals noch einzigen lebenden Schüler unsers unsterb-
lichen S. Bach zu Leipzig“. Sein Vater wollte ihn dann ein Jahr nach
Göttingen schicken, um dort Forkels musikalische Vorlesungen zu
hören. „Der Himmel hatte es aber anders beschlossen. Die damals zu
Gießen erledigte Stadtorganistenstelle wurde mir angetragen“.

Die finanziell nur ungenügend dotierte Gießener Stadtorganistenstelle
war mit wöchentlich 2½ Stunden Gesangsunterricht an der Schule ver-
bunden. Um außerdem 1792 die dritte Stadtschullehrerstelle und 1793
die Stelle eines Schreiblehrers zu erhalten, mußte Rinck sich einer
Prüfung unterziehen, die für Oberhessen von den Professoren der
Gießener theologischen Fakultät - zu Rincks Zeit waren es die Super-
intendenden Bechtold, Ouvrier und Schulz - abgenommen wurde. Wie
eine solche Prüfung vor sich ging, zeigt uns das Protokoll einer solchen
Gießener Prüfung von 1785, die von den drei Genannten abgenommen

wurde.²⁷ Nach diesem Protokoll wurde Kandidat X gefragt: „Woraus nimmt man den Unterricht selig zu werden? Resp: Aus der Heiligen Schrift.

Weil nun die Schrift aus dem Alten und dem Neuen Testament besteht - woraus nimmt man vornehmlich den Unterricht? Resp: Aus dem Neuen Testament, weil dasselbe kürzer ist, und ohne solche Bilder und Weissagungen, aber deutlicher von Christo handelt, auch keine solchen partikularen Gesetze enthält.

Haben wir denn nicht auch die Hauptsache des Christentums in einem gewissen Auszug, zum Besten der Kinder? Resp: Ja, den Katechismus, worin fünf Hauptstücke vorkommen.

Wie bringt man den Kindern den Katechismus, oder die Lehre des Christentums bei? Resp: Ich lasse solche lernen. Dazu gehört, daß ich ihnen die Sache erkläre, damit sie es verstehen, und alsdann den Gebrauch und den Nutzen zeigen.

Kandidat Y wird gefragt: Wie mache ich es, wenn ich den Kindern die Bibel zum Unterricht geben will? Res: Sie müssen erst lesen lernen.

Was gehört dazu? Resp: Sie lernen erst das ABC. Hierbei nehme ich immer einige Buchstaben, zeige ihnen den Unterschied und lerne sie solche kennen. Alsdann kommen sie ins Buchstabieren, und da nehme ich erst die einfachsten Silben, und hernach solche, die aus mehreren Buchstaben bestehen.

Worauf sieht man beim Lesen? Resp: Daß sie die Worte richtig aussprechen lernen, daß auf die Unterscheidungszeichen gesehen werde und daß sie verstehen, was sie lesen.

Was nimmt man zuerst beim Lesen? - Dies wußte er nicht

Dr. Rosenmüller gab den Kompetenten Stellen vor zum Lesen, diktierte ihnen Stellen zum Nachschreiben und ließ sie auf dem Klavier spielen ...

Kurz: Man wird lebhaft an die oben von Fertig erwähnte Prüfung des Jakob Maehl erinnert! Da tröstet es wenig, daß der nicht unumstrittene Pfälzer Pfarrerssohn Friedrich Christian Laukhart (1757-1822)²⁸ die Stadt Gießen („Gießen selbst ist ein elendes Nest, worin auch nicht eine schöne Straße, beinahe kein einziges schönes Gebäude hervorragt,

27 Hugo Friedrich Heymann, Eine Gießener Religionslehrer-Prüfung 1785, in: JHKGv 12, 1961, S. 183-188.

28 Friedrich Christian Laukhart [1757-1822], Leben und Schicksale, von ihm selbst beschrieben. Hrsg. von Karl Wolfgang Becker. Leipzig 1989, S. 26 f.

wenn man das Zeughaus und das Universitätsgebäude ausnimmt ...“) und die Universität²⁹ „elend“ fand: „D. Bechtold und Ouvrier waren theologische Krüppel, immer einer trübseliger als der andre. Herr Schulz fing erst nach [Prof.] Bahrds Abgang an, eigentliche Theologie vorzutragen, ja man konnte recht merken, daß er erst damals anfang, Theologie zu studieren. Er schrieb ganze Stellen aus Gruners deutscher Dogmatik und andern dergleichen Büchern wörtlich ab und trug sie seinen Zuhörern hübsch wieder vor ...“.³⁰

Einen Einblick in die Verhältnisse auf dem Lande gibt uns z. B. die Verfügung des „Großherzoglich Hessischen Oberconsistoriums“ an den „Großherzoglichen Superintendenten für die Provinz Oberhessen“ vom 28.7.1846, die „Mitpredigerstelle“ in Oberwiddersheim betreffend.³¹ „Auf Ihren Bericht vom 13. April d. J. eröffnen wir Ihnen, daß die höchste Staatsbehörde die von Ihnen gemachten Vorschläge, von der projektirten Wiederherstellung der Mitpredigerstelle zu Oberwiddersheim - unter dem Vorbehalte, in späterer Zeit bey sich ergebenden ausreichenden Fonds eine vollständig genügende Einrichtung zu treffen - nunmehr zu abstrahiren, die Schulstelle zu Oberwiddersheim mit einem Illiteraten zu besetzen, diesem zugleich die Cantor- und Organistengeschäfte zu übertragen, zur Besorgung der Küstergeschäfte aber einen besonderen Kirchendiener anzustellen ...“

Über die Verhältnisse an der Gießener Stadtkirche informiert uns der Bericht der Superintendentur Oberhessen an das Oberkonsistorium in Darmstadt vom 11.12.1868, die Pensionierung des Kantors Schwabe

29 Laukhard (wie Anm. 28) erzählt unter Berufung auf den Gießener Professor Roos folgende Geschichte: „Nach dem Absterben des Professors Wolff wurde der Lehrstuhl der orientalischen Sprachen erledigt. Das Kuratorium glaubte, daß der Professor Klotz zu Halle auch in diesem Fache gelehrt sei, und bot ihm die Stelle an. Klotz dankte für die Ehre, aus guten Gründen. Er verstehe, schrieb er in seiner Antwort, zwar kein Hebräisch noch sonst etwas Orientalisches, doch ceteris paribus sollte ihn das nicht abhalten, die Professur anzunehmen, indem er binnen vier Wochen so viel von dergleichen zu lernen gedächte, als die Gießener Studenten nimmermehr brauchen würden“.

30 Laukhard (wie Anm. 28), S. 29: Die Eltern sollten „eine Universität wählen, auf welcher die größte Anzahl der berühmtesten Männer das Fach lehren, für dessen Erlernung ihr Sohn entschieden ist, es sei nun Medizin, Jurisprudenz, Theologie oder ein anderes, und wo bei angemessenen Besoldungen, Bibliotheken und Kuratoren die ausge dehnteste Schreib-, Lehr- und Preßfreiheit herrscht. Freilich wird auch da aus manchem nichts, aber an einem Orte wie Gießen, Heidelberg, Rinteln, Mainz, Straßburg und auf mehr dergleichen Universitäten, wo Subjekte lehren, die kaum auf einer Trivialschule lehren sollten, oder wo ein Landesherr oder ein Kurator ohne Kopf den Vorsitz führt und alles so engbrüstig schematisiert, daß man den Verstand darüber verlieren könnte, wird es vollends gar nichts. Die Anmerkung ist freilich bitter, sie ist aber wahr, und deswegen sage ich sie gerade hin“.

31 ZA EKHN 109/960.

betreffend³²: „Indem ich den im obigen Betreff erstellten Bericht des Decanats Gießen zur hohen Verfügung vorlege, erlaube ich mir zur Empfehlung der vom Gr. [= Großherzoglichen] Decanat gestellten Anträge Folgendes gehorsamst zu berichten. Der Cantorendienst an der Stadtkirche zu Gießen ist nicht etwa als Nebenamt eines Schullehrers, sondern gerade umgekehrt der Cantor ist recht eigentlich Kirchendiener, dem aber nebenbei auch noch der Gesangsunterricht in der Stadtschule übertragen ist, weil es sich gewissermaßen von selbst versteht, daß der Cantor, der in der Kirche den Gesang zu leiten hat, auch die Kirchenmelodien bei der Schuljugend einübt. Da nun der bisherige Cantor Schwabe dienstunfähig geworden und sein Nachfolger noch nicht ernannt ist, so war das Gr. Decanat ... nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet, für provisorische Versehung der Cantorenstelle als eine Kirchendienerstelle zu sorgen. Das ist denn auch von Gr. Decanat geschehen. Es hat die provisorische Versehung der Cantorenstelle den beiden fähigen Bewerbern um diese Stelle, den Musiklehrern Zimmer und Steiner übertragen. Dieser Anordnung zuwider haben aber nun die weltlichen Mitglieder des Schulvorstandes die Versehung der Cantorenstelle in der Stadtschule dem Musiklehrer Zimmer allein übertragen, welcher eigenmächtig und unbefugterweise gefaßte Beschluß wieder aufzuheben meines Erachtens Gr. Oberstudiendirection zu veranlassen sein müßte. Was den weiteren Antrag des Gr. Decanats betrifft, daß die Bewerber um die Cantorenstelle sich einer Prüfung zu unterwerfen hätten, so bin ich auch damit einverstanden, da der Kirchengesang in Gießen der Verbesserung gar sehr bedarf und daher ein Cantor und Gesangslehrer noth thut, der Sinn und Verständnis für Kirchengesang und Kirchenmusik hat und der etwas Tüchtiges zu leisten vermag ...“

Hier wird deutlich, dass sich die Gießener Verhältnisse nach dem Abbruch der Pankratiuskirche und dem Neubau der Stadtkirche nicht grundlegend gegenüber Rincks Zeit verändert haben.³³

32 ZA EKHN 109/1049.

33 Einen guten Einblick in die Gießener Universitäts- und Frömmigkeitsverhältnisse gibt auch der Bericht des Gießener Dekans Dr. Engel an den Superintendenten der Provinz Oberhessen vom 16.10.1840 im Blick auf die Einrichtung eines besonderen Universitäts-Gottesdienstes (ZA EKHN 109/770):

„Da die Hindernisse, welche bisher der Einrichtung des rubricirten Gottesdienstes dadurch entgegenstanden, daß der katholischen Gemeinde der Mitgebrauch der evangelischen Kirche gestattet war, nunmehr durch die Erbauung einer katholischen Kirche beseitigt sind; so verhehle ich nicht, Ihrer verehrlichen Aufforderung gemäß, folgendes gehorsamst zu berichten.

1. Daß ein Universitätsgottesdienst überhaupt zweckmäßig und nothwendig sey, möchte schon daraus hervorgehen, daß namentlich in größeren Städten, wo ohnehin mehrere Kirchen und Gemeinden bestehen, wo die Universität bedeutend, die Anzahl der Studenten, der Professoren, Docenten und Universitätsangehörigen so groß ist, daß

auch sie eine Gemeinde bilden, die Einrichtung eines solchen Gottesdienstes ein dringendes Bedürfnis wird, indem eine andre Kirche, neben der übrigen Gemeinde, dem Universitätspersonal den erforderlichen Raum nicht gewähren könnte.

Ein Hauptgrund für einen solchen Gottesdienst liegt indessen in dem Umstand, daß hier das individuelle Bedürfnis, namentlich das der Studierenden, gehörig berücksichtigt, dadurch wird Ersprießliches für die Gegenwart und Zukunft gewirkt und überhaupt durch ein ausgezeichnetes Rednertalent, das ein Universitätsprediger besitzen muß, viel Gutes gestiftet werden kann.

2. Was nun Gießen betrifft, so sind hier noch ganz besondere Gründe für die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit eines solchen Gottesdienstes vorhanden. Gießen hat, bey einer bedeutenden Anzahl evangelischer Einwohner, nur Eine evangelische Kirche, und es kann darum der Universität eben so wenig wie den übrigen Staatsdienern und Gemeindegliedern ein besonderer Stand angewiesen werden, weil hierzu der Raum viel zu beschränkt ist. Die Studierenden haben zwar eine eigene Bühne, machen aber keinen Gebrauch davon.

Die Professoren und Universitätsangehörigen gehen, wenn man die evang. Theologische Fakultät ausnimmt, wenig oder gar nicht in die Kirche und zum h. Abendmahl. Die Studenten folgen diesem Beyspiel, und leider! besuchen auch die Theologen fast gar nicht den öffentlichen Gottesdienst.

3. Unter diesen Umständen ist es daher sehr wünschenswert, ja nothwendig, daß in der evangelischen Stadtkirche noch ein dritter, ein Universitätsgottesdienst mit Winken und Andeutungen (?) für die, welche mit einem guten Beyspiel vorangehen, und die, welche demselben folgen sollen, eingerichtet wird, damit auch unter dem Universitätspersonal ein kirchliches Leben, das schon seit mehreren Jahren bey den Gemeindegliedern bürgerlichen Standes in einem erfreulichen Zunehmen begriffen ist, aufblühe.

4. Dieser Gottesdienst könnte in der genannten Stadtkirche Vormittags, und zwar, wenn das h. Abendmahl gehalten wird, was im Sommer alle 14 Tage, im Winter selten und eine Zeitlang gar nicht geschieht, um 11, und, wenn dieses nicht der Fall ist, um halb 11 Uhr, gleich nach der Frühkirche, statt finden.

5. Der Kirchendienst würde von dem Opfermann bey der Stadtgemeinde, das Orgelspiel und Vorsingen von den Personen, welche diese Functionen auch sonst haben, wobey ich besonders auf den Kantor Schwabe aufmerksam mache, gegen eine Vergütung zu besorgen seyn, und den Gesang könnten die Schüler der obern Ordnungen der 1ten Stadtknabenschule führen.

6. Was nun den Universitätsprediger betrifft, so möchte wohl diese Stelle am zweckmäßigsten dem Professor der praktischen Theologie zu übertragen seyn, und es wäre, nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten, weniger auf eine große umfangreiche Gelehrsamkeit, als vielmehr auf ein ausgezeichnetes Rednertalent und eine glühende Begeisterung für diesen Beruf Rücksicht zu nehmen. Damit indessen derselbe in seinem Studium und seinen sonstigen Functionen nicht zu sehr gestört werde, so erscheint es wünschenswerth, wenn eine, oder auch zwey der übrigen Professoren mit ihm im Predigen abwechseln.

7. Der oder die Universitätsprediger müßten, ob sie gleich mit der Seelsorge, die den Stadtgeistlichen nach wie vor verbleibt, nichts zu thun haben, dennoch ordinirt seyn, damit sie das h. Abendmahl austheilen können; im Uebrigen würden sie in ihrer Eigenschaft als Prediger unter denselben Behörden stehen, die auch den übrigen Geistlichen vorgesetzt sind.

8. Das Universitätspersonal erhält für diesen Gottesdienst besondere Plätze in der Kirche, damit Niemand, wie das bisher geschehen ist, seine Unkirchlichkeit mit dem Mangel an einem besonderen Stand entschuldigen kann. Den Studierenden wird gleichfalls eine geräumigere Bühne, als die bisherige war, angewiesen. Die alsdann

Untersuchen wir nun exemplarisch die Auswirkungen Rincks auf die Kirchenmusik in der Superintendentur der Provinz Oberhessen anhand seines Choralbuchs von 1814 und seiner Vor- und Nachspiele.

Rincks Neues Choralbuch für das Großherzogtum Hessen (1814)

Im Jahr 1814 erschien im Verlag der Großherzoglichen Hessischen Invaliden- und Soldaten-Waisen-Anstalt: „Neues Choralbuch für das Großherzogtum Hessen von Christian Heinrich Rinck, Großherzoglich Hessischen Hoforganist und Cantor zu Darmstadt (Offenbach a/m, ge-

noch freien Plätze verbleiben den übrigen Gemeindegliedern jeglichen Standes, welche dieselben ungestört einnehmen können.

9. Früher war ich der Ansicht, daß auch den Staatsdienern für diesen Gottesdienst besondere Plätze angewiesen werden möchten, die ihre Unkirchlichkeit auch mit diesem Mangel beschönigen wollen; da indessen hier sehr zu beachten ist, daß nicht eine Kirche in der Kirche, eine Gemeinde in der Gemeinde, namentlich eine Separatgemeinde von Vornehmen, wie man sie im Volke nennen würde, entstehe; so bin ich bey einer näheren und reiflicheren Prüfung hiervon zurückgekommen, indem sonst bey den übrigen Gemeindegliedern das kirchliche Leben eher gehindert als gefördert werden könnte. Werden blos der Universität besondere Plätze angewiesen, so liegt der Grund schon in dem von ihr, und zunächst für sie veranstalteten Gottesdienst, wie dies ja auch an anderen Orten der Fall ist, und es wird Niemand hierinnen etwas finden wollen.

10. Uebrigens wäre es allerdings wünschenswerth, daß zwischen den Universitätspredigern und den Stadtgeistlichen von Zeit zu Zeit im Predigen bey dem Universitäts-gottesdienst, und dem in der Stadtgemeinde abgewechselt würde, damit auch eine gewisse äußere Verbindung unterhalten, und keine Scheidewand aufgerichtet werden könnte.

11. Schließlich erlaube ich mir nun noch, als fruchtbare Vorbereitung für diesen Gottesdienst hinsichtlich der Studierenden, einen früheren Vorschlag gehorsamst zu wiederholen, daß nämlich auf der Universität Vorlesungen über Religions- und Sittenlehre gehalten werden möchten, für welche kein Honorar bezahlt würde, die aber jeder evang. Student besuchen und von denen er (?) beym Anmelden zum Examen durch ein Zeugniß, daß, und wie es geschehen sey, nachweisen müßte. Viel Heil und Segen würde durch diese Vorlesungen, wenn sie in die Hände des rechten Mannes kämen, bewirkt werden. Denn gar mancher Staatsdiener hat in seiner Jugend nicht nur einen mangelhaften, unzumutbaren Religionsunterricht erhalten, sondern auch später seine Religionskenntnisse nicht berichtigt, vervollständigt und begründet, und ist, während er in allen anderen Zweigen des Wissens fortgeschritten, gerade in der edelsten Wissenschaft zurückgeblieben, und so auf eine oft klägliche Weise im Irrthum befangen, woraus sich zum Theil die Kirchenscheu und noch manche andere Erscheinungen von dieser Seite erklären lassen. Möchte darum dieser Vorschlag einer näheren Prüfung unterworfen werden, dies mein sehnlichster Wunsch und meine dringendste Bitte! Dr. Engel.

Nachträglich wollte ich noch gehorsamst bemerken, daß, wenn diese Einrichtung [d. h. der Universitätsgottesdienst] ins Leben gerufen werden soll, der Stadtvorstand vorher zu hören seyn möchte. Dr. Engel“.

druckt bey Johann André)“.³⁴ Rincks Vorrede gibt einen ausgezeichneten Einblick in Entstehung und Umfeld dieses das Großherzoglich-Hessische Kirchenwesens mit prägenden Buches, das auch - wie seine Vor- und Nachspiele - über Hessen hinaus von Bedeutung war.³⁵

Zur Entstehung des Choralbuches von 1814 schreibt Rinck: „Das in dem Großherzogtum Hessen eingeführte Portmännische Choralbuch war vergriffen und eine neue Auflage, zugleich aber eine Erweiterung desselben durch die inzwischen erschienene, vermehrte und verbesserte Ausgabe des Hessischen Evangelischen Landesgesangbuchs nothwendig geworden. Dieses letztere hatte nemlich eine bedeutende Bereicherung an Gesängen erhalten, wozu sich keine Melodien in dem genannten Choralbuch fanden. Ich erhielt daher von der hohen Behörde den Auftrag, die neue Auflage des Choralbuchs durch Aufnahme der erforderlichen mehreren Melodien dem Gesangbuche gehörig anzupassen. Zu dem Ende habe ich theils die Choralbücher eines Umbreit, Vierling, Kittel, Rüttinger, Christmann, und Knecht, benutzt, theils selbst neue verfertigt. Ob ich in der Wahl der erstern und in der Erfindung der letztern glücklich gewesen bin, darüber mögen Kenner entscheiden. Die meinigen sind im Register mit * bezeichnet“.

Die oben dargestellten kirchenmusikalischen Verhältnisse in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt bzw. [nach 1806] im Großherzogtum Hessen finden, wie ebenfalls aus der Vorrede hervorgeht, auch in Rincks Choralbuch ihren Niederschlag: „Nächst dem habe ich die Choräle vierstimmig und zwar in der engen Harmonie, jedoch mit Bezeichnung der Signaturen, ausgeschrieben, so sehr sie auch der getheilten an Werth nachsteht. Doch mußte ich in manchen Choralzeilen, wo es wegen Fortschreitung der Mittelstimmen nicht wohl thunlich war, letztere ergreifen. Dieß geschah deßwegen, weil sich hier und da im Lande noch Orgeln ohne, oder mit einem angehängten Pedal befinden und weil ich bei der allgemeinen Bestimmung dieses Choralbuchs die zur getheilten Harmonie nöthige Fertigkeit im Pedalspielen nicht überall voraussetzen durfte. Geübten Spielern wird es indeß nicht schwer fallen, die Choräle, auch wie sie hier stehen, in die getheilte Harmonie zu übertragen. Die Viertel-Noten wählte ich, weil sie besser ins Auge fallen als die halben ... Den Violinschlüssel wählte ich, weil er

34 ZA EKHN 102/ B 117.

35 Vgl. Allgemeines Choralbuch mit Zwischenspielen. Essen bei Bädecker. Jahr 1829. Ist im Jahr 1834 in einer 2ten vermehrten und verbesserten Auflage erschienen. - Vorspiele zu den gebräuchlichsten Chorälen der evangelischen Kirche. Auch unter dem Titel: Vorspiele zu dem von Natorp, Kessler und Rinck herausgegebenen Choralbuch für evangelische Kirchen. Essen bei Bädecker. Op. 105. Jahr 1832 (nach Geißler [zit. nach Dohr], S. 244).

heut zu Tage fast durchgängig gebraucht wird, und ich dadurch desto eher diesem Choralbuch allgemeinen Eingang zu verschaffen hoffte“.

Ein besonderes Problem stellen die nicht unumstrittenen „Zwischenspiele“ dar. Gemeint ist damit die Praxis der Organisten, „bei jedem Ruhepunkte des Chorals auch noch ein eigenes Orgelzwischenspiel einzuschalten und so jede Textzeile von der vorhergehenden und folgenden noch entschiedener durch den Dazwischentritt eines Orgelsätzchens abzutrennen ... Solche Zwischenspiele seien ... nöthig, um der Gemeinde in den Ton, mit welchem die folgende Zeile anfängt, einzuhelfen; die Ruhepunkte aber, um ihr Zeit zum Atemschnöpfen zu lassen“.³⁶ Nicht nur Fölsing wünscht im Blick auf Rincks Zwischenspiele: „Möchten sie doch das wunderliche Geklimper verdrängen, das man leider auf so vielen Orgeln hören muß! Möchten sich aber auch unsere Organisten durch Betrachtung der von Rinck gegebenen Zwischenspiele überzeugen, daß es eben nicht so gar leicht sei, ein gutes, d. h. einfaches und dem Charakter der Melodie und des Liedes angemessenes Interludium zu machen, und daß dazu am allerwenigsten einige Fingerfertigkeit hinreicht!“³⁷

In Rincks Vorrede heißt es nun: „Meinen ersten Plan, diesem Choralbuch durchaus leichte Zwischenspiele zu geben, um damit dem angehenden Orgelspieler einige Erleichterung zu verschaffen, mußte ich, da mir höhern Orts eine bestimmte Bogen-Anzahl vorgeschrieben war, aufgeben. Indessen findet man doch gegen das Ende, wo der Raum sich dazu fand, und auch hin und wieder durch das ganze Buch bei schwereren Uebergängen mehrere derselben. Diese Zwischenspiele sind jedoch nur für angehende Orgelspieler, nicht für vollendete Meister dieser Kunst bestimmt; darum sind sie so einfach als möglich gesetzt“.

Die Vorrede zum Choralbuch von 1814 gibt aber auch wichtige Einblicke in Rincks orgel- und gesangspädagogische Überlegungen! „Ich habe mit wahrer Vorliebe an diesem Buche gearbeitet; denn der süße Gedanke belebte mich dabei, durch dasselbe zur Verbesserung des Kirchengesanges mein Scherflein beizutragen. Um jedoch diesen Zweck sicherer zu erreichen, werden nachstehende kurze Fingerzeige zum zweckmäßigen Gebrauch desselben für angehende Schullehrer und Organisten nicht am unrechten Orte stehen. Vorzüglich scheint die Erlernung und Einführung der neuen Melodien mit großen Schwierig-

36 Fölsing (zit. nach Dohr), S. 176. Zu Rincks Zwischenspielen vgl. Fölsing, (zit. nach Dohr), S. 172-179.

37 Fölsing (zit. nach Dohr), S. 172. Im „Choralbuch für evangelische Kirchen. Die Choräle kritisch bearbeitet und geordnet von Natorp und Kessler, vierstimmig gesetzt und mit Zwischenspielen versehen von Rinck. II. Aufl. Essen, bei G. D. Bädecker 1829“ sind alle Choräle mit Zwischenspielen versehen.

keiten verbunden zu seyn, indem in den meisten Landschulen die Kinder nicht nach Noten singen, (was sonst zu jenen Absichten der leichteste Weg wäre) und ihnen folglich die Melodien mechanisch beigebracht werden müssen. Dieß kann jedoch, wie die Erfahrung mich belehrt hat, auf folgende einfache Art mit leichter Mühe erreicht werden. Will der Lehrer eine neue Melodie von 4 bis 6 Versen mit den Schulkindern einstudiren, so nimmt er 6 bis 8 der besten Sänger seiner Schule, und liest ihnen die erste Zeile des Liedes vor. - Nun singt oder spielt er mit der Violine oder auf dem Clavier die Melodie jener Zeile einigemal ganz langsam allein; alsdann müssen die ausgewählten Schüler diese Zeile so lange ganz leise mitsingen, bis sie im Stande sind, sie allein richtig treffen zu können. Nun geht man weiter mit der folgenden Zeile, und fährt auf dieselbe Art fort. Sobald die Schüler die ganze Melodie gefaßt haben und im Stande sind, solche allein zu singen, dann erst wird das (sic!) Chor durch mehrere Schüler verstärkt. Schon durch das öftere Zuhören lernen die Kleinen ebenfalls die Melodie leicht und schnell. Wird nun auf diese Art eine Melodie von den Schülern rein und fehlerfrei gesungen, so muß dieselbe mit Zustimmung des Geistlichen einigemal bei dem weniger besuchten Wochen- oder Bettags-Gottesdienste, und so nach und nach bei voller Kirche, wobei jedoch die mit der Melodie noch nicht bekannten Erwachsenen Anfangs nur schwach mitzusingen haben, vorgenommen werden.

Damit die Bestimmung des Kirchengesangs, Andacht und religiöse Gefühle zu erwecken und zu befördern, erreicht werde, muß ganz besonders empfohlen werden, daß die Melodien mit der erforderlichen Würde und so vorgetragen werden, wie es der Geist derselben erfordert. Aus dieser Ursache nahm ich öfters über einen Rhythmus mehrere Melodien auf; so wird man z. B. über das Lied: Wer nur den Lieben Gott pp. 4 Melodien finden. No. 1 ist bei Trauer- und Bußliedern zu gebrauchen. No. 2 drückt frohe Hingebung in den Willen Gottes, No. 3 Andacht, Seelenruhe - und No. 4 Erhebung, Dank, Lob und Freude aus. Es wäre daher zu wünschen, daß der Schullehrer ein Lied, über dessen Rhythmus mehrere Melodien vorhanden sind, zuvor jedesmal aufmerksam durchlese und dann die schicklichste und passendste von diesen 4 Melodien auswähle. Zu gleichem Endzwecke findet sich am Ende dieser Vorrede eine Uebersicht aller der Melodien, welche gleiche Rhythmen führen.

Außerdem was

A) den Gesang betrifft, so muß 1.) auf eine deutliche Aussprache der Vokalen, Sylben und Wörter gesehen, alle gewaltsamen Anstrengungen, Verzerrungen des Mundes und Gestikulationen vermieden und beim Aufsteigen zu höhern Tönen die Stimme so gemäßigt werden, daß

der Gesang nicht in ein übermäßiges Geschrey ausarte. Dabei lerne man die Stimme tragen, d. h. man sehe darauf, daß in der Fortschreitung von einem Ton zum andern, von einer Sylbe zur andern, keine Absätze Statt finden, sondern die Töne sich genau aneinander anreihen. 2.) Besonders muß ich vor dem so häufigen Fehler, die Melodien mit einer Menge durchgehender Noten zu vermischen, warnen. So sehr man oft diese Manier für eine Verschönerung des kirchlichen Gesangs hält, so unfehlbar wird derselbe dadurch herabgewürdigt. - Soll der Choralgesang seinen Zweck erreichen, so muß er ganz einfach und feierlich vorgetragen werden. 3.) Der Choral darf eben so wenig zu schnell gesungen, als, wie es sehr häufig der Fall ist, über die Maßen gedehnt oder gezogen werden. Beides stört die Erbauung. Der Inhalt des Liedes, welches gesungen werden soll, muß das Tempo für den Gesang bestimmen, z. B. Trauerlieder müssen langsamer gesungen werden als Lob- und Danklieder. 4.) Der Takt muß auch beim Choralgesang genau beachtet werden, damit bei der Choralbegleitung ein Gleiches beobachtet werden kann, und Gesang und Orgelbegleitung genau ein Ganzes ausmachen.

B) In Betreff des zweckmäßigen Gebrauchs der Orgel bemerke ich Folgendes: 1.) Alles das, was wegen der Simplicität, wegen des Tempos und Takts der Melodien vorhin sub 2, 3 und 4 gesagt worden ist, muß von dem Organisten um so mehr genau beobachtet werden, da er es ist, der den Gesang leiten muß. 2.) Der Organist soll durch ein anständiges, dem Charakter des Liedes angemessenes, Vorspiel seine Gemeinde vorbereiten. Wer ein Vorspiel im eigentlichen Sinne aus dem Stegreif nicht ausführen kann, der bediene sich der Werke eines Kittel, Häßler, Vogler, Vierling, Fischer, Umbreit, Rüttinger, Knecht, Rempt, Werner, die zum behuf der Vor- und Nachspiele sehr zu empfehlen sind. Auch meine bereits herausgegebenen 8 Sammlungen von Orgelpräludien sind größtentheils zu Vor- und Nachspielen geeignet. Zugleich habe ich mit diesem Choralbuch eine Sammlung Orgelstücke herausgegeben, unter dem Titel [40] Kleine und leichte vermischte Orgelpräludien für angehende Orgelspieler, mit und ohne Pedal zu spielen, zum Gebrauch beim öffentlichen Gottesdienste [Offenbach bei André. Op. 37. 1814], welche sowohl bei mir, als in jeder Musikhandlung zu haben sind. Wer aber nicht im Stande ist, ein Präludium vom Blatte zu spielen, der spiele lieber die Melodie ganz einfach, wie sie im Choralbuch enthalten ist, als Vorspiel langsam vor. 3.) Es ist nicht einerlei, welche und wie viel Register man beim Vorspiele oder Choralgesang gebraucht. Zweckwidrig würde es seyn, wenn man bei einer starken Versammlung wenige und schwache Register, hingegen bei einer schwachen Versammlung das ganze Werk brauchen wollte. Bei Trauergesängen oder bei solchen, die Bitten, Hingebung in den

Willen Gottes, Abendmahlsfeiern pp. betreffen, braucht man nur sanfte flötenartige 8 und 4 füßige Stimmen; allein bei Lob-, Dank und Festtagsliedern verstärkt man die Anzahl der Register oder spielt mit dem vollen Werke. Im Fall die Gemeinde im Ton sinken, oder im Takt wanken sollte, nimmt man mehrere Register oder die ganze Stärke des Werks zu Hülfe; wie auch, wenn die Gemeinde die Melodie falsch singen sollte; dann spielt man mit starker Orgel im Einklange (unisono). In Hinsicht der Stärke und Schwäche der Register muß immer darauf gesehen werden, daß der Organist seine Gemeinde und Vorsänger genau singen hört. Die Orgel darf die Gemeinde nie übertönen. 4.) Der Organist schlage und halte beim Choralspielen jeden Ton gleich an, und vermeide das Abstoßen desselben, wie auch die gebrochenen Accorde; er bemühe sich vielmehr, sowohl die einzelnen Töne als auch die Accorde genau aneinander anzuschließen. Am Ende einer Choralzeile macht der Organist, während die Sänger Athem schöpfen, zum folgenden Accord einen schicklichen Uebergang, wobei hauptsächlich darauf zu achten ist, daß dieser mit dem Schlußton der vorigen Zeile, den Gesetzen der Harmonie gemäß, zusammen hänge. Außerdem müssen auch die Übergänge nicht in chromatischen Läufen, Sprüngen oder vielen nichts bedeutenden Tönen durch alle Octaven, oder beim Schluß jeder Zeile in einem langen Triller oder in künstlichen Ton-schlüssen bestehen, sondern sie müssen kurz, und dem Inhalt des Liedes anpassend seyn, damit die frommen Gefühle nicht gestört und der Zusammenhang des Sinnes mit der folgenden Zeile nicht zu lange unterbrochen wird. Das Register enthält übrigens sämtliche Lieder des neuen Gesangbuchs und zeigt sowohl die Seite der richtigen Melodie als die Nummern an, unter welchen sie zu finden ist ...

Schließlich empfehle ich nachstehende Werke jedem angehenden Orgelspieler: Türk, Von den wichtigen Pflichten eines Organisten. Halle 1787. Kittel, Der angehende praktische Organist. 3 Theile; Erfurt bei Beyer und Maring 1801. J. G. Werner, Kurze Anweisung für angehende und ungeübte Orgelspieler Choräle zweckmäßig mit der Orgel zu begleiten nebst Zwischenspielen. Penig 1805. Vierling giebt in seinen leichten Orgelstücken 1 und 2^{ten} Theil eine Anweisung zu Zwischenspielen, die ich nicht genug rühmen kann.

Darmstadt, im Oktober 1814. C. H. Rinck.

Zu Rincks Vor- und Nachspielen

Mit Rincks Präludien hat sich z. B. „Oberconsistorialrath“ B. C. L. Natorp aus Münster befaßt, näherhin mit den „Vorspielen zu den gebräuchlichen Chorälen der evangelischen Kirche. Auch unter dem Titel: Vorspiele zu dem von Natorp, Kessler und Rinck herausgege-

benen Choralbuch für Evangelische Kirchen. Componirt und herausgegeben von Ch. H. Rinck. Essen bei Bädecker. Op. 105. Jahr 1833“. In der Vorrede betont Rinck, daß er minder kunstverständigen und kunstfertigen Organisten Vorspiele liefern wolle, und zwar solche, die leicht ausführbar sind, und hierdurch dazu beitragen, daß auch der angehende, minder gewandte Organist sein Amt mit Nutzen verwalten kann.

Rinck geht bei seiner bereits im Choralbuch von 1814 anklingenden Systematisierung der Choräle und dann auch seiner Präludien von einer barocken Wirkungsästhetik aus, die ihre Wurzeln in der antiken Ethos- und Pathoslehre hat: Tonart, Harmonik, Melodie und Rhythmik der Musik erzeugen beim Hörer genau umrissene Wirkungen. Da wird unterschieden zwischen Chorälen, die Glaubensmut, Jubel und Frohlocken, Heiterkeit und Freude, Wehmut und Klage, Bitte und Sehnsucht sowie Ruhe und Frieden des Gemüts ausdrücken. Streng genommen müßte nicht nur jedes Lied im Gesangbuch seine eigene Melodie, sondern jede Gattung müßte auch ihre eigenen Präludien haben. Dem steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß nicht wenige Dichter ihre Lieder - auch aus Gründen weiter Verbreitung - auf bekannte Melodien gedichtet haben, diese also nach Melodien gesungen werden, die nur noch wegen ihres Silbenmaßes, nicht aber wegen ihres „poetischen“ Charakters dazu passen. Daß bei dieser Melodienkonzentration auch die beschränkten Ausbildungsverhältnisse der Organisten eine Rolle spielen, liegt auf der Hand. Demgegenüber betont Natorp (zit. nach Dohr, S. 59): „Die Rinckschen Präludien drücken durchgängig die Empfindung in dem nämlichen Grade und Maaße aus, wie der Choral und das Lied, wozu sie gehören“.

Für das Großherzogtum Hessen ist nun Rincks „Sammlung von Vor- und Nachspielen zum Gebrauche beim öffentlichen Gottesdienste. Darmstadt bei Diehl“ bedeutsam geworden. Mit Ausschreiben vom 17.2.1842 verfügte das „Großherzoglich Hessische Ober-Consistorium an sämtliche Großherzogliche Dekane: Es ist höchsten Ortes verfügt worden, daß zur Verbesserung des Orgelspiels bei dem öffentlichen Gottesdienste ein von dem Großherzoglichen Hoforganisten Dr. Rinck dahier verfaßtes Präludienbuch, dessen Druck sofort beginnen wird, in sämtlichen evangelischen Kirchen des Großherzogthums eingeführt werden soll. Wir weisen Sie daher hiermit an, uns baldthunlichst diejenigen Gemeinden Ihres Decanats, in welchen sich Kirchen mit Orgeln befinden, namhaft zu machen, und hiernach anzugeben, wieviel Exemplare des genannten Werkes im Ganzen für dieselben erforderlich sind ...“

Am 14.3.1843 ergeht ein erneutes Ausschreiben des „Großherzoglich Hessischen Oberconsistoriums an die Großherzoglichen Superinten-

denten und Dekane und die übrigen evangelischen Geistlichen des Großherzogthums“ folgenden Inhalts: „Es ist höchsten Orts verfügt worden, daß zur Verbesserung des Orgelspiels bey dem öffentlichen Gottesdienste die von dem Gr. Hoforganisten Dr. Rinck dahier verfaßte, im Verlage des hiesigen Buchhändlers Diehl erschienene, Sammlung von Vor- und Nachspielen in sämmtlichen evangelischen Kirchen des Großherzogthums eingeführt werden soll; und wir haben bereits dahin Fürsorge getroffen, daß jeder Organist ein Exemplar dieses Werkes erhalte. Sie, die evangelischen Geistlichen, werden hiernach die Organisten Ihrer Pfarreien anweisen, die fragliche Sammlung, unter sorgfältiger Beachtung der von dem Verfasser in der Vorrede gegebenen Andeutungen und Winke, von nun an bey dem Gottesdienste *ausschließlich* in Gebrauch zu nehmen, und sich der Benutzung anderer Tonstücke oder des eigenen freyen Vortrags für die Zukunft gänzlich zu enthalten; insofern nicht hierzu - was wir bey einzelnen ausgezeichneten Organisten ausnahmsweise uns vorbehalten - auf deßfallsiges Ansuchen eine besondere Erlaubniß von uns ertheilt worden ist; und Sie werden über die Befolgung dieser Vorschrift Ihrer Seits ernstlich wachen; sowie denn auch Sie, die Gr. Superintendenten und Dekane, bey Gelegenheit der von Ihnen zu haltenden Kirchenvisitationen diesen Gegenstand stets im Auge behalten werden ...“

Eine Ausführungsbestimmung zu diesem Ausschreiben erging ebenfalls am 14.3.1843 an sämtliche Dekane des Großherzogthums: „Unter Bezugnahme auf unser Ausschreiben vom 17^{ten} Februar 1842 benachrichtigen wir Sie hiermit, daß das von dem Gr. Hoforganisten Dr. Rinck dahier verfaßte, in sämmtlichen evangelischen Kirchen des Großherzogthums einzuführende Präludienbuch nunmehr in gebundenen Exemplaren zur Versendung bereit ist, und daß nach der getroffenen Einrichtung, durch den Verleger, Buchhändler Diehl dahier, die Zahl der für Ihre Dekanate, nach den von Ihnen aufgestellten Verzeichnissen, erforderlichen Exemplare portofrey Ihnen zukommen wird. Wir beauftragen Sie zugleich, das fragliche Präludienbuch den Organisten Ihrer Dekanate durch die betreffenden Geistlichen, unter Hinweisung auf das über die Einführung desselben unter dem heutigen von uns erlassenen Amtsblatt, zustellen zu lassen, den Preis des Werkes, der für ein gebundenes Exemplar auf 4 fl. festgesetzt worden ist, von den betreffenden Kirchen - resp. Gemeinderechnern, die hierzu die nöthige Weisung erhalten werden - zu welchem Zwecke Sie den Gr. Kreisräthen, resp. den Standesherrlichen Consistorien, bezüglich der Ihren Dekanaten abgegebenen Exemplare Mittheilung zu machen haben - in Empfang zu nehmen, und den Betrag in folle an den Gr. Oberconsistorial-Protokollisten Eberhardt dahier einzusenden ...“

In diesen Zusammenhang gehört auch die folgende Veröffentlichung: „Die Orgel in ihrem würdevollen Gebrauche. Eine kurze Abhandlung über Disposition der Orgel, über Tonstärke und Charakter der verschiedenen Orgelstimmen und über Mischung der Register. Auf Veranlassung der im Drucke erschienenen Sammlung von Vor- und Nachspielen zum Gebrauche beym öffentlichen Gottesdienste von Dr. Ch. H. Rinck. Herausgegeben von Ludwig Rau, evangel. Pfarrer zu Odernheim im Kreiße Alzey. Darmstadt 1843. Verlag von Joh. Ph. Diehl“ (Text bei Dohr, S. 117-131). Rau, der sich darin als „Orgelbautechniker in der Provinz Rheinhessen“ vorstellt, faßt zu Beginn seiner Broschüre die Absicht des Rinckschen Vorspielbuches so zusammen: „Der mit dem Gebrauch der Orgeln in den Kirchen beabsichtigte Zweck ist wohl kein anderer, als dieser durch geeignetes, kunstgemäßes und geübtes Spiel für kirchliche Feierlichkeiten vorzubereiten, so daß im Gemüth für gewisse Gefühle gestimmt wird, welche dazu dienen, die Andacht zu befördern und dem Geist eine höhere Richtung zu geben und sodann den Chorgesang würdevoll zu leiten und zu begleiten. Die in der letzten Zeit erschienene Sammlung von Vor- und Nachspielen zum Gebrauche beim öffentlichen Gottesdienste, componirt von Herrn Dr. Ch. H. Rinck, Gr. Hoforganisten zu Darmstadt wird empfohlen als ein Mittel zur Erreichung jenes erhabenen Zweckes und darum allenthalben freundlich willkommen geheißten. Daß dieselbe in allen evangelischen Kirchen unsers Großherzogthums in Gebrauch genommen werden soll, um Würde, Einfachheit und Gleichförmigkeit in die beim öffentlichen Gottesdienste stattfindende Orgelmusik zu bringen, dafür kann man unserer oberen kirchlichen Behörde nur Dank wissen“.

Rau geht sodann auf die von Pfarrer Wickenhöfer 1840 in Nr. 14 der „Allgemeinen Schulzeitung“ propagierten Idee von „Orgelvereinen“ ein, die ein besseres Orgelspiel fördern sollen, um sich dann Rinck zuzuwenden: „Die erschienene Sammlung von Vor- und Nachspielen bei dem öffentlichen Gottesdienste, welche sich jetzt in den Händen aller Organisten unsers Großherzogthums befindet, verlangt, wie Herr Dr. Rinck in der Vorrede dieser Sammlung selbst sagt, für die wenig geübten Organisten eine gewissenhafte Einübung und auch der geübtere Organist solle es nicht darauf ankommen lassen, ohnerachtet sie nicht im schweren Kirchenstyle geschrieben seyen, sie gerade zu ohne alle vorherige Uebung vom Blatte spielen zu wollen“.

Daß zur Förderung der Andacht „ein gutes Orgelspiel wesentlich erforderlich“ ist, steht für Rau mit seiner auch an Friedrich Schleiermacher und die Romantik erinnernden Feiertheorie des Gottesdienstes fest: „Eine genaue Kenntniß der Orgel in ihrer Disposition, in dem Charakter ihrer Stimmen und in der Mischung der Register, der sogenannten Registrirung ist vor allen Dingen erforderlich, wenn der Organist die

Orgel zweckmäßig gebrauchen will. Diese Kenntnisse gehen aber gar vielen Organisten ab, das Eigenthümliche der Orgel ist ihnen unbekannt; darum gelingt es ihnen auch nicht, durch den Gebrauch derselben jene wohlthätige Wirkung hervorzubringen, welche zum Herzen spricht, die Andacht befördert und das Gemüth in eine feierliche Stimmung versetzt. Als Orgelbautechniker in der Provinz Rheinhessen habe ich manche Gelegenheit schon gehabt, tüchtige Organisten kennen zu lernen, auf der anderen Seite habe ich aber auch die Erfahrung gehabt, daß den meisten Organisten, die ich kennen zu lernen Gelegenheit hatte, gerade die Kenntnisse abgehen, welche ein würdevoller Gebrauch der Orgel nothwendig voraussetzt und bedingt“.

Zur Rezeption des Rinckschen Choralbuchs - und des Vorspielbuchs

Wie verhält sich nun die obrigkeitliche Hochschätzung von Rincks Choralbuch und Vorspielbuch zu der Alltagswirklichkeit in den Gemeinden? Wenden wir uns zunächst den Auswirkungen des Choralbuchs zu, wie sie sich exemplarisch im Bericht des Großherzoglich Hessischen Superintendenten der Provinz Oberhessen an das Oberkonsistorium in Darmstadt vom 6.5.1840 widerspiegeln.³⁸ Simons Bericht gibt zugleich auch einen guten Überblick über den kirchenmusikalischen Alltag in der Provinz Oberhessen. Er schreibt unter Bezug auf eine entsprechende Verfügung des Oberkonsistoriums vom 14.4.1840:

„Betreffend: Vorschläge zur Verbesserung des Orgelspiels beim öffentlichen Gottesdienst“: „Die mir in obigem Betreff mitgetheilten Acten [Collegialacten und Bericht des Superintendenten von Rheinhessen], welche ich unter Anschluß (?) des darüber vom Gr. Superintendenten der Provinz Rheinhessen abgegebenen beachtlichen (?) Gutachtens, hiermit gehorsamst zurücksende, bringen einen Gegenstand zur Sprache, der für den öffentlichen Cultus von großer Wichtigkeit ist, und es gewiß verdient von Seiten der kirchlichen Behörden in nähere Erwägung gezogen zu werden. Zwar habe ich bei meinen Kirchenvisitationen die Erfahrung gemacht, daß das Orgelspiel sich im Allgemeinen besonders an solchen Orten, wo jüngere durch den vorherigen Seminarlehrer Müller³⁹ gebildete Schullehrer resp. Organisten

38 ZA EKHN 109/725. Leider bereitet Simons Handschrift zuweilen Probleme!

39 Berlet (wie Anm. 6), S. 106: „Am 4. August 1817 bewarb sich Rektor Peter Müller aus Gladenbach um diese Stelle [= Lehrkraft für den Gesangs- und Musikunterricht im Friedberger Lehrerseminar]. Er wurde als eine für den Musik- und Gesangsunterricht durchaus geeignete Persönlichkeit hingestellt, die die erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse in reichem Maße besäße. Tatsächlich erfolgte auch seine An-

angestellt sind, immer mehr seinem Charakter und der Würde des Gottesdienstes entsprechend verbessert, und es sind mir nur selten Fälle vorgekommen, wo ich genöthigt war wegen Entweihung der Orgel durch unpassende unkirchliche Musikstücke Rügen zu ertheilen; allein es ist auf der anderen Seite doch nicht in Abrede zu stellen, daß auch in dieser Provinz in der fraglichen Beziehung noch manche Ungehörigkeiten vorkommen, und daß ebensowohl noch vielen Organisten der Sinn für das Wesen und die Bedeutung der kirchlichen Tonkunst abgeht, als es an festen allgemeinen Bestimmungen fehlt, wonach bei dem Orgelspiel zu verfahren wäre. Vorschläge, wie hier verbessernd eingewirkt werden könne, scheinen mir darum ganz zeitgemäß.

Was nun die in den rubrizierten Blättern der allgemeinen Schulzeitung enthaltenen Vorschläge des evangelischen Pfarrers Wickenhöfer zu Ginsheim und des Gr. Decanatsverwesers Spieß zu Sprendlingen betrifft, so kann auch ich, mit den Gr. Superintendenten der Provinzen Starkenburg und Rheinhessen einverstanden, die Bildung von Orgelvereinen in der beantragten Weise nicht gerathen finden, dagegen scheint mir das Gutachten des Gr. Garnisonspredigers Rinck [ein Sohn des Hofkantors!] besonderer Beachtung werth zu seyn. Doch glaube ich, daß dessen Vorschläge nur unter gewissen Modificationen zur Ausführung zu bringen seyn dürften, zu welchem Ende ich mir Folgendes unterthänig zu bemerken erlaube:

Was Herr Rinck sub Nr. 1 vorgetragen hat, glaube ich übergehen zu müssen, da es (sich) hier um Anordnungen handelt, welche die kirchliche Behörde nicht zunächst berühren. Wenn er aber nun sub 2.) mit Bezugnahme auf deßfallsige im Großherzogtum Baden geltende Bestimmungen zweckdienlich findet, daß den Organisten verbindlich gemacht würde, die Choräle streng und unverändert nach den in unserm Vaterlande eingeführten Choralbuche (dem von Rinck im Jahr 1814 herausgegebenen) vorzutragen, so habe ich hierbei das Bedenken, daß eine solche Bestimmung, wenn sie generell ohne alle Ausnahmen und durchgreifend zur Ausführung gebracht werden sollten, in vielen Gemeinden eher schaden als nutzen und den Kirchengesang, statt ihn zu verbessern, auf lange Jahre hinaus ganz verderben würden. Das Rinck'sche Choralbuch ist zwar in den meisten Orten dieser Provinz einge-

stellung am 27. Oktober 1817 am Friedberger Seminar ,unter der Bestimmung, daß er darin den Musikunterricht, sowie vor der Hand und bis auf weitere Verfügung den Unterricht in Mathematik und Naturkunde erteilen soll'. Mit dieser Ernennung erhielt das Seminar den zweiten Lehrer. Rektor Müller blieb bis Ostern 1839 am Seminar. In dieser Zeit verstand er es, den Musikunterricht in der Friedberger Anstalt auf eine bemerkenswerte Höhe zu bringen und den Seminaristen eine gründliche musikalische Ausbildung zu vermitteln. Trotz der geringen Vorbildung, die die Zöglinge mit ins Seminar brachten, bildete er tüchtige Schulgesanglehrer und Kirchenmusiker heran“.

führt, aber nur bei der Minderzahl der Gemeinden ist es den vereinten Bemühungen der Geistlichen und tüchtiger Schullehrer gelungen, die alten Melodien allmählich zu verdrängen und statt derselben die Rinckschen in Gang zu bringen. In den meisten Gemeinden singt man noch ein großer Theil der Kirchenlieder nach älteren gedruckten oder geschriebenen Choralbüchern. Sollen nun die Organisten verpflichtet werden, sich bei ihrem kirchlichen Orgelspiel immer streng an das Rincksche Choralbuch zu halten, so werden die Schulkinder mit der Orgel, die älteren Gemeindeglieder aber in ihren eigenen von früher Jugend an gewohnten und lieb gewordenen Weisen singen oder ganz schweigen, und in beiden Fällen wird der Gesang, statt die Erbauung zu fördern, die Andacht stören und Ärgerniß veranlassen. Es sind mir in der That schon mehrere Fälle bekannt geworden, daß es durch den wohlgemeinten aber blinden Eifer junger Schullehrer, welche ohne alle Rücksicht auf die Gemeinde den Kirchengesang auf einmal reformiren und jeden Choral nach Rinck singen und spielen wollten, so weit gekommen ist, daß keine einzige Melodie mehr erbaulich gesungen wird, und daß viele alte Leute nicht mitsingen konnten oder doch ihren abweichenden Gesang nicht hören wollten, lieber ganz aus der Kirche weggeblieben sind.

Ueberdieß ist eine Melodie aber nicht darum schlecht, weil sie nicht im Rinckschen Choralbuch steht, und nicht alle schöne Kirchenmelodien sind in diesem Choralbuch enthalten. Wenn nun andere schöne in einem edlen Kirchenstyl componirte gut und richtig eingeübte und den Leuten lieb gewordene Melodien in einer Gemeinde im Gebrauch sind, würde es nicht dem Zweck der Verbesserung des Kirchengesangs eher förderlich als hinderlich sein, wenn man jene Melodien bloß aus dem Grunde abschaffen wollte, weil sie sich nicht in der Rinckschen Sammlung finden? Ich erlaube mir hierbei anzuführen, daß unter den Gemeinden dieser Provinz, welche durch schönen Kirchengesang sich auszeichnen, vorzugsweise Großenbuseck und die Gemeinden der Pfarrei Breidenbach zu nennen sind. Aber hier fand sich der schöne Gesang schon ehe das Rincksche Choralbuch bekannt wurde, und wenn in unserer Zeit auch viele Melodien nach demselben gesungen werden, so sind doch hier auch viele andere bekannt, welche gar nicht oder wenigstens nicht ohne Abweichungen in jenem Choralbuch vorkommen. Gewiß würde es den betroffenen Gemeinden schmerzlich seyn, und ohne Zweifel Widerspruch erregen, wenn man ihnen ihre schönen Gesänge nehmen wollte.

Es könnte auch wohl hier noch Platz greifen, wenn es denn in dem Falle, daß die Choräle ausschließlich nach Rinck gespielt und gesungen werden sollten, mit der Müllerschen Gesanglehre, die erst vor 4 (?) Jahren mit Genehmigung der oberen kirchlichen Behörde durch Gr.

Oberschulrath zur Einführung in den Schulen empfohlen worden ist, zu halten sey, da in dieser Sammlung mehrere Choräle enthalten sind, welche von den Rinckschen mehr oder weniger abweichen; allein da diese Abweichungen nur wenige sind, so will ich jene Frage nicht weiter erörtern (?), indem ich ohnehin durch obige Bemerkungen schon genügend glaube dargethan zu haben, daß sich die vom Gr. Garnisonsprediger Rinck unter 2.) vorgeschlagene Bestimmung nicht allgemein würde durchführen lassen.

Aus diesen Gründen bin ich der Ansicht, daß den Schullehrern, resp. Organisten und Lectoren der alleinige und ausschließliche Gebrauch des Rinckschen Choralbuchs beim öffentlichen Gottesdienst nicht grade anzubefehlen, sondern nur unter folgenden Bestimmungen zu empfehlen sey, daß sich ... (?)

a) dieselben in Betreff der bereits eingeführten Rinckschen Choräle beim Gesang und Orgelspiel ganz genau an das schon erwähnte Choralbuch zu halten und durchaus keine Abänderungen zu gestatten hätten;

b) daß ohne Genehmigung der Behörde keine anderen neuen Kirchenmelodien als nur solche, welche sich im Rinckschen Choralbuche finden, einzuführen seyen, und

c) daß zwar fortwährend darauf Bedacht zu nehmen sey, die gebräuchlichen alten verunstalteten und veralteten Kirchenmelodien zu verbessern resp. zu verdrängen und durch die Rinckschen ersetzen, daß jedoch hierbei mit möglichster Vorsicht und Klugheit zu verfahren und den Gewohnheiten und Wünschen der betreffenden Gemeinden geeignete Rücksicht zu schenken sey.

Was die Vorschläge des Gr. Garnisonspredigers Rinck sub Nr. 3 betrifft, so bin ich damit im Wesentlichen einverstanden. Ich erlaube mir nur zu bemerken, daß ich die Herausgabe neuer zu dem fraglichen Zweck besorgter (?) transponierter Vor- und Nachspiele nicht grade für unumgänglich nöthig halte, indem wir meines Wissens bereits dergleichen Werke von Rinck, Müller und anderen besitzen. Es möchte darum vielleicht schon genügen, wenn vorhandene Werke der Art von Sachverständigen geprüft und mit der unseren Darstellung (?) den Organisten zum Gebrauch empfohlen [werden], dabei aber zugleich deutlich (?) gemacht wird, daß sie sich ohne höhere Erlaubniß keiner andern als dieser Vor-, Zwischen- und Nachspiele beim öffentlichen Gottesdienst zu bedienen, und sich namentlich aller der nichtkirchlichen Tonkunst angehörigen Musikstücke zu enthalten hätten. Den Beisatz ‚ohne höhere Erlaubnis‘ glaube ich unterstreichen zu müssen, weil es einzelne Organisten gibt, die der kirchlichen Tonkunst, insbesondere des

Orgelspiels so sehr Meister sind, daß man solchen wohl außerordentliche Freiheit im Vortrage der Orgelstücke gestatten könnte. - Sollte sich dieser Vorschlag der Billigung und Genehmigung hoher Behörde zu erfreuen haben, so wäre freilich noch erforderlich, daß die Orgelstücke der fraglichen Art, eben so wie das Rincksche Choralbuch für die Schullehrer resp. Organisten auf Kosten der betreffenden Kirchenfonds angeschafft würden.

Auch der Vorschlag des Herrn Rinck sub No. 4. finde ich ganz zweckmäßig und leicht durchführbar. Es würden dabei die Zwecke, welche die Herren Wickenhöfer und Spieß durch die Bildung von besonderen Orgelvereinen zu erreichen hofften, leicht und sicher ohne Aufwand von Zeit und weiterer Kosten verwirklicht werden.

Über die übrigen von Herrn Rinck unter 5. und 6. gemachten Vorschläge glaube ich mich, da solche doch nur eine mehr untergeordnete Rücksicht verdienen und überdies dem Geschäftskreis der kirchlichen Behörden nicht ganz nahe liegen, hier nicht weiter äußern zu sollen.

F. Simon“.

Die angesprochenen kirchlichen Behörden waren indes nicht untätig. Dies betrifft zunächst „die vom Buchhändler Diehl dahier zur Vertheilung an unbemittelte Schullehrer bestimmten Exemplare von Rincks Anleitung zum Orgelspiel“. ⁴⁰ In der Verfügung des Oberkonsistoriums in Darmstadt an den Gießener Superintendenten vom 18.9.1840 heisst es: „Wir theilen Ihnen anbei zwölf Exemplare von Rincks Anleitung zum Orgelspielen unter dem Auftrag mit, solche bei schicklicher Gelegenheit an bedürftige und würdige Schullehrer, die zugleich Organisten sind, auszuthemen, und dabei zu bemerken, daß diese Gaben von dem Verleger, dem Buchhändler J. P. Diehl dahier, herrühren, der bei Gelegenheit des 50jährigen Dienstjubiläums des Verfassers, des Hoforganisten Dr. Rinck dahier, sich veranlaßt gefunden hatte, eine Anzahl Freiexemplare zu dem angegebenen Zweck zu bestimmen. Nach geschehener Vertheilung werden Sie uns die Empfänger namhaft machen ...“. ⁴¹

40 Geißler (zit. nach Dohr), S. 245, Nr. 60.

41 Die entsprechende Liste befindet sich auf der Akte ZA EKHN 109/725. Ebenso sind dort zum Teil rührende Dankschreiben zu finden. Daß die örtliche Verteilung durch den Superintendenten überwacht wurde, geht auch aus einer Entschuldigung des Rodheimer Pfarrers Müller vom 28.5.1841, gerichtet an Superintendent Simon auf dessen Erinnerung vom 19.5.1841 hin, hervor: „Das mir durch hochansehnliches Rescript vom 7. Nov. v. J. [1840] übersandte Exemplar von Rincks Anleitung zum Orgelspiel ist richtig bei mir angekommen und alsbald, seiner Bestimmung gemäß, an den Schullehrer Rausch abgegeben worden. Der Umstand jedoch, daß ich dem Gr. Schullehrer Rausch das hochansehnliche Rescript selbst nach seinem Wunsche mit übergab, war

Gleichzeitig wurde bei Visitationen die Verwendung des Rinckschen Präludienbuches überprüft. So stellte das Darmstädter Oberkonsistorium das „Gesuch des Lehrers und Organisten Schaaf zu Romrod wegen Verbesserung des Orgelspiels beim öffentlichen Gottesdienst“ im Oktober 1843 dem Gießener Superintendenten zur Berichterstattung zu. Simons Bericht lautet: „Bei der am 15. Juli dieses Jahres in Romrod von mir vollzogenen Kirchenvisitation bemerkte ich, daß Rubrizirter sich des Rinckschen Präludienbuchs nicht bedient, sondern sich einen freien Vortrag gestattete. Ich verwies denselben daher auf das hohe Ausschreiben vom 14. März 1843 ... und bedeutete ihm, als er den Wunsch, von Befreiung der erwähnten Vorschrift dispensirt zu werden, zu erkennen gab, daß er bei hoher Behörde um deßfallsige besondere Erlaubniß nachzusuchen habe. Dadurch ist die hierbei zurückfolgende Vorstellung veranlaßt worden. Was nun das vorliegende Gesuch selbst betrifft, so hat sich Petent früher als Organist ausgezeichnet, ja sogar in seiner Gegend einen gewissen Ruf erlangt, und obwohl er jetzt in seinem hohen Alter auf der Orgel grade nichts Vorzügliches mehr leistet, so ist doch sein Spiel wohllautend (?), gefällig und der Würde des Gottesdienstes angemessen, daher ich denn seine Bitte um so mehr, als es ihm jetzt schwer fallen würde, nun fremde Tonstücke gut einzuüben, zur hochgefalligen Gewährung unterthänig zu empfehlen mir erlauben wollte. F. S.“

Das Oberkonsistorium stimmte „in Anerkennung seiner belobten Leistungen als Organist“ dem Antrag zu.

In einem anderen Fall berichtet Superintendent Simon an das Oberkonsistorium: „Bei Gelegenheit der unlängst in Allendorf an der Lumda gehaltenen Kirchenvisitation wurde wahrgenommen, daß der dasige Schullehrer und Organist die Rinckschen Vor- und Nachspiele nicht immer gebraucht. Da nun derselbe votierte (?), daß er diese Rinckschen Orgelstücke darum nicht gehörig vortragen könne, weil der Orgel ein Pedal fehle, so forderte ich den Cantor Schwabe [Stadtkirche Gießen] hierüber zum Gutachten auf, ob und in wie weit diese Behauptung gegründet sey. Hierauf hat derselbe die anliegende Erklärung abgegeben, in welcher er sich nicht nur über die in Rede stehende Frage äußert, sondern sich zugleich auch noch darüber verbreitet, wie es zu wünschen sey, daß jede Orgel mit einem Pedal versehen, oder doch wenigstens eine solche Einrichtung angebracht wäre, durch welche der Orgel ein Pedal einigermaßen ersetzt würde [angehängtes Pedal?]. Der Gegenstand scheint mir, da viele Orgeln in Dorfkirchen kein Pedal haben, zum Zweck der Verbesserung des Kirchengesangs wichtig

Ursache, daß ich vergaß die gebührende Empfangsbescheinigung Ew. Hochwürden zu übersenden, weshalb ich um gütige Entschuldigung bitte. Müller“.

genug, um in nähere Erwägung gezogen zu werden, zumal die von Cantor Schwabe vorgeschlagene Einrichtung keine große Kosten verursacht. Ich habe deshalb diese Sache zur geneigten hochgefalligen Berücksichtigung unterthänig vorgetragen ...“ Simon hofft allerdings auch, „daß es vielleicht genügen dürfte, wenn die Kirchenvorstände überhaupt“ auf diesen Mangel, und wie diesem abzuhelfen sei, aufmerksam gemacht würden.

Dass es auch andere Gründe für ein „Gesuch um die Erlaubnis, auch Vor- und Nachspiele beim Gottesdienst außer den vorgeschriebenen vortragen zu dürfen“ geben kann, zeigt der Antrag des Schullehrers und Organisten H. Dietrich zu Ettingshausen (Kreis Gießen) vom 28.10.1853. Superintendent Simon berichtet dem Oberkonsistorium auf dessen entsprechende Anfrage hin: „Das Orgelspiel des Schullehrers und Organisten Dietrich zu Ettingshausen ist sehr mangelhaft. Wenn er von dem Gebrauch der vorgeschriebenen Rinckschen Vor- und Nachspiele dispensirt zu werden wünscht, so geschieht das nicht, weil er selbst der Würde des Gottesdienstes entsprechende Orgelvorträge zu produciren im Stande wäre, sondern weil es ihm zu viele Mühe macht, die vorgeschriebenen Rinckschen Orgelstücke einzuüben. Ich bin daher des unterthänigsten Dafürhalten, daß Petent ... abschlägig zu bescheiden und ihm zu bedeuten sey, daß er auf das Einüben der Rinckschen Vor- und Nachspiele allen Fleiß zu versehen habe, um solche richtig vortragen zu können“. Das Oberkonsistorium teilte am 7.10.1853 dem Superintendenten mit: „Wir beauftragen Sie den Petenten auf sein rubricir. Gesuch abschlägig zu bedeuten und demselben dabei noch besonders zu bemerken, daß er vorerst auf Einübung der Rinckschen Vor- und Nachspiele allen Fleiß zu verwenden habe, um dieselben richtig vortragen zu können“.

Daß es damals im Blick auf die Dispenserteilung auch Kompetenzprobleme gab, zeigt der Fall des Lehrers und Organisten Konrad Schneider zu Angersbach, dem offenbar der Ortspfarrer ein Abweichen von Rincks Vor- und Nachspielen gestattet hatte. Superintendent Simon tadelt - wenigstens indirekt - den Angersbacher Pfarrer am 15.10.1857 auf dessen Bericht vom 8.10.1857 hin: „Auf dem Grund des in Ihrem Bericht vom 8. d. M. enthaltenen günstigen Urtheils über das Orgelspiel des Rubricirten wird demselben hierdurch gestattet, außer den Rinckschen Vor- und Nachspielen zuweilen auch andere geeignete, der Würde des Gottesdienstes entsprechende geistliche Tonstücke zu dem öffentlichen Gottesdienst auf der Orgel so lange vorzutragen, als nicht gegenwärtige Genehmigung etwa durch eine Verfügung Großh. Consistoriums aufgehoben werden wird, wovon Sie denselben in Kenntniss setzen sollen“.

Der Angersbacher Pfarrer hatte in seinem Bericht an die Superintendentur der Provinz Oberhessen ausgeführt: „Der rubricirte Lehrer ist zugleich Organist allhier. Ich bin im Zweifel darüber, ob dem Pfarramt die Befugniß zustehe, demselben ein Abweichen von den vorgeschriebenen Prä- und Postludien zu gestatten. Da er aber ein vortrefflicher Orgelspieler ist (es war ihm auch früher lange Jahre der Organistendienst in Lauterbach übertragen), so habe ich ihn bei besonderen Gelegenheiten schon selber dazu veranlaßt, ein oder das andere von ihm mit Sorgfalt eingeübte zweckentsprechende Tonstück vorzutragen, was denn jedesmal zur Erhöhung festlicher Stimmung und tieferer Erbauung unverkennbar beitrug. Das möge die von mir hiermit ausgesprochen werden wollende Bitte rechtfertigen, daß ich dem genannten Organisten den Vortrag auch anderer als der bezeichneten Rinckschen Orgeltonstücke, deren unausgesetzte Wiederholung, bei all ihrer Vortrefflichkeit, für den geübten Spieler immer etwas Beengendes haben muß, gestatten dürfe ...“

Ein kurzer Ausblick

Das vor allem durch Archivstudien erweiterte Rinck-Bild zeigt diesen nicht nur als Musiker, sondern gerade auch in seiner im weitesten Sinne kultur- und musikpädagogischen Bedeutung, die sich weit über seinen Tod hinaus erstreckte. Nicht nur im Blick auf die „große“ Kirchenmusik im engeren Sinne, aber auch nicht nur als gefeierter „rheinischer Bach“⁴² war Rinck bedeutsam. Gerade sein kulturpädagogisch und liturgisch bedeutsames Schaffen hat ihm ein nicht nur auf das Großherzogtum Hessen beschränktes, bis in das 20. Jahrhundert hinein dauerndes Ansehen bewahrt.

Auf dem Titelblatt seiner „Selbstbiographie“ heißt es: „Der Ertrag soll nach Abzug der Unkosten zum Fonds eines zu errichtenden Stipendiums für Musikstudirende abgeliefert werden, wenn sich ein Verein dafür mit der gehörigen Sicherheit constituirt“. Im Nachwort seiner „Selbstbiographie“ bemerkt Rinck dazu: „Fast für alle Wissenschaften und Künste giebt es gewisse Anstalten, wo man sie erlernen kann ... Aber wohin geht der, welcher einmal ein tüchtiger Cantor oder Chordirector, ein wackerer Organist werden will? Haben wir förmliche Schulen für solche Lehrlinge? Ist es genug, bei einem Lehrer etwas Clavier- oder Orgelspiel, etwas Generalbaß oder Contrapunkt gehabt zu haben, und das vielleicht auf eine genug kümmerliche Weise? Und dürfen wir von einem solchen mehr oder weniger einseitigen Unterricht etwas Großes, Ausgezeichnetes erwarten? Unter 10 Fällen gewiß nur

42 Vgl. Dohr, Programm Rinck Fest Köln 2003, S. 6.

bei einem, zweien oder dreien. Gleichwohl ist die Kirchenmusik, die Liturgie, das Orgelspiel in evangelischen wie in katholischen Kirchen ein sehr wichtiger Theil des öffentlichen Gottesdienstes; wir alle erwarten von daher recht viel Anregung zur Andacht, eine fruchtbare Beförderung derselben ... Für das Nothwendigste ist in der neuern Hinsicht wohl so ziemlich gesorgt worden, das verdient dankbar anerkannt zu werden. In den Schullehrerseminaren werden viele junge Leute in der Musik so weit gebracht, dass sie den Gesang und das Orgelspiel in einer Land-Kirche recht gut besorgen; aber für die mittlern und größern Städte ist mehr erforderlich, als die Seminarien grade geben können ... Wir haben noch keine vollständig eingerichteten Musikschulen für solche, die ein Mal Cantoren, Chordirigenten, Organisten etc. werden wollen ...“. Da im 19. Jahrhundert der größte Teil der evangelischen Christen auf dem Lande wohnte, war Rincks Bemühen um eine Verbesserung des dortigen Orgelspiels auch von nicht zu unterschätzender kultureller Bedeutung.

Ich darf mit einer persönlichen Bemerkung schließen: Mein Vater war als Lehrer auf dem Lande 30 Jahre Organist. Von seiner Ausbildung im preußischen Lehrerseminar in Usingen her gehörte Rinck zum sonntäglichen Standardrepertoire. Als ich nach dem Zweiten Weltkrieg von ihm auch in Orgel unterrichtet wurde, lernte ich auch Rinck kennen und schätzen. Daß ich als zeitweiliger Organist im evangelischen Gymnasialgottesdienst bei dem Ortspfarrer wegen Rinck Unwillen erregte, steht auf einem anderen Blatt.

Zur zeitgenössischen Rinck-Literatur

Im Zusammenhang mit dem Rinck-Fest in Köln 2003 hat der Verleger Christoph Dohr eine verdienstvolle Textsammlung zum Thema Rinck herausgebracht: Johann Christian Heinrich Rinck, Dokumente zu Leben und Werk. Herausgegeben und eingeleitet von Christoph Dohr. Verlag Dohr, Köln 2003. In diesem Sammelband befinden sich folgende Rinck betreffende Schriften, die ich im Folgenden nach Dohr zitiere:

Selbstbiographie Johann Christian Heinrich Rinck's Großherzoglich Hessischen Cantors, Hoforganisten, wie auch Kammer-Musici in Darmstadt. Aus der Musikzeitschrift Eutonia besonders abgedruckt für die vielen Freunde dieses hochgeehrten Veteranen der Tonkunst und seiner Compositionen ... Breslau, 1833, bei G. Ph. Aderholz... (Dohr, S. 17-42).

Ueber Rinck's Präludien. Ein Beytrag zur Verständigung angehender Organisten über kirchliches Orgelspiel. Von B. C. L. Natorp. Essen, bei G. D. Bädeker. 1834 (Dohr, S. 43-116).

Die Orgel in ihrem würdevollen Gebrauch. Eine kurze Abhandlung über Disposition der Orgel, über Tonstärke und Charakter der verschiedenen Orgelstimmen und über Mischung der Register. Auf Veranlassung der im Drucke erschienenen Sammlung von Vor- und Nachspielen zum Gebrauche beym öffentlichen Gottesdienste von Dr. Ch. H. Rinck. Herausgegeben von Ludwig Rau, evangl. Pfarrer zu Odernheim im Kreiße Alzey. Darmstadt 1843. Verlag von Joh. Ph. Diehl (Dohr, S. 117-132).

Rede am Grabe des Großh. Hess. Hoforganisten, Herrn Dr. Christian Heinrich Rinck, gesprochen am Morgen des 9^{ten} August 1846 von Großh. Stadtpfarrer Stücker in Darmstadt. Darmstadt. Gedruckt und zu haben bei H. Jacoby und dem Verfasser (Dohr, S. 133-138).

Züge aus dem Leben und Wirken des Dr. Christian Heinrich Rinck, gewesener Kantor, Hoforganist und Kammermusicus zu Darmstadt, herausgegeben von J. Fölsing. Erfurt, Langensalza und Leipzig: Verlag von Gotth. Wilh. Körner. 1848 (Dohr, S. 139-200).

Das Leben und Wirken Dr. Christian Heinrich Rinck's. Großherzoglich Hessischen Hoforganisten und Kammermusicus, Ritter des Großherzoglichen Verdienstordens erster Classe, wie auch Verdienst-Mitglied des Holländischen Vereins zur Beförderung der Tonkunst und ordentliches Mitglied des Deutschen Nationalvereins für Musik und ihre Wissenschaft, nach den bisherigen sowie neuen handschriftlichen Quellen, nach Briefen und andern Mittheilungen seiner Schüler und Freunde dargestellt von Carl Geissler [Der Text erschien in einem von Geissler zusammengestellten „National-Ehren-Denkmal“ 1864 bei B. Schott's Söhnen in Mainz] (Dohr, S. 201-249).

Eine Auswahl von Lexikon-Artikel des 19. Jahrhunderts über Rinck bietet Dohr auf S. 252-272, eine Ikonographie Rincks auf S. 274-288.

Wie sich 1767 ein Laubacher Graf für seine Gonterskirchener Untertanen einsetzte

G. Heinrich Melchior

Einleitung

Zur Zeit des Grafen Christian August zu Solms-Laubach fand in Gonterskirchen und im ganzen südwestlichen Vogelsberg ein gewaltiges Unwetter statt, das den Bauern dort und in vielen anderen Orten die gesamte Ernte zerschlug. Das Unglück wurde in der Gonterskirchener Ortschronik etwa 100 Jahre später von Pfarrer Johann Wilhelm Urich mit folgenden Worten als Hageltag festgehalten¹: „Es wird allhier in Gonterskirchen jährlich am sieben und zwanzigsten Juni, gleichviel, ob dieser Tag auf einen Sonntag oder Werktag fällt, ein Gemeinde-, Buß-, Fast- und Betttag abgehalten zur Erinnerung an einen Hagelschlag, der in früheren Jahren einmal kurz vor Einärntung des Getreides die Felder traf, und die ganze Frucht also vernichtete, daß die armen Bauern auch nicht ein Körnchen retteten, und in große Noth und Mangel geriethen“. Wie groß das Unglück wirklich war, geht aus den Bittschriften des Laubacher Grafen an Gott und die Welt hervor, seinen Untertanen doch mit einer „Beysteuern“ zu helfen²: „Es ist nemlich [...] eines von den hiesigen Dörfern durch ein sehr schweres Gewitter ganz Verderbet, und sind von den dabei gefallenen Schloßen [Kieseln] die Fluren dermaßen verheeret worden, daß statt der reichsten gehoffeten Erndte nicht ein Halmen stehen geblieben, und alle Früchte gänzlich in den Boden geschlagen sind, so daß die sämtlichen Einwohner völlig unter ihrem schweren Schicksal darnieder liegen müßten, wann ihn[en] nicht durch fremde Beyhilfe unter die Arme gegriffen würde, zumahle[en] sie sich von denn[en] großen Kriegslasten [Siebenj. Krieg 1756-1763], so sie empfunden in die 6 Jahre noch nicht erholet haben.“

Graf Christian August zu Solms-Laubach

Der Graf stammt aus der Neu-Laubacher-Linie. Er war der jüngere Bruder von Friedrich Magnus II (1711 bis 1738), der bereits nach kurzer Regierungszeit jung verstarb. Christian August (Abb. 1) lebte von

1 Joh. Wilhelm Urich u.a.: Ortschronik der Gemeinde Gonterskirchen (Ortschronik). Angefangen im Jahre Christi 1858, S. 26 ff.

2 Gräflich Solm-Laubachisches Archiv (künftig: GSLA) Varia: A-LXIV, 30 Correspondenz ... für die Gemeinde Gonterskirchen ... 1767 auswärts gesuchte Beysteuern betr. Enthält u.a. die Bittschrift an die englische Königin.

1714 bis 1784, war dreimal verheiratet³ und hatte fünf Kinder. In der Geschichte der Solms-Laubacher Grafschaft nimmt er aus ganz unterschiedlichen Gründen einen besonderen Platz ein.



Abb. 1: Christian August, Graf zu Solms-Laubach (1714-1784).

Liest man in seinen Tagebüchern;⁴ so stellt man zum einen fest, dass er gegen sich ungeheuer konsequent und vor allem sehr, sehr fleißig war, seine Aufzeichnungen reichen von seinem Regierungsantritt von 1738 bis 1781. Minutiös zeichnete er die ihm wichtigen Daten Tag für Tag

3 Übersicht der Linien des mediatisierten Hauses Solms. Tafel XII, 1883.

4 GSLA, Privatarhiv B-Rubr. XVI, Tagebücher des Grafen Christian August von 1740 bis 1781.

auf. Nur wenige Tage hat er in all diesen Jahren ausgelassen. Seine Notizen sind von einer nicht zu überbietenden Sachlichkeit, Nüchternheit und Kürze. Gefühlsregungen sucht man in ihnen vergebens. So schrieb er, um nur zwei Beispiele mit Bezug auf das Hagelunglück zu nennen: am „Sonntag den 19ten Julius 1767⁵: briefe geschrieben, an den Gesandten von Pistorius, an den Graf von Büdingen, den Graf von Wächtersbach, den Grafen von Meerholtz,/ wegen einer collecte vor die Gonterskircher/ und an meine älteste tochter“ und am Freitag den 24ten Juli des gleichen Jahres: „gelesen. Concert gehalten [er selbst hielt Konzert]. Brief bekommen von meiner ältesten tochter. auf den Bericht von der renth Cammer, wegen der saumseeligkeit des Frantz zu Utphe in Legung seyner rechnungen, schriftliche resolution ertheilet. den abend spazieren geritten, im hayntzerberg an der gyllen wiese ein alt thier geschossen“. Hier wäre anzumerken, dass die „Gellewiese“ im „Heinzeberg“ „nur“ etwa 5 km östlich Laubachs im weitausgedehnten gräflichen Wald- und Jagdgebiet liegt.

Daraus und aus der Fülle seiner Aufzeichnungen geht auch hervor, dass er die Regierungsgeschäfte der Laubacher Grafschaft mit Akribie versah; seine politische Gesinnung, obwohl kaiserlicher Hofrat, tendierte jedoch mehr zu Friedrich II, dem Alten Fritz hin, der auch Pate seines jüngsten Sohnes war.

Der in seinen Tagebüchern deutlich werdende Lesehunger, jeweils mit „gelesen“ vermerkt, verrät seine Wißbegier, die er in der während der Regentschaft seines Bruders erweiterten, schon damals bedeutenden gräflichen Bibliothek stillen konnte. Zudem war er baubesessen, wie die Um- und Anbauten am Schloß und seine Ausschmückung nach barockem Geschmack deutlich machen, das während seiner Regierungszeit sein endgültiges Aussehen erhielt.⁶ Daneben war er ein großer Nimrod, ein „wilder Jäger“, eine Beschäftigung, bei der er wohl die Erholung fand, die er für sein rastloses und mehr als ausgefülltes Leben benötigte. Hier trafen sich seine Jagdleidenschaft und seine Freude am Bauen. Gleich vier kleinere und größere Jagdhäuser ließ er in den schönsten und wildreichsten Revierteilen erbauen: das Friedrichshütter „Bellevue“ im „Eichberg“, das Gonterskircher im „Fürstengarten“, in dem er meist die Zeit der Hirschbrunft verlebte und das heute in Laubach das Heimatmuseum Fridericianum in seinem schönen alten Fachwerk beherbergt, das „Sorgenlos“ im „Wetterauer

5 GS LA, Privataarchiv B-Rubr. XVI, Tagebuch des Grafen Christian August, Nr. 17: Diarium von Januario anno 1767 bis dem 31. Dez. 1770.

6 T. Merl, R. Semmler & F. Merl: Laubach Geschichte und Gegenwart, Brühlscher Verl., Gießen 1986. Siehe auch T. Wellenkötter & R. Semmler: Laubacher Geschichte und Gegenwart. 3. Aufl., Brühlscher Verl., Gießen 1994.

Grund“, das auch heute noch in neuer Bauweise existiert und schließlich das Freienseener im „Eichelgarten“. Leider wissen wir nur, wie die beiden in Gonterskirchen im „Fürstengarten“ und das im „Sorgenlos“ ausgesehen haben. Ein eindrucksvolles Bild Laubachs und seiner Bauten in dieser Zeit vermittelt „Die Geschichte Laubachs in Bildern“.⁷

Gonterskirchen

Gonterskirchen um 1750, ein Dörfchen mit etwa sechzig Haushalten und Häusern am Westhang des Vogelsberges, war ein Dorf von Ackersleuten und deshalb landwirtschaftlich geprägt. Die meisten Einwohner besaßen Wiesen, Acker-, Gartenland, Baumgärten und einigen Viehstand mit Zugochsen, Kühen, Schweinen, Schafen, wie es die Selbstversorgung auf dem Lande gebot.⁸ Doch erwirtschafteten viele der Einwohner auf ihren „Läpperchen“ nicht einmal ihr Jahrbrot. Der bescheidene Reichtum der Gemeinde bestand in ihrem Wald, der den Hausvätern im Winter im „Holzwald“ ein Auskommen bot, und ihren verschiedenen guten Basaltsteinbrüchen, die teilweise im Sommer Arbeit und Brot sicherten. Seine Köhler belieferten auch den Ofen auf der Friedrichshütte, der Schmelz, mit Holzkohle und viele der Männer arbeiteten dort im Hüttenwerk und im 19. Jahrhundert in der dortigen chemischen Fabrik.⁹ Auch wenn damit etwas an Wirtschaftskraft aus anderen Quellen als der Land- und Forstwirtschaft ins Dorf floß, so muß das Unwetter laut aller Unterlagen doch ein sehr großes Unglück gewesen sein, das viele Dorfbewohner an den Bettelstab getrieben hätte. Doch auch ohne das war Gonterskirchen im Vergleich mit den Nachbarorten ein armes Dorf und blieb es bis weit ins 19. Jahrhundert hinein.

Zeitpunkt des Hagelschlags

Der Zeitpunkt des Hagelschlags war z.Zt. der Eintragung in die Kirchenchronik zunächst unklar.¹⁰ „Wann der mehrerwähnte Hagelschlag stattgefunden habe, darüber findet sich in den hiesigen Pfarracten Nichts. Nach einer Bemerkung des früheren hiesigen Pfarrers Arnoldi im Geburtsregister hätte derselbe nach seinen angestellten Nachforschungen am sieben und zwanzigsten Juni des Jahres 1768 also zur Zeit des Pfarrers Joh. Gottlieb Göbel sich ereignet. Wie weit diese Notiz begründet ist, wage ich nicht zu entscheiden“. Soweit die Eintragung von Pfarrer Urich (1855-1864 in Gonterskirchen) im ersten Band

7 T. Merl & R. Semmler: Laubach Geschichte der Stadt in Bildern. Eigenverlag, 1. Aufl., 1976.

8 GSLA, Steuerstocks-Acta A-LXV, 9: Gonterskirchen 1748.

9 G. H. Melchior: Über die Gonterskircher Köhler. MOHG NF 79, 1994, S. 1-62.

10 Ortschronik, wie Anmerkung 1.

der Ortschronik, der sie auch im Jahr 1858 zu schreiben begonnen hatte.¹¹

Zwei weitere Randbemerkungen in der Kirchenchronik nach weiteren Nachforschungen aus späterer Zeit machten 100 Jahre nach dem Ereignis klar, wann das Unwetter soviel Unglück über das Dorf gebracht hatte. Eine stammt von Pfarrvikar Zöckler (1876-1886, zweiter Pfarrer in Laubach, Spezialvikar in Gonterskirchen): „Auch im Birstein'schen z.B. in Unterreichenbach wird, wie ich gehört habe, am 27. Juni ein Hagelschlagstag gefeiert zur Erinnerung an einen an diesem Tag im Jahr 1768 geschehenen Hagelschlag“.¹² Pfarrer Weimar (1926-1935) berichtete diese Notiz in der Ortschronik: „war 1767 nach der Gederer Chronik“. Letzteres war das wirkliche Jahr des Hagelschlags, denn sämtliche vom Grafen geschriebenen Bittbriefe an Brüder, Vettern und Gevattern königlichen, gräflichen und fürstlichen Geblüts, u.a. auch an die englische Königin, datieren aus dem Jahr 1767.¹³ Einfacher für unsere Pfarrherren wäre es gewesen, bei dem ehemaligen Souverän und jetzigen Patronatsherren nachzufragen, denn dort waren alle Einzelheiten über das Unwetter im Archiv festgehalten. Oder verbot dies Befangenheit, Scheu und Respekt vor der ehemaligen Herrschaft noch nach mehr als 50 Jahren, nachdem die Grafschaft Laubach hessisch geworden war? Gut vorstellbar wäre es jedenfalls!

Der Weg des Unwetters und seine Ursachen

Ebenso wie der genaue Zeitpunkt des Unwetters bekannt ist, so ist auch der Weg, den es an jenem 27. Juni nahm, trotz zeitlichem Abstand und spärlicher Nachrichten überliefert: „Es sammelte sich an einem Samstag Nachmittag am westlichen Himmel und zog von Gonterskirchen über Einartshausen, Michelnau, Lißberg, Ortenberg zum Vogelsberg hinauf (Fauerbach, Mittelseemen, Oberseemen, Niederseemen, Ober-Lais, Ranstadt). Um halb zwei Uhr war es in Hirzenhain, um vier Uhr in Gedern. Hier scheint es sich mit einem von Norden kommenden Gewitterzuge ... vereinigt zu haben, sodaß es in südöstlicher Richtung seinen Weg nahm und über Oberseemen und Kirchbracht nach dem Fuldischen abzog. Die Wolkenmasse war so gewaltig, daß sich von dem Ungewitter die Erde verfinsterte“.¹⁴ Die angefügte Skizze zeigt die betroffenen Orte und den ungefähren Weg des Unwetters (Abb. 2). In Altenschlirf kam das Unwetter von Osten von Fulda her. Es lief über

11 G. H. Melchior, Die Gonterskircher Pfarrer. MOHG NF 85, 2000, S. 249-264.

12 Ortschronik, wie Anmerkung 1.

13 GS LA Varia: A-LXIV, 30 (siehe auch Anmerkung 2).

14 Kumpf: Der „Siebenschläfer“ als Hagelfeiertag. Heimatbote für die evangelischen Pfarreien Gelnhaar, Hitzkirchen, Wenings, 2 (7), 1913, S. 8-9.

Schlechtenwegen, Altenschlirf, Nösberts, Lanzenhain und Engelrod über insgesamt 16 Ortschaften, die schwer leiden mußten.



Abb. 2: Weg des Unwetters über den westlichen und südöstlichen Vogelsberg. Ortschaften mit dem Hageltag am 27. Juni 1767 wurden schwarz eingezeichnet, solche mit Hageltagen zu anderen Zeitpunkten sind schraffiert.

Besonders durch die Nord-Süd-Ausdehnung wird das Klima des Vogelsbergs bestimmt. Der stark zerteilte südwestliche und südliche Gebirgsanstieg ist überaus reich an Niederschlägen. So waren in der Vergangenheit Hagel- und „Kisseltage“ besonders zahlreich auf dieser Seite des Gebirges, während keine auf der trockenen Nord- und nur wenige auf seiner West- und Ostseite festgestellt wurden. Die wirklich verheerenden Stürme und Hagelschläge fanden in der Vergangenheit in den „Siebenschläfer-Gemeinden“ statt. Ihre bevorzugte Entstehung in diesem Gebiet kann durch den schnellen Temperaturwechsel der von der Talebene aus der Wetterau direkt gegen die Berge prallenden, schnell abkühlenden feucht-warmen Luft erklärt werden. Solche Un-

wetter fielen und fallen auch heute noch besonders in die Zeit des üppigsten Saatstandes im Juni und in den folgenden Sommerwochen.

Der Eindruck auf die Bewohner des Dorfes

Leider gibt es keinerlei geschriebene Unterlagen von Gonterskirkern aus dieser Zeit, die ihre Einschätzung über das sie betroffene Unglück wiedergeben. Die Sorge um das liebe Brot und die nächste Zukunft dürfte jedoch gewaltig gewesen sein und nur von geringem Unterschied zwischen Schultheiß, Bürgermeister, Pfarrer, Schweinehirt, Waldschütz, Bauer, Tagelöhner und Schmelzarbeiter. Wie Pfarrer Urich die Pfarrkinder von damals einschätzte, geht wiederum aus unserer Ortschronik hervor¹⁵: „Nach dem in seiner Zeit noch an hiesigem Orte lebendiges Gottesbewußtsein erkannte die Gemeinde in diesem Hagelschlag ein Strafgericht des HERRN wegen ihrer Sünden, und wurde deshalb zum Gedächtniß hieran und um auch den Nachkommen eine Gelegenheit zu ernstem Nachdenken über sich selbst und zur Erweckung aus dem Sündenschlaf zu geben, beschlossen, alljährlich diesen Tag als Buß-, Fast- und Betttag zu feiern und Vor- wie Nachmittags feierlichen Gottesdienst in der Kirche zu halten. Der Pfarrer sollte für seine Arbeit an diesem Tage einen Gulden und sieben und zwanzig Kreuzer und außerdem das Vor- und Nachmittags eingehende Kirchenopfer erhalten. Dieser Festtag wird immer noch als ein wirklicher Feiertag angesehen. A l l e Arbeiten werden vollständig eingestellt. Die Kirche wird zahlreicher - v i e l zahlreicher als an den gewöhnlichen Sonntagen besucht. Mehrere unter den älteren Leuten haben auch die Sitte noch beibehalten bis zum Ende des Nachmittags-gottesdienstes zu fasten“.

Einen gab es aber auch, der an diesem Bet- und Gedenktag verdiente, wenn er den Pfarrkindern „lebendiges Gottesbewußtsein“, gestützt auf schwer erklärbare Umweltkatastrophen predigte. Es war der Pfarrherr als Mittler zwischen den kleinen Erdenbürgern und Gott. Ein Gulden und mehr waren zu dieser Zeit schon eine ziemliche Entlohnung, verglichen mit den Löhnen anderer verantwortungsvoller Berufe wie beispielsweise dem des Schatzungshebers als dörflichem Bediensteten im Jahr 1767. Er erhielt von der Gemeinde nur ganze acht Gulden -doch für das ganze Jahr.¹⁶ Außerdem kann man sich vorstellen, daß an solchen Gedenktagen die Kollekte doch weit lebhafter sprudelte als an normalen Sonntagen, schon weil der Kirchenbesuch zahlreicher war.

15 Ortschronik, wie Anmerkung 1.

16 Contractenbuch für die Gemeinde Gonterskirchen angefangen 1749 [-1863]. Archiv der Stadt Laubach, Stadtteil Gonterskirchen.

Die Feier des „Siebenschläfers“ damals und heute

In Gonterskirchen hieß der Hagelfeiertag auch „De Siwweschleef“, der Siebenschläfer, nach dem Kalendernamen des 27. Juni. Er wurde nach den sieben legendären, christlichen jungen Leuten, Hirten, benannt, die unter Kaiser Decius (249-251) aus Ephesus in Kleinasien fliehen mußten und angeblich fast 200 Jahre lang, in einer Höhle verborgen, schliefen. Als sie im Jahre 447 n. Chr. aufwachten, fanden sie überall im Lande das Christentum verbreitet.¹⁷

Auch wenn der Hagelfeiertag auf Wochentage fiel und nur mit einem Gottesdienst gefeiert wurde, wurde er nach einer Eintragung in der Ortschronik, noch bis zum Jahr 1964, wenn auch mit Unterbrechungen eingehalten. Nur in einem der am 27. Juni feiernden Orte, nämlich in Fauerbach, wurde der Feiertag schon vor 1937 von wochentags auf den Sonntag verlegt.¹⁸ „In Gonterskirchen war die Überlieferung jedoch so stark, dass selbst bei herrlichstem Erntewetter - meist fiel der Tag in die dickste Heuernte - jegliche Arbeit ruhte“.¹⁹ Doch waren schon lange vorher Stimmen laut geworden, welche die Beseitigung dieses örtlichen Feiertages forderten. Einmal, im Kriegsjahr 1915, brach man mit dieser althergebrachten Tradition. Der Geistliche glaubte verantworten zu können, dass am Siebenschläfer nach dem Vormittagsgottesdienst und am Nachmittag gearbeitet werden durfte. Das war sicher auch insofern zu entschuldigen, als alle wehrfähigen Männer im Felde standen. Vor allem für die unaufschiebbaren Arbeiten in der Landwirtschaft mangelte es an Arbeitskräften.

Eine alte Bauersfrau berichtete über diesen Nachmittag²⁰: „Wir wollten an der Hinternbach Dickwurz hacken (ein Flurstück zwischen Gonterskirchen und Einartshausen), obwohl die Oma schalt und sagte, daß der 27. Juni seit Menschengedenken als Feiertag gehalten worden sei. Kaum waren wir draußen, als der Himmel schwarz wurde, es rasch zu regnen anfang, und der Himmel seine Schleusen öffnete. Es hagelte und kieselte. Völlig durchnäßt, mit weit vom Körper weggehaltenen Kleidern, erreichten wir das Dorf. Zum Schaden kam nun auch noch Omas Zurechtweisung: Na, glaubt ihr jetzt, daß der alte Herrgott noch lebt“? Sicher war dies ein triftiger Grund mit, daß bis 170 Jahre nach dem Unglück bis 1937 der Hagelfeiertag auch noch mit zwei Gottesdiensten in Gonterskirchen gefeiert wurde.²¹

17 C. Jöckle: Das große Heiligenlexikon. Karl Müller Verl., Erlangen, 1995, S. 407-408.

18 Kumpf: Der „Siebenschläfer“ als Hagelfeiertag ..., wie Anmerkung 14.

19 W. Debus: 170 Jahre Hagelfeiertag am 27. Juni 1937. Heimatglocken für Gonterskirchen und Einartshausen, Nr. 6, Juni 1937.

20 Siehe ebenda.

21 Ortschronik (wie Anmerkung 1), Bd. 2, Jahr 1937.

Der Hageltag in anderen Ortschaften

Die Beschreibung des Hageltags in der hiesigen Kirchenchronik etwa 90 Jahre nach dem Ereignis beruht auf mündlicher Weitergabe und Überlieferung. Aus der Ortschronik wissen wir, daß die Bauern nicht „ein Körnchen der Ernte“ nutzen konnten.²² Doch gibt es auch Aufzeichnungen, die zeitlich näher am Ereignis selbst liegen, wie beispielsweise die im Kirchenbuche der evangelischen Pfarrei Birstein, die im „Heimatboten für die ev. Pfarreien Gelnhaar, Hitzkirchen und Wenings“ 1913 dargestellt wurde.²³ Darin heißt es: „Anno 1768, den 27. Juni ist nach gnädigster Verordnung Smi. Nostri Hochfürstl. Durchlaucht Wolfgang Ernst (Fürst zu Isenburg-Birstein) das erste Mal ein Hagelfeiertag gehalten worden, weilen den 27. Juni vorigen Jahres 1767 eine göttliche Zuchtrute durch ein schrecklich Hagelwetter viele Ortschaften im Amt Birstein empfunden, wobei auch unsere Durchlauchtige Herrschaft selbst in der Waldung, da sie nach der Wolfshütte gewollt in der größten Gefahr geschwebet, welche aber Gott in Gnaden von ihnen abgewandt“. Auch über die angerichteten Schäden am Hageltag in anderen Orten sind Einzelheiten bekannt.

Ein Auszug aus der Gederner Chronik lautet²⁴: „27. Juni 1767 zwischen 5 und 6 Uhr Abends starkes Gewitter, gewaltiger Sturm, große Schloßen und Kiesel, viel Blitz und Donnerschläge, die Bäume aus der Erde gerissen, Korn, Frucht, Pflanzen zerschmissen. Blitzschlag ... geriet ein Haus in Brand, aber bald gelöscht. Beschädigung vieler Dächer und Wälder ...“. In Oberseemen riß am Nachmittag der Wirbelsturm den Turm der gerade erneuerten Kirche mit den drei Glocken herunter, deckte Häuser ab, entwurzelte Bäume, zerschlug Saat und Frucht und zerstreute die Herden. Insgesamt in etwa 20 Ortschaften wütete das Unwetter in einem Gebiet, das von Gonterskirchen, Ranstadt, Usenborn, Oberlais, Hirzenhain, Wenings, Gedern, Ober- u. Mittelseemen, Kirchbracht Birstein, Unterreichenbach u.a. eingenommen wird (vgl. Abb. 2).

Einsetzung des Hageltags als Feiertag

Die Einsetzung als Feiertag in Birstein beruhte auf einer Verordnung des Standesherrn, der den Gefahren des Unwetters aufs nächste ausgesetzt war: „und daher soll der 27. Juni in Zukunft als ein Hagelfeiertag stets gehalten werden“. Dem Landesherrn wurde aufgrund seines Verhaltens „in einer Zeit rationalistischer und vielfach unkirchlicher Denkweise in religiösen Dingen, ein leuchtender Beweis kirchlichen

22 Ortschronik, wie Anmerkung 1.

23 Kumpf: Der „Siebenschläfer“ als Hagelfeiertag ..., wie Anmerkung 14.

24 Vgl. ebenda.

Sinnes und ein Vorbild der Gottesfurcht, bußfertigen Glaubens und der Dankbarkeit für erfahrene göttliche Durchhilfe“ bescheinigt, wobei er „sein Volk zu gleichem Tun und Verhalten auffordert“.²⁵

Auch dort wurde im ersten Jahr zweimal am Hagelfeiertag gepredigt.

In Gedern war „1768 ... von Durchl. Herrschaft gnädigst befohlen und hochverordnet worden auf den 27. Juni einen Buß- und Bete-Tag zu feyern, dazu der Text ... vormittags und ... nachmittags zu erklären gegeben ward. Am 27. Juni des Jahres 1769 wurde er wiederum befohlen und in der Folge bis in unsere Zeit gefeiert“. Andere Orte wie Eschenrod, Eichelsachsen, Wingershausen feierten einen Hageltag als Erinnerungstag früher, am 22. Mai nämlich oder auch später, wie die Pfarrei Schwickartshausen mit den Orten Bellmuth, Bobenhausen und Eckartsborn.²⁶

Die Kirchen in den heimgesuchten Ortschaften waren Patronate der Standesherrn von Birstein, Gedern, Ortenberg und Laubach, sodass die Einsetzung des Feiertags vermutlich aus freundnachbarschaftlichem Übereinkommen der Herrschaften zustande kam. Nur Einartshausen, das ebenfalls unter dem Unwetter gelitten hatte, sperrte sich und feierte diesen Buß- und Betttag nicht. Es war damals selbständige Pfarrei, die aus wirtschaftlichen Erwägungen wegen der Not der Pfarrer später wieder mit Gonterskirchen gleichberechtigt uniert wurde, hatte aber als von Solms-Laubach kürzlich abgeteilter Solms-Rödelheimischer Besitz ein noch gespanntes Verhältnis zu den Solms-Laubacher Grafen.

„Bezwingung“ von Naturgewalten in früherer Zeit

„Gott wolle uns Sünder nicht fernerhin heimsuchen und unsere Herzen durch solch fürchterliche Schrecken und Schaden zu einem billigen Ihm gefälligen Gehorsam leiten und bringen ...“ schrieb der Gederner Pfarrer in die dortige Kirchenchronik, denn gerade die ländliche Bevölkerung wurde durch solche Unwetter besonders tief und nachhaltig beeindruckt, zumal sie sich die Ursachen nicht erklären konnte. Man versuchte sie auf die verschiedensten Weisen zu bezwingen. In germanischer Zeit zündete man, um Unwetter fernzuhalten, Hagelfeuer an, aus denen schließlich die Sonnwendfeuer wurden. Andere Schutzmittel waren Bittgänge, Bittgesänge, Gebete, Wetterläuten²⁷ und in der Feld-

25 Vgl. ebenda.

26 Vgl. ebenda.

27 H. Bächtold-Stäubli: Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens. Bd. 3, 1987, S. 1305-1322; K. Wehrhan, Volkskundliches über Glocken, besonders über Glockeninschriften. Hessische Chronik I, 1912, S. 103-108 sowie S. 122-127.

mark aufgestellte Hagelkreuze,²⁸ die heute allerdings ohne Ausnahme und schon lange verschwunden sind, genau so wie auch in Gonterskirchen der mit Fastenzeiten kombinierte Hagelfeiertag.

Eine der ältesten Glocken aus der Zeit um 1200 in unserem Gebiet, vielleicht sogar in Deutschland, ist eine solche Wetterglocke in Wenings. Nach der Sage wurde sie, wie auch die Sage von den Ruthardshäuser Glocken erzählt, von Schweinen wiedergefunden, nachdem sie beim Herannahen der Feinde in Floßbach/Wenings bei der „stumpfen Kirche“ im „Glockgreben“ vergraben worden war. Neben verschiedenen Weihekreuzen und Zeichen trägt sie in Spiegelschrift die lateinische Inschrift: „Ne fruges L (A) edad - ne - grando - sonam (TE) - regedat“! Frei übersetzt lautet sie etwa „Möge vor meinem Schall der Hagel zurückweichen, daß er den Fluren keinen Schaden tue“.²⁹ Sie ist demnach eine Hagelglocke, die bei herannahenden Unwettern geläutet wurde, um diese zu vertreiben, die Gemeinde zum Gebet zu versammeln oder auch zu Flurumzügen und Hagelprozessionen. Dass diese Prozessionen einst stattfanden, ist uns urkundlich durch die Pfarrei Floßbach/Wenings bezeugt. Aber auch heute noch ruft die Weninger Hagelglocke sonntags zum Gottesdienst.

Das Dachreitertürmchen der Dorfpforte von Vetzberg birgt in seinem engen Gebälk ebenfalls eine Wetterglocke, die Marienglocke von 1459. Sie wurde von Tilman von Hachenburg geschaffen. Ihre Inschrift, „+ maria heisen ich al bose weder vordriben ich M CCCC L IX“ weist eindeutig auf die ihr zugedachte Aufgabe hin, Unwetter zu vertreiben. Ein Glück, dass sie nicht sinnlos im II. Weltkrieg zum Töten eingeschmolzen werden mußte und noch heute zum Gottesdienst rufen darf.³⁰

Auch das Läuten der Zehn-Uhr-Glocke in Gonterskirchen in der Erntezeit nachmittags um vier Uhr bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist noch ein Hinweis auf den Glauben unserer Vorfahren an die Wirksamkeit des Glockenläutens gegen Hagel, Stürme und Unwetter in der Zeit des höchsten Saatstandes. Es soll aus der Zeit des beschriebenen verheerenden Hagelschlags stammen, wie von einem älteren, verstorbenen Gonterskirchener erklärt wurde.³¹

28 W. Hofmann: Hagelfeiertage. Hessische Chronik 1, 1912, S. 400-403; Seidenberger: Hagelfeiertage. Hessische Chronik 2, 1913, S. 149-152.

29 Festschrift zur 650-Jahr-Feier der Stadt Wenings, 1986, S. 35 und 155.

30 D. Prinz: Das Läuten der Glocken sollte Unwetter vertreiben. Heimat im Bild 35/36.Wo. August / September 2003; siehe auch: Vetzberg. Burg und Burgsiedlung. Vetzbergverein, Biebertal 2002, S. 11.

31 H. Rühl (verstorben), Gonterskirchen / Laubach: Persönliche Mitteilung.

Das Feiern des Siebenschläfers in unserem Gebiet zeigt vor allem, wie unsere Altvorden mit solchen nicht vorhersehbaren, verheerenden Katastrophen in ihrer Angst und ihrem religiösen Empfinden bis in unser Jahrhundert hinein fertig geworden sind. Doch wie in Gonterskirchen nach 1964, so ist der Hageltag auch anderenorts als Feiertag abgeschafft oder auf einen Sonntag verlegt worden. Durch diese Eingliederung in die Reihe gewöhnlicher Sonntage ging natürlich seine Bedeutung als Erinnerungs- und Betttag verloren. Wie andere kirchliche Ereignisse geht er für die meisten Bewohner des Dorfes heute unbeachtet vorüber. Vor etwa achtzig Jahren wäre dies unmöglich gewesen, wie es die Einstellung der Gonterskirchener aufgrund ihrer Gottesfurcht und Respekt vor Althergebrachtem noch im ersten Weltkrieg deutlich machte,³² zumal damals selbst die Schulgesetzgebung an diesem Tage noch Schulfreiheit gewährte. Doch heute Zeichen göttlichen Waltens aus Himmels- und Wettererscheinungen und verheerenden Umweltereignissen abzuleiten und auf diese Weise Religiosität und Gottempfinden anregen und hervorrufen zu wollen, würde teilweise wohl schon bei Kindern ungläubiges Staunen und Kopfschütteln hervorrufen. Angst aus Unwissen, damals als Auslöser und Grundlage für Gottesfurcht und Gottesglaube dienend, ist heute dafür sicher keine Basis mehr.

Beweggründe für die Hilfe durch den Souverän

Graf Christian August war Sohn des Grafen Friedrich Ernst zu Solms-Laubach.³³ Wie sein Vorfahr regierte er nach dem Prinzip, „daß der Fürst als Obrigkeit nicht nur einen besonderen Rang einnahm, sondern daß mit diesem Amt in göttlichem Auftrag Fürsorge und Dienst für die Untergeben verbunden sei“. Auch er war sich deshalb der Verantwortung vor Gott für seine Landeskinder in hohem Maße bewußt. So nimmt es nicht Wunder, dass er sich schon am Montag nach dem samstägigen Hagelwetter über das Ausmaß des Schadens in Gonterskirchen informierte. In seinem Tagebuch hielt er am Montag, dem 29. Juni 1767 fest: „... früh zu Gunterskirchen gewesen, und den schaden besehen, so das Gewitter daselbstsonnabend gethan...“³⁴

Was lag nun außerdem näher, dass er versuchte, für seine Untertanen in Gonterskirchen Mittel zu beschaffen, die verhinderten, dass sie zu Bettlern wurden und die ihnen das Überleben über den nächsten Winter gestatteten. Sicher spielte dabei das Mitgefühl für seine dienstbaren

32 W. Debus: 170 Jahre Hagelfeiertag ..., wie Anmerkung 19.

33 Vgl. Übersicht der Linien des mediatisierten Hauses Solms. Tafel XII, 1883.

34 GSLA, Privatarhiv B-Rubr. XVI, Tagebuch des Grafen Christian August, Nr. 17: Diarium von Januario anno 1767 bis dem 31. Dez. 1770.

Ackersleute in einem Hause christlich-pietistischer Prägung eine wichtige, vielleicht sogar eine ausschlaggebende Rolle. Ganz selbstlos war diese Geste sicher aber wohl auch nicht, denn je eher seine Untertanen, hauptsächlich doch Ackersleute, mit der Erzeugung der lebensnotwendigen Feldfrüchte wieder auf die Beine kamen, um so eher durfte er auch hoffen, die ihm gebührenden Abgaben und Dienstleistungen zu empfangen. Seine diesbezüglich neben den Regierungsgeschäften unternommenen, in hohem Maße anerkennenswerten Anstrengungen waren jedoch nicht aller Orts vom verdienten Erfolg gekrönt.

Expedierte Bittschriften

Worin bestanden die Anstrengungen des Grafen, um den Gonterskirchenern wieder auf die Beine zu helfen? Sie sind in seinem Tagebuch vom Jahr 1767 und durch die entsprechenden Konzepte seiner Briefe leicht nachvollziehbar: Bei seinen gräflichen und fürstlichen Verwandten und einigen Reichsstädten bat er brieflich in sehr bewegenden Worten, um eine „Beysteuer“ für die Gonterskirchener, sogar die englische Königin, eine geborene Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz, ging er um Hilfe an.³⁵

Die im schwülstigen Barock der Zeit „abgelaßenen“ Anfragen weisen auch auf einen ganz anderen Grafen als nach seiner kargen und unpersönlichen Art in seinen Tagebüchern geschlossen werden könnte. Sein pathetischer, floskelnreicher Briefstil ist für jemand, der zuerst durch die kurze Prägnanz seiner Tagebücher beeindruckt wurde, zumindest neu und über die Maßen ungewohnt. Er zeigt, dass auch er ein echtes Kind seiner Zeit gewesen ist, der wohl mit der höfischen Umgangssprache, ihren Formen und ihrem Zeremoniell in besonderem Maße sicher umzugehen wußte, um seine Ziele zu erreichen.

Ob auch mündliche Interventionen über seine brieflichen Bittschriften hinaus stattfanden, darf außerdem wohl angenommen werden. Doch auch die auf uns überkommenen Bittschriften und die von den Adressaten ausgefertigten Antworten sind interessant genug, sie wenigstens teilweise zu würdigen. Leider existiert nur in einem einzigen Fall eine Aufstellung über das Ergebnis der für die „Gonterskircher unglücklichen Unterthanen“ eingesammelten Feldfrüchte und der gespendeten Geldopfer.

Insgesamt konnten für die Zeit von Juli bis Oktober 1767 acht Bittgesuche gefunden werden. Sie richteten sich an die verwandten fürstlichen und gräflichen Häuser und Verwandte in der Nachbarschaft, an Reichsstädte und die englische Königin. Im Einzelnen an:

35 GS LA Varia: A-LXIV, 30 Correspondenz ..., wie Anmerkung 2.

Den Grafen von Ysenburg-Büdingen,
den Grafen von Ysenburg-Meerholtz,
den Grafen von Ysenburg-Wächtersbach,
den Grafen von Solms-Hohensolms-Lich,
den Magistrat der Stadt Frankfurt/Main,
den Rath der Reichsstadt Wetzlar,
den Rath der Reichsstadt Friedberg und schließlich an
den Armee-Befehlshaber Mylord Gramky, Generalleutnant, London,
zur Unterstützung der Bittschrift an die Königin von Großbritannien
und Irland, eine geborene Prinzessin Charlotte von Mecklenburg-
Strelitz, London.

Dabei handelt es sich in den ersten drei Fällen um Nachbarn, mit denen seit jeher befreundete Beziehungen gepflegt worden waren. Christian Augusts erste Frau war eine geborene Prinzessin zu Isenburg-Birstein. Die Licher Fürsten gehörten zur eigenen Familie, von denen sich die Laubacher in verschiedenen Teilungen abgespalten und nach dem Erlöschen der Alt-Laubacher die Neu-Laubacher Solmser Linie begründet hatten. Als weitgereister Souverän und kaiserlicher Geheimrat hatte der Graf auch Freunde und gute Beziehungen zu vielen Adligen seiner Zeit. So liest sich die Aufzählung der über die Hochzeit seines Sohnes mit einer Büdinger Prinzessin anno 1767 informierten Häuser wie einige Seiten aus „dem Gotha“.³⁶ Seine Beziehungen zum Haus Mecklenburg-Strelitz, aus dem die englische Königin stammte, sind über Generationen gepflegte verwandtschaftliche. Friedrich Magnus I zu Solms-Laubach hatte nämlich in 2. Ehe die Witwe von Wilhelm II, Landgraf von Hessen (Bruder Philipps d. Großmütigen v. Hessen), Anna geb. v. Mecklenburg geheiratet. Somit waren die Laubacher Solmser über Anna von Mecklenburg auch mit dem englischen Königshaus verwandt.³⁷ Natürlich brachten ihn seine zahlreichen Reisen vor und nach der Regierungsübernahme 1738 auch in freundschaftliche Beziehungen zu den großen, vor allem den benachbarten Reichsstädten.³⁸

36 GSLA, Privatarchiv B-Rubr. XVI, Tagebuch des Grafen Christian August, Nr. 17: Diarium von Januario anno 1767 bis dem 31. Dez. 1770, S. 53 ff.; Die Anspielung auf den „Gotha“ bezieht sich auf das „Genealogische Taschenbuch der deutschen gräflichen Häuser“, das in Gotha erschien.

37 F. Uhlhorn: Reinhard Graf zu Solms Herr zu Münzenberg. Stammtafel S. 248. Elwert, Marburg 1952.

38 GSLA, Privatarchiv B-Rubr. XVI, Tagebücher des Grafen Christian August von 1740 bis 1781.

Bittschrift an den Grafen von Ysenburg-Büdingen

Als Beispiel für den Schriftwechsel, den Christian August wegen des Gonterskircher Unglücks führte, wurde das Haus Ysenburg-Büdingen gewählt. Doch liegen für alle Bittschreiben die Konzepte der Kammer-schreiber oder des Grafen in ihrer ursprünglichen Form mit allen Streichungen und Verbesserungen vor (Abb. 3). In der Regel handelt es sich dabei um halbseitig beschriebene Folioformate, deren Transkription im o.a. Fall dargestellt ist. Sie wurden auch peinlich genau in das Tagebuch vom Jahr 1767 eingetragen, wie überhaupt seine Tagebücher über etwa 50 Jahre seinen Tagesablauf und das Leben des Grafen in überaus nüchterner Weise deutlich machen. Erst die Ausfertigungen der Bittschreiben in Reinschrift wurden vom Grafen unterzeichnet und expediert. Den Abgang quittierte meist ein höherer Kammerbeamter. Wie die ausgehenden gräflichen Schreiben ausgesehen haben mögen, mag am Aussehen der eingegangenen Antworten ermessen werden (Abb. 4). Sicher liegen sie aber auch zum Teil noch im Original in den entsprechenden Archiven der angeschriebenen Häuser.

Die Schreiben selbst enthalten zunächst den Hinweis auf die besondere Freundschaft zu dem angeschriebenen Adressaten. Nachfolgend wird dann in bewegten Worten auf das große Unglück hingewiesen, welches die nun notleidenden Untertanen erlitten haben und mit wie großer „Danknehmigkeit“ sie jede Hilfe empfinden würden, die auch den Grafen selbst als weiteres Zeichen der erwiesenen „schätzbarsten Freundschaft“ verpflichten würde. Dazu wurde das Konzept des Anschreibens in Kopie (Abb. 3), das transkribierte Konzept an den Grafen von Ysenburg-Büdingen, dessen Antwort in Kopie (Abb. 4) sowie dessen Transkription sowie das transkribierte Dankeschön Christian Augusts wiedergegeben.

Leider ist das Ergebnis des Büdinger Beitrags an die Gonterskirchener notleidenden Ackersleute aus den Akten nicht bekannt. Auch von Seiten der Grafen von Ysenburg-Meerholtz und Ysenburg-Wächtersbach erfolgte sehr schnell eine Zustimmung, im Bereich ihrer Graf-schaften eine Unterstützung zu sammeln. Wie im Falle Büdingen konnten jedoch Ergebnisse zur eingesammelten Spende nicht gefunden werden.

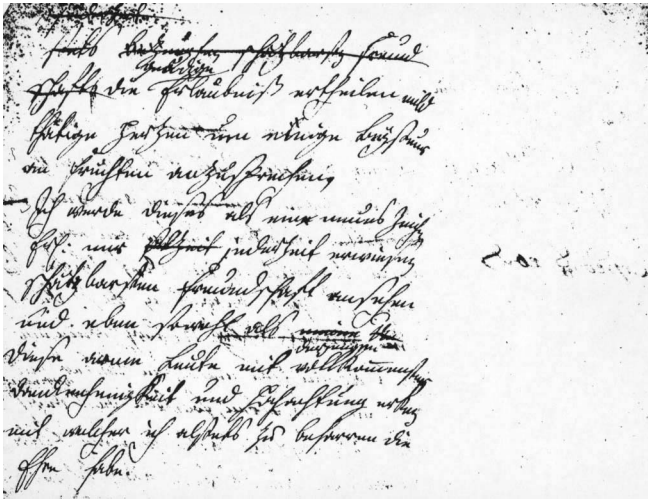


Abb. 3b: Fortsetzung der Bittschrift von Graf Ludwig Christian an den Grafen von Isenburg-Büdingen (Rückseite). *GSLA Varia: A-LXIV, 30*

Transkription der Anfrage (Konzept) von Graf Ludwig Christian zu Solms-Laubach an den Grafen von Isenburg-Büdingen

An den Erl.[auchten]. Grafen von Isenburg-Büdingen

Ihro Gnad:[en] No[m]i[n]e Cel[entisi]mi regent[ⁱ⁼ im Namen des Allerhöchsten Regenten]

L[au]bach d.[en] 8[ten] July 1767

Exped: 8 eod. [ausgefertigt: 8. am gleichen Tag]

Hochgeborener: pp.[usw.]

Es hat das am 27[en] Verwichenen Monahts Juny durch die gantze hiesige Gegend gezogene Gewitter unter andern auch meinen Unterthan[en] im Dorf Gunterskirchen so Hart betroffen, daß durch die Überschwemmung ihre mehresten Aecker und Wiesen verdorben, sondern auch vornehmlich durch den Kieselschlag alle in ihren Fluren gewachsenen Feldfrüchte gänzlich zerschmettert und in den Boden geschlagen worden, so daß sie nicht das allergeringste auf Künftige Erndte zu hoffen haben: und glatterdings an den Bettelstaab gerathen würden, wenn selbigen nicht durch die Mildthätigkeit anderer Nebenmenschen aufgeholfen würde. Da sie nun nicht zweifeln, daß auch in Erl[aucht] Lande sich [Menschen] finden werden, welche mit den sie betroffenen harten Schicksal einiges Mitleiden haben, und mir desfalls

Ich werde dieses als ein neues Zeichen [der von] Erl: mir jederzeit erwiesen[en] schätzbarsten Freundschaft und eben sowohl als [es] diese arme Leute mit derjenigen vollkommensten Danknehmigkeit[Dankbarkeit] und Hochachtung erken[nen] mit welcher ich alstets Zu beharren die Ehre habe

Abb. 4a: Antwort (Ausfertigung) des Grafen von Isenburg-Büdingen (1. Seite).

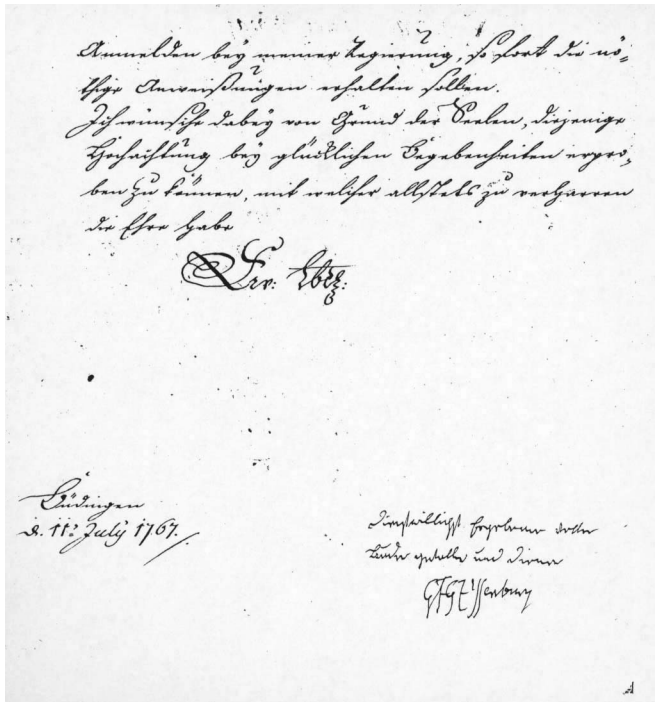


Abb. 4b: Antwort (Ausfertigung) des Grafen von Isenburg-Büdingen (2. Seite).

Transkription der Antwort (Ausfertigung) des Grafen von Isenburg-Büdingen.

pros:[eingegangen] d[en] 13 [ten] July 1767;

beantwortet d[en] 15[ten] ejusd:[em= desselben Tages, Monats]

Hochgebohrener Graf, Freundlich vielgeliebt und Hochgeehrter Herr Vetter und Gevatter!

Hat das, am 27=[ten] vorigen Monats einen starcken Strich von meiner Landes Nachbarschaft betroffene schwere Gewitter und erlittene große Unglück mich schon vorhin zu besonderm Mitleiden bewogen, so hat Ew.[Eure] L[i]bd[en] Schreiben vom 8=[ten] dieses. [Monats] wegen des Verlustes, so Dero Unterthanen zu Gunterskirchen erlitten haben, mich noch stärker gerühret und meine Brust ganz besonders durchdrungen. Ich accordire also denen Verunglückten, zum Beweiß meiner gegen Ew. Lbd: heegenden wahren Freundschaft und gegen die armen Leute tragenden Erbarmung sehr gerne, daß sie in meinem Lande eine freywillige Beysteuern einsammeln mögen.

Damit aber hierinnen alle Unterschleiffe [Betrug, Unterschlagung] vermieden werden mögen: So muß Ew. Lbd. Ersuchen, die abzuschieckende Personen mit gehörigen Patenten [Dokumenten, Ausweisen] zu versehen, welche dann auf ihr Anmelden bey meiner Regierung, so fort die nötige Anweisungen erhalten sollen.

Ich wünsche dabey von Grund der Seelen diejenige Hochachtung bey glücklichen Begebenheiten erproben zu können, mit welcher allstets zu verharren die Ehre habe

Ew: Lbd:

Büdingen d. 11. July 1767

dienstwilligst Ergebener Vetter Bruder Gevatter und Diener

GFGZ Ysenburg

Der Dank des Grafen Christian August zu Solms-Laubach an den Grafen von Isenburg-Büdingen lautete folgendermaßen:

An Herrn Grafen zu Isenburg-Büdingen; d. 15. July 1767

Exped: Zu Laubach d. 19, July: 1767; Buchner

„So überzeugend diejenigen bewaise von Ew. Lbd.[Eure Liebden] gantz besondern Freundschaft gegen mich, sich darin zu Tage legen, daß dieselbe vor meine Verunglückte Unterthanen zu Gunterskirchen die Gnade haben wollen ihnen eine Beysteuern in dero Lande zu verwilligen eben so lebhaft und vollkom[men] ist diejenige Danknehmigkeit welche ich darüber empfinde und Ew. Lbd: schuldig bin, und die ich auch auf alle Art denenselb[en] erproben Zu können, mir Gelegenheit wünsche.

Die besondere Vorsorge welche Ew. Lbd. noch ferner dadurch bezeugen damit kein Unterschleif geschehen werde so genau befolgen zu lassen ohnermangeln, daß diejenigen welche zu seiner Zeit zur Einsammlung abgeschickt werden, mit den gehörigen Patenten unter meiner eignen Namens Unterschrift versehen seyn sollen damit durch Ew. Lbd. hierunter ruhende [?] Gesinnung auch denen sämtliche[n] Theilnehmern allermöglichste Nutzen Zufließen möge.

Übrigens werden Ew. Lbd. mir die Gerechtigkeit wiederfahren lassen, versichert zu seyn, daß ich nie einige Gelegenheit vorbeyleßen werde, denen selben diejenige wahre Hochachtung zu bethätigen mit welcher ich die Ehre Habe alstets zu beharren

Für den Grafen von Solms-Lich		Geld	
Summe		in Gulden	in Schillingen
1) Für den Grafen von Solms-Lich			
Altenhof	Altenhof	2	4
	Grasse	1	7
	Grasse		1
	Grasse		1
	Gall	16	
Altenhof	Altenhof	7	
Altenhof	Altenhof	4	
Altenhof	Altenhof	2	
Altenhof	Altenhof	4	
Altenhof	Altenhof	3	
Altenhof	Altenhof	1	
Altenhof	Altenhof	7	4
Altenhof	Altenhof	1	2
Altenhof	Altenhof	1	7
Altenhof	Altenhof	1	4
Summa		16	37
2) Für den Grafen von Solms-Lich			
Altenhof	Altenhof	10	5
	Grasse	1	2
	Gall	3	
Altenhof	Altenhof	6	5
	Grasse	1	4
Altenhof	Altenhof	6	5
	Grasse	1	
Summa		2	37

Abb. 5a: Ergebnis der von den Untertanen des Grafen von Solms-Hohen-solms-Lich geleisteten „Beysteuern“ nach Ämtern, Geld (Gulden und albus) und Getreide (Fruchtmaße in Achtel, Mesten und Mäßchen).

		Gulden	schilling	denar
		fl.	kr.	gr.
3) Für den Brandstift Lich				
Lich	Geld	15	10	2
Vöckell	Geld		3	
W. H. H. H.	Geld		3	
W. H. H. H.	Geld		3	2
W. H. H. H.	Geld		3	4
W. H. H. H.	Geld		3	
W. H. H. H.	Geld		1	1
W. H. H. H.	Geld		5	3
W. H. H. H.	Geld		5	3
W. H. H. H.	Geld		5	3
Summa		15	37	
Herrn Grafen von Solms-Hohensolms-Lich		16	27	6
Herrn Grafen von Solms-Hohensolms-Lich		2	27	3
Herrn Grafen von Solms-Hohensolms-Lich		15	37	
Summa Summarum		1	3	1

Abb. 5b: Fortsetzung des Ergebnisses der von den Untertanen des Grafen von Solms-Hohensolms-Lich geleisteten „Beysteuern“ nach Ämtern, Geld (Gulden und albus) und Getreide (Fruchtmaße in Achtel, Mesten und Mäßchen).

Die Hilfe von Solms-Hohensolms-Lich

Die Antwort des Grafen von Solms-Hohensolms vom 5. Dezember 1767 erlaubte eine Geld- und Fruchtkollekte, die durch die Erntearbeiten verzögert worden war. Unterschrieben hatte Karl, Graf zu Solms. Am 6. Dezember 1767 erging vom Laubacher Grafen an den „Dienstwillig Ergebenen Vetter, Gevatter und Diener“ ein ganz besonderer Dank, der dafür auch sicher allen Grund hatte. Die eingesammelte „collecte“ war nämlich auch aus heutiger Sicht in ihrer Größenordnung überraschend hoch; die dargebotene Hilfsbereitschaft für die in Not geratenen Mitmenschen war überwältigend. Das konnte hier leicht festgestellt werden, denn nur von Solms-Hohensolms-Lich liegt eine

überlieferte Quantifizierung der Spenden - Feldfrüchte und Geld - aus den Ober- und Unterämtern vor (Abb. 5). Die Einsammlung ergab insgesamt 1 Gulden, 3 albus an Geld und 92 Achtel, 1 Meste und 4 Maßgen an Fruchtspende. Das waren nach Licher Maß die ungeheure Menge von etwa 46 Malter. Ein Malter war ein Doppelzentner (= 200 Pfund) und machte weit mehr als drei Geback Brot pro selbständigen Haushalt der etwa 60 im Dorf aus.³⁹ Waren die zugesagten Beisteuern von Seiten der andern angeschriebenen Souveräne und Städte, die einer Spende zugestimmt hatten, ähnlich groß, so war sicher insgesamt auch noch einige Saatfrucht für die nächstjährige Feldbestellung übrig.

Betrachtet man die „Beysteuern“ von Solms-Hohensolms im Einzelnen, so fällt vor allem auf, dass als größter Anteil der an Korn (Roggen) ins Auge fällt, denn nicht Weizen, sondern Roggen war damals das wichtige Brotgetreide. Es folgen Gerste, die ebenfalls als Brotfrucht und für die Herstellung von Graupen und Grütze (und Viehfutter) genutzt wurde und auch einige Hülsenfrüchte (Erbsen); sogar Geld wurde gespendet. Insgesamt beteiligten sich 19 Orte an der Einsammlung. Kein Dorf der Licher Grafschaft und kein Amt scherte dabei aus.

Die Städte und die englische Königin

Sehr unterschiedliche Antworten gingen auf die Anfragen an die großen Städte ein: „Bürgermeister und Rath der Kayserlich[en] Freyen Reichs Stadt Wetzlar“ stimmten am 20 August 1767 der „angesonnenen Einsammlung einer Christlichen beysteuern von milden und Guththätigen Hertzen [...] nach der bevorstehenden Frankfurther Herbstmesse“ zu, dem Souverän „eine Göttliche Gnadenreiche Beschirmung zu ferneren Hochgräfl[ichen] Wohlergehen [...] mit allem schuldigen Respect“ wünschend. Das Ergebnis der Einsammlung blieb unbekannt. Es ist jedoch anzunehmen, dass dabei weniger Getreide und mehr Geld gespendet wurde.

Die Antwort der Stadt Frankfurt war negativ, besonders wegen des „bei hiesiger Bürgerschaft [...] fast wöchentlichen collectionirens“ und deren deshalb „geäußerten Unwillens“. Bürgermeister und Rath der Reichsstadt Frankfurt „bedauern zwar die Gemeinde Gonterskirchen wegen des sie betroffenen Unglücks herzlich und wünschten derselben nichts mehr, als daß Gott diesen erlittenen Schaaden in reichem Maaße [...] wieder ersetzen möge“. Wegen anderer „hier bereits auf 4 Jahre hinaus für völlig ruinierte Städte und Gemeinden Verstattete und noch

39 R. Krause: Umrechnung der im ehemaligen Großherzogtum Hessen vor 1817 gebrauchten Ortsmaße in das metrische System. Staatsarchiv Darmstadt 1956. In Lich hatte ein Malter vor der Gewichtsumstellung im Großherzogtum Hessen 244 Liter. Sie entsprachen etwa 200 Pfund zu je 500 Gramm.

Abb. 6: Antwort (Ausfertigung) der englischen Königin Charlotte geb. von Mecklenburg-Strelitz

328

MOHG NF 89 (2004)

Abb. 6: Antwort (Ausfertigung) der englischen Königin Charlotte geb. von Mecklenburg-Strelitz

Die „weltgepriesene Großmut und königliche Gnade“, die Graf Christian August „so kühn macht[e] in tiefster Unterthänigkeit mich zu allerhöchst dero Thron zu wagen, und dero höchsten Huld im Nahmen einiger Unterthanen anzuflehen“, konnte die englische Königin und ihr Haus nicht bewegen, eine entsprechende Beihilfe an die Gonterskircher zu leisten. Die noch im Jahre 1767 eingegangene Antwort der englischen Königin (Abb. 6) an den „Hoch- und Wohlgebohrnen Unseren besonders lieben Herrn Christian August Grafen zu Solms“ war in freundlichem Tone gehalten, doch „würden wir es gerne gegönnet haben, wenn durch deßelben unterm 12 ten v[origen] Monats an Uns abgelaßenes Schreiben, des Königs Unseres Gemahls Maj[estät] Sich hätten bewegen laßen können, dem darin enthaltenen Antrage Statt zu geben. Nachdem aber derselbe dazu nicht zu bewegen gewesen sind; So bleibt Uns nur übrig [...] zu versichern, daß Uns eine jede andere Gelegenheit lieb sein werde, Demselben zu bezeigen daß Wir Ihm mit günstigem und wohlgeneigten Willen stets beigethan verbleiben.

St James 22ten Sept: 1767.

Des Herrn Grafen gantz wohl affectionirte Charlotte

Wie zu ersehen, war die Ablehnung des englischen Königshauses in liebenswürdigem Ton gehalten, aber doch eindeutig. Sicher wäre dies auch eine lobenswerte Möglichkeit gewesen, seinen Untertanen beizustehen. Ob aber Graf Christian August wirklich damit gerechnet hatte, eine Beihilfe vom englischen Königshaus zu erhalten? Sein Bittbrief zeugt in jedem Fall von einem besonders ausgeprägten Selbstbewußtsein des damaligen Herrschers der Laubacher Grafschaft.

Dank

Familie Pfarrer Specht und Herrn Pfarrer Jung, Gonterskirchen, danke ich sehr für ihre Erlaubnis, die Ortschronik zum bearbeiteten Thema, und dem Grafen Karl-Georg zu Solms-Laubach, die entsprechenden Unterlagen im gräflichen Archiv einsehen zu dürfen. Familie Pfarrer Kühnle gab mir wichtige Informationen zur Hagelglocke und ihrer Geschichte in Wenings, auch ihr danke ich herzlich und C. Melchior für die Anfertigung der Skizze über die Hageltag-Ortschaften

Der Grabstein einer/eines Unbekannten aus dem späten 16. Jahrhundert vom Alten Friedhof in Gießen

Friedrich Karl Azzola

An der Ostseite der Friedhofskapelle auf dem Alten Gießener Friedhof steht ein schlichter Grabstein (Abbildung), dessen Fortentwicklung aus dem Grab-Kreuzstein des 16. Jahrhunderts¹ noch mühelos erkennbar ist. Noch beherrscht das Kreuz wie beim vorangegangenen Grab-Kreuzstein das Denkmal in seiner ganzen Höhe, jedoch ist es nunmehr zum Kruzifix fortentwickelt. Hierin gleicht er dem leider verschollenen Grabstein des Gießener Küfers Baltzer Durschuch aus dem Jahr 1566.² Eine weitere Bereicherung ist die dem Bildepitaph als Vorbild entlehnte Familie der/des Verstorbenen, die unten am Fuß des Kreuzes kniet. Am rechten Rand des Kreuzes erkennt man den Familienvater, nach links gefolgt von vier Söhnen, wovon der Vorletzte aufgrund seines Kreuzes über seinem Kopf bei der Anfertigung des Grabsteins bereits verstorben war, während ein fünfter Sohn bereits als Säugling verstarb. Rechts vom Familienvater knien zwei Töchter, die bei der Anfertigung des Grabsteins ebenfalls bereits verstorben waren. Ganz rechts unten ist aus einem nun nicht mehr ersichtlichen Grund Material fachgerecht weggehauen worden. Dadurch verlor der Grabstein seine figürliche Darstellung der knienden Familienmutter. Die Familie der/des Verstorbenen unter dem gekreuzigten Christus ist deshalb nur unvollständig erhalten.

Links steht der Leichentext der/des Verstorbenen:

CHRISTVS / IST MEIN / LEBEN STERBEN / IST MEIN / GEWIN

Es ist ein Wort aus dem Brief des Paulus an die Philipper Kapitel 1 Vers 21.

¹ Eine Zusammenstellung der bisher erschienenen Arbeiten über Grab-Kreuzsteine findet sich in der Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde (Kassel), Band 97 (1992), S. 146-148.

² Friedrich Karl Azzola: Der verschollene Grabstein des Küfers Baltzer Durschuch, 1566, vom Alten Friedhof in Gießen, MOHG NF 75 (1990), S. 163-186.



Abb.: Der Grabstein einer/eines Unbekannten aus dem späten 16. Jahrhundert an der Ostseite der Kapelle auf dem Alten Friedhof in Gießen. Das aus Buntsandstein gefertigte Denkmal ist 87 cm hoch, 58,5 cm breit und 12 cm dick. Foto: Azzola

Beim traditionellen Grab-Kreuzstein der frühen Neuzeit zeigt die Vorderseite das Kreuz, die Rückseite eine kurze Inschrift mit dem Namen und den Daten der/des Verstorbenen. Auch hierin folgt der Gießener Grabstein, den die beigegebene Abbildung zeigt, seinem Vorbild, doch seine personenbezogene Inschrift auf seiner Rückseite ist leider unzugänglich und unbekannt. Aus der Komposition seiner Vorderseite darf man den Gießener Grabstein einem Zeitraum um 1570/90 zuordnen. Das Denkmal war ein Grabstein und kein Epitaph, denn aufgrund seiner jetzt unzugänglichen Inschrift auf der Rückseite stand der Stein einst frei, von beiden Seiten zugänglich, auf einem Grab. Hingegen trägt die Vorderseite eines Epitaphs, das stets an einer Wand aufgestellt wurde, auch die auf den Verstorbenen bezogene Inschrift.

Leider ist jüngst der Kopf des Gekreuzigten abgeplatzt. Da in Hessen nur wenige Grabsteine gleich dem Gießener auf der beigegebenen Abbildung den Übergang vom Grab-Kreuzstein zu den zahlreichen barocken Grabsteinen des 17. und 18. Jahrhunderts dokumentieren, verdient das hier beschriebene Denkmal des ausgehenden 16. Jahrhunderts Aufmerksamkeit.

Das spätmittelalterliche Steinkreuz eines Krämers/Gewürzkrämers und Tuchhändlers/Gewandschneiders im Lapidarium des Hohhaus-Museums zu Lauterbach

Friedrich Karl Azzola

Das Hohhaus-Museum zu Lauterbach verwahrt in seinem Lapidarium ein seitlich an den Armen und oben verstümmeltes spätmittelalterliches Steinkreuz mit Eckverstärkungen, die sich konzentrisch zu einer Scheibe ergänzen (Abbildung 1). Das Steinkreuz stand einst am „alten Fulder Hohl“, fand danach an verschiedenen Stellen in Lauterbach einen Platz und gelangte schließlich in das Hohhaus-Museum. Es wird „Kreppelkreuz“ genannt, denn die am Steinkreuz haftende Sage berichtet von zwei Handwerksburschen, die in der Unteren Schlagmühle fünf Kreppel erbettelt hatten. Nach dem sofortigen Verzehr von vier Kreppeln gerieten sie um den fünften in Streit, bei dem sie sich am genannten Hohlweg gegenseitig erschlugen.¹ Diese in ihrem Kern weit verbreitete und an Steinkreuzen haftende Wandersage von einem Streit, der schließlich mit dem Tod beider Streitenden endete, trägt nichts zur Klärung der Frage bei, weshalb das spätmittelalterliche Steinkreuz, das dem 15. Jahrhundert zugehört, einst angefertigt und am „alten Fulder Hohl“ errichtet wurde.

Bei einem inschriftlosen Denkmal wie dem Lauterbacher Steinkreuz (Abbildung 1) helfen nur die unfigürlichen Attribute weiter. Heinrich Riebeling² hatte sie nicht recht erkannt, da dies der ungünstige Standort des Denkmals im Lapidarium verhinderte. Nur durch eine optimale künstliche Ausleuchtung sind die Konturen der Attribute erkennbar. Das Steinkreuz ist durch drei voneinander verschiedene Attribute ausgezeichnet und zwar:

Oben eine gleicharmige Balkenwaage. Durch die Verstümmelung des Steinkreuzes ist der gleicharmige Balken der Waage verloren, man erkennt nur noch die links und rechts jeweils an einem Punkt aufgehängten beiden hohlen Waagschalen. Da die außerordentlich unruhige Oberfläche des Steinkreuzes mit ihren vielfältigen Kontrasten die schwachen Rillen der Attribute überlagert und das Verständnis des

1 Heinrich Riebeling: Steinkreuze und Kreuzsteine in Hessen. Dossenheim/Heidelberg 1977, S. 123 unter der Nr. 5322.1.

2 Ebda.

Betrachters erschwert, zeigt Abbildung 2 zeichnerisch ergänzt, wie man sich das unversehrte Steinkreuz mit seinen verschiedenen Attributen vorstellen darf. Bei der zeichnerischen Ergänzung der Waage erwiesen sich die Waage auf der Grabplatte des Hense Kremer von 1466 außen an der Stadtpfarrkirche von Tauberbischofsheim³ (Abbildung 3) sowie weitere überlieferte Quellen⁴ als hilfreich.

Die gleicharmige Balkenwaage mit ihren zwei tiefen, hohlen Kalotten als Waagschalen (Abbildungen 1 und 2) spricht als Zeichen für einen Gewürzhändler entsprechend der Darstellung des Nürnberger Gewürzhändlers Perchtolt Kromer aus dem Jahr 1453 im Hausbuch der Mendelschen Zwölfbrüderstiftung zu Nürnberg⁵ (Abbildung 4). Da man das dem 15. Jahrhundert zugehörige Lauterbacher Steinkreuz (Abbildungen 1 und 2) insbesondere einem Zeitraum nach der Jahrhundertmitte zuordnen darf, sind das Lauterbacher Steinkreuz mit seiner gleicharmigen Waage als Attribut und die Nürnberger Zeichnung der Abbildung 4 als zeitgleich entstanden anzusehen.

Während sich die Waage in ihrem ikonographischen Bezug leicht erfassen und zuordnen läßt, bereiten die beiden seitlichen Rechtecke insofern Schwierigkeiten, da es unter den spätmittelalterlichen Steinkreuzen Deutschlands sowie Schlesiens, Mährens, Böhmens und Österreichs kein Steinkreuz mit solchen rechteckigen Feldern als Attribute gibt. Zweifelsohne stehen diese beiden rechteckigen Felder als Zeichen des Lauterbacher Steinkreuzes mit der Waage in einem sachlichen Zusammenhang. Einen hilfreichen Hinweis bietet hierzu die spätmittelalterliche Kreuzplatte des Peter Werrich, nach 1400, vom Kirchhof bei der Stadtpfarrkirche in Wimpfen am Berg⁶ (Abbildung 5). Sie zeigt in

-
- 3 Die Deutschen Inschriften 1. Band. Heidelberger Reihe 1. Band: Die Inschriften des badischen Main- und Taubergrundes Wertheim - Tauberbischofsheim, gesammelt und bearbeitet von Ernst Cucuel und Hermann Eckert, Stuttgart 1969. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage Stuttgart 1942, S. 75, Inschrift Nr. 161 mit einer Abbildung auf der S. 74.
 - 4 Heiko Steuer: Waagen und Gewichte aus dem mittelalterlichen Schleswig. Funde des 11. bis 13. Jahrhunderts aus Europa als Quellen zur Handels- und Währungsgeschichte. Köln 1997, darin zahlreiche Bildbelege.
 - 5 Das Hausbuch der Mendelschen Zwölfbrüderstiftung zu Nürnberg. Deutsche Handwerkerbilder des 15. und 16. Jahrhunderts, herausgegeben von Wilhelm Treue, Karlheinz Goldmann, Rudolf Kellermann, Friedrich Klemm, Karin Schneider, Wolfgang von Stromer, Adolf Wißner und Heinz Zirnbauer, München 1965, Textband S. 127, Bildband S. 115.
 - 6 Die Deutschen Inschriften 4. Band. Münchener Reihe 2. Band: Die Inschriften der Stadt Wimpfen am Neckar, gesammelt und bearbeitet von Fritz Viktor Arens, Stuttgart 1958, S. 29, Inschrift Nr. 78. - Friedrich Karl Azzola: Grabplatten des späten Mittelalters in Wimpfen am Berg, in: Regia Wimpina. Beiträge zur Wimpfener Geschichte Band 7 (Bad Wimpfen 1995), S. 16-39, darin S. 30-39: Die hochgotische Kreuzplatte des Peter Werrich, 1400, bei der Stadtkirche in Wimpfen.

erhabenem Flachrelief eine Waage und eine Elle als Zeichen eines Wimpfener Krämers/Gewürzkrämers und Tuchhändlers/Gewandschneiders, d.h. ein Krämer/Gewürzkrämer kann zugleich auch Tuchhändler/Gewandschneider gewesen sein.

Bestätigt wird dies im Hausbuch der Mendelschen Zwölfbrüderstiftung zu Nürnberg durch die Zeichnung des Krämers Jörg Weinprenner aus dem Jahr 1533 (Abbildung 6). Jörg Weinprenner sitzt in seinem geöffneten Laden; er hält in seiner linken Hand eine gleicharmige Balkenwaage, darunter liegen auf dem Ladentisch zwei kleine, aufgewickelte Stoffballen.⁷ Die Projektion dieser beiden Stoffballen würde zwei längliche Rechtecke gleich den beiden Rechtecken als Zeichen des Lauterbacher Steinkreuzes (Abbildungen 1 und 2) ergeben. Das Lauterbacher Steinkreuz wurde demnach für einen Krämer/Gewürzkrämer und Tuchhändler/Gewandschneider errichtet, der nach der Mitte des 15. Jahrhunderts gewaltsam, also ohne mit dem Sterbesakrament versehen worden zu sein, umkam.

Das mittig angeordnete und nach unten gerichtete Messer des Lauterbacher Steinkreuzes (Abbildungen 1 und 2) liefert schließlich den Hinweis, was sich einst ereignete, woran das Steinkreuz erinnert, da dieses Messer mit den beiden anderen Attributen in keinem sachlichen Zusammenhang steht, und man es als Waidmesser/Jagdmesser interpretieren darf. Auch eines der drei Steinkreuze bei Ladenburg am unteren Neckar zeigt ein solches Waidmesser als Zeichen⁸ (Abbildung 7). Es dient dem Gedächtnis an einen bei einer Jagd umgekommenen Menschen. Demnach erinnert das Lauterbacher Steinkreuz (Abbildungen 1 und 2) an einen unbekannten, wohl Lauterbacher Krämer/Gewürzkrämer und Tuchhändler/Gewandschneider, der nach der Mitte des 15. Jahrhunderts bei einer Jagd durch einen Unfall umkam. Das Steinkreuz wurde sicherlich nicht am Unglücksort sondern an einem viel begangenen Weg errichtet. Dort forderte es die Vorübergehenden auf, für die in einer Notlage befindliche arme Seele des unversehen Umgekommenen Fürbitte zu halten.

7 Wie Anm. 4, Textband S. 146 und Bildband S. 227.

8 Friedrich Karl Azzola und Erika Fischer: Bei Ladenburg: Ein Steinkreuz mit einem Waidmesser. Das Denkmal eines Jägers oder Jagdgehilfen? In: Der Odenwald Jg. 51, Heft 1 (Januar - März 2004).



Abb. 1: Das spätmittelalterliche, nach der Mitte des 15. Jahrhunderts aus Sandstein gefertigte Steinkreuz im Lapidarium des Hohhaus-Museums zu Lauterbach. Die Höhe des Steinkreuzrestes beträgt 90 cm, die Restbreite 66 cm und die Dicke 15 cm. Das Waidmesser ist 27,5 cm lang (Foto: Azzola).



Abb. 2: Das zeichnerisch ergänzte Steinkreuz der Abbildung 1. Zeichnerische Ergänzungen: Azzola



Abb. 3: Die 1,96 m hohe Grabplatte des Hense Kremer, 1466, außen an der Stadtpfarrkirche zu Tauberbischofsheim mit einer gleich-armigen Balkenwaage und einer wappenartig gefaßten Hausmarke als Zeichen (Foto: Azzola).



Abb. 4: Der Gewürzkrämer Perchtolt Kromer, 1453, im Hausbuch der Mendelschen Zwölfbrüderstiftung zu Nürnberg, fol 75r. Reproduktion: Stadtbibliothek Nürnberg



Abb. 5:

Die 1,94 m hohe Grabplatte (Kreuzplatte) des Peter Werrich, nach 1400, auf dem Kirchhof neben der Stadtpfarrkirche in Wimpfen am Berg mit einem nasenbesetzten Lilienkreuz sowie mit einer gleicharmigen Balkenwaage und einer Elle als den Zeichen eines Krämers/ Gewürzkrämers und eines Tuchhändlers/ Gewandschneiders (Foto: Azzola).



Abb. 6: Der Krämer und Tuchhändler/Gewandschneider Jorg Weinprennner, 1533, im Hausbuch der Mendelschen Zwölfbrüderstiftung zu Nürnberg, fol. 150r. Reproduktion: Stadtbibliothek Nürnberg



Abb. 7: Das 1,14 m hohe, spätmittelalterliche Steinkreuz vor Ladenburg an der alten Heidelberger Straße mit einem horizontal angeordneten Waidmesser als Zeichen (Foto: Azzola)

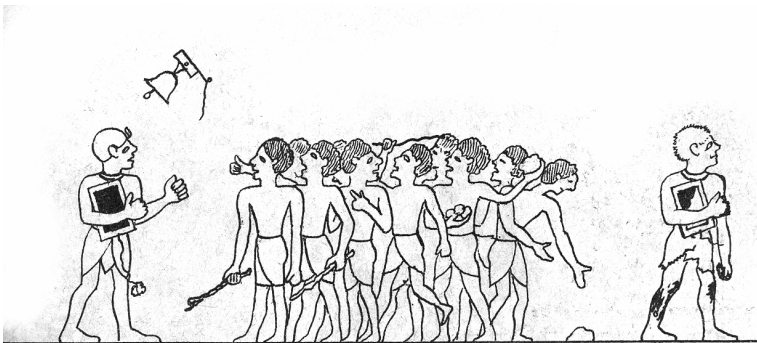
„Alte Freunde“

Johanna Hecht und die Sandgasse

Hans-Joachim Weimann

Dr. Friedrich Noack (1858-1930 - schließlich Ehrenmitglied des Oberhessischen Geschichtsvereins) hat zur Hochzeit seines Freundes und Reisegefährten Carl Gail am 4.8.1885 eine Festschrift geschrieben und gezeichnet. Darin wird dessen Jugendgeschichte ins Ägyptische verfremdet, der Bräutigam mit der umgekehrten Buchstabenfolge seines Namens bezeichnet. Aus Gail wird „Liag“, aus Carl dann „Lrac“. Den durch das „Kleppen“ der Schulglocke eingeläuteten Schulweg seines Freundes beschreibt Noack mit den folgenden Versen:

*Wenn es „kleppt“, so macht der kleine
Liag Lrac sich auf die Beine,
will vergnügt zu Schule gehn.
Aber an der Sandgass stehn
Gassenbuben wohl gerüstet,
Kampfesmutig und entrüstet,
haben's auf ihn abgesehn.
Doch der kleine Liag Lrac
schlägt als Held sich durch das Pack,
Hiebe musste er zwar kriegen,
aber dennoch tat er siegen.
Manchmal auch mit blut'gem Kopf
Kommt er heim, der arme Tropf,
muss dann auf der Nase liegen.*



Diese Rauferei wirft ein Licht auf den Kontrast der Lebensverhältnisse zwischen der Familie Gail und ihren östlichen Nachbarn. Der Firmengründer Georg Philipp Gail (1785 -1865) hatte im Jahre 1825 in der Neustadt ein sehr großes Gebäude erworben, das der Gießener Sprachgebrauch früher nach den Eigentümern v. Schwalbach, Senft v. Pilsach, v. Schmalkalder und v. Gatzert benannte. Gail vergrößerte das Grundstück rasch auf rd. 9000 qm und legte bereits in den Jahren 1826/27 einen etwa 5000 qm großen Lustgarten an. 1850 wurde die fast 40 m breite Fassade modernisiert.

In der östlich benachbarten Sandgasse befanden sich zumeist auffällige Fachwerkhäuser. Auch das dazu gehörige Gefängnis war in einem schlechten Zustand.

27 Jahre später geht es in einer Festschrift wieder um die Sandgasse. Zum 100-jährigen Jubiläum der Gail'schen Tabakfabrik am 27. Januar 1912 überreicht J o h a n n a H e c h t ein Album mit Federzeichnungen. Prinzipal der Firma ist zu dieser Zeit der Geheime Kommerzienrat Dr. h.c. Wilhelm Gail. Die am 8.10.1851 in Alt Regentin bei Greifswald geborene Künstlerin ist eine Cousine seiner verwitweten Stiefmutter Marie Gail. In deren Villa, Gartenstraße 22, wirkt sie seit Mai 1895 als Gesellschafterin und Privatlehrerin für Zeichenkunst und Malerei. Nach dem Tode von Maria Gail wird sie die Stadt bald verlassen und im Oktober 1923 in ihre Heimat zurückkehren. Wilhelm Gail nennt Johanna Hecht in einem Brief vom 19.12.1898 feinfühlig und klug. Es gibt eine weitere Festschrift von ihrer Hand, die schön illustrierte Beschreibung der Veranstaltungen zur Einkehr des in Chicago getrauten Paares Wilhelm und Minna Gail geb. Mahla am 10.9.1883 im Hause Neustadt 32. Eine Suche nach weiteren Spuren ihrer künstlerischen Tätigkeit blieb fruchtlos. Die Quellen über frühe Gemäldeausstellungen in Gießen sind nicht ergiebig.

Das zum Firmenjubiläum überreichte Album hat den Titel „Alte Freunde“. Die meisten Zeichnungen beziehen sich auf Gebäude in der Sandgasse. Das war damals keine Gasse mit einem Anfang und e i n e m Ende, vielmehr ein mehrendiges Gassengewirr mit gabelähnlichen Verzweigungen. Der Eingang von der Neustadt her heißt heute Pfarrgasse.

Ein Glücksfall ist es wohl, daß im Gail'schen Archiv neben dem Hecht'schen Album auch eine Serie zeitgenössischer Photographien gefunden wurden. Dazu paßt ein Brief, den Wilhelm Gail am 26.12.1893 seiner Tante und Pflegemutter Minna Ax in Rheydt geschrieben hat.: *Die mir so liebe Beschäftigung mit dem Photoapparat habe ich aus Mangel an Zeit oder besser Ruhe gar nicht mehr pflegen können. Wenn ich mich deswegen in dem Dir morgen zugehenden*

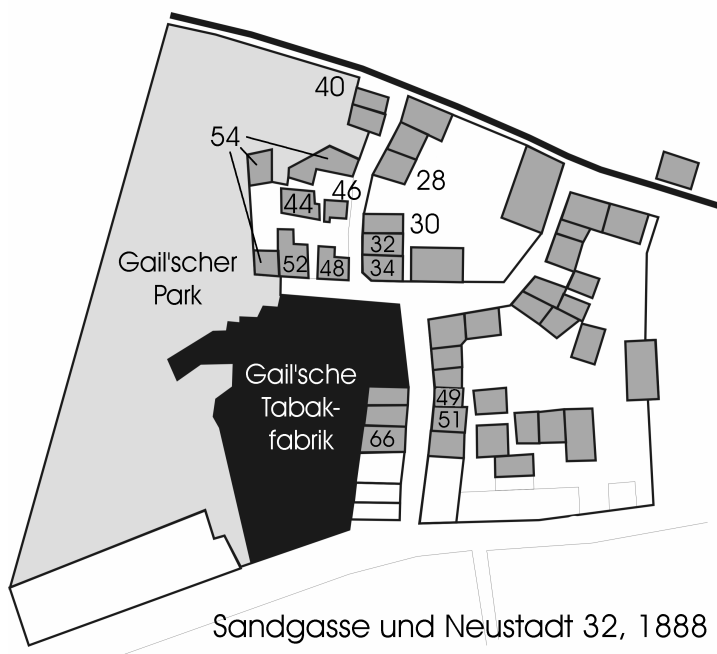
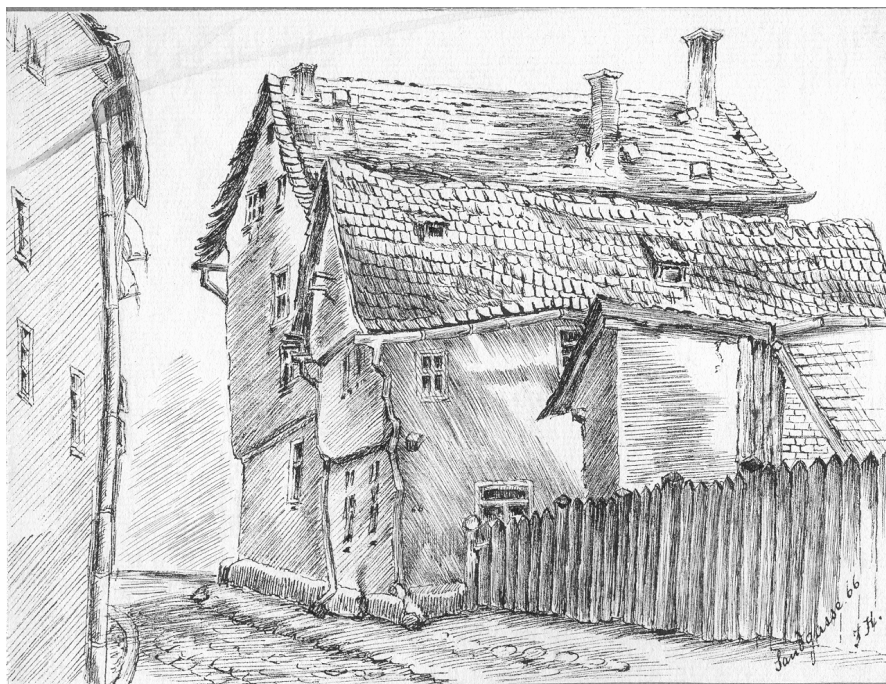
Paket mit Ansichten von Gießen mit fremden Federn schmücke, so ist es nicht böser Wille. Mit auf meine Anregung hier hat die Stadt eine Anzahl Gebäude und Straßen aufnehmen lassen, wie sie sich zeigten, ehe die bessernde und ordnende Hand eingegriffen. Schade, daß man der Anregung nicht früher folgte. Es wäre doch gut, wenn die nächsten Generationen auch sehen könnten, was mit den aufgewendeten Mitteln geleistet und welche Zustände vor der Zeit unserer jetzigen Baumeister waren. Es geschieht viel bei uns hier, und kenne ich kaum eine Stadt gleicher Größe, die so viel des Schönen aufzuweisen hätte. ... Jene Bildersammlung der Stadt muß wohl als verloren gelten. Die jetzt gefundenen Aufnahmen aus der Sandgasse könnten dazu gehören.

Der Fund der Photos ermöglicht eine Gegenüberstellung der lebenswürdig gezeichneten Bilder mit der unbarmherzig-genauen Aufnahme durch das „Objektiv“. Die Zuordnung der Bilder zur Stadtkarte von 1888 war schwierig. Die ermittelten Hausnummern wurden in der Kartenskizze am Anfang der Bilderserie eingetragen und in die Fotos eingefügt. So mag nicht nur der Bildvergleich, sondern auch die Situationsvermutung unterstützt werden. Gute Anhaltspunkte bieten das turmähnlich geformte Haus Nummer 30 und das defekte Dach des Schuppens unterhalb eines zierlichen Aborts am Eckhaus Nummer 34. Auffällig ist die relativ lockere Bebauung des Sandgassenbereichs mit Grünflächen und einzelnen Bäumen zwischen den Häusern. In der früheren Festung Gießen gab es zwischen Innenstadt und Wall eine grüne Gartenzone, die immerhin 40% des Areals einnahm. Daß auch die innere, bebaute Fläche durch Bäume und anderes Grün aufgelockert war, zeigen die hier vorgestellten Bildern. Besonders interessant ist die Verwendung des von Wilhelm Gail erworbenen Grundstücks Nr. 54 als Gärtnerei, i. w. wohl nützlich für den angrenzenden Park. Die erste Zeichnung der Bilderfolge zeigt einen Blick aus der Sandgasse hin zur Neustadt.

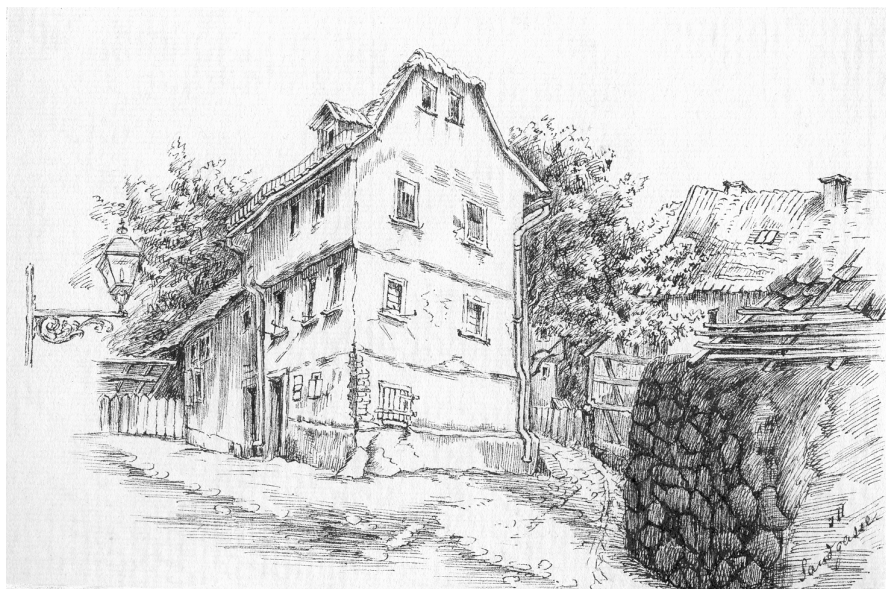
Man gewinnt eine Vorstellung von einem abbruchreifen Sanierungsgebiet. Dr. Eduard Duller (1809-1853), ein moderater Revolutionär, verbunden mit Grillparzer, Lenau und Freiligrath, hat in seinem 1844 erschienenen Buch über *Gießen und seine Umgebungen* die Verhältnisse noch freundlich beschrieben: *...Ich befinde mich in der Neustadt. ... Je länger ich mich in Giessen umsehe, desto schärfer tritt der Gegensatz hervor an und vor den Toren und dem Inneren der Stadt. Dort offene, lichte Räumlichkeit, einfach aber zweckmässig, und vor allem heiter; - hier im Innern die unverwischten Reste altertümlicher Lebensweise, hohe schmale Häuser und enge gewundene Gassen, Man möchte glauben, das Haus sei hier nicht des Menschen wegen erbaut worden, sondern habe schon vor ihm dagestanden und der Mensch sich in alle wunderlichen Capricen des Hauses fügen*

müssen; - wollte der Mensch hinein, so gebot ihm das Haus: „dort hinein“ wollte er ein geräumiges Zimmer, so konnte ihm das Haus statt dessen nur mit drei oder vier vieleckigen Kammern dienen, und bedurfte es eines stillen, traulichen Kabinetts, so erhielt er von dem eigensinnigen Haus einen ganzen Saal dafür. Das war nun einmal die Wunderlichkeit unserer Altvorderen. ... wie beschränkt und unbequem erscheinen uns ... die meisten Privathäuser aus alter Zeit, mit ihren himmelhohen Giebeln, Dächern und Schornsteinen, mit ihren dunklen Hausgängen und ihren halsbrecherischen Treppen. ... Es ist in dieser Unbequemlichkeit der alten Privathäuser immer noch ein Eckchen Bequemlichkeit, etwa so gross wie ein Grossvaterstuhl, gerade recht für das Mass eines Menschen, und dieses Eckchen genügt dem Menschen eigentlich statt des ganzen Hauses. ... (a.a.O. S. 34 f.).

Das Album der Johanna Hecht enthält auch fünf Zeichnungen, die nicht zur Sandgasse gehören. Sie wurden der Bilderfolge hinzugefügt. Es handelt sich um das Haus des Kammachers Karl Kessler in der Neustadt, um je ein Bild aus dem Tiefenweg, der Mühlengasse und der Katharinengasse. Den Schluß bildet das Bildnis des Eckhauses an der Gabelung Asterweg/Walltorstraße.

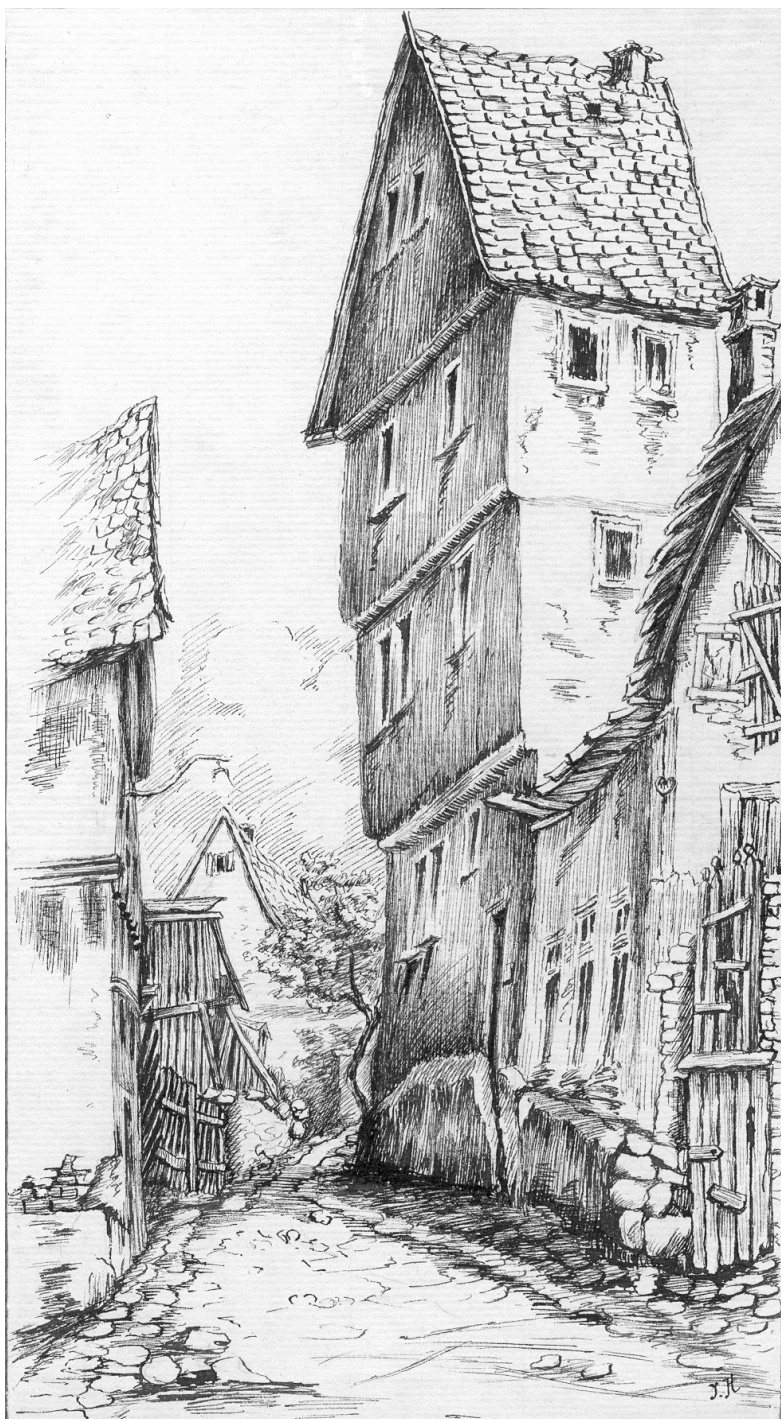
















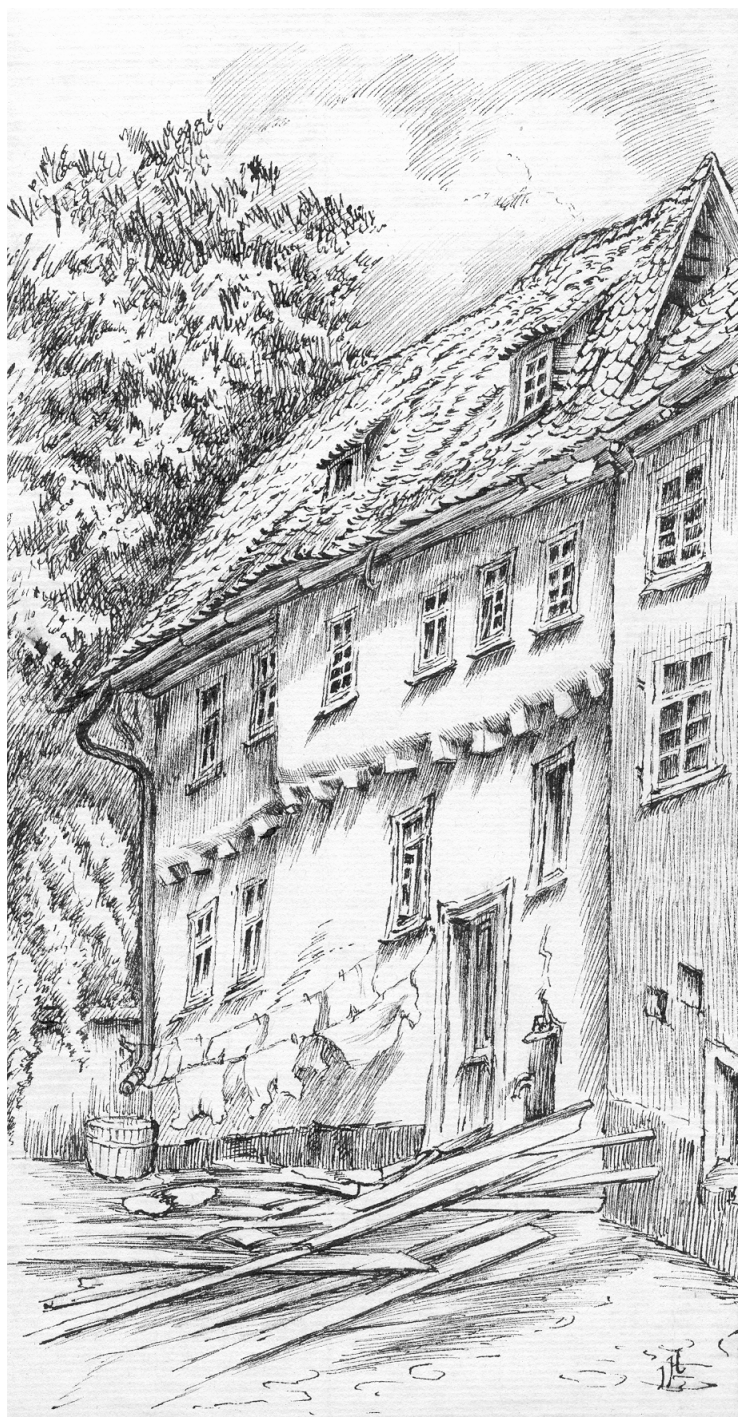






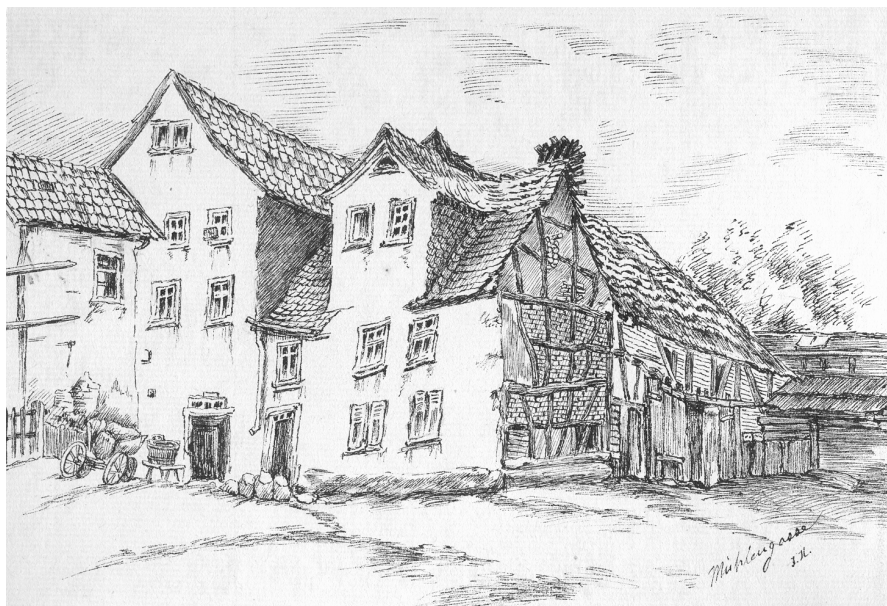
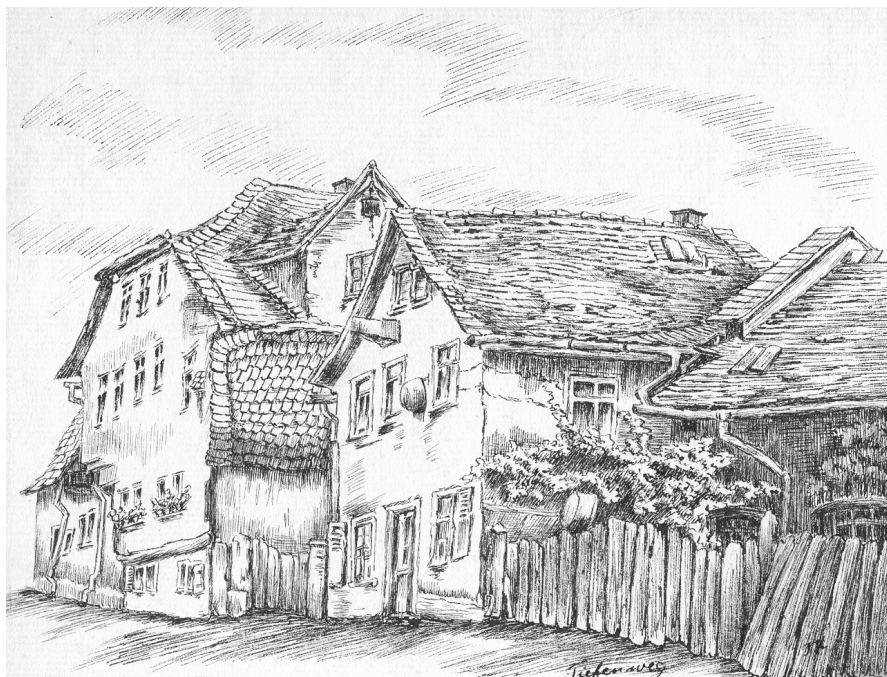
















Berichte

„Das europäische Hospital am Beginn der Neuzeit“

Tagung organisiert von PD Dr. Christina Vanja, Dr. Arnd Friedrich und Dr. Fritz Heinrich in Zusammenarbeit mit dem Verein für Hessische Geschichte und Landeskunde, Zweigverein Frankenberg, am 26.09.2003 - 28.09.2003 in Kloster Haina

Bericht von Dr. Christina Vanja, Leiterin Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen beim Landeswohlfahrtsverband Hessen und Privatdozentin an der Universität Kassel.

Den Anlass der Tagung bildete der 500. Geburtstag des hessischen Landgrafen Philipp des Großmütigen (1504-1567) im Jahr 2004. Für ganz Hessen sind aus diesem Anlass Ausstellungen, Vorträge und Tagungen geplant. Das Kolloquium zur Hospitalgeschichte eröffnete diesen Reigen der Jubiläumsveranstaltungen. Der Tagungsband wird im kommenden Sommer erscheinen.

Landgraf Philipp, der in Hessen schon im Jahre 1526 den lutherischen Glauben einführte und bald zum politischen Kopf der reformatorischen Bewegung werden sollte, war zweifellos der bedeutendste und europäischste der hessischen Fürsten. Unter anderem stiftete er die erste protestantische Universität in Marburg an der Lahn (1527), und er wies mit der Gründung von vier landgräflichen „Hohen Hospitälern“ (1533-1542) einen ganz neuen, nämlich territorial ausgerichteten sozialpolitischen Weg der Armen- und Krankenfürsorge. Von den ursprünglich vier Hospitälern, die bei Kassel, Marburg, Darmstadt und St. Goar am Rhein gegründet wurden, haben drei Einrichtungen die Umbrüche der folgenden Jahrhunderte überdauert und gehören heute als Zentren für Soziale Psychiatrie zum Landeswohlfahrtsverband Hessen.

Haina, ein ehemaliges Zisterzienserkloster, war von 1533 bis zum Ende des Alten Reiches Sitz der zentralen landgräflichen Hospitalverwaltung. Die Tagung fand hier an zwei Tagen in den gut erhaltenen Räumlichkeiten des Klosters bzw. Hospitals statt. In Frankenberg diente am letzten Tag des Kolloquiums die Kapelle des ebenfalls im Zuge der hessischen Reformation aufgehobenen Zisterzienserinnenklosters St. Georgenberg, das seinerseits über ein Infirmarium verfügt hatte, als Tagungsraum.

Im Zentrum des Kolloquiums stand der europäische Bezugsrahmen des frühneuzeitlichen Hospitals in Hessen. Deshalb waren Referenten und

Referentinnen aus mehreren europäischen Ländern (Österreich, der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden sowie Großbritannien) eingeladen, die jeweils eigene Forschungstraditionen in die Tagung einbrachten. Um den zahlreichen Facetten der Hospitalstiftung gerecht zu werden, entschied sich der Vorbereitungskreis zugleich für das fachübergreifende Gespräch. Vertreter und Vertreterinnen unterschiedlicher Fakultäten widmeten sich sozial-, rechts- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragen, ebenso kamen theologie-, literatur- und kunstgeschichtliche Studien zum Tragen.

Nachdem einerseits die Geschichte mittelalterlicher Hospitäler bereits durch die ältere Karitasgeschichte schon relativ früh erforscht worden ist und andererseits besonders in den letzten Jahren die jüngere Sozialgeschichte der Medizin die Geschichte des Krankenhauses seit dem 18. Jahrhundert eingehender behandelt hat, wurde in Haina und Frankenberg das Augenmerk erstmals in einem weiten internationalen und interdisziplinären Spektrum auf das 16. und 17. Jahrhundert gelenkt. Die vorgestellten Hospitäler stehen zwischen christlichem Mittelalter und medizinisch orientierter Neuzeit. Wie ein roter Faden durchzog die Tagung daher die Frage, wie sich das Hospital am Beginn der Neuzeit zwischen Tradition und Neubeginn einordnen lässt. Die Fachvorträge ebenso wie die folgenden lebhaften Diskussionen gaben zur Beantwortung dieser Frage vielfältige und im Ergebnis durchaus inkongruent bleibende Hinweise. Sie dürften sich für die weitere Hospitalgeschichtsschreibung als fruchtbar erweisen.

Sektion „Hospitäler in Europa“

Die erste Sektion war durch den Vergleich unterschiedlicher Hospitaltypen bestimmt. In ihrem Einführungsvortrag verortete **Christina Vanja** (Kassel) die Stiftung der landgräflichen Hohen Hospitäler in Hessen zwischen Mittelalter und Neuzeit. Landgraf Philipp der Großmütige wollte sein Handeln in die Tradition des karitativen Wirkens seiner Urahnin Landgräfin Elisabeth von Thüringen gestellt sehen, wobei die mittelalterliche Heilige im protestantischen Fürstentum als mildtätige Landesmutter erscheinen sollte. Tatsächlich bildete jedoch nicht die undifferenzierte Armen- und Krankenfürsorge des hohen Mittelalters, sondern die Rationalität und Exklusivität des spätmittelalterlichen Bürgerspitals das Vorbild der nur für würdige arme Untertanen protestantischen Glaubens bestimmten Reformationsspitäler.

Mit den älteren städtischen Spitalern verband die landgräflichen Gründungen auch der relativ geringe Medikalisierungsgrad. In die Zukunft wiesen in Hessen dagegen die Bestimmung der Hohen Hospitäler für die Landbevölkerung, ihr territorialer Bezug sowie die Größe (bis zu 400 Betten), welche die hessischen Häuser eher den norditalienischen

Spitalbauten als den viel kleineren Einrichtungen in deutschen Städten vergleichbar machten. Neu war zu Beginn des 16. Jahrhunderts auch die gezielte Versorgung Geisteskranker, zu der möglicherweise die Betroffenheit des Landgrafenhauses den Anlass gab. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern entstand in Hessen jedoch kein separiertes „Tollhaus“, vielmehr wurden somatisch und psychisch Kranke wie schon in den Bürgerspitälern zusammen gepflegt.

Die hessische Hospitalstiftung wurde, sieht man von dem viel kleineren Hospital Leiborn in der benachbarten Grafschaft Waldeck ab, bemerkenswerterweise nicht in anderen protestantischen Territorien, sondern im katholischen Fürstbistum Würzburg nachgeahmt. Das dortige Juliusspital (1576 von Fürstbischof Julius Echter gestiftet) besaß allerdings von Beginn an einen festangestellten studierten Arzt. Noch im späten 16. Jahrhundert kam es dagegen in Frankfurt am Main zur Eröffnung eines Tollhauses, das bis 1780 bestehen sollte.

Die Entwicklung dieser reichsstädtischen, mitten im Wohngebiet gelegenen Einrichtung, die **Helmut Siefert** (Frankfurt am Main) vorstellte, hatte ihren Ursprung ebenfalls in der Reformationszeit, denn ihre Finanzierung beruhte auf der Gründung des Allgemeinen Almosenkastens im Jahre 1531. Erst im 18. Jahrhundert erforderte die bis dahin relativ kleine Institution für arme Geisteskranke eines Ausbaus (Flügelbau 1776) und schließlich eines sehr viel geräumigeren Neubaus als barockes „Kastenhospital“ (1785). Diesem wurde 1819 eine Anstalt für Epileptische zugefügt. Die „Anstalt für Irre und Epileptische“ entwickelte sich aber erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts unter Dr. Heinrich Hoffmann (Autor des „Struwwelpeter“) zu einer zeitgemäßen psychiatrischen Institution.

Ganz andere Zusammenhänge städtischer Sozialanstalten zeigte anschließend **Wolfgang F. Reddig** für die Bischofsstadt Bamberg auf. Hier waren die auch während der Frühen Neuzeit wichtigsten Spitäler (das St. Katharinenspital, eröffnet 1203, und das St. Elisabethspital von 1328) von ratsfähigen Familien in Kooperation mit dem bischöflichen Stadtherrn bzw. dem Stadtrat ins Leben gerufen worden. Bevor die beiden Einrichtungen 1738 in den „Vereinten Spitälern“ zusammengeführt wurden, stellten sie neben Bischof und Stadt die größten Grundherren dar, und reiche Foundationen und Zustiftungen sicherten ihren Fortbestand. Die Zusammenlegung dieser beiden großen Spitäler ebenso wie kleinerer sozial-karitativer Einrichtungen der Stadt stand offensichtlich im Zeichen einer stärkeren obrigkeitlichen Kontrolle bei der Pfründenvergabe.

Die erhalten gebliebenen ca. 400 Aufnahmebesuche machen deutlich, dass die größten Gruppen der Bittsteller Witwen mit Restfamilie und

weibliche Dienstboten bildeten. Katholische Konfession, Heimat- und Subsidiaritätsprinzip waren in Bamberg wie anderenorts für die Zulassung ausschlaggebend. Erst im Rahmen der Neuorganisation des Bamberger Spitalwesens von 1738 wurde auch die umfassende Betreuung durch einen Spitalarzt geregelt. Blieb der Medikalisierungsgrad der Bamberger Bürgerspitäler so eher hinter der Zeit zurück, so waren doch die Aufnahmekapazitäten in beiden Einrichtungen vergleichsweise schon sehr groß.

Auf ganz eigene Traditionen der Hospitalgeschichte in der Schweiz verwies **Dorothee Rippmann** (Zürich). Viele der städtischen Spitäler wurden hier im 13. und 14. Jahrhundert aufgrund bürgerlicher Initiativen, bisweilen unter aktiver Beteiligung von Grafenfamilien als den Inhabern der Ortsherrschaft, gegründet. Eine besondere Region bildete der Alpenraum. In der Südschweiz, d. h. in den Bistümern Como und Mailand, sind nämlich früh kongregationsähnliche Laiengemeinschaften im Dienst an Pilgern, Kranken und Bedürftigen nachweisbar. Sie genossen die wirtschaftliche Unterstützung der lokalen bäuerlichen Führungsschichten und unterstanden nicht, wie lange angenommen wurde, dem Humiliatenorden.

Für das Späte Mittelalter (Beispiel die Berner Spitäler des Deutschen Ordens und der Antoniter) zeigt sich, wie andernorts, der zunehmende Einfluss des städtischen Rats auf die Geschicke der institutionellen Krankenpflege. Dabei wurden Beginengemeinschaften aktiv in die Karitas einbezogen, um ihrem Abgleiten in die Häresie vorzubeugen. Für die Reformationszeit zeigt sich auch in der Schweiz die neue, dem Spital von der Obrigkeit zugewiesene Rolle als soziale Kontrollinstanz. Zwar verschrieben sich die Spitäler den Werken der Barmherzigkeit, die Kehrseite der Institution zeigte sich aber bei der Abweisung von Bettlern und Bettlerinnen aus der Stadt, die in regelrechte Betteljagden mündeten.

Abendvortrag

In seinem öffentlichen Abendvortrag stellte **Robert Jütte** (Stuttgart) beispielhaft die stationäre Krankenversorgung im frühneuzeitlichen Köln vor. Im Vergleich zur Gegenwart war auch in der „Großstadt“ Köln die Einweisung in eines der traditionsreichen Spitäler eher eine Seltenheit und zudem stark schichtenspezifisch ausgerichtet. Es handelte sich überwiegend um Bedürftige und Unbemittelte, die vorübergehend oder auf Dauer in die Hospitäler zu St. Katharinen und St. Ursula aufgenommen wurden. Im 16. Jahrhundert hielten sich in diesen Einrichtungen jeweils nicht mehr als 40 Personen auf.

Im Zentrum des frühneuzeitlichen Spitalalltags stand die Pflege kranker, gebrechlicher Menschen, während für Heilbehandlungen zum Beispiel der städtische Wundarzt erst gerufen wurde. Die relativ hohe Zahl der im Spital durchgeführten Amputationen sowie ständig steigende Arzneikosten deuten allerdings darauf hin, dass die Kölner Spitäler ihren Auftrag, nämlich die weitgehend kostenlose medizinische Behandlung und Pflege von armen und bedürftigen Kranken, sehr ernst nahmen. Einen hohen Stellenwert besaß daneben die „geistliche Artzney“, für die Spitalgeistliche und Ordensbrüder sorgten. Im Spitalhaushalt standen - reziprok zu heutigen Krankenhausetats - mit 60 Prozent der Gesamtausgaben die Ausgaben für Nahrungsmittel an erster Stelle, während die Personalkosten nicht einmal 10 Prozent des Gesamtvolumens erreichten.

Neben dem bekannten Kölner Melatenhaus für „Aussätzig“ bestanden außerhalb der Stadtmauern noch drei weitere Leprosenhäuser für Kranke mit auffälligen Hautkrankheiten und „missgestellte leute“. Auch das von einem Pestmeister verwaltete Kölner Pesthaus stand außerhalb der Stadt. Pestapotheker und Pestchirurg hatten allerdings externe Wohnungen. Um in eines der Kölner Spitäler aufgenommen zu werden, mussten zahlreiche Klippen überwunden werden. Letztlich trafen Beauftragte des Rates als Provisoren der Spitäler die letzte Entscheidung. Angesichts der für die Gesundheit schädlichen klimatischen Einflüsse der Jahreszeit kam es besonders in den Wintermonaten Dezember und Januar zu besonders vielen Aufnahmen. Für den Aufenthalt in den Spitälern selbst besaß die Ernährung einen zentralen Stellenwert. Obwohl es immer wieder zu Klagen über das Essen kam, kann die Kost jedoch - was den Kalorienbedarf anbetrifft - auch aus moderner ernährungswissenschaftlicher Sicht als ausreichend angesehen werden.

Vergleichbar anderen während des Kolloquiums vorgestellten Fürsorgeeinrichtungen gilt auch für Köln, dass der Wandel vom Spital alten Typs zum modernen Krankenhaus erst recht spät, nämlich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eintrat, sodass sich die landläufige Annahme einer „Geburt der Klinik“ (Michel Foucault) im 18. Jahrhundert deutlich relativiert.

Sektion „Administration“

In der Sektion „Administration“ stellte zunächst **Gerhard Aumüller** (Marburg) Sozialprofil, Selbstverständnis, repräsentative und administrative Funktion der Obervorsteher der hessischen Hohen Hospitäler vor. Trotz ihrer regionalen Zuordnung zu den verschiedenen Landesteilen bzw. beiden späteren Linien des Fürstenhauses (Kassel und Darmstadt) wurden die vier Reformationsspitäler zentral geleitet. Nachdem Handlungsanleitungen bereits in der ersten Hospitalordnung

von 1533 enthalten waren, erließen die Landgrafen 1577 eine eigene Instruktion für ihre Obervorsteher. Aus deren Forderungen an die obersten Hospitalbeamten, die sich durch „treuen Fleiß“ und „äußerste Anstrengung des Verstandes“ auszeichnen sollten, wird deutlich, dass den Obervorstehern in der Umsetzung des Hospitalskonzepts der hessischen Landgrafen, nämlich der Gewährleistung ihres „gemeinen Nutzens“, eine ganz wesentliche Rolle zukam.

Ihre Aufgaben bestanden vor allem in der materiellen und ideellen Besitzstandswahrung der Armeninstitute, der Dienstaufsicht über sämtliches Personal, der Wirtschaftsführung, der Vorbereitung der jährlichen Rechnungsabhörnung sowie der Konsultations- und Berichtspflicht gegenüber den Landgrafen bei größeren Problemen. Die Auswahlkriterien für das Amt bestanden neben dem gehobenen Sozialstatus vor allem in persönlicher Qualifikation in Organisations- und Verwaltungsfragen. Deshalb wurden die Obervorsteher zwar überwiegend aus der Schicht des niederen Adels, aber in zwei Fällen auch aus dem Bürgertum rekrutiert. Die bürgerlichen Obervorsteher, beide ausgewiesene Verwaltungs- und Finanzfachleute, wurden in Zeiten großer Wirtschaftsprobleme des Spitalwesens berufen. Weitere wichtige Kriterien zur Berufung waren die räumliche Nähe des Wohnsitzes zum Haupthospital Haina, denn erst im 18. Jahrhundert hatten die Obervorsteher Residenzpflicht, sowie die Möglichkeit zur Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben auf Landesebene. Viele Obervorsteher prägten über ihre formalen Dienstpflichten hinaus das Hospitalleben und setzten sich u. a. für eine verbesserte ärztliche Betreuung der Insassen ein.

Arnd Friedrich (Haina) ging anschließend auf eine zentrale Frage der Finanzwirtschaft des Hospitals Haina ein, nämlich ob „Geld auf Pension ausgetan“ werden durfte. Mit Bezug auf Altes und Neues Testament hatte Martin Luther die Beachtung des kirchlichen Zinsverbots gefordert. Für ihn bedeutete der Kapitalverleih Wucher. Diese Ansicht vertritt auch die Darstellung der hessischen Hospitalstiftung auf dem so genannten „Philippsstein“ in der Hainaer Kirche, welche das alte Mönchtum als Harpye kennzeichnet, an deren Fuß ein Geld- und Urkundenkasten angekettet ist. Dieser Kasten mit nur einem Schloss (statt dreier Schlösser beim „gemeinen Kasten“) symbolisierte Geiz und Habsucht. Abweichend von Luthers Lehre profitierten die Hohen Hospitäler jedoch ungebrochen von den bereits zur Klosterzeit ausgeliehenen ebenso wie von neu ausgegebenen Kapitalien. In insgesamt 305 Orten bzw. Herrschaften wurden Kapitalien gegen einen Zins von in der Regel 5 Prozent verliehen. Unter den Schuldnern waren Städte wie Göttingen, Marburg, Frankfurt am Main und Halle an der Saale ebenso wie die Landgrafen selbst. Die Einnahmen dienten zwar

einem sozialen Zweck, jedoch waren unter den Schuldnern auch zahlreiche Untertanen ohne Vermögen. Sie gerieten durch die geforderten Zinszahlungen in einen Kreislauf der Armut, der sie nicht selten selbst zu Hospitalinsassen werden ließ. Ein neuer Diskurs um das kanonische Zinsverbot ergab sich aus diesen Missverhältnissen jedoch nicht.

Als weiterer Referent der Sektion befasste sich **Wolfgang Friedrich** (Tübingen) mit den Rechtsgrundlagen kirchlicher Stiftungen in Hessen vor und nach der Reformation, und zwar in Bezug auf die Umwandlung des Zisterzienserklosters Haina in ein Armenhospital. Klöster und bruderschaftliche Hospitäler zählten in vermögensrechtlicher Hinsicht aufgrund ihres ekklesiastischen Charakters zum so genannten Kirchengut. Entzug und Missbrauch galten als Sakrileg. Die Kanonistik trug jedoch dem Umstand, dass das mittelalterliche Karitaswesen ohne die Beteiligung von Laien nur schwer denkbar war, durch zahlreiche Zugeständnisse Rechnung. Dennoch blieben die Hospitäler kirchenrechtliche Institutionen und galten auch am Ende des Mittelalters als Einrichtungen „*piae causae*“. Die „Kommunalisierung“ des Spitalwesens blieb ein administrativer Vorgang, der keine Säkularisierung zur Folge hatte.

In Hessen hatte man 1527 mit der Auflösung der Klöster und der Einziehung des Kirchenguts begonnen. Nachdem die Reichsabschiede von 1529 und 1530 diese Vorgänge jedoch für rechtswidrig erklärt hatten, hing über den Protestanten das Damoklesschwert der Reichsacht. Die gelehrten protestantischen Juristen setzten sich in der Folgezeit intensiv mit den rechtlichen Grundlagen des Kirchenguts auseinander. Trotz der massiven Kritik Luthers gingen sie dabei von der Fortgeltung des kanonischen Rechts aufgrund kirchenrechtlicher Tradition aus. Man hielt daran fest, dass es sich bei den Stiftungen von Kirchen bzw. religiösen Orten um Zuwendungen an Gott handelte. Insofern war die Verwendung von Kirchengut zu weltlichen Zwecken unzulässig. Das Kirchengut dürfe daher, wenn überhaupt, nur zu anderen religiösen Zwecken verwendet werden.

Martin Bucer (Pseudonym Konrad von Friedesleben) unternahm es für die Reformatoren in seiner 1540 publizierte Schrift „Von Kirchenguetern“ die Umwidmung von Kirchengut rechtlich zu begründen. Seiner Meinung ging es bei den reformatorischen Maßnahmen gerade darum, das Kirchengut wieder seinem Stiftungszweck zuzuführen, nachdem die Geistlichen selber durch Missbrauch gegen das kanonische Recht verstoßen hatten. Es sei geradezu Recht und Pflicht der weltlichen Obrigkeit, die Missstände abzustellen. Landgraf Philipp von Hessen griff die Argumentation Bucers auf. Das hessische Vorgehen sei damit gerechtfertigt, dass man das Kirchengut als Schulen, Spitäler

etc. ihrem eigentlichen Zweck zugeführt hätte. Der Augsburger Religionsfrieden erkannte diese Nutzung zur Alten- und Armenversorgung in Paragraph 19 schließlich an. Auf dem Hintergrund dieser rechtlichen Diskussion kann die hessische Hospitalstiftung nicht länger als Säkularisation bzw. Profanatio gelten, denn das Kirchengut diente in der Tradition des mittelalterlichen Spitalrechts als Kirchengut auch weiterhin „ad usus pios“.

Im letzten Beitrag der Sektion zeichnete **Hannelore Pepke-Durix** (Dijon) die jahrhundertealten Weinbautraditionen des Hôtel-Dieu in Beaune nach. Das Hospital, das zu den schönsten Einrichtungen seiner Art gehört, wurde 1443-1451 erbaut. Trotz der Wirtschaftskrise des späten Mittelalters profitierte Beaune von Anfang an nicht nur von seinem umfangreichen Weinbergbesitz in unterschiedlichen Lagen zum Eigengebrauch, sondern auch vom Aufschwung des Weinhandels. Im 16. Jahrhundert kam es aufgrund der allgemeinen Klimaverschlechterung zwar zur Verminderung der Weinproduktion, dennoch behielt der Weinbau bis heute eine überragende Bedeutung. Das Spitalarchiv befindet sich noch im Hause und umfasst rund 2.600 Faszikel, die bereits dreimal inventarisiert wurden. Aus den Unterlagen lassen sich vielfältige Informationen zur Geschichte der Weinbauarbeiten (Lohnverhältnisse), des Weinausbaus in Fässern (sie waren im 16. Jahrhundert doppelt so groß wie heute) und des Weinhandels gewinnen. Eine umfassende historische Studie steht hierzu jedoch noch aus.

Sektion „Medizinische Versorgung“

Die Sektion „Medizinische Versorgung“ wurde mit systematischen Überlegungen zur Geschichte des Krankheitsbegriffs durch **Ortrun Riha** (Leipzig) eingeleitet. Während „krank“ nach mittelalterlichem und frühneuzeitlichem Verständnis die Grundbedeutung „schwach“ besaß, von der sich die weiteren Bedeutungen „hinfällig“, „kraftlos“, „leidend“ etc. ableiten lassen, wurde für unser heutiges Wort „krank“ bis ins 14. Jahrhundert mittelhochdeutsch „siech“ (lateinisch aegrotus, morbosus) verwendet. Ein „Siecher“ ist dadurch gekennzeichnet, dass er sich nicht auf den Beinen halten kann, sondern im Bett liegen muss. Dagegen mangelt es „Kranken“ an „Lebenskraft“. „Krank“ in diesem Sinne waren z. B. körperlich oder geistig Behinderte; ebenfalls galten Menschen, denen es an Kraft zu ethischer Bewährung fehlte (Kleinkriminelle, auffällige Außenseiter) als „Kranke“, denen grundsätzlich ebenfalls ein Spitalplatz zustand.

Damit galt ein ganzheitlicher Krankheitsbegriff, der an die umfassende WHO-Definition von Gesundheit als völliges körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden erinnert. „Kranke“ Hospitalinsassen benötigten entsprechend in erster Linie menschliche Zuwendung, Mitleid

und Barmherzigkeit, also tätige Karitas. Erst wenn sie noch zusätzlich erkrankten, wurde ein Arzt zugezogen. Dieser umfassende Krankheitsbegriff des Mittelalters und der Frühen Neuzeit macht die Bandbreite des Klientels in Spitälern, das von Obdachlosen und Pilgern über Findel- und Waisenkinder, chronisch Kranke und Behinderte bis hin zu akut kranken Dienstboten reichte, verständlich. Gemeinsam war ihnen die Mittellosigkeit. Die Einstufung als „krank“ ging letztlich auf die Angaben der Patienten zurück, die Medizin lieferte nur Erklärungen für aktuelle Beschwerden, einerseits auf der Basis des humoralpathologischen Körpermodells und andererseits unter Zuhilfenahme von Mikrokosmos-Makrokosmos-Analogien.

Eine spezielle Rolle spielte der Aussatz als soziale Krankheit. Die Lepra war als Krankheit so gefürchtet, dass man nicht einmal ihren Namen auszusprechen wagte. Stattdessen sprach man von „siech“. Das auffallende „Anders-Sein“ (Hautbefall, Verstümmelung) war Motiv der Ausgrenzung. Dazu trug auch das medizinische Verständnis der Lepra bei, denn im Rahmen der Humoralpathologie wurden den durch ein Übermaß an schwarzer Galle bestimmten Kranken Charakterveränderungen zugeschrieben, die in frühen Phasen von einer gesteigerten Libido zeugten, später jedoch dem negativen Bild des Melancholikers entsprachen (Antriebsarmut, Neid, Hinterhältigkeit). Diese medizinische Sicht verband sich mit der alttestamentlichen Vorstellung, der Aussatz gehe auf sündhaftes Fehlverhalten zurück. Näherte sich das Aussehen jedoch wieder der Norm an, galten die Kranken als „rein“ und wurden erneut in die Gemeinschaft aufgenommen. Da man den Aussatz grundsätzlich für ansteckend hielt, vermutete man einen besonderen Ansteckungsstoff (contagium). Letztlich war es diese Idee, die im Weiteren eine wissenschaftlich-säkulare Begründung für die Isolation der Leprösen bot.

Irmtraut Sahmland (Gießen) stellte im Weiteren zwei Schriften von Stadtärzten zu den Missständen des Spitalwesens im 16. und frühen 17. Jahrhundert vor. Es handelt sich um Paracelsus (1493-1541), der über ein Jahr lang als Physicus in Basel arbeitete. Sein auf das Jahr 1529 datiertes „Spital=Buch“ wurde 1562 im elsässischen Mühlhausen publiziert. Paracelsus, der die Welt als Spital verstand, wies den Armen und Bedürftigen einen zentralen Platz innerhalb der sozialen Gemeinschaft einer Stadt zu. Entsprechend musste das Spital seinen Status als Exklave verlieren.

Das Innenleben des Spitals unterzog Paracelsus einer schonungslosen Kritik. Dabei bemängelte er die übertriebene Wertschätzung des Kanons der „Sex res non naturales“, während es an chirurgischen Fertigkeiten mangle und verfehlte Medikationen vorgenommen würden.

Ähnlich kritisch äußerte sich rund 80 Jahre später Hippolytus Guarinonius (1571-1654), Stadt- und Salinenphysikus im tirolischen Hall. 1610 erschien sein voluminöses Werk „Die Grewel der Verwüstung menschlichen Geschlechts“, mit dem er aus ärztlicher Sicht seine umfassende Moral- und Sozialkritik zum Ausdruck brachte. Als Anwalt der Spitalinsassen deckte er u. a. auch die ganze „Spittal Abscheulichkeit“ schonungslos auf. Man begegne den Hilfesuchenden unfreundlich, bringe sie in stinkenden Stuben unter und übervorteile sie bei der Verpflegung. Wie bereits Paracelsus, der die heilsbringende Funktion der Armenfürsorge betont hatte, sah auch Guarinonius die Klientel des Spitals als Stellvertreter Christi, sodass an deren Unterstützung „die Seligkeit hängt“.

Ein Vergleich beider Schriften zeigt, dass es beiden Ärzten - dem Reformator des Medizinalwesens Paracelsus ebenso wie dem katholischen Traditionalisten Guarinonius - um die Abschaffung der als Unordnung verstandenen „Grewel“ ging. Auf der Suche nach einer neuen Ordnung sollte sich allerdings Paracelsus, der Ältere, als der Fortschrittlichere erweisen, indem sein offenes Spital idealistisch-utopische Züge besaß, während es der jüngere Stadtarzt zu Hall bei einer „Reparatur“ bewenden ließ.

Sektion „Patientengeschichte“

Die Sektion „Patientengeschichte“ wurde durch einen Vortrag von **Barbara Krug-Richter** (Münster) zur Hospitalverpflegung / Ernährung im Magdalenenhospital in Münster eingeleitet. Dort wurden am gemeinsamen Tisch, der bis 1633 bestand, jeweils ca. 50 Personen verpflegt. Der Ernährungsstandard war durchweg relativ hoch. Die Hospitalrechnungen weisen beträchtliche Mengen an Rind- und Schweinefleisch auf, an 90 Tagen im Jahr gab es Fisch sowie täglich Gemüse und 2-3 Liter dünnes Hopfenbier, mehr als im Hospital Haina (1,7 Liter Bier pro Tag). Zur Krankenkost gehörten insbesondere auch Reis (gemahlen als Brei) und Geflügel. Die Reihenfolge von Fleisch- und Abstinenztagen (Käse und Eier) wechselte in Münster wie im Mittelalter, während in Haina zumindest die zahlenden Pensionäre durchgehend Fleisch erhielten. Für Münster wie für Haina (hierzu liegen bereits Studien von Edith Schlieper vor) galt, dass die relativ reichliche und insgesamt gute Hospitalverpflegung insbesondere für arme Leute das Hospitalleben attraktiv machte.

An zwei Fallbeispielen somatisch kranker Hainaer Hospitaliten zeigte **Louise Gray** (London) anschließend, wie sich Krankheitsbewältigung („Coping with sickness“) konkret vollziehen konnte. Ein 56-jähriger Mann, der an „starkem Fluss in Armen und Beinen“ litt, musste seine Arbeit als Viehhirte aufgeben, schlug sich dann aber immerhin sechs

Jahre lang als Bettler durch, bis er einen Antrag zur Aufnahme im Hospital stellte. Ein armer Pfarrer versuchte seinerseits seinen blinden Sohn durch Bittgebete zu Gott und Arzneien zu heilen. Er bat um Aufnahme des Sohnes in das Hospital, weil dessen Versorgung nach des Vaters Tod nicht gesichert war. Die Bittschriften an den Landesherrn standen demnach erst am Ende einer Reihe eigener Versuche, die Notlage zu bewältigen.

Iris Ritzmann (Zürich) widmete sich mit zeitlichem Schwerpunkt im 18. Jahrhundert der Lage von Kindern in Hospitälern. Ihre Forschungsergebnisse bestätigen die negativen Thesen von Philippe Aries und Edward Shorter zur angeblich elterlichen Gleichgültigkeit gegenüber Kindern keineswegs. Vielmehr war das Bemühen von Eltern, ihre Kinder in Hospitälern unterzubringen, in der ausgeweglosen Situation der Familie begründet. Die Situation von Kindern in Spitälern war äußerst vielfältig. In den hessischen Hohen Hospitälern Haina und Merxhausen waren immerhin 7 Prozent der Insassen Kinder, die dort in der Regel bis zum 12. Lebensjahr verwahrt wurden.

Im Zürcher Spital wurden Kinder auch explizit zu Heilzwecken aufgenommen. Im St. Galler Spital dagegen war eine Kinderstube zur Erziehung von Kindern eingerichtet, während im Basler Bürgerspital mit „Kindenhaus“ auch Neugeborene neben Findlingen und kranken Kindern lebten. Das Spektrum der Krankheiten und Behinderungen war breit. Eine große Rolle spielten die Pocken (Blattern) sowie die Epilepsie. Es ist nicht zu übersehen, dass sich das Personal der Spitäler um die kleinen Patienten bemühte, die durchaus auch „psychologisch“ betreut oder zu weiblichen Kranken ins Bett gelegt wurden, um Zuwendung zu erhalten.

Sektion „Religion“

In einer weiteren Sektion befassten sich verschiedene Referenten mit dem Thema „Religion“. Jakob A. van Belzen (Amsterdam) zeigte für die niederländische Psychiatriegeschichte, dass bei den frühen Stiftungen in s'Hertogenbosch (1442) und Utrecht (1461) religiöse Impulse keine besondere Rolle spielten. Es handelte sich unter anderem um Armenstiftungen. Eine explizit religiöse Ausrichtung psychiatrischer Versorgung findet sich erst im 19. Jahrhundert. Ein Verein orthodoxer Calvinisten propagierte nun eine "christliche Pflege für Geistes- und Nervenkrankte". Sie leiteten ihre Prinzipien unmittelbar aus der Bibel ab und publizierten zahlreiche christlich-psychiatrische Schriften. Tatsächlich stammten ihre Vorschläge, die insbesondere auf ein Leben Geisteskranker in kleineren Pavillons statt in großen Krankenhausgebäuden zielten, um damit die christliche Hausfamilie nachzuahmen,

nicht aus der heiligen Schrift, sondern rekurrten auf (profane) englische Vorbilder.

Um das Problem, spezifisch religiöse Bezüge herauszuarbeiten, drehte sich auch der Vortrag von **Fritz Heinrich** (Haina) über „Religiöse Wahnvorstellungen Hainaer Hospitaliten“. Anhand einzelner Lebensgeschichten Hainaer Pfleglinge erörterte er das Problem, so genanntes „normales“ religiöses Verhalten von krankhaftem religiösem Wahnsinn abzugrenzen, und zwar nach heutiger ebenso wie nach zeitgenössischer Einschätzung. Auffallend ist in jedem Fall, dass viele der an religiöser Melancholie erkrankten Hospitalinsassen in Haina und Merxhausen, gleichermaßen Frauen wie Männer, überdurchschnittlich gebildet waren und sich intensiv mit religiösen Fragen auseinandergesetzt hatten. Zugleich ist auffallend, dass diese Menschen weder von ihren Mitmenschen noch von der Obrigkeit als Besessene oder Hexen angeklagt und verfolgt wurden. Vielmehr versuchten Pfarrer, Angehörige und Nachbarn ihre Leiden durch gutes Zusprechen und Pflege zu lindern, bis schließlich die Überführung in ein Hospital den letzten Ausweg darstellte.

Abschließend knüpfte **Gury Schneider-Ludorff** (Jena) nochmals an die Hospitalstiftung Landgraf Philipp des Großmütigen an, um deren „theologische Programmatik und Legitimation“ darzustellen. Sie zeigte auf, dass die Hospitalstiftung, welche den Verlauf der Reformation in Hessen in besonderer Weise charakterisierte, eine spezifische theologische Fundierung besaß. Nur zehn Tage nach der Unterzeichnung der Stiftungsurkunden für Haina und Merxhausen (26. August 1533) erschien nämlich in Marburg die Schrift „Von dem Gemeinen nutze/ in massen sich ein jeder/ er sey Regent oder unterdan/ darin schicken sal/ den eiygen nutz hintan setzen/ und der Gemeyn wolfart suchen“.

Autor war der langjährige Berater des Landgrafen und Rektor der Universität, der Jurist Johannes Eisenmann, genannt Ferrarius (1485/86-1558). Die Schrift flankierte den Beginn der Hospitalstiftung nicht nur theologisch, sondern integrierte sie zugleich in ein Gesamtkonzept vom „Gemeinen Nutzen“. Das Bildprogramm auf dem Hainaer Philippsstein lieferte wenige Jahre später zudem eine populäre Übersetzung der Eisenmannschen Gedanken. Ferrarius sah das Gemeinwesen (teilweise im Gegensatz zu Luther) und mit deutlichem Rekurs auf antike Staatstheorien als eine göttliche Stiftung, über das der Fürst wie ein Hirte zu wachen hatte. Ziel obrigkeitlichen Wirkens sollte dabei nicht die Ausgrenzung, sondern die Integration der Armen und Benachteiligten in das Gemeinwesen sein. In diesem Sinne galt Ferrarius die Hospitalstiftung als Ausdruck der Nächstenliebe und machte sie sogar zum Höhepunkt aller Reformmaßnahmen im Sinne des Gemeinen Nutzens.

Sektion „Kultur und Kunst“

Wegen verschiedener Erkrankungen reduzierte sich die Sektion „Kultur und Kunst“ auf einen Beitrag. **Klemens Dieckhöfer** (Bonn) referierte über „Lope de Vega und die Casa de Orates in Valencia im Goldenen Zeitalter Spaniens“. Er hob hervor, dass psychisch Kranke häufig im Zentrum von Schauspielen des 16. Jahrhunderts standen. Dabei wurde die Bühne als „Irrenhaus“ literarisch genutzt. Nicht selten wurden in Valencia auch Dramen in einem Saal des dortigen Irrenhauses, dem „Hospital de Innocentes“ aufgeführt. Daher war Lope de Vega (1562-1598) durchaus im Umgang mit Geisteskranken vertraut. Bei seiner Komödie „Die Irren von Valencia“ (entstanden zwischen 1590 und 1595) handelte es sich um eine Verwechslungsgeschichte, bei der sich ein als Mörder verfolgter Mann zum Schein als Geisteskranker ausgab und in das „Hospital de Innocentes“ aufgenommen wurde. In diesem Hospital wurden die Insassen, die Anstaltskleidung mit Narrenkäppchen trugen und streng nach Geschlechtern getrennt waren, durchaus reinlich versorgt. Unruhige waren allerdings in Zellen eingeschlossen und trugen Hand- und Fußschellen. Phrenitis, Katalepsie, Melancholie, Liebeskrankheit und Mondsucht werden als Krankheitsbilder von Lope de Vega genannt. Bei allen Krankheitsbeschreibungen ist deutlich, dass die Seele im Kopf verortet wurde.

Das **Tagungsprogramm** wurde von Führungen durch die Hainaer Kloster- bzw. Hospitalanlage, das Hainaer Psychatriemuseum, einem Rundgang durch die Frankenberger Altstadt mit Besuch der Kapelle des ehemaligen St. Elisabethhospitals sowie einem Orgelkonzert mit „Musik im Kloster und Hospital“ in der Frankenberger Liebfrauenkirche begleitet.

Diejenigen Vorträge, die wegen Erkrankung der Referenten ausfallen mussten, werden dennoch in den **Tagungsband** aufgenommen werden. Es handelt sich um die Referate von Gustav Reingrabner (Wien) über das Spitalwesen im heutigen Österreich, von Axel Murken (Aachen) über Krankenpflege und ihre Räume auf den Darstellungen der Heiligen Elisabeth im 16. und 17. Jahrhundert, von Wolfram Schmitt (Saarbrücken) über „Psychiatrische Hospitäler in der Literatur des Barockzeitalters“ sowie um eine Analyse der frühen Geschichte psychiatrischer Einrichtungen von H. C. Erik Midelfort (Virginia). Zusätzlich vorgesehen sind Beiträge von Andreas Mettenleiter (Würzburg) über das Juliusspital und Alexandra Stanislaw-Kemenah (Dresden) über das sächsische Hospitalwesen.

Der Tagungsband erscheint Herbst 2004 im Michael Imhof-Verlag, Petersberg.

„Legalisierter Raub - Die fiskalische Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945“

**Oberhessischer Geschichtsverein beteiligt am Rahmenprogramm zur Ausstellung in der Alten Universitäts-Bibliothek
5. Februar - 12. März 2003**

Dagmar Klein

Sechs Wochen lang war die Ausstellung „Legalisierter Raub - Die fiskalische Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945“ in den Räumen der Alten Universitätsbibliothek zu sehen. An dem begleitenden Vortrags- und Führungsprogramm nahmen etwa 2500 Personen teil, darunter gut 1000 Schüler/innen. Eine großartige Resonanz, wie Dr. Bettina Hindemith vom Hessischen Rundfunk anlässlich eines resümierenden Pressegesprächs sagte. Der hr war federführend an Konzept, Realisation und Organisation der Wanderausstellung beteiligt. Die grundlegende Archivarbeit leistete Dr. Susanne Meinel vom Fritz-Bauer-Institut Frankfurt. Dazu kamen für sie die Beteiligung an Konzeption und Gestaltung, der jeweilige Aufbau vor Ort und in Gießen nicht nur Führungen durch die Ausstellung, sondern auch durch die Stadt unter dem Thema „Legalisierter Raub - Stationen der Ausplünderung der Gießener Juden“.

Viele Kräfte haben zum Erfolg der Ausstellung beigetragen. Die Ernst-Ludwig-Chambré-Stiftung Lich hatte weit im Vorfeld Dokumentationsmappen für Schulen zusammengestellt und mit 7000 Euro den mehrwöchigen Aufenthalt der Zeitzeugin Charlotte Opfermann (USA) in Gießen ermöglicht. Die Justus-Liebig-Universität half mit ihrer Infrastruktur, mit dem frisch renovierten Ausstellungsraum und der Teilfinanzierung von Aufsichtspersonal. Dieses stellten Studierende der Germanistik von der Arbeitsstelle Holocaust-Literatur. Der Oberhessische Geschichtsverein und der Verein „Gegen Vergessen für Demokratie“ finanzierte die Referent/inn/enhonorare bei den abendlichen Vortragsveranstaltungen. Die Tourist-Information erstellte ein Begleitprogramm mit thematischen Stadtführungen unter dem Motto „70 Jahre Machtergreifung durch die Nationalsozialisten“, die über das Jahr 2003 angeboten wurden. Nicht zuletzt berichteten beide Gießener Tageszeitungen immer wieder über Ausstellung und die Veranstaltungen.

Den Anstoß zur Aufarbeitung gab der hessische Staatsminister a.D. Karl Starzacher. Er sorgte 1998 für die gesetzliche Grundlage und gab Anweisung an die hessischen Finanzämter, nach Akten der NS-Zeit zu suchen und diese an das Staatsarchiv Wiesbaden weiterzuleiten. Für ihn

war die Aktenlektüre „eine beklemmende und bleibende Erfahrung“, wie er bei der Eröffnungsveranstaltung am 4. Februar sagte. Es gibt u.a. Anweisungen an Finanzämter, dafür zu sorgen, dass die Versteigerungen von beschlagnahmtem Eigentum nicht „Volksfestcharakter annehmen“. So groß war die Aufregung, wenn es galt, günstige Schnäppchen zu machen. Niemand fragte, warum die einstigen Mitbürger bei der „Umsiedlung“ keine Möbel und keine Kleidung mehr brauchten. Die persönliche Bereicherung stand für viele im Vordergrund, nur wenige lehnten den Kauf ab mit dem Hinweis, dass „daran Blut klebt“.

Ein anderer Redner dieses Eröffnungsabends hat direkten Bezug zu Gießen. Ein Teil der Familie von Prof. Micha Brumlik, Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, stammt aus Gießen. Sein Vater Josef Brumlik kehrte 1963 hierher zurück, wurde in der Politik und innerhalb der jüdischen Glaubensgemeinschaft aktiv. Die Großeltern Alfred und Else Brumlik, Besitzer eines Möbelgeschäfts in Gießen, konnten 1938 „gerade noch“ nach Israel auswandern. In seiner weiteren Rede stellte Prof. Brumlik vor allem den Bereich der Täter und Mitwisser vor, berichtete über „mitleidlose und ideologisch vorgeprägte“ Finanzbeamte, die in die Ausplünderung der Juden eingebunden waren, die minutiös Listen führten über alle Dinge des Hausrats, der Kleidung und des Mobiliars. Und er wies auf das gut belegte „Mitwissen und Mitwirken großer Teile der Bevölkerung“ hin.

Eine Fügung für Gießen war der Fund historischer Fotografien im hiesigen Stadtarchiv bzw. die endlich gelingende Einordnung eines Stapels Fotografien. Die Hoffnung auf Identifizierung der Personen erfüllte sich jedoch nur zum kleinen Teil, bedauert Dr. Susanne Meinl, doch boten die Fotos Anlass zu vielen Gesprächen. Immer wieder, auch nach Abschluss der Ausstellung, riefen Menschen im Stadtarchiv an, berichtete Dr. Ludwig Brake, bei denen die Ausstellung Erinnerungen hervorgerufen und ein großes Erzählbedürfnis freigesetzt hatte. Dies alles müsse jetzt die Dokumentation für ein Gedenkbuch der Gießener Juden beginnen, so der einhellige Vorschlag. Eine Aufgabe, die sich Dr. Susanne Meinl vorgenommen hat und die der Oberhessische Geschichtsverein unterstützen wird. Im Herbst 2004 macht die Ausstellung wieder im mittelhessischen Raum Station, in Wetzlar und Hungen.

125 Jahre Oberhessisches Museum

Gegründet vom Oberhessischen Geschichtsverein - Jubiläumsfeier im Alten Schloss am 26. März 2004

Dagmar Klein

Im Juni 2003 feierte der Oberhessische Geschichtsverein (OHG) sein 125-jähriges Bestehen, am 26. März 2004 beging das Oberhessische Museum (OHM) dasselbe Jubiläum. Beides hängt ursächlich zusammen, gehörte es doch in der Anfangszeit der Geschichtsvereine zum selbst gestellten Aufgabenspektrum, sich für das Bewahren der heimischen Kulturgüter einzusetzen. Man sammelte, sortierte und organisierte, und legte so den Grundstock für Museen, Archive und Bibliotheken. Diese gingen zumeist in den 1920er Jahren in städtischen Besitz über. So auch in Gießen.

Im Frühjahr 1879 konnte das Heimatmuseum im Obergeschoss des Alten Rathauses am Marktplatz feierlich eröffnet werden. Die ersten ehrenamtlichen Betreuer der beständig wachsenden Sammlung waren der Lokalhistoriker Otto Buchner und der Botaniker Prof. Hermann Hoffmann, der zu den Mitbegründern des OHG zählt. In den Jahren 1903-05 wurde das Alte Schloss am Brandplatz restauriert, wiederum auf Initiative des OHG, der sich auch für den Denkmalschutz einsetzte. Ein Teil der Sammlungen konnte in einem Teil der Räume des Schlosses untergebracht werden. Ab jetzt war Major a.D. Karl Kramer bis zu seinem Tod 1928 zuständig für das Museum. Er wurde von der Gießener Universität für seine Verdienste mit der Verleihung des Ehrendoktors und des Professorentitels geehrt. Nach dem 1. Weltkrieg konnte das Oberhessische Museum auch die Wohnräume der großherzoglichen Familie im Schloss, die einst Kommerzienrat Wilhelm Gail finanziert hatte, für die Präsentation des immer noch wachsenden Bestands nutzen.

Seit 1910 war außerdem im Neuen Schloss die völkerkundliche Sammlung der Gießener Professoren Sievert und der beiden Schlagintweit-Brüder untergebracht, die von Wilhelm Gail angekauft worden war. Dazu kam die Militaria-Sammlung des Industriellen Emmelius und die wachsende Kunstsammlung des Gießener Kunstvereins, der sich 1912 vom Darmstädter Kunstverein gelöst hatte. Wesentlich gefördert wurde der Kunstverein durch die Tabakfabrikanten Gustav Bock und Ludwig Spruck, die ihre Gemäldesammlungen als Stiftungen übergaben. Dazu kam der künstlerische Nachlass des Gießener Architekten und Professors für Baukunst Hugo von Ritgen.

Mit Übernahme der großen Sammlung des Fabrikanten Wilhelm Gail 1912 wurde das Museum in eine GmbH umgewandelt, der neben dem Oberhessischen Geschichtsverein die Stadt Gießen und Wilhelm Gail angehörten. 1925 gingen sämtliche Bestände unter dem Namen "Oberhessisches Museum und Gail'sche Sammlungen der Stadt Gießen" in den Alleinbesitz und die Fürsorge der Stadt über. Im Frühjahr 1938 wurde Dr. Herbert Krüger als erster hauptamtlicher Direktor des Museums damit beauftragt, die Sammlungen zu reorganisieren. Doch seine Einberufung als Soldat 1942 verzögert diese Arbeit und die Bombardierung Gießens im Dezember 1944 zerstörte nicht nur das Alte Schloss, sondern auch einen Teil der Bestände. Nicht alles hatte ausgelagert werden können oder war an den Auslagerungsorten verbrannt.

Dr. Krüger konnte die Museumsarbeit in Gießen erst 1948 wieder aufnehmen. Den ersten Ausstellungsraum ermöglichte Direktor Wilhelm Flörke im Dachgeschoss des Liebig-Gymnasiums. Dort residierte die Schausammlung - inklusive zahlreicher Kunst-Sonderausstellungen - bis 1967. Erst dann konnten die heterogenen Bestände im alten Bauamt im Asterweg 9 zusammen geführt werden. Trotz allen Bemühens gingen in den Jahrzehnten des Provisoriums 1945-1975 weitere Sammlungsteile verloren.

1968 wurde Kurt Friedrich Ertel Leiter des Museums und zugleich des Kulturamts. Er trat durch eine rege Ausstellungstätigkeit in der Kongreßhalle und durch Förderung heimischer Künstler/innen hervor. Als K.F. Ertel, so sein Kürzel, 1976 überraschend starb, übernahm Manfred Blechschmidt die Leitung des Museums; er war schon zu dieser Zeit ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger von Stadt und Kreis Gießen.

1973 hatte die Stadt beschlossen, das Alte Schloss wieder aufzubauen, allerdings noch ohne konkrete Pläne, was genau darin unterzubringen sei. 1976 begann der Abbruch der Ruinen, 1978 erhielt der Schlossturm seine Haube wieder, am 1. Juni 1980 erfolgte die feierliche Eröffnung. Das Alte Schloss beherbergt seitdem die kunstgeschichtliche und kunsthandwerkliche Sammlung, außerdem gibt es einen Sonderausstellungs- und einen Veranstaltungsraum, der seit 1986 nach Gießens Partnerstadt in Israel, nach Netanya, benannt ist.

Seit dem 1. April 1978 ist Dr. Friedhelm Häring Leiter des Oberhessischen Museums. Er formulierte eine klare Konzeption für die auf drei Häuser verteilte Sammlung (vgl. MOHG 1979). Das Leib'sche Haus wurde im September 1978 mit einem Volksfest eröffnet; es beherbergt die Abteilung für Stadtgeschichte und Volkskunde. Am 29. November 1987 folgte mit dem ebenfalls neu wieder aufgebauten Wallenfels'schen Haus die Eröffnung der dritten Abteilung des Oberhessischen Museums. Die Präsentation der vor- und frühgeschichtlichen Samm-

lung entstand in Kooperation mit Manfred Blechschmidt und Museumsrestaurator Gustav Bender. Zusätzlich fand, auf Initiative des JLU-Archäologen Prof. Dr. Wolfram Martini, die archäologische Sammlung der Universität Gießen hier ihren Ausstellungsort.

Literatur (Auswahl) chronologisch:

1928: Carl Walbrach, Ein halbes Jahrhundert Oberhessischer Geschichtsverein 1978-1928, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins (MOHG), Neue Folge 28, Gießen 1928

1950: Herbert Krüger, Geschichte des Oberhessischen Museums, in: Heimat im Bild, Geschichtsbeilage des Gießener Anzeigers (GA), Nr.7/1950

1953: ders., Vom Schicksal der städtischen Sammlungen in Gießen, in: MOHG NF 39, 1953

1961: ders., Das Neue Schloß in Gießen, in: Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft (NGH), 30. Band, Gießen 1961

1963: ders., Das Alte Schloß in Gießen, in: NGH, 32. Band, Gießen 1963

1969: Hermann Otto Vaubel, 90 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein, in: MOHG NF 53/54, 1969

1977: Peter Merck, Kurt Friedrich Ertel zum Gedächtnis, in: MOHG NF 62, 1977

1978: Erwin Knauß, 100 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein, in: MOHG NF 63, 1978

1979: Friedhelm Häring, Oberhessisches Museum und Gail'sche Sammlungen - Perspektiven, in: MOHG NF 64, 1979

1980: Zur Wiedereröffnung des Alten Schlosses, Sonderseiten in Gießener Allgemeine (GAZ) und GA am 31.Mai 1980

1986: Friedhelm Häring: Die Museen in Gießen, Gießen 1986 (2. Auflage)

1987: Zur Eröffnung des Wallenfels'schen Hauses: GAZ 11. Okt. 1983, 20.Nov. + 28. Nov. 1987

1998: Matthias Recke, Die Gießener Antikensammlung, in: Schaukasten Bd.1, hg. von Christian Kaufmann, 1998

Rezensionen

Psychiatrie in Gießen - Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung. Herausgegeben von Uta George, Herwig Groß, Michael Putzke, Irmtraud Sahmland, Christina Vanja, Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, Quellen und Studien Band 9, Psychosozial-Verlag Gießen 2003, zahlreiche Schwarzweiß-Abbildungen, 29 €

Der Sammelband „Psychiatrie in Gießen“ schließt eine Forschungslücke. Behandelt werden 200 Jahre Psychiatrie in Gießen, von den ersten Forderungen nach einem „Hospital für heilbare Irre“ 1835 bis zu Behandlungskonzepten heute. Der Untertitel „Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung“ benennt die facettenreiche Entwicklung der Psychiatrie mit all ihren humanen wie problematischen Aspekten. Teilbereiche wurden in der Vergangenheit bearbeitet und publiziert, doch fehlte bislang eine systematische Zusammenschau aller drei psychiatrischen Einrichtungen in Gießen, die als komplementär funktionierende geplant, erbaut und betrieben wurden.

Die „Bewältigung von Geisteskrankheiten“ im 18. und 19. Jahrhundert stellt Irmtraud Sahmland vom Institut für Geschichte der Medizin der Universität Gießen in ihrem Beitrag vor. Die ersten Forderungen für eine psychiatrische Universitätsklinik, die auch dem Unterricht der Studenten dienen sollte, verbinden sich mit Prof. Ferdinand von Ritgen. Diesen Teil behandelt Ulrike Enke, ebenfalls Mitarbeiterin des Instituts für Geschichte der Medizin. Mit Prof. Ritgen verband sich bislang seine Tätigkeit als Leiter der ersten Entbindungsklinik, und sein Kollege Prof. Wilhelm Nebel war vornehmlich als Vorkämpfer der Tierheilkunde bekannt. Beide jedoch hielten ab 1835 die ersten Vorlesungen zu der „Lehre von den Geisteskrankheiten“. Hier stand schon der Gedanke der Heilbarkeit von Geisteskrankheit im Hintergrund. Den letzten Anstoß zum Bau einer psychiatrischen Klinik gab 1881 der Professor für Innere Medizin Dr. Franz Riegel. Die erneute Diskussion fiel in eine Phase des enorm gestiegenen Bedarfs nach psychiatrischer Unterbringung. Ein Bedarf, den die drei existierenden hessen-darmstädtischen Hospitäler längst nicht mehr decken konnten.

Am 25. Februar 1896 erfolgte die Eröffnung der psychiatrischen Universitätsklinik (heutige Adresse Am Steg) unter Teilnahme der örtlichen Presse. Neun Häuser waren symmetrisch angeordnet in einer parkähnlichen Gartenanlage errichtet worden, die ästhetischen Gesichtspunkten ebenso entsprach, wie sie das Schutzbedürfnis der Patienten berücksichtigte. Der Arzt, der mit Eröffnung der Klinik nach

Gießen berufen worden war, hieß Robert Sommer und ist gemeinhin als „volkstümlicher Geheimrat“ bekannt, da er sich auch in städtischen Gremien engagierte und unter anderem Mitinitiator des Liebig-Museums war.

Als Kliniksleiter war sein Interesse nicht auf die Heilung der psychisch Kranken ausgerichtet, sondern auf die systematische Untersuchung der Patienten mit heute abenteuerlich anmutenden, eigens entwickelten Apparaturen. Sein anderer Schwerpunkt war die Lehre, fast in jeder Vorlesung wurde ein Patient vorgeführt. Gut 110 Doktorarbeiten entstanden unter seiner Führung. Sommers Ziel war die Objektivierbarkeit der verschiedenen Ausprägungen von Geisteskrankheit, weshalb er auch Wert auf unterschiedlichste Krankheitsbilder legte und keineswegs jeder Patient aufgenommen wurde. Schon gar nicht die chronisch Kranken.

Für die Alten und Kranken wurde am 1. April 1903 die „Provinzialsiechenanstalt“ zwischen Licher Straße und Altem Steinbacher Weg eröffnet. Dort residieren heute Juristen und Wirtschaftswissenschaftler, nachdem das Areal 1945 von der US-Armee beschlagnahmt worden war. Die Geschichte dieser Anstalt hat erstmals Anita Barczynski aufgearbeitet. Das dritte Standbein der psychiatrischen Versorgung in Gießen bildete die 1911, wiederum im dezentralen Pavillonstil eröffnete „Heil- und Pflegeanstalt“ an der Licher Straße (Ludwig Brake, Heinz Faulstich), wo im Ersten Weltkrieg ein Lazarett für traumatisierte Soldaten eingerichtet wurde (Herwig Groß) und das unter dem Nationalsozialismus als Sammellager für den Abtransport von Juden fungierte (Monica Kinggreen, Georg Lilienthal). Die Unterbringung von erkrankten Zwangsarbeitern wird erstmals vorgestellt (Uta George), ebenso die Situation des Personals (Bronwyn McFarland-Icke).

Über die konkrete Entstehungsgeschichte hinaus leisten die beteiligten 20 Autoren und Autorinnen die Einbindung in übergreifende Zusammenhänge wie die Entwicklung der psychiatrischen Versorgung in hessischen Städten und Gemeinden (Peter Sandner), deren Ausdifferenzierung und theoretische Untermauerung (Michael Putzke). Forschung und Lehre in den Anfängen der psychiatrischen Universitätsklinik Gießen sind Thema und deren Missbrauch durch den NS-Staat zum Zwecke der Beseitigung und Ermordung Behinderter, psychisch Kranker und Juden (Sigrid Oehler-Klein). Auch die Umstrukturierungen ab den 1970er Jahre werden vorgestellt, seien es Therapien innerhalb der Kliniken oder der Gedanke der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung. Drei Beiträge berücksichtigen den forensischen Aspekt: die „Behandlung krimineller Psychopathen während der Weimarer Repu-

bik“ (Gabriele Kremer), das „Feste Haus“ (Christina Vanja) und die Außenstelle in Haina heute (Sara Gonzalez Cabeza).

Als Grundlage und Impulsgeber für diese ungewöhnliche Kooperation kann die Vorarbeit am Psychiatrischen Landeskrankenhaus (PKH), heute Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) in der Licher Straße, angesehen werden. Dort wurde am 21. März 1998 die Dauerausstellung: „Vom Wert des Menschen. Die Geschichte der Heil- und Pflegeanstalt Gießen von 1911 bis 1945“ eröffnet. Für Leitung und Konzeption zeichnen verantwortlich: Uta George, pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte Hadamar, Herwig Groß, Arzt am KPP Gießen, und Michael Putzke, stellvertretender Klinikleiter in Friedberg. Das Ganze war eine Kooperation mit dem Bereich Archive, Gedenkstätten und Historische Sammlungen des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, der den vorliegenden Band im wesentlichen finanzierte. Das Buch „Psychiatrie in Gießen“ dient zugleich als Katalog für die Ausstellung im KPP. Die Personen-, Orts- und Sachindizes machen das Buch außerdem zu einem ausgezeichneten Nachschlagewerk.

Der Vortrag von Dr. Ulrike Enke „Die ersten Jahre der Psychiatrischen Universitätsklinik unter ihrem Direktor Dr. Robert Sommer“, gehalten beim Oberhessischen Geschichtsverein am 7. Januar 2004, bildete zugleich den Auftakt einer eigenen Vortragsreihe, in der die Themen dieses Buchs vorgestellt wurden.

Dagmar Klein

Albert H. Rausch - Henry Benrath. Ein vergessener Dichter?, hrsg. von Michael Keller im Auftrag des Friedberger Geschichtsvereins, mit Beiträgen von Christian Hartmeier, Stefanie Golisch, Marita Keilson-Lauritz, Hans-Jürgen Lange, Albert von Haller, Kurt Jagenberg, Wetterauer Geschichtsblätter Bd.49/2002, 20 € (zu beziehen über: Friedberger Geschichtsverein, Im Alten Rathaus, Kaiserstr.21, 61169 Friedberg/H.)

Albert H. Rausch ist kein vergessener Dichter, noch weniger seine literarische Kunstfigur Henry Benrath, die zu seinem Alter Ego wurde. Die Frage im Titel ist also rhetorisch gemeint. Allerdings wird der Büchner-Preisträger von 1932 nicht mehr gelesen, diese Tatsache benennt Michael Keller, Vorsitzender des Friedberger Geschichtsvereins, gleich in seinem Vorwort. In Erinnerung gehalten wird Rausch/Benrath in seiner Geburtsstadt Friedberg: dort befindet sich sein Urnengrab, wird sein Nachlassarchiv gepflegt, ist eine Gedenkplatte an seinem Geburtshaus, gibt es einen Henry-Benrath-Weg und eine nach ihm benannte

Schule. Rausch/Benrath wird auch geehrt in der Gemeinde Magreglio in Oberitalien, weil er die Dörfer Barni, Civenna, Magreglio und Oliveto Lario vor einer Vergeltungsaktion der Wehrmacht bewahrte. Dort am Comer See verbrachte Rausch/Benrath (1882-1949) seine letzten Lebensjahre ab 1943.

Paolo Ceruti, Bürgermeister der Gemeinde am Comer See, zeichnete die letzten Tage des Krieges akribisch auf und damit auch die Rettungsaktion des „scriptore tedesco“. Ceruti war es auch, der eine Partnerschaft zwischen Friedberg und Magreglio anregte. Anlässlich der Feierstunde im Oktober 2001 wurde sein Buch „Un'altra vita: Albert H. Rausch - Henry Benrath“ übergeben. Die Aktivitäten in Italien regten die historisch interessierten Friedberger an, so Michael Keller, sich wieder einmal näher mit diesem Sohn ihrer Stadt zu beschäftigen. Ein von Erfolg gekröntes Unternehmen, da mittlerweile ein Forscher der Enkelgeneration sich der Vita des Schriftstellers angenommen hatte: Christian Hartmeier, der in Freiburg eine Dissertation über Rausch/Benrath schrieb. Sein Beitrag „Albert H. Rausch - Erhebung wider die moderne Welt. Ein Schriftsteller zwischen Ästhetizismus und Nationalsozialismus“ steht im Zentrum des Bands 49 der Wetterauer Geschichtsblätter.

Christian Hartmeier geht ohne Scheu, sensibel und doch mit klaren Worten an die doppelte Problematik heran: an die zwar offen bekannte, aber in der Sekundärliteratur ausgesparte Homosexualität von Albert H. Rausch, die jedoch für sein literarisches Schaffen von großer Bedeutung ist. Und Hartmeier untersucht die partielle Nähe Rauschs zu nationalsozialistischem Gedankengut. Rausch selbst begann nach 1945 - als alter, kranker und einsamer Mann - damit, Legenden seiner politischen Unschuld zu fabrizieren, an die er offenbar selbst glaubte. Die bisherige Sekundärliteratur hat dem bereitwillig Glauben geschenkt, postulierte ihn u.a. als „schärfsten Nazi-Gegner“, der aus politischen Gründen ins Exil gegangen sei und Deutschland ab 1937 nicht wieder betreten habe. All das stimmt nicht, wie Hartmeier ausführlich belegt - aus Briefwechseln und Publikationen, die zum großen Teil im Friedberger Henry-Benrath-Archiv einsehbar sind.

Es gab bei Rausch, wie bei anderen konservativ denkenden Menschen in Deutschland, eine gemeinsame Schnittmenge mit Ansichten der Nazis. Besonders in der Anfangszeit des braunen Regimes dachten viele, dass sie die Nazis für sich instrumentalisieren könnten. Rausch suchte nach anfänglichen Bedenken die Nähe zu ihnen, er bemühte sich u.a. um ein Treffen mit Goebbels und um Rezensionen seiner historischen Romane im Völkischen Beobachter. Seine Kaiserinnen-Romane erfuhren mehrfache Auflagen bis 1941, an die Tantiemen kam er nur

deswegen nicht heran, weil er in der Schweiz lebte und die strengen Devisen-Ausfuhrbestimmungen dies verhinderten.

Dennoch, Rausch war kein Nationalsozialist, so Christian Hartmeier. Er hatte sich für ein Leben als Dichter entschieden, aus einer inneren Haltung heraus, die um die Jahrhundertwende in Künstlerkreisen gepflegt wurde. Die Kunst bedeutet für sie die wahre Wirklichkeit, die krude Realität mit ihrer Technisierung, Industrialisierung und Verwissenschaftlichung lehnten sie ab. Das Streben nach der individuellen Freiheit wurde zur künstlerischen Form des Ästhetizismus, den Künstler, vor allem Literaten pflegten, die dem Symbolismus und dem Kreis um Stefan George nahe standen. Auch wenn deren Position während der Weimarer Republik in eine vage politische Haltung umschwenkte, so wurde diese nie konkret politisch oder beschäftigte sich mit sozialen Problemen.

Rausch vertrat in seinen Briefen und Schriften die Ansicht, dass die Geschicke eines Staates von einer Elite aus Adel, gehobenem Bürgertum und Künstlern gelenkt werden sollten; zu der er natürlich dazu gehörte. Und er glaubte fest daran, was er in seinen Romanen ständig wiederholte, dass Deutschland aufgrund seiner besonderen Kultur und Geschichte eine Vorreiterrolle zustehe. Hartmeier schlägt für die während der NS-Zeit recherchierten und geschriebenen historischen Romane eine neue Lesart vor: seine eigene Gegenwart galt Rausch als Erfüllung der in der Geschichte angelegten Vormachtstellung des Deutschen Reichs, territoriale Expansionsbestrebungen inclusive.

Viele Facetten gibt es zu entdecken in diesem spannenden Buch über einen Dichter, der sich zu Höherem berufen sah, jedoch in Elend und Armut starb. Über einen Dichter aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, der die Bürger seiner Geburtsstadt mit seinem so ganz anderen Lebensstil provozierte und von ihnen abgelehnt wurde. Über einen der ersten bekennenden Homosexuellen, dessen Schriften zu Klassikern der „mann-männlichen Liebe“ zählen und bei vielen das Coming-Out begleiteten. Die häufig belächelte Nähe von Albert Rausch/Henry Benrath zum Adel erklärt Christian Hartmeier damit, dass Homosexualität in diesen Kreisen akzeptiert und selbstverständlich war. Dort fühlte er sich geschützt. Eine differenzierte Biografie über einen Menschen der sogenannten verlorenen Generation, die in der Kaiserzeit mit humanistischen Bildungsidealen aufwuchs, und ihre Wertvorstellungen in beiden Weltkriegen und den damit verbundenen politischen Wirren zerstört sah.

Dagmar Klein

**Frauen für die Front. Gespräche mit Wehrmachtsshelferinnen.
Geführt und herausgegeben von Rosemarie Killius, Militzke-
Verlag Leipzig, 19,90 €**

Für die am Kriegsgeschehen beteiligten Frauen hat sich die Geschichtsforschung lange Zeit nicht interessiert, weder unter militär- noch unter geschlechts- oder biografiegeschichtlichen Aspekten. Erst in den letzten Jahren sind vereinzelt Befragungen erfolgt, ist hier eine Dissertation, dort ein Film entstanden - immer unter dem Vorzeichen, dass eine Generation bald nicht mehr befragbar sein wird. Die Autorin Rosemarie Killius hat bereits diverse Beiträge zum Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg publiziert. In Uni-Seminaren stellte sie immer wieder fest, dass die junge Generation keine Vorstellung von dem Leben hat, das gleichaltrige Menschen im Krieg führten.

Auf einen Zeitungsaufruf hin erklärten sich ehemalige Wehrmachtsshelferinnen aus ganz Deutschland bereit zu einem Interview. Zum Teil sprachen diese Frauen zum ersten Mal über ihre Erfahrungen: „Es wollte ja niemand hören!“ Andere hatten bereits an Ehemaligentreffen teilgenommen und dort ihre Jugend wieder aufleben lassen. Denn es war die Jugend dieser Frauen, mit allem was dazu gehört an Erlebnishunger und Abenteuerlust, dem Wunsch nach guter Kleidung und der Suche nach einer glücklichen Beziehung. Man war mit Gleichaltrigen zusammen, lachte viel und ging - je nach Stationierungsort - gemeinsam aus. Für die meisten ist im Rückblick das ‚Kameradschaftsgefühl‘ das wesentliche Moment, das diese Zeit allen Widrigkeiten zum Trotz zu einer schönen macht. Der Krieg verlief - zumindest anfangs - am Rande des persönlichen Erfahrungshorizonts, erst nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gab es konkrete Auswirkungen in Form von Ausgehverbot und verschärften Kontrollen.

Ein Gutteil der jungen Frauen wurde mit 18/19 Jahren dienstverpflichtet, direkt nach der Schule oder nach der Ausbildung, teils auch aus der Arbeitslosigkeit heraus. Die einzige Alternative war häufig die Munitionsfabrik. Viele kamen gegen den Willen der Eltern zum Militär. Die Frauen selbst nahmen es meist hin, auch wenn die persönlichen Pläne andere waren. Die Zeit war eben so. Es gab auch jene, die sich freiwillig meldeten, weil es die einzige Möglichkeit für sie war, einmal ins Ausland zu kommen. An den Endsieg haben die meisten sehr lange geglaubt, ohne deswegen den Führer verehrt zu haben, wie sie betonen. Ein weiterer Anreiz war die schicke Uniform mit dem Schiffchen-Hut. Schließlich war es eine Zeit, in der es kaum schöne Dinge zum Anziehen gab. Die Kostüme waren jedoch den Frauen im Auslandseinsatz vorbehalten, im Inland wurde häufig Zivil getragen. Und je weiter

der Krieg vorrückte, desto schlechter wurde die Versorgungslage auch in diesem Bereich.

Für diejenigen, die zu Beginn des Krieges nach Frankreich kamen, sei es nach Paris oder Bordeaux, war es die schönste Zeit ihres Lebens. Fast drei Jahre lang wohnten sie gut, waren mit Essen und Personal versorgt, bekamen Ausgang und Theaterfreikarten, erlebten noch keine Feindseligkeiten vonseiten der Bevölkerung und so manche bis zum Kriegsende keine einzige Bombardierung. Einige verliebten sich, ohne allerdings eine sexuelle Beziehung eingegangen zu sein, was immer betont wird. Eine hat sogar geheiratet und ist danach aus dem Dienst ausgeschieden. Doch konnten die Frauen es sich nicht aussuchen, wohin sie kamen. Diejenigen, die nach Serbo-Kroatien oder später in den Osten nach Russland und Polen kamen, hatten es längst nicht so gut. Unterkunft und Essen waren wenig komfortabel, und abendliche Abwechslung gab es so gut wie keine. Es war ein harter Dienst in drei Schichten.

Auch wenn die Ausbildung für Heer, Marine und Luftfahrt an verschiedenen Orten in Deutschland stattfand, so kamen die meisten von ihnen wenigstens einmal nach Gießen in die Heerschule für Nachrichtenhelferinnen (nach dem Krieg Rivers Barracks, benachbart heute die Automeile). Im Kasernenhof wurde auch das Marschieren und der Exerzierdrill geübt, hauptsächlich aber wurde die Kleidung ausgeteilt. Hier warteten die Frauen auf ihren ersten oder den nächsten Einsatz. Wenn Standorte aufgegeben oder verlagert wurden, brachte man die Frauen zunächst nach Gießen, um sie von hier aus neu zu verteilen. ‚Gießen war halt unser Mutterhaus‘, wie eine der Interviewten sagt.

Und die Fahrtrouten der Frauen sind wahrlich abenteuerlich: kreuz die quer durch Deutschland und Europa, beim Rückzug nur noch chaotisch. Als das Kriegsende absehbar war, fühlte sich vielerorts niemand mehr für die Wehrmachtshelferinnen zuständig. Viele von ihnen mussten sich allein nach Deutschland durchschlagen. Diese Erlebnisse zählen zu den schlimmsten, vor allem weil es für viele gar kein Heimkommen mehr gab; etwa wenn sie aus Ostpreußen stammten oder die Familie ausbombadiert und getötet war. Diese Frauen brachten eine wahre Odyssee hinter sich und kämpften im Nachkriegsdeutschland um das nackte Überleben.

Aus den Interviews wird stellenweise die große Dankbarkeit spürbar für die Unterstützung, die ihnen durch völlig Fremde zuteil wurde. So auch in Krodorf-Gleiberg geschehen.

Rosemarie Killius hat die Interviews in eine gut lesbare Form gebracht, wobei die sprachlichen Eigenarten der 14 befragten Frauen erhalten

sind. Zeitgeschichte wird in der Erzählform unmittelbar erlebbar, fremde Verhaltensweisen nachvollziehbar. Es sind bewegende Geschichten, die nachdenklich stimmen. Wie hätten wir uns in jungen Jahren verhalten, wenn wir unter diesen Umständen aufgewachsen wären? ‚Den Frauen vorzuwerfen, dass sie ihre Umwelt ohne die gebotene kritische Distanz betrachtet haben, ist absurd‘, meint die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich in ihrem Vorwort. ‚Diese Frauen waren das, was man war, wenn man in Nazideutschland aufwuchs.‘

Dagmar Klein

Kunst und Künstler in Frankfurt am Main im 19. und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Dieter Rebentisch und Evelyn Hils-Brockhoff, Band 69 des Archivs für Frankfurts Geschichte und Kunst, Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt a.M. 2003

Immer wieder und allerorten geht es um die Frage, ob regionale Kunst von minderer Qualität sei. Nicht nur in der Provinz wird darüber gestritten, auch in Großstädten wie Frankfurt. Dort hat es die örtliche Kunstszene denkbar schwer, im Ausstellungswesen beachtet zu werden, angesichts der zahlreichen Museen mit ‚großer‘ Kunst. Ein Ort, an dem seit Jahren kontinuierlich lokale Kunst gezeigt wird, ist das Kundenzentrum der Frankfurter Sparkasse 1822. Es festigte sich die Erkenntnis, dass lokale Kunst die Gestalt einer Stadt mitprägt.

Dieter Rebentisch nennt in seiner Einführung weitere Auswirkungen: lokale Kunst helfe dabei, „Entfremdungstendenzen“ und „die Härte und Kälte der rapiden Veränderung städtischen Lebens zu mildern“. Es bedurfte der Initiative eines Privatmanns, um ein ‚Museum für regionale Kunst‘ einzurichten. Seit Oktober 2000 gibt es das ‚Haus Giersch‘ am Schaumainkai, das mit interessanten Ausstellungen längst überregional auf sich aufmerksam machte und eng mit örtlichen Kulturinstitutionen kooperiert.

Der Frankfurter Verein für Geschichte und Landeskunde e.V. organisierte in seinen Winterprogrammen 2001/02 und 2002/03 Vorträge über „Kunst und Künstler in Frankfurt am Main im 19. und 20. Jahrhundert“. Den Anfang machte Dr. Manfred Großkinsky, Leiter des ‚Haus Giersch‘, mit einem Vortrag über den Frankfurt-Kronberger Künstlerbund. Mittlerweile heißt der Verein Gesellschaft für Frankfurter Geschichte e.V. Er ist Auftraggeber für den vorliegenden Band, der ergänzt wurde mit eigens für diesen Sammelband geschriebenen, biografischen Beiträgen.

Die Definition von „Frankfurter Künstler“ ist großzügig gefasst, die Kunschtschaffenden sollten zumindest eine ganze Weile in der Stadt am Main gelebt und gearbeitet oder hier ihren Ausgangspunkt genommen haben. Eine erste Sammlung von etwa 700 Kurzbiografien legte bereits 1982 das städtische Amt für Wissenschaft und Kunst vor. Obwohl Gebrauchsgrafiker und Hobbymaler nicht aufgenommen wurden, überraschte schon damals die große Zahl an Malern, Bildhauern und Zeichnern. Für ein Frankfurter Künstler-Lexikon sammelt seit etwa 20 Jahren der Kunst- und Antiquitätenhändler Klaus-Ludwig Schulz die Informationen. 1995 erschien anlässlich des 1200-jährigen Stadtjubiläums eine Aufarbeitung der Kunstszene ab 1945. Das Städel widmete 2002 erstmals den Quadriga-Künstlern eine Ausstellung, die prägend für die deutsche Nachkriegskunst waren und ihren Ursprung in Frankfurt hatten. In jüngster Zeit erschienen auch Dissertationen, etwa zu Jakob Nussbaum und Hermann Goepfert. Die Initiativen sind also vielfältig.

Neben den bereits genannten Gruppen Frankfurt-Kronberger und Quadriga werden noch „Der schwierige Weg der Frankfurter Malerinnen“ und Maler des Fantastischen Realismus vorgestellt. Ein Kapitel beschäftigt sich detailreich mit der Beschlagnahme der Gemälde im Städel unter dem Stichwort „Entartete Kunst“, ein anderes mit dem Schicksal des Friedrich Ebert-Denkmals für Frankfurt von Richard Scheibe. Unter den biografischen Beiträgen ist der einzig berühmte Name Max Beckmann.

Die anderen zählen eher zu den unbekannten und/oder vergessenen Künstlern: der Porträtmaler Wilhelm Mook; der Bildhauer Benno Elkan, dessen große siebenarmige Menora vor der Knesset in Jerusalem beeindruckt; der Gestalter Hans Leistikow, der mit der Gruppe um den Stadtbaurat Ernst May nach Frankfurt kam; der Beckmann-Schüler Karl Tratt, die Künstler Georg Heck und Gerhard Hintschich, die Lehrenden an der Städelschule Heinz Battke und Hans Mettel und der Maler, Fotograf und Jazz-Musiker Benno Walldorf, der aus Gießen stammte und später in Bad Homburg wirkte.

Ein facettenreiches und interessantes Buch, das beispielhaft für vergleichbare Projekte andernorts sein kann, inklusive seiner optisch ansprechenden Aufmachung. Auch wenn man längst nicht so viele Fotos aufnehmen konnte, wie es Autor/innen und Leser/innen bei dem Thema Kunst für wünschenswert hielten.

Dagmar Klein

Hilda Stern-Cohen. Genagelt ist meine Zunge - Lyrik und Prosa einer Holocaust-Überlebenden. In Zusammenarbeit mit Werner V. Cohen herausgegeben von Erwin Leibfried, Sascha Feuchert und William Gilcher. Bergauf-Verlag, Frankfurt/Main 2003, 15 €. Erschienen ist das Buch als Band 2 der Reihe MEMENTO, einer gemeinsamen Schriftenreihe der Ernst-Ludwig-Chambré-Stiftung zu Lich und der Arbeitsstelle Holocaustliteratur.

Mehr zu der Autorin im Internet (www.hildasterncohen.org/)

Der erste Boykott gegen die Juden in ihrem Vogelsberger Dorf erschien dem Schulmädchen Herta „wie im Theater“, schreibt Hilda Stern-Cohen in einem Prosa-Text. Da die jüdischen Familien hier keine Geschäfte hatten, sondern von der Landwirtschaft und dem Viehhandel lebten, und es lächerlich war, einen Kuhstall zu boykottieren, stellte sich die SA einfach vor die Haustüren der Juden. Herta war zunächst durch die Uniformen, Hakenkreuzbinden und Pistolen eingeschüchtert, aber bald legte sich dies, denn „die Leute, die da in den Uniformen steckten, waren ihr so vertraut. Das waren die Leute aus dem Dorf, einige davon Jugendfreunde und Schulkameraden ihrer Eltern“ und Väter und Verwandten ihrer eigenen Spielkameraden. Dann wurde aber doch ein Stein geworfen, der Herta zwar verfehlte, sie aber doch ins Haus vertrieb, wo ein Roman über mittelalterliche Ritter ihrer Fantasie interessantere Unterhaltung bot.

Aus der langweilig empfundenen Theaterszene wurde bekanntlich schnell tödlicher Ernst. Eindrücke wie der Boykott und die Vertreibung aus der sicher geglaubten dörflichen Gemeinschaft verlief, das vermitteln Texte von Hilda Stern-Cohen, die 1924 in Nieder-Ohmen (einem heutigen Ortsteil der Gemeinde Mücke) geboren wurde, dort aufwuchs und auch ihre ersten Schuljahre verbrachte. Ihre literarischen Schilderungen über diese Zeit bilden das erste Kapitel des eindrucksvollen Bandes „Genagelt ist meine Zunge - Lyrik und Prosa einer Holocaust-Überlebenden“. Im September 2003 wurde er in Gießen und Mücke im Beisein von Hilda Stern-Cohens Ehemann Werner Cohen vorgestellt. Die Autorin selbst verstarb 1997 in Baltimore (USA). Im Dritten Reich war sie im Getto Lodz inhaftiert, wo sie Eltern und Großeltern in Folge von Hunger an „galoppierender Schwindsucht“ ebenso elend sterben sah wie ihren Jugendfreund Horst an Tuberkulose. Auch Auschwitz, ein Todesmarsch und das Konzentrationslager Ravensbrück blieben ihr nicht erspart, bevor sie im Mai 1945 endlich befreit wurde.

Werner Cohen fand nach dem Tod seiner Frau sieben Schulhefte, in denen sie Gedichte und Prosatexte mit Bleistift notiert hatte. Sie waren hauptsächlich im Getto Lodz und nach der Befreiung in Österreich im

Camp für „Displaced Persons“ entstanden, in dem sie auf ihre Auswanderung in die USA wartete, die Mitte 1946 erfolgte. Dort heirateten Hilda Stern und der aus Essen stammende Werner Cohen, sie erzogen drei Töchter und Hilda Stern arbeitete als jüdische Religionslehrerin. Sie hielt Vorträge über die Verbrechen Nazideutschlands und sie hatte auch ihren Mann über ihr Schicksal nicht im Unklaren gelassen: „Sie erzählte mir all das in den Jahren, in denen sie schweißgebadet, ihr Herz rasend klopfend, in der Nacht aufschreckte“, berichtet er in der Einleitung des Bandes. Verschwiegen hat sie ihm, mit dem sie fast 50 Jahren verheiratet war, jedoch ihre literarischen Bewältigungsversuche, eine wahrlich „einzigartige Hinterlassenschaft“ wie sich im Anhang Autoren der Gießener Arbeitsstelle Holocaustliteratur überrascht zeigen.

„Genagelt ist meine Zunge / an eine Sprache, die mich verflucht, / hineingehämmert / in meine Ohren / mit den Tönen der Liebe, / und des fressenden Hasses.“ Die sprachliche Kraft dieser ersten Strophe des für den Auswahlband titelgebenden Gedichtes verdeutlicht die innere Zerrissenheit der Autorin und all ihrer Leidensgenossen, denen von „arischen“ Deutschen nicht nur ihr Deutschsein, sondern zugleich ihr Menschsein abgesprochen wurde. Angesichts der grausamen Umstände ist es kaum fassbar, wie sie immer wieder mit klarer Einsicht ihr Umfeld wahrnimmt und mit frappierenden poetischen Wendungen Details des Grauens versinnbildlicht. Dabei richtet sich ihr Blick weniger auf die Täter als vielmehr auf die Verheerungen, welche die bei den Deutschen zur Staatsdoktrin gewordene Menschenvernichtung bei den Opfern zeitigte. Hilda Stern nimmt weder auf sich selbst Rücksicht, noch auf die, die sie liebt. Mit genauer Beobachtungsgabe registriert sie schonungs- und mitleidlos ihr Umfeld und doch sind ihre Beschreibungen auch in den Momenten purer Verzweiflung von nichts anderem geprägt als von mitfühlendem Verständnis.

Beispiele mögen dies verdeutlichen: Als bei der Deportation nach Lodz viel zu viele Menschen in dem Eisenbahnwaggon zusammengepfercht sind, notiert sie: „Die Türe wird verrammelt und wir starren uns wortlos an. Das erste Gefühl keimt auf, daß man in einem Käfig nicht höflich sein kann. Wir sind alle gesittete Leute - aber jeder möchte sitzen.“ Im Getto beobachtet sie ihre Großeltern, die „waren normalerweise die zärtlichsten Eheleuten“, aber nun stritten sie „um eine Aktentasche, die genügend breit war, um beiden als Kopfpolster zu dienen“. Oder als die Mutter lange am gleichen Fleck sitzt, „weinerlich und alt. Ich müßte sie streicheln, sie trösten, aber ich kann nicht.“ Tief ergreifend auch die Beschreibung, als ihr Freund Horst sie „mit einer gedemütigten Zärtlichkeit“ beiseite nimmt und fragt, ob er ein „Schuft“ werden und sich bei der Gettoverwaltung als „Polizant“ verdingen soll, um damit

mehr Lebensmittel für sich und die Seinen zu bekommen: „Vielleicht möchte das besser sein, denn dann hielten mich alle ehrenwerten Leute, wie auch dein Vater, für heiratsfähig, weil überlegen und verantwortungsbewußt, und ich möchte vielleicht vor dem Hunger, den ich heranschleichen fühl’, verschont sein. Wenn du aber nicht willst - gehe ich vielleicht vor die Hunde, aber selber werde ich keiner sein.“ Und später als er im Sterben liegt: „Seine zittrige, ängstliche Stimme rührte mich, erzürnte mich zugleich - es war ein ständiges sprunghaftes Aufbegehren gegen das morsche Leben, das mir unter den Händen zerbröckelte.“ Weitsichtig weiß sie ihr Dilemma auf den Punkt zu bringen: „Ich sah das Falsche an den anderen, sah aber auch bald darauf das Falsche an mir. Das beruhigte mich einigermaßen und erfüllte mich zur gleichen Zeit mit Verachtung und Überdruß - denn ich wußte, dass es aus den menschlichen Tiefständen keinen normalen Ausweg gibt.“

Die Herausgeber haben in dem Band unter dem Titel „Diese Geschichte muss erzählt werden“ das Manuskript eines Vortrages mit aufgenommen, den Hilda Stern wohl in den 80er und 90er Jahren vor amerikanischen Zuhörern gehalten hatte. Darin beschreibt sie ihre damals wohl unbewusst verfolgte Überlebensstrategie und zwar am Beispiel, wie ihre Mutter 42-jährig im Getto-Krankenhaus in Lodz starb: „Wenn ich zu Besuch kam, konnte ich ihre wachsende Isolation vom Leben in ihren Augen sehen, die beide weit geöffnet waren, aber dennoch vom Leben in die bevorstehende Dunkelheit starrten. Während all meiner Jahre unter den verschiedenen Formen der Unterdrückung und der drohenden Vernichtung war ich immer in der Lage gewesen, eine Art Distanz aufrechtzuerhalten, als ob mich der Schrecken um mich herum nicht direkt berührte. Das konnte ich beobachten und festhalten, wie es in meinen Gedichten dokumentiert ist, mit deren Hilfe ich in der Lage war, meine Ängste zu sublimieren.“

Zwischen all den schrecklichen, willkürlichen und gewalttätigen Erlebnissen, dem Verlust von geliebten Menschen, den sie mit genauem und unbestechlichem Gespür beschreibt, kommt auch immer wieder zaghaft und fragend ihr Mut und ihre Zuversicht zu überleben in den Gedichten zum Ausdruck. Im Camp in Österreich - das Wort „Lager“ vermeidet sie hier verständlicherweise sehr bewusst - fasst sie dann auch ihre Freude über die wiedergewonnene Freiheit und die Erfahrungen, die Schönheiten der Natur wieder zu bemerken, in Worte.

Um jedoch zuvor letztendlich diese Chance zum Überleben im Getto bekommen zu haben, bedurfte es nicht nur viel Glück: „Hier gibt es kein Erbarmen - hier galt nur eins: Protektion!“, machte sie unmissverständlich deutlich. Hilda Sterns „Protektor“ war unter andern der Maler Lejzerowicz, ein Günstling des Getto-Ältesten Rumkowski, der sie zu

literarischen Versammlungen einlud: „Diese Zusammenkünfte wurden zu einem Lichtstrahl in der unerbittlichen Dunkelheit und zu einer Mahnung davor, daß meine Existenz nicht bloß auf Nahrung und das Überleben von Stunde zu Stunde und Tag für Tag fokussiert sein mußte, sondern daß es in der Tat auch noch andere Dinge gab. Dieser besondere Freund war dazu bestimmt, mein Leben zu retten.“

Für Hilda Stern-Cohen war es als Überlebende den ermordeten Holocaust-Opfern gegenüber eine „Ehrenschild“ immer wieder Zeugnis abzulegen und „diese Geschichte“, nämlich die Geschichte des staatlich verordneten und durchgeführten Massenmordes an den Juden und den Gegnern Nazi-Deutschlands, zu erzählen. Für uns Nachgeborene - insbesondere für die Nachgeborenen der Tätergeneration - ist es das Mindeste an Respekt den Opfern gegenüber, dass wir uns diesen „Geschichten“ stellen.

In einer kurzen Einleitung beschreibt Werner V. Cohen in dem Band, wie er die Manuskripte seiner verstorbenen Frau fand. Sascha Feuchert, Erwin Leibfried und Jörg Riecke von der Gießener Arbeitsstelle Holocaustliteratur haben im Anhang erste knappe, präzise Anmerkungen zum literarischen Nachlass von Hilda Stern-Cohen formuliert. Klaus Konrad hat zudem mit seinem instruktiven Beitrag „Jüdisches Leben in Oberhessen“ den regionalen historischen Zusammenhang skizziert. Lesenswert macht den Band zum Weiteren die sehr ansprechende und gelungene Buchgestaltung von Silke Berg unter Verwendung von Familienfotos der Familien Stern und Cohen.

Hans Hirschmann

Jörg Lindenthal, Kulturelle Entdeckungen, Archäologische Denkmäler in Hessen, Kassel 2004, 221 Seiten, 230 Abbildungen, davon 167 in Farbe, Schutzgebühr: 6 €

Die Publikation ist Gabe der Archäologischen Gesellschaft in Hessen e.V. anlässlich ihres 25jährigen Bestehens am 20. Juni 2004. Sie hat den Band gemeinsam mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen und der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen herausgegeben. Mit ihren etwa 1700 Mitgliedern versteht sich die Archäologische Gesellschaft in Hessen als Förderverein der hessischen Archäologie. Sie versucht mit ihrer finanziellen Unterstützung von u.a. Ausgrabungen, Prospektionen und Publikationen das Interesse der Bevölkerung zu wecken, der Archäologie einen höheren Stellenwert zu verschaffen und einen wichtigen Beitrag zum Selbstverständnis des Landes Hessen zu leisten.

Das Interesse an der Vor- und Frühgeschichte Hessens hat in den vergangenen Jahren sehr stark zugenommen. Durch die spektakulären Funde am Glauberg, die Scharen von Besuchern zu einer Landesausstellung in die Schirn nach Frankfurt/Main zogen, und am Dünsberg, die Ausgrabungen in der keltischen Saline Bad Nauheim und im römischen Stützpunkt Lahnau-Waldgirmes, in der Rhön und in Groß-Gerau sind die wichtigen Aufgaben der Landesarchäologie einem großen Publikum bewusst geworden. Dem größten Bodendenkmal Hessens, dem Limes, den Status eines Weltkulturerbes der UNESCO zu verleihen, ist beantragt.

Aber auch andere Zeugnisse vergangenen menschlichen Lebens wie Lage und Topographie ausgegangener Siedlungen, Wallanlagen, Heiligtümer und Gräber sind von Bedeutung. Solche Orte finden sich überall in Hessen. Sie können inmitten einer schönen und vielfältigen Landschaft Ziel einer persönlichen Begegnung mit der Geschichte unseres Landes sein. Zu kulturellen Entdeckungen bei einem Spaziergang oder Ausflug will der vorliegende Band einladen.

Autor des Buches ist Dr. Jörg Lindenthal, Kreisarchäologe des Wetteraukreises, der 100 bedeutende archäologische und paläontologische Denkmäler von der Altsteinzeit bis zum Mittelalter gemeinsam mit dem früheren Landesarchäologen Dr. Fritz-Rudolf Herrmann ausgewählt hat und sie einem interessierten Publikum erschließen möchte. Er hat die Texte verfasst und zeichnet für die Kartenausschnitte, Pläne und Bilder verantwortlich.

Die einzelnen Stätten sind alphabetisch geordnet. Der Kartenausschnitt gibt die Lage an; eine Anfahrtbeschreibung erleichtert das Auffinden. Farbbilder locken zum Aufsuchen. Zur vertiefenden Information ist ein Literaturhinweis angegeben; in der Regel ein Heft aus der Reihe Archäologische Denkmäler in Hessen, das das Objekt noch ausführlicher beschreibt und weitere Literaturhinweise gibt.

Angefügt ist ein Glossar mit der Erklärung der wichtigsten Fachausdrücke. Es folgen eine archäologische Zeittafel, ein Verzeichnis der Denkmäler mit Orts- und Kreisangabe in alphabetischer Reihenfolge, ein Bildnachweis und ein Literaturverzeichnis. Beigefügt ist eine herausnehmbare Hessenkarte, auf der alle Denkmäler zu finden sind.

Die verantwortliche Redaktion lag bei Dr. Thomas Wurzel, zugleich Präsident der Archäologischen Gesellschaft und Geschäftsführer der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen.

Das Buch erschien in der Reihe der Sparkassen-Führer.

Es hat ein handliches Format (12 cm x 20 cm) und kann leicht auf Spaziergänge und Ausflüge mitgenommen werden.

Es kann bei der Geschäftsstelle der Archäologischen Gesellschaft in Hessen e. V. (Schloss Biebrich/Ostflügel, 65203 Wiesbaden), bei allen Sparkassen oder im Buchhandel bezogen werden.

Manfred Blechschmidt

Elfriede und Peter Maresch, Brücken über die Zeiten, Spaziergänge in die Geschichte Oberhessens, ein OVAG-Buch, von Hans-Ulrich Lipphardt und Rainer Schwarz, Lauterbach 2003, 107 Seiten, 94 Abbildungen, davon 92 in Farbe, 9,50 €

Das Buch lädt ein zu Spaziergängen zu historischen Stätten Oberhessens, wobei es sich, bis auf wenige Ausnahmen, beschränkt auf die oberhessischen Landkreise Gießen, Vogelsberg- und Wetteraukreis, den Bereich, in dem die OVAG (Energieanbieter) vertreten ist. Die Herausgeber weisen daher auch im Vorwort darauf hin, dass es „das Anliegen der OVAG ist, die oberhessische Region nach besten Kräften auf allen möglichen Ebenen des gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenlebens zu unterstützen“.

Die beiden Autoren Elfriede und Peter Maresch haben vor Ort hervorragend recherchiert, haben in der Region tätige Fachleute und ehrenamtliche Mitarbeiter, die auch namentlich erwähnt werden, befragt und deren Bemühen um Wiederherstellung und Erhalt der Denkmäler herausgestellt.

Jeder Landkreis wird in einer knappen Übersicht vorgestellt, bevor die einzelnen historischen Stätten näher beschrieben werden. Die Spanne reicht von der Steinzeit bis zur Neuzeit. Dargestellt sind sie jeweils auf zwei nebeneinander liegenden Seiten, wobei der sehr informative Text jeweils durch zwei ansprechende Bilder aufgelockert wird. Dabei werden auch im Gelände wenig sichtbare archäologische Objekte anschaulich erklärt. Daneben finden sich Denkmäler mit eindrucksvoller Aussagekraft wie u.a. der Schifffenberg bei Gießen, Kleinkastell „Holzheimer Unterwald“ und Burgruine Arnsburg.

Unterhaltsam zu lesen sind die vielen Sagen und Geschichten, die sich um die Orte ranken und in denen die Autoren bestens bewandert sind.

Aufgegriffen werden aktuelle Themen wie der Keltenfürst vom Glauberg, die Ausgrabungen der keltischen Saline Bad Nauheim oder des keltischen Oppidums auf dem Dünsberg, die Bemühungen um das beantragte Weltkulturerbe Limes, die Ausgrabung und Restaurierung der

Wasserburg Grüningen, der im Aufbau befindliche Rundwanderweg um den „Heiligen Stein“ und Kastell „Alteburg“ bei Muschenheim.

Vorgestellt werden bei jedem Landkreis am Ende wichtige Museen der Region, in denen in der Regel die Funde zu den historischen Stätten ausgestellt sind.

Wichtig ist der Hinweis zum Auffinden der Stätten; neben dem Verweis auf die jeweilige topographische Karte wird die Anfahrt beschrieben. Bei den Museen finden sich Adresse und Öffnungszeiten.

Das Buch schließt ab mit einem Literaturverzeichnis, das eine Vielzahl weiterer Anregungen bietet, und einem Lageplan der im Buch vorgestellten Orte.

Das handliche Format eignet sich zum Mitnehmen auf die Entdeckungsreise.

Ein rundherum gut gelungenes und empfehlenswertes Werk.

Manfred Blechschmidt

Tabakrauch und Gartenlust. Doppel-CD aus dem Gail'schen Privat- und Firmenarchiv, 12 €. Erhältlich beim Herausgeber: Hans-Joachim Weimann, Biebertal, Tel. 06409-6436

Mit dem Verkauf von Gail'scher Villa und Park in Rodheim im Herbst 2002 erhielt Prof. Hans-Joachim Weimann vom Freundeskreis Gail'sche Villa und Park die Möglichkeit, Einblick in das Privat- und Firmenarchiv der Firma Gail zu nehmen. Dabei konnte er unerwartete Schätze zutage fördern, die vor allem im Bildbereich beeindruckend sind (siehe Weimanns Beitrag zur Gießener Sandgasse in diesem Band). Ein Teil dieser ästhetisch ansprechenden Fotografien und bislang unbekannten Dokumente machte er im Winter 2003 der Öffentlichkeit zugänglich: eine CD mit 577 Seiten und 346 Bildern im pdf-Format. Unter dem Titel „Tabakrauch und Gartenlust“ sind nicht nur Fotografien von der Firma und Familie Gail zu entdecken, dazu kommen Briefe, die im handschriftlichen Original und in transkribierter Fassung nachzulesen sind. Plakate, Jubiläumsschriften und Einladungen der Firma Gail vermitteln einen Eindruck von der künstlerischen Gestaltung dieser Zeit. Um das Ganze in die Lokalhistorie einzubetten, hat der Herausgeber Auszüge aus den Tagebuchaufzeichnungen des Gießener Schriftstellers Georg Edward beigegeben, der mit den Gails verwandt war und sich häufiger in der Rodheimer Villa aufhielt. Ebenfalls hinzugefügt sind Sequenzen aus dem Roman einer Gießener

Studentenzeit „Mutter der Weisheit“ von Henry Benrath alias Albert H. Rausch aus Friedberg (siehe Rezension in diesem Band).

Die zweite CD ist bestückt mit Fotografien von Dr. Georg Gail, die dieser auf seinen Reisen nach Nordamerika, Fernost und Teneriffa machte; ein faszinierendes Stück großbürgerlicher Reisekultur. Beide CDs sind übersichtlich gegliedert, die Anordnung ist leicht zu erfassen und die Inhalte gut zu erschließen.

Dagmar Klein

FilmChronik Oberhessen 1871-1945; VHS-Videokassette, 60 Minuten, 25 €; TeleFactory, Leuschnerdamm 13, 10999 Berlin; Fax: 030-616921101; zentrale@telefactory.com

Regional bezogene Geschichte in bewegten Bildern, das ist ein relativ neues Angebot auf dem Medienmarkt. Die TeleFactory Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, insgesamt etwa 60 Dokumentationsfilme für alle Regionen Deutschlands zu erstellen, der Oberhessen-Film ist der zweiundzwanzigste. Um an das historische Filmmaterial zu kommen, starten sie Aufrufe in Tageszeitungen und fragen bei den örtlichen Archiven und Geschichtsvereinen an. Erstaunliches wird dabei zutage gefördert. Häufig schlummern vergessene Filmrollen auf Dachböden, die niemand mehr abspielen kann, weil die Gerätschaften fehlen. Alle Leihgeber erhalten als Dank eine abspielbare Kopie ihres Films für den eigenen Bedarf.

Für das Gebiet des einstigen Großherzogtums Hessen-Darmstadt fand sich soviel Material, dass man drei Filme erstellen konnte: zu Darmstadt, Rheinhessen und Oberhessen. Jeweils ein Drittel behandelt die gemeinsame überregionale Geschichte, der Film über die Provinz Oberhessen in den Jahren 1871-1945 enthält also durchaus Berichte über das Adelshaus in Darmstadt, über die Industrie in Rüsselsheim (Opel) und von der französischen Besetzung in Rheinhessen. Der Film reicht zudem, entgegen der Ankündigung im Titel, noch bis in Nachkriegszeit, zeigt etwa Präsident Truman beim Besuch der US-Truppen in Hessen, ein Lager für Displaced Persons in Bensheim und schließlich erste Farbaufnahmen aus den 50ern.

Die Geschichte des Großherzogtums wird von einer Stimme entlang der chronologisch geordneten Filmaufnahmen erzählt. Dazwischen sind die Erläuterungen aus Interviews mit Expert/innen eingestreut: Dr. Renate Ulmer, Leiterin des Museums Darmstädter Mathildenhöhe, Dr. Gerold Brönnen, Leiter des Stadtarchivs und Jüdischen Museums in

Worms, und Prof. Dr. Eckhard G. Franz, Leiter des Großherzoglichen Familienarchivs in Darmstadt.

Dem rasanten Ablauf so mancher Filmsequenz ist beim ersten Anschauen nur schwer zu folgen. Das liegt daran, dass Hobbyfilmer in der Regel schneller drehen als Profis, so die Erklärung der TeleFactory-Mitarbeiter. Doch können schließlich auf dem Videogerät nach Belieben Stopps eingelegt werden, um bestimmte Aufnahmen in Ruhe anzuschauen. Etwa die einer Eisenbahnfahrt von Friedberg nach Lauterbach, während der Stopps in den Städten entlang der Strecke eingelegt werden. Bilder von Trachtenumzügen und längst vergessenen Handwerken lassen in eine vergangene Welt eintauchen.

Sehr persönliche Aufnahmen sind dabei, von Familienfesten und von einer Freikörperkultur-Gruppe. Es gibt auch professionell touristische Werbefilme, so für Friedberg und Alsfeld, in denen das vorindustrielle und moderne Handwerk vorgestellt werden. Vom alten Gießen sind bisher nur wenige bewegte Bilder aufgetaucht; allein der Konditor Huber aus dem Seltersweg drehte bereits Mitte der 1920er Jahre Filme, die einen Einblick in seine Backstube und Cafëräume geben.

Leider haben sich Fehler eingeschlichen, die jedoch bei der nächsten erweiterten Filmversion korrigiert werden, so die Macher darauf hingewiesen werden. Denn sie sind generell darauf angewiesen, dass die Gebäude und Personen auf den Filmstreifen von lokalen Experten identifiziert werden. Alle Filme kommen ohne Ton und größtenteils auch ohne jegliche Inhaltsangabe bei ihnen an. Die Recherche fördert durchaus Erstaunliches zutage, etwa bei der Sequenz zum Motorradrennen auf dem Schottenring 1934. Es konnte der Politiker identifiziert werden, der mit dem Hitler-Gruß zu sehen ist, und es konnte geklärt werden, dass die Ordnungshüter auf Motorrädern die SA-Standarte aus Gießen ist.

In Deutschland ist die Internet-Präsentation der Bundes- und Landesarchive im internationalen Vergleich noch höchst unzureichend und zudem mit hohen Kosten für die Ausleihe verbunden. Vorbildlich sind in diesem Bereich die USA, wie Hermann Pölking von der TeleFactory bei der Filmvorführung Anfang Juni in Gießen erläuterte. Dort kann jeder gegen die Bezahlung der Sachkosten historische Fotos und Filme kopieren und nutzen. Und es sind tatsächlich Filmsequenzen aus dem National Archive in Washington, die die größte Überraschung im Oberhessen-Film bieten: Bilder vom Vorrücken der Amerikanischen Armee über den Rhein. Deutlich sichtbar ist das Erobern der Städte Straßenzug um Straßenzug, Haus für Haus. Aus Gießen sind bedrückende Bilder von Panzern inmitten der Ruinen zu sehen.

Für Ende 2005 ist die Herausgabe einer DVD-Version geplant, die zudem alle drei Hessen-Filme beinhalten soll.

Dagmar Klein

Mildred Harnack - Biografie

Hinweis: In den letzten Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 88 (2003) war eine Besprechung der englischsprachigen Biografie über Mildred Harnack abgedruckt. Mittlerweile ist die deutsche Übersetzung erschienen:

Shareen Blair-Bryson, Mildred Harnack und die ‚Rote Kapelle‘. Die Geschichte einer ungewöhnlichen Frau und einer Widerstandsbewegung, Scherz-Verlag, Bern 2003, gebunden, 276 Seiten, Schwarzweiß-Fotografien, 26,90 €.

Aus dem Vereinsleben

Dagmar Klein

Die Exkursionen und Vorträge der Jahre 1991-1999 sind in MOHG 84/1999 publiziert, zusammengestellt vom damaligen Schriftführer Prof. Dr. Hans-Heinrich Kaminsky

1. OHG-Vorträge 1999/2000 - 2003/04

1999/2000

3. Nov. 1999	Bild und Verehrung der hl. Elisabeth im protestantischen Hessen	Dr. Thomas Fuchs, Historiker, Universität Gießen
17. Nov. 1999	Spiritualität der Zisterzienser in Geschichte und Gegenwart	Dr. Thomas Denter, Abt von Kloster Marienstatt
1. Dez. 1999	Die ‚Bieberlies‘ - romantische Kleinbahn zwischen Gießen u. Bieber	Dr. Rainer Haus, Buderus-Archiv Wetzlar
15. Dez. 1999	Wiegand Gerstenbergs hessische Landeschronik im Spannungsfeld von stadtbürgerlichem Bewusstsein u. Landespatriotismus	Ernst Riegg, Historiker, Universität Gießen
5. Jan. 2000	Die Entwicklung der Gießener Gemarkung von der Stadtentstehung bis zur Neuzeit	Prof. Dr. Erwin Knauß, OHG-Ehrenvorsitzender, Gießen
19. Jan. 2000	Der augusteische Stützpunkt Waldgirmes im Lahn-Dill-Kreis	Dr. Armin Becker, Landesamt für Denkmalpflege, Wiesbaden
2. Febr. 2000	Pietismus u. Peuplierung. Toleranzpolitik in der Grafschaft Ysenburg im 18. Jahrhundert	Dr. Klaus Peter Decker, Leiter Adelsarchiv Büdingen

- | | | |
|-------------------|--|--|
| 23. Febr.
2000 | Forstbotanik und Gartenlust.
Neue Funde zur Geschichte
des Gießener Botanischen
Gartens | Prof. Dr. Hans-Joachim
Weimann,
Biebertal, Forstwissen-
schaftler |
| 10. März
2000 | Valentin Wagner. Ein hessi-
scher Landschaftsmaler aus
der Zeit des 30-jährigen
Kriegs | Dr. Holger Gräf,
Hessisches Landesamt für
geschichtliche Landeskunde,
Marburg |

2000/2001

- | | | |
|------------------|--|--|
| 18. Okt.
2000 | Das keltische Oppidum
Dünsberg, Vortrag mit
Lichtbildern | Dr. Fritz-Rudolf Herrmann,
Landesamt für Denkmal-
pflege (LfD) Wiesbaden |
| 25. Okt.
2000 | „Agitieren, organisieren,
studieren!“ - Wilhelm Lieb-
knecht und die frühe deut-
sche Sozialdemokratie | Prof. Dr. Dieter Dowe,
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Bonn |
| 8. Nov.
2000 | Wirtschafts- und Sozialge-
schichte des Klosters Arns-
burg im Mittelalter | Andreas Kuczera,
Historiker (Diss.),
Universität Gießen |
| 29. Nov.
2000 | Memento Mori. Totenzettel
und Leichenpredigten als
Formen christlichen Toten-
gedenkens und als genea-
logische Quellen. | Frieder Boss,
Archivar Darmstadt, und
Gerd Gramlich, Pfarrer
Offenbach, beide: Hessische
Familiengeschichtliche
Vereinigung |
| 13. Dez.
2000 | Der Bergbau in der Lindener
Mark - ein Bergwerk von
nationaler Bedeutung | Dr. Rainer Haus,
Buderus-Archiv Wetzlar |
| 10. Jan.
2001 | Zur Sozial- und Bildungs-
geschichte der hessen-darm-
städtischen Pfarrerschaft (17.
u. 18. Jahrhundert) | Carsten Lind MA,
Historiker (Diss.),
Universität Gießen |

24. Jan. 2001	Markgenossenschaften und Koppelhuten und ihr Einfluß auf die Gießener Stadtge- markung (13. bis 19. Jahr- hundert)	Prof. Dr. Erwin Knauß, OHG-Ehrevorsitzender, Gießen
7. Febr. 2001	W. Vogt und J. Liebig in den Auseinandersetzungen um die Gründung der Gießener Realschule im Vormärz	Dr. Peter Fleck, Geschäftsführer Hessische Historische Kommission, Darmstadt
21. Febr. 2001	Burg Vetzberg im hohen Mittelalter	Prof. Dr. Hans-Heinrich Kaminsky, Historiker, Universität Gießen
7. März 2001	Der Maler Moritz Daniel Oppenheim	Monica Kingreen, Windecken, Kooperation mit der Gesellschaft für christ- liche-jüdische Zusammen- arbeit Gießen-Wetzlar

2001/2002

24. Okt. 2001	Zur Geschichte des Glei- berger Landes	Dr. Jürgen Leib, Geograph, Universitäts Marburg
7. Nov. 2001	Wanderung durch die Gießener Park- und Garten- landschaft um 1890	Prof. Dr. Hans-Joachim Weimann, Biebertal, Forstwissen- schaftler
21. Nov. 2001	Der Alte Friedhof - Ein Zeugnis deutscher Grabmal- kultur	Dagmar Klein MA, Kulturjournalistin + Stadt- führerin, Gießen
5. Dez. 2001	Absolutismus und Landes- herrschaft. Landgraf Karl von Hessen-Kassel	Dr. Thomas Fuchs, Historiker, Universität Potsdam
19. Dez. 2001	Die Entstehung der Evange- lischen Kirche in Hessen und Nassau	Prof. Dr. Karl Dienst, Theologe, Darmstadt

16. Jan. 2002	Die Gießener Schule der Völkerkunde. Von Albrecht Dietrich bis Hugo Hepding	Dr. Siegfried Becker, Institut für Europ. Ethnolo- gie, Universität Marburg, Vorsitz Hessische Vereini- gung für Volkskunde (HVV)
30. Jan. 2002	Zur Jagdkultur im frühneu- zeitlichen Hessen	Dr. Sigrid Schwenk, Historikerin, Universität Bamberg
20. Febr. 2002	Hof und Residenzen der Landgrafen von Hessen im Spätmittelalter	Dr. Steffen Krieb, Historiker, Universität Gießen
6. März 2002	Die Herren von Buseck und die Städte im 13.u.14. Jahr- hundert	Prof. Dr. Hans-Heinrich Kaminsky, Historiker, Universität Gießen
20. März 2002	Weltkulturerbe Limes. Eine Bilanz der neueren archäo- logischen Forschungen	Stephan Bender MA, Streckenkommissar, LfD Wiesbaden

2002/2003

Im Hinblick auf das Jubiläum 125 Jahre OHG in 2003

23. Okt. 2002	Vereine im 19. Jahrhundert. Formen und Funktionen der Geselligkeit als volkskund- liches Forschungsfeld	Dr. Siegfried Becker, Institut für Europäische Ethnologie, Universität Marburg
6. Nov. 2002	Das Großherzogtum Hessen und sein Geschichtsverein	Dr. Peter Engels, Leiter Stadtarchiv Darmstadt
27. Nov. 2002	Geschichtsbewußtsein und Denkmalpflege. Historische Identitätsbildung in der Gründungsphase des Ober- hessischen Geschichtsver- eins	Prof. Dr. Erwin Knauß, OHG-Ehrenvorsitzender, Gießen
18. Dez. 2002	Integration oder Separation durch Geschichte? Die histo- rischen Vereine im Kur- fürstentum Hessen des 19. Jahrhundert	Dr. Sylvia Kesper-Bier- mann, Historikerin, Paderborn

- | | | |
|-------------------|---|---|
| 8. Jan.
2003 | Römische Altertümer u.
vaterländische Geschichte.
Der Verein für nassauische
Altertumskunde u. Ge-
schichtsforschung im 19.
Jahrhundert | Dr. Klaus Eiler,
Leiter Hessisches
Hauptstaatsarchiv
Wiesbaden |
| 22. Jan.
2003 | „Unter allen Landen deut-
scher Erde preis ich
Waldeck, mein lieb Hei-
matland“ - Das historische
Vereinswesen im Fürstentum
Waldeck-Pyrmont | Dr. Karl Murk,
Hessisches Staatsarchiv
Marburg, Waldeckischer
Geschichtsverein |
| 12. Dez.
2003 | Frankfurter Bürger auf der
Suche nach ihrer Geschichte | Dr. Ralf Roth,
Historiker, Universität
Frankfurt |
| 26. Febr.
2003 | Geschichtsvereine, Landes-
geschichte, Erinnerungs-
kultur | Dr. Winfried Speitkamp,
Historiker, Universität
Gießen |

2003/2004

- | | | |
|------------------|--|--|
| 22. Okt.
2003 | Das Liebig-Jahr 2003.
Unterwegs zu einer Bio-
grafie | Utz Thimm,
Wissenschaftsjournalist
Gießen |
| 5. Nov.
2003 | Das Neolithikum in Hessen.
Neue Schlaglichter | Dr. Guntram Schwitalla,
Bezirksarchäologe, LfD
Wiesbaden |
| 26. Nov.
2003 | Der Gießener Friedhof auf
dem Rodtberg | Dr. Ludwig Brake,
Leiter Stadtarchiv Gießen |
| 10. Dez.
2003 | Memoria der Grafen Solms
im Mittelalter | Marcel Moning MA,
SFB Erinnerungskulturen,
Universität Gießen |
| 7. Jan.
2004 | Die ersten Jahre der Psy-
chiatrischen Universitäts-
klinik (Gießen) unter ihrem
Direktor Dr. Robert Sommer | Dr. Ulrike Enke,
Institut für Geschichte der
Medizin, Universität Gießen |

21. Jan. 2004	Georg Koch (1872-1957). Zu den Beziehungen von akademischer Volkskunde und „Dorfkirchenbewegung“	Dr. Angela Treiber, Ethnologin, Universität Bamberg, Kooperation mit HVV Marburg
4. Febr. 2004	Das Weltbild des 15. und 16. Jahrhunderts	Dr. Karsten Uhde, Archivschule Marburg
18. Febr. 2004	Fastnachtsbräuche in Hessen	Karl-Otto Unruh, Heimatkundl. Arbeitskreis Laubach
3. März 2004	Gießen, Neustadt 32. Bild- funde zu Wohnung, Fabrik und Park der Familie Gail	Prof. Dr. Hans-Joachim Weimann, Biebertal, Forstwissen- schaftler, Förderkreis Gail- scher Park Rodheim

2. OHG-Exkursionen 2000 - 2005

H = Halbtags, G = Ganztags, T = Tage, E = Experte vor Ort / Gastreferentin

2000

H	20. Mai 2000	Unteres Lahntal (Nassau, Bad Ems)	Kurt Heyne, Hans-H. Kaminsky
G	17. Juni 2000	Bad Nauheim, Schwal- heimer Rat, Rosenanbau Steinfurth	Jürgen Leib
G	15. Juli 2000	Pietismus in Hessen (Bü- dingen, Ronneburg, Herrn- haag)	Thomas Martin, E: Prof. Dr. Hans Schneider, Historiker, Universität Marburg
H	12. Aug. 2000	Neuere Ausgrabungen auf dem Dünsberg	Manfred Blechschmidt, Erwin Knauß, E: Dr. Rittershofer, Grabungsleiter
H	30. Aug. 2000	Wanderungen durch den Krofdorfer Forst zur Sied- lungs-, Wald- u. Wirt- schaftsgeschichte	Erwin Knauß, Jürgen Leib
6 T	1.-7. Okt. 2000	Auf Goethes Spuren nach Mittel- u. Süditalien	Ehepaar Heyne

2001

H	2. Juni 2001	Herbstein	Kurt Heyne, Hans H. Kaminsky
	9. Juni 2001	Dauerausstellung „Vom Wert des Menschen“, Klinik für Psychiatrie und Psycho- therapie (KPP), Gießen, Licher Straße	Ludwig Brake, E: Dr. Herwig Groß, KPP Gießen
H	4. Aug. 2001	Wanderung v. Bergwerks- wald zum Schiffenberg	Erwin Knauß

H	18. Aug. 2001	Bodendenkmäler in Muschenheim, Grüningen, Arnsburg	Manfred Blechschmidt
2 T	28./29. Okt. 2001	Magdeburg, Ausst. „Otto der Große. Magdeburg und Europa“	Thomas Martin, Hans H. Kaminsky

2002

H	29. Juni 2002	Erbsdorfergrund: karolin- gische Befestigung und Kir- chenruine von Udenhausen	Erwin Knauß
G	17. Aug. 2002	Keltenausstellung Schirn / Frankfurt, Ausgrabungen am Glauberg	Manfred Blechschmidt, E: Dr. Fritz-Rudolf Herrmann, LfD Wies- baden
G	21. Sept. 2002	Limes in der westlichen Wetterau	Manfred Blechschmidt, E: Stephan Bender MA, Streckenkommissar, LDA Wiesbaden
T	28.-29. Sept. 2002	Auf Goethes Spuren nach Erfurt, Wörlitz, Wittenberg, Dessau, Naumburg, Koch- berg	Ehepaar Heyne

2003

H	17. Mai 2003	Dachböden oberhessischer Dorfkirchen	Susanne Gerschlauser, Staufenberg
	16. Juni 2003	Liebig-Jubiläum, Ausstel- lungen im Oberhess.Museum, Universitäts-Hauptgebäude + Universitäts-Bibliothek	Ludwig Brake, Eva-Marie Felschow, Irmgard Hort
H	26. Juli 2003	Ausgrabungen auf dem Dünsberg	Manfred Blechschmidt, E: Dr. K.F. Rittershofer, Grabungsleiter

- | | | | |
|-----|-------------------------|---|--|
| H | 27. Sept.
2003 | Gail'scher Park in Rodheim
(Biebertal) | Irmgard Hort,
E: vom Freundeskreis
Gailscher Park Rod-
heim |
| 3 T | 17.-19.
Okt.
2003 | Auf Goethes Spuren (10.) ins
Elsaß | Ehepaar Heyne |

2004

- | | | | |
|---|-------------------|---|--|
| H | 15. Mai
2004 | Wanderung zu Quellen im
Schiffenberger + Gießener
Wald | Erwin Knauß,
Manfred Blechschmidt,
E: Otto Philipp,
Heimatvereinigung
Schiffenberg |
| G | 19. Juni
2004 | Kloster Haina, Kirche,
Psychatrie-Museum, Tisch-
bein-Geburtshaus,
Stamford'scher Garten | Dagmar Klein,
Michael Breitbach,
E: Dr. Arnd Friedrich,
Pfarrer a.D. in Haina |
| G | 25. Sept.
2004 | Landesausstellung Philipp
der Großmütige im Marbur-
ger Schloss, Elisabethkirche
+ -brunnen, Gedenkstein für
Konrad von Marburg | Eva-Marie Felschow,
Herbert Keller |
| H | 2. Okt.
04 | Ubbelohde-Haus/Goßfelden
+ Malerkolonie in Willings-
hausen | Kurt Heyne,
Günter Kern |

3. Ehrungen

Ehrenmitglieder

Während der jeweiligen Frühjahrs-Mitgliederversammlung wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt:

- | | |
|----------------|--|
| 11. Mai 1999 | Manfred Blechschmidt (Gießen),
Heinrich Henkel (Watzenborn-Steinberg) |
| 11. Mai 2000 | Prof. Dr. Helmut Berding (Gießen) |
| 30. April 2003 | Dr. Otto Gärtner (Gießen),
Karl-Heinrich Jung (Pohlheim-Holzheim) |
| 5. Mai 2004 | Dr. Rüdiger Mack (Laubach) |

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft

Während der Mitgliederversammlung am 30. April 2003 wurden zum ersten Mal Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften vorgenommen. Ein Großteil der Eingeladenen kam persönlich und nahm die Urkunde in Empfang, den anderen wurde sie zugestellt oder überbracht. Dasselbe gilt für die Mitgliederversammlung vom 5. Mai 2004.

Mitgliederversammlung am 30. April 2003

- | | |
|--------------------------------|---|
| 50 Jahre Mitgliedschaft
(3) | Prof. Erwin Knauß (Gießen),
Dr. Hans-Heinrich und Luscha Grieb
(Gießen) |
| 40 Jahre Mitgliedschaft
(6) | Ludwig Heß (Langgöns),
Hermann Kratz (Pohlheim),
Dr. Heinrich Otterbein,
Lieselotte Schmillen,
Renate Schuchart,
Gisela Weckemann
(alle Gießen) |

Mitgliederversammlung am 5. Mai 2004

30 und mehr
Jahre
Mitgliedschaft
(33)

Gustav Bender, Manfred Blechschmidt, Erika Degen, Volker Dräbing, Ehepaar Drs. Ertzdorff-Kupfer, Elfriede Graulich, Dr. Margret Groß, Lore Gundel, Winfried Keller, Werner Kuhl, Maria Meßner, Eva Mittermaier-Peters, Friedrich Reuter, Günter Schmidt, Dr. Rolf Schroth, Dr. Hermann Schüling (alle Gießen)

Prof. Hans Meier (Buseck), Bodo Heil (Butzbach), Dr. Wolfhardt Hoffmann (Essen), Hanno Müller (Fernwald), Otto Bepler, Ehepaar Adolf und Monika Eiff (alle Heuchelheim), Dr. Rüdiger Mack, Karl-Otto Unruh (beide Laubach), Franz Ewert (Lahnau), Herbert Lied (Lich), Anneliese Petersen (Linden), Dr. Winfried Leist (Netphen), Paul Krüger (Reiskirchen), Dr. Friedrich Azzola (Trebür), Dr. Jürgen Leib (Wettenberg)

30 Jahre
Mitgliedschaft
(11)

Bernhard Bachmann, Gisela Bernath, Marianne Fischer, Prof. Hans-Heinrich Kaminsky, Herbert Keller, Ruth Kindhäuser, Gisela Kraft, Emmi Schäfer (alle Gießen)

Dieter Rübsamen (Mainz), Fritz Karl Donau, Hans Günther (beide Wettenberg)

4. Vorstandswahlen

Während der Mitgliederversammlung am **11. Mai 2000** wurden die Vorstandsmitglieder in ihrem Amt bestätigt. Dr. Jürgen Leib schied auf eigenen Wunsch aus. Neu dazu kamen: Dr. Irmgard Hort als Beauftragte für neue Medien (Internetpräsentation) und Herbert Keller (Organisation Exkursionsbusse).

1. Vorsitzender	Dr. Michael Breitbach (MOHG-Redaktion)
2. Vorsitzender	Dr. Thomas Martin (Vorträge, Exkursionen)
Schatzmeister	Günter Kern
Schriftführer	Prof. Dr. Hans-Heinrich Kaminsky
Beisitzer/innen	Dr. Ludwig Brake (Geschäftsführung, MOHG), Dr. Eva-Marie Felschow (MOHG), Kurt Heyne, Dr. Irmgard Hort (Homepage), Herbert Keller (Exkursionen), Dr. Ulrike Krautheim (Kooperation Schulen), Prof. Dr. Siemer Oppermann

Aufgrund des Ausscheidens der Drs. Kaminsky und Martin wurden während der Mitgliederversammlung am **2. Mai 2002**:

Manfred Blechschmidt als 2.Vorsitzender gewählt, Dr. Ulrike Krautheim übernahm die Schriftführung für ein Jahr.

Während der Mitgliederversammlung am **30. April 2003** wurden die Vorstandsmitglieder in ihrem Amt bestätigt. Dr. Ludwig Brake schied auf eigenen Wunsch aus, er steht als Geschäftsführer der OHG-Geschäftsstelle im Stadtarchiv weiter zur Verfügung. Neu hinzu kam Dagmar Klein für Schriftführung und Pressearbeit.

1. Vorsitzender	Dr. Michael Breitbach (MOHG)
2. Vorsitzender	Manfred Blechschmidt (Vorträge, MOHG)
Schatzmeister	Günter Kern
Schriftführerin	Dagmar Klein MA (Presse, MOHG)
Beisitzer/innen	Dr. Eva-Marie Felschow (MOHG), Kurt Heyne, Dr. Irmgard Hort (Homepage), Herbert Keller (Exkursionen), Dr. Ulrike Krautheim (Kooperation Schulen), Prof. Dr. Siemer Oppermann

Dem Vorstand gehört seit 1991 Prof. Dr. Erwin Knauß als Ehrenvorsitzender an.

Presseberichterstattung

Über die OHG-Vorträge im Winterhalbjahr 2003/04

Der Chemiker war in der Forschung selten der Erste

Wissenschaftsjournalist Utz Thimm bilanzierte in einem Vortrag beim Oberhessischen Geschichtsverein das Liebig-Jahr

Wer glaubt, dass nach vier Ausstellungen zusätzlich zum Museum, diversen Vortragsreihen und einem Festvortrag anlässlich des Liebig-Jahres 2003 alles zu dem großen deutschen Chemiker gesagt sei, konnte sich bei der Eröffnung der Vortragsreihe des Oberhessischen Geschichtsvereins am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses eines Besseren belehren lassen. Was Vorsitzender Dr. Michael Breitbach in seiner Begrüßung ankündigte, dass man auch am Ende des Festjahres noch viel zu wenig wisse, bestätigte Wissenschaftsjournalist Utz Thimm in seinem Vortrag in eindrucksvoller Manier, wobei er eine neue Liebig-Biografie als Chance und Herausforderung bezeichnete.

Der Referent bemühte sich von Anfang an, entscheidende Korrekturen am mittlerweile fest eingewurzelten Liebig-Bild vorzunehmen. So treffe auch auf Liebig der Satz zu, dass viele einer bestimmten Person zugeschriebenen Entdeckungen oder Erfindungen nicht von dieser stammten. Keine Rede könne davon sein, dass Liebig den Silberspiegel entdeckt und damit zahlreiche Arbeiter von Krankheit und Tod bewahrt habe. Lange vor Liebigs Einstieg in die Silberspiegelproduktion hatte bereits ein Engländer das Patent erworben. Ähnlich sei es auch beim Fleischextrakt. Weder Idee noch Verfahren seien von ihm, sein Verdienst sei es, den damaligen Forschungsstand dargestellt zu haben. In diesem Zusammenhang betonte Thimm Liebigs Fähigkeit, Forschungsgebiete zusammenfassend darzustellen, der Erste sei er aber selten gewesen. Der Redner erhärtete dies an Beispielen wie Säuglingsnahrung, Fleischinfusum, Backpulver, korrosionsbeständiger Eisen-Nickel-Legierung oder Superphosphat.

Diese Beispiele zeigten, dass Liebig keineswegs ein deutscher Edison gewesen sei, vielmehr falle es erstaunlich schwer, mit seinem Namen eine einzelne große Erfindung zu verbinden.

Ausführlich ging Thimm auf die Agrikulturchemie ein, als deren Begründer Liebig laut Brockhaus seit seiner 1840 erschienenen Schrift gilt. Auch hier sei bereits 1803 eine Zeitschrift zur Thematik existent gewesen, in England befasste man sich 1813 mit dieser Frage, aber

besonders Karl Sprengel habe bereits 1827 in Göttingen eine Vorlesung über Agrikulturchemie gehalten und veröffentlichte sogar schon 1826 sein Buch „Chemie für Landwirte“, in dem er bereits zehn von heute meist 13 bis 17 Nährstoffen für Pflanzen nannte. Auch das Kernstück, nämlich das „Gesetz vom Minimum“, wurde von Sprengel bereits lange vor Liebig veröffentlicht. Erstaunlich sei, dass nach heftigen Auseinandersetzungen Liebig in der zweiten Ausgabe der „Agrikulturchemie“ die Priorität Sprengels einräume und ihn völlig rehabilitiere, allerdings nur in der englischsprachigen Ausgabe.

Nach diesen Korrekturen am Liebig-Bild widmete sich Thimm den Leistungen Liebig's und den noch anstehenden Aufgaben. Liebig entwickelte in Gießen ein Verfahren der Analyse organischer Verbindungen, das ungleich schneller und genauer als das in Frankreich praktizierte war und auf Grund dessen die Ermittlung von Durchschnittswerten erlaubte. Aus Liebig's Schule gingen viele Professoren in Deutschland und England hervor, besonders stark wirkte die „Liebig-Schule“ auch auf die Schweiz. Nach Thimm habe Liebig auch der Universität Gießen sehr gut getan, die er als ehemalige „Staatsdienerzurichtungsanstalt“ kräftig umgekrempelt habe. Anerkennen müsse man auch Liebig's große Bedeutung als Propagandist der Chemie, wobei nicht zuletzt die dem Fleischextrakt beigegebenen Bilder zu wichtigen Medien der Popularität wurden. Besondere Bedeutung komme Liebig auch als dem Publizisten der reinen und angewandten Chemie zu, seine Karriere begann hier 1831, und nach Thimm's Auffassung schuf sich Liebig mit der Publikation der „Annalen der Chemie und Pharmazie“ seit 1840 ein eigenes Herrschaftsinstrument. Mit diesem und durch seine phasenweise anonyme Mitarbeit an der „Augsburger Allgemeinen“ konnte Liebig ergo, wie der Referent an vielen Artikeln belegte, kräftig am eigenen Image arbeiten.

Durch seine Kontrollen jeder Charge des mit seinem Namen verbundenen Fleischextrakts könnte Liebig auch als Begründer der Lebensmittelkontrolle gesehen werden; zudem habe er frühzeitig die Bedeutung von Englisch als Wissenschaftssprache erkannt, und durch seine Arbeit über Tierchemie, von deren Inhalt praktisch nichts mehr stimme, habe er eventuell die Biochemie begründet. Vermisst habe man im Liebig-Jahr auch die Würdigung des in den Werken des Chemikers erkennbaren Recycling-Gedankens, wie überhaupt eine künftige Biografie auch die Umweltsituation seiner Zeit enthalten müsse. Neu geschrieben werden müsse sicher auch die Geschichte der Agrikulturchemie, denn so, wie es in den Büchern stehe, könne es nicht stimmen.

Kaum gefragt worden sei auch nach der Motivation des großen Chemikers sowie seinem Verhältnis zur Politik, wobei es die These zu über-

prüfen gebe, dass er seine Agrikulturchemie geschrieben habe, um soziale Probleme zu lösen. Liebig habe mit der „Erschöpfung der Böden“ aus falschen Gründen das Richtige geschlossen. Eine dringend erforderliche neue Biografie müsse auch den Aspekt des Technologietransfers berücksichtigen und seine Abertausende von Briefen erschließen.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 24. Oktober 2003 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)

Typisch war das nach Nordwesten ausgerichtete Langhaus

Vortrag in der Reihe des Oberhessischen Geschichtsvereins - Guntram Schwitalla referierte zu neuen Aspekten zum Neolithikum in Hessen

Sie haben ihren besonderen Reiz, die Vortragsabende des Oberhessischen Geschichtsvereins mit archäologischem Schwerpunkt. Dies bestätigte sich auch am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses, wo sich eine erfreulich große Zahl von Besuchern eingefunden hatte, die von Vorstandsmitglied Manfred Blechschmidt ebenso herzlich begrüßt wurden wie Referent Dr. Guntram Schwitalla, seit 1992 als Bezirksarchäologe u. a. auch für die Kreise Gießen und Wetterau zuständig.

Der Referent erläuterte die Begriffe „Vorgeschichte“ und „Urgeschichte“, deren Verwendung nicht nur regional unterschiedlich sei, sondern im Falle „Vorgeschichte“ eine klare Wertung beinhalte, die den Eindruck vermittelte, Geschichte beginne erst mit der Existenz schriftlicher Nachweise. Dabei handele es sich bei der Kultur der Bandkeramiker, die im Mittelpunkt des Lichtbilder-Vortrags über das Neolithikum in Hessen standen, um „den einzigen ernsthaften Fortschritt in den letzten 500 000 Jahren“. Schwitalla unterstrich seine These mit dem Hinweis, dass die etwa 1500 Jahre mit Schrift insgesamt gerade einmal 3,8 Promille der gesamten hessischen Geschichte ausmachten. Dabei könne davon ausgegangen werden, dass Geschichte mit der Existenz des Menschen beginne. „Vorgeschichte“ müsste demnach vor dem Menschen stattgefunden haben.

Seit etwa 500 000 Jahren sind Menschen in Hessen nachgewiesen; die Kultur der Bandkeramiker fand ihren Weg über Ungarn um 6700 in unsere Heimat. Im Neolithikum fand mit dem Übergang von der aneignenden zur produzierenden Wirtschaftsweise eine Revolution statt; neben Ackerbau und Viehzucht sind auch Sesshaftigkeit, die Keramik, als „Kunst-Stoff“ verstanden, Bergbau sowie Handel Merkmale dieser

Epoche. Ein Merkmal ist allerdings dieser Zeit fremd: die Gewalt. Die Siedlungen waren von unterschiedlicher Größe und konnten Einzelhöfe oder auch größere Siedlungen, meist mit acht bis zehn Häusern und Nebengebäuden umfassen. Typisch war das Langhaus mit etwa 30 Meter Länge und acht Meter Breite sowie Dreieilung. Die Siedlungen wurden meist in Flussauen mit fruchtbaren Lössböden gegründet, die Häuser waren nach Nordwesten ausgerichtet. An den in Hessen nachweisbaren „Siedlungskammern“ lässt sich Hierarchie zwischen kleinen, mittleren und großen Orten mit entsprechenden Funktionen nachweisen. Unter den Bodenfunden dominieren Werkzeuge aus zähem, gut schleifbarem Stein wie etwa Basalt, weitere aus Holz können mit Sicherheit postuliert werden. Bei Sicheln etwa wurden Silexklingen mit Birkenpech und hölzernem Schaft oder Geweihsprossen verbunden. Die Bestattung auf Friedhöfen in Hockerlage mit vielerlei Grabbeigaben und vermutlich auch Bestreuung der Grabbeilagen mit Haematitpulver als Blutersatz setze bei den Bandkeramikern einen Jenseitsglauben voraus.

Eine besondere Bedeutung hatten die Grabungen „Am Hempler“ im Bereich Bad Nauheim-Mörlen. Hier fanden sich in ungewöhnlicher Häufigkeit Spinnwürfel und Webgewichte, ebenso konnten in dem ergrabenen Ausschnitt über 30 Öfen nachgewiesen werden, beides ohne Beispiel in anderen Bandkeramikersiedlungen. Häufig fanden sich auch Stücke aus Keramik, wie sie aus Serbien und Ungarn bekannt sind, sowie Miniaturstücke. Zahlreich auch die Funde von Idolen, allein 120 Stück vom „Hempler“, der damit als eine Art „Vatikan der Bandkeramiker“ gelten könne, sei doch aus anderen Siedlungen gerade einmal ein Fund pro Siedlung die Norm.

Im weiteren Verlauf des Vortrags stellte Schwitalla weitere Formen bandkeramischer Kultur vor, wie etwa die Rössener Kultur oder die Michelsberger, wobei im Jungneolithikum eine Vielzahl von Kulturen nachweisbar sei. In dieser Zeit trete dann wohl auch die Gewalt auf den Plan, was sich aus Höhsiedlungen mit auffallenden Befestigungen schließen lasse.

Als positives Beispiel eines gepflegt unterhaltenen Denkmals aus der näheren Umgebung kann die Anlage der Heiligen Steine bei Muschenheim gelten, wo Fehler vergangener Grabungen beseitigt wurden und eine kunstvolle Restaurierung mit großzügiger Unterstützung der Denkmalpflege erfolgte.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 8. November 2003 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)

Der neue Friedhof - ein Ort der Stille und ein Wirtschaftsfaktor

Dr. Ludwig Brake referierte im Alten Schloss - Ruhestätte sollte „nicht allzu hohe Kosten“ verursachen und in der Nähe der Innenstadt liegen

Mit der Geschichte des neuen Friedhofs von den ersten Überlegungen bis zur Planung und der endgültigen Anlage befasste sich am Mittwoch in einem Vortrag der Volkshochschule Dr. Ludwig Brake, Leiter des Stadtarchivs, im Netanya-Saal des Alten Schlosses. Trotz des poetischen Vortragstitels „Dem, was man Zeit nennt, gern entflohn ...“, einem Gedicht Alfred Bocks entnommen, waren nur wenige Gäste ihrem Alltag entflohen, um dem Vortrag zu folgen.

Dr. Brake stellte zunächst dar, dass sich an der Wende vom 19. Jahrhundert zum 20. Jahrhundert verschiedene Modernisierungsschübe vollzogen, die in Gießen etwa zur Entstehung der kommunalen Verwaltungsebene führten. So trat in der Gestaltung der Friedhöfe ein Wandel ein, der sich auch in der Gießener Diskussion widerspiegelte. Demnach sollten - nach dem Vorbild englischer Landschaftsgärten - Friedhöfe von „Leichendepots“ zu Orten der Stille und Erholung umgestaltet werden. Neue kommunale Dienstleistungsbereiche bildeten sich aus und schufen Grenzen, was dazu führte, dass Friedhöfe an die Peripherie der Stadt gedrängt wurden.

Nachdem die Kapazität des seit dem 16. Jahrhundert betriebenen Alten Friedhofs als erschöpft galt und eine Erweiterung entweder aufgrund der Stadtbauungspläne oder der Bodenbeschaffenheit ausschied, stellte sich die Frage nach dem Gelände zur Anlage eines neuen Friedhofs. Der von Bürgermeister Theodor Gnauth mit einem Gutachten beauftragte Hygieniker Prof. Dr. Georg Gaffky kam bei Berücksichtigung eines Platzbedarfes von neun Hektar plus Erweiterungsmöglichkeiten zu dem Ergebnis, dass drei von der Stadt vorgeschlagene Standorte zu kostenintensiv, wenig geeignet oder gar unbrauchbar seien. Was blieb, war ein vom Bezirksverein Nord vorgeschlagenes Gelände oberhalb der Marburger Straße am Rodtberg. Dieser Platz erschien nicht zuletzt durch den günstigen Wasserabfluss in Entfernung von der Leichenverwesungszone und den Anfall „nicht allzu hoher Kosten“ als der geeignetste Platz, auch die Entfernung von der Innenstadt lag „in zulässigen Grenzen“.

Gaffkys Äußerungen lieferten die Argumente für die Entscheidung zugunsten des Vorschlags aus der Bürgerschaft, der in der Stadtverordnetensitzung vom 17. September 1896 einstimmig gebilligt wurde. Im März 1897 stimmte das Kreisamt zu, 1898 wurde das Grunderwerbs- und Enteignungsverfahren eingeleitet. Trotz dieser scheinbar

glatten Entwicklung des Projektes gab es auch Einwände, so wies Brake darauf hin, dass 69 Wiesecker Bürger Prozesse gegen die Kauf- und Tauschverträge führten.

Stadtplaner Otto Schmandt widmete sich besonders intensiv den Hochbauten, zentralisiert im Eingangsbereich gelegen, mit Hof, Wärterwohnung, Warteräumen, Bedürfnisanstalten und nicht zuletzt der als einschiffigem Hallenbau konzipierten Kapelle, Leichenhalle und Grufthallen. Die Anlage sollte in Zukunft den Ort der letzten Ruhe schon aus der Ferne kennzeichnen und wies wesentliche Merkmale des architektonischen Friedhofstyps auf. Möglichkeiten für eine weitere funktionale Nutzung - etwa als Krematorium - sollten offen gehalten werden.

Insgesamt hatte die Anlage, für die Ende der 1890er Jahre die Arbeiten begannen, einen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und landschaftsgestalterischen Aspekten darzustellen. Großer Wert wurde auf einen einheitlichen und geschlossenen Eindruck der Gesamtanlage gelegt. Eine unsensible Handhabung in der Frage der Mitbenutzung der Friedhofskapelle durch die jüdische Gemeinde machte letztlich eigene Gebäude für diese nötig. Die Arbeiten gingen zügig voran, im Juni 1903 waren die Hochbauten vollendet, am 1. Juli 1903 erfolgte die erste Beerdigung. Eine neue Friedhofs- und Bestattungsordnung trat in Kraft und sorgte im Dezember 1903 durch satirische Verkürzung für manche Heiterkeit: „Die Beerdigung ist erst nach Einsetzen des Todes gestattet.“

Detailliert stellte Dr. Brake in seinem mit Lichtbildern illustrierten Vortrag die Regelungen im Umfeld vor und ging auf die Gebührenordnung ein. Schon mit den Gefallenen des ersten Weltkrieges wurde der Friedhof zu einer Gedenkstätte für die Gefallenen, von den Nazis später zum Totenkult ausgebaut. Hatte das Areal des neuen Friedhofs ursprünglich so viel wie die Fläche des alten Friedhofs nach der Erweiterung betragen, führten zahlreiche Erweiterungen dazu, dass die Fläche heute den dreifachen Umfang der alten Anlage besitzt.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 16. November 2002 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)*

* Dr. Brake hielt seinen Vortrag erstmals im November 2002 (beim OHG am 26. November 2003) in Vorbereitung der 100-Jahrfeiern für den Friedhof am Rodtberg 2003. Dieser Bericht wurde genommen, weil er ausführlicher ist.

Die Gabe eines Individuums an eine Gemeinschaft

Marcel Moning hielt beim Oberhessischen Geschichtsverein den Vortrag „Memoria der Grafen von Solms im Mittelalter“

Erfreulich gut besucht war der letzte Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins in diesem Jahr, den Marcel Moning am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses über das Totengedenken der gräflichen Familie von Solms hielt. Der Referent, Mitarbeiter beim Sonderforschungsbereich Erinnerungskulturen der Justus-Liebig-Universität, stellte zunächst dar, dass die Kulturgeschichte in der Wissenschaft den Platz der Sozialgeschichte eingenommen hat, eine Entwicklung, die eine große Vielfalt berücksichtigt und Methoden wie Mikro- und Mentalitätsgeschichte enthält. Letztgenanntem Bereich ordnet Moning auch das Thema seines Vortrags zu.

Sein dezidiert der Kulturgeschichte verpflichtetes Referat war mit Bildmaterial illustriert und bezog Vorarbeiten des Marburger Professors Friedrich Uhlhorn mit ein. Zunächst grenzte Moning den Begriff der mittelalterlichen „Memoria“ durch einen Vergleich mit dem heutigen Begriff „Stiftung“ ab. Während heute unter Stiftung eine gemeinnützige Organisation verstanden wird, die sich weitgehend aus Spendengeldern finanziert, hat der mittelalterliche Begriff ganz konkret die Gabe eines Individuums an eine Gemeinschaft zu einem bestimmten Zweck zum Inhalt, wie es hieß.

Da der Zweck der Spende nahezu in jedem Fall die Sicherung des Seelenheils ist, definiert sich über den Zweck die Motivation des Spenders, die Empfänger sind jeweils religiöse Gemeinschaften wie Klöster, Kirchengemeinden usw. Memoria übernahmen auch die antike und germanische Tradition der „communio vivorum et mortuorum“, wonach Verstorbene zwar einerseits als in einer anderen Welt existierend gedacht wurden, aber andererseits die Gegenwart der Toten in der Welt der Lebenden vermutet wurde.

Was die genealogischen Voraussetzungen des Hauses Solms angeht, war das Herrschaftsgebiet von der ersten urkundlichen Erwähnung bis zur frühen Neuzeit recht genau umrissen und deckte sich weitgehend mit dem Areal des Altkreises Wetzlar. Die einzelnen Linien der Familie verfügten über entsprechend kleinere Territorien. Die erste Erwähnung gilt im Jahre 1223 Heinrich I. von Solms, der zu diesem Zeitpunkt wohl als etablierter Graf betrachtet werden kann, die Herkunft aus einem in den Grafenstand erhobenen Ministerialengeschlecht kann vermutet werden.

Bei gemeinschaftlicher Ausübung der Herrschaft bildeten sich schon recht früh die Linien Solms-Braunfels, Solms-Burgsolms und Solms-

Königsberg. Die Entwicklung der Licher Linie ergab sich im 15. Jahrhundert. Aus der Braunfelser Linie entsprang für etwa drei Generationen der Zweig der Solms-Ottensteiner im heutigen Nordrhein-Westfalen um Ahaus. Während die Königsberger und Burgsolmsener Linie bereits Ende des 14./Anfang des 15. Jahrhunderts ausstarben, boten sich der Braunfelser durch Einheirat soziale Verbesserungsmöglichkeiten an.

Drei ausgewählte Beispiele nutzte Moning, um die Praxis und Funktion der Memoria zu erläutern. Als frühestes Grabmal der Solmsener gilt bis heute das Heinrichs IV. von Solms-Burgsolms im Kloster Altenberg. Die Darstellung des höfisch gekleideten Jünglings mit dem Solmsener Löwen und Schindeln im Wappenschild gilt als stilisiert und unindividuell, ist aber nach Ansicht des Referenten Zeichen der besonderen Beziehung der Solmsener zum Altenberger Konvent, dem bei allen Stiftungen der Solmsener deutlich Vorrang eingeräumt wurde.

Am Beispiel der Gedächtnssäule für Heinrich I. von Solms-Ottenstein an der Stelle, wo er am 2. April 1353 zu Tode kam, ist das Solmsener Wappen an beiden Seiten nicht zu übersehen, eine Anniversarstiftung ist im nahe gelegenen Stift Vreden nachweisbar.

Als drittes Beispiel stellte Moning dem Publikum das Grabmal Johanns V. von Solms-Braunfels in der Licher Stiftskirche vor, das stilisiert den 1457 verstorbenen und seine ihm 1438 vorausgegangenen Ehefrau Elisabeth darstellt. Johann, ursprünglich Kanoniker in Mainz, gab seine geistliche Karriere zugunsten der Familie auf, was letztlich auch mit der Falkensteiner Erbschaft in Verbindung stand, die der Familie große Teile der Wetterau einbrachte.

Moning betonte, dass er mit diesen drei Beispielen gerade die Ausnahmen der Solmsener Memoria gewählt hatte. Die Regel waren die Anniversarstiftungen mit Gebet für den Stifter, seine Familie und deren Nachkommen. Stiftungen machten generell Familien bekannter und dienten außerdem als „Türöffner“ für den Aufstieg weiterer Familienmitglieder, was sich am Beispiel des Arnold von Solms nachweisen lässt, der 1286 Bischof von Bamberg wurde und zwölf Jahre später ein weiteres Familienmitglied als Domherr etablierte. Protektion spielte sicher auch im Kloster Altenberg eine Rolle, wo von 1338 bis 1390 zwei Äbtissinnen aus dem Haus Solms das Sagen hatten.

Die Funktion der Memoria lag auf verschiedenen Ebenen. Zum einen repräsentierte die Darstellung von Familienmitgliedern an bestimmten Orten das Gesamthaus und beeindruckte den Betrachter, zum anderen wurde das Familienbewusstsein gestärkt und der Herrschaftsanspruch demonstriert. Mit Hilfe eines Netzes von strategisch wichtigen Orten

konnte symbolisches Kapital in soziales umgewandelt werden. Letztlich waren Memoria „exponierte Kristallisationspunkte des eigenen Familiengedächtnisses“. Das galt aber nicht nur für die Solmser, sondern auch für bedeutende Geschlechter wie die Staufer.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 12. Dezember 2003 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)

Gegen das Geheimnisvolle der Erkrankung

Dr. Ulrike Enke sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über die frühen Jahre der Psychiatrie in Gießen

Medizinhistorische Vorträge sind beim Oberhessischen Geschichtsverein nicht unbedingt die Regel, aber zweifellos hatten sich die Gestalter des Vortragesprogramms nicht geirrt, als sie an den Beginn des Kalenderjahres Dr. Ulrike Enkes Vortrag über die ersten Jahre der psychiatrischen Universitätsklinik Gießen unter ihrem Direktor Robert Sommer stellten. Dies bewies der ausgezeichnete Besuch am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses, über den sich Dr. Manfred Blechschmidt vom Vorstand und die Referentin gleichermaßen freuten.

Der genaue Vortragstitel war ein Zitat aus einem Pressebericht von 1896 und lautete: „... aber auch der Laie gewann den Eindruck, dass die so gefürchtete geistige Erkrankung viel von ihrem Schrecken verloren hat ...“ und bot der Mitarbeiterin am hiesigen Institut für Geschichte der Medizin Gelegenheit, kurz auf die Geschichte der Psychiatrie einzugehen. Ob man von Geisteskranken, Verrückten, Irren, Tob- und Fallsüchtigen sprach, typisch war, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen als angsteinflößend und unberechenbar galten und ausgegrenzt wurden, was auch heute noch der Fall sein kann.

Im 18. Jahrhundert gehörte die „Irrenfürsorge“ noch nicht zum Fach Medizin, der größte Teil der Kranken lebte ohne ärztliche Betreuung in der Familie oder der dörflichen Gemeinschaft, ein kleiner Teil wurde in „Tollhäusern verwahrt“, wie die Referentin sagte.

Die entscheidende Epoche für den Durchbruch der Psychiatrie stellte das 19. Jahrhundert dar. Mit der Eröffnung der Siegburger „Irren-Heilanstalt“ 1825 signalisierte der Psychiater Maximilian Jacobi, dass Geisteskrankheit prinzipiell heilbar sei. 1836 gab es durch die Professoren Ernst L. W. Nebel und insbesondere Ferdinand A. M. F. von Ritgen erste Vorlesungen, bei denen die Therapierbarkeit von Geisteskrankheiten nicht mehr in Frage gestellt wurde. Auch erste Forderungen nach einem „Hospital für heilbare Irre“ mit der Funktion des

Ausbildungsinstituts kamen 1835 auf, wobei Gießen durch die zentrale Lage in Oberhessen und Sitz der Landesuniversität mit medizinischer Fakultät prädestiniert schien.

Finanzielle Gründe und ideologische Vorbehalte ließen die Diskussion erst 1881 wieder aktuell werden, indem sich Franz Riegel, Ordinarius für innere Medizin, engagiert für eine psychiatrische Klinik einsetzte und - ähnlich wie der Psychiater Wilhelm Griesinger - Geisteskrankheiten wie Krankheiten anderer Organe, hier des Gehirns, behandelt wissen wollte und mit dieser Einschätzung dazu beitrug, psychischen Erkrankungen das Odium des letztlich unbezwingbaren Geheimnisses zu nehmen.

Im Großherzogtum Hessen existierten zu dieser Zeit mit einem vom Philipp dem Großmütigen 1535 in Hofheim gestifteten Hospital und einer 1866 eingerichteten Anstalt in Heppenheim zwei Einrichtungen, wobei der in Heppenheim tätige Psychiater Georg Ludwig die von Riegel vertretenen Interessen der Gießener Universität nachhaltig unterstützte, mit dem Erfolg, dass am 21. Mai 1890 die Bauphase beginnen konnte.

Wie für die medizinische Klinik wurde, der Argumentation Riegels einer möglichst nahen Verbindung zwischen psychiatrischer und innerer Medizin folgend, der Standort Seltersberg ausgewählt. Ganz im Gegensatz zu Christian Fr. Roller, der „eine Irrenanstalt ... am besten entfernt von einer Stadt“ sehen wollte, wurde die psychiatrische Klinik ausdrücklich stadtnah im Verbund mit anderen Kliniken angelegt. Ein Plan Georg Ludwigs von 1888 wurde durch den in Gießen etwas stiefmütterlich behandelten Architekten Viktor von Weltzien, ehemaliger Mitarbeiter des Berliner Architekturbüros Gropius und Schmieden, überarbeitet. 1895 war die Klinik fast fertig gestellt, es fehlten Klinikleiter und Fachvertreter für den psychiatrischen Unterricht der angehenden Ärzte.

Der Lehrstuhl wurde mit Robert Sommer besetzt, der am 27. März 1895 berufen wurde und fast 40 Jahre die Geschicke der Klinik lenkte. Nach knapp einjähriger Amtszeit Sommers wurde die Klinik im März 1896 eröffnet.

Im zweiten Teil ihres kurzweiligen Vortrags, der mit Text- und Bildmaterial illustriert war, widmete sich die Referentin ausführlich den Räumlichkeiten, den Diagnose- und Untersuchungsmethoden, Apparaten und nicht zuletzt ausgewählten Patientenschicksalen sowie Forschung und Lehre.

Sie verwies auf die ambivalente Tendenz für Patienten der Universitätsklinik: Mit der Hoffnung auf Heilbarkeit der Erkrankung bis zur

Gesundung kann der Kranke entpersonalisiert und zum Forschungsobjekt werden.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 9. Januar 2004 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)

Hintergrundwissen der Zuhörer überschätzt

Knöcherne „Theoriediskussion des Fachs Volkskunde“ mit Referentin Angela Treiber beim Oberhessischen Geschichtsverein

Schwere Kost präsentierten der Oberhessischen Geschichtsverein und die Hessische Vereinigung für Volkskunde im Rahmen ihrer Vortragsreihe am Mittwochabend den etwa 30 Besuchern im Netanya-Saal des Alten Schlosses. Volkskundlerin Dr. Angela Treiber referierte über das Thema „Die Einflüsse der Dorfkirchenbewegung auf die volkskundliche Fachgeschichte“ beziehungsweise „Zu den Beziehungen von akademischer Volkskunde und Dorfkirchenbewegung“.

Ein ausgesprochen spezielles Thema, das einen speziellen Bezug zu Gießen in der Person des 1957 verstorbenen Volkskunders, Bibliothekars und Theologen Georg Koch suchte, der lange Jahre in der Stadt arbeitete. Koch war maßgeblich an der Entwicklung einer am bäuerlichen Leben und der Kultur Hessens wörtlich zu nehmenden „religiösen Volkskunde“ beteiligt und damit einem evangelisch-sozialen Programm national gestimmter Volksbildung verbunden. Seine Ziele vertrat er in der „Dorfkirchenbewegung“, einer Interessengemeinschaft von Landpfarrern, mit dem Ziel der „Pflege des religiösen Lebens in heimatlicher und volkstümlicher Gestalt“.

Koch initiierte zum Beispiel während des Ersten Weltkriegs eine „Feldschule“. Seine „militärisch angewandte Volkskunde“ vermittelte den Soldaten Informationen über das Leben im Dorf, Märchen oder Sitten und Gebräuche.

Die im Vorfeld des Vortrags angekündigten „bemerkenswerten Verbindungen von protestantischer Theologie und Volkskunde während der Weimarer Republik und den frühen 30er Jahren des 20. Jahrhunderts“ erschlossen sich jedoch, wenn überhaupt, leider nur einem kleinen Teil der Zuhörer. Die Bamberger Referentin Treiber, die über eben dieses Thema ihre Habilitationsschrift verfasst hat, überschätzte offenbar das volkskundliche Hintergrundwissen im Zuschauerraum. Schlagworten wie „ideologiegeschichtliche Rückbezüge“ folgten „prälogisch irrationale Annahmen“, „ethnopsychologische Überlegungen“ und „kulturonthologische Ansätze“ zur „spezifisch mentalen Wirklichkeit“.

„völkischen Transformationen“ und der „normativen Gesetzesreligion“ in Zeiten der „traditional sozialen Handlungsordnung“.

Treibers traditionelle Form der Präsentation (Ablesen vom Manuskript mit gänzlichem Verzicht auf visuelle Zusatzinformationen) erschwerte es den Zuhörern zusätzlich, ihren Ausführungen zu folgen.

Der Marburger Volkskundler Dr. Siegfried Becker definierte den Vortrag in der von ihm geleiteten, anschließend stattfindenden Diskussionsrunde dann auch als „Theoriediskussion des Faches Volkskunde“.

Nach dem Vortrag wurde auf Anregung aus dem Publikum der feine Unterschied zwischen der von Koch gepflegten Gesinnungsrichtung „konservativ, national und religiös“ und „völkisch“ definiert, das sich durch den Rassegedanken und eine diskriminierende Fiktion der Ideologie auszeichnet. „Der Pfad zwischen völkisch und nicht völkisch ist schmal, aber eine völkische Einstellung lässt sich bei Georg Koch beinahe sicher ausschließen“, so Angela Treiber abschließend.

Tobias Bach (tbc); erschienen am 23. Januar 2004 im Gießener Anzeiger (GA)

Tief im Süden wohnen die Monster

Karsten Uhde referierte über Weltbild im ausgehenden Mittelalter

So macht Geschichte Spaß! Mit der richtigen Mischung aus Fakten, Bildern und Humor zog am Mittwochabend Dr. Karsten Uhde, Dozent für historische Hilfswissenschaften in Marburg, die rund 80 Zuhörer im Alten Schoß in seinen Bann. Sein Thema „Das Weltbild des 15. und 16. Jahrhunderts“ im Sinne von „Welches Bild der Welt hatten damals die Menschen?“

Nach einem gekonnten Schlenker auf den alten, blauen Hundertmarkschein, auf dem Sebastian Münster, der zu seiner Zeit der wohl bekannteste Geograf Mitteleuropas war, zu sehen ist, ging Uhde zunächst noch weiter in die Vergangenheit. Denn das Bild, was zur Blütezeit der Antike die Griechen und Römer von der ihnen bekannten Welt aufgezeichnet hatten, war weit exakter als das Wissen, das etwa 800 Jahre später als Lehrmeinung von der Beschaffenheit unseres Planeten kursierte. In der Zwischenzeit waren die antiken Wissenshorizonte untergegangen, und die Geografen beschränkten sich darauf, nach dem „Stille Post“-Prinzip voneinander abzuschreiben, was zu immer hanebücheneren Vermutungen und Annahmen führte, die niemand nachzuprüfen im Stande war.

Der zweite wichtige Einfluss auf die exakte Wissenschaft war die Kirche. Kartografie war nicht mehr bloß Selbstzweck, sondern sollte auch und vor allem der Heilsverbreitung dienen. So entstanden die stets nach Osten ausgerichteten dreiteiligen T-Karten (weil Jesus laut Bibel nach einer Wiederauferstehung Richtung Osten verschwand und man dadurch herleitete, dass sich das Paradies und folglich der Himmel ebenfalls dort befinden müsse).

Die Weltkarte des Richard von Haldingham (um 1280) aus der Kathedrale von Hereford in England, die Uhde großformatig an die Wand projizierte, war ein sehr anschauliches Beispiel des damaligen Weltbilds. Oben im Osten der Himmel, kurz davor eine kleine unzugängliche Insel, das Paradies. Dann die drei Kontinente. Abgeleitet von den drei Söhnen Noahs (Ham, Japhet und Sem), die nach der Sintflut in verschiedene Richtungen aufbrachen und sich mit ihren Nachfahren die Erde untertan machten. Jerusalem, der zentrale Punkt der Karte als Nabel der Welt.

Wo immer der Kartograf nicht weiter wusste und die weißen Flecken auf seinem Werk nicht mit Geschichten und Sagen füllen konnte, mussten Monster leben. Denn im Süden, wo es immer heißer wurde, je tiefer man dorthin gelangte, wo das Wasser des Meeres kochte und Schiffe in Flammen aufgehen würden, konnten keine normalen Menschen überleben. Die Bewohner Südafrikas waren demnach vielarmige Wesen mit riesigen Ohren, verdrehten Gliedmaßen, Zyklopen oder halbe Tiere.

Zudem war die Kartografie eingeschränkt von den unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der Form der Erde (Scheibe oder Kugel, selbst die Bibel gibt diesbezüglich keine klaren Antworten) und dem Unvermögen des perspektivischen Zeichnens. Erst 1544, mit dem Erscheinen Sebastian Münsters „Cosmosgraphia“ begann sich das Bild der Erde langsam der Realität anzunähern.

Uhde lieferte einen temperamentvollen, spannenden Vortrag voller Details und spannender Facetten, so dass man ihm gerne nachsah, dass er die vorgegebene Redezeit überzog und ihn mit herzlichem Applaus verabschiedete.

Tobias Bach (tbc); erschienen am 6. Februar 2004 im Gießener Anzeiger (GA)

Vom Austreiben des Winters bis zum Großstadtkarneval

Hessisches Fastnachtsbrauchtum im Wandel der Jahrhunderte - Karl-Otto Unruh sprach im Oberhessischen Geschichtsverein

Passend zur „fünften Jahreszeit“ befasste sich am Mittwochabend vor Weiberfastnacht Karl-Otto Unruh aus Laubach in einem Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins im Netanya-Saal des Alten Schlosses mit dem „Fastnachtsbrauchtum in Hessen“. Der Referent, Pädagoge im Ruhestand und hervorragender Brauchtumskenner, vermittelte in seinem Lichtbildervortrag ein anschauliches Bild der noch vorhandenen alten Fastnachtsbräuche, insbesondere aber des gewaltigen Wandels, der sich in diesem Bereich vollzogen hat.

Eingebunden in die verschiedenen brauchtümlichen Spielarten der Narrenfeste, wie sie schon im antiken Rom bekannt waren, stand im Mittelpunkt dieser Feste das Verwandeln der alltäglichen Normen in ihr Gegenteil. Zudem faszinierte es die Menschen zu allen Zeiten, sich mit Hilfe von Masken zu verkleiden und die Rolle eines anderen zu spielen

Ursprünglich wurde unter der Fastnacht der letzte Abend vor der Fastenzeit verstanden, dann die drei letzten „tollen“ Tage davor nebst der ganzen vorhergehenden Woche. Andere meinen den Zeitraum von Dreikönig bis Aschermittwoch, und mit der Kommerzialisierung der Fastnacht wird der Beginn der närrischen Zeit auf den 11. November festgelegt.

In der Zahlensymbolik gilt die Elf als Zahl der Sünde, weil mit ihr die zehn Gebote überschritten werden. Viele verstehen so die Fastnachtszeit als Zeit, in der man sich einmal so richtig ausleben kann. Unruh machte deutlich, dass heute untrennbar mit der Fastnacht verbundene Institutionen und Vorgänge wie Elferrat, Büttreden, Maskenbälle, Gardetänze und Rosenmontagsumzüge mit der alten Fastnacht nichts mehr zu tun haben, sondern moderne Errungenschaften sind, während sich das alte, meist bäuerlich geprägte Brauchtum allenthalben in Hessen auf dem Rückzug befindet. Dem widerspricht nicht, dass vereinzelt alte Bräuche wieder neu belebt werden oder in Ausnahmefällen Brauchtum aus fremden Regionen, nicht zuletzt der schwäbisch-alemannischen Fasnet, adaptiert wird, wie etwa der Fastnachtsbaum.

Das Wort „Fasnacht“ ist seit dem 12. Jahrhundert belegt und erinnert an die ursprünglichen Wurzeln dieses Brauchtums im Austreiben des Winters und Frühlingsbrauchtums. In Hessen hat sich vorwiegend in den Städten das Wort „Fasching“ eingebürgert, während das Rheinland vom Karneval spricht, einem Wort, das im 17. Jahrhundert aus Italien nach Deutschland kam. Der Großstadtkarneval hat seinen Ursprung in

der napoleonischen Besatzungszeit. Er begann 1823 in Köln, breitete sich dann 1824 nach Koblenz und Mainz aus.

Viele Fastnachtsbräuche sind sehr alt und mögen verschiedene Wurzeln haben, deuten aber meist auf altes Frühlingsbrauchtum, wobei die Kirche vieles verdrängte oder wenigstens umformte. Von all dem ist das Brauchtum mit der Maske das wichtigste Requisit geblieben, ein Mittel, das dem Träger zusätzliche Kräfte verleihen und böse Dämonen einschüchtern sollte, wie auch in fremden Kulturen, etwa in Thailand, bei den südafrikanischen Zulus oder den nordamerikanischen Indianern gebräuchlich.

Erhalten haben sich in Hessen viele lokale Besonderheiten, wobei das Fastnachtsbrauchtum im Gegensatz zu heute unorganisiert und zwanglos war und sich meist auf den Dienstag als Fest des kleinen Mannes konzentrierte. Für die Kinder gab es Heischegänge, für die Jugendlichen endete die Spinnstubenzeit. Dem tiefen Einschnitt, den die Fastenzeit im bäuerlichen Leben bildete, trug man mit dem Aufbrauchen der Vorräte, Schlachtfesten und ausgiebiger Völlerei Rechnung.

In vielen hessischen Orten begannen die Feiern am „schmutzigen“ oder „tristen“ Donnerstag, heute als Weiberfastnacht bekannt. Der Sonntag galt als „Herrenfastnacht“, der Rosenmontag wohl eher als „rasender Montag“ zu interpretieren, spielte früher im bäuerlichen Brauchtum in Oberhessen keine Rolle. Die Kommerzialisierung führte dazu, dass heute viele Umzüge am Sonntag stattfinden, wo sie in Gießen und Wiesbaden im Vorjahr je 10000, in Frankfurt gar 350000 Besucher anlockten.

Unruh ging intensiv auf einzelne Bräuche ein, etwa den Springerzug in Herbstein, das Harbacher Brauchtum oder die Odenwälder Bauernfastnacht mit Feuer- oder Fasneträdern. Besonders ursprünglich wirkt noch der in Teilen des Kreises Gießen und im Vogelsbergkreis gepflegte Umgang des Stroh bären, am Beispiel von Münster mit eindrucksvollem Bildmaterial vorgestellt und verglichen mit dem Bärenzug in Heldra an der Werra.

Zweifellos ein Vortrag, der Lust machte, sich auf die eine oder andere Art mit der Fastnacht zu befassen.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 21. Februar 2004 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)

Ein wahrer Augenschmaus für Freunde der Lokalgeschichte

Prof. Hans-Joachim Weimann sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über Wohnung, Fabrik und Park der Familie Gail in der Neustadt 32

Mit einem echten Glanzlicht schloss der Oberhessischen Geschichtsverein am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses die Vortragsreihe des Winterhalbjahres 2003/04 ab. Das Referat von Prof. Hans-Joachim Weimann „Gießen, Neustadt 32 - Bildfunde zu Wohnung, Fabrik und Park der Familie Gail“ wurde nicht nur der Ankündigung gerecht, einen wahren Augenschmaus für Freunde der Gießener Lokalgeschichte zu bieten, sondern erwies sich auch als ausgesprochener Publikumsmagnet, denn der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, so dass für alle Vorträge dieses Halbjahrs eindeutig Rekordbesuch zu verzeichnen war.

Prof. Weimann, von Hause aus Forstwissenschaftler, ist nicht nur durch über 120 Veröffentlichungen in Erscheinung getreten, sondern auch den Mitgliedern und Freunden des Oberhessischen Geschichtsvereins in bester Erinnerung geblieben, macht doch seine ebenso kenntnisreiche wie launige Art des Referierens den Besuch seiner Vorträge zu einem Vergnügen. Zunächst wurde das Gail'sche Anwesen in der Neustadt 32 anhand einer Stadtkarte und eines Luftbildes von 1928 vorgestellt, dann ging es mitten hinein in die Familiengeschichte der Gails mit der Schrift, die Dr. Friedrich Noack, Ehrenmitglied des Oberhessischen Geschichtsvereins, zur Hochzeit seines Freundes Carl Gail am 4. August 1885 verfasste und mit ägyptischem Verfremdungseffekt gestaltet hatte. So bilden „Glei, Düns und Vets die Pyramiden zu „Giessae“ und aus Carl Gail wird „Liag Lrac“, an dessen Schulweg durch die Sandgasse das Problem des Bewohners eines herrschaftlichen Anwesens in seiner elenden Umgebung deutlich wird.

Ebenso deutlich wurden aber auch zahlreiche Gebäude nicht nur dieser Gasse zunächst vorgestellt durch Zeichnungen von Johanna Hecht, von 1895 bis 1923 als Privatlehrerin für Zeichenkunst und Malerei bei der Witwe Marie Gail, Gartenstraße 22. Ihre durchaus mit liebevoller Hand feinfühlig gestalteten Zeichnungen, erlaubten einen Blick auf das alte Gießen, in dem das Abort-Häuschen an der Außenfassade noch selbstverständlich zum Stadtbild gehörte.

Im Vergleich damit eher unerbittlich das Auge der Kamera, wie es auf Anregung Wilhelm Gails „eine Anzahl Gebäude und Straßen“ dokumentierte, um ihren Anblick den nächsten Generationen zu überliefern,

wobei Wilhelm Gails briefliche Äußerung vom Dezember 1893 die Liebe zu seiner Stadt verdeutlicht: „Es geschieht viel bei uns hier, und ich kenne kaum eine Stadt gleicher Größe, die so viel des Schönen aufzuweisen hätte“.

Seinen Teil zur Umgestaltung trug Georg Philipp Gail (1785-1865) bei, der in Dillenburg zu Hause war und unbedingt Tabak machen wollte. Da aber Dillenburg von Napoleon dem Großherzogtum Berg zugeschlagen wurde und die Franzosen das Tabakmonopol hatten, setzte Gail seine Vorstellungen statt an der Dill an der Lahn mit der Gründung der Gail'schen Tabakfabrik am Kreuz 1812 in die Tat um. Der am 30. April 1817 erfolgten Aufnahme in die Kramerzunft folgte bereits 1820 die Wahl zum „älteren Zunftmeister“. Da in einer Zeit vieler Kriege der Tabak oft der einzige Freund des Soldaten war, prosperierten Tabakfabriken bestens, Gail erwarb immer neuen Besitz und weitere folgten seinem Vorbild, so dass Tabak für einige Zeit zur Gießener Hauptindustrie wurde.

Viele Bilder stellten die Entwicklung des Gail'schen Anwesens von der Planung bis hin zur Ausführung und so manch interessante Anekdote wie den geharnischten Briefwechsel mit Oberbürgermeister Gnauth über städtische Pumpen vor. Dabei gab es nicht nur Schönes wie das Reklame-Plakat von 1884 zu sehen, sondern auch eine Menge technischer Details zu hören wie über Dampfmaschinen. Beachtlich auch, dass gerade 15 Jahre nach Edisons Erfindung schon 1893 Wohnung und Fabrik elektrische Beleuchtung hatten.

Einmalige Bilddokumente aus einer Fotoserie von 1912, zum 100. Jubiläum gefertigt, erlaubten einen Einblick in die Tabakverarbeitung und einzelne Berufe, wie etwa die des Schneiders, Klopfers oder Spinners. Aber auch an interessanten Randbemerkungen ließ es der Referent nicht fehlen, indem er etwa darauf verwies, dass die Belüftung im Schneiderraum völlig unvollkommen war und aufgrund von Lungenkrankheiten kaum ein Arbeiter in den Genuss der Rente kam. Da die Zigarrenfertigung aber reine Handarbeit blieb, wurde der nicht-mechanisierbare Teil der Fertigung aufs Land verlegt.

Ein Prachtstück wurde der Gail'sche Park mit Wasserturm, Schweizerhaus, Hühnerstall und Teich mit Fontäne sowie Blick auf die Schießbuden-Jungfrauen, wenn auf dem angrenzenden Oswaldsgarten Volksfest war. Erwähnung fand nicht zuletzt auch die Gail'sche Feuerwehr und vor allem das Bemühen, durch pfegliches Erhalten den verbliebenen Rest städtischer Anlagen zu sichern.

Hans-Werner Steffek (hw); erschienen am 5. März 2004 in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ)

Autoren des Bandes

Prof. Dr. Friedrich Karl Azzola, Fichtenstraße 2, 65468 Trebur

Jürgen Dauernheim, Aulweg 82, 35392 Gießen

Prof. Prof. h.c. Dr. Karl Dienst, Pfungstädter Straße 78, 64297 Darmstadt-Eberstadt

Dr. Ulrike Enke, Universität Gießen, Institut für Geschichte der Medizin, Jheringstraße 6, 35392 Gießen

Prof. Dr. Norbert Gissel, Universität Gießen, Institut für Sportwissenschaft, Kugelberg 62, 35394 Gießen

Matthias Gröbel, Gutenbergstraße 6, 64342 Seeheim-Jugenheim

G. Heinrich Melchior, Christian-Rinck-Straße 11, 35392 Gießen

Dr. Alexander Neumann, Erlenweg 6, 79115 Freiburg

Dr. Sigrid Oehler-Klein, Universität Gießen, Institut für Geschichte der Medizin, Jheringstraße 6, 35392 Gießen

Heinz P. Probst, Fichtenweg 1, 35305 Grünberg-Queckborn

Hans Reeh, Lindenstraße 5, 35435 Wettenberg

Utz Thimm, Ringallee 100, 35390 Gießen

Prof. Dr. Hans-Joachim Weimann, Friedlandstraße 5, 35444 Biebertal

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 15,00 € jährlich für Einzelmitglieder
20,00 € für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
BLZ 513 500 25, Kto. Nr. 200 508 512
Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00, Kto. Nr. 457 701

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die spätere Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und bevorzugter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasser verantwortlich. Zukünftige Aufsätze und Beiträge werden druckreif, d.h. ohne Korrekturen und Zusätze für den Druck bereit, erbeten. Die Manuskripte sollten im Ausdruck und auf Diskette vorliegen.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
Adresse: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e. V.,
Stadtarchiv, Rodheimer Straße 33, 35398 Gießen
Telefon: 0641/6940661, Fax: 0641/6940663
eMail: stadtarchiv@giessen.de
Redaktion: Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow und Dagmar Klein

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-Behaghel-Straße 8, durchgeführt.

An alten Jahrgängen der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ sind noch vorhanden und können über die Geschäftsstelle im Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen, bezogen werden:

Nr. 40/1955	2,50 €
Nr. 41/1956	2,50 €
Nr. 43/1959	2,50 €
Nr. 44/1960 Festschrift Prof. Dr. Rauch	2,50 €
Nr. 46/1962	2,50 €
Nr. 47/1963	2,50 €
Nr. 48/1964	2,50 €
Nr. 49/50/1965	2,50 €
Nr. 51/1966	2,50 €
Nr. 52/1967	2,50 €
Nr. 53/54/1969	2,50 €
Nr. 55/1970	2,50 €
Nr. 56/1971	2,50 €
Nr. 57/1972	2,50 €
Nr. 60/1975	2,50 €
Nr. 62/1977 Festschrift Dr. Herbert Krüger	2,50 €
Nr. 63/1978 Festschrift 100 Jahre OHG	2,50 €
Nr. 65/1980	2,50 €
Nr. 66/1981	2,50 €
Nr. 67/1982	2,50 €
Nr. 76/1991	2,50 €
Nr. 79/1994	2,50 €
Nr. 80/1995	16,90 €
Nr. 81/1996	19,40 €
Nr. 82/1997	14,40 €
Nr. 83/1998	13,00 €
Nr. 84/1999	17,40 €
Nr. 85/2000	13,20 €
Nr. 86/2001	10,30 €
Nr. 87/2002	14,00 €
Nr. 88/2003	9,30 €
Nr. 89/2004	14,50 €

Ältere Jahressbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht. Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ Nr. 1-79.

